



Deutscher
Bauernverband



SITUATIONSBERICHT 2025/26

TRENDS UND FAKTEN ZUR LANDWIRTSCHAFT

SITUATIONSBERICHT 2025/26
TRENDS UND FAKTEN
ZUR LANDWIRTSCHAFT

Situationsbericht 2025/26

Trends und Fakten zur Landwirtschaft

www.situationsbericht.de

Herausgeber: Deutscher Bauernverband e.V.
Claire-Waldoff-Straße 7 · 10117 Berlin
in Kooperation mit
LAND-DATA GmbH
Wedekindstraße 9 - 11 · 27374 Visselhövede
und
AMI Agrarmarkt-Informations-GmbH
Dreizehnmorgenweg 10 · 53175 Bonn
sowie mit Unterstützung von
Landwirtschaftliche Rentenbank
Hochstraße 2 · 60313 Frankfurt a. M.

Dezember 2025 (Redaktionsschluss: 3. Dezember 2025)

Bearbeitung: Heinz Möddel, Jan Philipp Schulze, Dr. Simon Stork
Deutscher Bauernverband

Infografiken: AMI Agrarmarkt-Informations-GmbH, Bonn
Sabine Dräbing, Meckenheim
dieMAYREI GmbH, Donauwörth
Deutscher Bauernverband

Satz: dieMAYREI GmbH, Donauwörth

Titelbild: AdobeStock_Luke

Schutzgebühr: 15,- EUR
ISBN 978-3-9820166-7-2

Hinweis: Künstliche Intelligenz (KI) wurde unterstützend für Bildvisualisierungen, Datenanalyse sowie sprachliche Korrekturen eingesetzt; Inhalt und wissenschaftliche Verantwortung liegen beim Deutschen Bauernverband bzw. der Autorin/dem Autor.



Liebe Leserinnen und Leser,

der diesjährige Situationsbericht 2025/2026 erscheint in einer Phase, in der sich die Landwirtschaft in Deutschland und Europa neu sortiert – politisch, ökonomisch und gesellschaftlich. Nach Jahren zunehmender Belastungen sind in der Agrarpolitik erste Korrekturen erkennbar, die an manchen Stellen bereits Wirkung zeigen. Die Bereitschaft zum Dialog ist vorhanden. 2025 war ein Jahr mit vielen Veränderungen, aber vor allem auch wichtigen Erfolgen, die wir gemeinsam mit den Landesbauernverbänden erreicht haben. Dazu zählen erste konkrete Schritte beim Bürokratieabbau: Die vollständige Streichung der Stoffstrombilanz war ein wichtiger Meilenstein. Beim Wolf wurde der günstige Erhaltungszustand nach Brüssel gemeldet und jetzt stehen wir kurz vor der Aufnahme ins Jagdrecht. Ein weiterer großer Erfolg war das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu den Roten Gebieten – das Ergebnis langjähriger Arbeit der gesamten Verbandsfamilie. Jetzt muss der Bund zügig die Rechtsgrundlagen anpassen und die Abgrenzung klar regeln. Unsere Erfolge und nicht zuletzt die Wiedereinführung der Agrardieselmrückvergütung sind ein starkes Signal, das zeigt: Verbandsarbeit lohnt sich! So müssen wir

weitermachen. Denn auch wenn manche Entscheidungen korrigiert oder nachgeschärft wurden, darf der Reformmotor jetzt nicht ins Stottern geraten: Die anstehenden Aufgaben – vom Klimaschutz über Ernährungssicherheit bis zur Wettbewerbsfähigkeit – lassen sich nur mit einem verlässlichen, langfristig tragfähigen politischen Rahmen lösen. Gleichzeitig haben sich die Agrarmärkte in einer Tiefe verändert, die viele Betriebe in ihrem Alltag unmittelbar schmerzlich treffen. Rohstoff-, Energie- und Nahrungsmittelmärkte sind geopolitisch stark beeinflusst und deutlich volatiler geworden; Konflikte, Handelsrestriktionen und veränderte Nachfrageflüsse wirken inzwischen fast unmittelbar auf Erzeugerpreise, Inputkosten und Absatzwege. Was früher als Ausnahme galt, ist heute zur Regel geworden: Wetterextreme, Sprünge in den Weltmarktpreisen, neue Tierseuchenrisiken und abrupt veränderte Handelsbedingungen gehören für landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer zur täglichen Realität. Diese wirken sich auch auf die Wirtschaftsergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebe im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2024/25 aus und setzen sich ins laufende Wirtschaftsjahr fort: Die wirtschaftliche Lage in der



Landwirtschaft bleibt in Summe weiter angespannt. Zwar konnten Rinder- und Milchviehhalter ein Einkommensplus verbuchen, auf zahlreichen Betrieben war das Wirtschaftsjahr gleichwohl stark von der Blauzungenkrankheit geprägt. Zugleich war das Jahr geprägt von rückläufigen Erzeugerpreisen für Schweine, Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben. Die erneut starken Gewinnrückgänge im Ackerbau und in der Schweinehaltung zeigen die starke Abhängigkeit von Marktpreisen und einen überproportional hohen Kostendruck am Agrarstandort Deutschland auf.

Dieser Druck wird weiter anhalten und Zukunftsinvestitionen zusätzlich erschweren. Mit Blick auf das laufende Wirtschaftsjahr 2025/26 senden die Preise an den Agrarmärkten vor allem das Signal, dass viele Betriebe in den kommenden Monaten vor zunehmenden wirtschaftlichen Herausforderungen stehen werden. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft vollzieht sich schleichend, in der Tierhaltung deutlich verstärkt. Die Ursachen liegen neben schwachen Marktpreisen, hohem Kostendruck und der demografischen Entwicklung in strengeren Vorgaben auf Grund politischer und gesetzgeberischer Entscheidungen. Bei der Investitionsbereitschaft ist insgesamt eine starke Zurückhaltung spürbar. Zugleich verstärken steigende Anforderungen durch Umwelt-, Klima- und Tierschutzauflagen sowie eine nach wie vor hohe Bürokratielast den Anpassungsdruck. Politische Korrekturen sind jetzt zwingend notwendig. Landwirtschaftliche Betriebe brauchen verlässliche Antworten auf zentrale Fragen: Welche Rolle soll die heimische Landwirtschaft in der Versorgungssicherung spielen, wie werden Leistungen für Klima, Biodiversität und Tierwohl honoriert und wie

lassen sich Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zugleich sichern. Ein Kurs, der nur von kurzfristigen Haushaltszwängen oder symbolpolitischen Debatten geprägt ist, gefährdet Wertschöpfung im ländlichen Raum und schwächt die Bereitschaft zu unternehmerischem Engagement. Die Landwirtschaft ist mehr als ein Sektor unter vielen: Sie sorgt für sichere Lebensmittelversorgung, gestaltet Kulturlandschaften und trägt maßgeblich zu Klima- und Ressourcenschutz bei. Sie verbindet technologische Innovationskraft mit unternehmerischem Mut und gesellschaftlicher Verantwortung – gerade in einer Zeit, in der globale Lieferketten verletzlich und geopolitische Risiken hoch sind. Ein starker, leistungsfähiger und wirtschaftlich tragfähiger Agrarsektor ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes unabdingbar. Die Herausforderungen bleiben groß, etwa bei der Neuordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik oder der Weiterentwicklung der Tierhaltung. 2026 muss ein Jahr klarer Entscheidungen für eine wettbewerbsfähige, nachhaltige Landwirtschaft werden, die Versorgung sichert und Zukunft aktiv gestaltet. In Zeiten hoher Dynamik

und zunehmender Komplexität braucht es für die Betriebe einen klaren Kompass. Der Situationsbericht 2025/2026 möchte einen solchen Orientierungspunkt bieten, indem er Daten, Trends und Hintergründe transparent zusammenführt und in ihrem Zusammenhang zeigt. Er richtet sich an Landwirtinnen und Landwirte ebenso wie an Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft, um zukünftige Entscheidungen auf eine fundierte Faktenbasis zu stellen. Der Bericht versteht sich jedoch ausdrücklich nicht als bloße Bestandsaufnahme, sondern als Einladung zum Dialog über die Zukunft der Landwirtschaft.



Joachim Rukwied,
Präsident des Deutschen
Bauernverbandes e.V.,
im Dezember 2025

1–Landwirtschaft und Gesamtwirtschaft	6
1.1 Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors	7
1.2 Jahrhundertvergleich	17
1.3 Nahrungsmittel – Verbrauch und Preise	21
1.4 Ernährungswirtschaft	27
1.5 Lebensmittelhandel und Verbrauchertrends	34
1.6 Ökologischer Landbau	43
1.7 Bioenergie und Nachwachsende Rohstoffe	50
1.8 Forstwirtschaft	56
2–Ressourcenschutz und Klima	60
2.1 Flächennutzung	61
2.2 Bewirtschaftungsmethoden und Biodiversität	66
2.3 Klimaschutz	76
2.4 Folgen des Klimawandels	83
2.5 Klimaanpassungsmaßnahmen	88
3–Agrarstruktur	90
3.1 Kapitaleinsatz	91
3.2 Boden- und Pachtmarkt	93
3.3 Betriebs- und Rechtsformen	100
3.4 Tierhaltende Betriebe	108
3.5 Arbeitskräfte und Auszubildende	114
3.6 Agrarstrukturen in der EU	120
3.7 EU-Erweiterung	124
3.8 Wandel und Wettbewerb	128
4–Agrarpolitik und Agrarförderung	142
4.1 EU-Agrarhaushalt / Mehrjähriger Finanzrahmen	143
4.2 GAP-Förderung und Umweltleistungen	150
4.3 Förderung ländlicher Räume	157
4.4 Nationale Agrarpolitik	161
5–Fakten zur wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft	170
5.1 Konjunkturentwicklung	171
5.2 Buchführungsergebnisse	175
5.3 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung	188
6–Erzeugung und Märkte	190
6.1 Pflanzliche Erzeugung	191
6.2 Tierische Erzeugung	210
6.3 Betriebsmittel / Futtermittel	234
7–Internationale Agrarentwicklung	240
7.1 Agrarpreise und Agrarrohstoffmärkte	241
7.2 Agraraußenhandel	253
Stichwortverzeichnis	262



1

Landwirtschaft und Gesamtwirtschaft

1.1 Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors	7
1.2 Jahrhundertvergleich	17
1.3 Nahrungsmittel – Verbrauch und Preise	21
1.4 Ernährungswirtschaft	27
1.5 Lebensmittelhandel und Verbrauchertrends	34
1.6 Ökologischer Landbau	43
1.7 Bioenergie und Nachwachsende Rohstoffe	50
1.8 Forstwirtschaft	56

1.1 Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors

Hohe wirtschaftliche Leistung der Landwirtschaft

Die Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ist als Teil der Volkswirtschaft in Deutschland nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftsbereich. Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung macht heute (2024) zwar nur 1,0 Prozent und an den Erwerbstätigen nur rund 1,2 Prozent aus, doch ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft wesentlich größer. Die deutsche Land-, Forstwirtschaft und Fischerei erzielte 2024 einen Produktionswert von 81,4 Milliarden Euro. Das ist erheblich mehr als der Produktionswert des gesamten deutschen Textil-, Bekleidungs- und Schuhgewerbes mit 24,3 Milliarden Euro, des Papiergewerbes mit 44,7 Milliarden Euro oder der pharmazeutischen Industrie mit 62,9 Milliarden Euro.

Einkäufe der Landwirtschaft stützen die übrige Wirtschaft

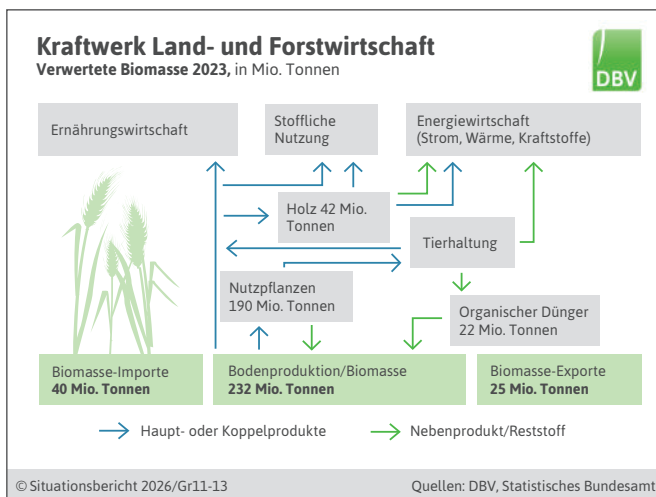
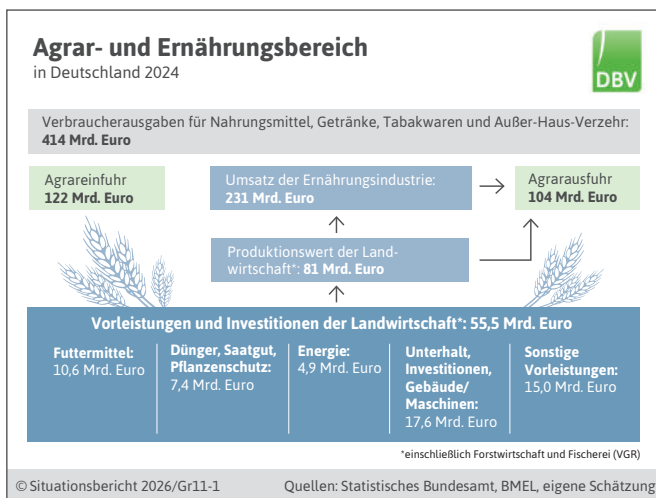
Landwirte fragen viele Betriebsmittel, Investitionsgüter und Dienstleistungen nach. Es sind vor allem kleinere und mittlere Betriebe aus Handel, Handwerk und Gewerbe, die wirtschaftlich stark mit der Landwirtschaft verbunden sind. Viele Höfe nutzen darüber hinaus eine breite Palette von Dienstleistungen. Diese reichen von der Beratung über Wartungsarbeiten bis hin zu Tiergesundheits- und Qualitätsüberwachung. Die

produktionsbedingten Ausgaben der deutschen Landwirtschaft betrugen 2023 55,5 Milliarden Euro, wovon 13,0 Milliarden Euro auf Investitionen in Bauten und Maschinen entfallen. Zu den produktionsbedingten Ausgaben kommen u. a. die privaten Konsumausgaben der Land- und Forstwirte hinzu, die

sich 2023 auf 8,4 Milliarden Euro beliefen.

Jeder 10. Arbeitsplatz steht mit dem Agribusiness in Verbindung

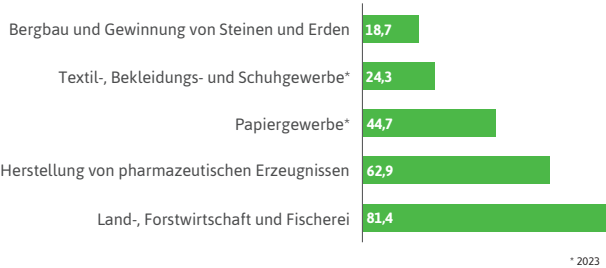
Das Agribusiness im ursprünglichen Sinn umfasst die gesamte Lebensmittelkette und damit alle Schritte von der landwirtschaftlichen



Deutsche Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor



Produktionswert der Land-, Forstwirtschaft, Fischerei 2024
sowie Produktionswerte wichtiger anderer Wirtschaftszweige in Deutschland, in Mrd. Euro



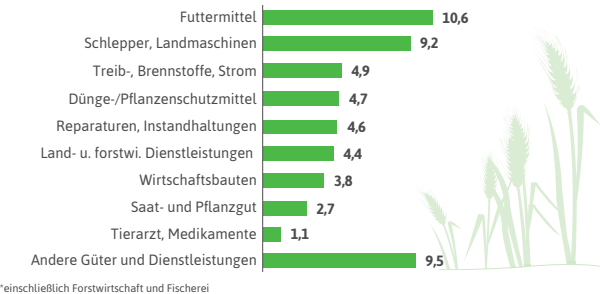
© Situationsbericht 2026/Gr11-2

Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR)

Agribusiness – Landwirtschaft als Kunde



Produktionsbedingte Ausgaben der deutschen Landwirtschaft* 2024:
Insgesamt 55,54 Mrd. Euro davon:



© Situationsbericht 2026/Gr11-3

Quellen: Statistisches Bundesamt, BMEL, eigene Schätzungen

Volkswirtschaftliche Eckdaten des Sektors Land-, Forstwirtschaft und Fischerei (2024)

- Produktionswert: 81,4 Milliarden Euro (- 1,5 Prozent gegenüber 2023)
- Bruttowertschöpfung: 39,6 Milliarden Euro (+ 1,0 Prozent gegenüber 2023)
- Erwerbstätige: 565.000 Personen (- 0,9 Prozent gegenüber 2023)
- Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen: 70.060 Euro (- 10,6 Prozent gegenüber 2023)

Quelle: Statistisches Bundesamt

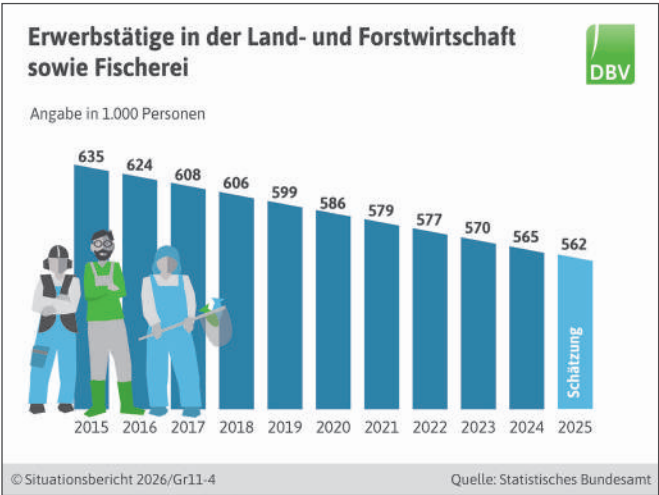
Urproduktion bis zum Verbraucher:
Die Landwirtschaft gewinnt mit Produktionsmitteln aus den vorgelagerten Wirtschaftsbereichen die pflanzlichen und tierischen Rohstoffe, die vom Ernährungs- gewerbe, also dem Handwerk und der Industrie, weiterverarbeitet werden. Hinzu kommen der Lebensmittel- groß- und -einzelhandel sowie die Gastronomie. Das Agribusiness im ursprünglichen Sinn umfasste 2024 insgesamt 4,6 Millionen Erwerbstätige und damit jeden 10. Arbeitsplatz in Deutschland. Ein Großteil dieser Arbeitsplätze ist im ländlichen Raum angesiedelt. Der Erwerbstätigenanteil der Landwirt- schaft am gesamten ursprünglichen Agribusiness beträgt gut 11 Prozent. Das bedeutet: Einem landwirtschaftlichen Arbeitsplatz stehen acht weitere Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen gegenüber.

Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung			Erwerbstätige		
	2022	2023	2024 ^{v)}	2022	2023	2024 ^{v)}
	in Mrd. Euro			in 1.000		
Vorgelagerte Wirtschaftsbereiche	32,4	35,3	35,9	238	233	234
Landwirtschaft, Fischerei	36,0	35,2	35,5	534	525	520
Nachgelagerte Wirtschaftsbereiche	174,0	208,0	199,8	3.810	3.841	3.866
Agribusiness zusammen	242,4	278,5	271,2	4.582	4.599	4.620
Alle Wirtschaftsbereiche	3.591,9	3.853,9	3.921,3	45.675	45.935	45.987
dar. Agribusiness in Prozent	6,7	7,2	6,9	10	10	10
v) vorläufig						
© Situationsbericht 2026/ T11-1a Quellen: Statistisches Bundesamt, FH Südwestfalen						

Landwirtschaft als Schlüssel-
branche im Agribusiness

Neben der Weiterverarbeitung zu Lebens- und Futtermitteln gewinnen weitere Formen der stofflichen und energetischen Nutzung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an Bedeutung. Dadurch nehmen die Verflechtungen der Landwirtschaft mit anderen Wirtschaftsbereichen zu. Diese werden im erweiterten Agribusiness im Sinne der von der Fachhochschule Südwestfalen definierten „Kernbioökonomie“ abgebildet. Danach ist die volkswirtschaftliche Bedeutung des Agribusiness noch wesentlich größer. Sie umfasst die gesamte Biomasseproduktion und sämtliche Formen der nachgelagerten stofflichen und energetischen Weiterverarbeitung und Nutzung. Der Erfassungsrahmen des ursprünglichen Agribusiness wird dabei vollständig eingeschlossen. Das so definierte erweiterte Agribusiness erwirtschaftete 2024 mit 348 Milliarden Euro 8,9 Prozent der volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und stellte mit 5,3 Millionen Personen 11,6 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland. Mit zahlreichen attraktiven Ausbildungsberufen und -plätzen stellt das erweiterte Agribusiness etwa 10 Prozent der Ausbildungsplätze in Deutschland. 2024 starteten rund 157.000 junge Menschen im erweiterten Agribusiness in ihr Berufsleben.

Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung			Erwerbstätige		
	2021	2022	2023 ^{v)}	2021	2022	2023 ^{v)}
	in Mrd. Euro			in 1.000		
Vor- u. nachgelagerte Wirtschaftsbereiche	242,7	275,3	294,9	4.610	4.739	4.797
- Handel	93,5	106,8	109,5	1.700	1.711	1.700
- Ernährungsgewerbe	49,9	49,1	52,7	924	934	936
- Gastronomie	21,4	34,2	38,6	1.176	1.259	1.321
- Sonstige	77,9	85,2	94,1	810	835	840
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	27,3	39,7	35,2	577	576	572
Agribusiness zusammen	270,0	315,0	330,1	5.187	5.315	5.369
Alle Wirtschaftsbereiche	3.288,2	3.562,8	3.824,6	45.053	45.675	46.011
dar. Agribusiness in %	8,2	8,8	8,6	11,5	11,6	11,7
v) vorläufig						
© Situationsbericht 2026/ T11-1b				Quellen: Statistisches Bundesamt, FH Südwestfalen		



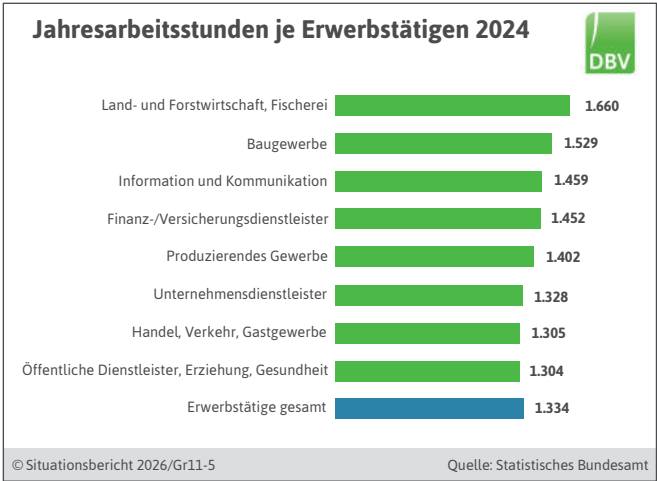
Landwirtschaftlicher Erwerbstätigenanteil bei 1,2 Prozent

2023 übten in Deutschland 565.000 Personen oder 1,2 Prozent aller Erwerbstätigen ihre überwiegende Erwerbstätigkeit in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei aus. Knapp 37 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sind als eigenständige Unternehmer tätig. Der Anteil der Landwirte an allen Selbständigen in Deutschland

beläuft sich auf 5,7 Prozent. Gemessen am gesamten Arbeitsvolumen der deutschen Wirtschaft beträgt der Anteil der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei 1,5 Prozent.

Selbständige arbeiten länger

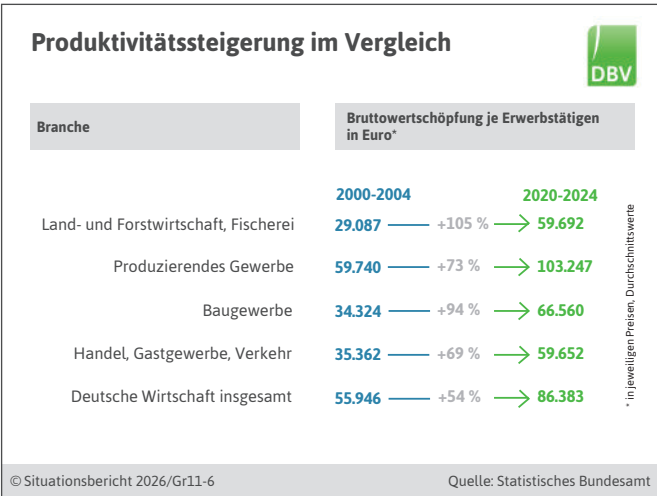
Ein Erwerbstätiger in Deutschland arbeitete im Jahr 2024 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Durchschnitt 1.334 Stunden. Überdurchschnittlich hoch fällt



der deutschen Wirtschaft stieg die Produktivität um 54 Prozent. In absoluten Zahlen bleibt jedoch ein Abstand zu anderen Wirtschaftsbereichen.

Landtechnik unter Druck

Die Landtechnik-Industrie ist ein wichtiger Vorlieferant der Landwirtschaft. In der Branche sind über 200 Unternehmen mit rund 39.000 Beschäftigten tätig. Ein Fokus der gegenwärtigen technologischen Entwicklung liegt auf der Vernetzung, Automatisierung und Autonomisierung von Arbeitsprozessen. Die Landtechnik-Industrie am Standort Deutschland musste 2024 einen Umsatzrückgang von 28 Prozent auf 11 Milliarden Euro verkraften. Im ersten Halbjahr 2025 wurde ein Umsatzminus von 10 Prozent verzeichnet. Betroffen vom Marktrückgang sind nahezu alle Produktsegmente, mit Ausnahme der Milchprozesskette. Die Landtechnik ist dabei stark von den US-Importzöllen von 15 Prozent betroffen. Hinzu kommt ein zusätzlich erhöhter Zollsatz für Stahl- und Aluminiumprodukte, sodass der Stahl- und Aluminiumanteil einer Maschine mit einem Zollsatz von 50 Prozent belegt wird.



die Stundenzahl in der Land- und Forstwirtschaft mit 1.660 Stunden aus. Mit 2.227 Stunden liegen auch die Arbeitszeiten von Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft deutlich höher als bei den Selbständigen in der übrigen Wirtschaft mit 1.752 Stunden. Der Einsatz moderner Technik hat maßgebend dazu beitragen, dass körperliche Arbeit und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft deutlich zurückgegangen sind. Der Umgang mit

Natur, Umwelt und Tieren erfordert allerdings eine relativ hohe zeitliche Flexibilität.

Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft relativ stark gestiegen

Gemessen an der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen hat der Agrarsektor in Deutschland seine Produktivität in den letzten 20 Jahren enorm gesteigert (+ 105%). Zum Vergleich: Im Durchschnitt

Landtechnik-Handel und -Handwerk – Positive Entwicklung der Ausbildungszahlen

Die knapp 6.000 Betriebsstellen, die als Land- und Baumaschinenmechaniker/in in die Rollen der deutschen Handwerkskammern eingetragen sind, leisten mit ihren knapp 45.000 Mitarbeitenden

einen unverzichtbaren Service für die Agrar- und Bauwirtschaft. Der Service an den immer komplexer werdenden Maschinen bleibt der wichtigste Faktor für viele Händlerinnen und Händler. Sehr positiv entwickelt sich die Zahl der Auszubildenden, nur mit einem guten Service kann die Agrarwirtschaft funktionieren. Der Beruf des Land- und Baumaschinenmechatronikers ist attraktiv, so stieg dieser 2024 entgegen dem allgemeinen Trend im Handwerk auf über 10.000 an. Die Entwicklungen im Handel bleiben angespannt, allerdings verlief die Agritechnica erfolgreich und die Hoffnung auf einen Aufschwung besteht.

Lohnunternehmen und Maschinenringe senken die Technikkosten

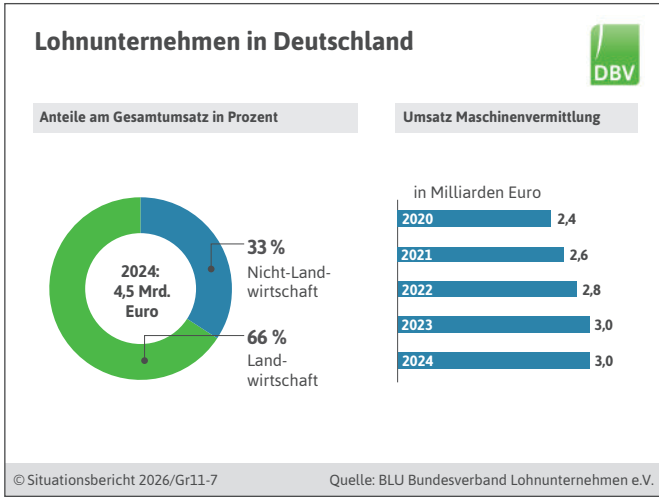
Lohnunternehmen sind Dienstleistungsbetriebe im ländlichen Raum, die mit qualifiziertem Personal und modernen Maschinen arbeits- und betriebswirtschaftliche Vorteile für die Landwirte nutzbar machen. Mit der modernen Landtechnik findet auch digitaler Fortschritt rasch Einzug in die Betriebe. Der überwiegende Teil der Landwirte nutzt die Dienstleistungsangebote der Lohnunternehmen. Mehr als 3.000 professionelle Lohnunternehmer mit gut 20.000 Vollzeitkräften und ebenso vielen saisonalen Teilzeitkräften erzielten 2024 einen Umsatz von etwa 4,5 Milliarden Euro, davon 3,0 Milliarden Euro im Einsatz für Land- und Forstwirte und 1,5 Milliarden Euro im Einsatz für Kommunen sowie gewerbliche

und private Auftraggeber. Für 2025 und die kommenden Jahre wird mit einer stabilen Branchenentwicklung im Agrarsektor gerechnet. In den außerlandwirtschaftlichen Tätigkeitsbereichen werden Umsatzsteigerungen erwartet. Die von Landwirten gegründeten 230 Maschinenringe mit rund 178.000 landwirtschaftlichen Mitgliedsbetrieben erwirtschafteten 2024 mit ihren rund 3.500

Mitarbeitern in den Geschäftsstellen sowie 6.600 haupt- und nebenberuflichen Betriebshelfern einen Umsatz von 1,24 Milliarden Euro. Mit dem Ziel, Betriebs- und Haushaltshilfe zu leisten, Maschinen besser auszulasten und zusätzliche Erwerbsquellen zu erschließen, haben sich die Maschinenringe in vielen Regionen zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für den ländlichen Raum entwickelt.

Landtechnik in Deutschland				
	Marktvolumen Inland	Traktor-neuzulassungen	Produktion	Export
	Mrd. Euro	Stück	Mrd. Euro	Mrd. Euro
2014	5,49	34.611	7,68	5,51
2015	5,4	32.220	7,38	5,33
2016	5,21	28.248	7,18	5,33
2017	5,61	33.659	7,87	5,65
2018	6,27	27.670	8,63	6,36
2019	6,26	28.977	8,6	6,45
2020	6,15	32.039	9,05	6,82
2021	7,08	34.472	10,51	8,1
2022	8,41	30.360	12,41	8,57
2023	9,25	30.336	15,35	11,97
2024	7,3	29.337	11,07	8,18

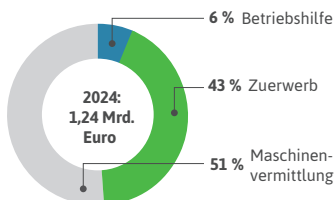
© Situationsbericht 2026/ T11-2 Quelle: VDMA Landtechnik



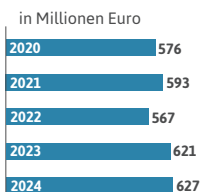
Maschinenringe in Deutschland



Anteile am Gesamtumsatz in Prozent



Umsatz Maschinenvermittlung



© Situationsbericht 2026/Gr11-8

Quelle: BMB

Überbetrieblicher Maschineneinsatz nimmt weiter zu

Nach den Ergebnissen der Agrarstrukturserhebungen 2013 und 2023 ist der Anteil der Betriebe, die Maschinen im Rahmen von Lohnunternehmen, Maschinenringen und Maschinengemeinschaften nutzen, deutlich angestiegen. Auf 85 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Deutschland kamen in 2023 Maschinen überbetrieblich zum Einsatz (2013 82 %).

Die ländlichen Räume in Deutschland



Etwa 90 %
der Fläche Deutschlands
sind ländlich geprägt.



Rund 47 Mio.
Menschen leben auf
dem Land. Das ist mehr
als die Hälfte
der Bevölkerung in
Deutschland.



Circa 46 %
der Bruttowertschöpfung
Deutschlands wird
im ländlichen Raum
erwirtschaftet.

© Situationsbericht 2026/Gr11-11

Quelle: BMEL, Stand 19.11.2025

Landwirtschaft und ländliche Räume sind untrennbar miteinander verbunden

Etwa 90 Prozent der Fläche Deutschlands zählen zu den ländlichen Räumen. Rund 57 Prozent der Einwohner Deutschlands leben in Dörfern, Gemeinden und Städten auf dem Land. Ländliche Räume sind Lebensraum und Wirtschaftsstandort. Sie umfassen land- und forstwirtschaftliche Nutzräume ebenso wie Natur- und Erholungsräume. Die Land- und Forstwirtschaft erhält und pflegt 28,7 Millionen Hektar Acker, Wiesen und Wald. Das sind 80 Prozent der Fläche Deutschlands, die die Kulturlandschaft ganz wesentlich prägen. Auf der Skala der Erholungsaktivitäten rangieren die landschaftsbezogenen Freizeitaktivitäten vorn, wie Spazierengehen, Spielen im Freien, Wandern und Radfahren.

Daten und Fakten zum Landtourismus



Bundesweit gibt es
9.500 Ferienhöfe mit
170.000 Betten (einschließlich
Heuherbergen).



Bei jedem **2. Anbieter** macht der
Beherbergungsumsatz mehr
als ein **Viertel des Gesamtumsatzes**
des Betriebes aus.



Die Ferienbetriebe generieren
jährlich ein Übernachtungsvolumen
von **16 Mio. Übernachtungen**
(einschließlich Heuherbergen).



24 Prozent der Anbieter
sind **gewerbliche**,
76 Prozent **private** Vermieter.



Die Hälfte der Ferienhöfe sind
landw. Haupterwerbsbetriebe,
überwiegend mit **Tierhaltung**.

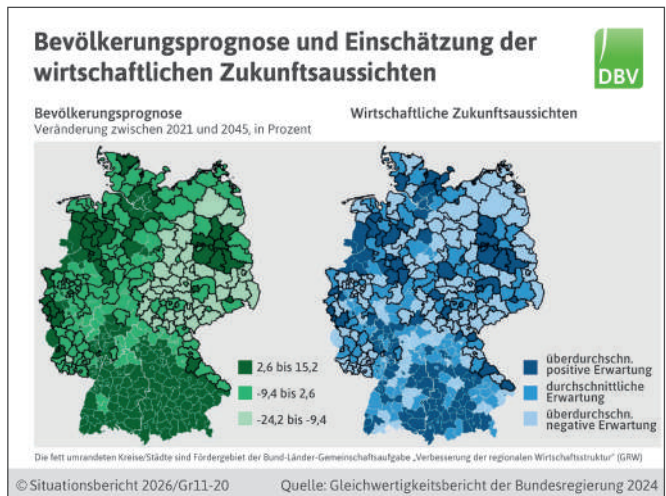


900 Millionen Euro beträgt
der jährliche Bruttoumsatz
der Ferienhöfe.

© Situationsbericht 2026/Gr11-9 Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft für Urlaub auf dem Bauernhof

Bauernhofurlaub: Wichtiger Faktor für Wirtschaft und Lebensqualität

Rund 10 Millionen Deutsche bevorzugten 2024 Urlaub auf dem Bauernhof oder in ländlichen Regionen. Laut der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) ist diese Beliebtheit seit Jahren stabil – mit einer Spitze während der Corona-Pandemie. Als Hauptmotive für diese Urlaubsform werden die Ruhe des Landlebens, das Naturerleben, die authentischen Einblicke in die Landwirtschaft und die Gastfreundschaft der Anbieter genannt. Nach der Agrarstrukturerhebung 2023 gibt es bundesweit 9.490 Ferienhöfe, mit regionalen Schwerpunkten in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Etwa ein Viertel der Betriebe bietet Urlaub auf dem Bauernhof als eigenständigen Betriebszweig an. Mit jährlich rund 16 Millionen Übernachtungen erwirtschaften die Ferienhöfe einen direkten Bruttoumsatz von 900 Millionen Euro – ein bedeutender Beitrag für die regionale Entwicklung. Neben dem wirtschaftlichen Nutzen trägt der Landurlaub auch zur Lebensqualität in den Regionen bei. Er verbessert das Freizeitangebot und stärkt das Image ländlicher Gebiete. Laut Befragungen zur Tourismusakzeptanz (TAS) empfindet jeder zweite Teilnehmer den Landtourismus als positiven Beitrag zur Lebensqualität.



Regionen im Wettbewerb

Deutschland zeichnet sich durch eine große Vielfalt aus. Gleichzeitig führt diese Vielfalt dazu, dass sich die Regionen stark unterscheiden. So stehen viele Gebiete angesichts der demografischen Entwicklung bzw. der Abwanderung vor allem junger Menschen vor der Aufgabe, eine sich selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung mit einer hinreichenden Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Das ist auch für landwirtschaftliche Betriebe eine Herausforderung, insbesondere in Regionen mit rückläufigem Arbeitskräftepotenzial. Es wird immer schwieriger, Berufsnachwuchs zu finden.

Nach dem „Gleichwertigkeitsbericht“ nehmen regionale Unterschiede ab

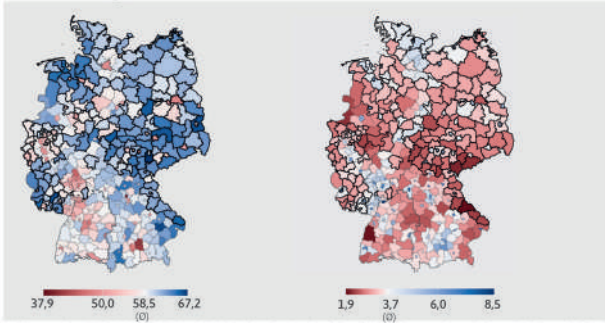
Die Bundesregierung hat 2024 ihren ersten „Gleichwertigkeitsbericht“ vorgelegt. Hintergrund des 224 Seiten umfassenden Berichts mit umfangreichem Kartenmaterial ist das im Grundgesetz verankerte Ziel der Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“. Nach diesem Bericht gleichen sich die Lebensverhältnisse immer weiter an, so zum Beispiel bei der Wirtschaftskraft, der Arbeitslosenquote, der Lebenserwartung und bei der medizinischen Versorgung und Ganztagsbetreuung von Kindern. Die regionalen Unterschiede innerhalb Deutschlands werden im internationalen Vergleich als recht gering eingestuft. Dennoch bestehen nach wie vor große Unterschiede, vor allem bei dem zu erwartenden Bevölkerungsrückgang in den strukturschwächeren Regionen.

Fachkräfteversorgung und Abwanderungsquote



Prozentanteile Fachkräfte
an den Beschäftigten

Abwanderungsquote 2000 bis 2020



Die fett umrandeten Kreise/Städte sind Fördergebiet der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

© Situationsbericht 2026/Gr11-21

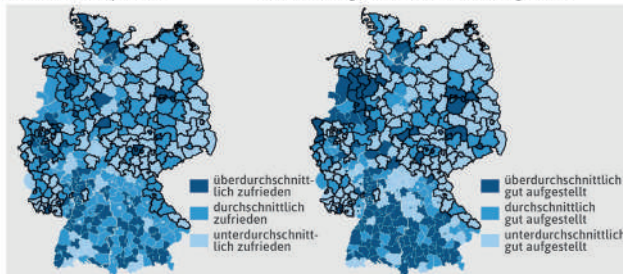
Quelle: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024

Berufliche Perspektiven sowie Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen



Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer
beruflichen Perspektive?

Wie gut ist Ihre Region im Hinblick auf die Ansiedlung
und Gründung neuer Unternehmen aufgestellt?



Die fett umrandeten Kreise/Städte sind Fördergebiet der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

© Situationsbericht 2026/Gr11-22

Quelle: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024

Unterschiede zwischen Realität und Wahrnehmung

Bei der Gegenüberstellung von Fakten und Ergebnissen von rund 31.100 befragten Bürgern aus 400 Kreisen und kreisfreien Städten kommt es in einigen Lebensbereichen zu Unterschieden zwischen Realität und Wahrnehmung. Beispiel Kinderbetreuung: Das Angebot gilt in den ostdeutschen Bundesländern als hervorragend, die Zufriedenheit aber nicht überall. Anders im Süden Deutschlands: Dort ist das Angebot teils nicht gut, aber die Zufriedenheit dennoch hoch.

Bevölkerungsprognose und Zukunftsaussichten

Zwischen der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftlichen Zukunft besteht ein gleichgerichteter Zusammenhang. Die Bewertung der wirtschaftlichen Zukunft der Region fällt in den Regionen, deren Bevölkerung künftig gemäß der Prognose schrumpfen wird, tendenziell schlechter aus als in den Regionen mit Bevölkerungszuwachs. Eine klarer Unterschied zwischen dem ehemaligen Bundesgebiet und den ostdeutschen Bundesländern ist dabei aber nicht erkennbar.

Fachkräfte und Abwanderungsquoten

Der Anteil der Fachkräfte an den Beschäftigten ist in dünn besiedelten Gegenden merklich höher als in Großstädten. Das hängt damit zusammen, dass ein hoher Anteil an Fachkräften an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten häufig auf eine industrielle oder

handwerkliche Prägung der regionalen Wirtschaft zurückzuführen ist. Die Abwanderungsquote, die die Zahl der Personen wegen eines innerdeutschen Umzugs im Verhältnis zu den gesamten Erwerbspersonen eines Kreises misst, lag im Zeitraum 2000 bis 2020 im ehemaligen Bundesgebiet mit 3,7 Prozent deutlich über der der ostdeutschen Bundesländer mit 3,1 Prozent.

Berufliche Perspektiven und Ansiedlung neuer Unternehmen

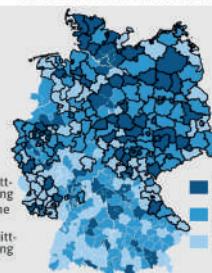
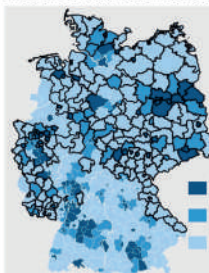
Das Lohnniveau hat sich stark angeglichen. Wenn die Durchschnittseinkommen im Osten aber immer noch unter dem westlichen Niveau liegen, so sind die Ursachen dafür im Wesentlichen in der unterschiedlichen Unternehmens- und Branchenstruktur begründet. Nach Berechnungen des ifo-Institutes sind zwei Drittel dieses Lohnabstandes auf strukturelle Unterschiede zurückzuführen. In dünn besiedelten ländlichen Regionen werden die beruflichen Perspektiven erkennbar schlechter bewertet als in den kreisfreien Großstädten. In Bezug auf die Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen schätzen 38 Prozent der befragten Bürger die Situation als gut ein, in dünn besiedelten Gegenden sind es entsprechend nur 12 Prozent.

Regionale Versorgung mit Nahverkehr und schnellem Internet



Der öffentliche Nahverkehr bietet in meinem Ort attraktive Verbindungen

Wie zufrieden sind Sie mit der Versorgung mit schnellem Internet bei Ihnen vor Ort?



Die fett umrandeten Kreise/Städte sind Fördergebiet der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

© Situationsbericht 2026/Gr11-23

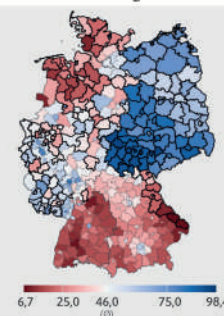
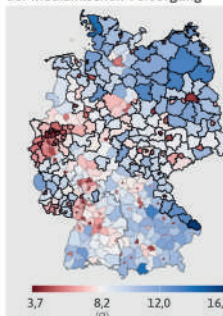
Quelle: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024

Erreichbarkeit von medizinischen Einrichtungen und Verfügbarkeit von Kinderbetreuung



PKW-Fahrzeiten zu Einrichtungen der medizinischen Versorgung

Ganztagsbetreuungsquote 3- bis unter 6-Jährige



Die fett umrandeten Kreise/Städte sind Fördergebiet der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

© Situationsbericht 2026/Gr11-24

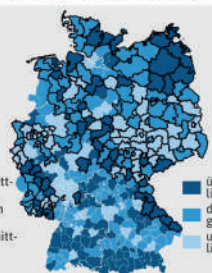
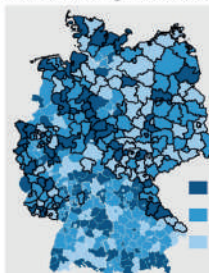
Quelle: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024

Zufriedenheit mit Lebensverhältnissen und Naherholungswert



Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation?

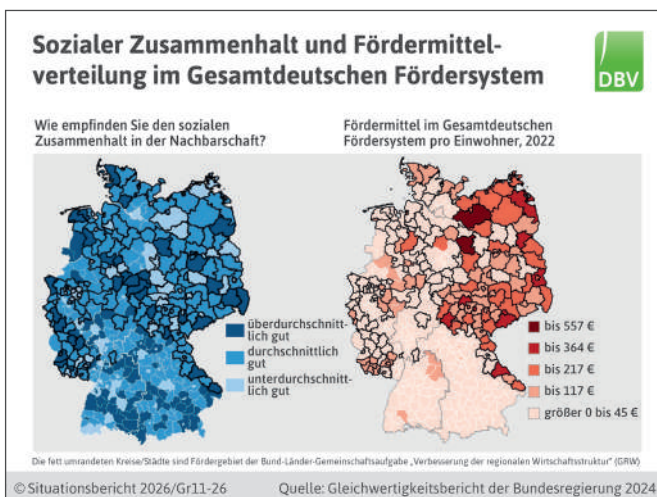
Wie würden Sie den Erholungswert der Naherholungsgebiete in Ihrer Umgebung bewerten?



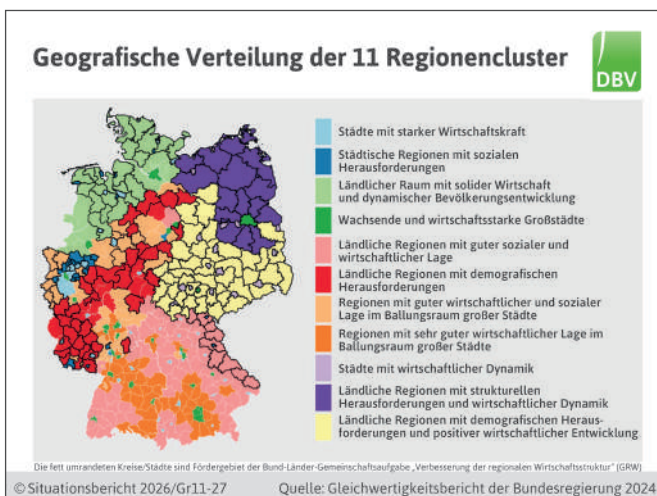
Die fett umrandeten Kreise/Städte sind Fördergebiet der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

© Situationsbericht 2026/Gr11-25

Quelle: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024



nächste Tagespflegeeinrichtung. Ländliche Kreise ohne städtische Zentren in der Umgebung zeigen im Durchschnitt die weitesten Wege zur nächsten Gesundheits- und Pflegeeinrichtung. Bei Kindertageseinrichtungen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zugunsten der ostdeutschen Bundesländer. Bereits zu DDR-Zeiten war im Osten Deutschlands eine frühe und umfassende Kinderbetreuung gelebte Praxis.



Zufriedenheit Lebensverhältnisse und Erholungswert

Generell ist die allgemeine Lebenszufriedenheit in den ostdeutschen Bundesländern im Durchschnitt nur geringfügig niedriger als im früheren Bundesgebiet. Besonders hoch wird im nördlichen Teil Ostdeutschlands der Erholungswert der Naherholungsgebiete bewertet.

Sozialer Zusammenhalt und Förderung

Gerade in Regionen mit schwieriger wirtschaftlicher oder sozialer Lage kann der soziale Zusammenhalt in der Nachbarschaft und die damit verbundene gegenseitige Unterstützung zu einer höheren Lebensqualität beitragen. Das gesamtdeutsche Fördersystem mit 19 verschiedenen Fördermaßnahmen konzentriert sich auf den Osten Deutschlands.

Regionale Versorgung mit Nahverkehr und schnellem Internet

44 Prozent der rund 31.100 befragten Bürger sind der Ansicht, dass der öffentliche Nahverkehr in ihrem Ort attraktive Verbindungen bietet. In dünn besiedelten Gebieten sind es allerdings nur 5 Prozent, in der Großstadt dagegen 85 Prozent. Knapp die Hälfte der Befragten ist mit der Verfügbarkeit von schnellem Internet zufrieden,

im Norden und Osten Deutschlands deutlich mehr als im Süden Deutschlands.

Erreichbarkeit von medizinischen Einrichtungen und Kinderbetreuung

Für die meisten Menschen ist die medizinische und pflegerische Versorgung ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge. Es geht um die nächste Hausarztpraxis, das nächste Krankenhaus und die

1.2 Jahrhundertvergleich

Vor gut hundert Jahren war Deutschland noch Agrarstaat

Von 100 Erwerbstätigen in Deutschland waren im Jahr 1800 62 Personen in der Landwirtschaft tätig. 100 Jahre später waren es immerhin noch 33. Mit zunehmender Industrialisierung und mit der Entwicklung des Dienstleistungssektors sank der landwirtschaftliche Erwerbstätigenanteil kontinuierlich. 1950 betrug der landwirtschaftliche Erwerbstätigenanteil knapp 25 Prozent, 1970 lag dieser Anteil immerhin noch bei gut 8 Prozent, im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts bei etwa 2 Prozent. 2024 lag der landwirtschaftliche Erwerbstätigenanteil nur noch bei 1,2 Prozent.

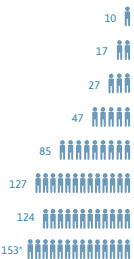
Enorme Produktivitätssteigerungen sind Kennzeichen

Immer mehr Menschen werden von einem Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ernährt. Der Hektarertrag für Weizen zum Beispiel lag um 1800 nur bei 10,3 Dezitonnen, 100 Jahre später (1898–1902) bei 18,5 Dezitonnen. Bis Anfang der 70er-Jahre (1970–1972) kletterte das Ertragsniveau auf 42,0 Dezitonnen; im Erntejahr 2025 konnten die Landwirte in Deutschland mit 78,5 Dezitonnen Weizen pro Hektar fast den doppelten Ertrag erzielen.

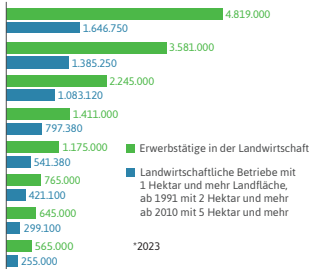
Wandel auf dem Lande – in Deutschland



Ein Landwirt ernährt so viele Menschen:



Landwirtschaftliche Betriebe und Erwerbstätige

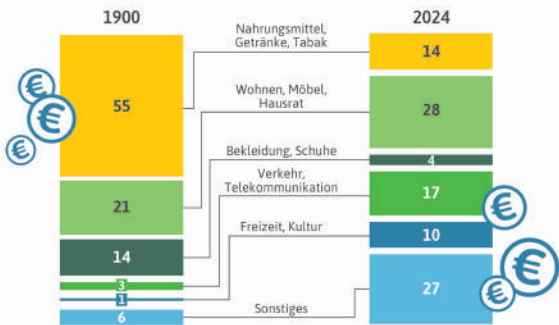


© Situationsbericht 2026/Gr12-1

Quellen: StBA, BLE

Dafür geben wir unser Geld aus

Verteilung der Konsumausgaben in Prozent



© Situationsbericht 2026/Gr12-5

Quelle: Statistisches Bundesamt

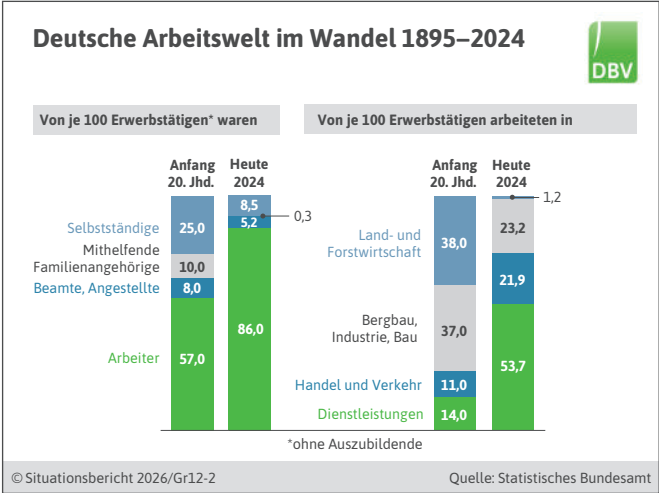
Landwirtschaft im Jahrhundertvergleich – Wirtschaftskennziffern

Kennziffer	Einheit	1900	1950	1970	2000	2024
Nutzfläche je Einwohner	ha/Einw.	0,63	0,29	0,22	0,21	0,20
Erwerbstätigenanteil	Prozent	38,2	24,3	8,5	2,5	1,2
Anteil an Bruttowertschöpfung	Prozent	29,9	11,3	3,4	1,2	1,0
Arbeitskräftebesatz	AK/100 ha	30,6	29,2	11,0	3,6	2,8

Angaben für 1900 beziehen sich auf das frühere Reichsgebiet, für 1950 und 1970 auf das frühere Bundesgebiet.

© Situationsbericht 2026/T12-1

Quelle: Statistisches Bundesamt



Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln in Deutschland						
	Selbstversorgungsgrad ²⁾ in Prozent					
	1995/96	2000/01	2005/06	2010/11	2020/21	2023/24 ^{v)}
Selbstversorgungsgrad insgesamt	94	95	87	87	89	89
Selbstversorgungsgrad ohne Auslandsfutter ¹⁾	85	87	80	82	82	84
	Ein Landwirt „ernährt“ ... Menschen					
	1995	2000	2005	2010	2020	2023 ^{v)}
mit Auslandsfutter	115	144	128	130	151	163
ohne Auslandsfutter ¹⁾	104	127	117	122	145	153
1) ohne tierische Produktion auf der Basis importierter Futtermittel						
2) Nahrungsmittelproduktion in Prozent des Nahrungsmittelverbrauchs						
v) vorläufig						
© Situationsbericht 2026/ T12-2 Quelle: BLE						

Landwirtschaft im Jahrhundertvergleich – Hektarerträge						
Erzeugnis	Einheit	1898-1902	1950-1955	2000-2005	2023	2024
Weizen	dt/ha	18,5	27,4	73,6	74,3	70,8
Roggen	dt/ha	14,9	23,8	52,7	50,0	48,3
Kartoffeln	dt/ha	129,8	217,3	406,5	438,5	450,2
Zuckerrüben	dt/ha	276,8	344,9	583,8	797,3	839,0
Angaben für 1898-1902 beziehen sich auf das frühere Reichsgebiet, für 1950-1955 auf das frühere Bundesgebiet.						
© Situationsbericht 2026/T12-3 Quelle: Statistisches Bundesamt						

Ein Landwirt ernährt heute 153 Personen

Ein Landwirt erzeugte im Jahr 1900 Nahrungsmittel, mit denen er etwa vier Personen ernähren konnte. Ein Jahrhundert zuvor (1800) bedurfte es zur Ernährung eines Städters sogar drei Bauern, 1950 ernährte ein Landwirt 10 und 2023 153 Personen (ohne Erzeugung aus Auslandsfuttermitteln). Trotz dieser starken Produktivitätssteigerung blieb Deutschland stets ein Nettoimportland an Agrar- und Ernährungsgütern. 1900 lag der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln bei 87 Prozent. In den vergangenen vier Jahren lag der deutsche Selbstversorgungsgrad ohne Auslandsfutter bei jährlichen Schwankungen zwischen 80 und 84 Prozent. Einschließlich der Auslandsfutter liegt dieser Wert bei 89 Prozent. Angesichts der Arbeitsteilung in einer globalisierten Wirtschaft und der vom Verbraucher gewünschten Vielfalt war der Selbstversorgungsgrad bis vor den Krisen von Corona und Ukraine-Krieg allerdings kaum von gesellschaftspolitischer Relevanz.

Fortschritt als Ursache für enorme Produktivitätssteigerung

Die enorme Erzeugungssteigerung hat ihre Ursache in der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Produktionsweisen. Moderne Maschinen und Ställe, die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldüngern sowie Zuchtfortschritte bei

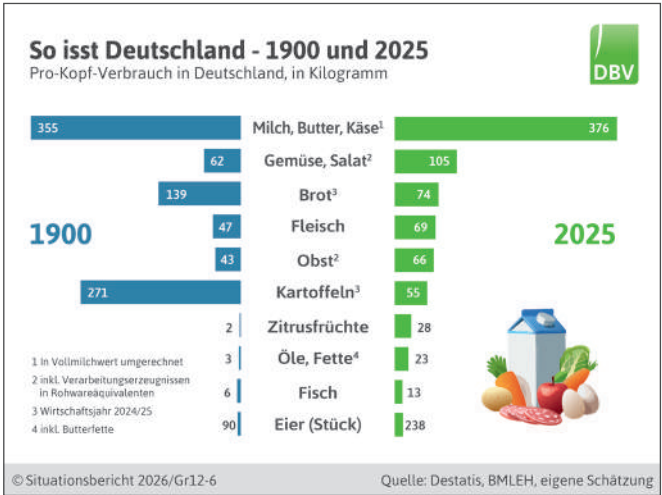
Leistungen enorm gestiegen

Brot und Brötchen gehören zu den Grundnahrungsmitteln in Deutschland, etwa 81 Kilogramm an Backwaren werden pro Kopf und Jahr verzehrt. Damit ist Deutschland in der Europäischen Union Spitzenreiter. Dank der erheblichen Ertragssteigerungen durch Züchtung und Anbau-technik „wachsen“ heute auf einem Hektar Weizen mit über 80 Doppelzentnern Ertrag etwa 9.400 Weizenbrote à 1 Kilogramm. Das Mehl von 850 Gramm Weizen reicht zum Backen von einem Kilogramm Brot. In einem solchen Brot ist das Mehl von 17.000 Körnern verarbeitet worden. 16.000 Körner wachsen je Quadratmeter. Zur Ernte dieser Körnermenge hat der Landwirt im Herbst knapp 400 Körner ausgesät. Mehr als das 40-fache kann er somit im Sommer nach genügend Regen und Sonne und ackerbaulicher Pflege ernten.

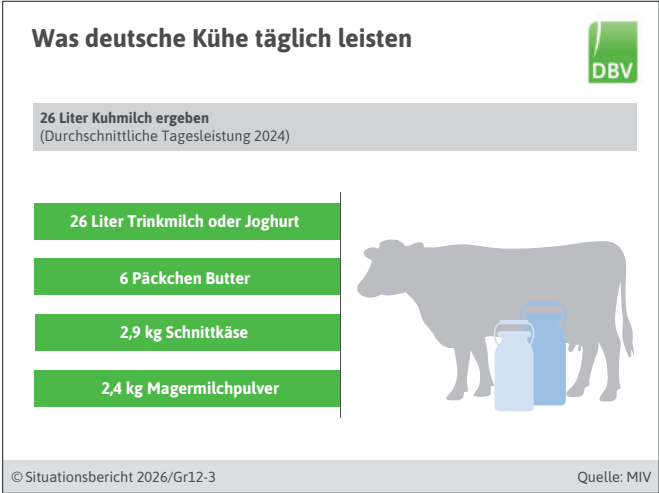
Pflanzen und Tieren haben dazu geführt, dass die Landwirte heute wesentlich stabilere und höhere Erträge erzielen als früher.

Tierbesatz stark zurückgegangen

1900 gab es im damaligen Reichsgebiet noch über 5,6 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit gut 26 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche und 20,7 Millionen Großvieheinheiten (GVE) an Nutztieren. Das sind 0,79 GVE je Hektar. Im heutigen Deutschland sind es 2024 255.000 Betriebe, die rund 16,6 Millionen Hektar



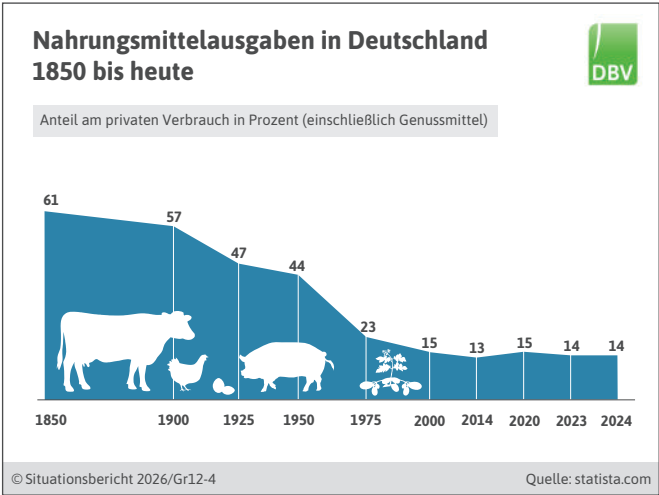
Viehbestände – Langfristentwicklung in Deutschland					
	1900 ¹⁾	1950 ²⁾	1970 ²⁾	2000	2023
in Millionen Stück					
Rinder	18,9	14,8	19,2	14,5	10,8
Schweine	16,8	17,6	30,7	25,6	21,2
Geflügel	64,1	74,1	144,6	122,1	167,3
Schafe	9,7	2,7	2,4	2,7	1,6
Ziegen	3,3	1,4	0,2	0,1	0,2
Pferde	4,2	2,3	0,4	0,5	0,5
in Millionen Großeinheiten (GVE) ³⁾					
Rinder	13,5	10,6	13,6	10,5	7,8
Schweine	1,9	1,8	2,7	3,0	2,3
Geflügel	0,26	0,30	0,58	0,47	0,67
Schafe	0,79	0,23	0,21	0,22	0,14
Ziegen	0,27	0,11	0,02	0,01	0,01
Pferde	3,98	2,18	0,38	0,44	0,46
Insgesamt	20,7	15,2	17,5	14,6	11,4
1) Gebietsstand: Reichsgebiet 1930 2) Bundesrepublik Deutschland + DDR 3) Großvieheinheit: Tiergewicht (Einzeltier oder Gruppe) von 500 kg Lebendmasse					
© Situationsbericht 2026/T12-4 Quellen: Stat. Bundesamt, Stat. Amt der DDR, eig. Berechn.					



Landwirtschaft im Jahrhundertvergleich – Tierische Leistungen					
	Einheit	um 1900	um 1950	1970	2024
Milchleistung	kg/Kuh	2.165	2.480	3.800	9.445
Legeleistung	Eier/Henne	.	120	216	302
Durchschnittliches Schlachtgewicht					
Rinder	kg	248	254	276	337
Schweine	kg	91	100	87	96

Angaben für 1900 beziehen sich auf das frühere Reichsgebiet, für 1950 und 1970 auf das frühere Bundesgebiet.

© Situationsbericht 2026/T12-5 Quellen: Statistisches Bundesamt, BLE



landwirtschaftliche Nutzfläche bearbeiten und pflegen und 11,1 Millionen GVE halten, was 0,67 GVE je Hektar entspricht. 1950 waren es in den Grenzen des heutigen Deutschlands entsprechend noch 15,2 Millionen GVE oder 0,92 GVE je Hektar, 2000 waren es bereits nur noch 0,84 GVE je Hektar. Zwischen 1950 und 2024 hat sich der Viehbesatz je Hektar somit um ein Viertel (25 Prozent) vermindert. Die aus den heute 11,1 Millionen GVE resultierende Gesamterzeugung liegt gegenüber dem weitaus flächengrößeren Deutschland in den Grenzen von 1900 um ein Mehrfaches höher.

Nur noch jeder siebte Euro für Nahrungs- und Genussmittel

Im langfristigen Vergleich zeigt sich eine enorme Steigerung des Wohlstandes der Verbraucher. Anfang des 20. Jahrhunderts betrug der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel am gesamten Konsum noch über 50 Prozent; heute beträgt dieser Anteil nur 14,1 Prozent (ohne Genussmittel 11,2 Prozent). Qualität und Verarbeitung der Nahrungsmittel haben sich in dieser Zeit enorm verbessert.

1.3 Nahrungsmittel – Verbrauch und Preise

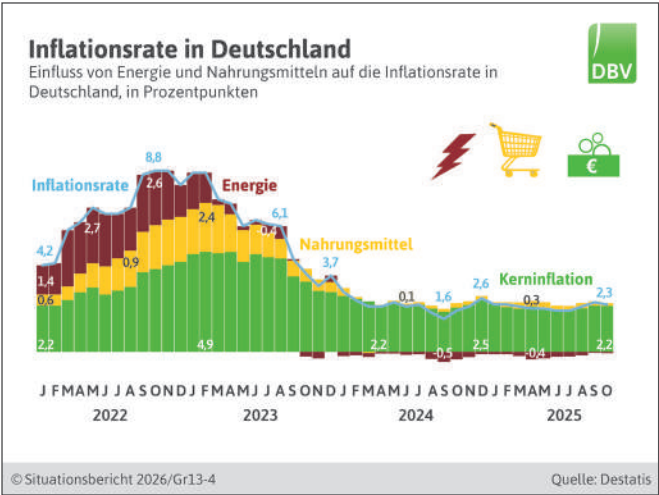
Gebremster Preisanstieg bei Nahrungsmitteln

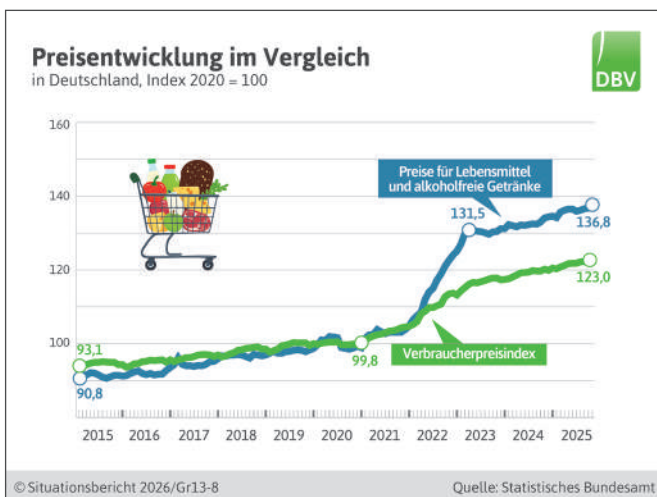
Der Anstieg der Verbraucherpreise für Lebensmittel liegt 2025 auf einem eher niedrigen Niveau. Während die Lebensmittelpreise im Gesamtjahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent stiegen, sind es bis November 2025 1,2 Prozent. 2023 waren es im gesamten Jahr noch 12,4 Prozent. Die allgemeine Inflationsrate bis November 2025 liegt bei 2,3 Prozent und wird für das Gesamtjahr vom Sachverständigenrat Wirtschaft auf 2,2 Prozent geschätzt (siehe Kapitel 5.1), wobei die Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittel) bei etwa 2,7 Prozent liegt. Verantwortlich für die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Inflation ist neben stabilisierten Lebensmittelpreisen vor allem der Rückgang der Energiepreise (- 0,1 %), während Dienstleistungspreise (weiterhin +3,5 % zum Vorjahr) durch hohe Lohnabschlüsse auch 2024 leicht inflationssteigernd wirken.

Dienstleistungen weiter teuer

Die Nachwirkungen der ausgeprägten Lebensmittelpreisanstiege der Jahre 2022/23 sind im Verbraucheralltag aber weiter spürbar, denn das Preisniveau bleibt hoch. Viele Verbraucher reagieren auf die anhaltend hohen Preise, indem sie verstärkt günstige Eigenmarken, konventionelle Produkte oder

Verbraucherpreisentwicklung in Prozent - Veränderungen im Jahresvergleich							
	2023	2024	1. Quart. 2025	2. Quart. 2025	3. Quart. 2025	4. Quart. 2025 ^{*)}	2025 ^{*)}
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	12,3	1,9	2,6	3,1	2,9	1,8	1,7
Brot/Getreideerzeugnisse	16,4	1,9	1,1	0,7	0,9	0,6	0,6
Fleisch/Fleischwaren	8,3	1,3	0,4	1,9	3,0	3,6	3,3
Molkereiprodukte	15,7	-1,7	3,4	4,0	3,6	1,2	1,1
Obst	8,2	3,8	3,2	6,9	6,6	2,3	1,4
Gemüse	13,3	-1,5	2,2	0,8	-2,1	-4,6	-5,0
Bekleidung/Schuhe	3,7	3	1,4	0,4	0,9	0,9	1,0
Mieten	2	2,2	2,0	2,1	2,1	2,0	1,9
Strom	12,7	-6,4	-2,9	-2,4	-1,8	-1,4	-1,5
Gas	25,8	-2,3	-2,6	-2,9	-1,4	-0,5	-0,6
Diesel	-11,3	-4	-3,4	-6,3	-0,2	0,4	-0,1
Benzin	-4	-2,9	-1,3	-6,8	-2,7	0,4	0,5
Freizeit, Unterhaltung, Kult.	5,7	1,8	1,3	1,2	1,3	2,9	2,5
Gesundheit	3	2,8	3,0	2,8	2,8	2,7	2,5
Bildungswesen	3,8	5	4,8	4,7	5,1	4,9	4,9
Gaststätten	8,3	6,2	4,1	3,9	3,7	3,7	3,7
Verbraucherpreisindex	5,9	2,2	2,3	2,1	2,2	2,4	2,2
*) DBV-Schätzungen auf Basis von Angaben des StBA							
© Situationsbericht 2026/T13-5				Quelle: Statistisches Bundesamt			

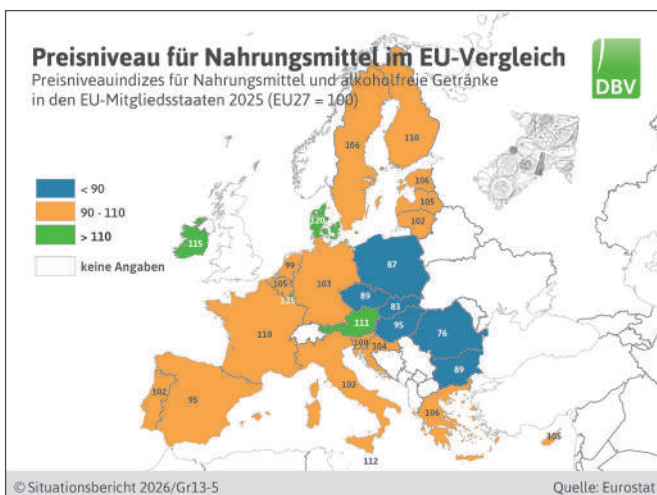




Sonderangebote kaufen. Der Absatz besonders teurer Lebensmittelkategorien (Bio, regionale Spezialitäten, Fleischersatz) hat sich in 2024 und 2025 nur langsam erholt. Die Praxis der sogenannten „Shrinkflation“ – kleinere Packungen bei gleichem Preis – ist weiterhin verbreitet und wird von Verbraucherorganisationen häufig kritisiert.

Nahrungsmittelpreise langfristig eine Inflationsbremse

Die Verbraucherpreise für Lebensmittel sind über viele Jahre hinweg deutlich langsamer angestiegen als die Verbraucherpreise insgesamt. Die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise wirkte damit inflationsbremsend. 2022 und 2023 dagegen waren die Nahrungsmittelpreise ein Haupttreiber stark gestiegener Inflationsraten. 2024 und 2025 wiederum war die Teuerung der Nahrungsmittelpreise und der übrigen Lebenshaltungskosten in etwa gleich hoch. In den letzten beiden Jahren seit November 2023 sind die Verbraucherpreise insgesamt um 4,9 Prozent und die Preise für Nahrungsmittel und Getränke um 4,3 Prozent gestiegen.



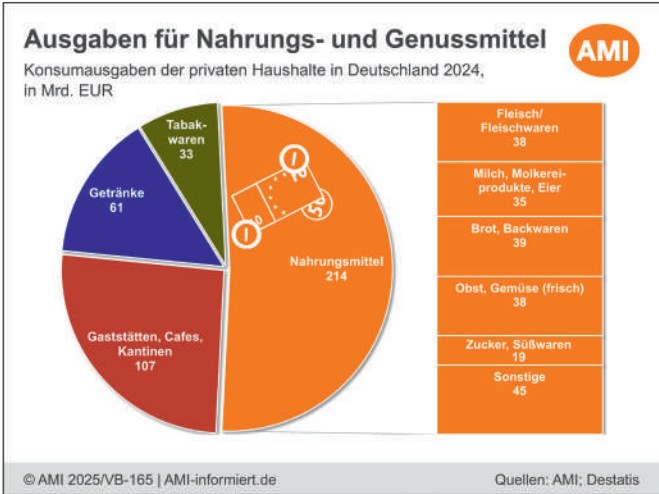
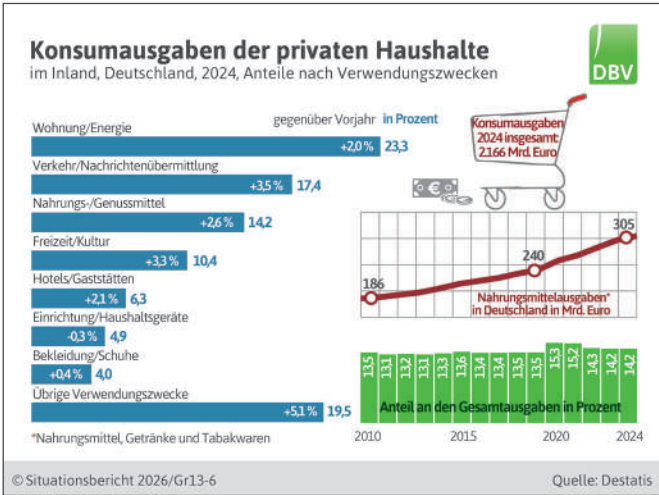
Nahrungsmittelpreise in Deutschland leicht über dem EU-Durchschnitt

Nahrungsmittel waren 2024 in Deutschland um etwa 3 Prozent teurer als im EU-Durchschnitt. Besonders hochpreisig waren Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke in Luxemburg und Dänemark. Dort lagen sie 2024

um 25 bzw. 20 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Das Preisniveau eines vergleichbaren Warenkorbs lag in Luxemburg und Dänemark damit erheblich höher als in Rumänien oder der Slowakei (76 bzw. 83 % des EU-Durchschnitts). Danach folgt Polen mit 87 Prozent des EU-Durchschnitts, hier stieg das Niveau jedoch in den Jahren von 2022 bis 2024 um 13 Prozentpunkte.

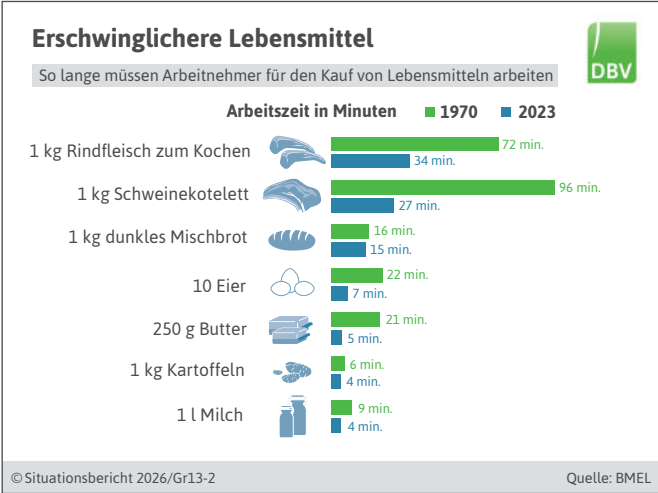
Verbraucher geben nur einen kleinen Teil ihres Einkommens für Nahrungs- und Genussmittel aus

Die gesamten Verbraucherausgaben beliefen sich 2024 auf 2.166 Milliarden Euro. Davon entfielen 307 Milliarden Euro oder 14,2 Prozent auf Nahrungs- und Genussmittel. Ohne Genussmittel wie Tabak oder Alkohol sind es 242 Milliarden Euro oder 11,2 Prozent. Dazu kommen 100 Milliarden Euro für Verpflegung in Gaststätten und Kantinen. Der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel ist im langjährigen Zeitvergleich deutlich zurückgegangen. Der Grund für diesen Langfristtrend liegt in den Einkommenssteigerungen und in dem unterdurchschnittlichen Anstieg der Nahrungsmittelpreise. Der höhere Lebensstandard kommt besonders in zunehmenden Ausgaben für Wohnen, Verkehr, Freizeitaktivitäten und Gesundheitspflege zum Ausdruck.



Nahrungsmittelausgaben – Prozentanteil an den Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland						
	1991	2000	2010	2020	2023	2024
Nahrungs- und Genussmittel	17,1	14,6	13,5	15,3	14,2	14,2
Nahrungsmittel (einschl. alkoholfreie Getränke)	12,8	10,7	10,2	11,7	11,2	11,2
Bekleidung, Schuhe	6,7	5,5	4,8	4,4	4,1	4,0
Mieten, Heizung, Strom, Wasser	19,2	23,5	24,8	25,3	23,5	23,3
Möbel, Hausrat	6,2	6,1	5,3	6,0	5,0	4,9
Verkehr	15,9	14,4	13,9	13,4	14,1	14,2
Hotels, Gastronomie	6,3	5,8	5,3	3,9	6,4	6,3
Freizeit, Bildung, Kultur	9,4	10,1	9,4	8,9	10,4	10,4
Information, Kommunikation	3,2	3,8	4,1	3,8	3,2	3,2
Gesundheit	3,2	4,3	5,5	6,1	5,7	5,9
Finanz-, Versicherungsleistungen*	12,8	11,9	13,4	12,9	13,4	13,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
*und andere Waren und Dienstleistungen						
© Situationsbericht 2026/T13-1 Quelle: Statistisches Bundesamt						

Landwirtschaft im Jahrhundertvergleich – Hektarerträge						
Erzeugnis	Einheit	1898-1902	1950-1955	2000-2005	2023	2024
Weizen	dt/ha	18,5	27,4	73,6	74,3	70,8
Roggen	dt/ha	14,9	23,8	52,7	50,0	48,3
Kartoffeln	dt/ha	129,8	217,3	406,5	438,5	450,2
Zuckerrüben	dt/ha	276,8	344,9	583,8	797,3	839,0
Angaben für 1898-1902 beziehen sich auf das frühere Reichsgebiet, für 1950-1955 auf das frühere Bundesgebiet.						
© Situationsbericht 2026/T12-3 Quelle: Statistisches Bundesamt						



Von einem Euro Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel erhält der Landwirt 23 Cent

Der Anteil der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel inländischer Herkunft lag im Jahr 2023 bei 23 Prozent. Anfang der 70er-Jahre lag der entsprechende Anteil mit 48 Prozent mehr als doppelt so hoch. Bei Milch und Milcherzeugnissen betrug der Anteil in 2023 36 Prozent, bei Fleisch und Fleischwaren 26 Prozent. Am niedrigsten ist der Erlösanteil nach wie vor bei Brotgetreide und Brotgetreideerzeugnissen mit 4 Prozent.

Getreidepreise haben geringe Auswirkungen auf den Brotpreis

Selbst landwirtschaftliche Erzeugerpreise für Backweizen von 250 Euro je Tonne stellen nur einen geringen Kostenfaktor bei der Brotherstellung dar. So entfallen bei einem Brötchen gut 7 Prozent des Preises auf seinen Getreideanteil. Für die Herstellung eines Brötchens benötigt der Bäcker etwa 34 Gramm Mehl. Bei einem Ausmahlungsgrad von rund 75 Prozent sind das lediglich 45 Gramm Weizen. Um den Brötchenpreis um nur einen Cent anzuheben, müsste sich der Getreidepreis in etwa verdoppeln. Schwerwiegender in der Preiskalkulation der Bäcker sind dagegen die Kosten für Energie und Arbeit.

Hopfen und Gerste praktisch ohne Einfluss auf den Bierpreis

- Hopfen für 1 Cent
Ein Liter Bier enthält etwa 1,5 Gramm Hopfen. Bei einem Preis von rund 100 Euro für einen Doppelzentner (2024) erhält der Landwirt für seinen Hopfenanteil weniger als 1 Cent je Liter Bier.
- Braugerste für 3 Cent
Ein Liter Bier entsteht im Schnitt aus etwa 215 Gramm Gerste. Bei einem Preis von etwa 15 Euro für einen Doppelzentner (2024) erhält der Landwirt für seinen Gerstenanteil 3 Cent je Liter Bier

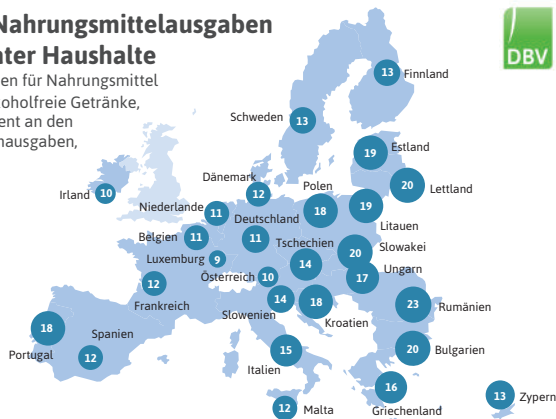
Quellen: BBV, DBV

Brotpreise und Löhne seit 1950 stark gestiegen, Getreidepreise wenig verändert

Von 1950 bis 2024 hat sich der Nettostundenverdienst eines Industriearbeiters auf mehr als das 27-fache erhöht. Da die Brotpreise nur um das 16-fache gestiegen sind, kann sich der Industriearbeiter für seinen Stundenlohn heute (2024) fast doppelt so viel Brot kaufen wie noch vor gut 70 Jahren. Der Weizenerzeugerpreis lag 2024 zwar deutlich höher als 1950; bezogen auf das Endprodukt wie ein dunkles Mischbrot aber erlöst der Landwirt davon nur einen kleinen Bruchteil, der im Jahr 2023 gut 5 Prozent betrug. Demgegenüber waren es 1950 entsprechend noch zwei Drittel des Brotpreises, hundert Jahre zuvor

EU: Nahrungsmittelausgaben privater Haushalte

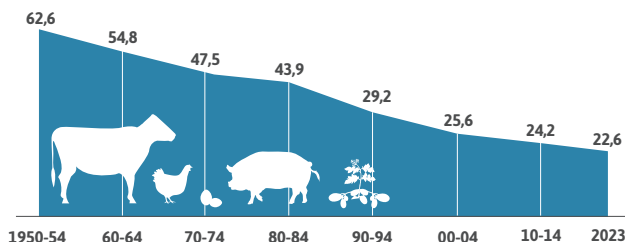
Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, in Prozent an den Konsumausgaben, 2024



© Situationsbericht 2026/Gr13-7

Quelle: Eurostat

Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben in Deutschland

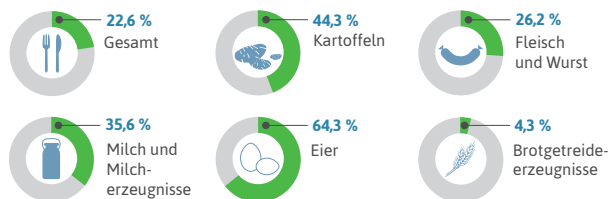


© Situationsbericht 2026/Gr13-1

Quellen: Thünen-Institut für Marktanalyse, DBV

Erlösanteil der Landwirte bei Nahrungsmitteln

Von einem Euro, den Verbraucher für Nahrungsmittel ausgeben, erhält die Landwirtschaft heute nur noch **22,6 Cent*** – Angaben für 2023



*Verkaufserlöse der Landwirtschaft in Prozent der Verbraucherausgaben bei ausgewählten Produkten.

© Situationsbericht 2026/Gr13-3

Quelle: Deutscher Bauernverband

Pro-Kopf-Verbrauch ¹⁾ bedeutender landwirtschaftlicher Erzeugnisse Deutschland						
Ausgewählte pflanzliche und tierische Erzeugnisse in Kilogramm je Kopf und Jahr						
Pflanzliche Erzeugnisse	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21	2021/22	2022/23
Getreide	102,2	103,0	104,5	103,2	106,6	101,5
Kartoffeln	60,4	55,4	57,2	59,6	56,1	54,1
Zucker	34,8	34,6	33,7	32,5	34,7	33,2
Gemüse	104,3	99,5	105,6	110,0	111,7	103,3
Obst	103,3	106,5	102,6	104,4	101,3	97,8
Tierische Erzeugnisse	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Rind- und Kalbfleisch	10,7	10,7	10,7	10,2	9,5	8,9
Schweinefleisch	34,1	31,8	30,4	30,6	28,1	27,5
Schaf- u. Ziegenfleisch	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6
Geflügelfleisch	13,4	13,2	13,5	13,3	12,2	13,1
Fleisch insgesamt	60,9	58,5	57,1	56,4	52,0	51,6
Butter	5,9	5,8	6,3	6,1	5,6	5,6
Käse	24,4	25,1	25,3	25,3	24,6	23,8
Eier (in Stück)	234	235	242	233	230	236
1) Getreide Verbrauch für Nahrungszwecke in Getreidewert, bei Zucker Weißzuckerwert; bei Gemüse und Obst einschließlich nicht abgesetzter Mengen; bei Obst einschließlich Zitrusfrüchten; bei Kartoffeln ohne Kartoffelstärke; bei Fleisch menschlicher Verzehr (Verbrauch ohne Knochen, Futter, industrieller Verwertung und Verluste)						
© Situationsbericht 2026/T13-4				Quelle: BLE		

(1852–61) sogar entsprechend 95 Prozent des Brotpreises. Wären die Brotweizenpreise seit 1950 genauso stark gestiegen wie die Inflationsrate, dann könnten die landwirtschaftlichen Erzeuger für einen Doppelzentner (100 kg) heute (2024) etwa 115 Euro Erlösen.

Unterschiedliche Entwicklungen beim Verbrauch der einzelnen Nahrungsmittel

Der Verbrauch bei den einzelnen Nahrungsmitteln hat sich in den letzten Jahren unterschiedlich entwickelt. Steigende bis stabile Verbrauchszahlen je Kopf der Bevölkerung werden bei Getreideerzeugnissen und Geflügelfleisch gemessen. Rückläufig ist dagegen der Verbrauch bei Schweine- und Rindfleisch, während er bei vielen anderen Produkten wie Obst, Gemüse und Kartoffeln von Jahr zu Jahr schwankt. Bei Fleisch ist der Unterschied zwischen dem Verzehr und dem Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung zu beachten, denn ein erheblicher Teil der Schlachtungen kann nicht für den menschlichen Verzehr verwendet werden.

Preisvergleich – Arbeitslöhne, Brot- und Weizenpreise									
Löhne und Preise	Einheit	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2023
Arbeitslöhne*	€ je Std.	0,65	1,27	2,68	5,51	8,12	11,36	13,13	17,06
Brotpreis (Roggenmischbrot)	€ je kg	0,26	0,43	0,67	1,33	1,73	2,12	2,43	4,18
Brotweizenpreis	€ je kg	0,17	0,21	0,20	0,24	0,18	0,12	0,17	0,23
*Netto-Stundenverdienst je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe									
© Situationsbericht 2026/T13-3				Quellen: Stat. Bundesamt, BMLEH, eigene Berechnungen					

Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben - Angaben in Prozent -						
Erzeugnisse	1950/51 bis 1954/55	1970/71 bis 1974/75	1990/91 bis 1994/95	2010 bis 2014	2020 bis 2023	2023
Ausgewählte pflanzliche Erzeugnisse						
Brot/Brotgetreide	44,6	17,7	6,1	5,4	5,1	4,3
Zuckerrüben/Zucker	44,2	41,6	37,6	37,2	31,5	30,7
Kartoffeln	.	57,9	32,5	30,1	32,6	44,3
Ausgewählte tierische Erzeugnisse						
Fleisch/Fleischwaren	66,8	46,0	28,9	24,4	23,2	26,2
Milch/Milcherzeugnisse	64,2	57,1	43,8	48,5	36,8	35,6
Eier	.	85,5	67,9	50,5	49,6	64,3
Alle Erzeugnisse	62,6	47,5	29,2	24,2	22,6	22,6
© Situationsbericht 2026/T13-2				Quelle: Deutscher Bauernverband		

1.4 Ernährungswirtschaft

2024: Ernährungsindustrie mit preisbedingten Umsatzsteigerungen

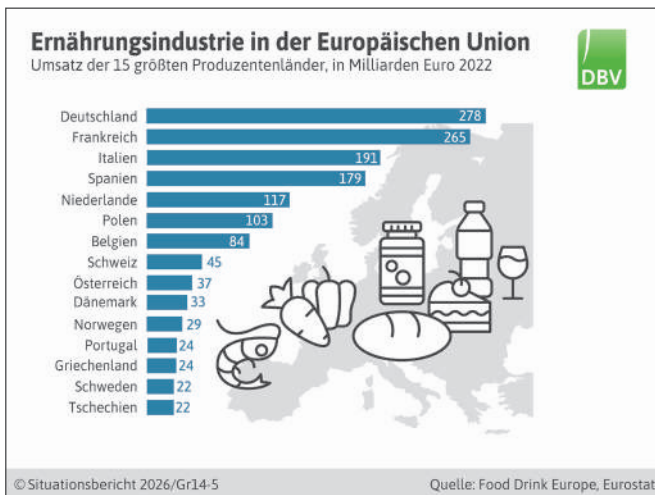
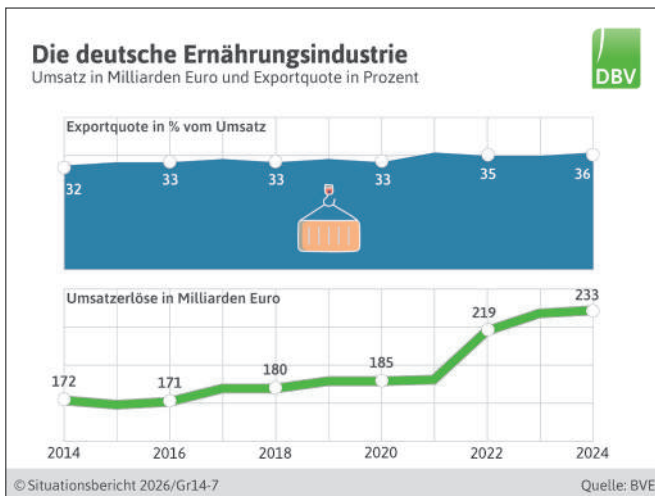
Mehr als vier Fünftel der landwirtschaftlichen Erzeugung werden zu hochwertigen Lebensmitteln über das Lebensmittelhandwerk und die Ernährungsindustrie verarbeitet. Über alle Teilbranchen hinweg stieg das Umsatzergebnis der deutschen Ernährungsindustrie 2024 auf 232,7 Milliarden Euro, davon 148,7 Milliarden Euro im Inland und 84 Milliarden Euro im Ausland. Der Export ist für die Ernährungsindustrie ein wichtiges Standbein – mehr als jeder dritte Euro (36 %) wird im Ausland verdient. Die Exporte sind gegenüber dem Vorjahr etwas weniger stark gestiegen (+ 4,3 %) als das Inlandsgeschäft (+ 7,7 %). Preisbereinigt erzielte die Ernährungsindustrie allerdings einen Umsatzverlust von 0,6 Prozent. Gründe dafür sind eine sich verschlechternde konjunkturelle Lage und eine anhaltend hohe Inflation. Viele Konsumenten sparten beim Einkauf von Lebensmitteln und wechselten teilweise zu günstigeren Preiskategorien.

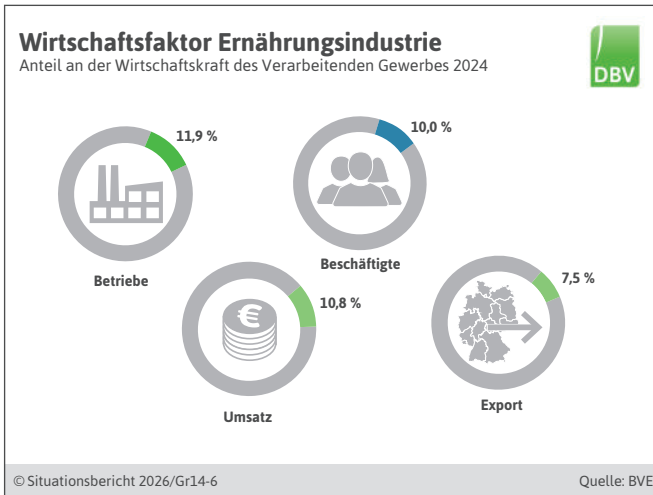
Leicht positive Umsatzentwicklung

Insgesamt stieg der nominale Umsatz der deutschen Ernährungsindustrie im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,6 Prozent. Dabei blieb das Inlandsgeschäft mit - 0,1 Prozent Veränderung nahezu stabil, während

das Auslandsgeschäft um 1,8 Prozent zunahm. Diese Entwicklung zeigt trotz der anhaltenden Konsumzurückhaltung und wirtschaftlichen Unsicherheiten eine gewisse Resilienz der Branche. Die Ernährungsindustrie ist eine der wichtigsten Industriezweige Deutschlands mit einem Wachstum des Gesamtumsatzes von

33 Prozent zwischen 2013 und 2024. Der Exportanteil am Umsatz stieg in diesem Zeitraum auf 36,0 Prozent (2013: 30,6 %). 74 Prozent der deutschen Lebensmittelexporte werden im EU-Binnenmarkt abgesetzt. Besonders nachgefragt sind Produkte aus den Bereichen Süßwaren, Backwaren, Fleisch und Milchprodukte.





gering. 90 Prozent der Beschäftigten in der deutschen Ernährungsindustrie arbeiten in Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern. Durch die überwiegend ländlichen Produktionsstandorte sichert die Branche Stabilität und Beschäftigung in allen Regionen Deutschlands. Der Umsatzdurchschnitt je Betrieb liegt bei rund 39,0 Millionen Euro (2024).

Drei Viertel der Agrarrohstoffe aus Deutschland

Rund drei Viertel der in der Ernährungsindustrie verarbeiteten Agrarrohstoffe stammen aus Deutschland. Ein Viertel der Rohstoffe wird im europäischen und außereuropäischen Ausland eingekauft, da sie in Deutschland nicht in ausreichenden Mengen vorhanden sind oder nicht angebaut werden können. Im Jahr 2023 beliefen sich die deutschen Importe von Agrarrohstoffen auf rund 871 Mio. Euro. Den Schwerpunkt bildeten Ölfrüchte und -saaten, ergänzt durch Hülsenfrüchte sowie Futtermittel. Darüber hinaus wurden verarbeitete Lebensmittel im Wert von 305 Mio. Euro aus der Ukraine eingeführt. Hier dominierten pflanzliche Öle und Fette sowie Geflügelfleisch.

Ernährungsindustrie als starker Zweig der deutschen Wirtschaft

2024 waren in 5.991 Betrieben der deutschen Ernährungsindustrie (Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten) rund 658.000 Menschen beschäftigt. Die stark von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägte Ernährungsindustrie ist die viertgrößte Branche der deutschen Industrie und mit führend in Europa. Die deutsche Lebensmittelindustrie ist die umsatzstärkste in Europa. Mit insgesamt 170.000 verschiedenen Produkten gibt es kaum ein Produktsegment, das nicht in Deutschland hergestellt wird.

Image deutscher Lebensmittel im Ländervergleich führend

Deutsche Lebensmittel haben im Vergleich zu Ware aus anderen Ländern beim Verbrauchervertrauen einen großen Vorsprung. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage, die das Marktforschungsunternehmen PanelWizard Direct im Auftrag der niederländischen Bank ABN

Amro in Deutschland durchgeführt hat. Danach gaben 78 Prozent der befragten Bundesbürger an, darauf zu vertrauen, dass in Deutschland erzeugte Nahrungsmittel nicht gesundheitsschädlich sind. Deutlich schlechter fielen die Ergebnisse für Lebensmittel aus Frankreich und den Niederlanden mit 57 und 51 Prozent aus. Ware aus Belgien kam lediglich auf 48 Prozent, gefolgt von Lebensmitteln aus dem Vereinigten Königreich mit nur 39 Prozent.

Mittelständische Ernährungsindustrie unter hohem Wettbewerbsdruck

Angeichts der dominanten Marktposition des Lebensmittelhandels kann die Ernährungsindustrie gestiegene Kosten häufig nur schwer auf die Verkaufspreise überwälzen. Die Konzentration der Unternehmen der Ernährungsindustrie hat zwar weiter zugenommen, ist aber im Vergleich zum Lebensmitteleinzelhandel oder zu anderen Wirtschaftsbereichen weiterhin relativ

Immer weniger Bäckereien und Fleischereien

Die Zahl der Bäckereien und Fleischereien geht weiter zurück. Ende Dezember 2024 wurden vom Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks insgesamt 8.900 Bäckereien gezählt. Zehn Jahre zuvor waren es in Deutschland noch 12.600 Betriebe, was einem

Rückgang von 29 Prozent entspricht. Die Lehrlingszahlen sind jedoch zum ersten Mal seit über zehn Jahren leicht gestiegen. 2023 waren es 9.977, während 2024 10.175 die Lehre im Bäckerhandwerk absolvierten. Für das Fleischerhandwerk verzeichnet Listflx für 2025 12.000 Betriebe. Zehn Jahre zuvor lag die Zahl der Fleischerbetriebe noch bei 13.600 (- 12 %). Gründe für diese Entwicklung sind komplexer werdende Rahmenbedingungen im Lebensmittelhandwerk, ein harter Wettbewerb mit dem Einzelhandel und der Generationenwechsel.

Raiffeisen-Genossenschaften mit Umsatzrückgang

Die Raiffeisen-Genossenschaften sind mit ihren 110.000 Beschäftigten Marktpartner von Landwirtschaft, Ernährungsindustrie und Lebensmittelhandel. Ihre Zahl ist über die Jahre deutlich rückläufig. Das ist vor allem dem Fusions- und Kooperationsbestreben der Unternehmen geschuldet. Die 1.635 Raiffeisen-Genossenschaften erzielten 2024 einen Umsatz von rund 77,8 Milliarden Euro. Auch dieser ist rückläufig: im Vorjahr waren es noch 82,6 Milliarden Euro. Der Umsatzrückgang von 5,8 Prozent resultiert aus den im Jahresverlauf nachlassenden Preisen bei Energie, aber auch bei Getreide und Düngemitteln. Ausgehend von rund 255.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland und 349.000 Mitgliedschaften von Landwirten, Winzern und Gärtnern ist statistisch betrachtet jeder Betrieb an fast anderthalb Genossenschaften beteiligt.

Struktur des deutschen Agrarhandels



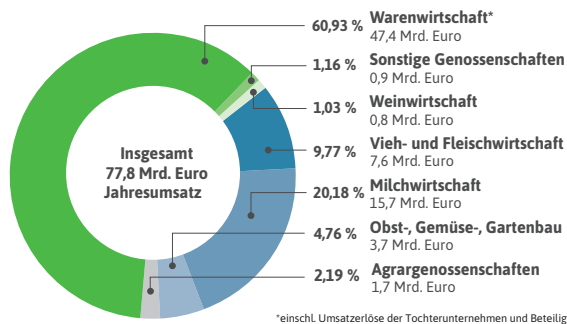
* Bezug und Absatz/Kredit mit Ware

© Situationsbericht 2026/Gr14-1

Quellen: Deutscher Raiffeisenverband, Bundesverband Agrarhandel

Umsatzstruktur der Raiffeisen-Genossenschaften

2024 nach Sparten



* einschl. Umsatzerlöse der Tochterunternehmen und Beteiligungen

© Situationsbericht 2026/Gr14-2

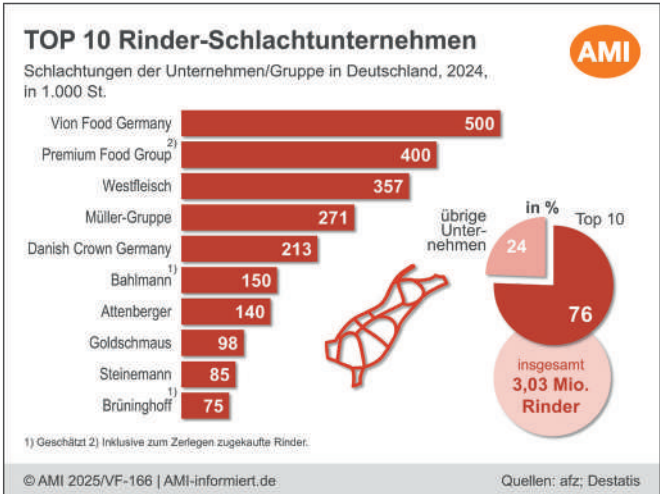
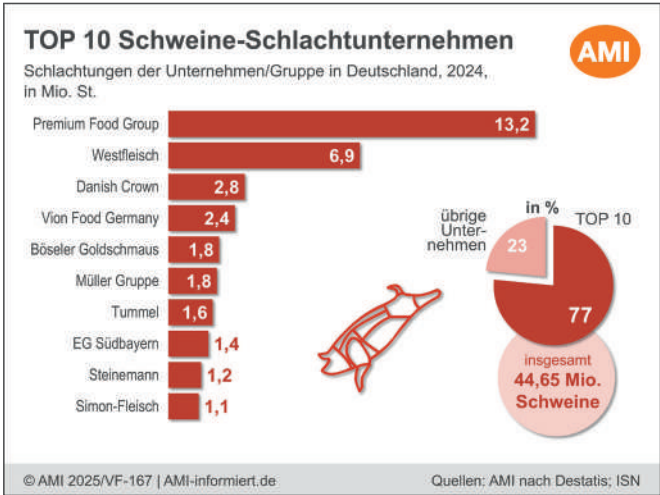
Quelle: Deutscher Raiffeisenverband

Fleischbranche mit einem Umsatz von 49,6 Milliarden Euro

Der Umsatz der Fleischbranche mit ihren etwa 150.000 Beschäftigten betrug 2024 49,6 Milliarden Euro, davon 11,9 Milliarden Euro oder 14,2 Prozent im Auslandsgeschäft. Die Fleischbranche macht mit ihrem Umsatz fast ein Fünftel (21,3 %) des Gesamtumsatzes der deutschen Ernährungsindustrie aus.

Schweineschlachtungen zum ersten Mal seit 2016 gestiegen

Sowohl die Zahl der in Deutschland gehaltenen Schweine als auch die Zahl der Schlachtstandorte befinden sich weiterhin im Abwärtstrend. Die Fleischbranche sieht sich weiter in einer Konsolidierungsphase, um auf die Veränderungen auf den Absatzmärkten zu reagieren. Standortschließungen und Produktionsverlagerungen sind die Folge. Die Zahl der Schweineschlachtungen



stieg 2024 zum ersten Mal seit 2016. Mit 44,7 Millionen geschlachteten Schweinen in Deutschland verzeichnete die Branche ein leichtes Plus von 1,8 Prozent. Die drei größten Schlachtunternehmen – Premium Food Group (Tönnies), Westfleisch und Danish Crown – schlachteten 2024 rund 51 Prozent der in Deutschland geschlachteten Schweine. Das Ranking der Schweine-Schlachtunternehmen führt die Tönnies-Gruppe mit 13,2 Millionen

Schweine-Schlachtungen an. An zweiter und dritter Stelle rangieren die Westfleisch sowie die Danish Crown mit 6,9 bzw. 2,8 Millionen Tieren.

Rindermarkt im Umbruch

Bei den Rinderschlachtungen führte 2023 der niederländische Vion-Konzern die Rangliste vor der Tönnies-Gruppe und der Westfleisch an. Vion hat 2024 angekündigt, sich komplett aus Deutschland zu

verabschieden, nachdem Anfang des Jahres 2024 bereits Schlachtbetriebe geschlossen oder an andere Schlachtbetriebe veräußert worden waren. Tönnies und Westfleisch bemühen sich um die Übernahme des größten Teils der Vion-Aktivitäten. Nachdem das Bundeskartellamt im Sommer 2025 die Übernahme durch Tönnies untersagt hat, zog sich dieser Stand November 2025 im Bieterverfahren zurück.

Handelsketten mit Fleischwerken

Die Konzentration im Schlachtviehbereich kommt auch darin zum Ausdruck, dass viele Schlachtunternehmen durchgehende Verarbeitungsketten vom Lebetier bis zum verpackten Frischfleisch oder zur Wurst aufgebaut haben. Bedeutende Akteure sind die Fleischwerke des Handels. Spitzenreiter sind Edeka Südwest Fleisch und Kaufland-Fleischwaren mit einem Jahresumsatz von 1.058 bzw. 1.000 Millionen Euro. Unter den 10 umsatzstärksten Fleischwerken des Handels mit einem Gesamtumsatz von 6,3 Milliarden Euro (2024) befinden sich sieben regionale Edeka-Fleischwerke (Edeka Südwest Fleisch, Bauerngut, Rasting, Südbayerische Fleischwaren, Nordfrische Center, Franken-Gut und Hessen-gut). Auf sie entfällt ein Umsatz von 4,0 Milliarden Euro.

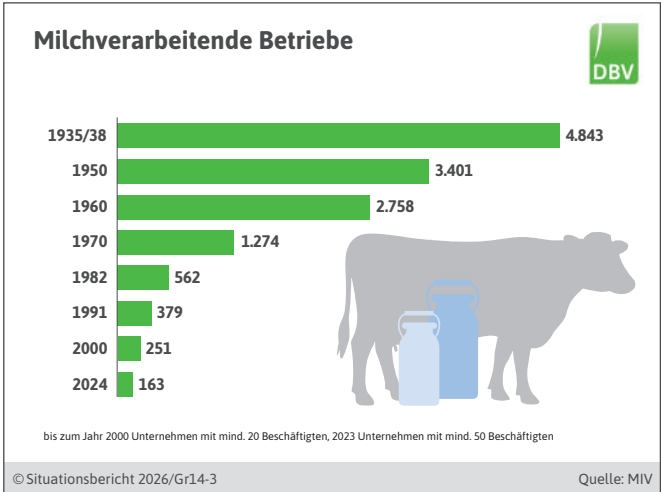
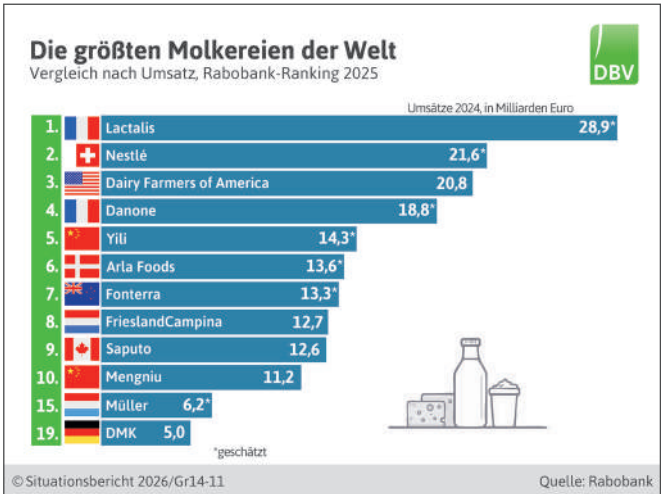
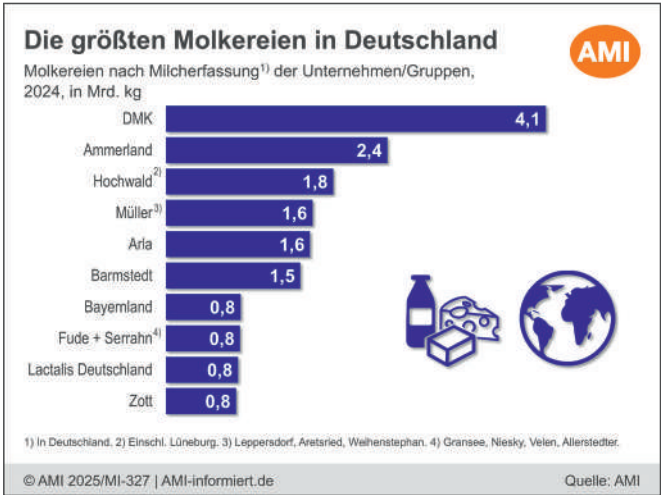
Molkereibranche weiter im Wandel

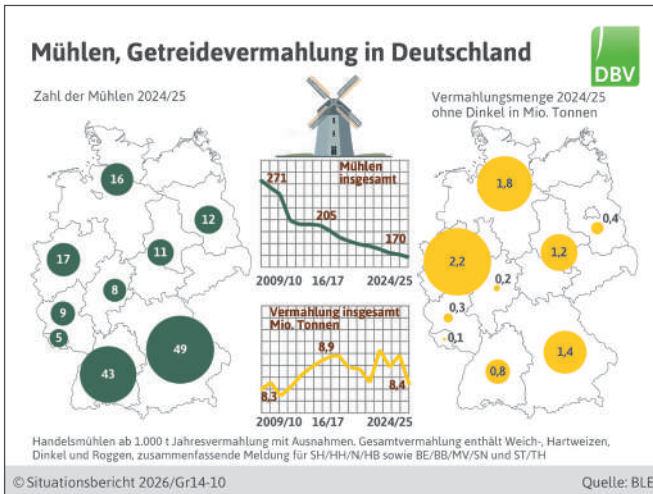
Im Ranking der weltweit größten Milchverarbeiter führt die französische Lactalis-Gruppe, gefolgt vom

Nestlé-Konzern und Dairy Farmers of America. Da Müller Milch als Unternehmen 2024 unter luxemburgisch gelistet wird, ist somit unter den Top 20 keine rein deutsche Molkerei mehr. Im Juni 2025 fusionierten die Genossenschaftsmolkereien DMK Group und Arla Foods zur „Arla“. Dadurch werden künftig circa 8 Milliarden Kilogramm Milch (12 Prozent der deutschen Milcherzeugung) aus Deutschland an Arla geliefert. Mit einem Umsatz von 19 Milliarden Euro rückten damit beide zusammen auf Platz vier der weltweit größten Molkereiunternehmen vor.

Deutsche Milchwirtschaft
zweitgrößte Sparte der
Ernährungsindustrie

Die deutsche Milchwirtschaft ist mit einem Umsatz von 37 Milliarden Euro (ohne Speiseeis) und rund 41.200 Beschäftigten (2024) weiterhin die zweitgrößte Sparte der deutschen Ernährungsindustrie. 32,5 Prozent der von den Molkereien verarbeiteten Milch waren 2024 für den Export bestimmt. Rund zwei Drittel der in Deutschland erzeugten Milch wird von genossenschaftlichen Unternehmen verarbeitet. Die Zahl der Milch verarbeitenden Unternehmen ist weiter rückläufig: 2024 existierten noch 150 Molkereibetriebe, von denen rund 28 als größere genossenschaftliche Unternehmen tätig sind. Täglich werden von diesen Unternehmen zusammen rund 92.800 Tonnen Milch von 48.649 Milchviehhaltern (2024) mit ihren gut 3,6 Millionen Kühen zu hochwertigen Lebensmitteln verarbeitet.





Mühlen- und Stärkebranche mit starker Bindung zur Landwirtschaft

Die Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft beschäftigt rund 15.000 Mitarbeiter und erzielte im Jahr 2024 einen Umsatz von etwa 7,6 Milliarden Euro. Die Unternehmen stellen eine breite Produktpalette her – von Mehl, Haferflocken, Frühstückscerealien, Nudeln und Reis bis hin zu nativen und modifizierten Stärken. Hierfür werden jährlich rund 15 Millionen Tonnen landwirtschaftlicher Rohstoffe verarbeitet, insbesondere Weizen, Roggen, Hafer, Hartweizen, Mais, Reis und Stärkekartoffeln. Deutschland zählt knapp 500 Mühlen, davon vermahlen 170 mindestens 1.000 Tonnen pro Jahr und werden entsprechend statistisch erfasst. Großmühlen mit einer Jahresvermahlung ab 50.000 Tonnen halten einen Anteil von mehr als 80 Prozent an der Gesamtvermahlung. 2024 wurden insgesamt rund 9,4 Millionen Tonnen Brotgetreide

verarbeitet – dies entspricht etwa einem Drittel der deutschen Weizen- und Roggenernte. Dazu kamen etwa 358.000 Tonnen Dinkel, 464.000 Tonnen Hartweizen und 168.000 Tonnen Mais. Hafermühlen verarbeiteten rund 705.000 Tonnen Hafer – ein neuer Höchststand. Etwa 15 Prozent der Mahlerzeugnisse wurden exportiert. Nach Angaben des Verbandes der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS gehen rund 30 Prozent der Mahlerzeugnisse an Handwerksbäcker, 55 Prozent an Backwaren- und Lebensmittelindustrie, 10 Prozent an Spezialverarbeiter wie Teig- und Nudelwarenhersteller und rund 5 Prozent direkt an den Endverbraucher. Mühlennachprodukte wie Kleie oder Nachmehle werden weiterhin zu Futtermitteln verarbeitet. Neun deutsche Unternehmen verarbeiten jährlich rund 4,5 Millionen Tonnen Rohstoffe (v. a. Weizen, Mais, Kartoffeln und Erbsen) zu etwa 2,0 Millionen Tonnen Stärke

und Stärkederivaten. Davon fließen rund 48 Prozent in den Non-Food-Bereich (z. B. Papier- und Wellpappeherstellung, Pharmaindustrie) und 52 Prozent in den Foodsektor zur Herstellung von Süßwaren, Backwaren, Milch- und Fertigprodukten. Neben Stärke produzieren diese Unternehmen hochwertiges pflanzliches Protein für die menschliche und tierische Ernährung.

Deutsche Zuckerwirtschaft wird von vier Unternehmen geprägt

Die deutsche Zuckerwirtschaft wird aktuell von vier Unternehmen mit insgesamt 18 Fabriken geprägt: Südzucker AG in Mannheim, Nordzucker AG in Braunschweig, Pfeifer & Langen GmbH & Co. KG in Köln und die Cosun Beet Company GmbH & Co. KG (NL) mit der Zuckerfabrik in Anklam. Sie beschäftigen bundesweit rund 5.700 Mitarbeiter und erwirtschafteten gemeinsam einen Branchenumsatz von etwa 3,6 Milliarden Euro im Jahr 2024/25. Von ehemals 61 Unternehmen im Jahr 1950 existieren somit heute nur noch diese vier Marktführer. 2025 belieferten rund 21.200 Landwirte diese Unternehmen mit Zuckerrüben, wobei die Zahl der Zulieferer weiter stabil bleibt. Die vier Unternehmen produzieren etwa 4,2 Millionen Tonnen Zucker aus Rüben pro Jahr; der Anteil der Südzucker-Gruppe daran liegt bei rund 3,1 Millionen Tonnen Zucker (2024/25, EU und Internationalgeschäft). Südzucker bleibt mit weltweit rund 19.000 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von 9,7 Milliarden Euro (2024/25) – davon

Von der Rübe zum Zucker

Jeder Deutsche nimmt im Schnitt 33 bis 34 Kilogramm Zucker pro Jahr zu sich. Um diese Menge herzustellen, braucht es rund 300 Zuckerrüben. Während der gesamten Wachstumsphase speichert die Rübe 15 bis 20 Prozent ihres Gewichts als Zucker ein. Auf einem Hektar wachsen zwischen 80.000 und 100.000 Rübenpflanzen. Der Hektarertrag erreichte 2024 einen Rekordwert von 83,9 Tonnen und wird für 2025 auf 80,8 Tonnen geschätzt, womit er mehr als doppelt so hoch ist wie vor 100 Jahren (1923: 38 Tonnen).

etwa 3,9 Milliarden Euro im Zuckerbereich – größter Hersteller der Branche. Die übrigen großen deutschen Player sind europaweit ebenfalls führend und produzieren zusammen etwa die Hälfte des EU-Zuckers. Im Wirtschaftsjahr 2024/25 gingen nach Branchenstatistik 84 Prozent des in Deutschland erzeugten Zuckers in die Weiterverarbeitung im Lebensmittelbereich, 5 Prozent in Non-Food-Sektoren (u. a. Ethanol, Chemie, Pharmazie) und 11 Prozent als Haushaltszucker direkt in den Lebensmitteleinzelhandel.

Bierexport weiter hoch

In knapp 1.500 Braustätten in Deutschland arbeiten rund 27.000 Beschäftigte. Im Jahr 2024 wurden mehr als 5.000 verschiedene Biersorten gebraut. Der Bierausstoß lag

2024/25 bei etwa 82,8 Millionen Hektolitern – davon rund 7,2 Millionen Hektoliter alkoholfreies Bier, das weitere Marktanteile gewinnt. Der Branchenumsatz wird für das Bierjahr 2024/25 auf rund 8,4 Milliarden Euro geschätzt. Etwa 18 Prozent der deutschen Bierproduktion wurden exportiert – dieser Wert ist angesichts einer um 7 Prozent rückläufigen Exportmenge weiterhin hoch. Der Pro-Kopf-Verbrauch fiel 2024 auf durchschnittlich nur noch 88 Liter Bier pro Jahr; der Rückgang setzt sich auch 2025 fort. Nach Ausstoßzahlen sind deutsche Brauereien weiterhin auf Platz fünf weltweit, hinter China, den USA, Brasilien und Mexiko. Die Bierproduktion konzentriert sich weiterhin stark auf Bayern – dort befindet sich mit 42 Prozent der Großteil aller deutschen Brauereistandorte. Unter den 40 größten Brauereigruppen der Welt finden sich sechs aus Deutschland. Die Radeberger

Gruppe ist als größtes deutsches Unternehmen mit einem Ausstoß von 10,4 Millionen Hektolitern im Jahr 2024/25 auf Rang 23, gefolgt von TCB-Beteiligungs-Gesellschaft (7,5 Mio. hl, Platz 28), Oettinger (6,6 Mio. hl, Platz 30), Paulaner (6,3 Mio. hl, Platz 31), Krombacher (5,94 Mio. hl, Platz 32) und Bitburger (5,78 Mio. hl, Platz 33). Weltmarktführer bleibt AB InBev (Belgien) mit 495,5 Millionen Hektolitern (2024: 26,4 % Weltmarktanteil), gefolgt von Heineken (Niederlande) mit 240,7 Millionen Hektolitern (12,8 %).

Umsatz der Brauereien in Deutschland

2024, Gesamtumsatz in Millionen Hektolitern



Unternehmen



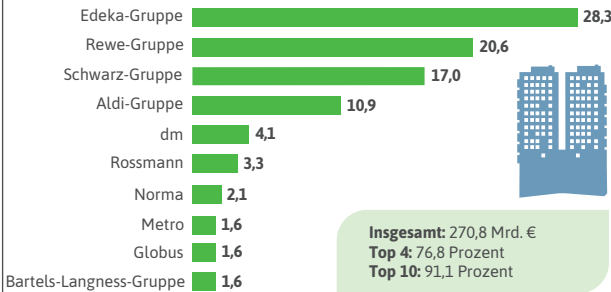
© Situationsbericht 2026/Gr14-4

Quelle: Lebensmittelzeitung

1.5 Lebensmittelhandel und Verbrauchertrends

TOP 10 Deutsche Lebensmittelhändler

Anteile am Gesamtumsatz 2024 in Prozent

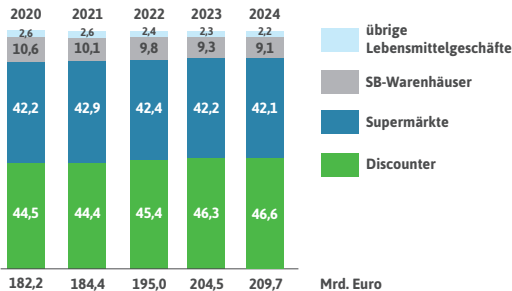


© Situationsbericht 2026/Gr15-5

Quelle: Nielsen IQ Tradedimensions

Vertriebschienen im Lebensmitteleinzelhandel*

in Prozent, gemessen am Nettoumsatz



* ohne Spezialgeschäfte und nicht organisierten Lebensmitteleinzelhandel

© Situationsbericht 2026/Gr15-1

Quelle: EHI Retail Institute

fast 6.000 überwiegend kleine und mittelständische Lebensmittelhersteller. Durch diese ungleich verteilten Verhandlungspositionen entsteht unter den Lebensmittelherstellern ein harter Qualitäts- und Preiswettbewerb und damit ein intensiver Wettbewerb um die Listenplätze der Handelsunternehmen. Beim LEH handelt es sich um Handelsunternehmen, deren Sortiment in erster Linie aus Lebensmitteln, aber oftmals auch aus Near-Food-Produkten wie etwa Körperpflegemitteln, Wasch-, Putz- und Reinigungsmitteln, Papierhygiene und Heimtierbedarf besteht.

Weniger kleine Geschäfte, aber mehr Verkaufsfläche

Die Handelskette mit dem mit Abstand größten Inlandsumsatz ist weiterhin die Edeka-Gruppe mit einem Umsatzanteil von 25,3 Prozent im Jahr 2024. Es folgen die Rewe-Gruppe mit 21,0 Prozent, die Schwarz-Gruppe (Lidl) mit 18,4 Prozent und die Aldi-Gruppe mit 11,3 Prozent. Die deutschen Verbraucher werden aktuell von etwa 36.600 Filialen des Lebensmitteleinzelhandels täglich mit frischen Lebensmitteln und Getränken versorgt (2024). Im Vergleich zum Jahr 2013, als es noch rund 38.600 Lebensmittelgeschäfte gab, ist die Zahl der Geschäfte in Deutschland binnen zehn Jahren um etwa 5 Prozent zurückgegangen. Die Anzahl kleiner Geschäfte (bis 400

Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels

2024 lag der private Konsum in Deutschland bei rund 2.200 Milliarden Euro. Davon entfielen rund 30 Prozent auf den Einzelhandel (664 Mrd. €). Der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) in Deutschland ist der größte Absatzkanal für die

deutschen Lebensmittelhersteller. Der LEH setzte 2024 270,8 Milliarden Euro um. Gegenüber 2023 ist das eine Umsatzsteigerung von 3,8 Prozent. Die vier größten Unternehmen – Edeka, Rewe, Schwarz-Gruppe (Lidl) und Aldi – vereinen 77 Prozent Marktanteil auf sich. Ihnen gegenüber stehen

qm Verkaufsfläche) ist seit 2013 von 9.780 auf 7.950 im Jahr 2024 gesunken, was einem Rückgang von 19 Prozent entspricht. Parallel dazu ist die Gesamtverkaufsfläche aller Lebensmittelgeschäfte in diesem Zeitraum um 7 Prozent auf 37,6 Millionen Quadratmeter gestiegen.

Discounter legen kräftig zu

Im stationären Einzelhandel wird zwischen den Betriebsformen Discounter, Supermärkte und SB-Warenhäuser unterschieden. 2024 erzielten diese einen Nettoumsatz von 209,7 Milliarden Euro. Nach Angaben des EHI Retail Institutes in Köln erzielten die Lebensmitteldiscounter auch im Jahr 2024 die höchsten Umsatzzuwächse. Aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten sind Verbraucher weiterhin preissensibler geworden, was zu einer stärkeren Orientierung an Discountern und einer gewissen Vermeidung tendenziell teurerer Supermärkte führt. Die Kaufaffinität verschiebt sich verstärkt hin zu günstigen Produkten und Eigenmarken. Mit einem Umsatzzuwachs von 3,3 Prozent erzielten die Discounter 2024 einen Anteil von 46,6 Prozent am Gesamtumsatz im deutschen Lebensmitteleinzelhandel, was einen moderaten Anstieg gegenüber 2023 darstellt. Experten sprechen weiterhin vom Trading-Down-Effekt: Verbraucher weichen angesichts hoher Inflation verstärkt auf preisgünstigere Produkte aus, um ihre Ausgaben zu begrenzen.

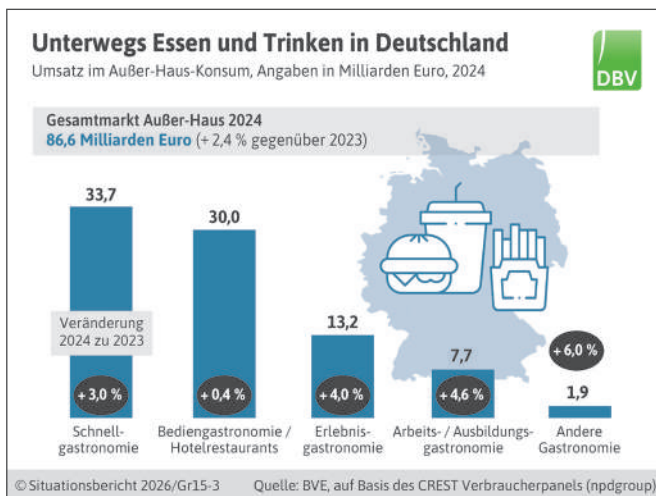
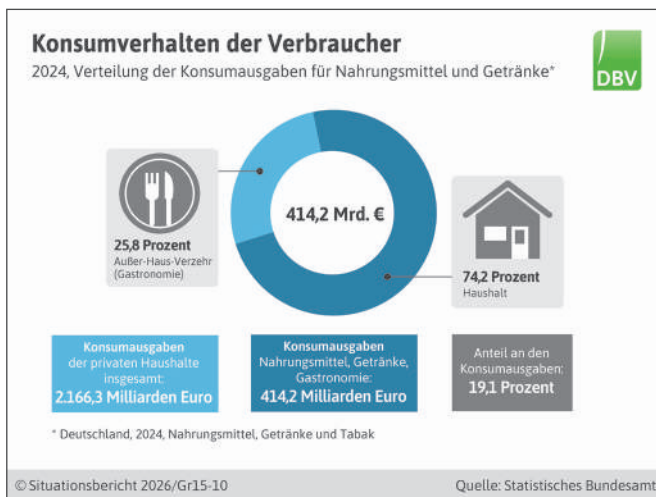
Verbraucher achten verstärkt auf den Preis

Aktuelle Verbraucherbefragungen zeigen, dass ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis stark an Beachtung gewonnen hat und gleichzeitig die Ansprüche an eine gesunde und nachhaltige Ernährung weiter steigen. Der Ernährungsreport von 2025 macht den großen Bedarf nach bezahlbaren Lebensmitteln deutlich: 59 Prozent der Konsumenten achten beim Einkauf auf den Preis.

Das sind somit 13 Prozentpunkte mehr als noch 2020. Beim Außer-Haus-Konsum ist der Preis für 69 Prozent ausschlaggebend.

Ernährungstrends im Fluss

Das Lebensmittelangebot in Deutschland umfasst mehr als 170.000 Produkte. Gut 40.000 neue Produkte erweitern jährlich das Angebot und lassen auch neue Marktsegmente entstehen. Nur gut 13.000 davon behaupten sich



Einkaufsverhalten der Verbraucher

Anteil der Befragten in Prozent, 2024

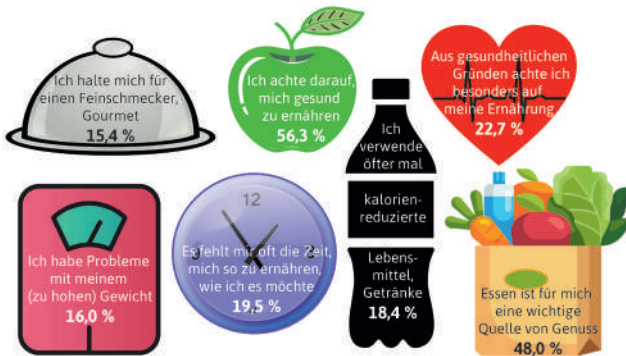


© Situationsbericht 2026/Gr15-6

Quelle: Allensbacher Werbeträgeranalyse (AWA)

Ernährungs- und Essverhalten der Verbraucher

Anteil der Befragten in Prozent, 2024



© Situationsbericht 2026/Gr15-7

Quelle: Allensbacher Werbeträgeranalyse (AWA)

Leichtes Umsatzwachstum in der Gastronomie

Der Außer-Haus-Markt ist in Deutschland nach dem Lebensmitteleinzelhandel der zweitwichtigste Absatzkanal. Er litt 2020 und auch 2021 erheblich unter den Folgen der Corona-Krise. 2022 und 2023 haben sich die Umsätze wieder deutlich erholt. Die Konsumausgaben im Außer-Haus-Markt stiegen 2024 gegenüber dem Vorjahr leicht um 2,4 Prozent auf 86,6 Milliarden Euro. Damit liegen die Ausgaben um 3,8 Milliarden Euro oder 4,6 Prozent über dem letzten Jahr vor der Corona-Pandemie (2019). Positiv entwickelte sich 2024 das Segment der Arbeitsplatz- und Ausbildungsverpflegung.

Zahl der Vegetarier und Veganer steigt

Viele Menschen verzichten teilweise oder ganz auf Lebensmittel vom Tier. Die Anzahl der Menschen in Deutschland, die sich selbst als Vegetarier oder als Konsumenten einordnen, die weitgehend auf Fleisch verzichten, lag 2025 laut der Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse (AWA) unter 23.500 Bürgern im Alter ab 14 Jahren bei 8,5 Millionen. Das sind 0,1 Millionen Personen mehr als ein Jahr zuvor. Bei einer vegetarischen Ernährung bzw. Lebensweise wird typischerweise auf den Konsum von Fleisch sowie Fisch verzichtet. Die Anzahl der Menschen in Deutschland, die sich 2025 als Veganer oder Konsumenten mit weitgehendem Verzicht auf tierische Produkte einordnen, ist deutlich gestiegen

über zwei Jahre hinaus, der Rest weicht neuen Trends. Superfoods, vegetarische, vegane, gluten- und laktosefreie Produkte, Light- und Convenience-Produkte (Fertigprodukte), eiweiß- oder ballaststoffreiche Produkte aber auch Produkte mit besonderen Produktionsmerkmalen wie regional, nachhaltig, Fair Trade und Bio sind heute am Markt ständig verfügbar. Im Trend wird das Produktportfolio stetig weiter spezialisiert und differenziert.

Individuelle Bedürfnisse haben ein vielfältiges Lebensmittelangebot hervorgebracht. Convenience-Produkte sind weiterhin die wichtigsten Innovationstreiber. Während Versorgungssicherheit und lange Haltbarkeit die Ursprungsidee von Fertigprodukten waren, stehen heute die Arbeitsverringerung im Haushalt, schnelle und einfache Nahrungszubereitung sowie die Anpassung an einen flexiblen Lebensstil im Vordergrund.

und liegt 2025 bei 1,7 Millionen. Das sind etwa 200.000 mehr als noch ein Jahr zuvor. Bei einer veganen Ernährungsweise werden tierische Lebensmittel komplett vermieden: Neben Fleisch, Käse, Milch gilt das auch für Honig und Produkte mit Gelatine oder ähnlichen tierischen Inhaltsstoffen. Der Anteil an Befragten, die sich vegetarisch ernähren, liegt damit 2025 bei 11,9 Prozent. Veganer machen rund 2,3 Prozent der Bevölkerung aus. Dazu kommt: Fleisch hat in Sachen Ernährung zunehmend ein besseres Image. Nach einer GfK-Marktforschungsanalyse aus Mitte 2024 stimmten 55 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass der Verzehr von Fleisch gesund ist – 2 Prozentpunkte mehr als noch ein Jahr zuvor.

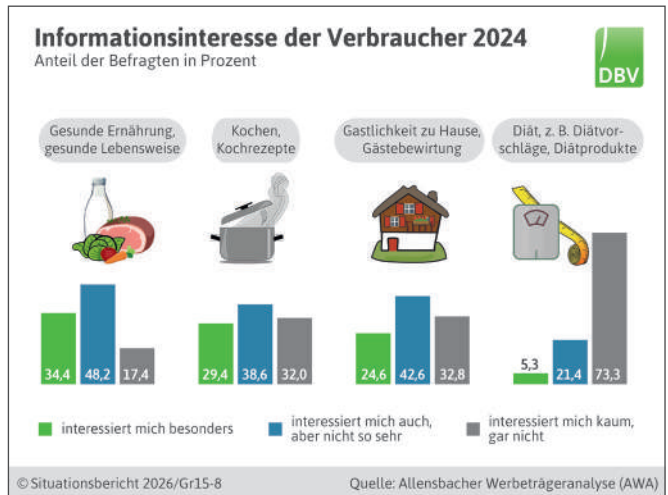
Sonderangebote weiter beliebt

Gefragt nach dem Einkaufsverhalten gaben nach der Allensbacher Werbeträgeranalyse 2025 wie auch schon im letzten Jahr 62 Prozent der Befragten an, dass sie beim Kauf von Lebensmitteln auf Sonderangebote achten würden. Bei den Befragten mit niedrigem sozioökonomischen Status waren es sogar 76%. Bedingt durch hohe Preisniveau bei Lebensmitteln und Verunsicherungen über die Auswirkungen der schwächelnden Konjunktur, ist der Preis weiterhin ein Top-Entscheidungskriterium beim Einkauf, vor allem bei Menschen, mit niedrigem Einkommen. 36 Prozent (Vorjahr 35 %) der Verbraucher geben dagegen an, vor allem auf die Qualität und nicht so sehr auf den Preis zu achten. Am zweithäufigsten wird mit 53 Prozent

(Vorjahr 54 %) die Regionalität der Nahrungsmittel als Kaufkriterium genannt. Wie im Vorjahr ist 35 Prozent der Bundesbürger wichtig, dass die Produkte aus artgerechter Tierhaltung stammen und ebenso für weitere 28 Prozent aus ökologischem Anbau. Bio-Lebensmittel erzielten 2024 einen Umsatz von 17,0 Milliarden, ein Plus von 5,7 Prozent. Fair Trade spielt in der Verbraucherbefragung 2024 wie im Vorjahr nur für 22 Prozent eine Rolle beim Einkauf von Lebensmitteln. Fair-Trade-gesiegelte Lebensmittel machten 2024 2,6 Milliarden Euro aus, ein Plus von 10,9 Prozent. Der Konsum nachhaltiger Produkte steht seit Jahren im Fokus, wird aber mehr und mehr ergänzt durch die Facetten rund um Konsumverzicht und Wiederverwendung sowie einer wachsenden Verantwortung für Umwelt, Klima und Tierwohl.

Gesunde Ernährung bleibt ein zentraler Aspekt

Sich gesund zu ernähren, ist nach Ergebnissen der Allensbacher-Befragung aus 2024 für 56 Prozent der Bürger besonders wichtig. Essen als wichtige Quelle von Genuss heben 48 Prozent hervor. Jeweils ein Fünftel bis ein Viertel der Bürger achtet bei ihrer Ernährung besonders auf spezifische Gesundheitsaspekte. Dazu gehören u. a. kalorienreduzierte Lebensmittel (18 %). Gut 15 Prozent der Befragten halten sich für Feinschmecker und Gourmets. Entsprechend ist das Informationsinteresse. 34 Prozent interessieren sich ganz besonders für gesunde Ernährung und gesunde Lebensweise. Weitere 48 Prozent interessieren sich dafür ebenfalls, wenn auch nicht so sehr. Fast ein Drittel der Befragten interessiert sich sehr für Kochen und Kochrezepte (29 %). Ebenfalls 29 Prozent informieren sich darüber häufiger im Internet. Fast 8 Prozent der Befragten sind in Sozialen Netzwerken Follower zum Thema Ernährung.



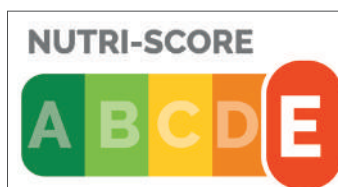
Veggie-Trend

Laut GfK-Haushaltspanel gaben die privaten Haushalte 2023 rund 1,64 Milliarden Euro für pflanzliche Alternativen zu Fleisch- und Milcherzeugnissen aus (gegenüber Vorjahr + 3 %). Dabei ist die Margarine als „Mutter aller pflanzenbasierten Alternativen“ nicht berücksichtigt. Auch Ei-Alternativen und Fisch sind nicht dabei. Der Umsatz aus pflanzlichen Alternativen zu Fleischerzeugnissen beläuft sich 2023 auf 740 Millionen Euro, gegenüber Vorjahr + 1 Prozent. Trotz dieses Anstiegs fällt der Wert von Fleischerersatzprodukten im Vergleich zu Fleischprodukten verhältnismäßig gering aus. Im Jahr 2023 betrug der Wert von in Deutschland produziertem Fleisch und Fleischerzeugnissen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 44,8 Milliarden Euro. Basis für die meisten Fleischerersatzprodukte sind in der Regel relativ billige Rohstoffe. Proteine der Ersatzprodukte werden aus Weizen, Soja oder anderen eiweißhaltigen Pflanzen wie Erbsen, Linsen oder Lupinen gewonnen.

Auch Milchersatzprodukte im Kommen

Ob Hafer-, Soja-, Mandel- oder Kokosmilch oder Käse aus Cashewnüssen – mittlerweile ist der Markt für sogenannte Milchersatzprodukte vielfältig und stößt bei den Konsumenten auf ein wachsendes Interesse. Das Umsatzvolumen des deutschen Lebensmitteleinzelhandels bei Milchersatzprodukten betrug 2023 895 Millionen Euro. Das sind gegenüber dem Vorjahr

38 Millionen Euro oder 5 Prozent mehr. Für 2025 wird eine weitere Umsatzsteigerung erwartet. Nach dem AMI-Verbraucherpreisspiegel kostete ein Liter Frischmilch (Kuhmilch) mit 3,5 Prozent Fett im Karton im Herbst 2025 im Durchschnitt etwa 1,15 bis 1,20 Euro, während ein Liter Haferdrink meist zwischen 1,70 und 2,00 Euro lag und damit deutlich teurer blieb. Bei den pflanzlichen Milchersatzprodukten handelt es sich um Imitate tierischer Milch und Milchprodukte – etwa von Konsummilch, Käse, Joghurt oder Sahne. Hergestellt werden diese Imitate auf pflanzlicher Basis. Die verschiedenen pflanzlichen Quellen unterscheiden sich jeweils nach Geschmack und Eigenschaften (z. B. Nährstoffgehalt). Auch wenn die Bezeichnung „Milchersatzprodukte“ sehr gängig ist, so sind die Hersteller dieser Ersatzprodukte gesetzlich dazu verpflichtet, das Prädikat „Milch“ in der Produktbezeichnung zu vermeiden, um eine Verwechslung mit tierischer Milch auszuschließen. Aus diesem Grund greifen die Produzenten – wie Oatly, Alnatura oder Alpro (Danone) – auf Bezeichnungen wie „Haferdrink“ oder „Nilk“ zurück.



Siegel immer wichtiger

Informationen über verwendete Inhaltsstoffe, Herkunft und Anbaubedingungen der Rohwaren oder Haltungsverfahren der Nutztiere entwickeln sich immer mehr zu einem Kaufkriterium. Nach dem Ernährungsreport von November 2025 achten 62 Prozent der Befragten immer oder meistens auf das Regionalfenster, das über die regionale Herkunft eines Produkts informiert. Auf das Biosiegel achten 59 Prozent. 65 Prozent achten auf Tierwohllabel, welche Fleisch aus besonders tiergerechter Haltung kennzeichnen.

Nutri-Score-Kennzeichnungssystem

Mit dem im November 2020 auf freiwilliger Basis eingeführten Nährwertkennzeichen Nutri-Score soll mit einem Blick der Nährwert von Lebensmitteln einer Produktkategorie verglichen werden können. Nutri-Score gibt grundsätzlich keine Orientierung über die Ausgewogenheit der gesamten Ernährung und macht keine Aussagen zum Gesundheitswert eines einzelnen Lebensmittels. Die fünfstufige und regelmäßig weiterentwickelte Farb-Buchstabenkombination des Nutri-Scores reicht von einem grünen A bis zu einem roten E und zeigt den Nährwert eines Lebensmittels an. Günstige Nähr- und Inhaltsstoffe sind Ballaststoffe, Proteine sowie der Anteil an Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten. Ungünstig sind hingegen Zucker, Salz, gesättigte Fettsäuren sowie ein hoher Energiegehalt. Nach Stand April 2025

Fleisch als gesundes Nahrungsmittel

Die öffentliche Diskussion um Tierwohl oder Tierschutz wird oft mit dem Argument angereichert, Fleisch sei generell ungesund. Studien zeigen, dass Fleisch wertvolle Nährstoffe wie hochwertiges Eiweiß, Vitamin B12, Eisen, Zink und weitere Mikronährstoffe liefert. Gleichzeitig kann es je nach Fleischart, Verarbeitungsgrad, Verzehrmenge und Zubereitung mit einem erhöhten Risiko für bestimmte Erkrankungen verbunden sein. Daher empfehlen internationale Fachgesellschaften in der Regel einen moderaten Konsum. Wenn die Qualität und die Zubereitungsmethode beachtet werden, bleibt Fleisch aber ein gesundes Lebensmittel.
Quelle: Deutsches Ärzteblatt

hatten sich rund 960 Unternehmen mit mehr als 1.400 Marken für eine Verwendung des Nutri-Scores auf dem deutschen Markt registriert.

Lebensmittel aus der Region

Das Interesse an der Herkunft der Lebensmittel steigt weiter. Immer mehr Verbraucher sehen den Zusammenhang mit wichtigen globalen Anliegen wie Gesundheit, Nachhaltigkeit und Ressourcennutzung. Lebensmittel sollen aus der Region kommen – darauf achten nach dem BMEL-Ernährungsreport aus November 2025 77 Prozent der Befragten beim Einkauf. Je nach Produkt gibt es aber Unterschiede: Vor allem bei Eiern, frischem Gemüse und Obst ist die regionale Herkunft wichtig – für jeweils

83 Prozent der Befragten ist sie hier von Bedeutung. Bei Brot und Backwaren gilt das für 80 Prozent der Befragten. Deutlich weniger achten hingegen beim Kauf von haltbar gemachtem Gemüse oder bei Teigwaren (jeweils 21 Prozent) auf die regionale Herkunft.

Was ist regional?

Bundesweit gibt es nahezu unzählige Marken, Qualitätszeichen und Siegel, die Regionalität betonen. Allerdings sind Bezeichnungen wie „aus der Region“ und „heimisch“ nicht geschützt. Die Anbieter von regionalen Erzeugnissen können selbst bestimmen, wie groß ihre Region ist. Auch wird der Begriff „regional“ in der Bevölkerung unterschiedlich interpretiert. Dies reicht von einem Umkreis von 10 bis

Lebensmittelauswahl verschiedener Ernährungsformen des Vegetarismus

Bezeichnung	Fleisch	Fisch	Eier	Milch
Ovo-lacto-Vegetarier	✗	✗	✓	✓
Ovo-Vegetarier	✗	✗	✓	✗
Lacto-Vegetarier	✗	✗	✗	✓
Pesco-Vegetarier	✗	✓	✓	✓
Veganer	✗	✗	✗	✗

© Situationsbericht 2026/Gr15-13

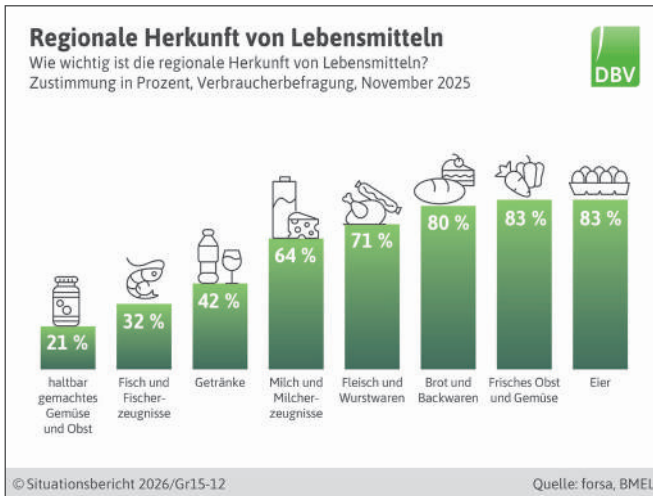
Quelle: Deutscher Bauernverband

Angaben auf Lebensmittelverpackungen

Was ist Verbrauchern wichtig oder sehr wichtig?
Verbraucherbefragung, November 2025

© Situationsbericht 2026/Gr15-11

Quelle: forsa / BMEL



Lebensmittelmarkt von rund 2,5 Prozent. Im Nonfood-Bereich lag die Online-Quote 2024 dagegen bei durchschnittlich 18,9 Prozent. Überwiegend werden Süßwaren, Fertiggerichte, Konserven, Wein und spezielle Lebensmittel im Web gekauft. Fleisch- und Wurstwaren, Milchprodukte sowie Obst und Gemüse rangieren hingegen unten auf der Online-Einkaufsliste. Auch werden zunehmend Lebensmittel aus der landwirtschaftlichen Direktvermarktung über das Internet vermarktet.

50 km, über das Bundesland bis hin zu Deutschland. Mit regionalen Lebensmitteln verbinden Verbraucher Geschmack, Qualität und Frische, aber auch Heimat, einen engeren Bezug zum Lebensmittel, kurze Transportwege, Schließung von Nährstoffkreisläufen und Unterstützung der regionalen Wirtschaft. Regionale Ware wird im Vergleich zu anderen Lebensmitteln als frischer (77 %) wahrgenommen. Bei Bio-Ware haben nur 29 Prozent der Verbraucher in Deutschland diesen Eindruck.

Herkunftszeichen am Start

Das Herkunftszeichen „Gutes aus Deutschland“ wird vom Lebensmitteleinhandel (LEH) nach und nach in den Markt eingeführt werden. Der LEH hat im September 2024 damit begonnen, lizenzierte Produkte wie frisches Schweine-, Rinder- und Geflügelfleisch, Eier, Obst, Gemüse, Kartoffeln sowie bestimmte Milchprodukte mit dem neuen Zeichen in die Regale zu bringen.

Die Unternehmen des LEH werden die entsprechenden Erzeugnisse aktiv bewerben. Das neue Zeichen soll sicherstellen, dass alle Produktionsschritte der landwirtschaftlichen Erzeugung in Deutschland erfolgt sind. Händlerübergreifendes Ziel ist es auch, die bestehenden individuellen Herkunftszeichen zu vereinheitlichen, damit Verbraucher heimische Produkte besser wahrnehmen und wertschätzen können.

Trend zu digitalem Shopping auch bei Lebensmitteln

Das Onlinewachstum beim Wareneinkauf der Verbraucher fiel 2024 mit plus 3,8 Prozent auf 88,8 Milliarden Euro höher als noch im Vorjahr aus. Der Online-Lebensmittelhandel als Teil davon nahm allerdings mit plus 8,3 Prozent überdurchschnittlich zu. Nach Angaben des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE) kam der Online-Umsatz mit Lebensmitteln 2024 auf 5,7 Milliarden Euro und damit auf einen Anteil am gesamten

Direktvermarktung schafft Vertrauen

Die Direktvermarktung von Lebensmitteln steht wie kein anderer Vertriebsweg für den Verkauf von regionalen Produkten. Zielgruppe sind Verbraucher, die wissen möchten, woher ihre Lebensmittel kommen und dazu den direkten Kontakt zum Erzeuger suchen. Regionale Lebensmittel werden häufig mit hoher Qualität, Frische und mit etwas höheren Preisen in Verbindung gebracht. Die landwirtschaftliche Direktvermarktung erzielte 2023 einen Umsatz von 2,4 Milliarden Euro. 2024 blieben die Umsatz auf vergleichbarem Niveau. Die Fördergemeinschaft „Einkaufen auf dem Bauernhof“ hat das Ziel, in der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit ein markantes Profil zu vermitteln, mit dem sich Direktvermarkter von anderen Einkaufsstätten eindeutig unterscheiden.

Laut der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) 2025 gaben rund 24 Prozent an, für ihren

Regionalfenster

Das vom BMEL 2014 eingeführte „Regionalfenster“ soll eine zuverlässige und transparente Kennzeichnung beim Einkauf von regionalen Lebensmitteln schaffen. Verbraucher sollen dabei selbst entscheiden können, ob der Grad der Regionalität des jeweiligen Produktes den individuellen Ansprüchen genügt. 5.924 Lebensmittel, Blumen und Zierpflanzen deutschlandweit tragen das Deklarationsfeld „Regionalfenster“ (Stand Dezember 2023). Am stärksten sind die Warengruppen Gemüse, Obst sowie Fleisch- und

Wurstwaren vertreten, gefolgt von Kräutern sowie Blumen und Zierpflanzen. Unter den Regionalfenster-Produkten sind rund 12 Prozent Bio-Produkte. Als Lizenznehmer sind 873 Anbieter registriert. Die Definition der Region muss klar und transparent sein, z. B. durch die Angabe



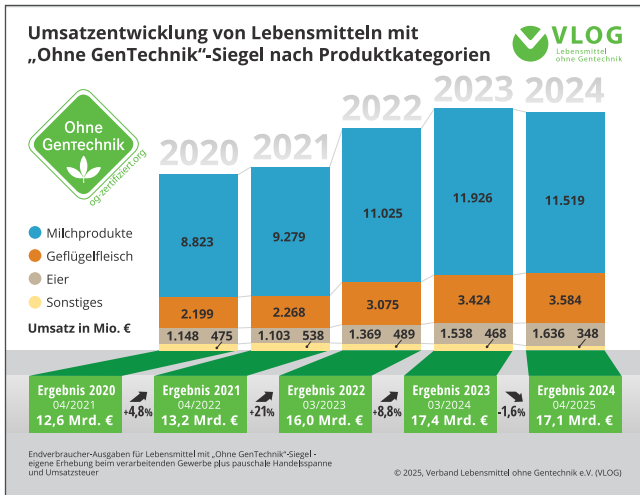
von administrativen Grenzen (Benennung eines Landkreises, eines Bundeslandes etc.) oder durch die Angabe eines Radius bzw. Umkreises in Kilometern (z. B. „aus dem Radius 100 km um XY“ oder „aus dem Umkreis 50 km um XY“). Die Region muss kleiner als Deutschland sein, sie kann jedoch bei Naturräumen Staats- oder Ländergrenzen überschreiten. Mindestens ein Teil der definierten Region muss in Deutschland liegen. Der Hersteller kann die Regionsangabe frei wählen, sie muss jedoch für den Verbraucher eindeutig nachvollziehbar sein.

Haushalt Lebensmittel direkt beim Erzeuger oder in Hofläden einge- kauft zu haben (gegenüber Vorjahr $\pm 0\%$). Wochen- und Bauernmärkte werden von 39 Prozent der Bevölke- rung besucht (gegenüber Vorjahr - 1 %).

Kennzeichnung des Lebensmitteleinzelhandels

Um das Haltungssystem der Tiere bei Kauf von Fleischwaren schnell zu erkennen, haben die großen Lebensmittelhändler in Deutschland seit dem 1. April 2019 eine einheitliche „Haltungsform“-Kennzeichnung eingeführt. Die Lebensmittelkenn- zeichnung auf Fleischprodukten ist bei fast allen Händlern zu finden – ob im Supermarkt oder beim Discounter. Die einheitliche „Haltungsform“-Kennzeichnung unterscheidet seit Mitte 2024 fünf Stufen, von Stufe 1 Stallhaltung bis hin zu Stufe 5 Bio. Die

Haltungsformkennzeichnung hilft dabei, auf einen Blick die Ausprä- gung verschiedener Tierwohlsiegel in eine Range einzuordnen und zu klassifizieren. Einen vollständigen und aktuellen Überblick, welche Siegel der teilnehmenden Handelsunternehmen für die Tierarten Hähnchen, Pute, Ente, Schwein, Rind, Kaninchen und das Produkt Milch in die Stufen 1 bis 5 eingeordnet werden können, unter: Siegel-Überblick – Haltungsform – Informativ – Transparent – Bewusst. Im Frischfleischsortiment der Eigen- marken im Lebensmittelhandel in Deutschland entfielen Mitte 2024 71 Prozent auf die Haltungsform 2, 12 Prozent auf die Haltungsform 1 und die übrigen 17 Prozent auf die Haltungsformen 3 und 4.



und 23 Unternehmensgruppen aus Handel und Gastronomie teil. Damit profitieren von der ITW 90 Prozent des erzeugten Mastgeflügels sowie 60 Prozent aller erzeugten Mastschweine. Das Produktsiegel der Initiative Tierwohl kennzeichnet ausschließlich Produkte, die von Tieren aus teilnehmenden Betrieben der Initiative Tierwohl stammen. Für die Umsetzung der Tierwohl fördernden Maßnahmen erhalten die Landwirte einen Preisaufschlag. Mit Blick auf die staatliche Tierhaltungskennzeichnung, die zunächst nur für unverarbeitetes Schweinefleisch vorgesehen ist, sieht die Initiative Tierwohl (ITW) Anpassungen vor.



Gentechnikfrei

Produkte mit dem staatlichen „Ohne GenTechnik“-Siegel haben sich zu einem etablierten Segment entwickelt. Im Jahr 2024 gaben Verbraucher in Deutschland rund 17,1 Milliarden Euro für entsprechend gekennzeichnete Lebensmittel aus, nach 17,4 Milliarden Euro im Jahr 2023 (- 1,6 Prozent), was eine Konsolidierung auf hohem Niveau widerspiegelt. Den größten Anteil am Umsatz hatten weiterhin Milch und Milchprodukte mit 11,5 Milliarden Euro bzw. 67 Prozent, gefolgt von Geflügelfleischprodukten mit 3,6 Milliarden Euro (21 Prozent), Eiern mit 1,6 Milliarden Euro (10 Prozent) und sonstigen Produkten mit 0,3 Milliarden Euro (2 Prozent). Tierische Erzeugnisse wie Eier, Fleisch- oder Milchprodukte dürfen das Siegel nur tragen, wenn die Tiere nicht mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden; die Versorgung mit gentechnikfreiem

Futter gilt laut Branchenangaben als gesichert. Ein Großteil der in Deutschland erzeugten Milch wird inzwischen als gentechnikfrei vermarktet, wobei der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) von einem nahezu flächendeckenden Angebot im konventionellen und ökologischen Bereich ausgeht.

Initiative Tierwohl mit hoher Marktdurchdringung

Die Initiative Tierwohl (ITW) ist ein Zusammenschluss der Landwirtschaft, der Fleischwirtschaft und des Lebensmitteleinzelhandels. Tierhalter, die an der Initiative Tierwohl teilnehmen, setzen Tierwohlkriterien um, die über die gesetzlichen Standards hinausgehen. Die ITW ist Deutschlands größte Plattform für mehr Tierwohl. Mit Stand August 2025 nehmen an der ITW 13.300 Schweine, Geflügel oder Rinder haltende Landwirte, 115 Schlachtbetriebe

1.6 Ökologischer Landbau

Was zeichnet den ökologischen Landbau aus?

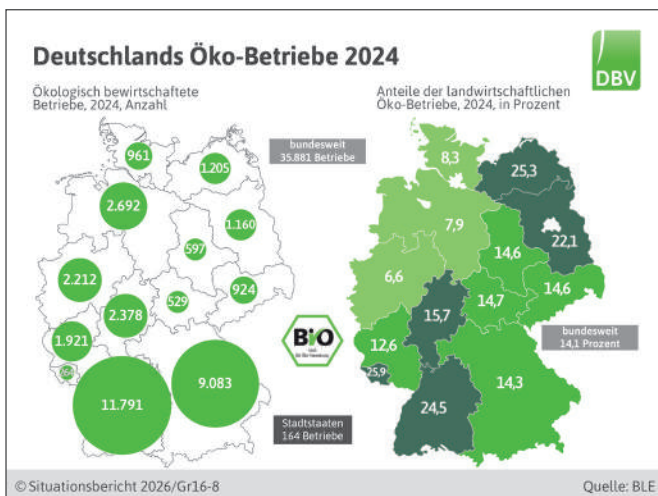
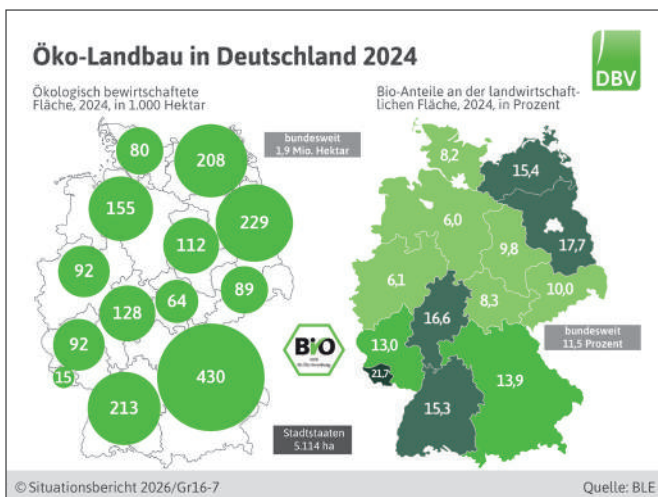
Im ökologischen Landbau werden möglichst geschlossene betriebliche Kreisläufe angestrebt. Futter und Nährstoffe für Tier und Pflanze sollen weitgehend auf eigener Betriebsfläche erzeugt werden, ein Zukauf externer Betriebsmittel ist stark eingeschränkt und muss bis auf wenige Ausnahmen ebenfalls aus ökologischer Erzeugung stammen. Der ökologische Landbau verfolgt das Ziel, besonders umweltfreundlich, bodenschonend und tiergerecht zu wirtschaften. Ökologisch wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe werden entsprechend der EU-Öko-Verordnung jährlich mindestens einmal von einer neutralen Stelle kontrolliert.

Reformierte EU-Öko-Verordnung seit Anfang 2022

In der EU gibt es seit 1992 eine Öko-Verordnung. Eine grundlegende Neufassung trat Anfang 2022 in Kraft. Unter anderem gelten seitdem für Öko-Produkte aus Nicht-EU-Ländern dieselben Standards wie für solche aus dem EU-Binnenmarkt. Mit der neuen Verordnung wird auch die Öko-Pflanzenzüchtung erleichtert, gleichzeitig aber der Einsatz von konventionellem Pflanz- und Saatgut weiter eingeschränkt. Für die Stallflächen der verschiedenen Tierarten gelten neue Vorgaben. Schweine und Geflügel müssen mit der neuen Verordnung 100 Prozent

Öko-Fütterung erhalten. Nur Jungtiere dürfen übergangsweise noch bis 5 Prozent konventionelle Futtermittel, in der Regel Eiweißfuttermittel, in der Ration angeboten bekommen. Trotz einiger Übergangsfristen stellt die Futterversorgung mit hochwertigen essenziellen Aminosäuren die Branche vor große

Herausforderungen. Derzeit befindet sich die EU-Öko-Verordnung in einem Verbesserungsprozess, welcher in den kommenden Monaten abgeschlossen werden soll.

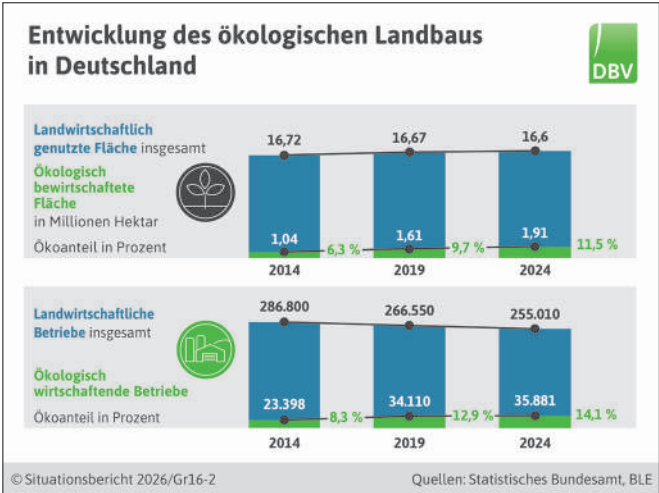


1,9 Millionen Hektar Öko-Fläche in 36.700 Betrieben

Der ökologische Landbau hatte in den vergangenen Jahren eine stete Aufwärtsentwicklung genommen. Zuletzt war das Wachstum allerdings gebremst. Ende 2024 bewirtschafteten in Deutschland 35.900 Betriebe

ökologisch. Das waren gegenüber dem Vorjahr etwas weniger Betriebe (- 2,2 %). Die 35.900 Öko-Betriebe stellen 14,1 Prozent aller Betriebe. Mit 1,9 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche (gegenüber Vorjahr + 1,3 %) bewirtschaften die Öko-Betriebe 11,5 Prozent der

gesamten landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands. Der wirtschaftliche Anreiz für konventionell wirtschaftende Betriebe, auf Öko-Landwirtschaft umzustellen, war auch in 2024 und 2025 relativ gering. Grund dafür bleibt der verringerte Preisabstand zwischen Öko- und konventioneller Ware. Der Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung benennt das Ziel, dass bis 2030 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen ökologisch bewirtschaftet werden soll, anders als die Vorgängerregierung nicht mehr. Dazu müsste die ökologisch bewirtschaftete Fläche in den 6 Jahren bis 2030 jährlich um durchschnittlich 17 Prozent zunehmen. Vielmehr möchte man den Ausbau des Ökolandbaus deutlich stärken und Hindernisse abbauen. Zugleich wird die Gleichwertigkeit der Bewirtschaftungsformen zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft betont.



Ökologische Landwirtschaft nach Anbauverbänden 2025
Betriebszahlen und Flächen der Verbände des verbandsgebundenen ökologischen Landbaus

	Betriebe		Fläche	
	Anzahl	Veränd. Vorjahr in %	In ha	Veränd. Vorjahr in %
Bioland*	7.735	-2	519.918	-1
Naturland**	4.807	0	354.907	5
Biopark	466	-5	109.495	-2
Demeter	1.636	-5	108.236	0
Biokreis	1.158	8	90.724	-6
Gäa	402	1	27.734	10
VerbundÖkohöfe	75	-31	12.700	-24
Ecoland	90	6	5.857	6
ECOVIN	227	-5	2.842	3
Gesamt	16.596	-2	1.253.413	0,5

*ohne Südtirol **ohne Wald

© Situationsbericht 2026/T16-2 Quelle: BÖLW

Jeder siebte ein Öko-Betrieb – regionale Unterschiede

Den höchsten Öko-Flächenanteil haben die Bundesländer Saarland (22 %), Brandenburg (18 %), Hessen (17 %), Mecklenburg-Vorpommern (15 %) und Baden-Württemberg (15 %). Den absolut größten Öko-Flächenumfang haben die Bundesländer Bayern (rund 22 % der Ökofläche Deutschlands), Brandenburg (12 %), gefolgt von Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 11 %). Während im Bundesdurchschnitt jeder siebte Betrieb ein Öko-Betrieb ist, sind es in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und im

Saarland etwa jeder vierte Betrieb, in Nordrhein-Westfalen hingegen nur jeder 15. Betrieb.

1,2 Millionen Hektar von Öko-Anbauverbänden zertifiziert

Die Anbaufläche, die nach den Standards der Öko-Anbauverbände bewirtschaftet wird, lag Anfang 2024 bei gut 1,2 Millionen Hektar. Das sind rund 66 Prozent aller Ökoflächen in Deutschland.

Insgesamt werden 955.000 Hektar im Ökolandbau als Grünland genutzt, die ökologische Ackerfläche umfasst 868.000 Hektar. Die restliche Fläche sind Dauerkultur- und Streuobstflächen. Damit ist Ökolandbau deutlich Grünland-lastiger als der Durchschnitt der Landwirtschaft, wo im Schnitt ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Grünlandfläche ist.

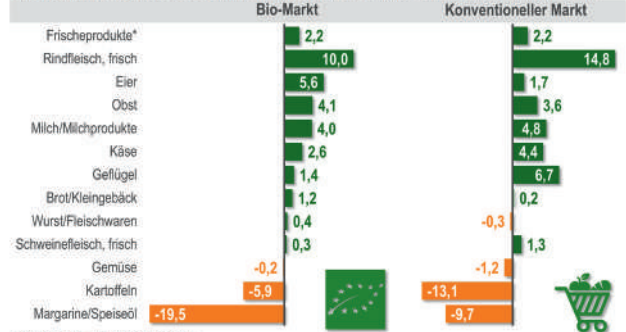
Ausgaben für Öko-Lebensmittel steigen

Die Verbraucher in Deutschland kaufen grundsätzlich Jahr für Jahr mehr Öko-Produkte ein und haben besonders in den beiden Pandemie-jahren erheblich mehr Öko-Produkte konsumiert. Der einmalige Umsatzrückgang im Jahr 2022 scheint nachhaltig überwunden. 2024 stieg der Umsatz mit Öko-Lebensmitteln und -Getränken um nominal 5,7 Prozent auf 17 Milliarden Euro. Für 2025 rechnen Experten wieder mit einem Umsatzwachstum von fünf bis acht Prozent, also spürbar über der Inflationsrate.

Verbraucherpreise für Bio-Frischeprodukte



Veränderungsraten der Verbraucherpreise für frische Lebensmittel¹⁾, bio und konventionell, in Deutschland, Jan.-Okt. 2025 ggü. Jan.-Okt. 2024, in Prozent



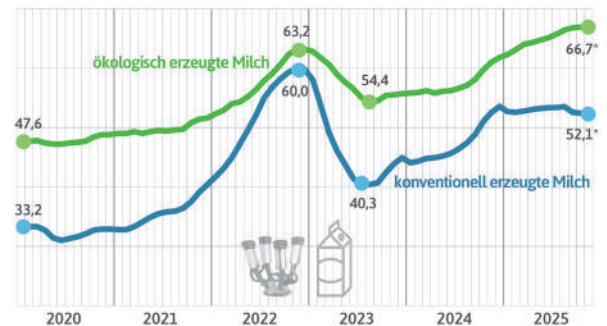
© AMI 2025/VB-113 | AMI-informiert.de

Quelle: AMI-Verbraucherpreisspiegel

Erzeugerpreise für Kuhmilch im Vergleich



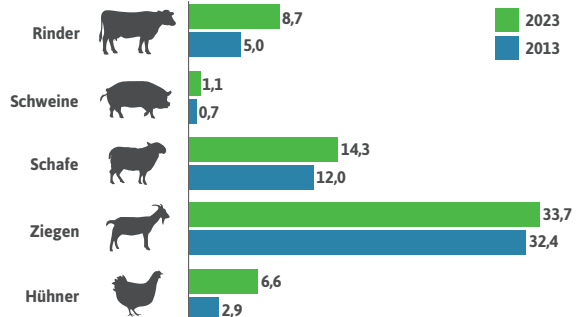
mit 4,0 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß, ab Hof, Erzeugerstandort Deutschland in Cent/kg, ohne MwSt.



© Situationsbericht 2026/Gr16-10

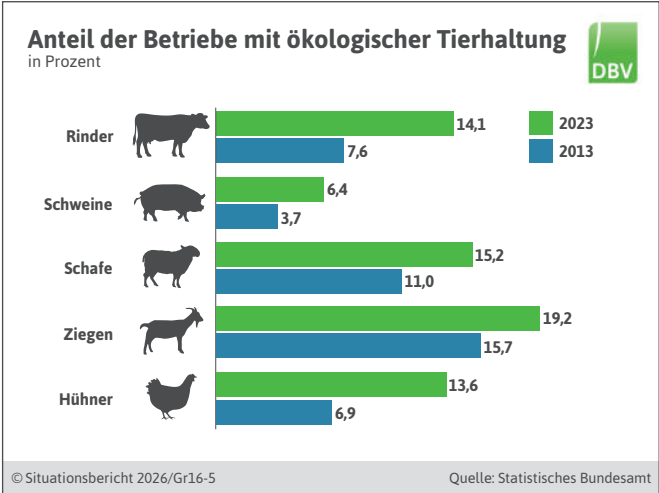
Quelle: BLE

Anteil der Tiere in ökologischer Haltung an Tieren insgesamt (nach Tierart in %)



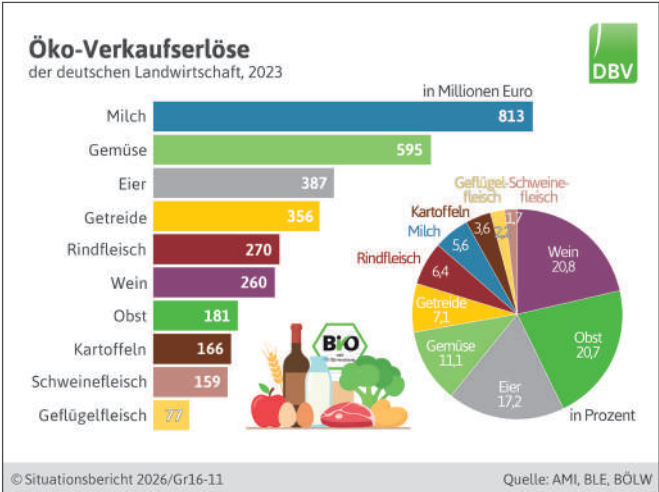
© Situationsbericht 2026/Gr16-6

Quelle: Statistisches Bundesamt



Tierart	Viehhaltung insgesamt		darunter: mit ökologischer Wirtschaftsweise			
	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
	Anzahl	in 1.000	Anzahl	Prozent	in 1.000	Prozent
Rinder	100.730	10.851	14.170	14,1	949	8,7
- Milchkühe	46.610	3.764	4.890	10,5	247	6,6
- Mutterkühe	38.040	606	8.440	22,2	192	31,7
Schweine	27.600	22.380	1.780	6,4	244	1,1
Schafe	20.190	1.822	3.060	15,2	260	14,3
Ziegen	10.360	163	1.990	19,2	55	33,7
Hühner	41.340	156.301	5.630	13,6	10.382	6,6
Enten, Gänse, Puten	6.060	11.007	760	12,5	397	3,6
Pferde	41.200	487	5.500	13,3	49	10,1

© Situationsbericht 2026/T16-1 Quelle: Statistisches Bundesamt



Jeder achte Tierhaltungsbetrieb ist ein Öko-Betrieb

Nach den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 ist die Zahl der Betriebe, die ökologische Tierhaltung betreiben, in den letzten zehn Jahren um 44 Prozent von 13.300 auf 19.200 Betriebe gestiegen. Insgesamt betrachtet war 2023 somit jeder achte der deutschlandweit 161.700 tierhaltenden Betriebe ein Ökobetrieb; 2013 traf dies nur auf 7 Prozent der Betriebe zu. Große Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Tierarten. Mutterkühe, Ziegen und Schafe werden zu relativ hohen Anteilen in ökologischer Bewirtschaftung gehalten. Dagegen ist der Anteil der ökologischen Schweinehaltung in Deutschland mit kaum mehr als 1 Prozent gering.

Ökologischer Landbau in Europa und weltweit

Weltweit betrug die registrierte Ökolandbaufläche nach zuletzt für 2023 vorliegenden Angaben 98,9 Millionen Hektar. Das sind 2,6 Prozent der weltweiten landwirtschaftlichen Nutzfläche. In Europa steigerte sich die Fläche um 4,1 Prozent 19,5 Mio. ha). Australien hat die größte biologisch bewirtschaftete Fläche (53,0 Mio. ha), gefolgt von Indien (4,5 Mio. ha) und Argentinien (4,1 Mio. ha). Mit 53,2 Millionen Hektar entfallen 54 Prozent der globalen Öko-Anbaufläche auf Ozeanien, mit größtenteils extensiv bewirtschaftetem Weideland. Dahinter folgen Europa mit einem Anteil von 20 Prozent (19,5 Mio. ha) und Lateinamerika mit einem Anteil von 11 Prozent (10,3 Mio. ha). 2023 gab es weltweit 4,3

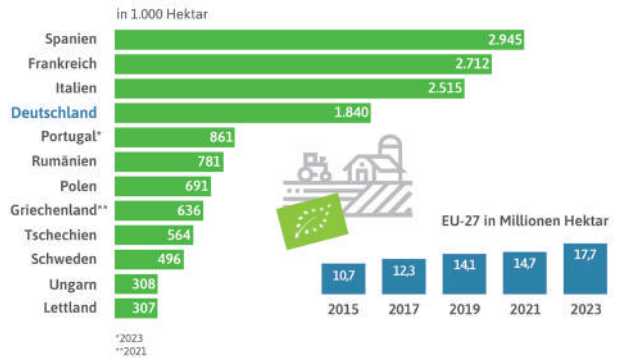
Millionen Öko-Landwirte (- 4,0 %), darunter 2,4 Millionen in Indien. Die Umsätze am weltweiten Markt für Lebensmittel kletterten 2023 auf 136 Milliarden Euro, gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 2 Prozent. Die größten Märkte waren 2023 die USA mit umgerechnet 59,0 Milliarden Euro, gefolgt von Deutschland mit 16,1 Milliarden Euro und China mit 12,6 Milliarden Euro. Die EU-27 kommt 2023 auf einen Öko-Umsatz von 54,7 Milliarden Euro und stellt damit den zweitgrößten Markt dar. Den höchsten Ökoanteil am Lebensmittelmarkt wiesen 2023 Dänemark, die Schweiz und Österreich mit 12 Prozent auf. Deutschland steht mit einem Marktanteil von gut 6 Prozent vor den USA mit kaum mehr als 6 Prozent.

Öko-Landbau braucht höhere Erlöse

Wegen eines niedrigen Ertragsniveaus und eines grundsätzlich höheren Arbeitsaufwands sind Öko-Landwirte trotz deutlich geringerer Ausgaben für Betriebsmittel auf höhere Erzeugerpreise und Ökoprämien angewiesen, um wirtschaftlich bestehen zu können. Während der meist zweijährigen Übergangsphase eines Betriebes von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft entstehen zudem Umstellungskosten, die nur teilweise durch staatliche Öko-Förderung aufgefangen werden. Diese fällt in den Bundesländern unterschiedlich hoch aus. Für die Flächenförderung des ökologischen Landbaus bringt

Öko-Flächen in Europa

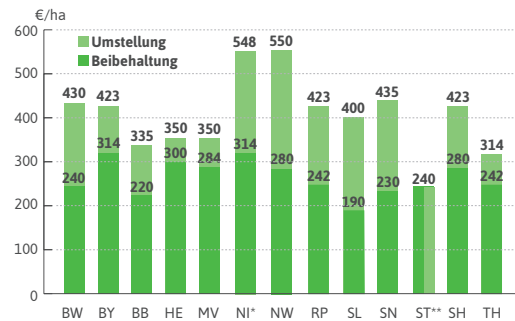
im Jahr 2024, in ausgewählten Ländern der EU-27 (Top 10)



© Situationsbericht 2026/Gr16-12

Quelle: Eurostat, FiBL

Ökolandbau-Förderung am Beispiel Ackerland



*Konditionen gelten auch für Bremen und Hamburg.

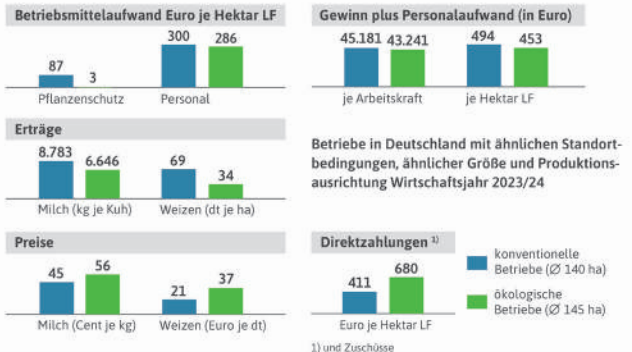
**Umstellungs- und Beibehaltungsprämie identisch

Stand 2025 (GAP-Strategieplan 6.1)

© Situationsbericht 2026/Gr16-3

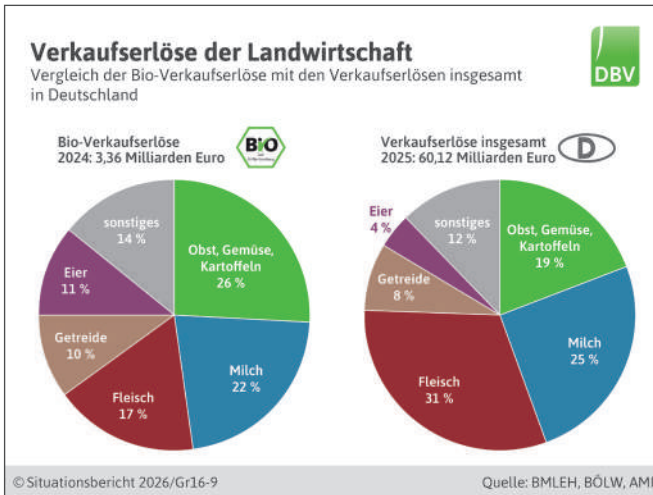
Quelle: BLE

Konventionelle Bauern und Ökobauern im Vergleich



© Situationsbericht 2026/Gr16-1

Quelle: BMLEH, TI



Deutschland jährlich knapp 0,4 Milliarden Euro aus Mitteln der Europäischen Union, des Bundes und der Länder auf.

Öko-Landwirte stellen 6 Prozent der Verkaufserlöse der Landwirtschaft

Die Verkaufserlöse der Öko-Landwirte sind 2024 gegen dem Vorjahreswert von 3,63 Milliarden Euro wieder leicht angestiegen. Insgesamt standen die Öko-Landwirte 2024 für gut 6 Prozent der Verkaufserlöse der Landwirtschaft. Von den Verbraucherausgaben für Öko-Lebensmittel erhalten die Öko-Landwirte nach AMI-Schätzungen 22,6 Prozent (2023). Im Bereich der konventionell erzeugten Lebensmittel liegt der Anteil mit 22,2 Prozent ähnlich hoch.

Artgerechte Tierhaltung, Fairness als Kaufgründe

Nach dem zuletzt Ende 2024 vom BMEL durchgeführten Öko-Barometer ist für die Hälfte der repräsentativ befragten 876 Bürger, die zumindest

gelegentlich Öko-Lebensmittel kaufen, die artgerechte Haltung am wichtigsten oder zweitwichtigsten. Für 33 Prozent dieser Personengruppe liegt die „artgerechte Haltung“ an erster Stelle. Neun Prozent nannten faire Bedingungen bei Produktion und Handel als wichtigsten Punkt, 16 Prozent nennen diesen Aspekt an zweiter Stelle. Für weitere elf Prozent stand der Geschmack im Vordergrund.

Viele Öko-Lebensmittel kommen aus dem Ausland

Das 2001 eingeführte deutsche Bio-Siegel nutzen über 7.297 Lizenznehmer für die Kennzeichnung von rund 111.787 Produkten (Stand Oktober 2025). Die Nachfrage kann durch deutsche Öko-Produkte nicht befriedigt werden. So kamen 2022/23 schätzungsweise acht Prozent des Öko-Getreides, 20 Prozent der Öko-Trinkmilch und 30 Prozent des Öko-Schweinefleisches aus dem Ausland. Exporte deutscher Öko-Rohstoffe fallen kaum ins

Gewicht, von einer gewissen und wachsenden Bedeutung ist hingegen der deutsche Export von verarbeiteten Öko-Lebensmitteln.

2024 Öko-Lebensmittel Wachstumsmarkt

Der Absatz von Öko-Lebensmitteln wuchs 2024 um 5,7 Prozent und vor allem im noch kleinen Segment der Drogeriemärkte (+ 19,6 %). Das mengenmäßig stärkste Wachstum fand in den Discontern statt (0,32 Mrd. €), während der Umsatz in den Sonstigen Einkaufsstätten zurückging (- 2,5 %). Der Öko-Anteil an der Verbrauchernachfrage nach Lebensmitteln stieg auf 6,5 Prozent (+ 0,2 %). Für das Jahr 2025 wird erneut mit einem Umsatzwachstum bei Öko-Lebensmitteln gerechnet.

Bestrebungen, produktiver und wirtschaftlicher zu werden

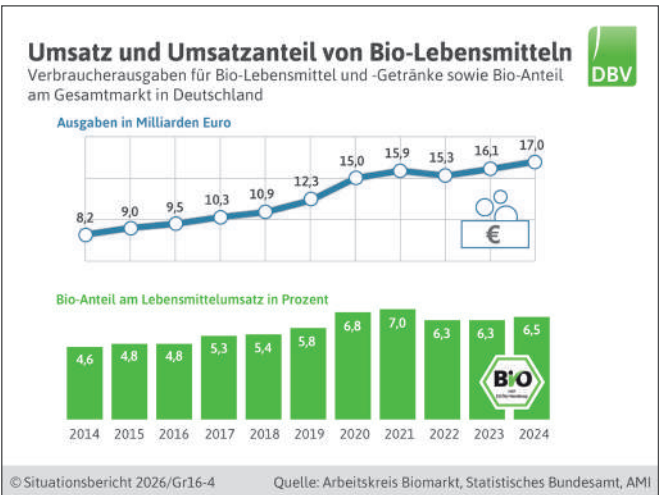
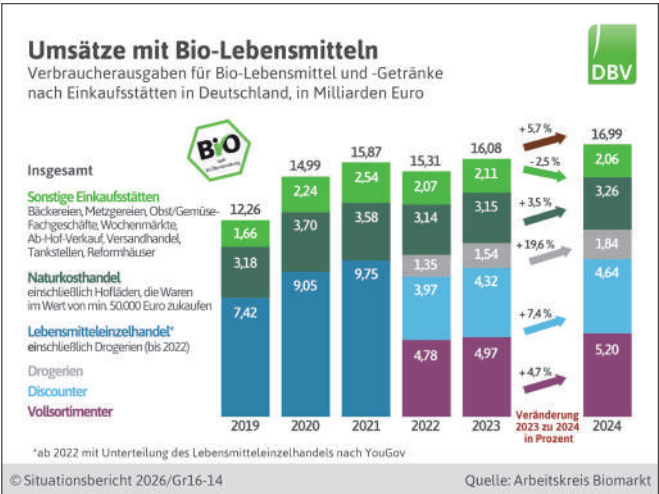
Vor dem Hintergrund, dass die Öko-Landwirtschaft wegen höheren Aufwandes und geringeren Ertrages ohne staatliche Unterstützung kaum wirtschaftlich sein kann, und des Zieles, größere Marktanteile zu gewinnen, gibt es im Öko-Landbau starke Bestrebungen, produktiver und wirtschaftlicher zu werden, ohne nachhaltige Wirtschaftsweisen aus dem Blick zu verlieren. Damit ist auch die Hoffnung verbunden, dass die Verbraucher bei den heute noch deutlich teureren Öko-Lebensmitteln künftig weniger tief in die Tasche greifen müssen. Auch wenn vielen Verbrauchern bewusst ist, dass im Öko-Landbau für eine Erzeugungseinheit mehr Fläche verbraucht wird und diese keine Garantie für

Regionalität sind, genießen biozertifizierte Lebensmittel vor allem wegen ihrer umweltfreundlichen, bodenschonenden und artgerechteren Produktionsweisen in der Bevölkerung großes Vertrauen.

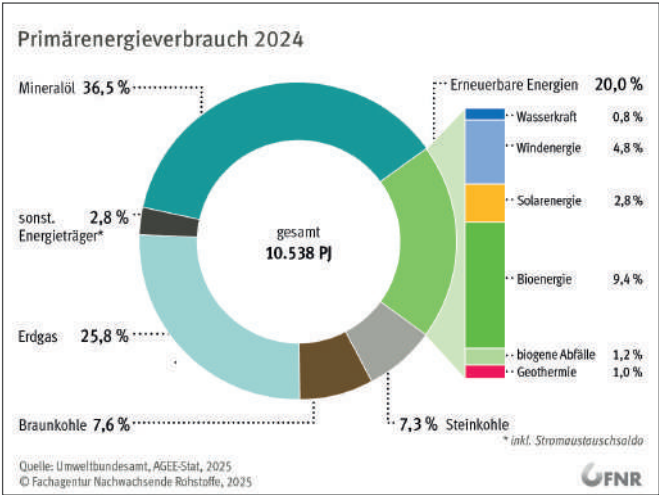
Künftig weniger heimische Biomilch

Seit 2025 gilt in Deutschland eine obligatorische Umsetzung der Öko-Weidepflicht unabhängig von den regionalen und tiergesundheitlichen Gegebenheiten. Zuvor galt, vor allem in Süddeutschland, der ständige Zugang zu Freiluftgelände über Laufhöfe am Stall als notwendige Voraussetzung, wenn strukturelle Hindernisse wie bspw. große Straßen, Schienenwege oder Ortslagen den Weidegang nicht zulassen. Dieser juristisch möglichen Interpretation vieler deutscher Länderbehörden widersprach die EU-Kommission in einem Pilotverfahren.

Bis zum Ende September 2025 haben infolge der geänderten Rechtsauslegung fast 10% der deutschen Öko-Milchviehbetriebe rückumstellen müssen. Das endgültige Ausmaß an betroffenen Betrieben und Tieren hängt davon ab, inwieweit betriebliche Anpassungen über das EU-Öko-Recht ermöglicht werden. Die maßgebliche EU-Öko-Basisverordnung befindet sich zum Jahresende in einem Verbesserungsprozess. Die erzeugte Öko-Milchmenge war 2025 leicht rückgängig, obwohl sich die Öko-Milchpreise auf Erzeugerebene auf einem Rekordniveau bewegten. Die Umstellungstätigkeit war auch 2025 wieder sehr gering.



1.7 Bioenergie und Nachwachsende Rohstoffe



Bioenergie als starker Pfeiler der erneuerbaren Energien

Der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch lag 2024 in Deutschland bei 20,0 Prozent. Bioenergie stellte 2024 47 Prozent der erneuerbaren Energien bereit, weitere 6 Prozent stammten aus biogenen Abfällen. 24 Prozent stellte die Windenergie, 14 Prozent die Sonnenenergie, 5 Prozent die Geothermie und 4 Prozent die Wasserkraft bereit.

20 Prozent der Ackerfläche für nachwachsende Rohstoffe

Bei der Produktion von nachwachsenden Rohstoffen entstehen Koppelprodukte wie Futter- oder Düngemittel, die die Ernährung mittelbar sicherstellen helfen. Der langjährige Aufwärtstrend des Anbaus nachwachsender Rohstoffe ist seit 2016 zum Stillstand gekommen bzw. war in den letzten Jahren sogar rückläufig. Mit rund 2,31 Millionen Hektar wurden 2025 10.000 Hektar weniger nachwachsende Rohstoffe angebaut als noch zwei Jahre zuvor. Die Anbaufläche für nachwachsende Rohstoffe macht 2025 rund 20 Prozent der Ackerfläche und 14 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche aus.

Anbau nachwachsender Rohstoffe und Energiepflanzen, in 1.000 Hektar						
Rohstoff	2019	2020	2021	2022	2023 ¹⁾	2024 ²⁾
Industriestärke	129	135	147	131	127	123
Industriezucker	10	12	11	11	9	10
Technisches Rapsöl	72	67	67	90	68	63
Technisches Sonnenblumenöl	6	8	11	24	18	18
Technisches Leinöl	3	4	5	5	5	5
Pflanzenfasern	5	5	6	7	6	6
Arznei- und Farbstoffe	12	12	12	12	12	12
Industriepflanzen insgesamt	237	243	259	280	245	237
Rapsöl für Biodiesel/Pflanzenöl	513	471	601	523	544	504
Pflanzen für Bioethanol	214	188	216	230	236	220
Pflanzen für Biogas	1.590	1.680	1.340	1.520	1.370	1.340
Pflanzen für Festbrennstoffe ³⁾	11	11	11	11	12	12
Energiepflanzen insgesamt	2.330	2.350	2.170	2.280	2.160	2.080
Gesamtfläche	2.570	2.590	2.430	2.560	2.410	2.320
1) vorläufig 2) Schätzung 3) u. a. Agrarholz und Miscanthus						
© Situationsbericht 2026/T17-1 Quellen: FNR, BMEL						

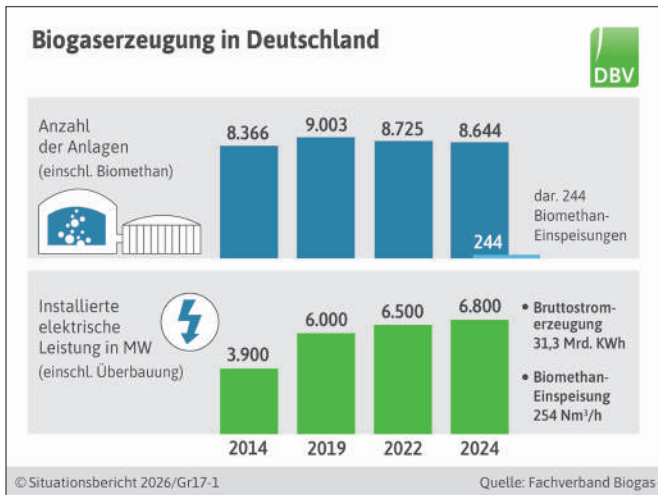
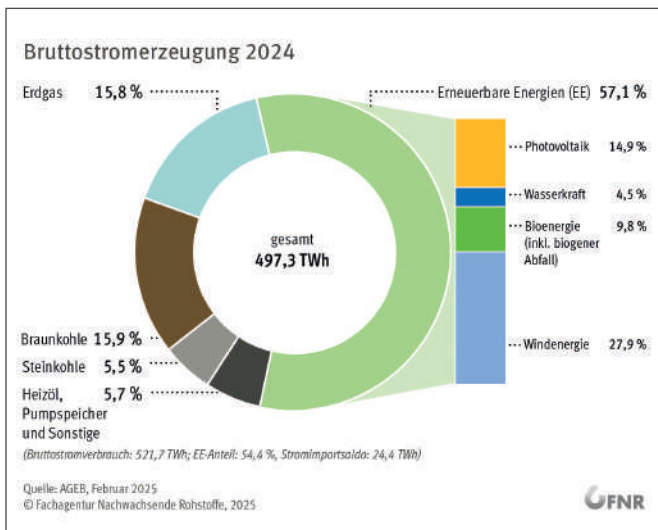
Mais als wichtigste Energiepflanze

Hauptenergiepflanzen unter den nachwachsenden Rohstoffen sind Mais und Raps. Von den 2,6 Millionen Hektar Maisanbau 2024 entfallen 0,9

Millionen Hektar auf Energiemais. Mais zählt mit einem Stromertrag von 18.700 kWh je Hektar zu den ertragsstärksten Energiepflanzen und ist daher besonders für Biogasanlagen geeignet. So kann mit einem Hektar Silomais der Strombedarf von 5,2 Haushalten für ein Jahr gedeckt werden. Insgesamt liegt die Maisanbaufläche seit 2015 auf nahezu stabilem Niveau. Neben dem Mais werden der Aufwuchs von weiteren 476.000 Hektar sonstiger Pflanzen (u.a. Grünland, Getreide) in Biogasanlagen verwertet. Neben Energiepflanzen wird häufig auch Mist und Gülle aus der tierischen Erzeugung in Biogasanlagen verwertet. Hierdurch können besonders viele Treibhausgasemissionen eingespart werden.

Raps als zweitwichtigster nachwachsender Rohstoff

Die flächenmäßig zweitwichtigste Energie- und Industriepflanze in Deutschland war 2024 mit knapp 0,6 Millionen Hektar der Raps bei einer Gesamt-Rapsanbaufläche von 1,1 Millionen Hektar. Wertvolle Futtermittel entstehen, wenn Biodiesel aus Raps oder Bioethanol aus Getreide und Zuckerrüben erzeugt werden. Zum Beispiel werden etwa 60 Prozent des Rapskorns zu Rapsschrot verarbeitet, nur 40 Prozent dienen als Rapsöl. 264.000 Hektar entfallen 2025 auf Industriepflanzen, vor allem Stärkekartoffeln und Getreide. Damit können die jeweiligen "Koppelprodukte" sehr effektiv genutzt werden.



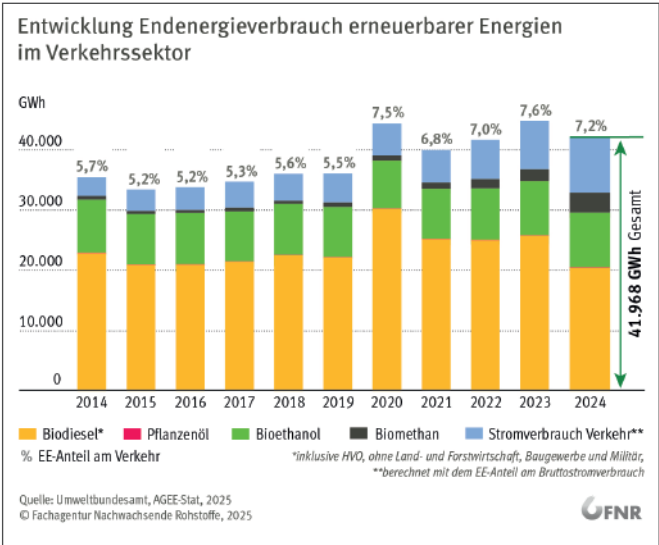
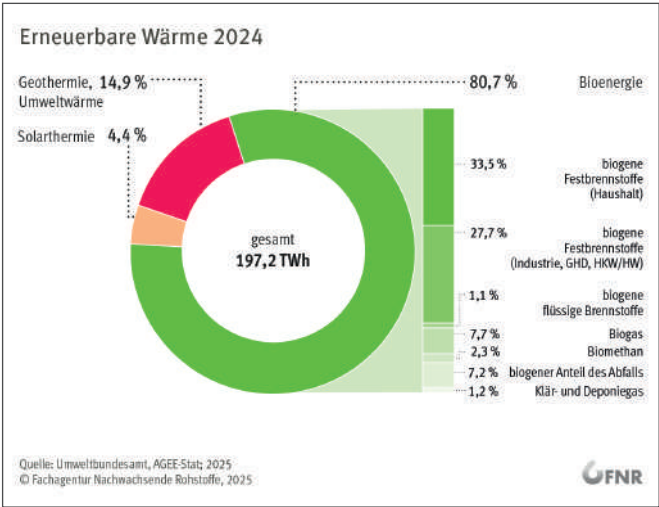
Erneuerbare Energie für Wärme und Verkehr zu fast 90 Prozent aus Biomasse

In allen Bereichen der Energiewirtschaft spielt die Bioenergie eine Rolle. Besonders deutlich wird diese bei der Mobilität, wo die Elektromobilität derzeit noch deutlich weniger Bedeutung als Biokraftstoffe einnimmt. In der Wärmenutzung ist Biomasse relativ konkurrenzfähig. Bei der Stromerzeugung ist Biomasse in der

Erzeugung zwar etwas teurer im Vergleich zu Wind und Sonne, dafür aber besser regel- und speicherbar und damit verlässlicher.

57 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien

Bei der Stromerzeugung in Deutschland erreichten erneuerbaren Energien im Jahr 2024 einen Umfang von 284 Milliarden Kilowattstunden. Das sind 57,1 Prozent der deutschen



Biogas liefert 6,3 Prozent der Stromerzeugung

2024 waren in Deutschland rund 9.900 Biogasanlagen an 8.600 Standorten mit einer elektrischen Gesamtleistung von 5.900 Megawatt (MW) installiert. 244 Biogasanlagen bereiten das Biogas zu Biomethan auf und speisen es ins Gasnetz ein. Ein Zubau von Anlagen findet derzeit fast ausschließlich für die „Flexibilisierung“ statt, das heißt, es werden weitere Generatoren errichtet ohne insgesamt mehr Biomasse einzusetzen. Daneben werden einige Gülle-Kleinanlagen neu gebaut. 58,8 Prozent der Stromerzeugung aus Biomasse stammt 2024 aus Biogas- und Biomethananlagen. Das sind etwa 31,3 Milliarden Kilowattstunden Strom, was 6,3 Prozent des deutschen Stromverbrauchs entspricht. Weitere 18 Milliarden Kilowattstunden wurden als Wärme genutzt. Seit 2016 ist die von Biogas- und Biomethananlagen erzeugte Strommenge kaum noch gewachsen.

Biogaserzeugung zunehmend marktorientiert und flexibel

Etwa 90 Prozent der Stromerzeugung aus Biogas nehmen an der so genannten Direktvermarktung teil. Diese Biogasanlagen orientieren ihre Erzeugung am Strommarkt. 60 Prozent der Betreiber von Biogasanlagen sind noch weiter gegangen und haben zusätzliche Generatorenkapazitäten für die Flexibilisierung errichtet. Diese Anlagen erzeugen Strom zu den Zeiten, an denen die Stromnachfrage bzw. der Strompreis besonders hoch ist. Dies ist vor allem in den Morgen- und Abendstunden

Stromerzeugung. Durch den Ausbau bei Photovoltaik und Wind wächst dieser Anteil. 2024 wurde saldiert mehr Strom importiert als exportiert (24,4 Mrd. kWh), damit entsprach der Anteil der erneuerbaren Energien am inländischen Stromverbrauch 54,4 Prozent. 48,8 Milliarden Kilowattstunden und damit 17 Prozent des im Inland erzeugten erneuerbaren Stroms stellt die Biomasse. Der Umfang der Stromerzeugung aus Biomasse ist im

Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig (- 1,1 %). Im ersten Halbjahr 2025 wurden mit 221 Milliarden Kilowattstunden 0,3 Prozent mehr Strom erzeugt als im Vorjahreshalbjahr. Der Anteil der Stromerzeugung aus Biogas war nahezu stabil (6,3 %). Der Anteil von Strom aus Photovoltaikanlagen stieg an (+ 27,1 %), die Erzeugung aus Windkraft war witterungsbedingt rückläufig (- 18,6 %).

der Fall. Biogasanlagen gleichen damit das volatile Stromangebot aus Photovoltaik und Wind ein Stück weit aus.

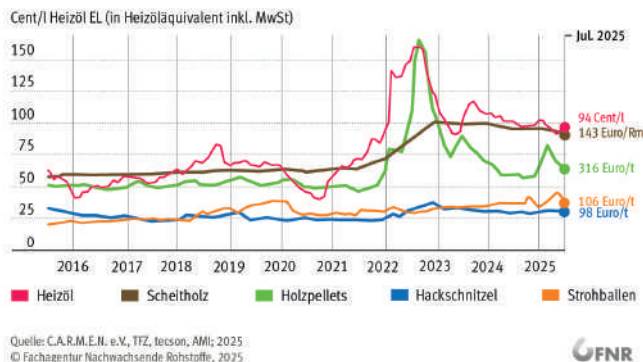
Wärme aus Biomasse

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtwärmeverbrauch liegt bei gut 18 Prozent. Im erneuerbaren Wärmemarkt ist die Biomasse der mit Abstand wichtigste Energieträger. Von der Erneuerbaren-Energie-Wärme stammen knapp 81 Prozent aus der Nutzung von Biomasse. Der Löwenanteil von 61 Prozent der erneuerbaren Wärme stammt aus Holzenergie, sogenannte biogene Festbrennstoffe. Als besonders effizient gilt die so genannte Kraft-Wärme-Kopplung, bei der aus den biogenen Energieträgern gleichzeitig Strom und Wärme gewonnen werden.

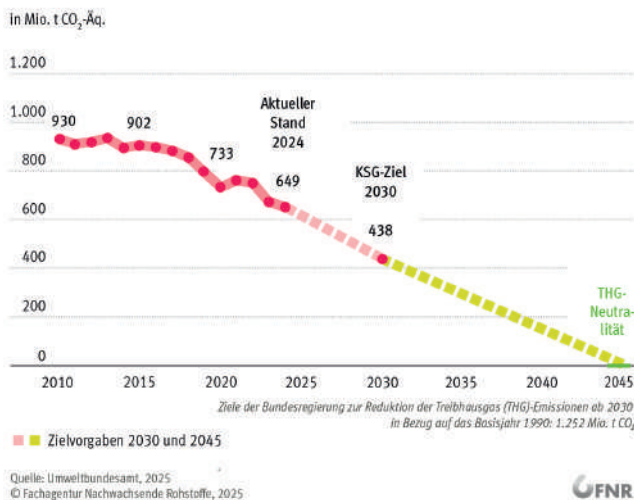
Biokraftstoffbranche mit 5,4 Prozent Marktanteil

2024 wurden 2,06 Millionen Tonnen Biodiesel (einschl. hydriertes Pflanzenöl HVO), 1,25 Millionen Tonnen Bioethanol, 229.000 Tonnen Biomethan und 3.000 Tonnen Pflanzenöl im Verkehr eingesetzt. Zusammen entspricht das 5,4 Prozent des gesamten Energieverbrauchs im Verkehrssektor (Vorjahr: 6,3 %). Biokraftstoffe ersetzen nicht nur fossile Energieträger, sie lassen sich auch mit einem vergleichsweise geringen (fossilen) Primärenergieaufwand herstellen.

Energiepreisentwicklung



Treibhausgas-Emissionen in Deutschland



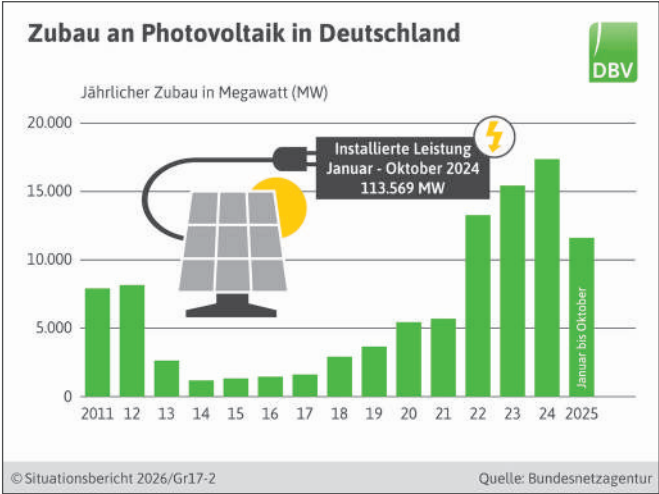
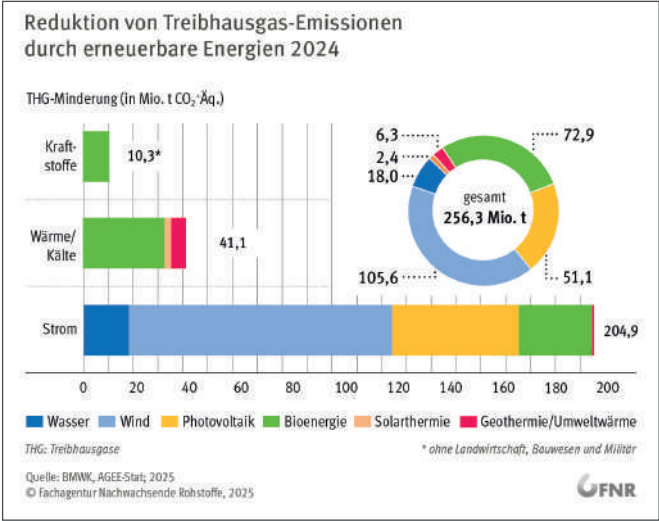
Treibhausgasminderung von 10,3 Millionen Tonnen CO₂ durch Biokraftstoffe

In Deutschland wird die Biokraftstoffquote im Wege einer Treibhausgasminderungsverpflichtung umgesetzt. Die erkennt die besonders hohe Treibhausgasminderung durch Einsatzstoffe wie Gülle, Stroh oder Bioabfälle an. Diese Quote ist 2025 auf 10,5 Prozent festgelegt und wird bis 2030 weiter auf 25,1 Prozent

ansteigen, um die Ziele im Klimaschutz erfüllen zu helfen. Im Vergleich zu Diesel und Benzin fallen bei den Biokraftstoffen durchschnittlich 86 Prozent weniger Treibhausgase an (2024). 2015 lag diese Minderung noch bei 70 Prozent.

Heizen mit Bioenergie bleibt relativ günstig

Ein drastischer Preisschub für Öl und Gas setzte nach dem Beginn des



Landwirtschaftl. Betriebe mit Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien 2023			
Erneuerbare Energien	Anzahl Betriebe	dav. in einem rechtlich ausgelagerten Betrieb	%-Anteil an allen Betrieben
Solarenergieanlagen	61.370	24.950	24,1
Photovoltaik	61.230	24.910	24,0
Solarthermie	3.290	920	1,3
Biomasse/Energiegewinnung	9.520	3.870	3,7
Biogasanlagen	6.420	3.170	2,5
Windkraftanlagen	3.550	1.960	1,4
Wasserkraftanlagen	660	.	0,3
Sonstige Anlagen	720	.	0,3
Insgesamt	65.070	26.900	25,5

© Situationsbericht 2026/ T17-2
Quelle: Statistisches Bundesamt

russischen Kriegen in der Ukraine Anfang 2022 ein. Auch die aus fester Biomasse erzeugte Wärme verteuerte sich, blieb aber meistens günstiger als Öl und Gas. Holzheizungen sind damit für viele Hausbesitzer weiterhin attraktiv. Für 2025 wird ein Anstieg der Pellet-Produktion auf 3,8 Millionen Tonnen erwartet (+ 0,1 Mio. t). Dieser Produktion stand 2023 ein Verbrauch von 3,4 Millionen Tonnen gegenüber. Bei der seit 2021 geltenden CO₂-Bepreisung von Brenn- und Treibstoffen ist Bioenergie von der Emissionsabgabe befreit.

Biomasse führt zu einer positiven Klimabilanz der Landwirtschaft

Durch den Einsatz von Biomasse für Strom, Wärme und Kraftstoffe werden in Deutschland insgesamt 72,9 Millionen Tonnen Treibhausgas-Emissionen vermieden (2024). Dies übersteigt die Menge an Klimagasen, die die Landwirtschaft selbst verursacht (62,1 Mio. t CO₂-Äquivalent in 2024). In der offiziellen Klimastatistik (Treibhausgasinventar) werden die durch Bioenergie erreichten Emissionsminderungen aber nicht der Land- und Forstwirtschaft zugeschrieben, sondern anderen Sektoren wie dem Energie- und Verkehrssektor (siehe Kapitel 2.3 Klimaschutz).

Immer mehr Flächen für Photovoltaik

Ende 2023 waren 83.000 Megawatt (MW) Photovoltaik installiert. Der Zubau betrug 2023 15.200 MW. Damit hat der Ausbau an Photovoltaik deutlich an Schwung gewonnen. Der Anteil von neu in Betrieb

genommenen PV-Freiflächenanlagen lag 2023 mit 4.800 MW bei etwa einem Drittel. Das bedeutet: Bei einem durchschnittlichen Flächenbedarf von einem Hektar je MW installierter Leistung führt das zu einer Flächeninanspruchnahme von etwa 4.800 Hektar. Schätzungsweise waren Ende 2024 gut 42.000 Hektar Fläche durch PV-Anlagen beansprucht, davon über 20.000 Hektar ehemals landwirtschaftlich genutzte Flächen.

PV: Ambitionierte Ausbauziele

Im Erneuerbare-Energie-Gesetz ist 2023 das Ziel gesetzt worden, die installierte Leistung von Photovoltaikanlagen bis 2030 auf 215.000 MW auszubauen, darunter max. 80.000 MW PV-Freifläche. 177.500 MW PV-Fläche sollen es bis 2040 sein. Das Bundeswirtschaftsministerium schätzt, dass der Ausbau jeweils zur Hälfte auf Gebäuden und auf Freiflächen erfolgt. Damit würde die PV-Freifläche in den kommenden Jahren bis 2030 auf rund 110.000 Hektar und bis 2040 auf 150.000 bis 200.000 Hektar ansteigen.

Agri-Photovoltaik mit viel Potenzial

Eine Besonderheit ist die Förderung von Agri-Photovoltaik-Anlagen, bei denen die Fläche sowohl der Stromerzeugung als auch der landwirtschaftlichen Nutzung dient. Agri-PV-Anlagen sind über das EEG 2023 grundsätzlich auf allen Ackerflächen, Flächen mit Dauerkulturen und Grünlandflächen förderfähig (ausgenommen Moorböden und Naturschutzgebiete). Die bis einschließlich Ende 2024 fertiggestellten

oder geplanten 45 Agri-PV-Anlagen erbringen eine installierte Leistung von rund 390 MWp. Das künftige Potenzial für Agri-Photovoltaik in Deutschland liegt laut Fraunhofer ISE (Sommer 2025) deutlich höher und wir allein auf den optimalen Standorten auf 500 Megawatt (MW) eingeschätzt.

9.710 Anschlussanfragen für Batteriespeicher

Immer mehr Batteriespeicher werden in Deutschland geplant. Allein 2024 gingen bei Netzbetreibern insgesamt 9.710 Anschlussanfragen für Batteriespeicherprojekte ab der Mittelspannungsebene ein, mit einer geplanten Leistung von etwa 400 Gigawatt (GW) und einer Speicherkapazität von rund 661 Gigawattstunden (GWh) (Hausspeicher von Privatpersonen sind hierbei ausgenommen). Batteriespeicher können zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit beitragen. Viele dieser Speicher werden auf bisheriger landwirtschaftlicher Nutzfläche projektiert, was zu einem steigenden Flächenverbrauch beitragen könnte (siehe Kapitel 2.1). Zugleich arbeitet die Bundesregierung sowie

die Bundesnetzagentur daran, den Prozess zum Netzanschluss zu beschleunigen. Bisher wurde immer die Kraftwerks-Netzanschlussverordnung (KraftNAV) bei Anlagen über 100 Megawatt (MW) herangezogen, am 17. Oktober 2025 hat die Bundesnetzagentur ergänzend einen FAQ zu den Netzanschlüssen für Batterie-Großspeicher veröffentlicht.

26 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe erzeugen erneuerbare Energien

Von den 255.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland verfügten im Jahr 2023 65.100 Betriebe oder gut ein Viertel (26 %) über Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien. Nach diesen Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 handelt es sich vor allem um Betriebe mit Photovoltaikanlagen (61.200 Betriebe). Von den Betrieben mit Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien nutzten zudem 15 Prozent (9.500 Betriebe) Biomasse, 5 Prozent (3.600 Betriebe) Windkraft, 5 Prozent (3.300 Betriebe) Solarthermie und 1 Prozent (700 Betriebe) Wasserkraft zur Energiegewinnung.

Batteriespeicher – Anfragen und Genehmigungen 2024			
	Anzahl	GW	GWh
Anschlussanfrage	9.710	400,3	661,2
- davon Verteilnetz	9.212	208,7	493,6
- davon Übertragungsnetz	498	191,6	167,6
Anfragen im Prüfprozess	4.261	275	327
- davon Verteilnetz	3.854	114,5	198,4
- davon Übertragungsnetz	407	160,0	128,1
Zusagen	3.818	25	47
- davon Verteilnetz	3.790	15,1	34,4
- davon Übertragungsnetz	28	9,7	12,1
© Situationsbericht 2026/T17-3		Quelle: Bundesnetzagentur	

1.8 Forstwirtschaft

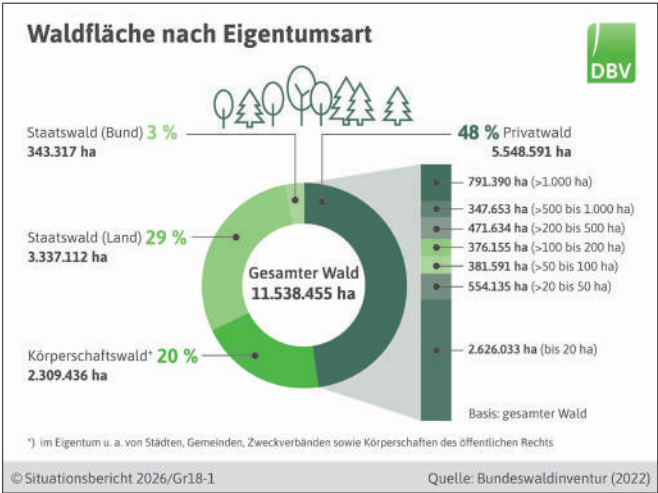
Volkswirtschaftliche Zahlen zum Cluster Forst und Holz für das Jahr 2023				
Wirtschaftszweige	Unternehmen in 1.000	Beschäftigte in 1.000	Umsatz in Mrd. €	Brutto- wert- schöpfung in Mrd. €
Forstwirtschaft (Rohholz)	73.350	49.954	9,0	0,7
Holzbe- und -verarbeitung sowie Handel	12.379	144.538	42,0	9,7
Papiergewerbe	1.421	142.220	48,5	13,0
Verlags- u. Druckgewerbe	7.678	191.275	26,1	10,8
Holz im Baugewerbe	61.441	338.427	47,6	18,5
Energieerzeugung	178	1.353	1,2	0,3
Cluster Forst und Holz gesamt	156.447	867.767	174	53,1

© Situationsbericht 2026/T18-1Quelle: Thünen-Institut

Waldbesuche in Deutschland auf 2 Milliarden.

Wald als Wirtschaftsfaktor

Der Wald liefert nachhaltige Rohstoffe wie Holz und andere forstwirtschaftliche Produkte und trägt zur Einkommenssicherung im ländlichen Raum bei. Der Wald in Deutschland leistet mit seinen 11,5 Millionen Hektar (31 % der Gesamtfläche Deutschlands) einen wesentlichen Beitrag zu Beschäftigung und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Rund 156.500 Unternehmen im Cluster Forst und Holz beschäftigen 868.000 Menschen – hauptsächlich in den ländlichen Räumen. Die Branche erwirtschaftete nach zuletzt für 2023 vorliegenden Angaben einen Umsatz von 174,4 Milliarden Euro und eine Bruttowertschöpfung von 53,1 Milliarden Euro (1,4 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland).



Wald mit vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen

Der Wald in Deutschland erfüllt multifunktionale Aufgaben, die sich in die drei Hauptfunktionen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion gliedern. Er schützt natürliche Lebensgrundlagen wie Boden und Wasser, verhindert Bodenerosion, reguliert den Wasserhaushalt und leistet

einen Beitrag zum Klimaschutz durch Kohlenstoffspeicherung. Für die Bevölkerung dienen die Wälder als Erholungsorte, fördern die Gesundheit und das Wohlbefinden durch Naturerlebnisse und bieten Raum für Freizeitaktivitäten. Zwei Drittel der Bevölkerung nutzen den Wald für Freizeit und Erholung. Der Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR) schätzt die Zahl der jährlichen

48 Prozent des deutschen Waldes sind Privatwald

Nach Ergebnissen der 4. Bundeswaldinventur 2022 sind 48 Prozent der deutschen Waldfläche Privatwald. 29 Prozent sind Staatswald der Länder. 20 Prozent gehören Körperschaften wie etwa Kommunen oder auch Berufsgenossenschaften. Drei Prozent des Waldes sind Bundeswald. Mit rund 1,4 Millionen Hektar Wald bewirtschaften die deutschen Bauern 31 Prozent des deutschen

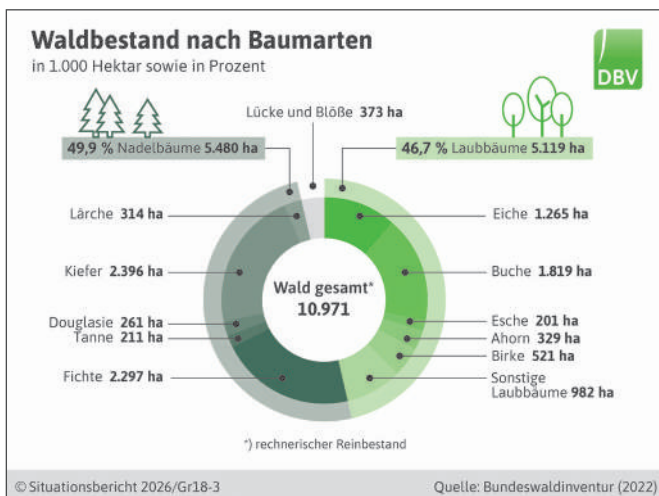
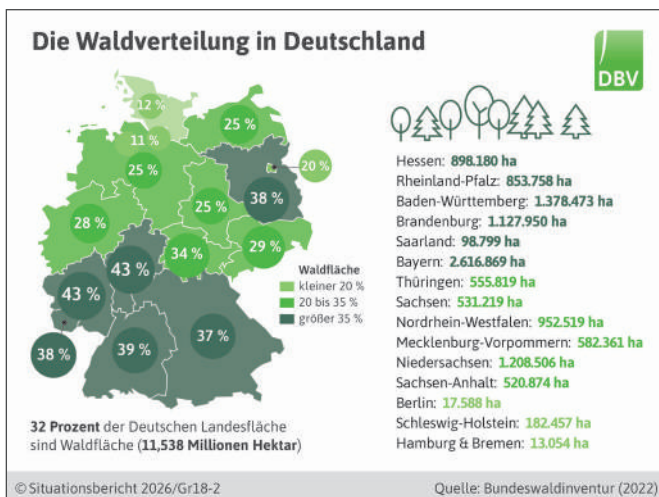
Privatwaldes. Von den 135.100 landwirtschaftlichen Betrieben mit Wald in 2023 – das ist mehr als jeder zweite landwirtschaftliche Betrieb – haben gut 26.000 mindestens 10 Hektar Wald in der Bewirtschaftung.

Vielfältiger Baumbestand, 8,2 % mehr Laubbäume

Der heimische Wald ist laut Bundeswaldinventur (2022) von vielfältigen Baumarten geprägt. Nadelbäume machen die Hälfte des Baumbestandes (49,9 %) aus, Laubbäume 46,7 Prozent. Damit ist der Anteil der Laubbäume gegenüber der Inventur 2012 um 7,5 Prozent angestiegen, die Fläche aller Laubbäume ist sogar um 8,3 Prozent angestiegen. Im Bestand der Nadelbäume sind Kiefern mit 2,4 Millionen Hektar (21,8 %) sowie Fichten mit 2,3 Millionen Hektar (20,9 %) vorherrschend. Die Tanne findet sich auf 211.000 Hektar bzw. 1,9 Prozent der Waldfläche wieder. Der Bestand an Laubbäumen ist von zahlreichen Baumarten geprägt, am häufigsten ist dabei die Buche mit 1,8 Millionen Hektar (16,6 %) vertreten. Auf den nächsten Plätzen folgen die Eiche mit 1,3 Millionen Hektar (11,5 %) sowie die Birke mit 521.000 Hektar (4,7 %).

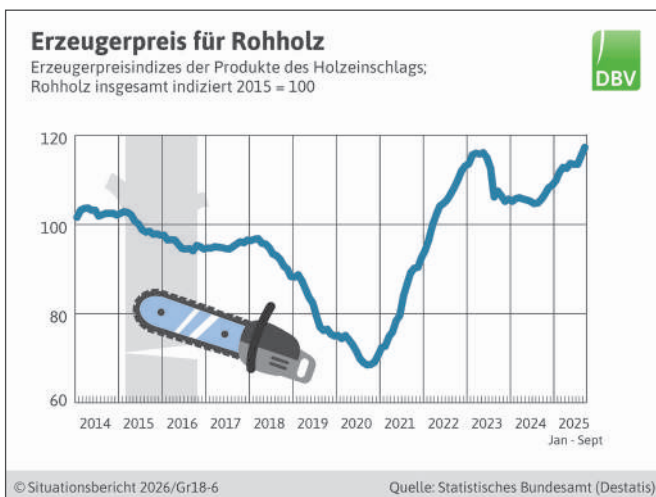
Wald in Deutschland breit verteilt

In Deutschland ist die Waldfläche breit über die Bundesländer verteilt. Die vierte Bundeswaldinventur zeigt, dass Bayern mit rund 2,6 Millionen Hektar den größten Waldbestand aufweist, gefolgt von



Baden-Württemberg mit etwa 1,4 Millionen Hektar. Diese südlichen Bundesländer sind geprägt von großen zusammenhängenden Waldgebieten, vor allem in den Mittelgebirgen und Alpenregionen. Nordrhein-Westfalen besitzt mit knapp einer Million Hektar ebenfalls bedeutende Waldflächen, die vor allem im Sauerland liegen. Die Waldanteile sind variabel: Es gibt Bundesländer mit hohen Waldanteilen wie Hessen und

Rheinland-Pfalz (jeweils 43% der Landesfläche), gefolgt von Baden-Württemberg (39 %) und Brandenburg (38 %). Schleswig-Holstein (12 %) sowie die Stadtstaaten verfügen über einen insgesamt eher geringen Waldbestand bezogen auf die Landesfläche. Damit spiegelt die regionale Verteilung der Wälder historische, klimatische und geographische Bedingungen wider, die dauerhaft die Waldbewirtschaftung prägen.



61 Millionen Kubikmeter Holzeinschlag

Das Einschlagsniveau der Forstbetriebe lag 2024 mit 61,2 Millionen Kubikmetern 13 Prozent unter dem Vorjahresstand von 70,6 Millionen Kubikmetern, und erstmalig seit vielen Jahren wieder unter dem 10-Jahresmittel (2015-2024: 70 Mio. m³). Zu diesem Rückgang trug der um 11,4 Millionen Kubikmetern geringe durch Schäden bedingte Holzeinschlag bei (27,3 Mio. m³). Damit waren 45 Prozent des Gesamteinschlags Schadholz (Vorjahr: 55 %). In den Vorjahren hat der starke Befall mit Borkenkäfern vor allem bei Nadelhölzern und insbesondere der Fichte zu hohen Zwangsnutzungen geführt. So lag 2023 der Anteil der Holzartengruppe Fichte, Tanne und Douglasie am gesamten kalamitätsbedingten Einschlag noch bei rund 81 Prozent (Vorjahr: 79 %).

Vier von fünf Bäumen weisen Schäden auf

Insektenbefall und längere Trockenperioden können bei Bäumen zu Nadel- und Blattverlusten führen. Verlichtete Kronen sind daher ein nach außen sichtbares Zeichen für Waldschäden. Nach der jüngsten Bundeswaldinventur 2022 wurden auf 2 Millionen Hektar oder 19 Prozent des Holzbodens Kalamitäten beobachtet. Während sich die Situation bei Kiefern und Fichten gegenüber dem Vorjahr verbessert hat, gab es bei Buchen und Eichen eine Verschlechterung. Nur ein Fünftel der Bäume (20 %) weist keine verlichteten Kronen auf.

Kalamitäten schmälern Klimaschutzbeitrag

Damit hatte insbesondere die Dürre der Jahre 2018 und 2019 einen nachhaltig negativen Effekt auf den Kohlenstoffvorrat in lebenden Bäumen. So sind auf den Kalamitätsflächen jährlich durchschnittlich 44,8 Millionen Kubikmeter Holzvorrat

Globaler Waldverlust

Während der Trend in Deutschland eine Zunahme der Waldfläche zeigt, hält der globale Waldverlust jedoch nach wie vor an. Im Jahr 2024 lies sich insgesamt ein Waldverlust 8,1 Millionen Hektar (6,7 Mio. ha hiervon Primärwald) weltweit feststellen. 94% dieser Entwaldung erfolgte innerhalb der tropischen Klimazone.

Quelle: Forest Declaration Assessment 2025. www.forestdeclaration.org.

verlorengegangen, was einem Anteil von 41 % des Gesamtabgangs im zehnjährigen Inventurzeitraum bedeutet. Neben dem Vorratsverlust bremste die Trockenheit den Zuwachs. Daraus resultiert ein Rückgang im Kohlenstoffvorrat in Wald und Holzprodukten von 32 Millionen Tonnen zwischen 2017 und 2022 auf nunmehr 2.378 Millionen Tonnen (- 1,3 %).

Gebremste wirtschaftliche Erholung

Die Forstwirtschaftsjahre 2019 und 2020 waren für die deutsche Forstwirtschaft auch wirtschaftlich gesehen Krisenjahre. Grund dafür waren hohe Schadholzanfälle durch Hitze, Trockenheit, Stürme und Borkenkäferausbreitungen und damit verbundene niedrige Holzmarktpreise. Mengeneinschlag, Senkung der Holzernte- und Rückekosten oder Verringerung der Managementkosten konnten die Umsatzrückgänge bei weitem nicht wettmachen. Die Jahre 2021 und 2022 führten durch die Entwicklungen am Holzmarkt

zu einer gewissen Erholung der wirtschaftlichen Situation in den Forstbetrieben. Auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Auswirkungen auf Lieferketten, Import- und Exportbewegungen sowie die Energieversorgung haben dazu maßgeblich beigetragen. Nach starken Anstiegen im Rohholzpreisniveau bis Mitte 2023 standen die Holzpreise 2024 wieder unter Druck. Im Durchschnitt des Jahres 2024 lag das Rohholzpreisniveau 5 Prozent unter Vorjahresniveau. In 2025 setzte eine vorsichtige Erholung ein, so dass der Erzeugerpreis in den ersten neun Monaten gut 7,5 Prozent über dem Preisniveau des Vorjahreszeitraums lag.

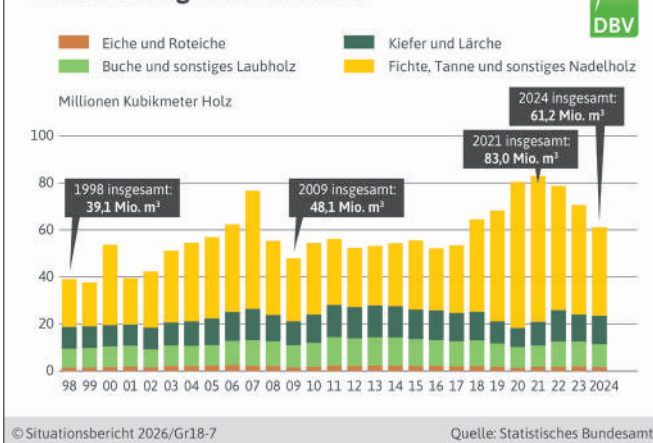
EUDR verunsichert Waldwirtschaft

Die EU-Verordnung für entwicklungsfreie Produkte (EUDR) zielt darauf ab, den Handel mit illegal geschlagenem Holz und Holzprodukten in der Europäischen Union zu verhindern. Sie verpflichtet Unternehmen, die Herkunft von Holzlieferungen lückenlos nachzuweisen und Risiken illegaler Herkunft auszuschließen. Nach derzeitigen Überlegungen betrifft diese nicht nur Waldbauern außerhalb der EU, sondern auch Wirtschaftsakteure in der Europäischen Union. Dabei entstanden in Deutschland allein in den Jahren 2017 bis 2024 täglich 62 Hektar zusätzliche Waldflächen und Gehölze. Für deutsche Waldbauern bedeutet dies zusätzlichen bürokratischen Aufwand

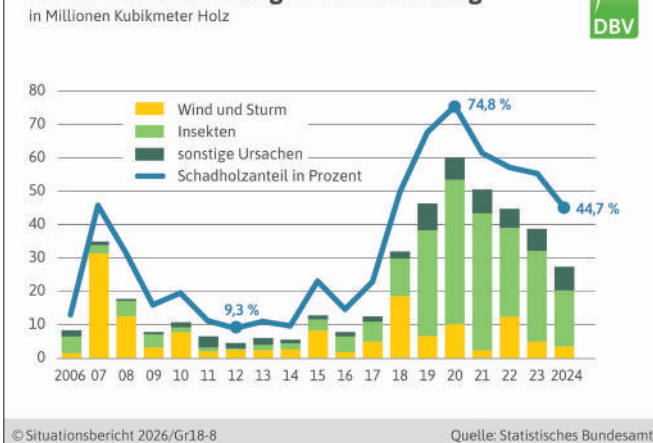
und Unsicherheiten, besonders bei kleineren Betrieben. Viele fürchten, dass die strengen Dokumentationspflichten zu erhöhten Kosten führen und die Vermarktung ihres Holzes erschweren könnten. Zudem besteht Sorge, dass traditionelle Waldbewirtschaftung und regionale Besonderheiten nicht ausreichend berücksichtigt werden, was langfristige negative Effekte auf die Wirtschaftlichkeit kleiner Forstbetriebe hat. Ursprünglich

sollte die EUDR 2025 zur Anwendung kommen. Ende 2025 wurde eine erneute Verschiebung auf die Zeit nach 2026 beschlossen.

Holzeinschlag in Deutschland



Durch Schäden bedingter Holzeinschlag





2 Ressourcenschutz und Klima

2.1 Flächennutzung	61
2.2 Bewirtschaftungsmethoden und Biodiversität	66
2.3 Klimaschutz	76
2.4 Folgen des Klimawandels	83
2.5 Klimaschutzmaßnahmen	88

2.1 Flächennutzung

Grünes Deutschland

Deutschland hat eine Gesamtfläche von rund 35,8 Millionen Hektar. Die Land- und Forstwirtschaft erhält und pflegt davon 28,7 Millionen Hektar Acker, Wiesen und Wald. Das sind 80 Prozent der Fläche Deutschlands. Sie erhält die natürlichen Lebensgrundlagen und sichert die Ernährung. Vielfältige Landschaften dienen als Freizeit- und Erholungsräume und stellen darüber hinaus einen wichtigen Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten dar. Von den 28,7 Millionen Hektar Land- und Forstwirtschaft entfallen 18,0 Millionen Hektar auf die Landwirtschaft und 10,7 Millionen Hektar auf die Forstwirtschaft.

Auf den Ackerflächen dominiert Getreide

Auf 11,7 Millionen Hektar Ackerland wurden 2025 rund 6,0 Millionen Hektar Getreide angebaut, vor allem Weizen (3,0 Mio. ha). Ölpflanzen, hauptsächlich Winterraps, wuchsen auf 1,2 Millionen Hektar. Der Anbau von Silomais betrug 2025 2,0 Millionen Hektar. Der Anbau von Hülsenfrüchten lag bei 303.000 Hektar, die Flächenstilllegung umfasste 432.000 Hektar.

Umfang des Grünlandes bleibt stabil

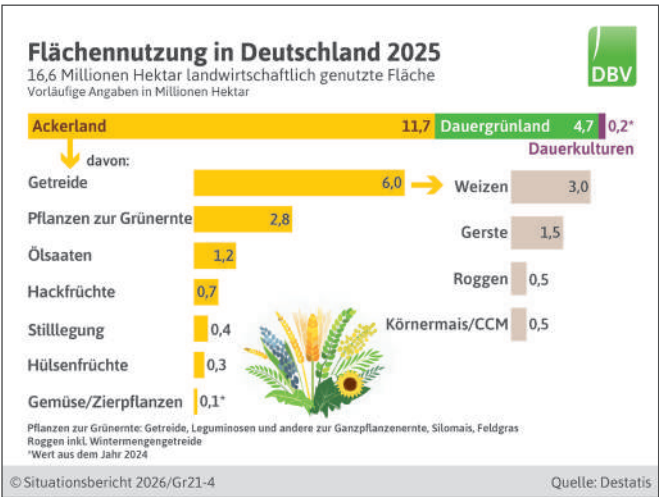
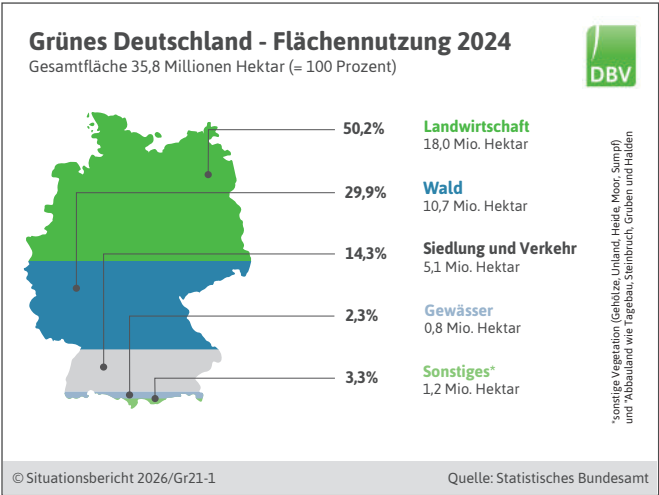
In Deutschland wurden 2025 wie in den Vorjahren rund 4,7 Millionen Hektar als Dauergrünland

bewirtschaftet. Davon waren 2,4 Millionen Hektar Weiden, 2,0 Millionen Hektar Wiesen und 0,2 Millionen Hektar ertragsarmes Dauergrünland. Dazu kommen Ackerflächen mit Feldgrasanbau auf 283.000 Hektar. Zusammen sind das rund 5,0 Millionen Hektar Grünlandfläche. Sie entspricht mit

30 Prozent fast einem Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Deutschland.

Flächenverbrauch statt Ressourcenschutz

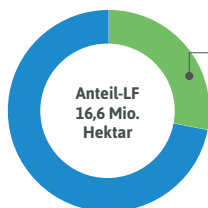
Durch den Flächenverbrauch geht die Ressource Boden als nicht vermehrbare Produktionsgrundlage



Grünlandflächen* in Deutschland stabil



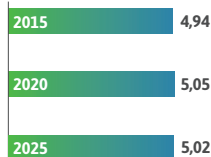
Anteil an gesamter
Landwirtschaftsfläche 2024



*einschließlich Feldgras

Grünland
30,1%

in Millionen Hektar



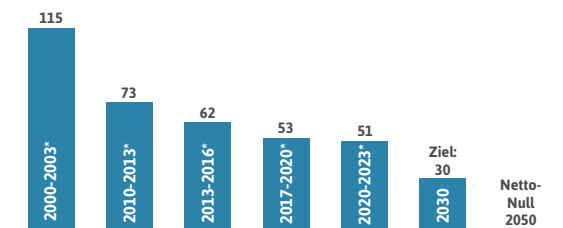
© Situationsbericht 2026/Gr21-5

Quelle: Statistisches Bundesamt

Täglicher Flächenverbrauch in Deutschland



Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar je Tag



*Vierjahres-Durchschnittswert gemäß Indikatorensystem der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

© Situationsbericht 2026/Gr21-3

Quelle: Statistisches Bundesamt

für den Anbau von Lebens- und Futtermitteln sowie von nachwachsenden Rohstoffen verloren. Auch der Natur- und Landschaftsschutz ist betroffen, denn durch neue Siedlungs- und Verkehrsflächen werden Landschaften zersiedelt und Lebensräume für Tiere und Pflanzen eingeschränkt.

Flächenverbrauch steigt wieder leicht an

Der Flächenverbrauch durch Siedlungs- und Verkehrsmaßnahmen beträgt nach neuer Datenlage zuletzt für den Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2023 vorliegenden Angaben des Statistischen Bundesamtes 51 Hektar pro Tag. Der tägliche Flächenverbrauch nahm damit gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert (2019-2022) um zwei Hektar leicht zu. 38 Hektar des

täglichen Flächenverbrauchs entfallen auf Wohnungsbau, Industrie und Gewerbe, 13 Hektar auf Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen und 1 Hektar auf Verkehrsflächen. Die Umwandlung in Verkehrsflächen ist in den letzten beiden Jahren gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgegangen, während der Flächenverbrauch für Siedlungsflächen leicht angestiegen ist. Ziel der Bundesregierung in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist es, den durchschnittlichen täglichen Anstieg bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar zu begrenzen. Bis 2050 wird eine Flächenkreislaufwirtschaft angestrebt. Das heißt, es sollen dann netto keine weiteren Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke beansprucht werden. Schätzungen zufolge sind etwa 45 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche versiegelt, das heißt, weitgehend luft- und wasserdicht abgedeckt.

Hohe Flächenumwandlung zu Lasten der Landwirtschaft

Die für Siedlung und Verkehr genutzte Fläche (ohne Abbau- und Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube, Steinbruch)) ist in den acht Jahren zwischen Ende 2016 und Ende 2024 um 178.000 Hektar auf 61 Millionen Hektar angewachsen. Auch die Wald- und Gehölzfläche hat deutlich zugenommen, und zwar um 182.100 Hektar auf 62 Millionen Hektar. Den amtlichen Liegenschaftskatastern zufolge hat die Landwirtschaftsfläche dagegen zwischen Ende 2016 und Ende 2024 stark abgenommen, und zwar um

Ansatzpunkte zur Minderung des Flächenverbrauchs

- Innenentwicklung und Baulückenschließung statt Bauen „auf der Grünen Wiese“
- Flächenrecycling und Entsiegelung
- Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen flexibel und flächenneutral durchführen (in die landwirtschaftliche Produktion integrierte Kompensationsmaßnahmen; Aufwertung vorhandener Biotope)
- Schutz landwirtschaftlicher Flächen analog zum Bundeswaldgesetz

Quelle: Deutscher Bauernverband

305.900 auf 18,0 Millionen Hektar. Nach Analysen des Thünen-Institutes entstehen die Waldflächen vor allem aus bisheriger Grünlandfläche. Der Flächenzuwachs der Siedlungs- und Verkehrsflächen erklärt sich zu 10 Prozent aus der Umwandlung von Waldflächen, zu 56 Prozent aus der Umwandlung von Ackerflächen und zu 34 Prozent aus der Umwandlung von Grünlandflächen.

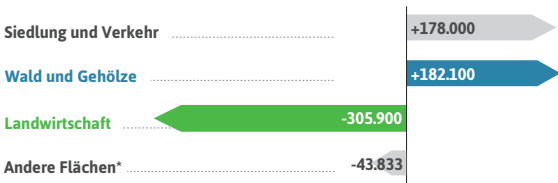
Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Nach dem Bundesnaturschutzgesetz müssen Eingriffe in Natur und Landschaft durch Baumaßnahmen so weit wie möglich minimiert werden. Dort wo Eingriffe erfolgen sind diese zu kompensieren, etwa durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen. Die Kompensationsflächen für

Flächenverluste der Landwirtschaft



Flächenveränderungen in Hektar, Deutschland 31.12.2024 zu 31.12.2016



* Abbauand wie Tagebau, Steinbruch, Gruben und Halden, vegetationslose Flächen und Gewässer

© Situationsbericht 2026/Gr21-2

Quelle: Statistisches Bundesamt

Flächennutzungsveränderungen zwischen 1992 und 2024

	Änderung 1992-2000		Änderung 2000-2015		Änderung 2016-2024	
	1.000 ha	ha/Tag	1.000 ha	ha/Tag	1.000 ha	ha/Tag
Siedlung und Verkehr	363,4	124	512,7	94	178,0	61
Landwirtschaftsfläche	-408,4	-140	-669,5	-122	-305,9	-105
Waldfläche und Gehölze	77,9	27	420,0	77	182,1	62
Andere Flächen*	-32,8	-11	-263,2	-48	-43,8	-15

* Abbauand wie Tagebau, Steinbruch, Gruben und Halden, Unland, vegetationslose Flächen und Gewässer

© Situationsbericht 2026/T21-2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Thünen-Institut

diese Eingriffe betragen bisweilen das Mehrfache der eigentlich versiegelten Fläche. Häufig werden gerade die fruchtbarsten Böden als Kompensationsflächen für den Natur- und Landschaftsschutz verwendet, weil diesen aus Naturschutzsicht eine geringe Wertigkeit und damit ein großes Aufwertungspotenzial beigemessen werden.

Schutzgebiete nach dem Natur- und Landschaftsschutz

Schutzgebiete im Natur- und Landschaftsschutz sollen zur Erhaltung von Arten und ihren Lebensräumen beitragen. Die in Deutschland geltenden Schutzgebietskategorien im Natur- und Landschaftsschutz beruhen auf dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG). Die Schutzgebiete können hinsichtlich ihrer Größe, ihres Schutzzwecks und ihrer Schutzziele und den daraus abzuleitenden Nutzungseinschränkungen

Verteilung der Naturschutzflächen nach dem höchsten Schutzniveau					
Deutschland	Hoher Schutzstatus in %	Mittlerer Schutzstatus in %	Geringer Schutzstatus in %	Schutzgebiete insgesamt	
				In 1.000 ha	in %
Landwirtschaftsfläche	2,5	8,6	30,4	7.817	41,4
Ackerland	0,6	6,6	28,4	4.563	35,6
Grünland	6,5	12,7	34,5	3.252	53,7
Waldfläche	8,6	17,2	44,5	7.869	80,1
Insgesamt	7,2	12,1	31,8	19.468	51,0

Hoher Schutzstatus: Naturschutzgebiete sowie Kern- und Pflegezonen von Nationalparks und Biosphärenreservaten
Mittlerer Schutzstatus: FFH- und oder Vogelschutzgebiete
Geringer Schutzstatus: Entwicklungszone von Nationalparks und Biosphärenreservaten, Naturparke und Landschaftsschutzgebiete

© Situationsbericht 2026/T21-3 Quelle: Thünen-Institut (Thünen-Working Paper 224)

unterschieden werden. Die wichtigsten Schutzgebietskategorien sind Naturschutzgebiete, Nationalparke, Biosphärenreservate, Landschaftsschutzgebiete und Naturparke sowie die Schutzgebiete gemäß Natura 2000-Gebiete (Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Vogelschutzgebiete). Sie können sich überlagern oder sind in Einzelfällen sogar deckungsgleich. Beispielsweise sind viele Naturschutzgebiete gleichzeitig FFH-Gebiete und große Teile der Naturparke stehen als Landschaftsschutzgebiet unter Schutz. Daher können die Flächen der einzelnen Schutzgebietskategorien nicht zusammengerechnet werden, um die Gesamtfläche der Schutzgebiete Deutschlands zu ermitteln. Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke werden aufgrund ihrer Flächengröße auch als Großschutzgebiete bezeichnet.

Interaktive Kartenanwendung des Bundesamtes für Naturschutz

Schutzgebiete in Deutschland: bfn.de/daten-und-fakten/kartenanwendung-schutzgebiete-deutschland

Beispiel:
■ Fauna-Flora-Habitat-Gebiete
■ Vogelschutzgebiete

Karteninhalt

Grundkarten
TopoOpen grau

Themenkarten

- ☒ Natura 2000-Schutzgebiete
- ☒ FFH-Gebiete
- ☒ Vogelschutzgebiete
- ☐ Schutzgebiete
 - ☐ Naturschutzgebiete
 - ☐ Nationalparke
 - ☐ Biosphärenreservate
 - ☐ Naturparke
 - ☐ Landschaftsschutzgebiete
 - ☐ Nationale Naturmonumente
- ☒ Naturräume in Deutschland
 - ☐ Naturräume
 - ☐ Biogeographische Regionen

© Situationsbericht 2026/Gr21-6 Quelle: Bundesamt für Naturschutz (BfN)

Über die Hälfte Deutschlands unter Naturschutz

51 Prozent der Landfläche Deutschlands haben einen naturschutzrechtlichen Schutzstatus. Bei den Landwirtschaftsflächen sind es entsprechend 41 Prozent (Ackerland einschl. Dauerkulturen 36 %, Grünland 54 %). Besonders hoch ist der Schutzstatus in den Naturschutzgebieten. Von den 2,7 Millionen Hektar Naturschutzgebieten in Deutschland (einschließlich Kern- und Pflegezonen von Nationalparks und Biosphärenreservaten) entfallen rund 0,5 Millionen Hektar auf landwirtschaftliche Flächen und jeweils

Kartenanwendung - Schutzgebiete in Deutschland

Die interaktive Kartenanwendung des Bundesamtes für Naturschutz stellt bundesweite Daten zu Schutzgebieten aus dem Bereich des Naturschutzes dar. Enthalten sind u. a. die folgende Gebietskategorien: Nationalparke, Naturschutzgebiete, Biosphärenreservate, Naturparke, Landschaftsschutzgebiete sowie Natura 2000-Gebiete (Fauna-Flora-Habitat-Gebiete und Vogelschutzgebiete), siehe <http://geodienste.bfn.de/schutzgebiete>

1,0 Millionen Hektar auf Gewässer- und Waldflächen. Weniger hoch ist der Schutzstatus bei den Fauna-Flora-Habitat-Gebieten (FFH-Gebieten) und Vogelschutzgebieten. Als FFH- und oder Vogelschutzgebiete zählen, soweit sie nicht unter die Gebiete mit hohem Schutzstatus wie Naturschutzgebiete fallen, 4,6 Millionen Hektar. Davon entfallen auf die Landwirtschaft 1,6 Millionen und machen hier rund 9 Prozent der Landwirtschaftsflächen aus.

Weitere Nutzungseinschränkungen durch das Umweltrecht

Zu den Schutzanforderungen des Naturschutzrechts kommen vor allem die Schutzanforderungen aus dem Umweltrecht hinzu. Dazu gehören insbesondere der Grundwasserschutz („rote Gebiete“ und Wasserschutzgebiete) und der Schutz von Oberflächengewässern. Weitere 2,0 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche liegen in Wasserschutzgebieten, davon rund 2/3 Ackerland und

1/3 Grünland. Mit der Novelle der Düngeverordnung wurde zudem die Kulisse der „roten Gebiete“ geschaffen, unter diese fallen zuletzt rund 2,7 Millionen Hektar LF. Auf diesen Flächen umzusetzende Maßnahmen sind vor allem die Reduzierung der Stickstoffdüngung um 20 Prozent unter dem Düngbedarf und die Einhaltung der 170 kg N-Grenze auf jeder Einzelfläche. Die Düngeverordnung schreibt zudem hangneigungsabhängige Mindestabstände zu Gewässern vor.

Auf 3,9 Millionen Hektar finden Agrarumweltmaßnahmen der 2. Säule der GAP statt

Nach Ergebnissen der Monitoringberichte über die 2. Säule der GAP (ELER-Monitoringberichte) für die Jahre 2021 bis 2023 wirtschafteten landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland auf etwa 3,9 Millionen Hektar besonders umwelt- und klimaschonend und/oder förderten die Biodiversität. Hinzu kommen 1,7 Millionen geförderte Hektare

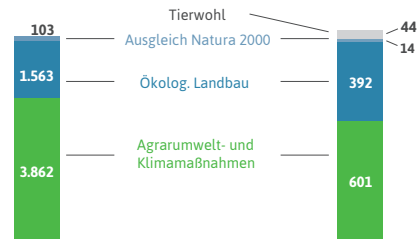
Flächen und öffentliche Fördermittel für Agrarumweltmaßnahmen in der 2. Säule der GAP*



Angaben in 1.000 Hektar bzw. Mio. Euro, Durchschnitt 2021–2023, Deutschland

Flächen
Summe: 5,53 Mio. Hektar

Öffentliche Ausgaben (EU, Bund, Länder)
Summe: 1.051 Mio. Euro



*Ausgaben der 1. Säule der GAP wie ökologische Vorrangflächen bzw. Ökoregelungen sind nicht enthalten

© Situationsbericht 2026/Gr21-7

Quelle: BMEL (ELER-Monitoring)

des ökologischen Landbaus und Natura 2000-Ausgleichsflächen (ein gewisser Teil der Flächen ist auch bei den Flächen der vorgenannten Agrarumweltmaßnahmen enthalten). Auf jedem dritten Hektar wird damit besonders umweltgerecht gewirtschaftet. Für dadurch entstehende höhere Kosten und/oder niedrigere Erträge zahlten EU, Bund und Länder im Durchschnitt der Jahre 2021-2023 rund 1,1 Milliarden Euro. Darunter fällt auch der Öko-Landbau mit den Umstellungs- und Beibehaltungsprämien. Dafür bringen EU, Bund und Länder jährlich knapp 0,4 Milliarden Euro auf.

2.2 Bewirtschaftungsmethoden und Biodiversität

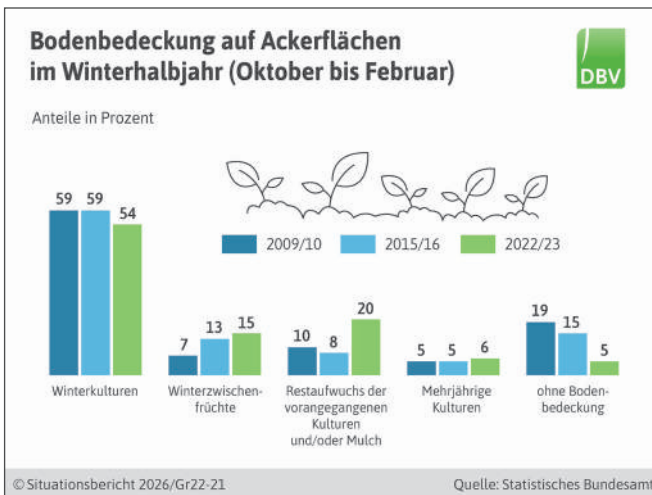
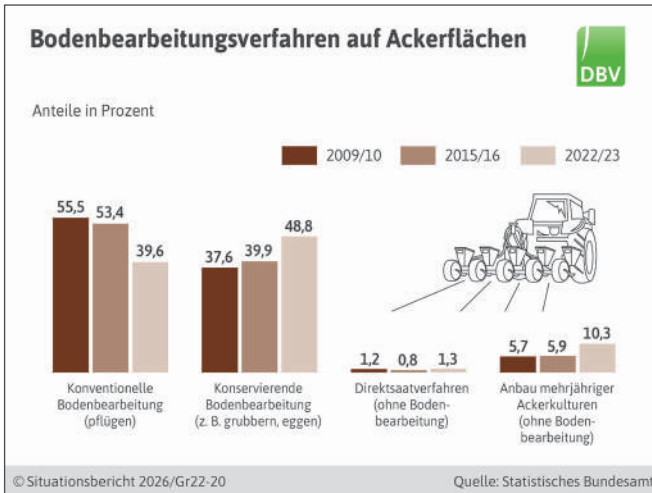
Nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden

Schonung des Bodengefüges

Zu den wichtigen Bodeneigenschaften gehören der Boden- und Lufthaushalt, die Durchwurzelbarkeit und die Verfügbarkeit von Nährstoffen, etwa für Pflanzen. Als Faustregel gilt hierbei: Je dichter ein Boden ist, desto ungünstiger sind dessen Bodeneigenschaften. Es gibt viele Möglichkeiten, den Boden zusätzlich zu schonen und Verdichtungen vorzubeugen. So sind z. B. breite Reifen oder sogar Raupenfahrwerke für Schlepper und Erntefahrzeuge üblich, die das Gewicht auf eine größere Fläche verteilen. Die gleiche Wirkung erzielen Reifendruckregelanlagen, mit denen der Landwirt auf dem Acker per Knopfdruck den Reifendruck senken kann. Das vergrößert die Auflagefläche der Reifen und verringert den Bodendruck. In den letzten Jahren haben konservierende Bodenbearbeitungsverfahren deutlich zugenommen.

Nur noch 40 Prozent des Ackerlandes werden gepflügt

Die Bodenbearbeitung auf dem Ackerland erfolgt zur Grund- und Stoppelbearbeitung sowie zur Saatbettbereitung. Der Pflug als klassisches Werkzeug der Bodenverarbeitung verliert in Deutschland an Bedeutung. Nach Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 werden nur noch 40 Prozent (4,6 Mio. ha) gepflügt. Das ist ein

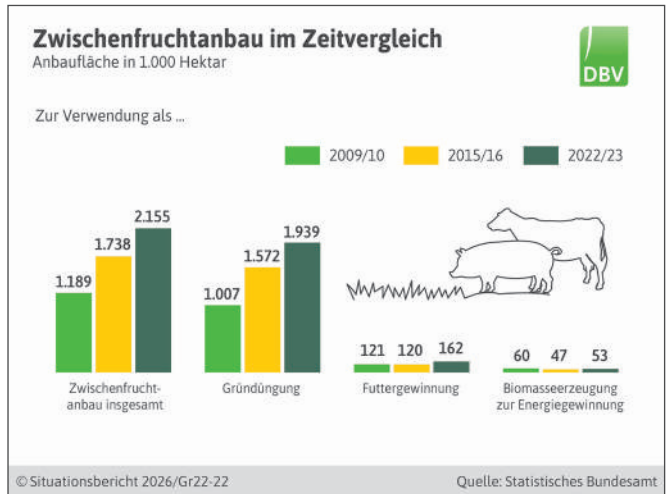


Gute fachliche Praxis bei der landwirtschaftlichen Bodennutzung

- Jegliche Bearbeitung soll die Verbesserung oder zumindest Erhaltung der Bodenstruktur ermöglichen.
- Bodenverdichtungen, etwa durch zu intensives Befahren oder unsachgemäße Bearbeitung, sollen generell vermieden werden.
- Bodenabtragung und damit der Verlust von fruchtbarem Boden soll durch eine standortangepasste Nutzung vermieden werden.
- Naturbetonte Strukturelemente der Feldflur (Hecken, Feldgehölze, Feldraine und Ackerterrassen), die zum Schutz des Bodens notwendig sind, sollen erhalten bleiben.
- Die biologische Aktivität des Bodens soll durch entsprechende Fruchtfolgegestaltung gefördert oder zumindest erhalten werden.
- Der standorttypische Humusgehalt des Bodens soll erhalten werden.

Quelle: Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL)

deutlicher Rückgang gegenüber zuletzt vorliegenden Daten für das Wirtschaftsjahr 2015/16, als noch 53 Prozent (6,3 Mio. ha) des Ackerlandes gepflügt wurden.



Konservierende Bodenbearbeitung dominiert

Auf knapp der Hälfte des Ackerlandes (49 %) erfolgte im Wirtschaftsjahr 2022/23 eine konservierende Bodenbearbeitung, z. B. mit Grubbern oder Eggen. Diese reduzierte Form der Bodenbearbeitung wurde 2015/16 noch auf 40 Prozent der Ackerfläche angewendet. Direktsaatverfahren (No-Till) ohne Bodenbearbeitung sind dagegen weiterhin kaum verbreitet (1 % der Ackerfläche). Auf dem restlichen Ackerland (10 %) fand aufgrund mehrjähriger Ackerkulturen keine Bodenbearbeitung statt (2015/16 6 %).

Erosionsschutz

95 Prozent des Ackerlandes im Winter mit Bodenbedeckung

Nach Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 waren von den 11,7 Millionen Hektar Ackerland im Winter 2022/23 54 Prozent mit Winterkulturen wie Getreide

bestellt. Weitere 41 Prozent der Ackerflächen waren mit Restbewuchs der vorangegangenen Kultur, Winterzwischenfrüchten oder mehrjährigen Ackerbaukulturen bedeckt. Nur etwa 5 Prozent der Ackerflächen waren im Winter 2022/23 ohne Bodenbedeckung. 2015/16 waren es entsprechend 19 Prozent.

Zwischenfruchtanbau hat sich fast verdoppelt

Nach Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 bauen die Landwirte in Deutschland auf 2,2 Millionen Hektar Zwischenfrüchte an, darunter 1,8 Millionen Hektar Winterzwischenfrüchte. Der Zwischenfruchtanbau, der zu 90 Prozent der Gründüngung dient, findet damit auf fast einem Fünftel der Ackerfläche Deutschlands statt. 2009/10 waren es entsprechend noch 1,2 Millionen Hektar oder 10 Prozent der deutschen Ackerfläche.

Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen



Fläche mit Möglichkeit zur Bewässerung (2022)
791.800 ha
Tatsächlich bewässerte Fläche
554.000 ha

Wasserversorgung insgesamt **25,3 Mrd. Kubikmeter***
darunter **0,6 Mrd. Kubikmeter** für landwirtschaftliche Beregnungszwecke



= **3,3 %** der landwirtschaftlich genutzten Fläche

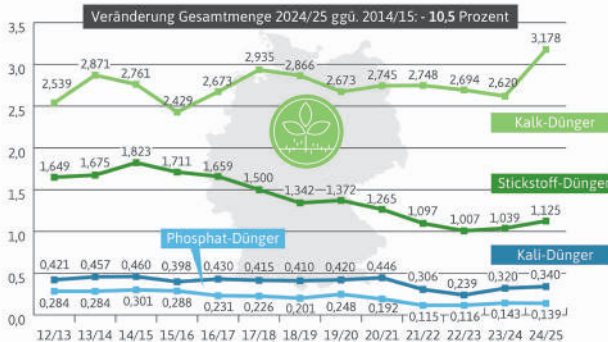
= **2,4 %** des Wassereinsatzes

*) Oberflächen-, Grundwasser und gesammelte Niederschlagswasser (2019)

© Situationsbericht 2026/Gr22-3

Quelle: Statistisches Bundesamt

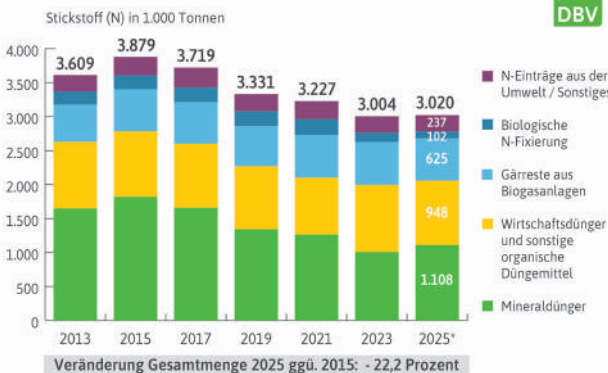
Entwicklung des Düngemittelabsatzes Deutschland, in Millionen Tonnen



© Situationsbericht 2026/Gr22-3

Quelle: Statistisches Bundesamt

Stickstoffdüngung in Deutschland nach Quellen



* Schätzung Deutscher Bauernverband

© Situationsbericht 2026/Gr22-1

Quelle: BMLEH

Wassernutzung

Nur 3,3 Prozent der LF werden bewässert

Nach den Ergebnissen der Agrarstrukturenerhebung 2023 wurden im Jahr 2022 rund 554.000 Hektar bewässert (ohne Frostschutzberegnung). Das sind 3,3 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (LF) in 15.900 Betrieben (6,2 % aller Betriebe). Mit 302.100 Hektar liegen die meisten Beregnungsflächen in Niedersachsen (55 %). Mit weitem Abstand folgen Nordrhein-Westfalen (59.000 ha), Brandenburg (30.900 ha), Bayern (27.600 ha), Mecklenburg-Vorpommern (24.900 ha) und Rheinland-Pfalz (23.500 ha). Rund zwei Drittel der Beregnungsflächen entfallen auf Getreide und Hackfrüchte (Kartoffeln und Zuckerrüben).

4,3 Prozent Wasser für die Landwirtschaft

Nach aktuellen Ergebnissen der Umweltökonomischen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes setzte die deutsche Landwirtschaft nach zuletzt für 2022 vorliegenden Angaben 980 Mio. m³ Wasser ein, davon waren 279 Mio. m³ Oberflächenwasser aus Seen und Flüssen, 692 Mio. m³ Grundwasser und 9 Mio. m³ aufgefangenes Niederschlagswasser. Zu etwa zwei Drittel wurde dieses Wasser für Beregnungszwecke eingesetzt (651 Mio. m³). An der gesamten Versorgung mit Oberflächen-, Grund- und Niederschlagswasser über 25,3 Mrd. m³ Wasser macht die Landwirtschaft einen Anteil von 4,3

Prozent aus. Beim Oberflächenwasser beträgt der landwirtschaftliche Anteil 2,2 Prozent, beim Grundwasser 9,3 Prozent.

Pflanzenernährung

Hohe Bedeutung der Wirtschaftsdünger

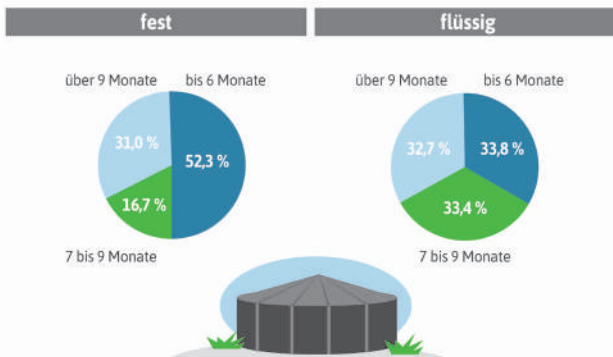
Die in der Gülle und dem Mist aus der Tierhaltung enthaltenen Nährstoffe werden in einer Kreislaufwirtschaft wieder dem Boden zugeführt. Fast die Hälfte der Stickstoffdüngung in Deutschland stammt aus Gülle, Mist oder Gärrest. Zusätzlich zu den Nährstoffen enthalten Gülle und Mist organische Substanzen wie vor allem Stroh, das als Ausgangsstoff für die Humusbildung im Boden dient und für viele Bodenlebewesen eine wichtige Nahrungsgrundlage darstellt. Je mehr Gülle oder Mist genutzt werden kann, umso weniger sind Landwirte auf den Zukauf von Mineraldüngern angewiesen. So erhalten nur 69 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Deutschland Mineraldüngergaben. Die übrigen LF werden ausschließlich mit Wirtschaftsdüngern oder in wenigen Fällen gar nicht gedüngt.

Gülle wird im hohen Umfang überbetrieblich eingesetzt

Nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung fielen in Deutschland 2020 188 Millionen Kubikmeter flüssiger Wirtschaftsdünger an. Besonders in den Veredlungsregionen fällt in den Betrieben häufig mehr Wirtschaftsdünger an als zur

Düngung der Flächen im Betrieb erforderlich ist. Die überschüssigen Mengen werden an andere Landwirte abgegeben. 2020 waren das 46,8 Millionen Kubikmeter flüssiger Wirtschaftsdünger wie Gülle, Jauche oder Biogas-Gärrest. Aufgenommen von Dritten haben landwirtschaftliche Betriebe 2020 sogar 68,6 Millionen Kubikmeter. Die Differenz ist auf die Einfuhr von Wirtschaftsdüngern aus Nachbarländern zurückzuführen.

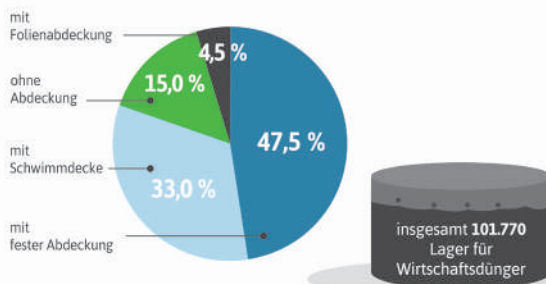
Lagerkapazitäten für Wirtschaftsdünger 2020



© Situationsbericht 2026/Gr22-12

Quelle: Statistisches Bundesamt

Abdeckung von Lagern für flüssige Wirtschaftsdünger 2020



© Situationsbericht 2026/Gr22-13

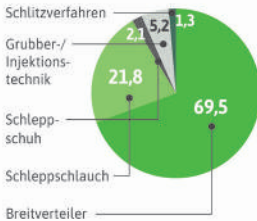
Quelle: Statistisches Bundesamt

Ausbringungstechniken von flüssigen Wirtschaftsdüngern

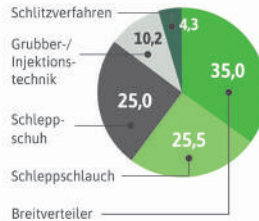
Anteile in Prozent



2010
insgesamt 190,9 Mio. m³



2020
insgesamt 187,8 Mio. m³



© Situationsbericht 2026/Gr22-7

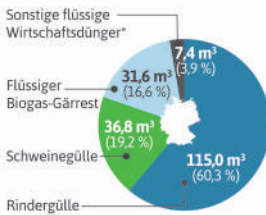
Quelle: Landwirtschaftszählung 2010/2020

Nutzung von flüssigem Wirtschaftsdünger

auf deutschen Feldern, in Millionen Kubikmetern



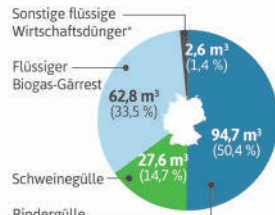
2010



Insgesamt: 190,9 Mio. m³

*) Sonstige Gülle und Jauche

2020



Insgesamt: 187,8 Mio. m³

© Situationsbericht 2026/Gr22-6

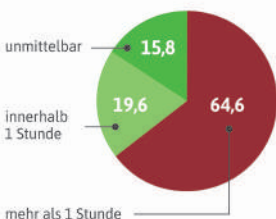
Quelle: Landwirtschaftszählung 2010/2020

Einarbeitungszeiten flüssiger Wirtschaftsdünger auf unbestelltem Ackerland oder Stoppeln

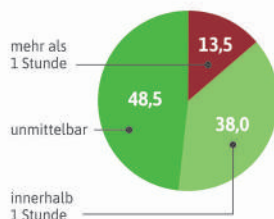
Anteile in Prozent



2010



2020



© Situationsbericht 2026/Gr22-9

Quelle: Landwirtschaftszählung 2010/2020

85 Prozent der Lagereinrichtungen für flüssigen Wirtschaftsdünger sind abgedeckt

Zur Vermeidung von Emissionen trägt darüber hinaus die Abdeckung der gelagerten Wirtschaftsdünger bei. Abdeckungen verringern den Luftkontakt des Wirtschaftsdüngers und damit Ammoniak-Emissionen. Laut Landwirtschaftszählung 2020 sind 85 Prozent der Lagereinrichtungen für flüssigen Wirtschaftsdünger mit natürlichen oder künstlichen Abdeckungen versehen. Nur 15 Prozent der Behälter für flüssigen Wirtschaftsdünger sind ohne Abdeckung.

Emissionsmindernde Ausbringungstechniken stark verbreitet

Der Anteil des flüssigen Wirtschaftsdüngers, der in der Landwirtschaft emissionsmindernd ausgebracht wird, ist im letzten Jahrzehnt deutlich gestiegen. Nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2020 wurden im Zeitraum März 2019 bis Februar 2020 in Deutschland von insgesamt 188 Millionen Kubikmetern flüssigem Wirtschaftsdünger 122 Millionen Kubikmeter oder 65 Prozent mit emissionsmindernder Technik ausgebracht. Zehn Jahre zuvor hatte der Anteil bei nahezu gleich gebliebener Ausbringungsmenge (191 Millionen Kubikmeter) noch bei 31 Prozent gelegen. Im Gegensatz zu festen Wirtschaftsdüngern, bei denen es keine Alternative zur Ausbringung mit

dem Streuwerk gibt, können moderne Ausbringungstechniken wie Schleppschlauch, Schleppschuh, Schlitzverfahren oder Güllegrubber bei flüssigem Wirtschaftsdünger maßgeblich dazu beitragen, die Emissionen der Landwirtschaft zu senken. Gerüche und Nährstoffverluste werden minimiert.

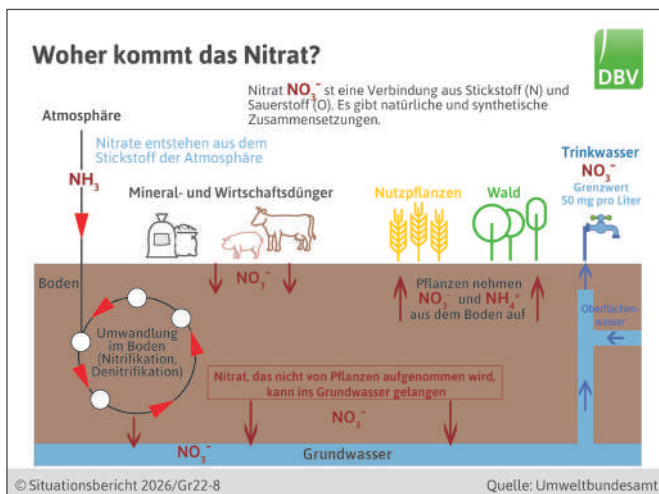
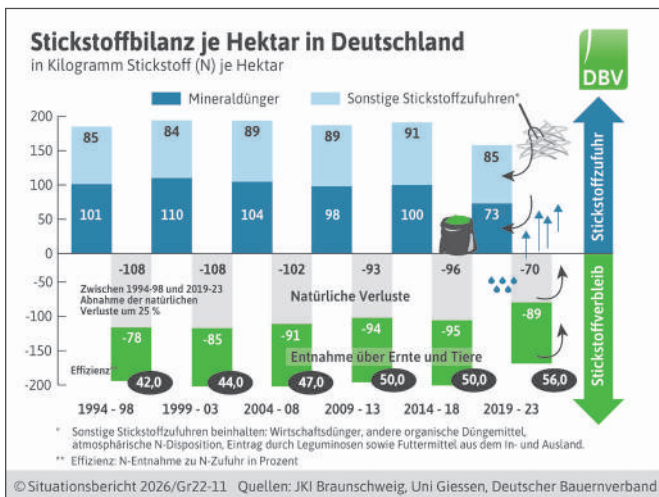
Trend: Mehr Gärreste, weniger Gülle

Auch die Art des flüssigen Wirtschaftsdüngers hat sich im Zeitvergleich erheblich geändert, verbunden mit weniger Geruchsbelastigung, mehr Ressourceneffizienz und weniger Klimagasen. Die ausgebrachte Rinder- und Schweinegülle ist gegenüber 2010 deutlich zurückgegangen. Dagegen haben sich die flüssigen Biogasgärreste auf 63 Millionen Kubikmeter mehr als verdoppelt. Mit der Vergärung von Gülle in Biogasanlagen werden die aus der Gülle austretenden Klimagase aufgefangen und zur Energieerzeugung genutzt. Erhebliche Mengen an energieintensiv hergestelltem Mineraldünger können dadurch ersetzt werden. Auch sind die Geruchsemissionen bei der Ausbringung von Gärresten in der Regel deutlich geringer.

Einsatz fester Wirtschaftsdünger deutlich rückläufig

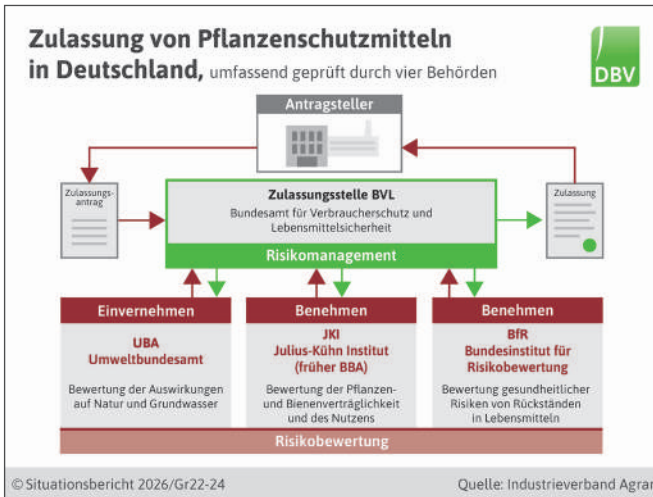
Unter den festen Wirtschaftsdüngern werden vor allem Festmist, aber auch Geflügeltrockenkot und feste Biogas-Gärreste eingesetzt. Von den 21,4 Millionen Tonnen festen Wirtschaftsdüngern im Jahr 2020 entfielen 88 Prozent

auf Festmist, 9 Prozent auf Biogas-Gärreste und 3 Prozent auf Geflügeltrockenkot. Mit Ausnahme der Biogas-Gärreste ist der Einsatz von festen Wirtschaftsdüngern insgesamt deutlich rückläufig, gegenüber 2010 minus 24 Prozent. Zu den 21,4 Millionen Tonnen festen Wirtschaftsdüngern in 2020 kommen noch 5,3 Millionen Tonnen „organischer und abfallbasierter Dünger“ wie Klärschlamm, Kompost und Grünschnitt.



87 Prozent der Gülle werden sofort oder binnen einer Stunde eingearbeitet

Gülle verursacht nach dem Ausbringen auf landwirtschaftliche Flächen u. a. Ammoniakemissionen. Diese können durch eine zügige Einarbeitung in den Boden deutlich reduziert werden. 2020 wurden rund 49 Prozent der flüssigen Wirtschaftsdünger auf Stoppeln oder unbestelltem Ackerland direkt eingearbeitet.



Weitere 38 Prozent wurden binnen einer Stunde eingearbeitet. Nur noch bei gut 13 Prozent des flüssigen Wirtschaftsdüngers betrug die Einarbeitungszeit mehr als eine Stunde. 2010 lag dieser Anteil mit 65 Prozent fast fünfmal so hoch. Festmist wurde nach letztem Stand (2020) zu 75 Prozent binnen vier Stunden eingearbeitet. Der schnellen Einarbeitung stehen häufig betriebliche Zwänge entgegen. Kleinere Betriebe verfügen seltener über kostspielige Spezialtechnik und können die zeitnahe Einarbeitung des Düngers auch aus arbeitswirtschaftlichen Gründen heraus nicht immer bewerkstelligen. Viele Landwirte nutzen hierfür Dienstleistungen von Lohnunternehmen und Maschinenringen.

Nachhaltigkeitsziel 2030 fast erreicht

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, den Saldo der landwirtschaftlichen Stickstoff-Gesamtbilanz bis 2030 auf 70

Kilogramm je Hektar abzusinken. Dieser Wert wurde im gleitenden 5-Jahresmittel bereits für die Jahre 2019 bis 2023 erreicht (70 kg N/ha), 2023 liegt dieser Wert bereits bei 63 kg Stickstoff je Hektar. Wie sich diese deutlich reduzierte Nährstoffdüngung mittelfristig auf die landwirtschaftlichen Erträge auswirken wird, gilt es zu beobachten. So war der Proteingehalt im Winterweizen im Trend der vergangenen Jahre leicht rückläufig. Dieser Wert ist jedoch von vielen Faktoren abhängig, neben der Düngung etwa vom Gesamtertrag sowie der Witterung.

Pflanzengesundheit

Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist deutlich zurückgegangen

Sichere und qualitativ hochwertige Ernten sind ohne biologische und/oder chemische Pflanzenschutzmittel kaum möglich. Ein Verzicht auf den Einsatz dieser Mittel führt zu

einer Verringerung der Lebensmittelherzeugung, zu höheren Produktionskosten sowie zu höheren Gesundheits- und Hygienrisiken. Die Zulassung und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln unterliegen strikten gesetzlichen Vorgaben. Das europäische und das deutsche Pflanzenschutzrecht gewährleisten, dass nur Pflanzenschutzmittel in Verkehr gebracht werden, die wirksam sind und schädliche Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt ausschließen. Die Umweltprüfung erfolgt im Rahmen des Zulassungsverfahrens durch das Umweltbundesamt. Der Absatz an Pflanzenschutzmitteln in Deutschland ist im Trend der letzten Jahre zurückgegangen.

Abdrift mindernde Düsen sind Standard

Nach Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 sind in der deutschen Landwirtschaft 110.400 Maschinen zur Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln im Einsatz. Davon sind 77 Prozent mit Abdrift mindernden Düsen ausgestattet, weitere 16 Prozent zumindest teilweise. Nur 6 Prozent haben keine Abdrift mindernde Düsen. Etwa ein Fünftel dieser Geräte bringen die Pflanzenschutzmittel reihenweise aus. Rund 37 Prozent der Betriebe entnehmen regelmäßig Bodenproben zu Analysezwecken. 21 Prozent der Betriebe überwachen ihre Anbau- und Standortbedingungen z. B. mit Wetterstationen, Bodenscanning, Traktoren/Maschinen mit Ertragskartierung oder N-Sensoren.

Biodiversität

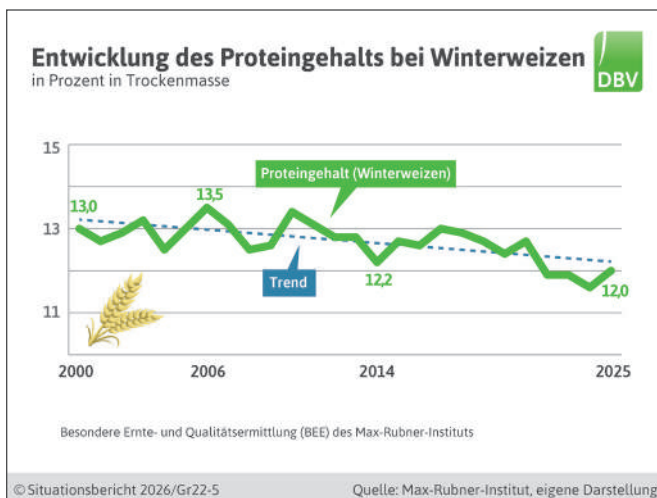
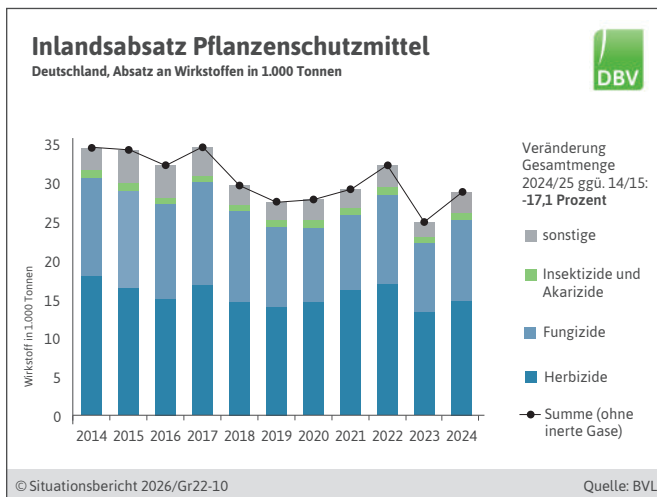
Vielfältige Natur

Biodiversität – auch als biologische Vielfalt bezeichnet – umfasst die Vielfalt aller lebenden Organismen, Lebensräume und deren genetische Unterschiede auf der Erde. Sie ist eine der zentralen natürlichen Lebensgrundlagen und bildet die Basis für die Funktionsfähigkeit und Resilienz von Ökosystemen sowie für menschliche Existenz und wirtschaftliches Handeln. Die wissenschaftliche Erfassung unterscheidet dabei drei Ebenen: genetische Vielfalt innerhalb von Arten, Artenvielfalt und die Vielfalt der Ökosysteme. Nach aktuellen Schätzungen gibt es weltweit zwischen 8 und 15 Millionen verschiedene Arten, von denen jedoch nur etwa 2,1 Millionen wissenschaftlich beschrieben sind. Der Erhalt der Biodiversität ist essenziell, da intakte Ökosysteme Leistungen bereitstellen wie Nahrung, Trinkwasser, Klimaregulierung und Schutz vor Naturgefahren; diese Leistungen sind Grundlage für das Wohlergehen heutiger und zukünftiger Generationen.

Biodiversität in Deutschland

Deutschland ist weitgehend als von Menschen gestaltete Kulturlandschaft geprägt, dies hat Einfluss auf die Artenvielfalt. Dabei pflegt die Land- und Forstwirtschaft rund 80 Prozent der Fläche (siehe Kapitel 2.1). In den letzten Jahrzehnten konnte durch zahlreiche Maßnahmen in einigen Bereichen ein positiver Trend beziehungsweise eine Stabilisierung des Naturzustands

erreicht werden. Dies ist eng mit den oben geschilderten nachhaltigen Bewirtschaftungsmethoden in der Landwirtschaft verbunden, etwa bei der Wasserqualität in Flüssen und Seen. Viele landwirtschaftliche Maßnahmen tragen damit insgesamt zur Stabilisierung und teilweisen Erholung bestimmter Artenbestände und Lebensräume bei (Schutzgebiete siehe Kapitel 2.1).





Biodiversitätsmaßnahmen*, Kosten in Euro je Hektar				
		Kosten (€/ha)		
		Minimum	Maximum	Mittelwert
Ausgewählte Maßnahmen				
Brache		680	1.520	1.060
Blühendes Vorgewende		740	1.770	1.210
Mehrfähriger Blühstreifen		820	1.910	1.210
Extensivgetreide		390	810	530
Maßnahmen nach Produktions- und Maßnahmenkosten*				
Blühendes Vorgewende	Produktion	130	200	160
	Maßnahme*	740	1.770	1.210
Insektenwall	Produktion	150	210	180
	Maßnahme*	820	1.640	1.090
Feldvogelinsel	Produktion	70	130	.
	Maßnahme*	680	1.560	.
Erbsenfenster ²⁾		170	290	.
Feldvogelstreifen im Mais		790	950	.

* Summe der betriebsindividuellen Produktions- und Opportunitätskosten ergeben Maßnahmenkosten, verdeutlichen Einfluss und die Variabilität der enthaltenen Opportunitätskosten.
1) inkl. Opportunitätskosten
2) Ein Fenster entspricht 1.600 m²

© Situationsbericht 2026/T22-1 Quellen: Thünen Institut (F.R.A.N.Z. 2025)

Maßnahmen, ökologische Wirksamkeit mit wirtschaftlicher Tragfähigkeit vereinen

Die weltweit wachsende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten auf der einen und die Bewahrung der Artenvielfalt auf der anderen Seite führen häufig zu Zielkonflikten. Landwirte stehen vor der Herausforderung, höhere Erträge erzielen und gleichzeitig zur biologischen Vielfalt beitragen zu müssen. Dies erfordert praxisnahe Lösungen, die ökologische Wirksamkeit mit wirtschaftlicher Tragfähigkeit vereinen. Das Dialog- und Demonstrationsprojekt **F.R.A.N.Z.** (Für Ressourcen, Agrarwirtschaft & Naturschutz mit Zukunft) entwickelt effiziente Naturschutzmaßnahmen und Bewirtschaftungskonzepte. Naturschützer und Landwirte erproben gemeinsam auf 10 deutschlandweit verteilten Betrieben Naturschutzmaßnahmen, die sowohl ökologisch wirksam, praxistauglich und wirtschaftlich tragfähig sind. Das auf insgesamt 10 Jahre angelegte Projekte hat mittlerweile zahlreiche bewährte Maßnahmen entwickelt, für die verlässliche Finanzierungswege gebraucht werden.

Quelle: www.franz-projekt.de



Nationale Strategie Biologische Vielfalt

Das Ziel der Bundesregierung aus dem Jahr 2023 zur Biodiversität ist in der „Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt 2030“ aus 2024 verankert. Diese Strategie bündelt umfassend den Schutz der Artenvielfalt. Im Bereich Landwirtschaft zielt die Strategie darauf ab, Agrarlandschaften biodiversitätsfreundlicher zu gestalten. Dazu gehören Maßnahmen zur Verbesserung des Zustands der Biodiversität auf landwirtschaftlich genutzten Flächen, die Förderung nachhaltiger Bewirtschaftungsformen und der Schutz sowie die Vernetzung natürlicher Lebensräume. Diese Strategie knüpft dabei an internationale Vereinbarungen an, darunter an den globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal, und ist im Kontext der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 zu betrachten. Bis 2027 soll Bilanz gezogen werden.

Finanzierung von Biodiversität

Landwirte werden für zusätzliche Biodiversitätsmaßnahmen derzeit nur zuzureichend am Markt vergütet, warum die Förderung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zentral ist (siehe Kapitel 4.2). Neben den unmittelbaren Produktionskosten müssen dabei auch die Opportunitätskosten bedacht werden, die Landwirten zum Beispiel durch Mindererträge entstehen. Jüngst rücken wissenschaftlich die Folgekosten von Biodiversitätsmaßnahmen stärker in den Fokus, da zu klären ist, ob in

den Folgejahren mit höheren oder niedrigeren Erträgen auf diesen Flächen zu rechnen ist.

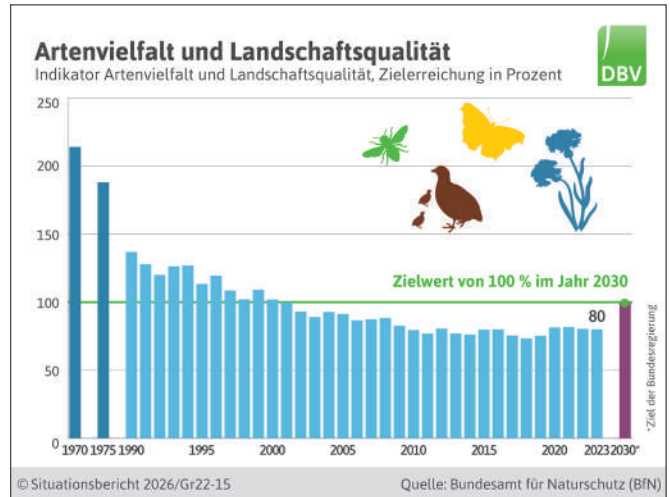
Wiederansiedlung von Arten

Die Wiederansiedlung von Arten ist ein wichtiger Bestandteil des Artenschutzes, der darauf abzielt, ausgestorbene oder gefährdete Arten in ihren historischen Lebensräumen wieder heimisch zu machen. Bedeutende Beispiele sind der Luchs der Biber, seltene Libellenarten, der Europäische Stör aber auch der Wolf (*Canis lupus*). Dessen Wiederansiedlung in Deutschland begann um das Jahr 2000, mittlerweile ist er in zahlreichen Bundesländern ansässig und die Gesamtpopulation beläuft sich auf rund 5.400 Tiere. Experten gehen auf Grund von Erhebungsschwierigkeiten eher von einer höheren Gesamtpopulation aus.

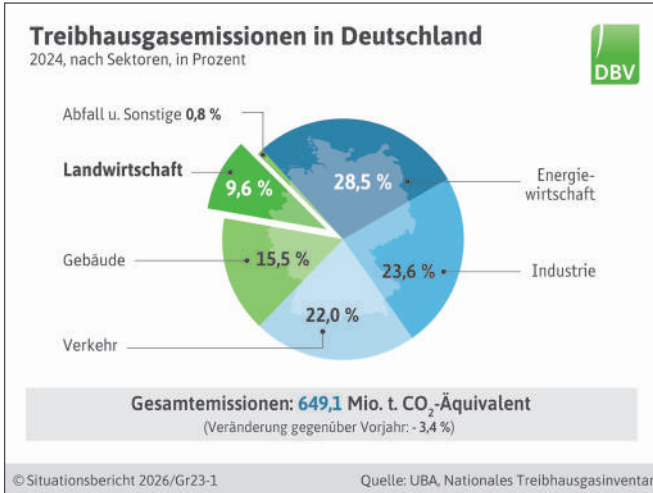
Zielkonflikte im Artenschutz

Auch bei der Wiederansiedlung von Tieren wie Wolf, Luchs oder Biber

kommt es häufig zu Nutzungskonflikten mit Menschen und landwirtschaftlichen Interessen. Konflikte entstehen vor allem durch Schäden an Nutztieren, was bei Landwirten und Viehhaltern Sorgen auslöst und etwa die Weidetierhaltung vor große Herausforderungen stellt. Um diese Konflikte zu mindern, sind neben Herdenschutz, wie Zäune und Entschädigungsfonds, vor allem eine rechtssichere und schnelle Problemwolf-Entnahme und ein praktikables, funktionierendes Bestandsmanagement wichtig. Bisher erlauben rechtliche Rahmenbedingungen selektive Eingriffe bei Problemtieren, um ein Ausgleich zwischen Naturschutz und menschlichen Interessen herzustellen. In der Praxis erweist sich die Umsetzung aber oft als schwierig. Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Wolf in das Bundesjagdgesetz aufzunehmen. Deutschland hat 2025 den günstigen Erhaltungszustand des Wolfs an die EU-Kommission gemeldet.



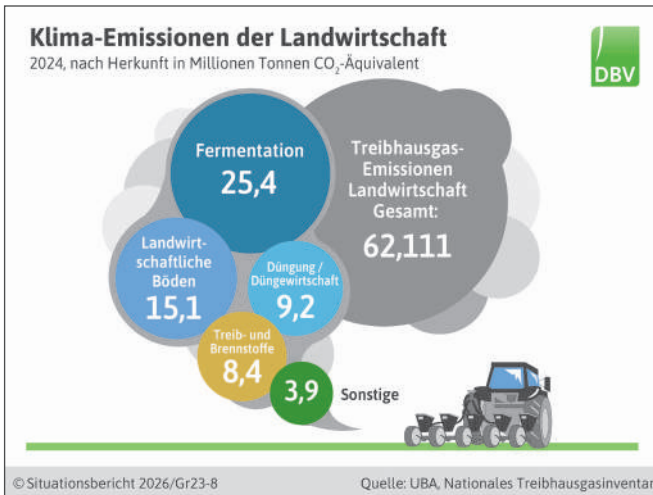
2.3 Klimaschutz



Effizienzsteigerung. 2024 stammten 9,6 Prozent der deutschen Gesamtemissionen an Treibhausgasen aus der Landwirtschaft (einschl. Brenn- und Treibstoffen des Agrarsektors).

Klimaschutz mit Landwirtschaft und Bioenergie

Durch den Einsatz von Bioenergie für Strom, Wärme und Kraftstoffe konnte die Land- und Forstwirtschaft 2024 dazu beitragen, dass in Deutschland insgesamt 73 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen vermieden wurden. Diese Vermeidungsleistung übersteigt die Emissionen, die die Land- und Forstwirtschaft mit 62 Millionen Tonnen selbst verursacht, um etwa 17 Prozent.



Emissionen der Land- und Forstwirtschaft seit 1990 um 27 Prozent gesunken

Seit 1990 – dem Bezugsjahr des ersten Klimaschutzabkommens, des Kyoto-Protokolls – hat die deutsche Land- und Forstwirtschaft ihre Treibhausgasemissionen von 84,9 auf 62,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent in 2024 gesenkt. Dies entspricht einer Reduzierung der Emissionen um 26,9 Prozent. 2024 sind die landwirtschaftlichen Emissionen im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent zurückgegangen.

Klimaeffiziente Landwirtschaft

Die Landwirtschaft produziert heute mehr und belastet das Klima dabei

Besondere Rolle der Landwirtschaft

Das Pariser Klimaschutzabkommen 2015 hat der Ernährungssicherung und Beendigung des Hungers auf der Welt eine „fundamentale Priorität“ zuerkannt. Klimaschutz und eine Anpassung an den Klimawandel sollen so erfolgen, dass

die Lebensmittelproduktion nicht gefährdet wird. Eine treibhausgasfreie Produktion von Lebensmitteln ist aufgrund der natürlichen und verschiedenartig auftretenden Emissionen nicht möglich. Methan und Lachgas sind die wesentlichen Klimagase aus der Landwirtschaft. Möglich ist aber eine weitere

Landwirtschaft: Methan und Lachgas in der Diskussion

Die Treibhausgasemissionen der deutschen Landwirtschaft von 62,1 Millionen Tonnen CO_2 -Äquivalent bestehen zum größten Teil aus den Klimagasen Methan (CH_4) und Lachgas (N_2O) und nur zu einem kleinen Teil aus Kohlenstoffdioxid (CO_2). Methan entsteht vor allem durch Wiederkäuer bei der Verdauung und Lachgas wird durch die Umsetzung von Stickstoffverbindungen im Boden frei.

In der Bilanzierung von Treibhausgasen wird die Klimawirkung von Methan (CH_4) mit dem 25-fachen und die von Lachgas (N_2O) mit dem 298-fachen von CO_2 ausgewiesen. Methan wird in der Atmosphäre mit Sauerstoff zu CO_2 und Wasser abgebaut. Die Halbwertszeit in der Atmosphäre beträgt nach aktuellen Erkenntnissen indes nur 12 Jahre und ist geringer als bisher angenommen. Bleibt der Ausstoß von Methangasen aus der Tierhaltung konstant, löst dies keinen zusätzlichen Treibhausgasereffekt aus.

Besondere Zuordnung der energetischen Emissionen aus der Landwirtschaft

Im nationalen Treibhausgasinventar werden 8,1 Millionen Tonnen CO_2 -Emissionen aus Brenn- und Treibstoffen direkt dem Sektor Landwirtschaft zugeordnet, und

nicht den Sektoren Verkehr und Gebäude. Abweichend von der internationalen Klima-Berichterstattung erklärt sich somit der relativ hohe Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtemissionen von 9,3 Prozent (ohne Energie entsprechend 8,2 Prozent).

Lachgas-Emissionen deutlich niedriger

Nach Berechnungen des Thünen-Institutes fallen die Lachgas-Emissionen der Landwirtschaft mit etwa 17,9 Millionen Tonnen CO_2 -Äquivalent deutlich niedriger aus als bisher angenommen. Hauptquelle für Lachgas sind Stickstoffumsetzungen im Boden. Zur weiteren Senkung der Emissionen tragen der Einsatz moderner Stickstoffdünger und präzisere Ausbringungstechniken bei.

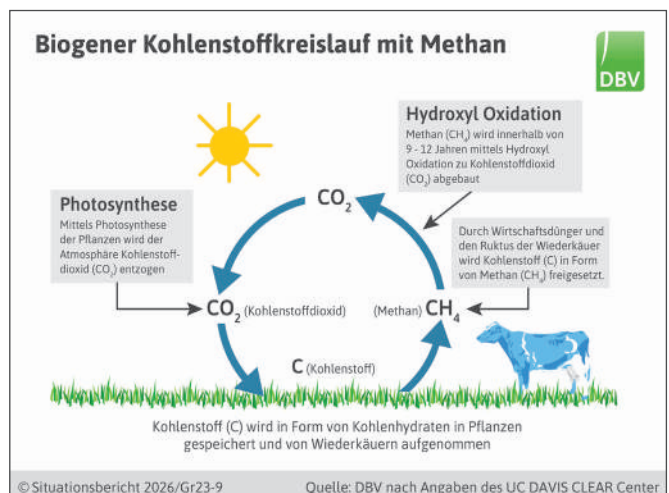
Klimabuchhaltung nach dem „Quellprinzip“

Vorleistungsbereiche für die Landwirtschaft wie die Düngemittel- und Pflanzenschutzmittelproduktion sowie alle nachgelagerten Bereiche wie zum Beispiel die Milch- und Fleischverarbeitung werden in der offiziellen Treibhausgasberichterstattung nicht bei der Landwirtschaft, sondern bei der Industrie oder dem verarbeitenden Gewerbe bilanziert. Die Treibhausgas-minderungen, die die Land- und Forstwirtschaft durch Bioenergie erbringt, werden nicht der Land- und Forstwirtschaft, sondern dem Energie- und Verkehrssektor gutgeschrieben.

deutlich weniger als noch 1990. Ein Abbau der heimischen Tierhaltung führt zwar zu geringeren Treibhausgasemissionen in Deutschland, aber zu höheren Emissionen im Ausland. Dieser sogenannte „Leakage“-Effekt wird verstärkt, wenn dort die Emissionen je erzeugtem Kilogramm Fleisch, Milch bzw. Eier höher ausfallen als in Deutschland.

Konventioneller und Öko-Landbau mit vergleichbarem Humusgehalt

Der Humusgehalt in ökologisch und konventionell bewirtschafteten



Kohlenstoffsinken gewinnen an Bedeutung

Zusätzliche Kohlenstoffsinken sind eine Grundvoraussetzung, um das Ziel der Treibhausgasneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts erreichen zu können. Wissenschaftliche Schätzungen gehen davon aus, dass Deutschland nach 2040 unvermeidbar noch ca. 40 bis 100 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr ausstoßen wird. Die Land- und Forstwirtschaft nimmt hier bei vielen Technologien bzw. Verfahren eine Schlüsselrolle ein.

1. Technische Abscheidung von CO₂ an Abgasströmen
„Carbon Capture and Storage“ (CCS), zu Deutsch „Kohlenstoffabscheidung und Speicherung“, bezeichnet ein technologisches Verfahren zur Abscheidung von Kohlenstoffdioxid, womit eine treibhausgasneutrale Nutzung fossiler Kraftstoffe ermöglicht wird. Wenn zusätzlich Bioenergieträger genutzt werden, ist es möglich, negative Treibhausgasemissionen zu generieren (Bioenergy with carbon capture and storage, BECCS). Somit ergeben sich für Biogasanlagen, Holzkraftwerke oder die Bio-kraftstoffnutzung neue Potentiale.

2. Erhöhung Bodenkohlenstoffvorräte / „Carbon Farming“

Die organischen Bestandteile des Bodens bestehen zu ca. 85 Prozent aus Humus, welcher wiederum zu ca. 58 Prozent aus Kohlenstoff besteht. Eine jährliche Steigerung der weltweiten organischen Bodenkohlenstoffgehalte um 4 Promille würde theoretisch ausreichen, um alle anthropogenen Treibhausgasemissionen auszugleichen. Zur stärkeren Kohlenstoffspeicherung in der Landwirtschaft zählen Bewirtschaftungsweisen wie vermehrter Zwischenfruchtanbau, pflugloser Ackerbau, Agroforst oder auch das Einbringen von Pflanzenkohle. Über die Lebensmittelproduktion hinausgehende Zusatzleistungen aber bedürfen einer gesonderten Entlohnung. Die Europäische Kommission arbeitet an einem einheitlichen Zertifizierungsrahmen.

3. Langfristige Kohlenstoffspeicherung in Produkten

Im Zuge einer stärkeren Fokussierung auf die Potentiale der Bioökonomie wird der Bedarf an Biomasse zur stofflichen Nutzung weiter steigen. Dabei besteht nicht nur die Möglichkeit, erdölbasierte Produkte zu ersetzen und somit CO₂-Emissionen zu vermeiden, sondern auch negative Treibhausgasemissionen zu generieren. Allein in Holzprodukten wurden im Jahr 2024 über 6 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente zusätzlich gespeichert. Weiteres Potential besteht beispielsweise bei der Nutzung landwirtschaftlicher Koppelprodukte wie z. B. Stroh.

Maßnahmen zur Kohlenstoffspeicherung in der Landwirtschaft	
Maßnahmen	CO ₂ -Bindungspotential in den ersten 20 Jahren in Tonnen CO ₂ je Hektar und Jahr
Mehrfährige Kulturen	0,7 – 2,9
Zwischenfrüchte und Untersaaten	0,7 – 1,8
Anpassung der Fruchtfolge	0,2 – 0,9
Wildpflanzenmischung Biogaserzeugung	1,1 – 2,6
Blühstreifen	1,1 – 2,6
Agroforstsysteme Biomasseerzeugung	Boden: 0 – 1,8
	Biomasse: 6,6 – 22
Agroforstsysteme Wertholzerzeugung	Boden: 0 – 3,7
	Biomasse: 0,2 – 1,1
Neuanlage Hecke	Boden: 1,8
	Biomasse: 11 – 18
Tiefpflügen von Sandböden	3,7 – 11
© Situationsbericht 2026/T23-2	
Quelle:Thünen-Institut	

Ackerböden unterscheidet sich laut Studie des Thünen-Instituts nicht signifikant. Entscheidend für den Humusaufbau sind Maßnahmen wie die Kulturwahl in der Fruchtfolge und die Stickstoffversorgung. Organische Düngung wird in beiden Systemen ähnlich eingesetzt, während konventioneller Anbau meist höhere Biomasseerträge erzielt, was sich positiv auf den Humusaufbau auswirkt. Insgesamt hängt die Humusbildung maßgeblich von der Bewirtschaftung und den jeweiligen Maßnahmen ab.

Landwirtschaft im weltweiten Vergleich

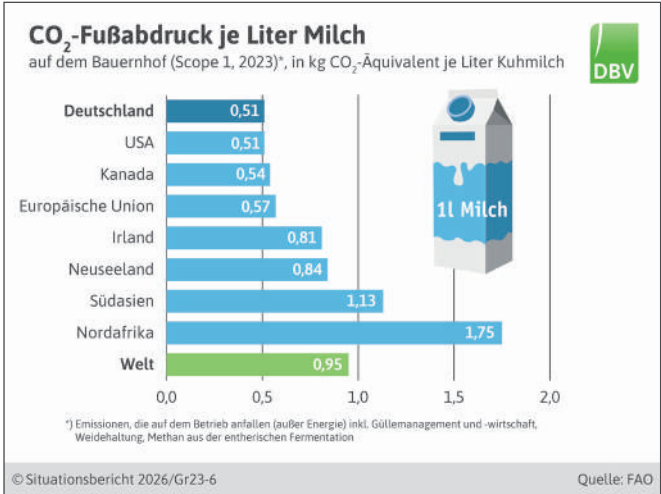
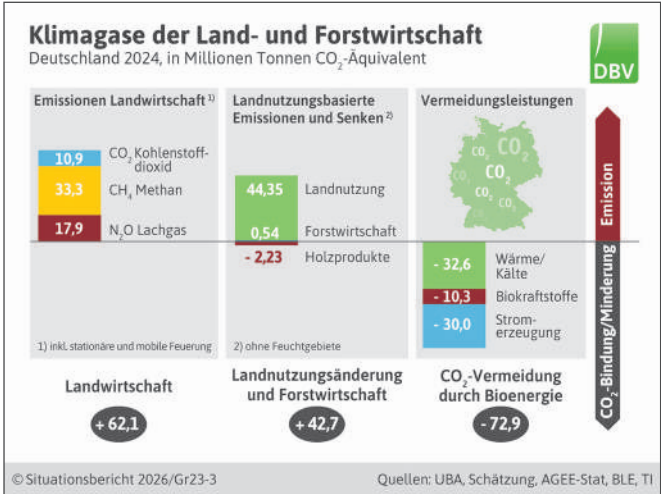
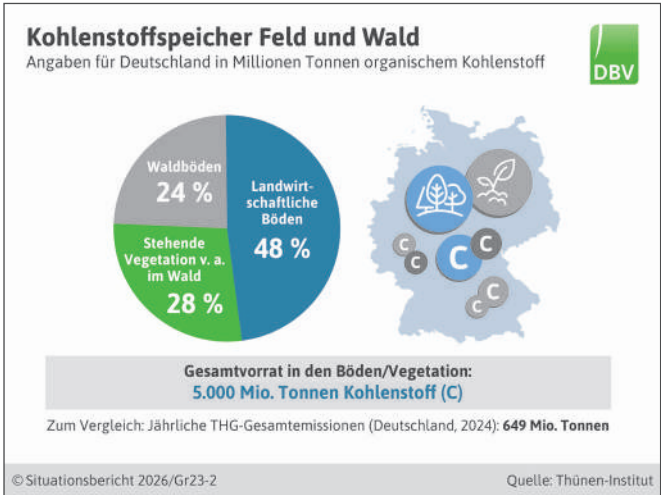
Im internationalen Vergleich ist die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland besonders klimaschonend. So werden bei der Produktion von einem Liter Milch in Deutschland zwischen 0,8 und 1,8 kg CO₂-Äquivalenten freigesetzt, davon fallen ca. 0,5 Kilogramm CO₂-Äquivalent unmittelbar auf dem landwirtschaftlichen Betrieb an ("Scope 1"). Letzteres liegt deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt von 0,95 Kilogramm.

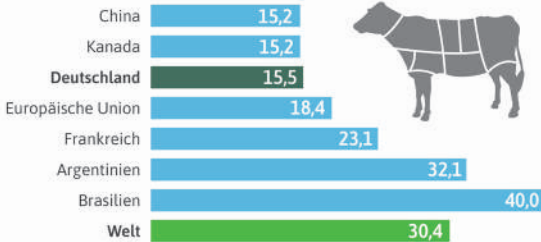
Ernährung nur ein Faktor beim Klimaschutz

Die Ernährung ist lebensnotwendig. Sie kann im Gegensatz zum Verkehr oder täglichen Konsum an Gebrauchsgegenständen nicht aufgegeben werden. Allerdings kann die Klimateffizienz von Ernährung weiter verbessert werden. Etwa 15 Prozent der Klimaemissionen der Verbraucher gehen in Deutschland auf die Ernährung zurück. Oft wird das Potenzial der Ernährung für den Klimaschutz überschätzt, ebenso wie eine mögliche Umstellung von Ernährungsgewohnheiten. Die energiebedingten Emissionen übersteigen die Emissionen der Ernährung (inklusive Lebensmitteltransport) bei Weitem.

Klimaschutzgesetz mit sektorübergreifenden Zielen

Mit dem Klimaschutzgesetz werden verbindliche Ziele zur Minderung der Treibhausgasemissionen bis 2045 gesetzt. Nach der 2024 in Kraft getretenen Änderung des



CO₂-Fußabdruck je kg Rindfleischauf dem Bauernhof (Scope 1, 2023)*, in kg CO₂-Äquivalent je kg Rindfleischkg CO₂-Äquivalente/kg - Angaben für 2023

*) Emissionen, die auf dem Betrieb anfallen (außer Energie) inkl. Gülle-Management und -wirtschaft, Weidehaltung, Methan aus der enterischen Fermentation

© Situationsbericht 2026/Gr23-10

Quelle: FAO

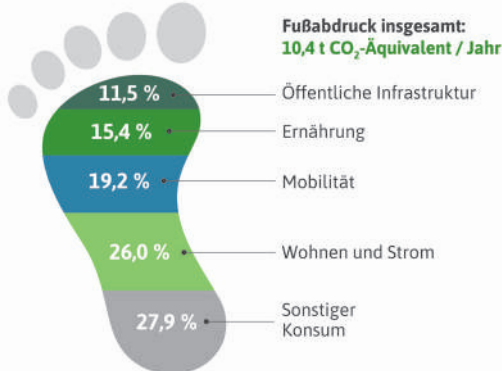
Milch mit relativ günstigem CO₂-Fußabdruck

Da Kühe aus Gras und Pflanzenresten Milch erzeugen, ist ihr CO₂-Fußabdruck gemessen am verzehrbaren Eiweiß relativ günstig. Bezieht man die Klimaemissionen auf den Nährstoffgehalt der Milch, so schneidet diese ebenbürtig mit Pflanzendrinks ab.

Klimaschutzgesetzes sind die zulässigen sektorspezifischen Jahresemissionsmengen zugunsten einer sektorübergreifenden mehrjährigen Gesamtrechnung abgeschafft worden. Das deutsche Klimaziel für 2030 ist eine Reduktion aller Treibhausgase um mindestens 65 Prozent im Vergleich zu 1990. Bis 2040 erhöht sich die Reduktionsquote auf mindestens 88 Prozent. Bis 2045 will Deutschland bilanziell treibhausgasneutral werden.

CO₂-Fußabdruck je Einwohner

Durchschnitt, Deutschland, Stand 2025

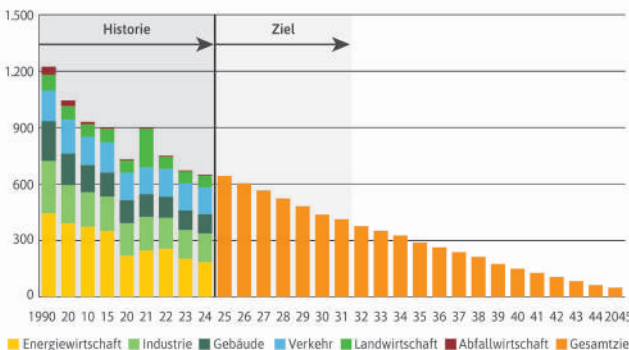


© Situationsbericht 2026/Gr23-5

Quelle: Umweltbundesamt (UBA)

CO₂-Emissionshandel als Instrument zum Klimaschutz

Der Emissionsrechtehandel oder verkürzt Emissionshandel ist ein Leitinstrument der Umweltpolitik zur Vermeidung von Umweltverschmutzung und fortschreitendem Klimawandel. Dabei werden für Unternehmen ökonomische Anreize zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen geschaffen. Als Treibhausgase werden gasförmige Stoffe in der Luft bezeichnet, die zum globalen Treibhauseffekt beitragen und sowohl einen natürlichen als auch einen durch den Menschen verursachten Ursprung haben können. Die Europäische Union hat sich zum Ziel

Treibhausgas-Emissionen in DeutschlandDeutschland, in 1.000 Tonnen CO₂-Äquivalent

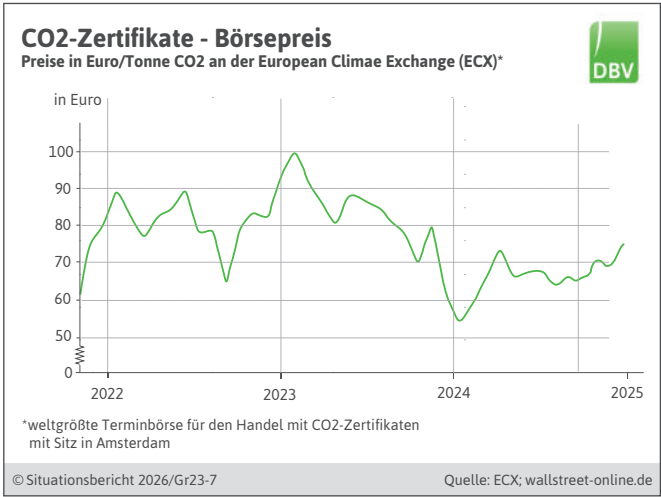
© Situationsbericht 2026/Gr23-11

Quelle: UBA, Bundesklimaschutzgesetz

gesetzt, bis zum Jahr 2030 die Treibhausgas-Emissionen um 55 Prozent (EU-Paket „Fit for 55“) gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren und im Jahr 2050 Treibhausgasneutralität zu erreichen.

Handelbare Emissionsrechte

Die limitierten Emissionsrechte können die an diesem System teilnehmenden Verbraucher von Kohlenstoff basierten Rohstoffen in der Regel per Auktion ersteigern. So erhält CO₂ einen Preis. Je knapper die Zahl der Emissionsrechte, desto höher steigt der Preis. Dadurch sollen Anreize geschaffen werden, in klimafreundliche Technologien zu investieren. Wer innovativ handelt und den Ausstoß schneller senkt, kann seine Emissionsrechte an andere verkaufen. Mit diesem marktwirtschaftlichen Ansatz werden Verbote und staatliche Vorgaben überflüssig. Begleitet werden soll das System des Emissionshandels von sozial motivierten Ausgleichsmöglichkeiten für ärmere Bevölkerungsschichten (Stichwort Klimageld) und einem Importschutz für energieintensive Branchen (Stichwort CO₂-Grenzausgleichsabgabe - Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)). CBAM soll in der EU ab 2026 eingeführt werden. So werden zum Beispiel Düngemittelimporte diesem Importschutz unterliegen, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel jedoch nicht.



Moorböden im weltweiten Vergleich		
Kontinente/Regionen	Fläche in Mio. Hektar	Anteil in Prozent
Asien	161,0	33,0
Nordamerika	158,2	32,4
Lateinamerika/Karibik	63,4	13,0
Europa	58,8	12,1
Afrika	39,0	8,0
Ozeanien	7,3	1,5
Welt	487,8	100,0
© Situationsbericht 2026/T23-3		Quelle: Vereinte Nationen (UN)

Alle kohlenstoffbasierten Rohstoffe sollen künftig dem Emissionshandel unterliegen

Der in der EU 2005 eingeführte Emissionshandel (Emissions Trading System - EU-ETS) deckt bislang 40 Prozent des EU-Treibhausgasausstoßes ab. Es basiert auf sinkenden Emissionsrechten und handelbaren Emissionszertifikaten. An dem System nehmen neben den Kraftwerken energieintensive Industrieanlagen, der innereuropäische Luftverkehr und seit 2024 der Seeverkehr teil. Ab 2027 werden sukzessive vor allem auch die Bereiche Verkehr und Wärme einbezogen. Damit werden dann

vier Fünftel der CO₂-Emissionen der EU einen Preis haben. Deutschland hat mit seinem Klimaschutzgesetz bereits die Bereiche Verkehr, Wärme und Abfall in den Emissionshandel über den nationalen Brennstoffemissionshandel (nEHS) einbezogen. Über diese beiden Instrumente (EU-ETS und nEHS) sind in Deutschland über 85 Prozent der Emissionen vom Emissionshandel erfasst. Im nationalen System (nEHS) liegt der Preis je Emissionszertifikat 2025 bei 55 Euro und 2026 zwischen 55 und 65 Euro, von 2027 an soll das System in das EU-System (EU-ETS) überführt

werden. In seiner Endstufe sollen alle CO₂-Emissionen gedeckelt werden und über Zertifikate gehandelt werden können. Für Emissionen aus der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LU-LUCF) ist diese Herangehensweise jedoch mit großen Herausforderungen verbunden und noch nicht gesetzlich geregelt.

Mit 18,5 Milliarden Euro 2024 Rekorderinnahmen

Die Einnahmen aus dem europäischen und dem nationalen Emissionshandelssystem sind in Deutschland im Jahr 2024 auf einen neuen Höchstwert von 18,5 Milliarden Euro angestiegen. Die Erlöse fließen vollständig in den Klima- und Transformationsfonds (KTF), der als Finanzierungsinstrument energie- und klimapolitische Ziele unterstützen soll. Aus dem europäischen Emissionshandel (EU-ETS) erzielte Deutschland 2024 Auktionserlöse von 5,5 Milliarden Euro (Vorjahr 7,7 Mrd. Euro) und aus dem nationalen Emissionshandel (nEHS) 13 Milliarden Euro (Vorjahr 10,7 Mrd. Euro). Der durchschnittliche Preis der Emissionsberechtigungen lag 2024 mit 65,00 Euro je Tonne leicht oberhalb des Vorjahres (83,66 Euro je Tonne). An der weltgrößten Terminbörse für den Handel mit CO₂-Zertifikaten, der European Climate Exchange (ECX) mit Sitz in Amsterdam, ist der Wert der gehandelten Zertifikate 2025 im Jahresmittel wieder leicht angestiegen auf knapp 74 Euro (Vorjahr: 66,6 Euro).

Moore als große Kohlenstoffspeicher und Emittenten

Moore sind die einzigen terrestrischen Ökosysteme, die der Atmosphäre über lange Zeiträume Kohlenstoffdioxid (CO₂) entziehen können. Wenn Moore trockenfallen bzw. für land- oder forstwirtschaftliche Nutzung oder Torfabbau entwässert werden, gelangt mehr Sauerstoff in den Boden, so dass Mikroorganismen den Torf ab- und umbauen können. Dabei werden große Mengen an CO₂ frei. Hinzu kommt insbesondere an gedüngten Standorten auch das Treibhausgas N₂O (Lachgas). Im Jahr 2022 betrugen die Emissionen aus den organischen Böden, definiert als Moore und als Böden mit Moorvergangenheit, nach Angaben des Umweltbundesamtes 53 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Das entspricht etwa 7 Prozent der Gesamtemissionen Deutschlands.

Wasserstau soll Treibhausemissionen mindern

In Deutschland gibt es rund 1,3 Millionen Hektar Moore. Nach der Nationalen Moorschutzstrategie aus 2022 sollen 7,5 Prozent der vernässungsfähigen Moorböden bis 2030 wiedervernässt werden, das sind etwa 100.000 Hektar. Auf weiteren 300.000 Hektar sollen moorschonende Bewirtschaftungsmaßnahmen ergriffen werden. Die Wiedervernässungsmaßnahmen sollen vorrangig freiwillig in Kooperation mit den Eigentümern und Landnutzern umgesetzt werden. Die Moorflächen werden überwiegend als Grünland (55 %) genutzt, weitere 19 Prozent als Ackerland und 15 Prozent als

Forst. 7 Prozent der Moorflächen sind ungenutzt. Auf etwa 1 Prozent der Fläche wird Torfabbau betrieben. 4 Prozent der Moorflächen sind Siedlungsflächen. Die Moorflächen Deutschlands machen nur 4 Prozent aller in Europa geschädigten Moorgebiete aus. Weltweit gesehen sind es etwa 2 Prozent.

Moore zählen weltweit zu den wichtigsten Kohlenstoffspeichern. Obwohl sie nur drei Prozent der Landfläche bedecken, speichern Moore 30 Prozent des gesamten terrestrischen Kohlenstoffs, doppelt so viel wie alle Wälder weltweit.

Wiederherstellung der Natur

Unabhängig von der bereits bestehenden Umweltgesetzgebung ist am 18. August 2024 die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (NRL) in Kraft getreten. Sie setzt für den Zeitraum 2030 bis 2050 zeitlich gestaffelte Ziele für die Wiederherstellung von Ökosystemen und zur Bekämpfung des Biodiversitätsverlusts. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, flächenbezogene Wiederherstellungsmaßnahmen zu ergreifen und diese verbindlich zu planen. Bis 2030 gilt dies für mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresfläche, bis 2050 für die Gesamtfläche. Landwirte, die auf entwässerten Moorböden wirtschaften, sind davon in besonderem Maße betroffen. Bis 2030 müssen 7,5 Prozent dieser Flächen wiedervernässt werden. Bis 2050 sind es ein Sechstel.

2.4 Folgen des Klimawandels

Extreme Wetterereignisse nehmen zu

Deutschland bewegt sich beim Weltrisikoindex im globalen Mittelfeld (Rang 95 von 193 bewerteten Staaten, 2025). Naturkatastrophen und Wetterlagen wie extreme Dürre, Hitze, Dauer- und Starkregen, Sturm, Früh-, Spät- und Kahlfröste können aber auch die deutsche Land- und Forstwirtschaft vor große Herausforderungen stellen. Im Zuge des Klimawandels wird erwartet, dass derartige extreme Wetterereignisse zunehmen. Nach den bisherigen Beobachtungen ist die Intensität solcher Schadereignisse in Deutschland regional unterschiedlich und daher im Einzelfall kaum vorhersagbar.

Höhere CO₂-Konzentration fördert das Pflanzenwachstum

Der Anstieg der atmosphärischen CO₂-Konzentration führt nicht nur zu einer Erderwärmung, sondern hat auch Auswirkungen auf das Pflanzenwachstum auf Grund höherer Photosynthese-Leistungen. Neben dem CO₂-Düngeeffekt kommt es zu einer verbesserten Wassernutzungseffizienz, jedenfalls in Ländern wie Deutschland.

Auch längere Vegetationszeit bringt Vorteile

Wetteraufzeichnungen für Deutschland zeigen einen ungebrochenen Trend der Erwärmung. Seit 1881 ist die Jahresmitteltemperatur nach Angaben des Deutschen

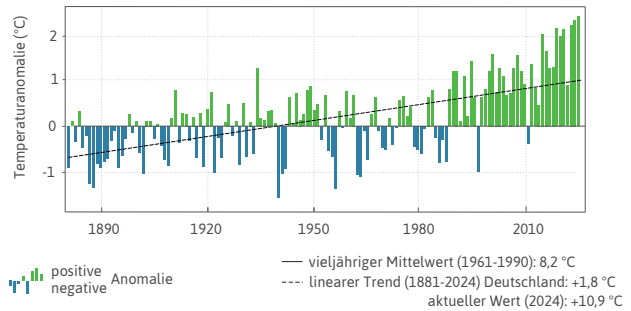
Wetterdienstes (DWD) um 1,9 Grad Celsius angestiegen. Gleichzeitig hat die Zahl der Sommertage zugenommen und die der Frosttage abgenommen. Damit verbunden ist eine längere Vegetationszeit.

Aber Risiken durch Spätfröste wachsen

Der Temperaturanstieg führt tendenziell zu einer Verfrühung der Pflanzenentwicklung. Es kommt zu einer Verschiebung der phänologischen Jahreszeiten. Die Vegetationszeit beginnt früher. Der frühere Austrieb ist allerdings mit

Erwärmung in Deutschland

Abweichung der Jahresmitteltemperatur 1881-2023 gegenüber der Referenzperiode 1961-1990 in Grad Celsius

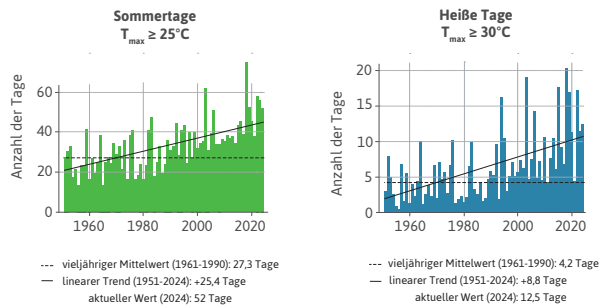


© Situationsbericht 2026/Gr24-1

Quelle: DWD

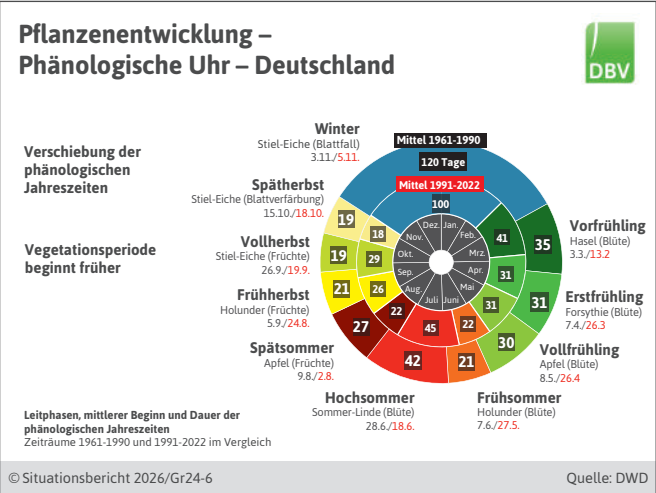
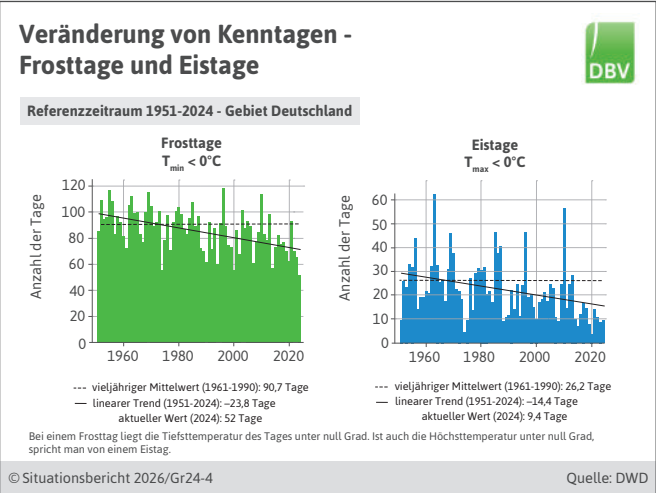
Veränderung von Kenntagen - Sommertage und heiße Tage

Referenzzeitraum 1951-2024 - Gebiet Deutschland



© Situationsbericht 2026/Gr24-3

Quelle: DWD



starken Schwankungen von Jahr zu Jahr verbunden. Durch den früheren Vegetationsbeginn wächst zugleich die Gefahr von Schadereignissen durch Spätfrost. Insbesondere Obst, Wein und andere Sonderkulturen sind betroffen.

Wärmere Winter stellen geringere Härteanforderungen an die Pflanzen

Mit dem Temperaturanstieg verbunden ist aber auch eine frühere Ernte im Herbst infolge beschleunigter Wachstumsentwicklung. Die Frostgefahr im Winter nimmt ab, die Anzahl der Frosttage und die Frosthärte gehen zurück. Viele Pflanzen kommen auch mit einer geringeren Frosthärte zurecht. Warme Winter können aber auch teilweise zu fehlenden

Weltklimarat

Der sechste Bericht des Weltklimarates (IPCC) von März 2023 bestätigt erneut menschliche Aktivitäten als Ursache für den gegenwärtigen globalen Klimawandel sowie seine Ausmaße. Nach diesem Bericht ist es technisch und ökonomisch nach wie vor möglich, die globale Erwärmung entsprechend des Übereinkommens von Paris auf 1,5 °C bis zum Jahr 2100 zu begrenzen. Dafür sei allerdings eine sofortige globale Trendwende mit tiefgreifenden Treibhausgasminierungen in allen Weltregionen und Sektoren nötig. 2025 betont der IPCC, dass das 1,5-Grad-Ziel theoretisch erreichbar bleibt, aber ohne raschen Umsetzung der Maßnahmen kaum realistisch ist und es zumindest zeitweise zu einem Überschreiten des Ziel kommen wird. Der siebte Bericht des IPCC wird spätestens 2029 veröffentlicht. Quelle: IPCC – Deutsche Koordinierungsstelle (DLR)

Vernalisationsanreizen führen. Die Vernalisation bezeichnet den Blühimpuls bei Pflanzen nach einer längeren Kälteperiode. Diese ist art- und sortenspezifisch. Der Kältereiz muss über einen längeren Zeitraum zwischen 0 und 10 °C liegen. Mildere Winter töten weniger Schadinsekten und -erreger ab, die sich damit das ganze Jahr über in größerer Anzahl und länger verbreiten können.

Mehr Niederschläge, aber weniger dann, wenn die Pflanzen darauf angewiesen sind

Langfristig ist eine deutliche Zunahme der Jahresniederschlagsmengen zu beobachten, bei regionalen

Bodenfeuchteviewer und Dürremonitor

Das DWD-Webportal „Bodenfeuchteviewer“ ermöglicht täglich Bodenfeuchtevorhersagen für die zweite bis fünfte Woche im Voraus sowie saisonale Bodenfeuchtevorhersagen für die nächsten sechs Monate. Das DWD-Vorhersagemodell berechnet die Verdunstung und den Bodenwasserhaushalt in 10 cm-Schichten bis zwei Meter Tiefe. Es berücksichtigt auch die unter- und oberirdische Vegetationsentwicklung der betrachteten Kultur, www.dwd.de/bodenfeuchteviewer.

Auch der Dürremonitor des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) liefert täglich flächendeckende Informationen zum Bodenfeuchtezustand in Deutschland. Grundlage sind Simulationen mit dem am UFZ entwickelten Modellen. Auf den Karten sind der tagesaktuelle Dürrezustand des Gesamtbodens und des Oberbodens, der schneller auf kurzfristige Niederschlagsereignisse reagiert, sowie das pflanzenverfügbare Wasser im Boden zu sehen, www.ufz.de (Stichwort Dürremonitor).

Unterschieden. Der Niederschlagsanstieg wird vor allem im Winter registriert, im Frühjahr und Sommer gehen die Niederschlagsmengen zurück und die Trockenphasen werden häufiger. Das führt zu geringerer Bodenfeuchte und damit zu mehr Frühjahrs- und Sommertrockenheit in der Hauptvegetationszeit. Die größeren Niederschlagsmengen im Winter dagegen können zu Bodenerosion und verstärkter Nährstoffauswaschung führen. Mit dem

Klimawandel ist auch ein vermehrtes Auftreten von Extremwetterereignissen wahrscheinlich. Extreme Niederschlagsereignisse wie Starkregen treten häufiger auf.

Erklärung für den Anstieg der Starkregenereignisse

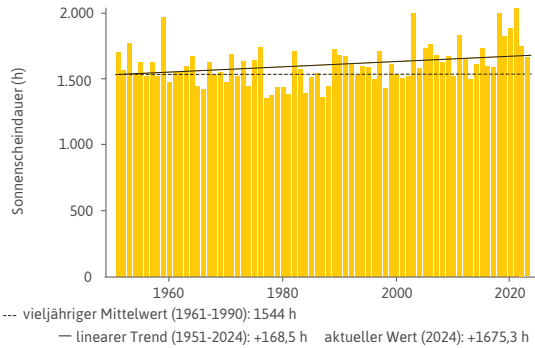
Für die tendenziell wachsende Zahl an Starkregenereignissen, Dürren und Hitzewellen machen Wetterforscher den Klimawandel verantwortlich. Eine um ein Grad erwärmte

Atmosphäre kann 7 Prozent mehr Feuchtigkeit aufnehmen. Das bedeutet mehr Energie für Wetterextreme und schwere Niederschläge. Bezüglich anderer Extremwetterereignisse wie Hagel können die Wetterforscher, was Deutschland anbelangt, keine eindeutigen Tendenzen ausmachen. Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Feststellung von Wettertrends mindestens einen Beobachtungszeitraum von 30 bis 40 Jahren umfassen sollte.

Veränderung der Sonnenscheindauer



Referenzzeitraum 1951-2024 - Gebiet Deutschland



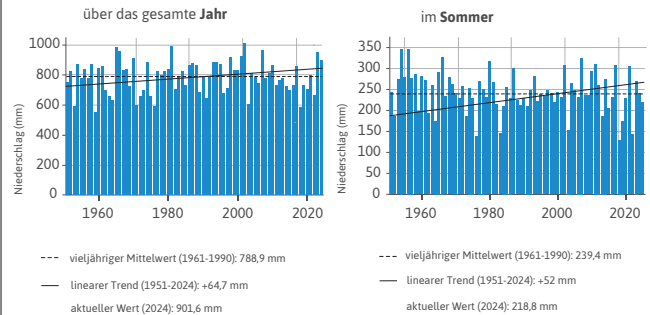
© Situationsbericht 2026/Gr24-7

Quelle: DWD

Entwicklung der Niederschläge und ihre Verteilung über das Jahr

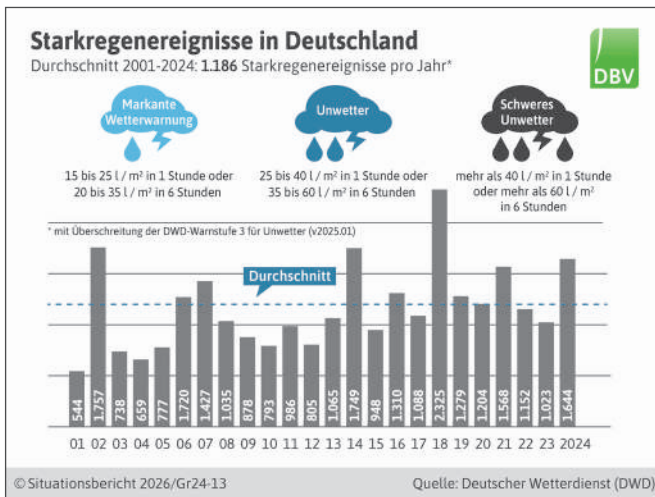


Abweichung 1951-2024 gegenüber Referenzperiode 1961-1990 - Gebiet Deutschland



© Situationsbericht 2026/Gr24-8

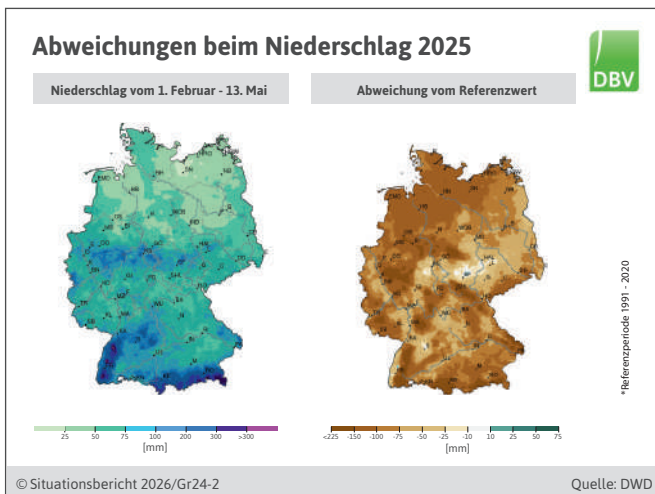
Quelle: DWD



und wenig Niederschlägen gut zurechtkommen. Dazu gehören zum Beispiel tiefwurzelnde Rebstöcke.

Hitze ist für Nutztiere das größte Wetterisiko

Auch landwirtschaftliche Nutztiere können durch hohe sommerliche Temperaturen gestresst sein. Zunehmend längere Phasen mit steigenden Temperaturen wirken sich damit unmittelbar auf das Tierwohl aus. Wenn die im Stoffwechsel der Tiere erzeugte Wärme nicht abgeführt wird, steigt die Körpertemperatur. Das beeinträchtigt nicht nur die Leistungsfähigkeit der Tiere, sondern erhöht auch ihre Anfälligkeit für Krankheiten. Eine Vielzahl von Maßnahmen ist gefragt. Besonders in der Schweine- und Geflügelhaltung können Ventilatoren und Wassersprühanlagen die natürliche Thermoregulation der Tiere unterstützen und die negativen Auswirkungen von Hitzestress reduzieren.



Mehr Hitzestress bei Pflanzen und Tieren

Weniger Sommer-Niederschläge und höhere Verdunstung durch größere Sommerhitze und mehr Sommertage führen tendenziell zu mehr Hitzestress. Bei Pflanzen kann dies vermehrt zu früherer Abreife, Notreife und Sonnenbrand führen, zum Beispiel bei Äpfeln. Für viele Nutzpflanzen-Schädlinge werden dagegen die Überlebenschancen besser. Der Obst-

Wein- und Waldbau zum Beispiel hat zunehmend mit invasiven Arten wie der Kirschessigfliege oder dem Asiatischen Laubholzbockkäfer zu kämpfen, die in hiesigen Gefilden keine natürlichen Feinde haben. Folgeschäden durch Extremwetterlagen entstehen durch Insekten, Pilze und Bakterien, zum Beispiel Borkenkäfer im geschädigten Wald. Das Risiko von Waldbränden nimmt zu. Es gibt auch Nutzpflanzen, die mit den höheren Temperaturen

Praktische Auswirkungen auf die Landwirtschaft sehr vielfältig

Unter dem Strich verursacht der Klimawandel Kosten und Risiken für die Landwirtschaft (siehe Kapitel 2.5). Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Europa sind nach Ergebnissen einer Vielzahl von Studien multifaktoriell und regional unterschiedlich. Abgesehen von regional begrenzten positiven Effekten hat der Klimawandel und die damit einhergehende Änderung der Wettermuster hauptsächlich negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Direkte Effekte wie

El Niño und La Niña

El Niño und das Gegenstück La Niña begünstigen Extremwetter in vielen Weltregionen. El Niño treibt die globale Durchschnittstemperatur in die Höhe, während La Niña einen kühlenden Effekt hat. Sie tauchen abwechselnd alle paar Jahre auf. Bei beiden verändern sich die Meeres- und Luftströmungen im und über dem süd-südöstlichen Pazifik. Je nach Weltregion erzeugt dies vermehrte Niederschläge oder Dürren. Weil die Erwärmung der Küstengewässer vor Peru immer zum Jahresende besonders hoch war, nannten Fischer das Phänomen El Niño (das Christkind).

Veränderungen in Niederschlag und Wasserverfügbarkeit, Anstieg der Durchschnittstemperatur und der CO₂-Konzentration sowie eine Häufung der Extremwetterereignisse wie Hitze und Starkregen und indirekte Effekte wie zum Beispiel Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten und Bodenerosion stehen Anpassungsmöglichkeiten der Landwirtschaft an die sich verändernden Umstände gegenüber.

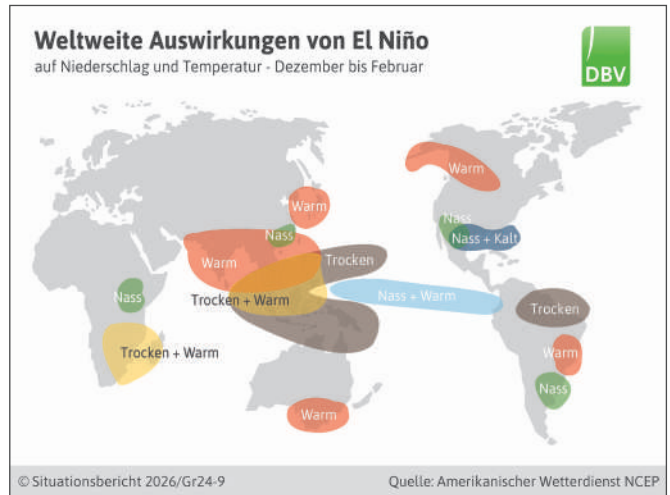
Auswirkungen der globalen Temperaturerhöhung

Da sich die Erde in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund des Klimawandels deutlich erwärmt hat, sind auch die Meerestemperaturen weltweit gestiegen. Die Temperaturen der Ozeane lagen im Herbst 2024 deutlich über denen langjähriger Vergleichswerte. Experten haben berechnet, dass über 90 Prozent der

Wärme, die durch den Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre entstehen, von den Ozeanen aufgenommen werden. Zusätzlich binden die Meere rund ein Viertel der menschengemachten CO₂-Emissionen. Aktuelle Studien deuten jedoch daraufhin, dass die CO₂-Aufnahme der Meere bei steigenden Temperaturen sinken könnte, so nahmen die Ozeane 2023 fast eine Milliarde Tonnen CO₂ oder umgerechnet 10 Prozent weniger auf als in den Vorjahren, was etwa der Hälfte der Emissionen der gesamten Europäischen Union entspricht.

La Niña kühlt, El Niño steht bevor

Derzeit entfaltet das Wetterphänomen La Niña noch eine kühlende Wirkung, besonders im äquatorialen Pazifik. Für 2026 ist noch nicht genau absehbar, ob das Wetterphänomen El Niño oder El Nina auftreten wird, Prognosen schätzen die Wahrscheinlichkeit für das Wetterphänomen



El Niño in 2026 und 2027 als etwas höher ein.

Dieses sogenannte El Niño-Ereignis trat zuletzt besonders stark vom Herbst 2014 bis zum Frühjahr 2016 auf und sorgte weltweit für Temperaturrekorde, veränderte und extremere Niederschläge und regional ausgeprägte Trockenheit vor allem auf der Südhalbkugel. Die Auswirkungen derartiger Klimaphänomene machen Vorhersagen schwieriger. Da sich die Erde in den vergangenen Jahren aufgrund des Klimawandels deutlich erwärmt hat, dürften die Folgen des aktuellen El Niño-Ereignisses für die betroffenen Regionen noch heftiger ausfallen. Für Deutschland, das in den mittleren Breiten liegt, werden für 2026 derzeit keine hierdurch bedingten Wetterextreme erwartet. Allerdings könnten auch hierzulande indirekte Folgen von El Niño deutlich spürbar werden, wie zum Beispiel die Auswirkungen einer weltweit knapperen Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Mögliche landwirtschaftliche Anpassungsstrategien

- Risiko streuen durch Anbaudiversifizierung
 - Züchtung trocken-, hitzetoleranter und widerstandsfähiger Pflanzen
 - Wasserhaltefähigkeit der Böden u. a. über konservierende Bodenbearbeitung steigern
 - Effiziente Be- und Entwässerungstechnik
 - Geeignete Frost- und Hagelschutztechnik
 - Klimagerechte Stallbauten
 - Geeignete Frost- und Hagelschutztechnik
 - Klimagerechte Stallbauten
 - Versicherungslösungen
- Quelle: DLG

die investive Förderung im Rahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik besonders bedeutsam für die Anpassungs- und Zukunftsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe, siehe Kapitel 4.3. Mittlerweile fördern alle Bundesländer, bis auf Brandenburg, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland und Schleswig-Holstein, Mehrgefahrenversicherungen mit 50 Prozent der Versicherungsbeiträge. Der Umfang der versicherten Gefahren wie Spätfrost, Starkregen, Trockenheit und Sturm und der versicherten Kulturen ist in den Bundesländern unterschiedlich.

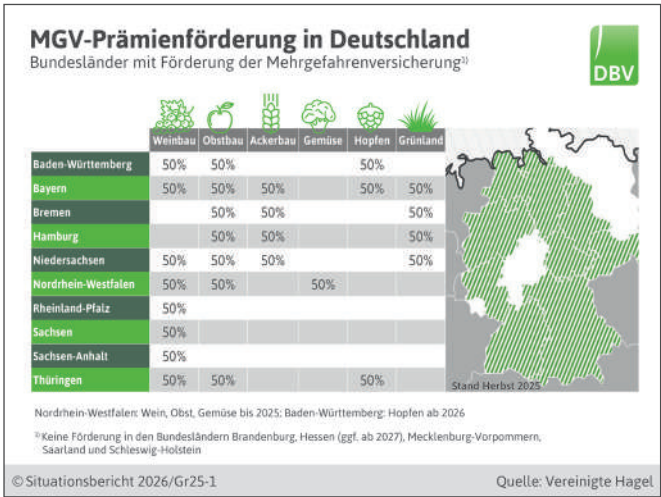
Vom Bund unterstützte Versicherungslösungen in der Diskussion

Erfahrungen in einigen

Wetterbedingte jährliche Schäden in der deutschen Landwirtschaft, in Mio. Euro			
Schadenskategorien	1990-2013*	2015-2024**	
	Durchschnitt	mindestens	höchstens
Hagel	134	150	250
Dürre/Trockenheit	276	350	500
Hochwasser/Überschwemmung	33	50	200
Sturm/Starkregen	27	50	100
Starkfrost (Winter- und Spätfrost)	42	150	450
Gesamt	511	750	1.500

* Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)
** Schätzungen in Zusammenarbeit mit der Vereinigten Hagel (VH)

© Situationsbericht 2026/T25-1 Stand: November 2025 Quellen: DBV, Vereinigte Hagel



Bundesländern und im europäischen Umfeld lassen erkennen, dass staatlich unterstützte Versicherungslösungen sowohl für den Steuerzahler als auch für den Landwirt kalkulierbar sind und am Ende finanziell günstiger zu stehen kommt als „Ad hoc-Hilfen“. Beide Maßnahmen fallen grundsätzlich stärker in die Zuständigkeit der Länder, der Bund kann aber finanzielle Hilfen leisten und ist insbesondere bei Ereignissen von nationalem Ausmaß gefordert. Vor diesem Hintergrund wird eine staatliche Unterstützung

von Mehrgefahrenversicherungen als eigenständige Maßnahme in der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“ (GAK) diskutiert. Durch eine in Deutschland harmonisierte Versicherungslösung mit attraktiven Bedingungen für die Landwirte könnte man, so die Hoffnung, eine breite Mehrheit der Landwirte für eine Teilnahme an derartigen Versicherungslösungen zu gewinnen, um staatliche „Ad hoc-Hilfen“ weitgehend überflüssig zu machen.



3

Agrarstruktur

3.1 Kapitaleinsatz	91
3.2 Boden- und Pachtmarkt	93
3.3 Betriebs- und Rechtsformen	100
3.4 Tierhaltende Betriebe	108
3.5 Arbeitskräfte und Auszubildende	114
3.6 Agrarstrukturen in der EU	120
3.7 EU-Erweiterung	124
3.8 Wandel und Wettbewerb	128

3.1 Kapitaleinsatz

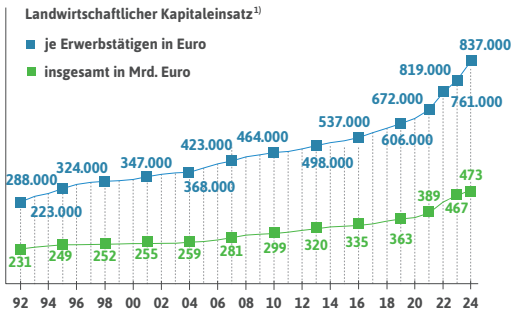
Landwirtschaft arbeitet sehr kapitalintensiv

Der Kapitalstock der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, definiert als Bruttoanlagevermögen (ohne Boden) zu Wiederbeschaffungspreisen, ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Noch wesentlich stärker nahm der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen (Kapitalintensität) zu. Mit heute 836.400 Euro Kapital je Erwerbstätigen gehört die Landwirtschaft zu den kapitalintensivsten Branchen. Im produzierenden Gewerbe (Industrie) zum Beispiel fällt die Kapitalintensität mit 466.600 Euro je Erwerbstätigen deutlich niedriger aus. Im Handel sind es nur 222.600 Euro und im Baugewerbe 68.300 Euro.

Land- und forstwirtschaftliches Vermögen nur zu einem Drittel fremdfinanziert

Das Nettoanlagevermögen (Bruttoanlagevermögen zu Wiederanschaffungspreisen vermindert um die Abschreibungen, ohne Boden) der deutschen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei lag Ende 2024 bei 207,2 Milliarden Euro. Davon entfallen 29,5 Prozent auf Ausrüstungsgüter (Maschinen und Geräte) und 70,5 Prozent auf Bauten und Anlagen. Finanziert wird das Sachkapital der deutschen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei zu 27 Prozent mit Fremdkapital und zu 73 Prozent mit Eigenkapital.

Landwirtschaftliche Arbeitsplätze kosten immer mehr



¹⁾ Bruttoanlagevermögen (ohne Boden) zu Wiederbeschaffungspreisen

© Situationsbericht 2026/Gr31-1

Quelle: Statistisches Bundesamt

Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen

	Kapitaleinsatz ¹⁾ je Erwerbstätigen in Euro		Veränderung in Prozent 2024 zu 2014
	2014	2024	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	510.711	836.437	+64
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	302.989	466.556	+54
Baugewerbe	41.031	68.268	+66
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	130.408	222.564	+71
Alle Wirtschaftsbereiche	397.034	646.730	+63

¹⁾ Bruttoanlagevermögen (ohne Boden) zu Wiederbeschaffungspreisen

© Situationsbericht 2026/Gr31-2

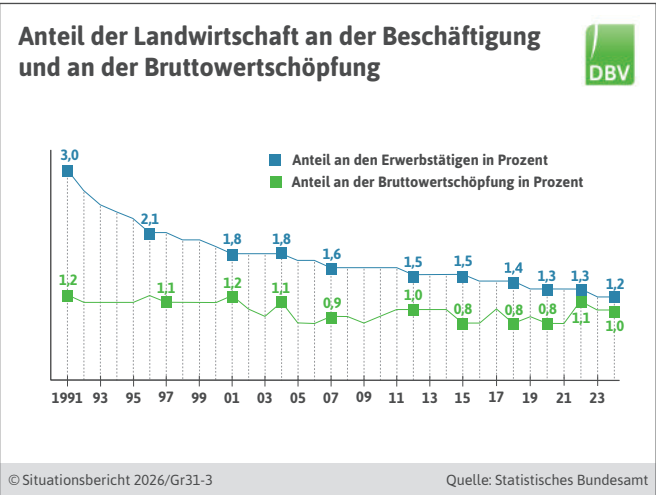
Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Vergleich zu gewerblichen Unternehmen ist der Fremdfinanzierungsanteil relativ gering.

55,8 Milliarden Euro Fremdkapitalbestand der deutschen Landwirtschaft

Der Fremdkapitalbestand in der deutschen Land- und

Forstwirtschaft erreichte Ende September 2025 mit 55,8 Milliarden Euro in etwa den Vorjahresstand (- 1,7 %). Insbesondere die kurzfristigen Kredite haben im Jahresvergleich mit minus 17 Prozent deutlich abgenommen, während die langfristigen Kredite nahezu stabil blieben. 86 Prozent



des Kreditbestandes sind langfristige Kredite und dienen damit der Finanzierung langfristiger Investitionen. Kurz- und mittelfristige Kredite mit einer Laufzeit von unter 1 bzw. 5 Jahren spielen mit einem Anteil von 14 Prozent eher eine untergeordnete Rolle. Die deutsche Land- und Forstwirtschaft nutzt Fremdkapital vorwiegend für langfristige Investitionsentscheidungen sowie zur Finanzierung großer laufender Zahlungen (Ernte, Pachten) im Sinne eines gesunden Risikomanagements.

Baugenehmigungen und -fertigstellungen landwirtschaftlicher Betriebsgebäude im Zeitvergleich				
Jahre	Baugenehmigungen		Baufertigstellungen	
	Anzahl	Veranschlagte Kosten in Mrd. €	Anzahl	Veranschlagte Kosten in Mrd. €
2014	8.439	1.672	8.877	1.802
2015	7.850	1.657	8.204	1.716
2016	7.235	1.516	7.261	1.444
2017	6.750	1.464	6.378	1.296
2018	7.013	1.518	6.444	1.344
2019	6.961	1.551	6.238	1.360
2020	7.560	1.707	6.590	1.393
2021	8.186	1.868	6.179	1.315
2022	6.697	1.728	6.097	1.342
2023	6.411	1.724	5.621	1.266
2024	6.298	1.854	5.728	1.421
%-Veränd. 2024/2023	-1,80%	7,50%	1,90%	12,30%
%-Veränd. 2024/2014	-25,40%	10,90%	-35,50%	-21,20%

© Situationsbericht 2026/T31-1

Quelle: Statistisches Bundesamt

Investitionen in Wirtschaftsgebäude weiter rückläufig

Investitionen der deutschen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in Wirtschaftsgebäude haben in den letzten Jahren deutlich abgenommen. 2024 wurden rund 6.300 Baugenehmigungen und 5.700 Baufertigstellungen registriert. Das waren besonders im Zehnjahresvergleich erheblich weniger. Die Baufertigstellungen sind dabei noch stärker zurückgegangen als die Baugenehmigungen. Die Zurückhaltung, in Wirtschaftsgebäude zu investieren, kommt auch darin zum Ausdruck, dass die veranschlagten Kosten bei Baufertigstellung erheblich unter den bei der Baugenehmigung veranschlagten Kosten liegen (2024 bei 77 %).

3.2 Boden- und Pachtmarkt

Kaufpreise

Weiterer deutlicher Anstieg der Bodenpreise

Der seit fast zwei Jahrzehnten zu beobachtende Trend deutlich steigender Preise für Agrarland setzt sich fort. Die Preise für landwirtschaftliche Flächen sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auch im Jahr 2024 weiter angestiegen. Im Bundesdurchschnitt mussten Käufer in 2024 35.300 Euro je Hektar ausgeben, gut 5 Prozent mehr als im Jahr 2023. In 2023 waren die Bodenpreise gegenüber dem Vorjahr um knapp 5 Prozent gestiegen. Mit der grundlegenden Überarbeitung der Kaufwertestatistik durch das Statistische Bundesamt sind Vergleiche mit Kaufwerten vor 2021 nur eingeschränkt möglich. Im westlichen Bundesgebiet lag der durchschnittliche Kaufpreis für Agrarland 2024 bei 53.500 Euro je Hektar (gegenüber Vorjahr + 7 %), im östlichen Bundesgebiet bei 16.800 Euro je Hektar (- 1 %). Überdurchschnittlich fielen die Preissteigerungen in Bundesländern mit relativ niedrigem Preisniveau wie im Saarland und Sachsen aus, aber auch in Schleswig-Holstein stiegen die Bodenpreise stark an. Rückläufig gegenüber dem Vorjahr waren dagegen die Bodenpreise vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt.

Verkäufe landwirtschaftlicher Flächen in Deutschland							
	Veräußerte landw. Fläche in Hektar		% -Veränd. zum Vj.	Hektar je Fall	Kaufpreis in Euro je Hektar		% -Veränd. zum Vj.
	2023	2024		2024	2023	2024	
Baden-Württemberg	2.466	1.667	-32,4	0,75	33.944	35.271	3,9
Bayern	6.184	8.570	38,6	1,37	79.165	77.103	-2,6
Hessen	3.496	2.691	-23,0	0,69	18.063	18.100	0,2
Niedersachsen	10.684	10.215	-4,4	2,49	48.070	51.335	6,8
Nordrhein-Westfalen	2.480	2.424	-2,3	1,63	87.236	81.953	-6,1
Rheinland-Pfalz	2.107	2.553	21,2	0,75	18.061	17.914	-0,8
Saarland	573	603	5,2	0,67	10.800	13.263	22,8
Schleswig-Holst.	2.903	3.103	6,9	5,61	45.820	50.920	11,1
Früheres Bundesgebiet	30.893	31.826	3,0	1,40	49.966	53.510	7,1
Brandenburg	9.586	9.813	2,4	4,12	12.491	13.218	5,8
Mecklenburg-Vorpommern	4.699	4.552	-3,1	4,66	24.922	22.756	-8,7
Sachsen	4.745	4.992	5,2	2,95	13.522	15.484	14,5
Sachsen-Anhalt	6.820	6.395	-6,2	2,68	23.033	22.022	-4,4
Thüringen	5.144	5.552	7,9	1,67	13.586	13.312	-2,0
Ostdeutschland	30.994	31.304	1,0	2,91	17.035	16.781	-1,5
Deutschland	61.887	63.130	2,0	1,88	33.474	35.297	5,4
© Situationsbericht 2026/T32-1				Quelle: Statistisches Bundesamt			

Ausgaben für Flächenkauf und Landpacht				
	1993	2003	2013	2023
Flächenkauf in ha LF	69.200	96.878	101.558	61.778
Kaufsumme in Mio. Euro	783	874	1.663	2.061
Flächenpacht in Tsd. ha LF	10.047	10.853	10.018	9.944
Pachtentgelt in Mio. Euro	1.433	1.888	2.434	4.047
© Situationsbericht 2026/T32-2		Quelle: Statistisches Bundesamt		

Flächenumsatz nur bei 0,4 Prozent der Agrarfläche

Wie aus den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen hervorgeht, wechselten 2024 63.100 Hektar landwirtschaftliche Flächen

den Eigentümer. Das sind gegenüber dem Vorjahr 2 Prozent mehr. Gemessen an der gesamten Agrarfläche Deutschlands macht die Verkaufsfläche weniger als 0,4 Prozent aus. Während die Verkaufsfläche im

BBVG: Rund 1,5 Millionen Hektar Landwirtschafts- und Waldflächen veräußert

Die BBVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH verwaltet und privatisiert seit 1992 das ehemals volkseigene land- und forstwirtschaftliche Vermögen. Von 1992 bis Ende 2024 hat die BBVG 896.700 Hektar Acker- und Grünland verkauft, darunter 442.100 Hektar (49 Prozent) zu einem gesetzlich reduzierten Preis nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) an berechnete Pächter und Alteigentümer. Zum 31. Dezember 2024 hatte die BBVG rund 88.000 Hektar verpachtet und damit noch nicht verkauft.

Ende des Jahres 2021 hatte die Bundesregierung auf der Grundlage des Koalitionsvertrages für die 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages der BBVG eine neue Ausrichtung gegeben: weg vom Verkauf und hin zur Verpachtung an ökologisch und nachhaltig wirtschaftende Betriebe. In den Jahren 2022 bis 2024 sollten insgesamt nicht mehr als 6.000 Hektar verkauft werden. Mit der Privatisierung von Flächen hat sich der zu verpachtende Flächenumfang kontinuierlich verringert. Die darüber hinaus jährlich pachtfrei werdenden landwirtschaftlichen Flächen sollen an ökologisch und nachhaltig wirtschaftende Betriebe verpachtet werden. Die BBVG arbeitet seit dem 12. April 2024 nach den neuen und mit dem Bund und den Ländern im Osten Deutschlands abgestimmten Grundsätzen für das Flächenmanagement landwirtschaftlicher Flächen der BBVG (Flächenmanagementgrundsätze 2024). Der Koalitionsvertrag 2025 sieht vor, die Regeln für die Flächenverpachtung zu überprüfen. Neben den landwirtschaftlichen Flächen wurden bislang 599.700 Hektar Wald privatisiert, davon 80 Prozent zu begünstigten Preisen an Berechnete nach dem EALG. Weitere Forstflächen sind für naturschutzfachliche Zwecke übergeben worden oder wurden restituiert. Im Bestand der BBVG befinden sich von den ursprünglichen 770.000 Hektar des Jahres 1992 nur noch Restbestände.

Die BBVG hat bislang insgesamt rund 105.000 Hektar Naturschutzflächen, Flächen für den Trinkwasserschutz sowie weitere Gewässerflächen an die ostdeutschen Länder bzw. von ihnen benannten Stiftungen und Organisationen übertragen, davon rund 65.000 Hektar unentgeltlich. Weitere rund 25.500 Hektar Fläche wurde für Naturschutzzwecke verkauft.

Darüber hinaus hat die BBVG seit ihrem Bestehen rund 85.000 Hektar sogenannte Umwidmungsflächen verkauft, die durch kommunale oder behördliche Planungen anderen Nutzungszwecken zugeführt wurden, darunter 12.500 Hektar Flächen für Infrastruktur, 8.100 Hektar für Gewerbeansiedlungen und 2.900 Hektar für den Wohnungsbau.

Quelle: BBVG

sind gegenüber dem Vorjahr fast 8 Prozent mehr.

Stark differierende Bodenpreise

Je nach Bodengüte, Nutzungsart oder regionaler Lage sind die Preisunterschiede beim Kauf von Agrarflächen erheblich. Für den relativ hohen Preisstand in Bayern (besonders Regierungsbezirke Nieder- und Oberbayern mit 148.700 bzw. 124.100 € je ha) oder in den Regierungsbezirken Münster und Düsseldorf (119.600 bzw. 100.700 € je ha) sind vor allem die starke Nachfrage nach Bebauungs-, Verkehrs- und Ausgleichsflächen nach dem Bundesnaturschutzgesetz maßgebend. Für eine Knappheit am Bodenmarkt sorgen in vielen Regionen auch die Fördermöglichkeiten nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, Aktivitäten der Kommunen zur Bodenbevorratung sowie von privaten Stiftungen, Fonds und speziellen Banken betriebene Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen für Naturschutzzwecke. Die niedrigsten Durchschnittswerte je Hektar finden sich im Regierungsbezirk Trier (12.700 €), in Brandenburg und im Regierungsbezirk Dresden (jeweils 13.200 €) sowie im Regierungsbezirk Gießen und im Saarland (jeweils 13.300 €).

Große Unterschiede auch zwischen Ackerland und Grünland

Auch zwischen Ackerland und Grünland bestehen große Kaufpreisunterschiede. Im Bundesdurchschnitt erzielte Ackerland im Jahr 2024 einen Kaufpreis von 42.800 Euro je Hektar (gegenüber Vorjahr + 6 %). Mit 26.800 Euro je Hektar lag der

früheren Bundesgebiet 2024 gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozent auf 31.800 Hektar anstieg, nahm sie in Ostdeutschland mit 31.300 Hektar nur um 1 Prozent zu. An der Spitze in Sachen Bodenmobilität lag im Jahr 2024 Niedersachsen mit einer verkauften landwirtschaftlichen Fläche

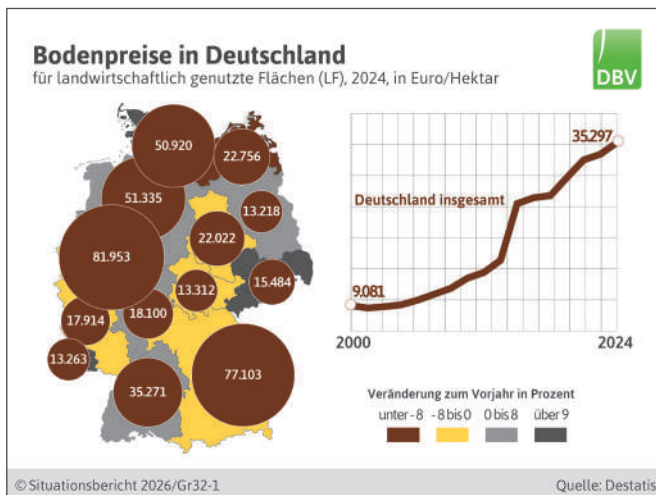
von 10.200 Hektar, gefolgt von Brandenburg mit 9.800 Hektar. Mit 2,91 Hektar lag die durchschnittliche Fläche je Veräußerungsfall im Osten Deutschlands wesentlich höher als im Westen mit 1,40 Hektar. Der Umsatz aller Agrarlandverkäufe machte 2024 2,228 Milliarden Euro aus. Das

durchschnittliche Kaufpreis für Grünland deutlich darunter (gegenüber Vorjahr ebenfalls + 6 %). Die höchsten Ackerlandpreise verzeichneten 2024 Nordrhein-Westfalen mit 97.700 Euro je Hektar und Bayern mit 94.400 Euro je Hektar. Am günstigsten war das Ackerland in Brandenburg und Thüringen mit durchschnittlichen Werten von jeweils 14.900 sowie im Saarland mit 15.000 Euro je Hektar. Ähnlich groß sind die Unterschiede beim Kauf von Grünland.

Share Deals

Anteilsverkäufe (Share Deals) im Fokus der öffentlichen Diskussion

Vielfach wird über die Frage diskutiert, ob der Erwerb von Kapitalanteilen an landwirtschaftlichen Unternehmen mit Bodeneigentum, der sogenannte Share Deal, in den Regelungsbereich eines Agrarstrukturgesetzes gehören soll. Ein gewichtiges Argument für die Aufnahme einer entsprechenden Regelung ist eine mögliche rechtliche Schieflage, die dadurch entsteht, dass relativ kleinflächige Erwerbe von Agrarland einer grundstücksverkehrsrechtlichen Kontrolle unterliegen, wohingegen der – meist viel umfangreichere – indirekte Erwerb von Agrarland über Share Deals weder kontrolliert noch überhaupt behördlich erfasst wird. In der Folge droht eine Ungleichbehandlung, da materiell ähnliche Sachverhalte rechtlich unterschiedlich behandelt werden.



Kaufwerte-Statistik

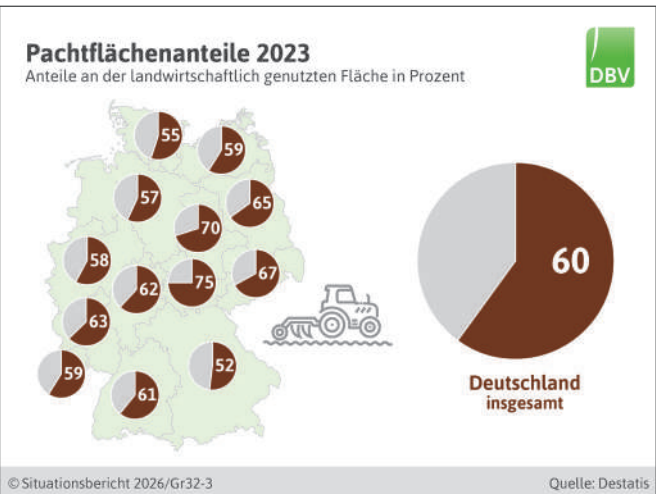
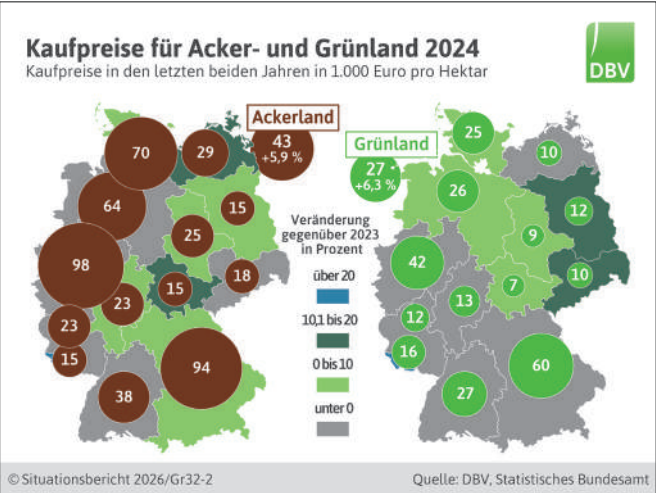
Die Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke umfasst alle Transaktionen von landwirtschaftlichen Grundstücken, deren landwirtschaftlich genutzte Fläche eine Größe von mindestens 0,1 Hektar aufweist. Die Datenerhebung findet durch die Statistischen Ämter der Länder - je nach Bundesland - bei den Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte oder den Finanzämtern statt. Bis auf drei Bundesländer sind die Bundesländer dazu übergegangen, die Daten wegen der vollständigeren Erfassung über die Gutachterausschüsse einzuwerben. Seit dem Berichtsjahr 2021 finden ein neuer Merkmalskatalog sowie neue Abgrenzungen Anwendung, wodurch die Vergleichbarkeit mit den Merkmalen für vorhergehende Zeiträume nur noch stark eingeschränkt gegeben ist. Die durchschnittlichen Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke werden in der Bundesstatistik nach Bundesländern/Regierungsbezirken und Flächengrößenklassen dargestellt. Die Eigentümerwechsel von Agrarflächen, die im Rahmen von Anteilsverkäufen („Share Deals“) erfolgen, fließen nicht in die amtliche Statistik ein. Zum Umfang der „Share Deals“ siehe nächste Doppelseite.

Über Kaufwerte von Acker-, Grünland- und Forstflächen informiert auch der alle zwei Jahre erscheinende Immobilienmarktbericht der Gutachterausschüsse. Flächendeckend leiten die Gutachterausschüsse Bodenrichtwerte ab (BORIS-D, bodenrichtwerte-boris.de).

Empirische Relevanz von Share Deals

Eine wichtige Frage in dieser Debatte ist die nach der empirischen Relevanz von Share Deals. Je größer der in Share Deals verhandelte Umfang der Eigentumsflächen im Verhältnis

zu den direkten Flächenerwerben auf dem Bodenmarkt ist, umso größer ist die vermeintliche rechtliche Schieflage und damit der mögliche Handlungsbedarf für die Politik. Neue Erkenntnisse aus agrarstatistischen Sonderauswertungen des



Statistisches Bundesamt und ihre Aufbereitung durch das Thünen-Institut zeigen, dass die Relevanz von Share Deals für den landwirtschaftlichen Bodenmarkt offensichtlich nicht nur groß ist, sondern auch weiter zunimmt:

Danach sind die Eigentumsanteile der juristischen Personen und Personengesellschaften (PHG) in den Ländern des früheren Bundesgebiets zwischen 2020 und 2023 leicht zurückgegangen, in den ostdeutschen Ländern hingegen um 2,4 Prozentpunkte gestiegen. Weiter sind nach diesen Berechnungen in den ostdeutschen Ländern rund 75.000 Hektar landwirtschaftliche Eigentumsfläche mit den im Zeitraum 2020 bis 2023 vollzogenen Share Deals auf neue Eigentümer transferiert worden. Im gesamten ehemaligen Bundesgebiet sind es vergleichsweise geringe 7.200 Hektar, mit regionalen Schwerpunkten in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Share Deals in den ostdeutschen Bundesländern von großer Bedeutung

Werden die über Share Deals erworbenen Eigentumsflächen der juristischen Personen und PHG in Beziehung gesetzt zu den in den Jahren 2021 bis einschließlich 2023 auf dem Bodenmarkt gehandelten landwirtschaftlichen Flächen, wird die Relevanz der Share Deals deutlich. Die Relevanz kann in den ostdeutschen Ländern mittlerweile als sehr hoch bezeichnet werden, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, wo die über Share Deals transferierte Eigentumsfläche die auf

dem Bodenmarkt gehandelte Fläche in den zurückliegenden Jahren weit überstiegen hat. Aber auch in Brandenburg und Sachsen wurden mehr als zwei Drittel der gehandelten Flächensumme mit Share Deals auf neue Eigentümer übertragen, in Thüringen und Sachsen-Anhalt jeweils die Hälfte. Deutlich geringer stellt sich die Relevanz für die Länder im früheren Bundesgebiet dar. Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Niedersachsen sind die einzigen Länder, in denen mehr als zehn Prozent der auf dem Bodenmarkt gehandelten Fläche in Share Deals transferiert wurden.

Pachten

Mehr Pacht- als Eigenflächen

Von den über 16,6 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche Deutschlands sind nach Ergebnissen der zuletzt vorliegenden Agrarstrukturhebung 2023 gut 60 Prozent Pachtflächen, rund 38 Prozent selbst bewirtschaftete Eigenflächen und knapp zwei Prozent Flächen, die den Nutzenden unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Im Vergleich zum Stand vor 10 Jahren (2013) sind die Flächenanteile unverändert geblieben. Auf Grund der historischen Entwicklung gibt es allerdings Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und Ostdeutschland.

Pachtflächenanteil steigt im Westen und geht im Osten zurück

Während der Anteil gepachteter Flächen in Westdeutschland zwischen 2013 bis 2023 von knapp 55 auf 57

Prozent anstieg, verringerte er sich in Ostdeutschland deutlich von 71 auf rund 66 Prozent. In den einzelnen Bundesländern variierte der Pachtflächenanteil 2023 zwischen 52 Prozent (Bayern) und 75 Prozent (Thüringen). Für kleinere Betriebe mit weniger als 20 Hektar ergab sich 2023 ein Pachtanteil von 30 Prozent an der gesamten landwirtschaftlich genutzten

Fläche, bei mittleren Betrieben (50 bis 100 ha) waren es zuletzt 57 Prozent und bei größeren Betrieben mit z. B. über 500 Hektar sind 67 Prozent der gesamten Fläche gepachtet.

Guter Boden, hohe Pachtpreise

Pachtpreise werden gleichzeitig von einer Vielzahl verschiedener Faktoren beeinflusst. Für Böden mit

Landwirtschaftsflächen: Share Deals (Eigentumsflächen) im Vergleich zu Verkaufsflächen - Flächenveränderungen im Zeitraum 2020 bis 2023			
	Share Deal (Eigentums- flächen) in ha	Verkaufsfläche (Bodenmarkt) in ha	Relation Share Deal zu Verkaufsflächen in Prozent
Schleswig-Holstein	1.687	8.591	19,6
Niedersachsen	4.004	31.763	12,6
Nordrhein-Westfalen	74	7.200	1,0
Hessen	-582	11.080	-5,3
Rheinland-Pfalz	122	6.265	1,9
Baden-Württemberg	863	5.804	14,9
Bayern	1.032	19.294	5,3
Früh. Bundesgebiet *	7.199	89.997	8,0
Brandenburg	23.110	29.905	77,3
Mecklenburg-Vorp.	23.668	14.374	164,7
Sachsen	9.676	11.646	83,1
Sachsen-Anhalt	11.352	21.404	53,0
Thüringen	7.249	14.157	51,2
Ostdeutschland	75.056	91.486	82,0
* ohne Stadtstaaten und Saarland			
© Situationsbericht 2026/T32-3			Quelle: Thünen Institut

Verhältnis von Pacht- zu Bodenpreisen bei Agrarflächen								
	Einheit	2003	2007	2010	2013	2016	2020	2023
Früheres Bundesgebiet								
Boden	€/ha LF	16.489	16.394	18.719	25.189	32.503	39.272	49.802
Neu-Pachten	€/ha LF	258	279	347	442	493	522	538
Pacht/Boden	%	1,56	1,70	1,84	1,78	1,52	1,33	1,08
Ostdeutschland								
Boden	€/ha LF	3.831	4.047	7.405	10.510	13.811	16.953	17.035
Neu-Pachten	€/ha LF	128	129	166	206	242	264	278
Pacht/Boden	%	3,34	3,19	2,24	1,96	1,75	1,56	1,63
1) Pachten in den letzten 2 Jahren								
© Situationsbericht 2026/T32-4							Quelle: Statistisches Bundesamt	

Pachtpreisentwicklung landwirtschaftlicher Flächen in Deutschland			
- in Euro je Hektar -			
	Ackerland	Dauergrünland	Insgesamt
1993	157	123	143
1995	160	118	147
1999	173	119	158
2003	193	121	174
2007	205	123	183
2010	230	130	204
2013	277	153	243
2016	328	175	288
2020	375	198	329
2023	407	212	357
© Situationsbericht 2026/T32-5			
Quelle: Statistisches Bundesamt			

überdurchschnittlichem Ertragspotenzial müssen vergleichsweise hohe Pachtpreise gezahlt werden. Deshalb liegen die Pachtentgelte beispielsweise im Bereich der Kölner Bucht, der Magdeburger Börde oder des Thüringer Beckens deutlich über dem Durchschnittswert des jeweiligen Bundeslandes. Erheblich niedriger ist der Pachtpreis für Flächen mit leichten Böden und geringer Ertragsfähigkeit, wie beispielsweise in Südbrandenburg.

Dauerkulturflächen deutlich teurer

Der Pachtpreis für Ackerland lag in Deutschland nach zuletzt für 2023 vorliegenden Angaben bei durchschnittlich 407 Euro je Hektar, während er bei Dauergrünland nur 212 Euro je Hektar betrug. Hohe Pachtpreise werden für Flächen erzielt, die für den Wein- oder Obstbau genutzt werden. Für Rebflächen wurde 2023 ein durchschnittliches Pachtentgelt von 1.122 Euro je Hektar gezahlt. Auch die regionale Lage der landwirtschaftlichen Flächen

spielt bei der Pachtpreisfindung eine wichtige Rolle. In marktnäheren Regionen oder in Gegenden mit einer Konzentration an Veredlungsbetrieben werden häufig höhere Pachten gezahlt. Veredlungsbetriebe in Niedersachsen z. B. zahlten 2023 für Ackerland durchschnittlich 866 Euro je Hektar, bei Neupachten von Ackerland sogar 981 Euro je Hektar. Ebenfalls überdurchschnittlich hohe Pachtentgelte sind in Gebieten mit intensiver gärtnerischer Nutzung – wie z. B. in der Nähe von Großstädten und ihrem Umland – zu verzeichnen. In den ostdeutschen Bundesländern liegt das Pachtpreisniveau meist niedriger als in den westdeutschen, näherte sich diesem in den letzten Jahren allerdings deutlich an.

Kräftiger Anstieg der Pachtpreise

2023 betrug der durchschnittliche Pachtpreis in Deutschland 357 Euro je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Im Vergleich zu 2003 haben sich die Pachtpreise mehr als verdoppelt (+ 105 %). Bei Ackerland

sind die Pachtentgelte um 111 Prozent auf 407 Euro je Hektar stärker gestiegen als bei Dauergrünland mit plus 75 Prozent auf 212 Euro je Hektar.

Pachtpreise in Nordrhein-Westfalen am höchsten, Schlusslicht das Saarland

Die höchsten durchschnittlichen Pachtentgelte zahlen Landwirte im Westen und Norden Deutschlands. Spitzenreiter mit 659 Euro je Hektar Ackerland war im Jahr 2023 Nordrhein-Westfalen, knapp gefolgt von Niedersachsen (643 € je ha) und dann Schleswig-Holstein (571 € je ha). Mit Abstand am geringsten waren die Pachtentgelte für Ackerland im Saarland (116 € je ha). Aber auch Brandenburg lag mit 198 Euro je Hektar Ackerland deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die genannte Rangfolge der Pachtpreise zeigt sich auch bei den Neupachten der letzten 2 Jahre: Nordrhein-Westfalen mit 781 Euro je Hektar, gefolgt von Niedersachsen mit 755 Euro. Schlusslicht im Bundesländervergleich ist das Saarland mit 132 Euro je Hektar Ackerland. Aber auch Brandenburg (215 € je ha), Thüringen (257 € je ha) und Sachsen (260 € je ha) bleiben bei der Neupacht deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt (511 € je ha) zurück.

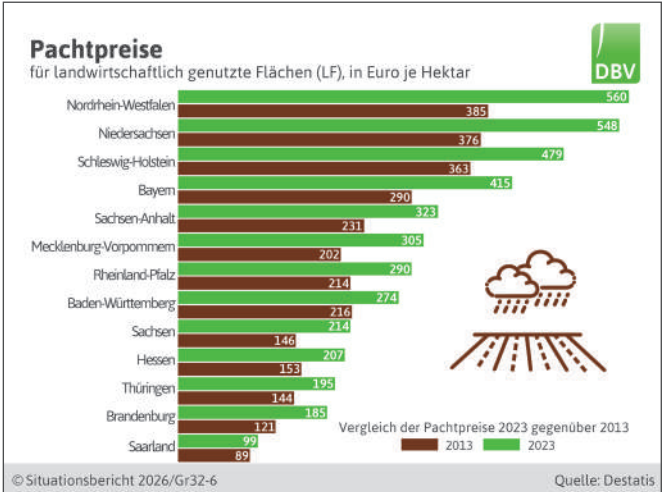
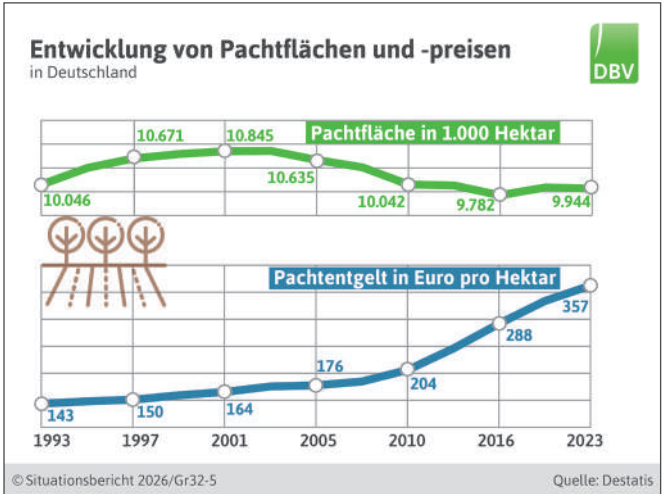
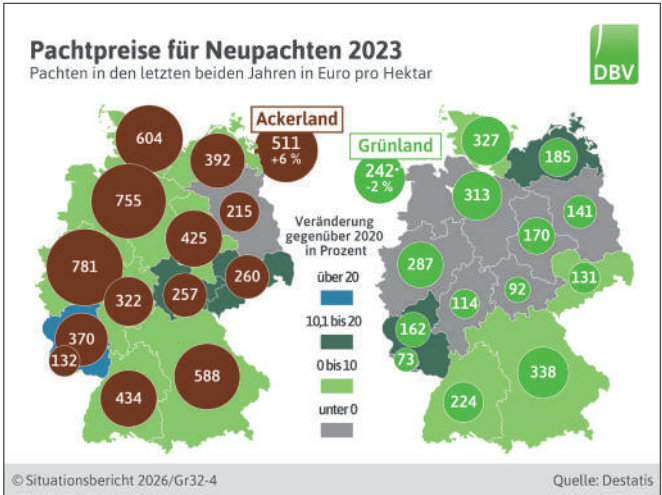
Pachtausgaben bei jährlich etwa 4,0 Milliarden Euro

Die Pachtausgaben der deutschen Landwirtschaft sind von 2,8 Milliarden Euro im Jahr 2013 auf 4,0 Milliarden Euro im Jahr 2023 angestiegen. Wird die Eigentumsfläche der

Landwirte mit dem kapitalisierten durchschnittlichen Pachtpreis multipliziert, beläuft sich der Bodenkapitalstock der deutschen Landwirtschaft auf 46,5 Milliarden Euro.

Landwirtschaftlicher Pachtmarkt unterliegt vielfältigen Einflüssen

Die jährlichen Pachtausgaben der Landwirte betragen mit rund 4,0 Milliarden Euro (2023) das 2,9-fache der Pachtzahlungen vor Einführung der Direktzahlungen im Jahr 1992 (1,4 Mrd. €). Sie orientieren sich offensichtlich vornehmlich an den Renditen und sind damit auf verbesserte Bodenfruchtbarkeit, höhere Erlöserwartungen, Flächenknappheit durch Flächenverbrauch und Ausgleichsflächen sowie auf Notwendigkeiten zur Wirtschaftsdüngerverwertung zurückzuführen. Auch die Renditeerwartungen von außerlandwirtschaftlichen Investoren dürften eine Rolle spielen. Der Einfluss landwirtschaftlicher „Direktzahlungen“ und ein „Durchreichen“ an die Verpächter der Flächen spielen dagegen im Bundesdurchschnitt offensichtlich nur eine untergeordnete Rolle. Die landwirtschaftlichen „Direktzahlungen“ betragen 4,4 Milliarden Euro (2023) und sind mittlerweile in hohem Maße an kostenträchtige Bewirtschaftungsauflagen geknüpft. Zudem sind sie im langjährigen Vergleich rückläufig. Der stete Anstieg der Pacht- und Bodenpreise hat sich gegenläufig und unabhängig davon entwickelt. Von den 4,4 Milliarden Euro „Direktzahlungen“ entfallen knapp 1,8 Milliarden Euro auf die Eigentumsflächen der Landbewirtschafter.



3.3 Betriebs- und Rechtsformen

Agrarstruktur – Betriebe nach Hektargrößenklassen 2024				
Betriebsgröße von ... bis ... unter ... Hektar LF	Betriebe		Fläche	
	Anzahl in 1.000	Anteil in Prozent	Hektar LF in 1.000	Anteil in Prozent
unter 5	20,7	8,1	35,4	0,2
5 bis 10	46,1	18,1	334,1	2,0
10 bis 20	50,4	19,7	746,2	4,5
20 bis 50	56,8	22,3	1.894,3	11,4
50 bis 100	42,0	16,5	2.986,5	18,0
100 bis 200	25,0	9,8	3.436,5	20,7
200 bis 500	10,0	3,9	2.930,6	17,7
500 bis 1.000	2,5	1,0	1.748,8	10,6
1.000 und mehr	1,5	0,6	2.456,6	14,8
Insgesamt	255,0	100,0	16.568,9	100,0

© Situationsbericht 2026/T33-1Quelle: Statistisches Bundesamt

255.000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland

In Deutschland gab es 2024 255.000 landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 5 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF), einschließlich 20.700 Betrieben mit weniger als 5 Hektar LF, die auf Grund ihrer Tierbestände oder von Spezialkulturen zu den berichtspflichtigen Betrieben gehören. Diese Betriebe bewirtschafteten 2024 rund 16,569 Millionen Hektar LF. Die durchschnittliche Flächenausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe erreichte 2024 65,0 Hektar LF. Bereits für 2023 lag die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe bei 255.000. Die von den Statistischen Landesämtern unternommene Überarbeitung der Betriebsregister macht die Zahlen für 2023 und 2024 nur bedingt miteinander vergleichbar. 2025 wird erneut eine Zahl von rund 255.000 Betrieben erwartet.

Strukturwandel geht weiter

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nahm zwischen 2014 und 2024 um 31.800 auf 255.000 Betriebe ab. Das sind 11,1 Prozent weniger. Pro Jahr entspricht dies einer Abnahmerate von rund 1,1 Prozent. Damit scheint sich der landwirtschaftliche Strukturwandel etwas verlangsamt zu haben. In den Jahrzehnten zuvor lag die durchschnittliche jährliche Abnahmerate der Betriebe bei etwa 3 Prozent, was statistisch alle 20 Jahre einer

Entwicklung von Betrieben und Betriebsgrößen nach Bundesländern						
	2014		2024		% -Veränderung 2024 zu 2014	
	Betriebe in 1.000	ha LF je Betrieb	Betriebe in 1.000	ha LF je Betrieb	Anzahl Betriebe	ha LF je Betrieb
Baden-Württemberg	42,3	33,6	37,1	37,6	-12,3	11,8
Bayern	93,2	33,7	82,3	37,7	-11,7	11,8
Brandenburg	5,4	243,3	5,3	245,6	-2,6	1,0
Hessen	16,9	45,4	15,2	50,6	-10,4	11,3
Mecklenburg-Vorp.	4,9	273,5	4,8	283,0	-2,9	3,5
Niedersachsen	41,1	63,9	34,2	75,4	-16,8	18,1
Nordrhein-Westfalen	34,8	42,0	33,7	44,3	-3,2	5,6
Rheinland-Pfalz	18,8	37,4	15,2	46,5	-19,0	24,4
Saarland	1,3	59,6	1,0	70,0	-21,5	17,4
Sachsen	6,2	145,8	6,4	141,0	2,4	-3,3
Sachsen-Anhalt	4,3	271,9	4,1	280,8	-4,9	3,3
Schleswig-Holstein	13,3	74,7	11,6	84,1	-12,6	12,6
Thüringen	3,5	223,1	3,6	214,0	3,1	-4,1
Stadtstaaten	1,0	24,9	0,7	34,3	-31,0	37,9
Deutschland	287	58,3	255,0	65,0	-11,1	11,5
dar. Ostdeutschland	24,3	226,7	24,1	226,6	-0,9	0,0
dar. Früh. Bundesgeb.	262,7	42,7	231,0	48,1	-12,1	12,7

© Situationsbericht 2026/T33-7Quelle: Statistisches Bundesamt

Halbierung der Anzahl der Betriebe entspricht. Bei der augenscheinlich rückläufigen Abnahmerate ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Grenze der statistisch erfassten Betriebe auf 5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) angehoben worden ist. Unter der Annahme, dass die Zahl der seit 2007 nicht mehr erfassten Betriebe seitdem um die Hälfte bis zwei Drittel zurückgegangen ist, liegt die jährliche Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten 10 Jahren bei deutlich über 2 Prozent.

Wachstumsschwelle verschiebt sich nach oben

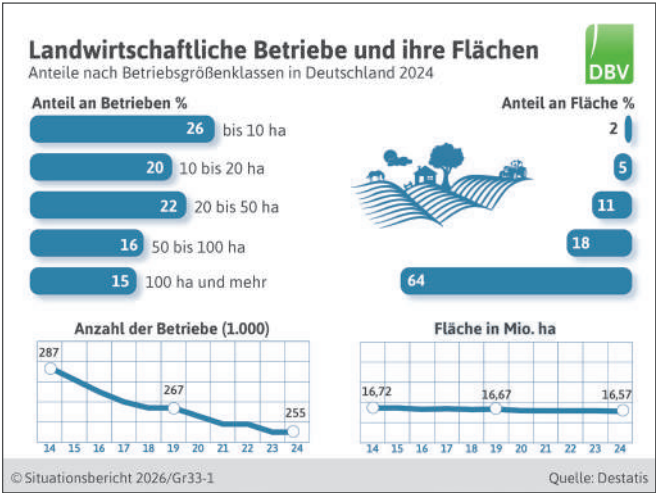
Die sogenannte Wachstumsschwelle, unterhalb derer die Zahl der Betriebe ab- und oberhalb derer die Zahl der Betriebe zunimmt, steigt kontinuierlich an. Die Zahl der Betriebe in den Größenklassen unter 100 Hektar LF nimmt ab. Die Zahl der Betriebe mit 100 Hektar und mehr hingegen nimmt zu, zwischen 2014 und 2024 bundesweit um 3.700 auf 39.100 Betriebe bzw. 15,3 Prozent aller Betriebe. Diese Betriebe bewirtschaften etwa 63,8 Prozent der LF in Deutschland. Im Niveau der Wachstumsschwelle gibt es allerdings regional große Unterschiede.

Regionale Unterschiede und betriebspezifische Situation

Bei regionaler Betrachtung werden ein Nord-Süd- sowie ein Ost-West-Gefälle der Betriebsgrößen deutlich. Die Flächenausstattung allein lässt jedoch noch keine Aussage über die betriebliche

Wettbewerbsfähigkeit zu, die auch bei geringerer Flächenausstattung etwa durch den Anbau von Sonderkulturen, besondere Vermarktungsformen bzw. eine intensive Tierhaltung gegeben sein kann. Während in Bayern und Baden-Württemberg aufgrund der früher angewendeten Erbauteilung auf alle Nachfahren eher kleinere Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von durchschnittlich 38 Hektar verbreitet sind, weisen die Betriebe

im Norden Deutschlands aufgrund des vermehrt angewendeten Ackerbaus mit durchschnittlich 84 Hektar in Schleswig-Holstein und 75 Hektar in Niedersachsen eine deutlich größere Flächennutzung auf. Die größten landwirtschaftlichen Betriebe gibt es nach wie vor im Osten Deutschlands, wo nach der Wende die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in entsprechend große Nachfolgebetriebe überführt wurden. An der



Strukturwandel landwirtschaftlicher Betriebe			
Betriebsgröße von ... bis unter ... ha LF	Zahl der Betriebe in 1.000		% -Veränderung 2024 zu 2014
	2014	2024	
unter 5	26,3	20,7	-21,2
5 - 10	44,8	46,1	2,8
10 - 20	59,3	50,4	-15,1
20 - 50	71,4	56,8	-20,5
50 - 100	49,6	42,0	-15,3
100 - 200	23,6	25,0	6,1
200 - 500	8,1	10,0	23,6
500 - 1.000	2,2	2,5	13,6
1.000 und mehr	1,5	1,5	0,0
Insgesamt	286,8	255,0	-11,1
© Situationsbericht 2026/T33-4		Quelle: Statistisches Bundesamt	

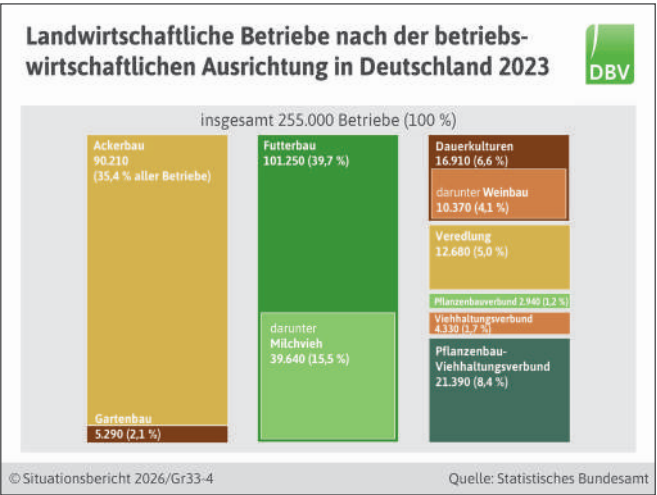
Agrarstruktur – Landwirtschaftliche Betriebe nach Bundesländern 2024				
Gebiet	Zahl der Betriebe in 1.000	Anteil in %	LF in 1.000 ha	Anteil in %
Baden-Württemberg	37,1	14,5	1.393,5	8,4
Bayern	82,3	32,3	3.100,7	18,7
Brandenburg	5,3	2,1	1.292,1	7,8
Hessen	15,2	5,9	766,6	4,6
Mecklenburg-Vorpommern	4,8	1,9	1.347,0	8,1
Niedersachsen	34,2	13,4	2.578,5	15,6
Nordrhein-Westfalen	33,7	13,2	1.492,3	9,0
Rheinland-Pfalz	15,2	6,0	708,9	4,3
Saarland	1,0	0,4	71,4	0,4
Sachsen	6,4	2,5	895,2	5,4
Sachsen-Anhalt	4,1	1,6	1.148,4	6,9
Schleswig-Holstein	11,6	4,6	977,9	5,9
Thüringen	3,6	1,4	772,6	4,7
Stadtstaaten	0,7	0,3	23,7	0,1
Deutschland	255,0	100,0	16.568,8	100,0

© Situationsbericht 2026/T33-2 Quelle: Statistisches Bundesamt

85 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands zu den Einzelunternehmen und 12 Prozent zu den Personengesellschaften. Gut 2 Prozent der Betriebe gehören zur Rechtsform der juristischen Personen (GmbH, Genossenschaft, AG). Allerdings bewirtschaften Einzelunternehmen nur 61 Prozent der Fläche. Personengesellschaften und juristische Personen weisen dagegen mit 22 bzw. 17 Prozent relativ hohe Flächenanteile aus. Juristische Personen existieren vor allem in den neuen Bundesländern. Sie bewirtschaften dort 50 Prozent der Fläche.

Bedeutung von Unternehmensverbünden

Von den insgesamt rund 258.700 landwirtschaftlichen Betrieben im Jahr 2022 firmierten rund 11.100 Betriebe in der Rechtsform einer juristischen Person oder einer Personengesellschaft. Diese bewirtschafteten zusammen eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von rund 3,7 Millionen Hektar. Davon waren gut 4.800 Betriebe Teil einer Unternehmensgruppe (UG). Auf sie entfiel eine LF von 2,1 Millionen Hektar. Dies entspricht 58 Prozent der LF der juristischen Personen und Personengesellschaften und knapp 13 Prozent der gesamtdeutschen LF. Es zeigt sich, dass in den ostdeutschen Ländern der Anteil dieser Betriebe, die einer Unternehmensgruppe angehören (57 %), höher ist als im Westen (32 %). Entsprechendes gilt für den Anteil der durch Unternehmensgruppen bewirtschafteten Flächen an der Fläche der juristischen



Spitze bei den Betriebsgrößen liegen Mecklenburg-Vorpommern mit durchschnittlich 283 Hektar LF pro Betrieb und Sachsen-Anhalt mit 281 Hektar LF pro Betrieb.

Rechtsformen

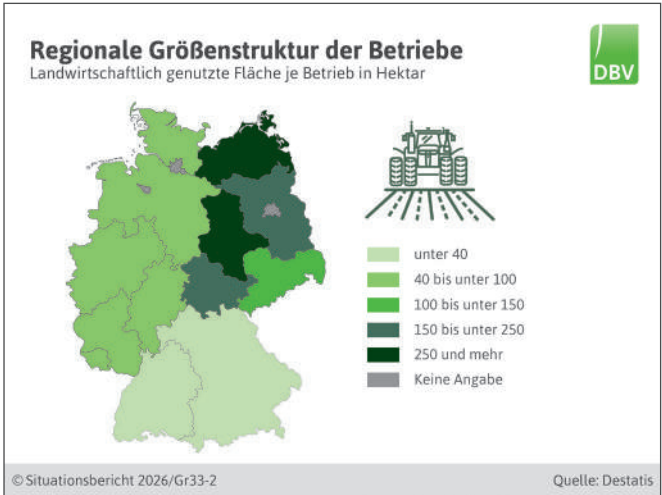
Einzelunternehmen dominieren

Nach Rechtsformen betrachtet dominieren die landwirtschaftlichen Einzelunternehmen, die in der Regel als Familienbetriebe geführt werden. Nach Ergebnissen der Agrarstrukturhebung 2023 zählen

Personen und Personenhandelsge-
sellschaften insgesamt. Im Westen
lag er bei 42 Prozent, im Osten bei
60 Prozent. An der gesamten ost-
deutschen LF machen die UG einen
Anteil von 36 Prozent aus, im Wes-
ten von entsprechend nur 1 Prozent.

Struktur der Verbünde

Von den rund 2.900 Unternehmens-
gruppen mit insgesamt gut 4.800
landwirtschaftlichen Betrieben
wurden 23 Prozent von einem
landwirtschaftlichen Gruppenober-
haupt geführt und 72 Prozent von
Unternehmensgruppen mit einem
nicht-landwirtschaftlichen Gruppen-
oberhaupt. Bei 5 Prozent liegt das
Gruppenoberhaupt im Ausland. Als
Gruppenoberhaupt wird in diesem
Zusammenhang immer das höchst-
ste Kontrollorgan in einer Gruppe
bezeichnet, das von keiner anderen
Einheit kontrolliert wird. Gleichwohl
bewirtschafteten die Unterneh-
mensgruppen mit einem landwirt-
schaftlichen Gruppenoberhaupt
über 53 Prozent der Fläche und
waren mit einer durchschnittlichen
Flächenausstattung von 1.708 Hek-
tar je Gruppe 3,9-mal größer als die
Unternehmensgruppen mit einem
nicht-landwirtschaftlichen Grup-
penoberhaupt. Die Ergebnisse aus
der erstmaligen Veröffentlichung
„Unternehmensverflechtungen“ für
das Jahr 2020 und die entsprechen-
den Ergebnisse ab dem Berichtsjahr
2022 sind nur bedingt vergleichbar,
da sich die Auswertungen in ihrer
Methodik unterscheiden.



**Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform juristische Personen und
Personenhandelsgesellschaften¹⁾ 2022 nach Zugehörigkeit zu einer
Unternehmensgruppe (UG) und Bundesländern**

Bundesländer	Insgesamt		dar. Betriebe, die Teil einer Unternehmens- gruppe sind		%Anteil der Betriebe, die Teil einer UG sind,			
	Be- triebe	ha LF in 1.000	Be- triebe	ha LF in 1.000	an den jur. Personen ³⁾		an allen Betrieben	
	Be- triebe	ha LF in 1.000	Be- triebe	ha LF in 1.000	Be- triebe	ha LF	Be- triebe	ha LF
Deutschland	11.107	3.663	4.810	2.118	43	58	2	13
Baden-Württemberg	652	38	207	17	32	45	1	1
Bayern	997	57	300	21	30	37	0	1
Brandenburg	1.250	821	702	489	56	60	13	38
Hessen	265	23	87	10	33	43	1	1
Mecklenburg-Vorp.	1.289	750	764	474	59	63	16	35
Niedersachsen	1.511	149	658	60	44	40	2	2
Nordrhein-Westf.	1.993	62	432	21	22	34	1	1
Rheinland-Pfalz	329	15	131	7	40	49	1	1
Saarland	22	2	3	1	14	39	0	1
Sachsen	825	535	468	329	57	61	7	37
Sachsen-Anhalt	908	608	476	316	52	52	11	27
Schleswig-Holstein	264	37	112	21	42	58	1	2
Thüringen	773	564	461	350	60	62	13	45
Früh. Bundesgeb.²⁾	6.033	383	1930	159	32	42	1	1
Neue Bundesländer	5.045	3.279	2871	1.958	57	60	12	36

1) Personenhandelsgesellschaft: Offene Handelsgesellschaft (OHG), Kommanditgesellschaft (KG) und Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Compagnie Kommanditgesellschaft (GmbH & Co. KG)
2) Ohne Stadtstaaten
3) Juristische Personen und Personenhandelsgesellschaften

© Situationsbericht 2026/T33-9
Quellen: Statistisches Bundesamt, BMLEH



Produktion sich stärker auf mehrere Produktionszweige verteilt, werden als Verbundbetriebe bezeichnet.

Futter- und Ackerbau dominieren

Die häufigste betriebswirtschaftliche Ausrichtung ist nach Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 in Deutschland mit rund 101.300 Betrieben der Futterbau, darunter 39.600 Betriebe mit Schwerpunkt Milchviehhaltung. Es folgt der Ackerbau mit 90.200 Betrieben, der zahlenmäßig in den letzten Jahren deutlich zugelegt hat. Rund 22.200 Betriebe sind Gartenbau- und Dauerkulturbetriebe, hierunter fällt z. B. auch der Weinbau mit 10.400 Betrieben. Futterbau und Ackerbau sind damit die dominierenden Produktionsschwerpunkte. Sie stellen zusammen 75 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe und erwirtschaften mit 29,3 Milliarden Euro deutlich mehr als die Hälfte (59 %) des gesamten Standardoutputs (SO) der deutschen Landwirtschaft (49,6 Mrd. €). Der Standardoutput ist dabei der durchschnittliche Geldwert der landwirtschaftlichen Bruttoerzeugung. Dazu werden die durchschnittlichen Erträge der Anbaufrüchte und aus der tierischen Erzeugung mit einem Durchschnittspreis multipliziert. Der Durchschnittspreis wird aus den regionalen Erlöspreisen der letzten fünf Jahre ermittelt.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtungen in den Bundesländern

In Schleswig-Holstein und Bayern haben die Futterbaubetriebe die

Landwirtschaftliche Betriebe nach Rechtsformen					
Rechtsform	Betriebe		Fläche		Durchschnittl. Betriebsgröße (ha LF)
	Zahl in 1.000	Anteil in Prozent	LF in 1.000 ha	Anteil in Prozent	
Früheres Bundesgebiet					
Einzelunternehmen	201,0	87,2	8.551,4	76,9	43
Personengesellschaften	27,3	11,8	2.419,6	21,8	89
Juristische Personen	2,3	1,0	148,8	1,3	65
Betriebe insgesamt	230,6	100,0	11.119,7	100,0	48
Ostdeutschland					
Einzelunternehmen	16,8	68,8	1.486,9	27,2	89
Personengesellschaften	3,7	15,0	1.256,8	23,0	344
Juristische Personen	3,9	16,2	2.722,1	49,8	689
Betriebe insgesamt	24,4	100,0	5.465,8	100,0	224
Deutschland					
Einzelunternehmen	217,8	85,4	10.038,3	60,5	46
Personengesellschaften	31,0	12,1	3.676,4	22,2	119
Juristische Personen	6,2	2,4	2.870,9	17,3	460
Betriebe insgesamt	255,0	100,0	16.585,5	100,0	65
© Situationsbericht 2026/T33-5			Quelle: Statistisches Bundesamt		

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung beschreibt die Spezialisierung eines Betriebes

Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung benennt den Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Produktion. Entfallen in einem Betrieb mehr als zwei Drittel des Geldwerts der

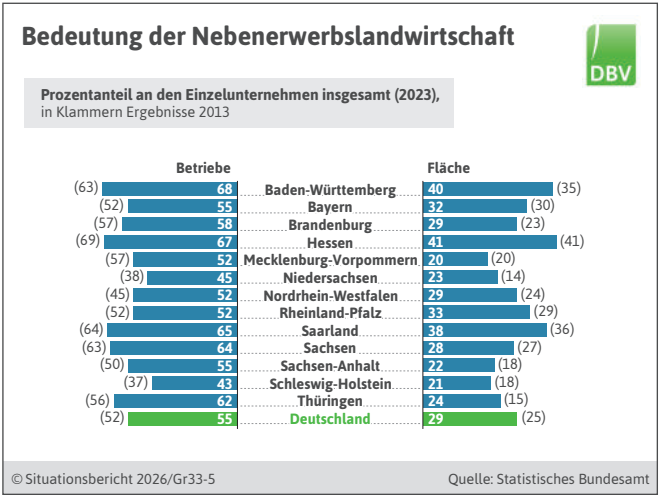
landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf einen einzelnen Produktionszweig, zählt er zu den spezialisierten Betrieben, wobei zwischen den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen Ackerbau, Gartenbau, Dauerkulturen, Futterbau und Veredlung unterschieden wird. Betriebe, deren

vergleichsweise größte wirtschaftliche Bedeutung. 54 bzw. 53 Prozent des Standardoutputs des jeweiligen Bundeslandes werden von Futterbaubetrieben erwirtschaftet. Ackerbaubetriebe haben eine relativ große Bedeutung in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Sie erwirtschaften dort jeweils 44 Prozent des landesweiten Standardoutputs. Veredlungsbetriebe haben mit einem Anteil von 25 Prozent am landesweiten Standardoutput in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die höchste Bedeutung. Veredlungsbetriebe sind solche, die ihren Standardoutput zu mehr als zwei Dritteln aus der Zucht bzw. Mast von Schweinen und/oder Geflügel generieren. Erwartungsgemäß ist im Südwesten Deutschlands der Weinbau bedeutend für die wirtschaftliche Stärke der Landwirtschaft, dies wird am beachtlichen Anteil der Dauerkulturen in Rheinland-Pfalz von rund 32 Prozent des landesweiten Standardoutputs deutlich.

55 Prozent der Einzelunternehmen sind Nebenerwerbsbetriebe

Die landwirtschaftlichen Einzelunternehmen können nach ihrem Erwerbscharakter unterschieden werden. Aufgrund des Verhältnisses von betrieblichem Einkommen und dem Einkommen aus außerbetrieblichen Quellen erfolgt die Zuordnung: Die Haupterwerbsbetriebe beziehen mehr als 50 Prozent ihres Jahresnettoeinkommens aus dem landwirtschaftlichen Betrieb, die Nebenerwerbsbetriebe weniger

Landwirtschaftliche Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung								
Betriebsform	Betriebe		Fläche		Standard-output		Viehbestand	
	Anzahl	%	1.000 ha LF	%	Mrd. €	%	1.000 GVE	%
Ackerbaubetriebe	90.210	35,4	7.005	42,2	11,628	23,5	229	2,0
Gartenbaubetriebe	5.290	2,1	66	0,4	3,230	6,5	.	0,0
Dauerkulturbetriebe	16.910	6,6	200	1,2	1,749	3,5	5	0,0
dar. spezialisierte Weinbaubetriebe	10.370	4,1	89	0,5	0,765	1,5	.	0,0
Futterbaubetriebe	101.250	39,7	5.797	35,0	17,625	35,5	7.259	64,1
dar. spezialisierte Milchviehbetriebe	39.640	15,5	3.683	22,2	14,233	28,7	5.252	46,4
dar. spez. Rinder-aufzucht/-mast	29.870	11,7	1.201	7,2	2,041	4,1	1.213	10,7
dar. spezialisierte Schafbetriebe	8.020	3,1	257	1,5	0,279	0,6	142	1,3
Veredlungsbetriebe	12.680	5,0	662	4,0	7,883	15,9	2.186	19,3
dar. spezialisierte Schweinebetriebe	9.130	3,6	491	3,0	4,718	9,5	1.564	13,8
dar. spezialisierte Geflügelbetriebe	3.290	1,3	149	0,9	2,959	6,0	562	5,0
Verbundbetriebe	28.660	11,2	2.856	17,2	7,469	15,1	1.641	14,5
Betriebe insgesamt	255.010	100,0	16.586	100,0	49,585	100,0	11.324	100,0
© Situationsbericht 2026/T33-8 Quelle: Statistisches Bundesamt								



als 50 Prozent. Nach dieser Definition werden nach Ergebnissen der Agrarstrukturhebung 2023 55 Prozent der Einzelunternehmen im Nebenerwerb und 45 Prozent im Haupterwerb geführt. 2013 lagen

die Anteile noch bei 52 bzw. 48 Prozent. In Baden-Württemberg und Hessen liegt der Anteil der Einzelunternehmen im Nebenerwerb bei mehr als zwei Dritteln. Im Saarland sowie in Sachsen und Thüringen

sind es knapp zwei Drittel. Im Vergleich zu 2013 ist der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe in fast allen Bundesländern deutlich angestiegen. Diese Entwicklung geht einher mit der relativ stark abnehmenden Zahl viehhaltender Betriebe.

Flächenausstattung sehr unterschiedlich

Der Nebenerwerb kann sowohl Übergangsstadium als auch stabile

Form einzelbetrieblicher Entwicklungen sein. Die im Nebenerwerb geführten Familienbetriebe bewirtschaften knapp 3,0 Millionen Hektar LF – das sind durchschnittlich 24,5 Hektar je Betrieb. Die im Haupterwerb geführten Betriebe bewirtschaften mit durchschnittlich 72,7 Hektar eine fast dreimal größere LF als die Nebenerwerbsbetriebe. Dabei haben die Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe in den

ostdeutschen Bundesländern eine höhere durchschnittliche Flächenausstattung als die Betriebe im früheren Bundesgebiet.

Einkommenskombination als Strategie

Laut Agrarstrukturhebung 2023 erzielten 54 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland Einnahmen aus landwirtschaftsnahen Tätigkeiten als Ergänzung zur landwirtschaftlichen Erzeugung. Unter diesen rund 137.300 landwirtschaftlichen Betrieben waren 2023 36.300 mit einer oder mehreren rechtlich ausgelagerten Einkommenskombinationen. Im 10-Jahresvergleich ist der Anteil der Betriebe mit Einkommenskombinationen stark angestiegen.

Erzeugung von erneuerbaren Energien ein besonders wichtiges Einkommensstandbein

Bei der Agrarstrukturhebung 2023 wurden dreizehn landwirtschaftsnahen Einkommensquellen der landwirtschaftlichen Betriebe erfasst. Die vorherrschende – neben der landwirtschaftlichen Produktion – zusätzliche Einkommensquelle ist die Erzeugung erneuerbarer Energien. Von den rund 137.300 landwirtschaftlichen Betrieben mit zusätzlichen Einkommensquellen geben 47 Prozent die Erzeugung erneuerbarer Energien als weiteres betriebliches Standbein an. Davon sind rund 41 Prozent als rechtlich ausgelagerte Betriebe organisiert. Weitere wichtige Einkommenskombination ist die Forstwirtschaft mit 27 Prozent, die in engem Zusammenhang mit

Landw. Betriebe mit landwirtschaftsnahen Einkommenskombinationen				
	Betriebe mit Einkommenskombinationen			
	Betriebe	davon mit rechtlich ausgelagerten Betrieben	Anteil an allen Betrieben (255.000 Betriebe)	Anteil an Betrieben mit Einkommenskombinationen
	Anzahl	Anzahl*	Prozent	Prozent
Gesundheits-, Sozial- oder Bildungsleistungen	4.580	540	1,8	3,3
Verarbeitung landw. Erzeugnisse	9.000	1.430	3,5	6,6
Direktvermarktung landw. Erzeugnisse	35.730	2.510	14,0	26,0
Fremdenverkehr, Freizeitaktivitäten	9.490	2.320	3,7	6,9
Pensions- und Reitsportpferdehaltung	16.430	800	6,4	12,0
Erzeugung erneuerbarer Energien	65.050	26.880	25,5	47,4
Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen	520	.	0,2	0,4
Be- und Verarbeitung von Holz	15.660	880	6,1	11,4
Fischzucht und Fischerzeugung	940	.	0,4	0,7
Arbeiten für andere landw. Betriebe	30.970	2.680	12,1	22,6
Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft**	10.390	2.940	4,1	7,6
Forstwirtschaft	37.620	1.390	14,8	27,4
Sonstige Einkommenskombinationen***	11.880	4.490	4,7	8,7
Betriebe insgesamt	137.270	36.300	53,8	100,0
* Nur Einzelunternehmen ** Dazu zählen (vertraglich fixiert) z. B. Landschaftspflege, Straßenbau und Winterdienst *** Dazu zählt das Unterstellen von Caravans bzw. Wohnwagen, Booten usw. in Wirtschaftsgebäuden des Betriebes – allerdings nur, sofern diese Gebäude auch landwirtschaftlich genutzt werden.				
© Situationsbericht 2026/T33-6			Quelle: Statistisches Bundesamt	

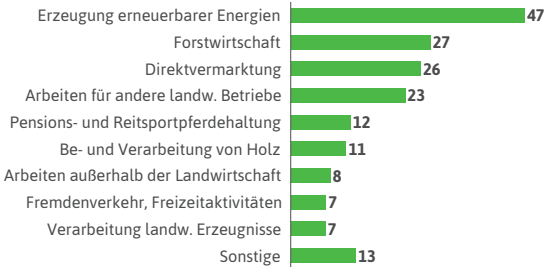
der Be- und Verarbeitung von Holz (11 %) steht. An dritter und vierter Stelle folgen die Direktvermarktung (26 %) und die Übernahme von Arbeiten wie Feldarbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe (23 %). Mit etwas Abstand nennen die Landwirte die Pensions- und Reitpferdehaltung mit 12 Prozent. Ein landwirtschaftlicher Betrieb kann mehrere zusätzliche Einkommensquellen haben.

Starker Trend zu zusätzlichen Geschäftsbereichen

In den 137.300 Betrieben mit landwirtschaftsnahen Einkommenskombinationen sind seit der Landwirtschaftszählung 2020 auch landwirtschaftsnahe Einkommenskombinationen aus rechtlich ausgelagerten Betrieben enthalten. Ohne Berücksichtigung dieser rechtlich eigenständigen Betriebe hatten 2023 118.900 landwirtschaftliche Betriebe auf mindestens eine landwirtschaftsnahe Einkommensquelle zurückgegriffen. Das sind 47 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Im Jahr 2013 lag der entsprechende Anteil noch bei 33 Prozent und damit vierzehn Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2023. Für 23.700 landwirtschaftliche oder 20 Prozent der Betriebe mit Einkommenskombinationen stellen die landwirtschaftsnahen Aktivitäten mehr als 50 Prozent des Erwerbseinkommens. Der Produktionswert dieser landwirtschaftsnahen Erwerbsaktivitäten wird für 2023 auf 3,8 Milliarden Euro geschätzt.

Betriebe mit landwirtschaftsnahen Erwerbs- und Einkommenskombinationen (2023), in Prozent

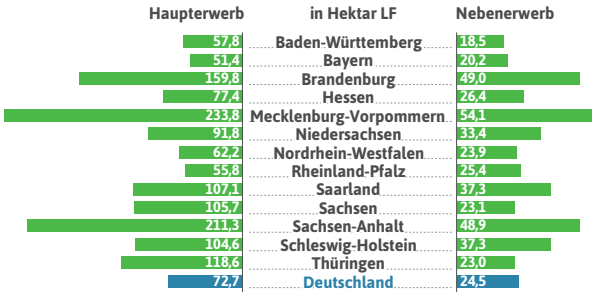
(insgesamt 137.270 Betriebe = 54 Prozent aller Betriebe)



© Situationsbericht 2026/Gr33-7

Quelle: Statistisches Bundesamt

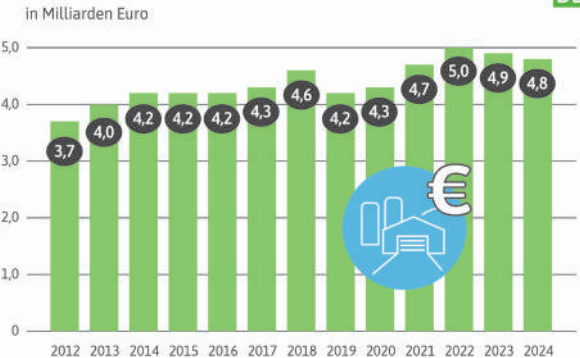
Durchschnittliche Flächenausstattung von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben nach Bundesländern (2023)



© Situationsbericht 2026/Gr33-6

Quelle: Statistisches Bundesamt

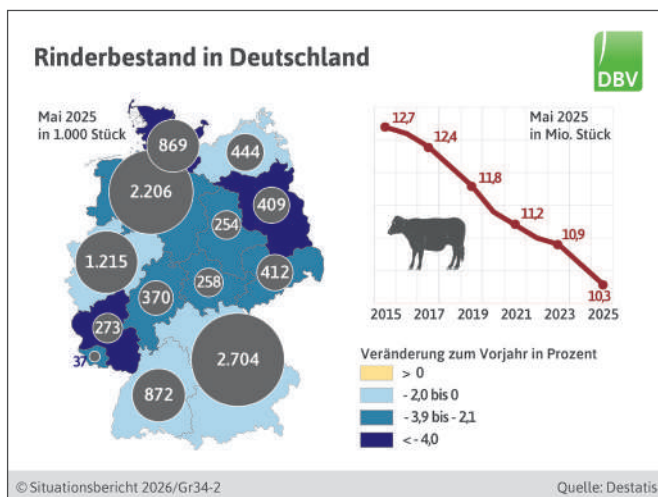
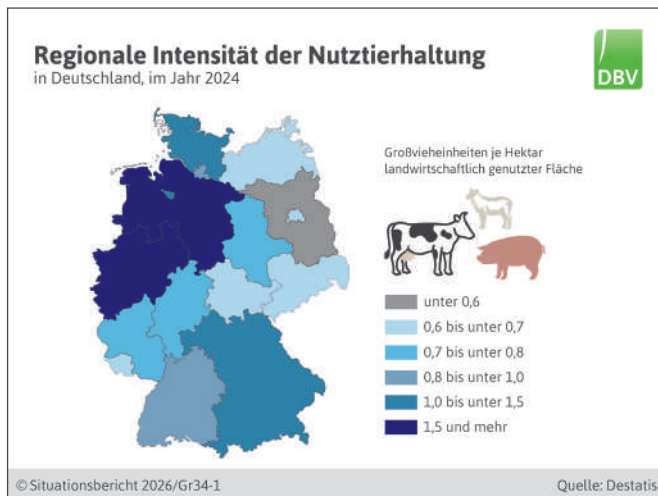
Produktionswert landwirtschaftsnaher Aktivitäten



© Situationsbericht 2026/Gr33-8

Quelle: BMLEH

3.4 Tierhaltende Betriebe



in den einzelnen Bundesländern von unterschiedlichen Tierarten bestimmt. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen werden 62 Prozent aller Schweine in Deutschland gehalten. Die Geflügelhaltung ist mit 46 Prozent der gesamten Haltungsplätze besonders auf Niedersachsen konzentriert. Spitzenreiter bei der Rinderhaltung ist weiterhin Bayern – hier stehen 26 Prozent des Gesamtbestandes, gefolgt von Niedersachsen (22 %) und Nordrhein-Westfalen (12 %). Insgesamt nahm die Zahl der Tierhalter zwischen 2013 und 2023 mit 19 Prozent stärker ab als die Viehbestände (in GVE) mit 13 Prozent.

Enormer Strukturwandel

Die amtliche Statistik zählt im Halbjahresrhythmus im Mai und November die Viehbestände in Deutschland. Nach den Mai-Ergebnissen 2024 hält der starke Strukturwandel unter den Nutztierhaltern weiterhin an. Mit diesem Strukturwandel einher geht eine Abstockung der Viehbestände. Während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 2013 und 2023 um rund 11 Prozent zurückging, verringerte sich die Zahl der darin enthaltenen Betriebe mit Nutztierhaltung um 19 Prozent.

Regionale Unterschiede

Die Tierhaltung erfolgt in den verschiedenen Regionen Deutschlands mit unterschiedlicher Intensität, gemessen an der Relation des Tierbestands (in Großvieheinheiten – eine GVE entspricht 500 Kilogramm Lebendgewicht) zu der zur Verfügung stehenden

landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) der tierhaltenden Betriebe. Im Bundesländervergleich relativ hohe Werte weisen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (1,5 bzw. 1,6 GVE je ha LF) auf. Auch Bayern (1,1 GVE je ha LF) liegt noch über dem Bundesdurchschnitt von 1,0 GVE je ha LF. Die Tierhaltung wird

Weniger Rinder, noch weniger Rinderhalter

Nach den Ergebnissen der Mai-Zählung 2025 lag die Zahl der in Deutschland gehaltenen Rinder bei 10,3 Millionen Stück. Damit ist der deutsche Rinderbestand gegenüber Mai 2024 weiter rückläufig gewesen (- 2,7 %). Die Zahl der Rinderhalter verringerte sich auf 122.600 (- 1,6 %). Im Zehnjahresvergleich ist der Rinderbestand in Deutschland um rund 2,3 Millionen Tiere oder gut 18Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Rinderhalter ging um 28.800 oder 19 Prozent zurück.

77 Prozent der Rinder in Beständen mit 100 und mehr Rindern

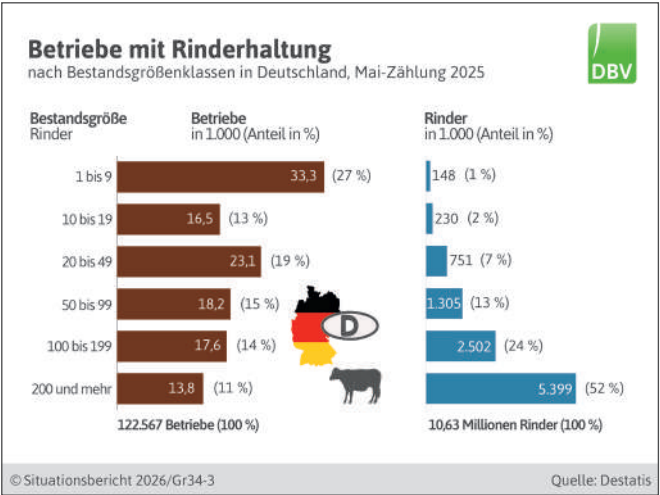
Der Anteil der Betriebe mit 100 und mehr Rindern liegt zwar nur bei 25,7 Prozent, sie halten aber drei Viertel aller Tiere (76,7 %). Dabei treten deutliche regionale Unterschiede auf. Während in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg der Anteil der Tiere in den Größenklassen ab 100 Rinder um die 90 Prozent liegt, werden in Bayern und Baden-Württemberg weniger als zwei Drittel der Rinder in Beständen mit 100 und mehr Rindern gehalten.

Rund ein Drittel auf der Weide

Nach zuletzt für das Jahr 2019 vorliegenden Angaben aus der Landwirtschaftszählung 2020 konnten 3,6 Millionen Rinder und damit rund 31 Prozent aller Rinder in Deutschland auf Weiden grasen. Im Zehnjahresvergleich zeigt sich ein Rückgang der Weidehaltung, da

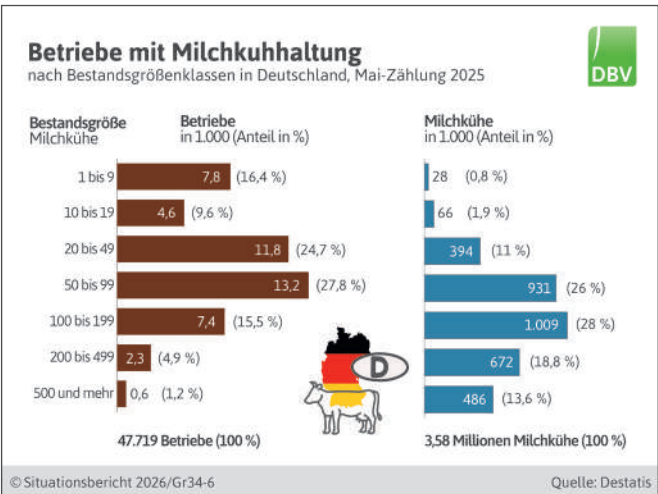
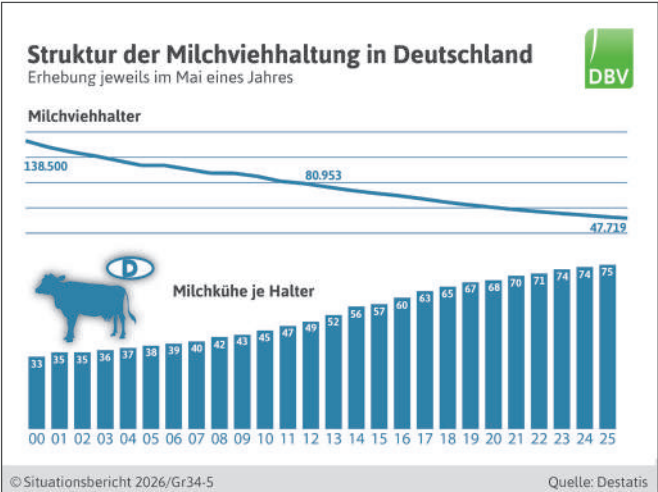
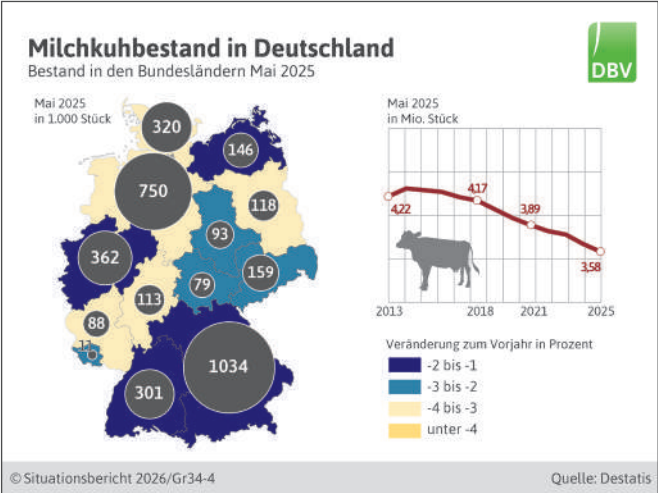
2009 noch 37 Prozent der Rinder die Möglichkeit zum Weidegang hatten. Regional gibt es große Unterschiede in der Weidehaltung. In Bayern lag der Anteil der Weidenutzung 2019 bei 17 Prozent. In Niedersachsen hatten 34 Prozent

der Rinder eine Möglichkeit zur Weidenutzung. Was die Weidehaltung in der Milchviehhaltung angeht, sind Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein die Spitzenreiter. Hier hat etwa die Hälfte der Milchkühe Zugang zur Weide.



Agrarstruktur – Prozent-Anteil der Betriebe mit größeren Tierbeständen 2025								
Bundesland	Anteil der Betriebe mit größeren Tierbeständen in Prozent							
	200 und mehr Rinder		100 und mehr Milchkühe		2.000 und mehr Schweine		250 und mehr Zuchtsauen	
	Be-triebe	Tiere	Be-triebe	Tiere	Be-triebe	Tiere	Be-triebe	Tiere
Baden-Württemb.	7,5	36,7	17,5	35	6,8	–	19,3	1041
Bayern	6,4	25,5	8,2	24,2	3,7	13,6	12,2	2.423
Brandenburg	14,7	79,3	39,9	99,6	50	93,4	66,7	533
Hessen	5,9	36,5	18,5	56,7	5,7		17,6	418
Mecklenburg-Vorp	17,1	83,4	48,1	72,2	63,6	91,9	80	519
Niedersachsen	22,2	67,4	43,8	71,3	30	67,4	44,1	3.988
Nordrhein-Westf.	11,7	51,1	30,6	66,7	9,8	29,7	38,5	1.761
Rheinland-Pfalz	8,1	40,7	25,6	61	8,3	28,4	0	346
Saarland	7,8	31,3	32,5	–	–	–	–	45
Sachsen	7,7	73,8	29,8	92,4	54,5	93,1	50	474
Sachsen-Anhalt	12,5	78,9	44,1	94,5	60	82,8	100	338
Schleswig-Holst.	25,1	71,2	48,7	76	36,2	71,1	47,1	1.605
Thüringen	8,5	75,7	41,1	86,2	45,5	94,5	50	326
Deutschland	7,5	36,7	17,5	35	6,8	–	19,3	1.041

© Situationsbericht 2026/T34-1 Quelle: Statistisches Bundesamt



36 Prozent weniger Milchviehhalter binnen 10 Jahren

2025 ist die Zahl der Milchkuhhalter in Deutschland weiter stark zurückgegangen. Im Mai 2025 wurden 47.700 Milchviehhalter und damit im Jahresvergleich 3,6 Prozent weniger gezählt. Bereits in den vergangenen zehn Jahren war die Zahl der Milchviehhalter jährlich zwischen 4 und 5 Prozent geschrumpft. So hat sich die Zahl der Milchviehhalter zwischen Mai 2015 und Mai 2025 um 36 Prozent verringert. Die Zahl der Milchkühe reduzierte sich gegenüber Mai 2024 um 2,5 Prozent auf 3,6 Millionen Tiere. Im Zehnjahresvergleich fällt das Tierbestandsminus mit 16,5 Prozent geringer aus als der prozentuale Rückgang der Milchviehhalter (- 36 %). Die mit Abstand bedeutendsten Rinderrassen sind die Milchnutzungsrasse „Holstein-Schwarzbunt“ mit rund 3,9 Millionen Tieren, gefolgt von der Doppelnutzungsrasse „Fleckvieh“ mit rund 3,0 Millionen Tieren.

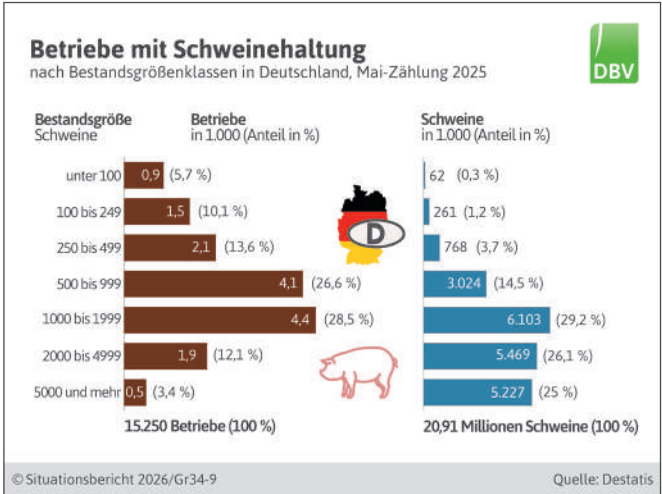
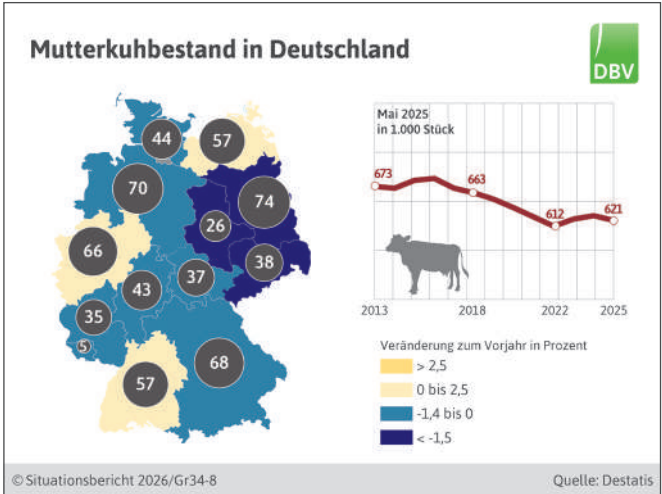
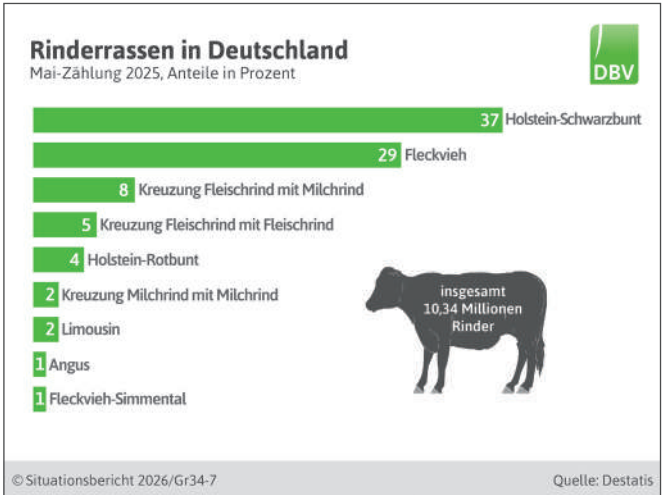
60 Prozent der Milchkühe in Beständen mit 100 und mehr Milchkühen

In Beständen mit 100 und mehr Milchkühen – das sind 21,6 Prozent aller Milchviehhaltungen – standen im Mai 2025 rund 60 Prozent der deutschen Milchkühe. Die Anzahl der Milchviehhaltungen mit über 500 Milchkühen lag 2025 bei 583. Deren Milchviehherden machen mit 486.000 Tieren gut 13,6 Prozent des deutschen Milchviehbestandes aus. Im Mai 2025 wurden in Deutschland 621.100 Ammen- und Mutterkühe

gezählt. Damit ist der Bestand an diesen Kühen im Jahresvergleich um 1,2 Prozent angestiegen. Auch die Zahl ihrer Halter nahm gegenüber dem Vorjahr mit plus 0,7 Prozent leicht zu. Die insgesamt 50.700 Ammen- und Mutterkuhhalter hielten zuletzt im Durchschnitt 12 Ammen- und Mutterkühe. Der Schwerpunkt dieser Art von Rinderhaltung liegt in Ostdeutschland, wo 37 Prozent aller deutschen Ammen- und Mutterkühe gehalten werden.

Deutsche Schweineerzeugung im Sinkflug

Nach der Mai-Zählung 2025 ist die Zahl der in Deutschland gehaltenen Schweine auf 20,9 Millionen Tiere leicht gesunken (gegenüber Vorjahr - 1,2 %). Die Zahl der Schweinehalter sank stärker auf 15.300 (gegenüber Vorjahr - 3,3%). Im Vergleich zu 2015 ist die Zahl der Schweinehalter um 10.600 oder 41 Prozent zurückgegangen, die Zahl der gehaltenen Schweine um 7,2 Millionen Tiere oder 25,6 Prozent zurückgegangen. Nach Befragungsergebnissen sehen die Landwirte, unabhängig von der Marktlage, einen wesentlichen Grund für diese starke Produktions Einschränkung vor allem in unsicheren Rahmenbedingungen bei den Tierhaltungsstandards. Der durchschnittliche Schweinebestand hat sich im Zehnjahresvergleich von circa 1.100 Schweinen auf knapp 1.400 Schweine erhöht (+ 27,27 %).

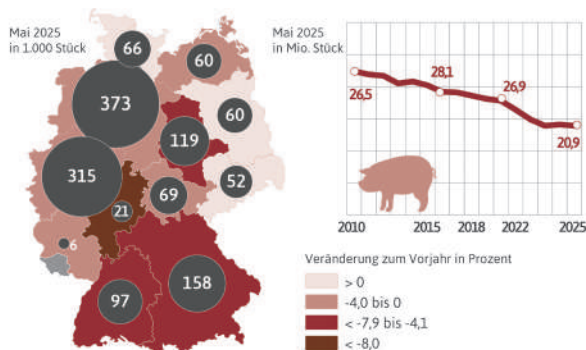


Zuchtsauenbestand in Deutschland



Mai 2025
in 1.000 Stück

Mai 2025
in Mio. Stück



© Situationsbericht 2026/Gr34-10

Quelle: Destatis

Schweinehaltung: Vier Fünftel auf Vollspaltenböden

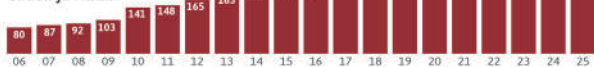
Nach zuletzt für 2020 vorliegenden Angaben aus der Landwirtschaftszählung 2020 hatten 34.800 Betriebe rund 27,8 Millionen Stallhaltungsplätze für Schweine. 2010 waren es noch 65.200 Betriebe (- 47 %) mit 28,5 Millionen Stallhaltungsplätzen (- 3 %). Von den insgesamt 27,8 Millionen Plätzen in der Schweinehaltung nahmen Ställe mit Vollspaltenböden den größten Anteil ein, nämlich etwa 79 Prozent aller Haltungsplätze. Gegenüber 2010 ist das ein Anstieg um 12 Prozentpunkte. Der Anteil der Plätze in Ställen mit Teilspaltenboden lag zuletzt bei 17 Prozent gegenüber 25 Prozent im Jahr 2010. Andere Haltungsverfahren, wie beispielsweise Haltungsplätze mit planbefestigtem Boden mit Einstreu oder mit Tiefstreu, waren mit nur 4 Prozent kaum verbreitet. Nur gut 1 Prozent der Haltungsplätze für Schweine war mit einem Zugang zu einem Auslauf versehen.

Struktur der Sauenhalter in Deutschland

Viehbestandserhebung im Mai eines Jahres



Sauen je Halter



Sauenhalter in 1.000



© Situationsbericht 2026/Gr34-11

Quelle: Destatis

Struktur der Schweinehalter in Deutschland

Viehbestandserhebung im Mai eines Jahres



Schweine pro Halter



Halter in 1.000



© Situationsbericht 2026/Gr34-12

Quelle: Destatis

Jeder 2. Sauenhalter hat in den letzten 10 Jahren aufgegeben

Mit rund 1,4 Millionen Tieren bleibt die Zahl der in Deutschland gehaltenen Zuchtsauen im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert (Mai 2025 zu Mai 2024 -1,3 %). Die Zahl ihrer Halter ging dagegen weiter deutlich zurück (- 4,5 %). Binnen 10 Jahren hat knapp jeder zweite Sauenhalter seine Ferkelerzeugung eingestellt (- 49 %). Die Zahl der gehaltenen Sauen hat sich im gleichen Zeitraum um 42,5 Prozent vermindert. Die Anzahl der

gehaltenen Zuchtsauen pro Betrieb hat sich auf durchschnittlich 285 Tiere erhöht (+ 39 %).

Sinkende Schafbestände

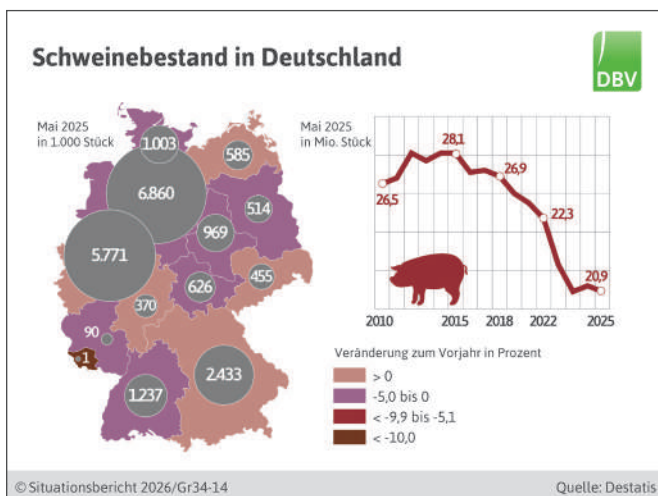
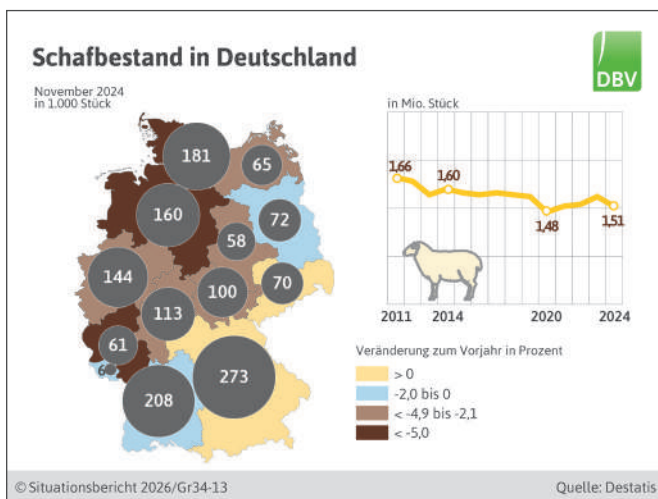
Die Schafbestände werden von der amtlichen Statistik nur im November erfasst, 2024 waren es insgesamt 1,51 Millionen Schafe. Das ist ein Rückgang von 48.800 Tieren (- 3,1 %) im Vergleich zum November 2023. Die Anzahl der Schafhalter stieg im Jahresvergleich um 1,3 Prozent auf 9.670 leicht an. Im Zehnjahresvergleich sind Schafhalter und Schafbestände um 2,3 bzw. 5,6 Prozent zurückgegangen. 810 Betriebe halten 500 Schafe und mehr. Auf sie entfielen im November 2024 51 Prozent des Schafbestandes in Deutschland. In der jährlichen Stichtags-Viehzählung werden nur Betriebe erfasst, die mindestens 20 Schafe halten. Nach der Agrarstrukturerhebung werden dagegen auch Betriebe mit weniger als 20 Schafen erfasst, soweit sie über andere Tierarten oder die Fläche zu den erhebungspflichtigen Betrieben gehören. Nach Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 gab es 20.190 Schafhalter mit 1,82 Millionen Schafen.

Legehennen: Freilandhaltung gewinnt weiter an Bedeutung

46.700 Betriebe hatten im Jahr 2020 insgesamt 60,9 Millionen Haltungsplätze für Legehennen. Die Anzahl der Haltungsplätze für Legehennen stieg in dem Zehnjahreszeitraum 2010 bis 2020 um 43 Prozent, während die Anzahl der Betriebe mit Legehennenhaltung in diesem

Zeitraum um 11.700 Betriebe oder 20 Prozent abnahm. Zwischen 2010 und 2020 ist die Zahl der Bodenhaltungsplätze von 28,1 auf 39,4 Millionen und damit um 40 Prozent angestiegen, wodurch die Bodenhaltung in 2020 mit einem Anteil von 65 Prozent weiterhin die dominierende Haltungsform bei Legehennen bleibt (2010: 66 %). Der Anteil der Freilandhaltung hat in den vergangenen zehn Jahren von 17 auf 31 Prozent zugenommen und

war damit 2020 die zweitwichtigste Haltungsform. Unter den 47.100 Legehennenhaltungsbetrieben sind gut 1.100 Betriebe, die mehr als 10.000 Hennenhaltungsplätze aufweisen. Auf diese Betriebe entfallen etwa 87 Prozent der Legehennenhaltung in Deutschland.



Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft weiter rückläufig

Nach Ergebnissen der Agrarstrukturenerhebung 2023 sind in Deutschland rund 875.900 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Gegenüber 2013 entspricht dies einem Rückgang von 14 Prozent. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe um 11 Prozent zurück. Infolgedessen nahm die durchschnittliche Anzahl der Arbeitskräfte pro Betrieb um 0,2 auf 3,4 ab. Die Zahl der Arbeitskräfte je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) hat sich von 6,1 Arbeitskräften im Jahr 2013 auf 5,3 Arbeitskräfte in 2023 verringert. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die wachsenden Betriebsgrößen, die weiter voranschreitende Technisierung und die dadurch bedingten Effizienz- und Produktivitätssteigerungen zurückzuführen. Auch der Abbau der Tierhaltung spielt eine Rolle.

Arbeitskräftebesatz geht auf 2,8 AK-Einheiten je 100 Hektar zurück

Nicht alle Arbeitskräfte arbeiten in Vollzeit. Deshalb wird die Maßzahl Arbeitskräfteeinheit (AKE) berechnet, die die Teilzeitbeschäftigung auf Vollzeitäquivalente wiedergibt. Die betriebliche Arbeitsleistung belief sich 2023 auf insgesamt 457.200 AK-Einheiten. Gegenüber 2013 entspricht dies

Landwirtschaftlicher Arbeitskräfteeinsatz im Zeitvergleich							
- Angaben jeweils in 1.000 -							
Jahr	Familienarbeitskräfte		Ständige Arbeitskräfte		Saisonarbeitskräfte	Arbeitskräfte	Arbeitsleistung
	insgesamt	darunter vollbeschäftigt	insgesamt	darunter vollbeschäftigt		insgesamt	in AK-Einheiten
Früheres Bundesgebiet							
2013	477	170	121	62	273	871	426
2016	422	152	128	64	246	797	398
2020	408	138	156	73	239	803	399
2023	374	122	167	74	215	756	378
Ostdeutschland							
2013	27	10	79	60	40	145	95
2016	26	10	77	61	41	143	93
2020	26	8	73	54	35	135	86
2023	24	8	68	48	28	120	79
Deutschland							
2013	506	181	201	123	314	1.021	523
2016	449	162	205	125	286	940	490
2020	434	146	229	127	275	938	485
2023	398	130	235	123	243	876	457
© Situationsbericht 2026/T35-1					Quellen: BMEL, Statistisches Bundesamt		

	Gesamt	Frauen	Männer	Frauen- anteil in %
Landwirt/in	9.405	2.166	7.236	23,0
Fachkraft Agrarservice	804	36	768	4,5
Winzer/in	621	180	441	29,0
Pflanzentechnologe/technologin	162	87	72	53,7
Tierwirt/in	678	360	318	53,1
Pferdewirt/in	1.539	1.347	192	87,5
Fischwirt/in	135	6	129	4,4
Destillateur/in	63	15	45	23,8
Forstwirt/in	2.205	225	1.980	10,2
Gärtner/in	14.583	3.135	11.448	21,5
Milchtechnologe/technologin	561	174	387	31,0
Hauswirtschaftler/in	63	63	-	100,0
Revierjäger/in	60	9	51	15,0
Milchwirtschaftliche(r) Laborant/in	417	312	105	74,8
Summe	31.296	8.115	23.172	25,9

© Situationsbericht 2026/T35-3

Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitskräfte und Erwerbstätige

Die Statistiken über die in der Landwirtschaft tätigen Personen gehen auf unterschiedliche Erhebungen zurück:

- Arbeitskräfte werden in der Agrarstrukturerhebung bzw. Landwirtschaftszählung erhoben. Diese werden nach dem Grad der Beschäftigung (Vollzeit/Teilzeit) erhoben und auch nach Arbeitskraft-Einheiten (AKE) ausgewertet.
- Erwerbstätige werden in der amtlichen Statistik nach ihrer Haupterwerbstätigkeit erfasst und den Wirtschaftszweigen zugeordnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt

einem Rückgang von 13 Prozent. Üblicherweise werden Arbeitskräfteeinheiten je 100 Hektar LF ausgewiesen, daraus ergibt sich der Arbeitskräftebesatz. Im Jahr 2023 lag der Arbeitskräftebesatz in der deutschen Landwirtschaft bei 2,8 Vollzeitäquivalenten je 100 Hektar LF. Zehn Jahre zuvor lag er noch entsprechend bei 3,1. Beim Einsatz von Arbeitskräften gibt es deutliche regionale Unterschiede. Die Spanne liegt zwischen einem Arbeitskräftebesatz von 1,1 je 100 Hektar in Mecklenburg-Vorpommern und 4,6 je 100 Hektar im Sonderkultur intensiven Rheinland-Pfalz.

Knapp die Hälfte sind Familienarbeitskräfte

Die Landwirtschaft ist ein Wirtschaftsbereich, in dem die Arbeit

Agrarstruktur – Arbeitskräftebesatz landwirtschaftlicher Betriebe 2023			
	Einzelunternehmen	Juristische Personen	Personengesellschaften
Früheres Bundesgebiet			
AK-Einheiten je Betrieb	1,4	4,1	3,0
AK-Einheiten je 100 ha LF	3,3	6,4	3,4
Ostdeutschland			
AK-Einheiten je Betrieb	1,3	10,5	4,5
AK-Einheiten je 100 ha LF	1,4	1,5	1,3
Deutschland			
AK-Einheiten je Betrieb	1,4	8,2	3,2
AK-Einheiten je 100 ha LF	3,1	1,8	2,7
© Situationsbericht 2026/T35-2		Quellen: Statistisches Bundesamt, BMEL	

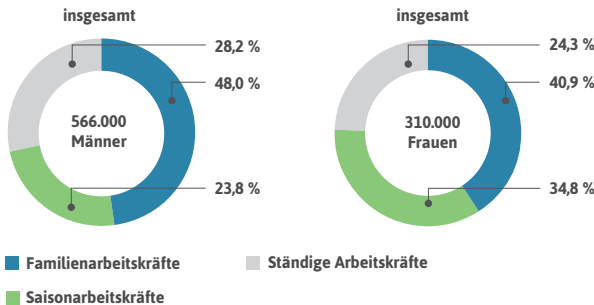
zum größten Teil von den Betriebsleitern und ihren Familienangehörigen geleistet wird. Von den 875.900 Arbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft waren nach Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 398.300 Familienarbeitskräfte (45 % aller Arbeitskräfte). Hinzu kommen 234.800 ständig angestellte Arbeitskräfte und rund 242.800 Saisonarbeitskräfte. Im Vergleich zu 2013 ist der Anteil der angestellten Arbeitskräfte stark gestiegen (+ 17 %), zu Lasten des Anteils der Familienarbeitskräfte (– 21 %).

Beschäftigungsstruktur regional unterschiedlich

Regionale Unterschiede in den Betriebsstrukturen spiegeln sich in der Beschäftigtenstruktur wider: Auch in 2023 stellten in den westlichen Bundesländern die in Einzelunternehmen tätigen Familienarbeitskräfte mit rund 374.200 Personen bzw. 49 Prozent das Gros der in der Landwirtschaft tätigen Personen. 22 Prozent zählten hier zu den ständig angestellten Arbeitskräften und 28 Prozent waren

Saisonarbeitskräfte. In Ostdeutschland dominieren aufgrund der Vielzahl von Personengesellschaften und juristischen Personen die ständig angestellten Arbeitskräfte. Von den insgesamt 119.700 Arbeitskräften in Ostdeutschland zählten 2023 57 Prozent zu den ständig angestellten Arbeitskräften, 20 Prozent zu den Familienarbeitskräften und 23 Prozent zu den Saisonarbeitskräften.

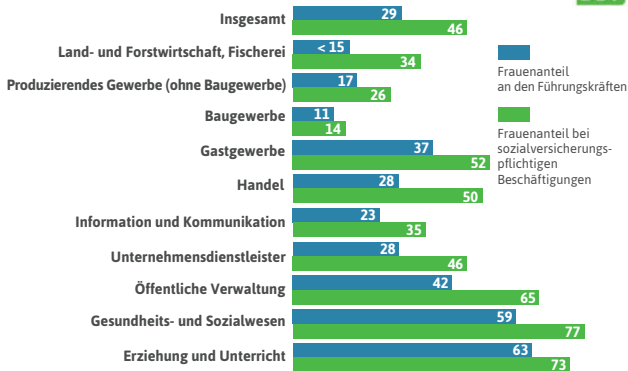
Männer und Frauen in der Landwirtschaft 2023



© Situationsbericht 2026/Gr35-2

Quelle: Statistisches Bundesamt

Frauenanteil an den Führungskräften und an den Erwerbstätigen 2023, in Prozent



© Situationsbericht 2026/Gr35-2

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Schätzung

Saisonale Beschäftigung von großer Bedeutung

Gut ein Viertel (28 %) der Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft sind Saisonarbeitende. Hierbei handelt es sich um Arbeitskräfte mit weniger als sechs Monaten Beschäftigungsdauer. Sie sind überwiegend als Erntehelferinnen und -helfer beschäftigt. Ihr Anteil schwankt zwischen 11 Prozent im Saarland und 50 Prozent in Rheinland-Pfalz.

Von den 242.800 Saisonarbeitskräften (2023) in der deutschen Landwirtschaft sind nach Einschätzung des Gesamtverbandes der deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände (GLFA) etwa 95 Prozent nichtdeutscher Herkunft. Die Anzahl der Arbeitskräfte aus Polen ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, die Anzahl der Arbeitskräfte aus Rumänien im Gegenzug kontinuierlich gestiegen. Von den ausländischen Saisonarbeitskräften stammen nach Einschätzung des GLFA mehr als 70 Prozent aus Rumänien, knapp 20 Prozent aus Polen und der Rest aus anderen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten (vor allem aus der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien).

Mehr als zwei Drittel der Arbeitskräfte in Teilzeit beschäftigt

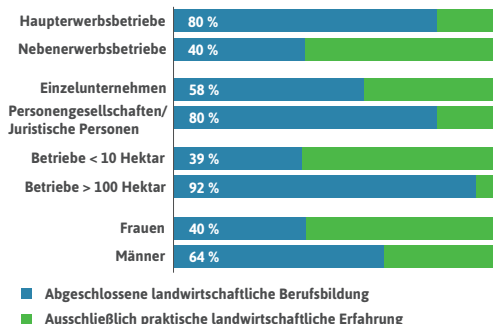
In den landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten im Jahresdurchschnitt 29 Prozent der Beschäftigten in Vollzeit. Der hohe Anteil von 71 Prozent in Teilzeitbeschäftigung resultiert vor allem aus der hohen Zahl an befristet angestellten Saisonarbeitskräften und den Personen der Nebenerwerbsbetriebe. Von den Familienarbeitskräften waren 2023 33 Prozent mit betrieblichen Tätigkeiten vollbeschäftigt; bei den ständig angestellten Arbeitskräften waren es 52 Prozent. Mit zunehmender Betriebsgröße steigt die Vollbeschäftigung deutlich an. Die Unterscheidung in Haupt- und Nebenerwerb zeigt: Während von den 206.400 Familienarbeitskräften in Nebenerwerbsbetrieben lediglich 11 Prozent vollbeschäftigt sind, liegt der entsprechende Anteil bei den 192.000 Familienarbeitskräften in Hauptidealbetrieben bei 56 Prozent.

Frauenanteil in der deutschen Landwirtschaft bei gut einem Drittel

Jede dritte (35 %) in den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands tätige Arbeitskraft war 2023 eine Frau. Den niedrigsten Frauenanteil in den Flächenländern weist mit 29 Prozent Mecklenburg-Vorpommern auf. Den höchsten Wert mit 39 Prozent verzeichnet Nordrhein-Westfalen.

Landwirtschaftliche Berufsbildung

der Betriebsleiter bzw. Geschäftsführer landwirtschaftlicher Betriebe 2023



© Situationsbericht 2026/Gr35-7

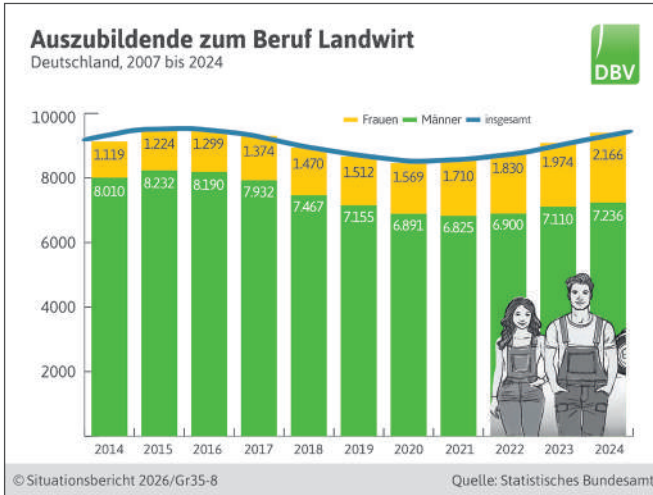
Quelle: Statistisches Bundesamt

In den Einzelunternehmen liegt der Frauenanteil im Bundesdurchschnitt bei 35 Prozent. Jedoch sind in den im Hauptideal geführten Betrieben mit 38 Prozent anteilmäßig mehr Frauen tätig als in den Nebenerwerbsbetrieben mit 31 Prozent. Während der Frauenanteil bei den Familienarbeitskräften und den ständig Beschäftigten mit jeweils 32 Prozent unterdurchschnittlich ausfällt, liegt er mit 44 Prozent bei den Saisonarbeitskräften wesentlich höher. Insgesamt standen 2023 566.000 männlichen Arbeitskräften 310.000 weibliche Arbeitskräfte gegenüber.

Anteil weiblicher Führungskräfte relativ gering – Tendenz aber steigend

Deutschlandweit werden nach Ergebnissen der

Agrarstrukturhebung 2023 knapp 89 Prozent der 255.000 landwirtschaftlichen Betriebe von Männern geleitet. Von Frauen werden 28.700 Betriebe oder gut 11 Prozent aller Betriebe geleitet. Im Vergleich zur Agrarstrukturhebung 2013 hat sich der Anteil der leitenden Frauen um fast 3 Prozentpunkte erhöht. In der Altersgruppe der unter 44-Jährigen liegt der Anteil weiblicher Betriebsleiterinnen bei gut 13 Prozent, in den Nebenerwerbsbetrieben bei knapp 14 Prozent und in den juristischen Personen bei über 16 Prozent. Brandenburg hat mit 20 Prozent den höchsten Frauenanteil an den Geschäftsführungen, gefolgt vom Saarland (18 %) und den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen (jeweils 17 %). Den niedrigsten Betriebsleiterinnenanteil weist Bayern mit knapp 10 Prozent aus. Insgesamt liegt der Anteil an weiblichen Betriebsleiterinnen in Ostdeutschland bei 17 Prozent,



2,0 Millionen Menschen sind mit der Landwirtschaft besonders eng verbunden

Die landwirtschaftlichen Betriebe sind nicht nur Arbeitsplatz und Erwerbsquelle, sondern auch gleichzeitig Wohn- und Lebensraum. In Deutschland wirtschaften oder leben etwa 900.000 Personen als Betriebsinhaber und Familienangehörige auf den landwirtschaftlichen Betrieben. Hinzu kommen weitere 1,1 Millionen Personen, die als angestellte Arbeits-/ Saisonarbeitskräfte zusammen mit ihren Familienangehörigen mit dem landwirtschaftlichen Umfeld besonders eng verbunden sind.

Anstieg der Ausbildungszahlen beim Beruf Landwirt

Rund 31.300 junge Männer und Frauen erlernten zum Stand 31. Dezember 2024 einen „grünen“ Beruf. Das waren knapp 2 Prozent weniger als im Vorjahr. Nach wie vor ist der Beruf Gärtner mit 14.500 Personen der mit Abstand bedeutendste unter den „grünen“

im früheren Bundesgebiet bei 11 Prozent. Zum Vergleich: Der Frauenanteil unter den Führungskräften in der deutschen Wirtschaft lag 2023 bei 29 Prozent. Zu den Führungspositionen zählen Vorstände und Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Führungskräfte in Handel, Produktion und Dienstleistungen sowie leitende Positionen im Verwaltungsdienst. Der weibliche Anteil an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten lag 2023 bei 46 Prozent. Etwa 18 Prozent der Betriebe mit geregelter Hofnachfolge werden Frauen übernehmen.

Viel Ausbildung und praktische Erfahrungen

61 Prozent der Geschäftsführungen oder Betriebsleitungen landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland verfügen nach Ergebnissen der Agrarstrukturhebung 2023 über einen Bildungsabschluss im Bereich Landwirtschaft bzw. Gartenbau. In größeren Betrieben haben fast

alle Betriebsleiter/Geschäftsführer eine abgeschlossene landwirtschaftliche Berufsausbildung. Auch in Haupteinwerbsbetrieben, Personengesellschaften und juristischen Personen ist der landwirtschaftliche Ausbildungsgrad mit jeweils über 80 Prozent relativ hoch. Über ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrungen verfügten bundesweit 39 Prozent der Geschäftsführungen und Betriebsleitungen. Dieser Anteil variiert zwischen 29 Prozent in Sachsen-Anhalt und 56 Prozent in Hessen. In den Nebenerwerbsbetrieben besitzen 60 Prozent der Geschäftsführungen und Betriebsleitungen ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrungen, ohne eine spezielle landwirtschaftliche Berufsausbildung abgeschlossen zu haben.

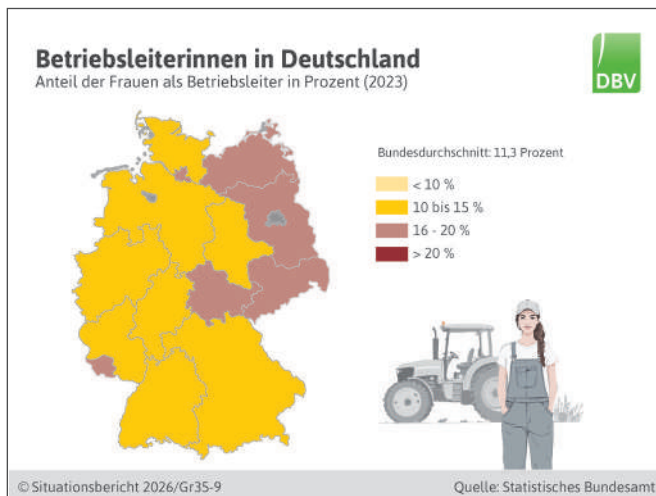
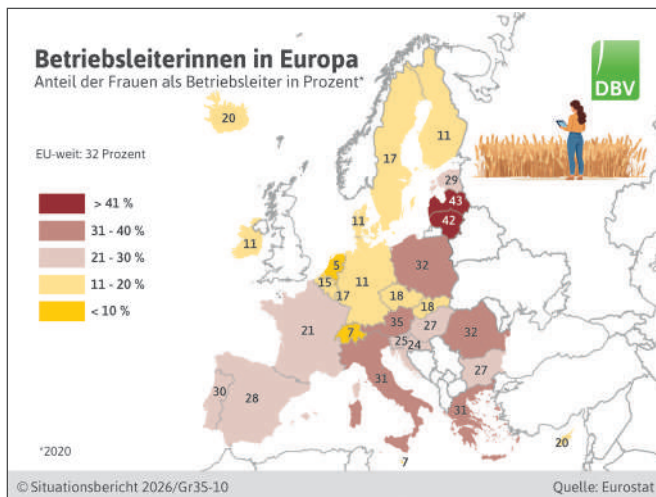
Berufen, gefolgt vom Beruf Landwirt mit rund 9.400 Personen. Das waren gegenüber Vorjahresfrist 3 Prozent weniger. Zu den 14 „grünen Berufen“ gehören neben dem Landwirt und dem Gärtner auch die Ausbildungsberufe Hauswirtschaftlerin, Winzer, Tier- oder Pferdewirt.

Anzahl der neuen Ausbildungsverträge im Agrarbereich überdurchschnittlich

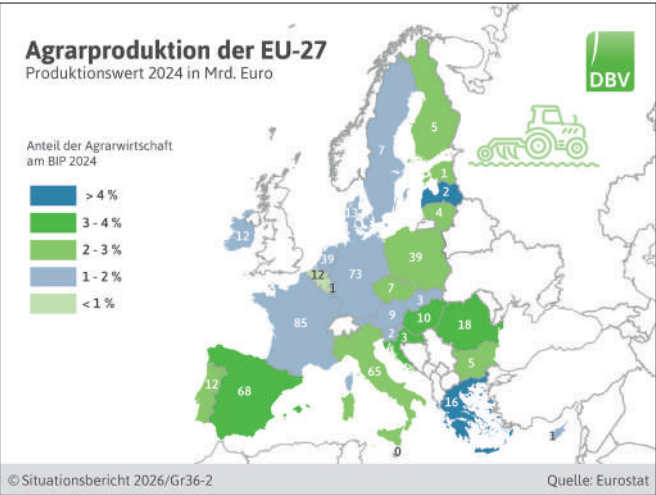
Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse in der Gesamtwirtschaft ist in 2024 mit 1,217 Millionen gegenüber dem Vorjahr stabil. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sank dagegen um 3,5 Prozent. In den agrarwirtschaftlichen Berufen kamen mit rund knapp 13.500 Abschlüssen im Jahresvergleich ebenfalls etwas weniger Ausbildungsverträge zustande (– 1 %).

25 Prozent der „grünen“ Azubis sind Frauen

Von den Auszubildenden im Agrarbereich waren 2024 insgesamt rund 8.100 Frauen (26 %). Der Anteil weiblicher Auszubildender beim Beruf Landwirt ist von 12 Prozent in 2014 auf 23 Prozent in 2024 stark angestiegen. Die höchsten Frauenanteile gibt es in der ländlichen Hauswirtschaft sowie in den Berufen Pferde- und Tierwirt. Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Bereich Landwirtschaft waren 3.600 Prozent Frauen (27 %).



3.6 Agrarstrukturen in der EU



Bedeutung der Landwirtschaft

Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zur volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung lag 2023 in der EU-27 bei 1,8 Prozent. In Deutschland, der größten Volkswirtschaft der EU, steuert die Landwirtschaft etwa 0,9 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei. Deutlich höher ist dieser Anteil mit 1,9 bzw. 2,2 Prozent in Frankreich und Italien. Am größten ist der Anteil der Landwirtschaft in Lettland (4,7 %), gefolgt von Rumänien und Griechenland (jeweils 4,3 %).

Deutschland zweitgrößter Agrarproduzent in der EU

Größter Agrarproduzent der EU-27 ist Frankreich mit einem Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion von 96 Milliarden Euro (2023). Damit erwirtschaftet Frankreich 18 Prozent der europäischen Agrarproduktion. Mit deutlichem Abstand folgt Deutschland mit einem Produktionswert von 76 Milliarden Euro, dahinter Italien und Spanien mit 73 bzw. 66 Milliarden Euro.

Bedeutung der Landwirtschaft am Arbeitsmarkt sehr unterschiedlich

In den Ländern Süd- und Mittelosteuropas ist der landwirtschaftliche Erwerbstätigenanteil vergleichsweise hoch. Er fällt in Rumänien (21 %) und Bulgarien (15 %)

EU-Vergleich über die Bedeutung der Land- und Agrarwirtschaft in 2023				
EU-Staaten	%Anteil der Landwirtschaft einschl. Forstwirtschaft und Fischerei an Gesamtwirtschaft		Agrarhandel	
	Bruttowertschöpfung	Erwerbstätige	%Anteil am Gesamtimport	%Anteil am Gesamtexport
Belgien	0,9	1,1	8,5	10,1
Tschechien	1,9	2,9	6,0	4,9
Dänemark	0,9	2,0	14,8	17,7
Deutschland	0,9	1,2	8,4	6,0
Spanien	2,6	3,4	12,4	17,6
Frankreich	1,9	2,3	10,3	13,4
Italien	2,2	3,3	10,6	10,2
Ungarn	1,9	3,4	5,7	7,8
Niederlande	1,9	1,9	10,7	14,5
Österreich	1,5	3,0	7,8	7,2
Polen	3,2	8,1	8,8	13,5
Portugal	2,3	6,5	15,3	13,8
Rumänien	4,3	20,9	10,1	12,2
Schweden	1,1	2,5	10,6	6,3
EU (27)	1,8	4,1	9,7*	10,3*
*einschl. EU-Binnenhandel				
© Situationsbericht 2026/T36-1 Quellen: Eurostat, BLE				

sowie auch in Griechenland (11 %) und Polen (8 %) besonders hoch aus. Relativ niedrig ist der landwirtschaftliche Erwerbstätigenanteil dagegen in Belgien und Deutschland mit etwas mehr als einem Prozent.

Starker Arbeitsplatzverlust

Im Zehnjahreszeitraum von 2013 bis 2023 sind 21 Prozent der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft weggefallen. 70 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze in der EU entfallen auf nicht entlohnte Familien-Arbeitskräfte, 30 Prozent auf entlohnte Arbeitskräfte.

Große Strukturunterschiede in der EU-Landwirtschaft

32 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU werden von Frauen geführt. In Deutschland liegt dieser Anteil mit gut 11 Prozent deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die von juristischen Personen geführten Betriebe machen EU-weit zwar gut 3 Prozent aller Betriebe aus. Sie bewirtschaften aber 25 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in der EU-27. Besonders in Ländern im Süden und Osten Europas wird die Agrarstruktur von relativ kleinen Betrieben dominiert.

Fast ein Drittel der Betriebsleiter in der EU ist älter als 65 Jahre

In den meisten Ländern der Europäischen Union werden die Betriebe erst relativ spät an die Nachfolgeneration übergeben. 33 Prozent der landwirtschaftli-

EU-Agrarstrukturvergleich – Ausgewählte Kennziffern 2020						
EU-Staaten	Anteil Frauen als Betriebsleiter		Anteil Juristischer Personen		Anteil Betriebe < 5 ha LF	
	Betriebe	Flächen	Betriebe	Flächen	Betriebe	Flächen
	in Prozent		in Prozent		in Prozent	
Belgien	14,8	12,0	17,6	18,8	13,5	0,9
Tschechien	18,1	13,3	14,7	70,2	25,3	0,3
Dänemark	10,9	5,6	7,7	13,4	18,7	0,6
Deutschland	10,8	7,8	2,2	17,2	8,2	0,2
Spanien	28,6	19,5	6,5	23,4	51,6	3,8
Frankreich	21,4	12,7	29,9	41,5	19,6	0,5
Italien	31,5	22,8	1,5	5,5	64,2	10,7
Ungarn	28,6	17,2	3,7	38,8	64,9	3,9
Niederlande	5,6	3,4	8,9	7,7	19,9	1,2
Österreich	35,3	31,3	1,5	3,4	20,8	2,3
Polen	34,4	27,5	0,6	8,7	52,3	11,7
Portugal	31,2	19,5	5,3	37,9	73,4	9,2
Rumänien	37,3	24,8	0,8	34,2	90,3	22,8
Schweden	17,0	8,6	9,0	26,8	10,8	0,7
EU (27)	31,6	17,4	3,4	25,4	63,8	5,9
© Situationsbericht 2026/T36-5						Quelle: Eurostat

EU-Agrarstrukturvergleich – Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft					
nach Arbeitskrafteinheiten (AKE)					
EU-Staaten	2013	2023	%‐Veränd. 2023 zu 2013	Anteile in Prozent 2023	
	AKE in 1.000			nicht entlohnt	entlohnt
Belgien	57,9	51,6	-10,9	74,9	25,1
Tschechien	105,1	93,9	-10,6	27,2	72,8
Dänemark	52,7	49,4	-6,3	35,0	65,0
Deutschland	503,0	463,8	-7,8	52,3	47,7
Spanien	841,7	807,7	-4,0	50,1	49,9
Frankreich	781,0	700,6	-10,3	57,7	42,3
Italien	1.110,2	949,7	-14,5	65,7	34,3
Ungarn	444,4	277,6	-37,5	57,7	42,3
Niederlande	150,7	159,8	6,1	52,8	47,2
Österreich	125,6	119,2	-5,2	82,8	17,2
Polen	1.914,8	1.427,5	-25,4	90,3	9,7
Portugal	281,5	220,0	-21,8	59,5	40,5
Rumänien	1.564,0	1.047,0	-33,1	81,1	18,9
Schweden	62,1	56,7	-8,6	54,7	45,3
EU-27	9.627,4	7.611,0	-20,9	69,6	30,4
© Situationsbericht 2026/T36-6				Quelle: Eurostat	

EU-Agrarstrukturvergleich – Landwirtschaftliche Betriebe 2020						
EU-Staaten	Zahl der Betriebe	LF	Durchschnittl. Betriebsgröße	Pachtflächenanteil*	Anteil der Betriebe ab 100 ha LF	
		in 1.000	in 1.000 ha	in ha LF	in Prozent	LF ab 100 ha LF
Belgien	36	1.368	38,0	61,2	7,6	29,5
Bulgarien	133	4.564	34,4	91,0	5,7	75,1
Dänemark	37	2.630	70,9	40,9	19,7	75,3
Deutschland	263	16.578	63,1	61,8	14,5	61,7
Estland	11	975	85,8	68,3	17,0	80,0
Finnland	46	2.282	50,0	33,9	13,0	43,3
Frankreich	393	27.365	69,6	65,8	26,1	67,8
Griechenland	531	2.823	5,3	39,2	0,2	5,3
Irland	130	4.499	34,6	31,9	4,5	20,7
Italien	1.131	12.041	10,7	51,6	1,5	27,1
Kroatien	144	1.232	8,6	44,0	1,0	30,2
Lettland	69	1.969	28,5	38,3	5,4	63,8
Litauen	132	2.915	22,1	42,9	4,4	54,9
Niederlande	53	1.818	34,5	39,8	5,9	26,7
Österreich	111	2.603	23,5	50,5	2,2	15,1
Polen	1.301	14.447	11,3	24,6	1,1	23,1
Portugal	290	3.964	13,7	29,0	2,4	58,3
Rumänien	2.887	12.763	4,4	55,4	0,6	47,8
Schweden	59	3.006	51,1	42,4	13,7	62,8
Slowakei	20	1.863	94,9	73,9	12,7	88,6
Slowenien	72	483	6,7	29,6	0,2	7,6
Spanien	915	23.914	26,1	48,2	6,1	57,8
Tschechien	29	3.493	120,8	72,7	17,3	86,4
Ungarn	232	4.922	21,2	55,3	4,4	65,0
EU (27)	9.067	155.093	17,1	52,0	3,6	51,8
*einschl. unentgeltlich überlassene Flächen, Gemeinschaftsflächen, Teilpacht						
© Situationsbericht 2026/T36-2				Quelle: Eurostat		

chen Betriebsleiter in der EU waren 2020 65 Jahre und älter. Nur rund 12 Prozent waren jünger als 40 Jahre. Spitzenreiter bei den Junglandwirten sind Österreich und Polen, wo etwa 23 bzw. 21 Prozent der Betriebsleiter jünger als 40 Jahre sind. Die relativ günstige Altersstruktur der Betriebsinhaber in Deutschland ist unter anderem Folge der deutschen Alterssicherung der Landwirte, die bis 2018 an die Betriebsaufgabe geknüpft war. Zusammen mit den niederländischen Landwirten gehören die deutschen Landwirte zu den am besten ausgebildeten in der EU. Von den Landwirten mit landwirtschaftlicher Grund- und Fachausbildung werden in Deutschland 88 Prozent der Gesamt-LF bewirtschaftet. Im EU-Durchschnitt sind es dagegen nur 62 Prozent. Die übrigen Flächen werden von Landwirten mit praktischen Erfahrungen bewirtschaftet.

Mehr als jeder zweite Hektar in Betrieben mit 100 Hektar und mehr

Zwar bewirtschaften nur knapp 4 Prozent der Betriebe in der EU 100 Hektar LF und mehr. Die von diesen Betrieben bewirtschaftete Fläche macht aber 52 Prozent der EU-Agrarfläche aus. Deutschland liegt nach Angaben für das Jahr 2020 mit entsprechend fast 15 Prozent der Betriebe und rund 62 Prozent der Fläche deutlich über dem EU-Durchschnitt.

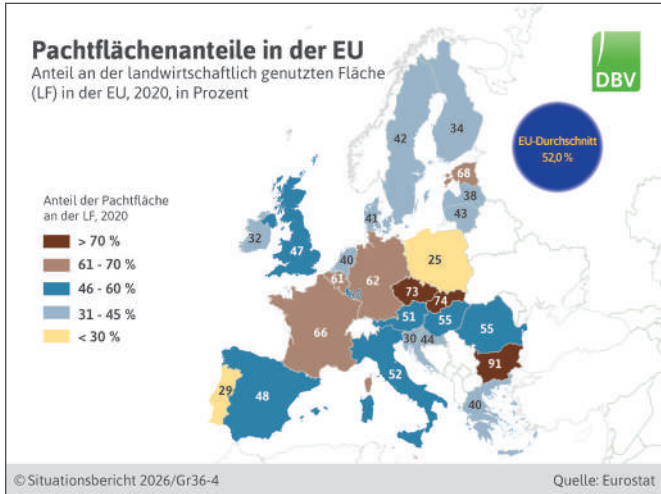
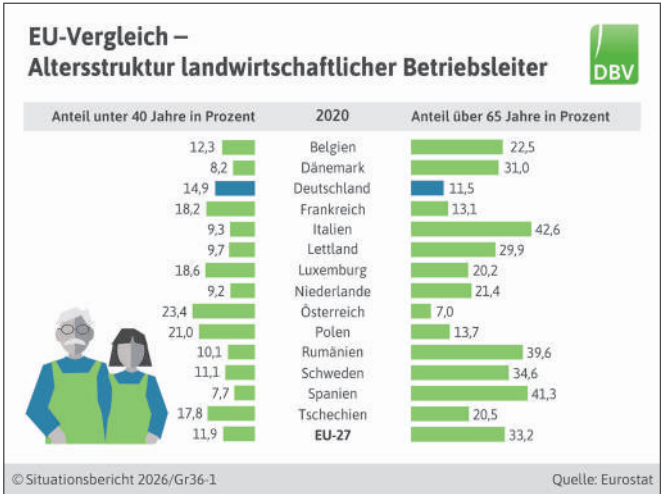
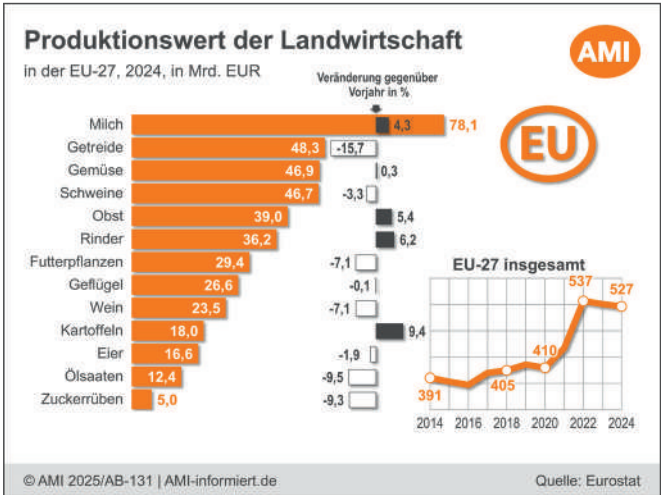
EU-Agrarstrukturvergleich – Entwicklung der Kauf- und Pachtpreise bei Boden						
EU-Staaten	Kaufpreise Ackerland			Pachtpreise****		
	2013	2023	% Veränd.	2012	2022	% Veränd.
Tschechien	3.662	13.791	158,7	61	151	147,5
Dänemark	15.708	*19.841	26,3	562	561	-0,2
Deutschland	.	40.336	.	***204	**329	14,2
Spanien	11.910	11.005	-7,6	134	163	21,6
Frankreich	5.770	6.200	7,5	145	154	6,2
Ungarn	2.709	5.936	119,1	126	196	55,6
Niederlande	53.888	91.154	69,2	653	843	29,1
Polen	6.275	13.906	121,6	.	.	.
*2022 **2020 ***2010 ****Acker- und Grünland						
© Situationsbericht 2026/T36-7				Quelle: Eurostat		

52 Prozent der Flächen in der EU sind Pachtflächen

Etwa 52 Prozent der Agrarflächen in der EU sind nach zuletzt für 2020 vorliegenden Angaben gepachtet. Besonders hoch sind die Pachtflächenanteile in Bulgarien mit 91 Prozent sowie in Tschechien und der Slowakei mit 73 bzw. 74 Prozent. Aber auch in Deutschland liegt der Pachtflächenanteil (62 Prozent, einschließlich unentgeltlich überlassener Flächen) deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Boden- und Pachtpreise ziehen EU-weit an

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in fast allen anderen EU-Ländern sind sowohl die Kauf- als auch die Pachtpreise für Landwirtschaftsflächen in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Am höchsten sind die Bodenpreise in den Niederlanden, am niedrigsten in den baltischen und einigen anderen osteuropäischen Ländern. Hinter den nationalen Durchschnittswerten stecken große regionale Unterschiede. Auch ist die statistische Vergleichbarkeit nur bedingt gegeben.



3.7 EU-Erweiterung



10 europäische Staaten wollen der EU beitreten

Die aktuelle Erweiterungspolitik der EU erstreckt sich auf Albanien, Bosnien-Herzegowina, Georgien, Kosovo, Moldau, Montenegro, Nord-Mazedonien, Serbien, die Türkei und die Ukraine. Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft bildet in der Regel einen starken Anreiz für demokratische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Reformen in europäischen Ländern, die der EU beitreten möchten. Will ein Land der EU beitreten, so muss es beim Rat der Europäischen Union einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen. Danach prüft die Europäische Kommission auf Ersuchen des Rates, ob das Land in der Lage ist, die Beitrittskriterien zu erfüllen. Anhand der Empfehlungen der Kommission entscheidet der Rat, ob das Land den Beitrittskandidatenstatus erhält und Verhandlungen über seinen Beitritt aufgenommen werden. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen damit einverstanden sein.

Übernahme des „EU-Besitzstandes“ als Beitrittsvoraussetzung

Sind die Beitrittsverhandlungen gestartet, so bereitet sich das Bewerberland auf die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und -Normen, auch Besitzstand oder „Acquis“ genannt, vor. Der Besitzstand der EU ist in 35 Kapitel unterteilt, die jeweils einen bestimmten Politikbereich abdecken, so auch den Bereich

Kennzahlen der EU-Beitrittskandidaten					
(mit Daten aus 2023 oder 2024, soweit nicht anders angegeben)					
Staaten	Einwohner	Anteil Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei		Fläche	
		am BSP*	an Erw. tätigen	LF	dar. Ackerland**
	in Mio.	in %	in %	in Mio. ha	in Mio. ha
Montenegro	0,6	5,3	6,0	0,2	0,0
Moldawien	2,5	9,3	51,1	2,4	2,1
Nordmazedonien	1,8	6,4	9,3	1,3	0,5
Albanien	2,8	18,4	34,9	1,0	0,7
Serbien	6,6	5,2	19,2	3,4	2,8
Türkei	85,4	4,4	14,6	38,6	24,0
Ukraine (2021)	41,0	12,3	14,1	41,3	32,9
Ukraine (2024)	35,7	8,6	.	32,7	26,0
Bosnien u. Herzegowina	3,8	6,4	17,6	1,1	0,4
Georgien	3,7	5,9	39,9	2,4	0,4
Kosovo	1,8	8,8	22,8	0,4	0,2
Zum Vergleich:					
EU-27	449,3	1,8	3,3	157,4	109,2
Deutschland	84,5	0,9	1,2	16,6	11,9

*Bruttosozialprodukt, ** einschl. Sonderkulturf Flächen

© Situationsbericht 2026/T37-1

Quellen: FAO, EU-Kommission und nationale Quellen

Landwirtschaft besonders in den Kapiteln 11 und 12. Die Kommission überwacht, ob das Land Fortschritte bei seinen Reformen erzielt, und hält den Rat und das Europäische Parlament durch regelmäßige Berichterstattung auf dem Laufenden. Nach Abschluss der Verhandlungen gibt die Kommission eine Einschätzung dazu ab, ob das Bewerberland reif für den Beitritt ist und ob die EU ihrerseits in der Lage ist, einen weiteren europäischen Staat aufzunehmen. Ist das nach Ansicht der Kommission der Fall, wird ein Beitrittsvertrag mit den Beitrittsbedingungen ausgearbeitet.

Alle EU-Mitgliedstaaten müssen einem Beitritt zustimmen

Die Kommission, der Rat und das Europäische Parlament müssen dem Beitrittsvertrag zustimmen, bevor er von allen EU-Mitgliedstaaten und dem Bewerberland nach den jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften (parlamentarische Abstimmung, Referendum usw.) unterzeichnet und ratifiziert werden kann. Das Bewerberland tritt der EU schließlich zu dem im Beitrittsvertrag festgelegten Datum offiziell bei.

Der Beitrittsvertrag enthält die detaillierten Bedingungen und Konditionen der Mitgliedschaft, alle Übergangsregelungen und Fristen sowie Einzelheiten zu den finanziellen Regelungen und etwaigen Schutzklauseln. Bis der Beitrittsvertrag in Kraft tritt, kann das Beitrittsland von Sonderregelungen profitieren, wie z. B. der Möglichkeit, Entwürfe von EU-Vorschlägen, Mitteilungen,

Empfehlungen oder Initiativen zu kommentieren, und vom Status eines "aktiven Beobachters" in EU-Gremien und EU-Agenturen (mit Rede-, aber ohne Stimmrecht).

EU vor Anpassungen des EU-Vertrages?

In der öffentlichen Wahrnehmung hat die EU der 27 mehr und mehr Schwierigkeiten, in ihrem Weiterentwicklungsprozess voranzukommen. Mit einem Europa der 37 würde das noch schwieriger. Je mehr Staaten dazugehören und somit in wichtigen Fragen über ein Veto-Recht verfügen, desto geringer ist die Chance, bei Reformen der EU gemeinsam weiterzukommen. Es gilt daher als wahrscheinlich, dass bei den in Aussicht stehenden EU-Erweiterungen auch Änderungen an den EU-Verträgen vorgenommen werden, um die EU-Organe zu reformieren und der EU neue Zuständigkeiten zu übertragen.

Nach Stand November 2025 werden den Staaten Albanien, Montenegro, Moldavien und Ukraine von der Europäischen Kommission gute Fortschritte auf dem Weg in die EU bescheinigt. Die Beitrittsverhandlungen, so die Kommission, könnten binnen zweier Jahre abgeschlossen werden. Die ukrainische Regierung will bis Ende 2028 abschließen.

Ukraine, das landwirtschaftliche Schwergewicht unter den Beitrittskandidaten

Abgesehen von der Türkei, wo die Beitrittsgespräche seit 2016 de facto auf Eis liegen, und im Vergleich zu den vielen Beitrittskandidaten des Balkans und zum Bewerberland Georgien ist die Ukraine das Schwergewicht unter den Beitrittskandidaten. Das gilt ganz besonders im Hinblick auf die Landwirtschaft. Auf Grund des hohen Umfangs an Agrarfläche ist die Ukraine europa- und weltweit ein wichtiger Player bei Weizen, Mais und Ölfrüchten, auch nach dem Kriegseintritt im Februar 2022. Die ukrainische Zucker-, Geflügelfleisch- und Eierzeugung leistet einen vergleichsweise geringen Beitrag zur europäischen Produktion. Die Rinder-, Schweine- und Milcherzeugung hat nur eine sehr geringe Bedeutung, mit stark rückläufiger Tendenz.

Agrarexporte haben für die Ukraine eine große wirtschaftliche Bedeutung und machten an den Gesamtexporten des Landes zuletzt zwischen 41 Prozent (2021) 60 Prozent (2024) aus.

Mögliche Auswirkungen auf die EU-Landwirtschaft

Experten sind sich darin einig, dass der Zustrom ukrainischer Produkte vom Agrarsektor der übrigen EU bewältigt werden muss und nicht zu starken Marktstörungen führen darf. 80 Prozent der Gesamt-LF der Ukraine sind Ackerland. Es umfasst nach dem Gebietsstand vor dem Krieg 33 Millionen Hektar und entspricht damit fast einem Drittel der

Agrarerzeugung und -handel der Ukraine im EU-Vergleich, 2024, in 1.000 Tonnen*						
Erzeugnisse	Ukraine			EU-27		
	Erzeugung	Exporte	Importe	Erzeugung	Exporte	Importe
Weizen	22.900	15.311	15	125.997	26.540	10.020
Mais	25.000	20.945	40	65.147	3.000	16.000
anderes Getreide	7.147	2.770	17	80.153	10.737	2.156
Ölsaaten	23.568	6.964	32	29.741	1.313	20.584
Ölsaatenschrot	7.991	5.450	30	27.759	2.344	22.017
Pflanzliche Öle	6.741	6.103	276	15.570	2.370	9.669
Zucker	1.800	475	0	16.476	1.593	1.035
Rindfleisch	252	21	3	6.604	767	318
Schweinefleisch	683	3	11	20.774	2.981	107
Geflügelfleisch	1.251	456	126	13.925	1.875	834
Schafffleisch	12	1	0	564	90	165
Eier	651	21	0	6.375	278	70
Butter	50	4	3	2.495	254	44
Käse	95	10	34	11.037	1.414	174
Milchpulver**	70	23	1	2.023	958	50
*bei Fleisch Schlachtgewicht		**Voll- und Magermilchpulver				
© Situationsbericht 2026/T37-2				Quelle: OECD-FAO – Juli 2025		

Ackerfläche der gesamten EU-27. Etwa drei Viertel der ukrainischen Ackerflächen sind hochfruchtbare Schwarzerde-Böden. Durch den Krieg hat die Ukraine rund ein Fünftel weniger Agrarflächen in der Bewirtschaftung. Nach aktuellem Gebietsstand betragen die Ackerflächen der Ukraine nur 26 Millionen Hektar und entsprechen damit einem Viertel der EU-27-Ackerfläche. 81 Prozent der ukrainischen Agrarerzeugung sind pflanzlichen Ursprungs. Nur 19 Prozent entfallen auf tierische Erzeugnisse, Tendenz rückläufig. 42 Prozent der tierischen Erzeugnisse werden nach Angaben für 2023 von den sogenannten

Hauswirtschaften erbracht. Experten sind sich aber auch darin einig, dass ein EU-Beitritt der Ukraine die strategische Lage der Europäischen Union auf den weltweiten Getreide- und Ölsaatenmärkten verbessern würde. Denn diese globalen Märkte mit relativ großem Markteinfluss der Ukraine funktionieren in einem System kommunizierender Röhren, so dass sich die Preiseffekte häufig nur durch Marktmacht erzielen lassen. In diesem Zusammenhang erwarten viele Experten, dass auch künftig ein signifikanter Anteil der ukrainischen Agrarerzeugnisse eher am Weltmarkt denn im EU-Binnenmarkt

gehandelt werden. Zudem wird argumentiert: Wenn die Ukraine zukünftig EU-Standards einhält, wird dort mittelfristig vergleichbar umweltfreundlich und nachhaltig und damit ähnlich kostenträchtig produziert wie in der gesamten EU. Fest steht auch, dass mit einem EU-Beitritt der Ukraine die Kaufkraft der rund 36 Millionen Ukrainer (Stand 2024) wächst und damit auch die Nachfrage nach Nahrungsmitteln aus den bisherigen EU-Staaten.

Aspekte finanzieller Auswirkungen auf die EU

Eine mögliche Erweiterung der EU wird erhebliche Veränderungen für den Haushalt der Europäischen Union mit sich bringen. Nach Ergebnissen der international renommierten Bruegel-Studie von Dezember 2024 für neun neue Mitgliedstaaten (die 10 genannten Bewerberländer ohne Kosovo) fallen für die derzeitigen 27 EU-Mitglieder Nettokosten von rund 26 Milliarden Euro pro Jahr an. Vor allem würden unter den bestehenden EU-Finanzierungsregeln besonders wegen der Ukraine die Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik (+ 30 Prozent) und die Struktur- und Kohäsionspolitik der EU (+ 16 Prozent) stark ansteigen. Andererseits würde eine größere EU laut Bruegel die Wirtschaft der bestehenden Mitglieder ankurbeln, insbesondere im Hinblick auf Exporte und ausländische

Direktinvestitionen. Es wird erwartet, dass die EU ihre Haushaltsregeln vor einer möglichen Erweiterung überarbeitet (siehe Kapitel 4.1 zu den Kommissionsvorschlägen zum MFR 2028-2034) und eine Übergangsfrist einführt, bevor neue Mitglieder Zugang zu den Mitteln erhalten.

Die 10 größten Agrarholdings in der Ukraine 2025		
Name	Registrierter Unternehmensstandort	Bewirtschaftete Fläche in 1.000 Hektar LF
Kernel	Luxemburg	363
MHP	Zypern	360
UkrLandFarming	Zypern	330
Agroprosperis (New Century Holding)	USA	290
Astarta-Kyiv	Niederlande	212
Continental Farmers Group	Ukraine	195
Epicentr Agro	Ukraine	167
Agrarian System Technologies (AST)	Ukraine	150
ENSELKO	Ukraine	134
IMC	Luxemburg	116
© Situationsbericht 2026/T37-3		Quelle: Statistisches Bundesamt

Agrarstruktur der Ukraine im Überblick

Hauswirtschaften: 3,85 Millionen gesetzlich nicht registrierungspflichtige Hauswirtschaften bewirtschaften zusammen 6,1 Millionen Hektar LF (knapp 19 % der Gesamt-LF der Ukraine). Die Hauswirtschaften sind zu fast vier Fünftel kleiner als 1 Hektar LF. Ein weiteres Fünftel bewirtschaftet zwischen 1 und 10 Hektar LF. Die Hauswirtschaften produzieren hauptsächlich für den Eigenbedarf und lokale Märkte (Subsistenz- oder Semi-Subsistenzwirtschaft). Bis zur Bewirtschaftungsfläche von 2 Hektar werden mögliche Einkünfte aus Landwirtschaft nicht besteuert. Die Hauswirtschaften sind in der Sowjet-Zeit entstanden, als Beschäftigte in Kol- und Sowchosen kleinere Flächen und etwas Viehwirtschaft zur Eigenbewirtschaftung gestattet worden waren. Sie sind heute immer noch besonders wichtig für die Produktion von Kartoffeln, Gemüse, Obst, Milch und Eiern. Nach Angaben für 2023 stehen die Hauswirtschaften in der Ukraine für 98 Prozent der Kartoffelerzeugung, für 89 Prozent der Gemüse- und für 80 Prozent der heimischen Obsterzeugung. Bei Milch und Eiern sind es entsprechend 62 bzw. 50 Prozent. Anders bei Fleisch und Getreide/Leguminosen. Hier sind es nur 25 bzw. 20 Prozent, bei Sonnenblumen und Zuckerrüben sogar nur 11 bzw. 3 Prozent. Insgesamt entfallen von der gesamten Agrarerzeugung der Ukraine 30 Prozent auf die Hauswirtschaften und 70 Prozent auf die Landwirtschaftsunternehmen. Der Anteil der Hauswirtschaften ist jedoch deutlich rückläufig.

Landwirtschaftliche Unternehmen: Fast 26,6 Millionen Hektar LF (81 % der Gesamt-LF) werden von rund 75.000 registrierungspflichtigen Landwirtschaftsunternehmen bewirtschaftet. Dazu gehören Familienunternehmen ebenso wie Kolchos-/Sowchos-Nachfolgebetriebe in unterschiedlichen Rechtsformen mit einigen hundert bis mehreren tausend Hektar Flächenausstattung.

Agrarholdings: Zu den vorgenannten registrierungspflichtigen Landwirtschaftsunternehmen gehören auch die vielzitierten Agrarholdings. Diese haben sich mit der Übernahme von landwirtschaftlichen Unternehmen vor allem auf exportorientierte Agrarrohstoffe wie Getreide und Ölsaaten konzentriert. Viehhaltung und andere arbeitsintensive Produktionszweige wurden zurückgefahren. Nach Angaben für 2025 bewirtschaften die flächenmäßig 120 größten Unternehmen, die meisten davon Agrarholdings, jeweils mehr als 10.000 Hektar LF, zusammen fast ein Viertel der LF der Ukraine. Die 65 größten Unternehmen (Agrarholdings) mit 25.000 Hektar LF und mehr kommen auf 15 Prozent der Gesamt-LF der Ukraine. In der Regel haben die Agrarholdings ein zentrales Management für Ein- und Verkauf und kontrollieren mit ihren zahlreichen Betriebsstätten die gesamte Wertschöpfungskette von der Produktion bis hin zum Export. Großunternehmen und Holdings genießen in der Ukraine häufig eine hohe Wertschätzung. Ländliche Regionen profitieren vom sozialen Engagement der Unternehmen in den Dörfern. Die Akzeptanz wird auch durch die Sichtbarkeit der Unternehmen und ihrer Führungskräfte vor Ort und in den sozialen Medien befördert.

3.8 Wandel und Wettbewerb

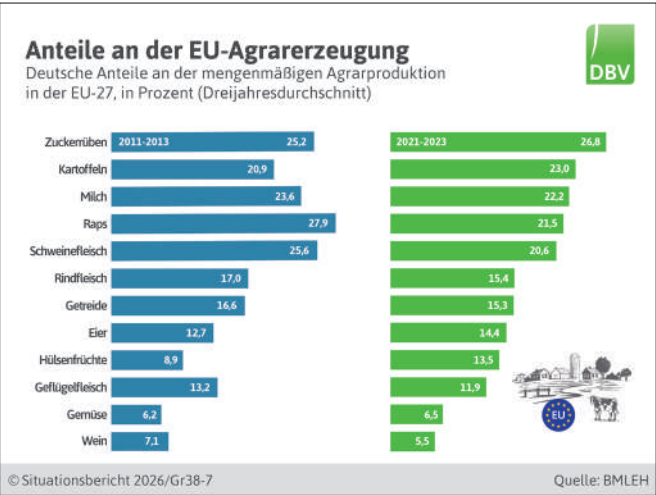
Entwicklung der Versorgung mit tierischen Produkten in der EU-27							
	in 1.000 Tonnen					%-% Veränderung	
	2010	2015	2020	2024	2025 ¹⁾	2025/ 2015	2025/ 2020
Rind- und Kalbfleisch							
Erzeugung	6.793	6.963	7.136	6.836	6.731	-3,3	-5,7
Verbrauch	7.028	6.598	6.617	6.436	6.390	-3,2	-3,4
SV-Grad	103,8	105,5	107,8	106,2	105,3		
Schweinefleisch							
Erzeugung	22.177	22.589	23.240	21.299	21.207	-6,1	-8,7
Verbrauch	19.456	19.536	18.434	18.398	18.395	-5,8	-0,2
SV-Grad	114,0	115,6	126,1	115,8	115,3		
Geflügelfleisch							
Erzeugung	10.586	12.104	13.595	14.097	14.356	18,6	5,6
Verbrauch	9.766	10.997	11.955	12.918	13.203	20,1	10,4
SV-Grad	108,4	110,1	113,7	109,1	108,7		
Schaf- und Ziegenfleisch							
Erzeugung	646.879	605.802	627.561	575.89	565.931	-6,6	-9,8
Verbrauch	811,4	702.391	666.647	651.272	650.403	-7,4	-2,4
SV-Grad	79,7	86,2	94,1	88,4	87,0		
Fleisch insgesamt							
Erzeugung	40.706	42.262	44.599	42.808	42.860	1,4	-3,9
Verbrauch	37.061	37.833	37.672	38.403	38.639	2,1	2,6
SV-Grad	109,8	111,7	118,4	111,5	110,9		
1) Prognose							
© Situationsbericht 2026/T38-5				Quelle: Europäische Kommission			

Nach allgemeinem Sprachgebrauch wird unter einer Transformation ein grundlegender Wandel verstanden. Damit verbunden ist meist eine tiefgreifende technologische, ökonomische und soziale Veränderung. Dieses Kapitel beleuchtet zunächst die Veränderungen in der Landwirtschaft der EU und der deutschen Landwirtschaft als Teil davon. Anhand der Ergebnisse der Landwirtschaftszählungen 2010 und 2020 und der Agrarstrukturerhebungen 2013 und 2023 folgt die Darstellung von Veränderungen in der deutschen Landwirtschaft, dann ein Ausblick auf die Treiber absehbarer künftiger Entwicklungen.

Landwirtschaft in der EU und Deutschland

Starker Rückgang der Betriebe

Zwischen 2010 und 2020 ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU-27 von 12,1 auf 9,1 Millionen oder um 25 Prozent zurück. Besonders stark ging die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von weniger als 5 Hektar zurück. Sie schrumpfte in diesem Jahrzehnt um fast ein Drittel, macht damit aber immer noch 64 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe der EU aus. Mit diesem Strukturwandel einher ging ein Rückgang der LF um 1 Prozent und der gehaltenen Tiere (GVE) um 7 Prozent.



Deutlicher Rückgang der EU-Eigenversorgung mit Fleisch

Im Fünfjahreszeitraum zwischen 2020 bis 2025 hat sich der Strukturwandel besonders in der tierischen Erzeugung beschleunigt. Mit Ausnahme des Geflügelfleischerzeugung, die in diesem Zeitraum um 5,6 Prozent angestiegen ist, sind die erzeugten Fleischmengen der EU-27 in allen anderen Bereichen deutlich zurückgegangen. Die Fleischerzeugung insgesamt ging in diesem Fünfjahreszeitraum um knapp 4 Prozent zurück. Da der Verbrauch in der EU zugleich um 2,6 Prozent angestiegen ist, ist der Selbstversorgungsgrad der EU bei Fleisch stark zurückgegangen. Bei Milchprodukten ist der EU-Selbstversorgungsgrad weniger stark gesunken. Der Selbstversorgungsgrad stellt das Verhältnis inländischer Erzeugung zum inländischen Verbrauch dar.

Besonders starker Rückgang der deutschen Agrarerzeugung

Überdurchschnittlich trägt die deutsche Landwirtschaft zum Rückgang der Nahrungsmittelversorgung in der EU bei. Im Zehnjahresvergleich hat Deutschland in allen wichtigen Produktbereichen mit Ausnahme von Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Zucker und Eiern zum Teil erhebliche Anteile an der EU-Agrarerzeugung verloren.

Entwicklung der Versorgung mit Milchprodukten in der EU-27							
	in 1.000 Tonnen					%-% Veränderung	
	2010	2015	2020	2024	2025 ¹⁾	2025/ 2015	2025/ 2020
Käse							
Erzeugung	8.670	9.471	10.252	10.795	10.871	14,8	6,0
Verbrauch	8.122	8.836	9.439	9.975	10.059	13,9	6,6
SV-Grad	111,1	111,2	112,7	112,0	111,9		
Milchfrischprodukte							
Erzeugung	39.010	38.585	38.308	36.792	36.495	-5,4	-4,7
Verbrauch	38.687	37.955	37.281	35.768	35.415	-6,7	-5,0
SV-Grad	100,8	101,7	102,8	102,9	103,0		
Butter							
Erzeugung	1.950	2.153	2.400	2.310	2.317	7,6	-3,4
Verbrauch	1.862	1.928	2.131	2.070	2.084	8,1	-2,2
SV-Grad	104,7	111,7	112,6	111,6	111,2		
Magermilchpulver							
Erzeugung	895	1.410	1.494	1.440	1.425	1,1	-4,6
Verbrauch	609,689	650,842	699,315	763,221	763,174	17,3	9,1
SV-Grad	146,9	216,7	213,7	188,6	186,8		
1) Prognose							
© Situationsbericht 2026/T38-6					Quelle: Europäische Kommission		

Entwicklung der Tierbestände und der Bestandsanteile der EU-Mitgliedstaaten						
EU-Staaten	Rinderbestand			dar. Milchkuhbestand		
	%-%Bestandsanteile		Bestands veränd. in %	%-%Bestandsanteile		Bestands veränd. in %
	2013	2023		2013	2023	
			2023 zu 2013			2023 zu 2013
Belgien	3,1	3,0	-8,4	2,4	2,7	3,6
Tschechien	1,7	1,9	2,8	1,7	1,8	-4,7
Dänemark	2,0	1,9	-9,4	2,6	2,8	-3,6
Deutschland	16,3	14,7	-14,6	19,7	18,8	-13,0
Irland	8,1	8,8	3,4	5,0	7,7	39,6
Spanien	7,4	8,5	8,5	3,9	4,0	-6,9
Frankreich	24,5	22,8	-12,0	17,1	16,0	-14,4
Italien	8,0	8,1	-4,0	9,6	9,2	-12,8
Ungarn	1,0	1,2	11,2	1,2	1,3	6,2
Niederlande	5,2	5,0	-9,0	7,4	7,8	-3,2
Österreich	2,5	2,5	-6,3	2,4	2,8	2,5
Polen	7,2	8,7	15,1	10,6	10,5	-10,0
Portugal	1,9	2,1	3,9	1,1	1,1	-5,2
Rumänien	2,6	2,5	-10,2	5,4	5,4	-8,8
Schweden	1,9	1,9	-5,2	1,6	1,5	-16,5
EU-27	100,0	100,0	-5,4	100,0	100,0	-8,9
© Situationsbericht 2026/T38-7					Quelle: Eurostat	

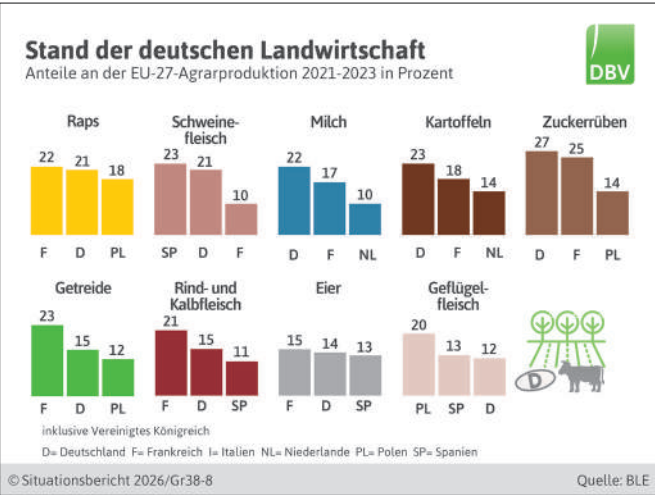
Entwicklung der Tierbestände und der Bestandsanteile der EU-Mitgliedstaaten						
EU-Staaten	Schweine			dar. Zuchtsauen		
	%-Bestandsanteile	Bestands-	veränd. in % 2023 zu 2013	%-Bestandsanteile	Bestands-	veränd. in % 2023 zu 2013
	2013	2023		2013	2023	
Belgien	4,5	4,1	-14,9	3,9	3,3	-26,1
Tschechien	1,1	1,0	-12,0	1,3	1,1	-20,8
Dänemark	8,7	8,5	-8,3	10,5	10,8	-9,9
Deutschland	19,8	16,0	-24,6	17,1	13,3	-32,0
Irland	1,0	1,1	-4,2	1,2	1,2	-12,8
Spanien	18,0	25,4	32,6	18,7	26,3	22,8
Frankreich	9,5	8,9	-12,2	8,7	8,1	-18,3
Italien	6,0	6,9	7,1	4,9	6,2	9,9
Ungarn	2,1	2,0	-13,2	2,3	2,2	-15,2
Niederlande	8,5	7,9	-12,8	9,1	8,7	-16,4
Österreich	2,0	1,9	-13,1	2,1	1,9	-18,5
Polen	7,8	7,3	-11,1	7,9	6,3	-30,6
Portugal	1,4	1,6	8,0	1,9	2,1	-1,4
Rumänien	3,7	2,4	-38,2	3,2	2,6	-28,6
Schweden	1,0	1,0	-10,4	1,2	1,0	-29,7
EU-27	100,0	100,0	-6,3	100,0	100,0	-12,4

© Situationsbericht 2026/T38-8

Quelle: Eurostat

Unzureichende Perspektiven zur Wirtschaftlichkeit von Investitionen

Im Zehnjahresvergleich ist der Anteil des deutschen Schweinebestandes am EU-Schweinebestand von 19,8 Prozent im Jahr 2013 auf 16,0 Prozent in 2023 zurückgegangen, bei Zuchtsauen entsprechend von 17,1 auf 13,3 Prozent. Beim Rinderbestand fällt der Rückgang des deutschen Anteils zwar auch deutlich aus, aber nicht so stark wie bei den Schweinen. Obwohl die deutsche Geflügelerzeugung zwischen 2013 und 2023 zugelegt hat, aber in anderen Mitgliedstaaten wie Polen und Spanien wesentlich stärker zugenommen hat, ist auch hier der deutsche Produktionsanteil deutlich zurückgegangen, von 13,4 Prozent in 2013 auf 11,8 Prozent in 2023. Gründe für die besonders starken Produktionsrückgänge in Deutschland sind nationale Rahmenbedingungen, die zum einen das EU-Recht besonders eng auslegen und im Hinblick auf die Zukunft viele Fragen über eine rechtssichere Weiterentwicklung der Tierhaltung offenlassen. Den wirtschaftenden Betrieben fehlen damit die notwendigen Perspektiven einer hinreichenden Wirtschaftlichkeit und Planungssicherheit ihrer Investitionen.



Dennoch ist Deutschland größter Milch-, Zuckerrüben- und Kartoffelproduzent der EU

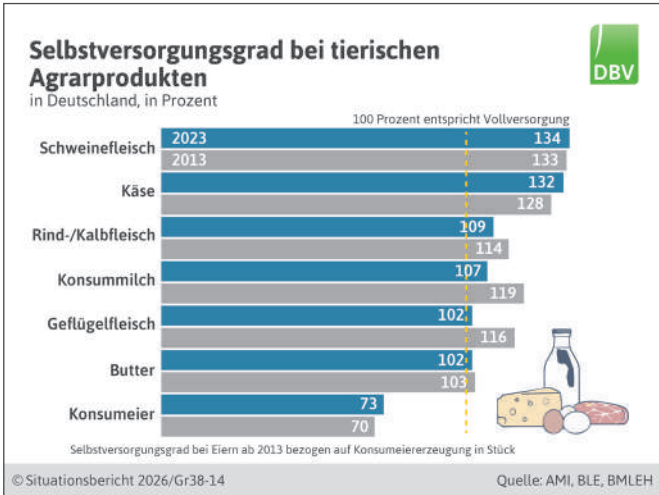
Im Vergleich der europäischen Länder gehören die deutschen Landwirte immer noch bei acht wichtigen Agrarprodukten zum Spitzentrio. Bei Zuckerrüben, Milch und Kartoffeln ist Deutschland sogar der größte europäische Produzent. Bei Getreide, Raps, Rindfleisch und Eiern produzieren die französischen Landwirte die größte Menge. Gut ein Fünftel der gesamten europäischen Raps-, Kartoffel-, Milch- und Schweineerzeugung erbringen die deutschen Landwirte.

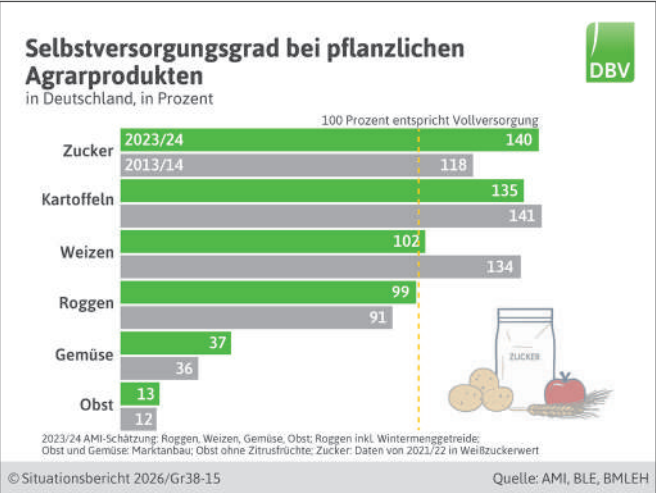
Selbstversorgungsgrade Deutschlands sind rückläufig

Bei den meisten landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind die deutschen Selbstversorgungsgrade deutlich rückläufig. Bei pflanzlichen Erzeugnissen schwanken die Selbstversorgungsgrade in Abhängigkeit von Witterung und Ernte von Jahr zu Jahr relativ stark. Bei einer Reihe von Agrarprodukten übersteigt die Produktion noch den Inlandsbedarf. Die Mehrmengen werden in andere europäische Länder oder am Weltmarkt abgesetzt. Bei Obst, Gemüse, Eiern, Rind-, Geflügel- und Schafffleisch dagegen liegt der Selbstversorgungsgrad bei etwa 100 Prozent oder zum Teil erheblich darunter.

Entwicklung der Tierbestände und der Bestandsanteile der EU-Mitgliedstaaten						
EU-Staaten	Schlachtgeflügel			Eiererzeugung		
	%-Bestandsanteile		Bestands-veränd. in %	%-Bestandsanteile		Bestands-veränd. in %
	2013	2023		2013	2023	
			2023 zu 2013			2023 zu 2013
Belgien	3,6	3,2	10,3	2,7	2,8	8,8
Tschechien	1,3	1,2	12,3	1,9	2,5	34,7
Dänemark	1,4	1,2	7,1	1,3	1,5	23,2
Deutschland	13,4	11,8	7,4	13,0	14,4	13,4
Irland	1,0	1,3	62,0	0,7	1,3	84,0
Spanien	12,4	12,8	26,4	13,0	13,7	7,9
Frankreich	15,6	11,6	-9,5	15,1	14,7	-0,2
Italien	11,3	10,1	9,0	12,2	11,9	0,0
Ungarn	3,6	3,9	30,5	2,5	2,1	-15,4
Niederlande	8,5	6,4	-7,8	11,1	7,9	-26,7
Österreich	0,9	1,0	37,4	1,6	2,3	44,9
Polen	15,2	20,7	66,2	8,7	8,3	-1,8
Portugal	2,7	2,9	30,3	1,9	2,1	15,9
Rumänien	1,9	3,8	150,2	4,7	4,1	-11,7
Schweden	1,2	1,3	40,8	2,0	2,3	19,4
EU-27	100,0	100,0	20,2	100,0	100,0	2,5

© Situationsbericht 2026/T38-9 Quelle: Eurostat



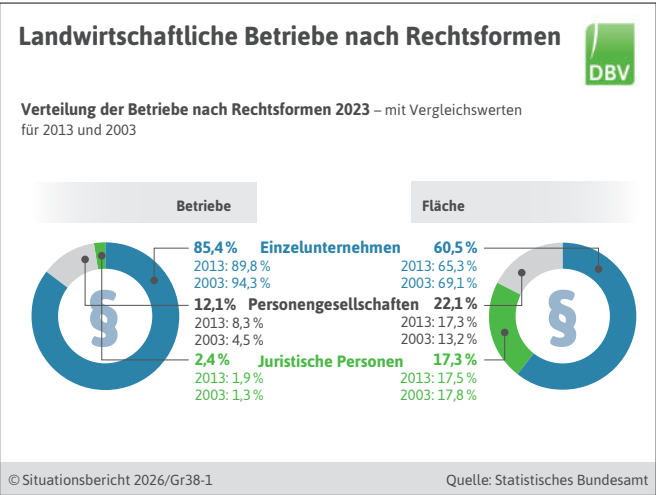


Strukturveränderungen der deutschen Landwirtschaft zwischen 2013 und 2023

Jahr 2013		Jahr 2023
285.000	Anzahl landw. Betriebe (- 11 %)	255.000
30	%-Anteil viehloser Betriebe	37
52	%-Anteil Nebenerwerbsbetriebe	55
33	%-Anteil Betriebe mit landwirtschaftsnahen Einkommensquellen	47
36	%-Anteil Betriebsleiter 55 Jahre und älter	51

© Situationsbericht 2026/T38-1

Quelle: Statistisches Bundesamt



Wandel bei Betriebsformen und Arbeitskräften

Starker Rückgang der landwirtschaftlichen Einzelunternehmen

Die Zahl der landwirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland ist zwischen 2013 und 2023 um 11 Prozent auf 255.000 zurückgegangen. Besonders stark ging die Zahl der Einzelunternehmen zurück. Die Einzelunternehmen stellen nach Ergebnissen der Agrarstrukturserhebung 2023 zwar 85 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe, bewirtschaften aber nur 61 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Zehn Jahre zuvor betrug ihr Bewirtschaftungsanteil noch 65 Prozent, zwei Jahrzehnte zuvor lag ihr Anteil sogar noch bei 69 Prozent.

Juristische Personen: GmbHs gewinnen an Bedeutung

Vor allem durch zahlreiche neu entstandene GmbHs ist die Zahl der juristischen Personen zwischen 2013 und 2023 von rund 5.300 auf rund 6.200 angestiegen (einschließlich juristischer Personen des öffentlichen Rechts). In Ostdeutschland ist eine vergleichsweise hohe Zahl von 4.000 Kapitalgesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Aktiengesellschaften tätig. Im früheren Bundesgebiet haben 2.300 Unternehmen die Rechtsform einer juristischen Person gewählt. Von den juristischen Personen werden in Deutschland rund 17 Prozent der Landwirtschaftsfläche bewirtschaftet, Tendenz insgesamt leicht abnehmend. Während der Flächenanteil

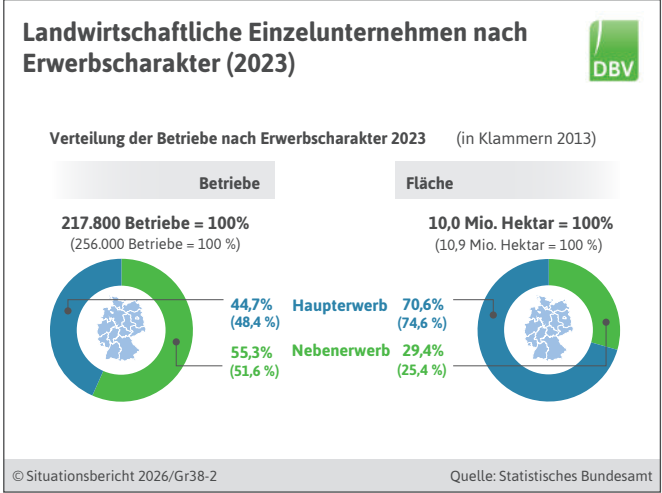
der Agrargenossenschaften deutlich rückläufig ist, nimmt der Bewirtschaftungsanteil der GbRHs kräftig zu.

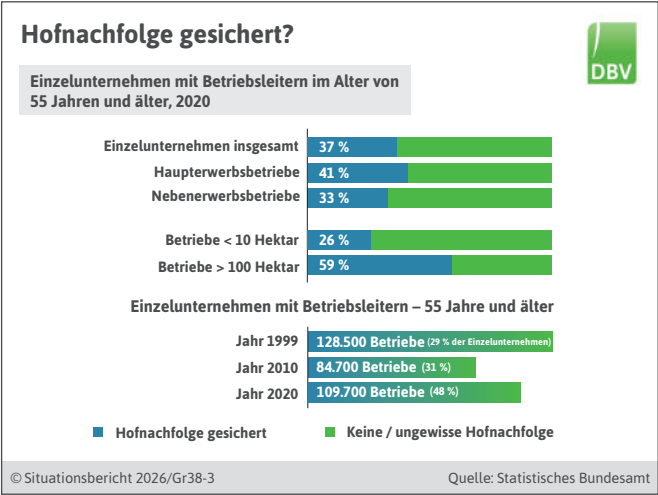
Von der stark gestiegenen Zahl der GbRHs werden mittlerweile gut 9 Prozent der Agrarfläche Deutschlands bewirtschaftet. Im Osten Deutschlands sind es sogar entsprechend 27 Prozent. Weitere 21 Prozent der Fläche befinden sich dort in der Bewirtschaftung von Agrargenossenschaften.

Starker Zuwachs bei den Personengesellschaften

Die Entscheidung, weiter - ganz oder teilweise - von der Landwirtschaft zu leben, ist auch von der Perspektive auf eine Hofnachfolge abhängig. Der Generationenübergang zeigt sich unter anderem in der Zunahme von Personengesellschaften; diese Rechtsform hatten zwölf Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in der Agrarstrukturhebung 2023 angegeben. Insbesondere die Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) verzeichneten im Zeitvergleich eine starke Zunahme. Sie sind ein beliebtes Instrument für die gemeinsame Wahrnehmung der Betriebsleitung durch Eltern und Kinder, bieten aber auch außerhalb der eigenen Familie die Möglichkeit, die Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen. Von Personengesellschaften werden mittlerweile 22 Prozent der LF Deutschlands bewirtschaftet. 2003 und 2013 waren es noch entsprechend 13 und 17 Prozent.

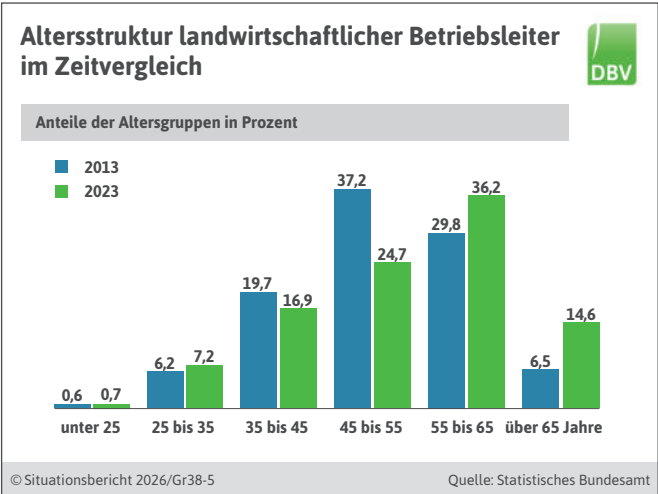
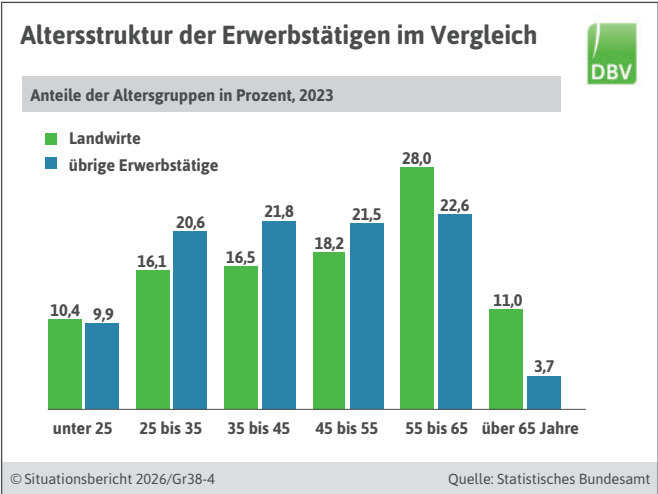
Entwicklung der Zahl der Personengesellschaften und juristischen Personen			
	2003	2013	2023
Deutschland			
Personengesellschaften	18.700 (13,2)	23.700 (17,3)	31.000 (22,2)
dar. GbR	15.400 (10,6)	19.500 (13,4)	26.000 (17,1)
Juristische Personen	5.300 (17,8)	5.300 (17,5)	6.200 (17,3)
dar. Genossenschaften	1.200 (9,3)	1.000 (7,9)	1.100 (7,0)
dar. GmbH	2.600 (7,5)	3.100 (8,5)	3.900 (9,3)
dar. Ostdeutschland			
Personengesellschaften	3.200 (22,5)	3.300 (22,0)	3.700 (23,0)
dar. GbR	2.700 (15,6)	2.400 (13,5)	2.600 (12,6)
Juristische Personen	3.300 (52,7)	3.600 (51,0)	4.000 (49,8)
dar. Genossenschaften	1.100 (28,2)	900 (23,7)	900 (20,8)
dar. GmbH	1.900 (22,5)	2.400 (25,4)	2.800 (27,0)
(in Klammern Flächenanteil an der Gesamt-LF)			
© Situationsbericht 2026/T38-2		Quelle: Statistisches Bundesamt	





Starker Trend hin zum Nebenerwerb und zu landwirtschaftsnahen Einkommenskombinationen

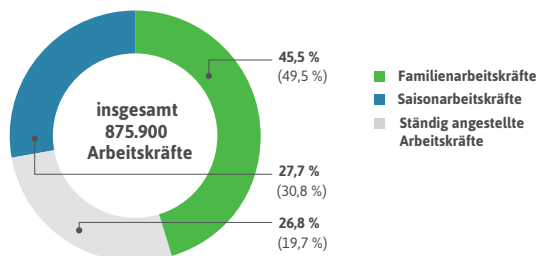
Unter den Einzelunternehmen waren nach den Ergebnissen der Agrarstrukturhebung 2023 55 Prozent Nebenerwerbs- und 45 Prozent Haupterwerbsbetriebe. 2013 lagen die entsprechenden Werte noch bei 52 und 48 Prozent. In Baden-Württemberg, Hessen, Saarland und Sachsen liegt der Anteil der Einzelunternehmen im Nebenerwerb bei rund zwei Drittel. Im Vergleich zu 2013 ist der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe in fast allen Bundesländern deutlich angestiegen. Diese Entwicklung geht einher mit der relativ stark abnehmenden Zahl viehhaltender Betriebe. Auch besteht ein starker Trend zu landwirtschaftsnahen Einkommenskombinationen. Nach Ergebnissen der Agrarstrukturhebung 2023 üben 47 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland mindestens eine im Betrieb integrierte landwirtschaftsnahen Tätigkeit aus. Im Jahr 2013 lag der entsprechende Anteil noch bei 33 Prozent und damit vierzehn Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2023.



Hofnachfolge bei vielen Familienbetrieben offen

Ist die Hofnachfolge gesichert? Das wurden zuletzt bei der Landwirtschaftszählung 2020 Inhaber landwirtschaftlicher Einzelunternehmen gefragt, die mindestens 55 Jahre alt waren; 2020 war das bei etwa 110.000 Betrieben der Fall. Andere Unternehmensformen, beispielsweise GbR, die Familien für den Übergabeprozess gründen, sind dabei nicht berücksichtigt. Bei gut 40.200 Betrieben, rund 37 Prozent der Einzelunternehmen, war die Hofnachfolge gesichert. Mit etwa 36 Prozent lag der Anteil bei der Erhebung im Jahr 2010 ähnlich hoch. Allerdings waren damals nur 31 Prozent der Betriebsinhaber von Einzelunternehmen 55 Jahre und älter, 2020 waren es 48 Prozent. Der Anteil der Betriebe, in denen die Nachfolge geregelt ist, variiert in den Bundesländern: In Rheinland-Pfalz und im Saarland ist es etwa ein Viertel, in Bayern und Nordrhein-Westfalen sind es über 40 Prozent.

Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 2023



in Klammern Werte für 2013

© Situationsbericht 2026/Gr38-6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Welche Faktoren haben Einfluss auf das Tierwohl?



© Situationsbericht 2026/Gr38-20

Quelle: Bundesverband Rind und Schwein

Treibende Faktoren des Wandels



Wirtschaftliche Treiber

- Volatile Märkte, Kostendruck, Wettbewerbsfähigkeit
- Optimierung von Produktionsprozessen
- Qualitätssicherung, Rückverfolgbarkeit und Transparenz
- Demografischer Wandel
- Elektronische Geschäftsabwicklung
- ...

Technologische Treiber

- Internet, Internet der Dinge
- Automation, Robotik
- Sensorik
- Datenvolumen, -qualität und -verarbeitung
- Künstliche Intelligenz
- Softwareentwicklungen
- ...

Gesellschaftliche Treiber

- Nachhaltige, ressourcenschonende Produktion
- Kommunikation und sozialer Austausch
- Wertschätzung von IT-Nutzen
- Individualisierte Produktion von Nahrungsmitteln
- ...

© Situationsbericht 2026/Gr38-13

Quelle: Universität Hohenheim

Hofnachfolger werden immer älter

In den Einzelunternehmen, deren über 55-jährige Betriebsinhaber die Hofnachfolge bereits gesichert haben, waren nach zuletzt aus der Landwirtschaftszählung 2020 vorliegenden Ergebnissen 26 Prozent der Nachfolger jünger als 25 Jahre. 52 Prozent entfallen auf die Altersgruppe von 25 bis 35 Jahre; 22 Prozent sind 35 Jahre und älter. Im Vergleich zu 2010 sind die designierten Hofnachfolger damit älter geworden: Bei der damaligen Landwirtschaftszählung waren noch 29 Prozent jünger als 25 Jahre und nur 18 Prozent 35 Jahre und älter.

Fast zwei Fünftel der Landwirte sind älter als 55 Jahre

Von der Altersstruktur her sind die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft im Vergleich zur übrigen Erwerbsbevölkerung deutlich älter. Während in der Landwirtschaft 39 Prozent aller Erwerbstätigen älter als 55 Jahre sind, beträgt der entsprechende Anteil in der übrigen Erwerbsbevölkerung 26 Prozent. Die Altersstruktur der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft deutet damit auf einen weiteren strukturellen Wandel hin.

Neue Züchtungstechniken

Bei der klassischen Pflanzenzüchtung (nicht gentechnische Verfahren) werden neben der natürlichen Kreuzung von Pflanzen vor allem durch chemische Mittel bzw. durch Bestrahlung Mutationen im Pflanzengenom ausgelöst (Mutationszüchtung). Ungewollte Mutationen müssen in aufwendigen Rückkreuzungs- und Selektionsprozessen wieder entfernt werden.

Beim Genome Editing, auf Deutsch „Genschere“, dagegen können zielgenau Veränderungen im Erbgut von Pflanzen hervorgerufen werden. CRISPR/Cas9 ist die bekannteste von mehreren Genome Editing-Techniken. Dabei können gezielt einzelne Mutationen im Genom vorgenommen werden. Das Ergebnis ist vergleichbar mit natürlich auftretenden Mutationen in der klassischen Mutationszüchtung. In einem aktuellen Gesetzentwurf der EU aus dem Jahr 2023 ist vorgesehen, dass für die neuen Techniken die dieselben Sicherheitsvorgaben wie für klassische Züchtungen gelten, wenn hierbei ausschließlich art-eigene Gene eingebracht werden. Der Vorschlag der Kommission würde die Pflanzenzüchtung schneller und effizienter machen und so den Züchtungsprozess verbessern. Die neuen Züchtungstechniken sollen allerdings nicht zu Patenten auf Pflanzen, Sorten oder Genabschnitten führen. Die Debatte um Patente, Transparenz, Rückverfolgbarkeit, Labelling und Koexistenz sind selbst nach zweieinhalb Jahren immer noch aufgeheizt. Anfang Dezember einigten sich Rat und EU-Parlament im Trilog unter anderem darauf, moderne Gentechnikverfahren in vielen Fällen vom bislang strengen EU-Gentechnikregeln auszunehmen. Parlament und Mitgliedstaaten müssen dem Ergebnis noch zustimmen.

Quellen: BfR, Deutscher Bauernverband

Anteil älterer Betriebsleiter hat deutlich zugenommen

Auch bei den Betriebsleitern hat der Anteil der älteren im Zeitvergleich stark zugenommen. Das zeigen Ergebnisse der Agrarstrukturhebungen 2013 und 2023. Waren 2013 36 Prozent aller Betriebsleiter 55 Jahre und älter, so ist dieser Anteil bis 2023 auf 51 Prozent angestiegen. Andererseits ist der Anteil jüngerer Betriebsleiter (unter 45 Jahre) von 27 auf 25 Prozent zurückgegangen.

Weniger Arbeitskräfte, höhere Effizienz – mehr angestellte Arbeitskräfte

Zwischen 2013 und 2023 ist die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen in Deutschland um 14 Prozent auf rund 875.900 zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl landwirtschaftlicher Betriebe um 11 Prozent zurück. Durch weiter voranschreitende Technisierung und die dadurch bedingten Effizienz- und Produktivitätssteigerungen ist der Arbeitskräftebesatz, gemessen in Arbeitskräfteinheiten (AKE), von 3,1 auf 2,8 AKE je 100 Hektar

Treiber der Strukturentwicklung

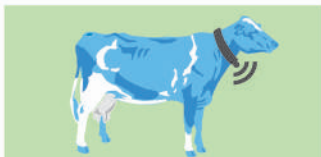
- Wirtschaftliche Größenvorteile (Economies of Scale)
- Gesetzlicher Regelungsdruck
- Internationaler Wettbewerbsdruck
- Wachsende Kundenanforderungen
- Demographischer Wandel und Verfügbarkeit an Arbeitskräften
- Technischer Fortschritt, züchterischer Fortschritt
- Kritische öffentliche Diskussion über Landwirtschaft
- Klimawandel

Quelle: Deutscher Bauernverband

LF zurückgegangen. Mit minus 21 Prozent nahm die Zahl der Familienarbeitskräfte zwischen 2013 und 2023 überdurchschnittlich ab. Dagegen stieg die Zahl der ständig beschäftigten Arbeitskräfte um 17 Prozent. Die von externen Dienstleistern wie Lohnunternehmen und Maschinenringe erledigten Arbeiten und die dazu benötigten Arbeitskräfte sind darin nicht enthalten. Die externen Dienstleistungen von Lohnunternehmen und dergleichen beliefen sich 2023 auf 3,5 Millionen Arbeitstage, umgerechnet sind das rund 16.700 Voll-AK.

Milchviehhaltung - Was Sensoren heute messen



Milch	Physiologische Parameter	Verhalten
Menge, Milchfluss pro Zitze, Leitfähigkeit, Farbe, Zellzahl, Milchinhaltstoffe, Ketonkörper, LDH, Hormonprofil, Temperatur, Rückstände (z. B. Antibiotika)	Pansen pH-Wert, Pansen Aktivität, Körpertemperatur, Temperatur des Pansens	Schrittzahl, Anteil Liegen / Stehen, Anzahl Aufsteih- und Abstiegsgänge, Liegezeit, Bewegungsanalyse, Gewichtsverteilung beim Liegen, Bürstennutzung, Agonistik
		
Identität	Tierstatus	Gesundheit
Tiernummer, Räumliche Ortung (im Stall / Weide)	Körpergewicht, Körperkondition, Geburtsüberwachung, Brunstlänge, Verschmutzung	Rötung und Schwellung des Euters, Lahmheit, Atemanalyse, Atemfrequenz, Verletzung
● Praxis ● in der Entwicklung		
Futteraufnahme		
Kraftfutteraufnahme, Wiederkauaktivität, Wasseraufnahme, Futteraufnahme-dauer und -verhalten		

© Situationsbericht 2026/Gr38-18

Quelle: KTBL

Technischer Fortschritt und Innovationen

Enorme Chancen und Möglichkeiten

Die Treiber für künftige Entwicklungen in der Landwirtschaft werden mehr denn je durch technische Neuerungen geprägt. Experten erwarten, dass auf die Landwirtschaft dadurch in den nächsten Jahren enorme Veränderungen zukommen werden. Neben den Potentialen aus neuen Züchtungstechniken gelten die Potenziale aus der Digitalisierung als riesig. Für die Landwirtschaft bietet ein hochleistungsfähiges Internet in der Fläche in Verbindung mit immer günstiger und leistungsfähiger werdender Sensortechnik, der Gewinnung von Hyperspektraldaten und anderen Bilddaten sowie die rasant wachsenden KI-getriebenen Datenauswertungsmöglichkeiten ein hohes Potenzial für eine ressourcen- und klimaschonende Landbewirtschaftung, für

mehr Effizienz, Nachhaltigkeit, Rückverfolgbarkeit, Transparenz, Tiergesundheit und Tierwohl. Die großen Chancen dieser Entwicklung liegen auch darin, die öffentliche Diskussion über moderne und nachhaltige Landwirtschaft versachlichen zu helfen. Weiter sehen Experten in der konsequenten Anwendung der digitalen Technologien in der Landwirtschaft die Möglichkeit, den Herausforderungen der Zeit wie Flächenverlust, Folgen des Klimawandels und Zielkonflikten zwischen Ökonomie, Ökologie, Tiergesundheit und Tierwohl sowie den gesellschaftlichen Erwartungen an eine nachhaltige Landwirtschaft erfolgreich zu begegnen.

Im Ackerbau sind digitale Techniken verbreitet im Einsatz

Digitalisierung spielt heute in fast allen Bereichen der Landwirtschaft eine tragende Rolle. Im Feldbau fließen Daten aus verschiedenen Quellen (z. B. Wetterstationen, Bodenanalytik, Bodenscanning, N-Sensoren, Ertragskartierung) in die Planung und Überwachung der Anbau- und Standortbedingungen ein und ermöglichen selbststeuernde und autonom arbeitende Maschinen, variabel steuerbare oder bedarfsabhängige Ausbringungstechnik (z. B. reihenweise Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln) einen bedarfsgerechten Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln und tragen zur Optimierung von Saat, Pflege und Ernte der Nutzpflanzen bei. Nach Ergebnissen der Agrarstrukturenerhebung 2023 werden derartige Präzisionstechniken in 86 Prozent aller Ackerbaubetriebe mit 100 Hektar LF und mehr eingesetzt, die zusammen 89 Prozent der Ackerfläche Deutschlands bewirtschaften.

Bei 84 Prozent der Nutztiere sind digitale Techniken im Einsatz

In der Tierhaltung überwachen Sensoren und Ortungssysteme das Verhalten der Tiere (z. B. durch Kamera- und Tonüberwachung, Aktivitätsmessung) und liefern damit eine wichtige Unterstützung bei der Beurteilung des Gesundheitszustands jedes Einzeltiers. Moderne Mahl- und Fütterungsmischgeräte sowie automatische Systeme für die Fütterung, die Regulierung des Stallklimas

Chancen der weiteren Digitalisierung der Landwirtschaft

Mehr Verbraucherschutz: Landwirte haben es mit Natur, Tieren und Nahrungsmitteln und damit mit hochempfindlichen Gütern und Geschöpfen zu tun. Hier noch genauer und präziser zu werden, ist vorteilhaft für die Erzeuger und Verarbeiter von Lebensmitteln. Mehr Präzision bedeutet, mehr Sicherheit der Nahrungsmittel und mehr aktiven Verbraucherschutz.

Mehr Transparenz: Die Digitalisierung bietet Konsumenten von Nahrungsmitteln noch mehr Informationen, mehr Wissen und schafft damit Vertrauen. Der Einsatz digitaler Technik kann helfen, Informationsdefizite zwischen Verbrauchern und Landwirten abzubauen.

Mehr Ressourceneffizienz, mehr Klimaschutz und mehr Biodiversität: Digitalisierung bietet großes Potenzial für ressourcen- und klimaschonende Produktionsweisen sowie zur Förderung von Biodiversität. Ziel: Wissen, was im Boden vor sich geht und wie es um das Wachstum jeder einzelnen Kulturpflanze bestellt ist.

Mehr Tierwohl: Besonders Sensortechniken können Tierwohl fördernde Haltungsverfahren unterstützen. High-Tech hilft dabei, künftig noch präziser zu wissen, was die Tiere für eine bestmögliche Tiergesundheit und zu ihrem Wohlbefinden brauchen.

Weniger Bürokratie: Digitalisierungs- und Satellitentechniken bieten eine enorme Vereinfachung im Umgang mit Verwaltungs- und Förderbehörden. Die heute noch aufwendigen Antrags- und Prüfverfahren könnten künftig überflüssig werden.

Nach einer Befragung des Digitalverbandes Bitkom und der DLG von Anfang 2024 sieht eine große Mehrheit der deutschen Landwirte (79 Prozent) die Digitalisierung als Chance für ihren Betrieb. Die größten Vorteile werden in Zeitersparnis (69 %), einer höheren Effizienz (61 %) und körperlicher Entlastung (57 %) gesehen. Das Ergebnis sind ein geringerer Einsatz von Dünger, Pflanzenschutzmitteln und Energie sowie Verbesserungen beim Tierwohl.

Quelle: Deutscher Bauernverband

und das Melken (Melkroboter) gehören zum weiteren Repertoire der High-Tech-Tierhaltung in Deutschland. Nach Ergebnissen der Agrarstrukturenerhebung 2023 werden derartige Techniken von 48 Prozent

der Tierhalter eingesetzt. Auf diese Tierhalter entfallen 84 Prozent der gesamten Nutztierhaltung in Deutschland. 28 Prozent aller Milchkühe in Deutschland lassen sich von einem Melkroboter melken.

KI-Systeme in der Entwicklung

Mit Hilfe von KI-Systemen wird weltweit an der nachprüfbaren Messung von Tierwohl gearbeitet. Überhaupt: Nach Einschätzung des Digitalverbandes bitkom gehört die Landwirtschaft zu den Vorreitern der KI und ist dabei den meisten anderen Branchen voraus.

Wettbewerb in der Wertschöpfungskette

Wertschöpfungskette im Fokus

Auf dem Weg zum Verbraucher beginnt der Weg von den Lebensmitteln bei der Landwirtschaft als Primärproduktion, wo in Deutschland rund 255.000 Betriebe Rohprodukte wie Milch, Fleisch oder Getreide erzeugen. Die nachgelagerten Stufen umfassen die Verarbeitung durch Hersteller (Kapitel 1.4), den Lebensmitteleinzelhandel, der in Deutschland durch vier dominante Unternehmen geprägt ist und zunehmend vertikal integriert (Kapitel 1.5). Die Landwirte stehen am Anfang, tragen hohe Volatilitätsrisiken durch Weltmarktpreise und Wetterrisiken.

Konzentration der Einkaufsmacht in europäischen Einzelhandelsallianzen

Der Markt für Lebensmittel ist ein internationaler Markt. In Europa bündeln die Einkaufsgemeinschaften und Allianzen im europäischen Einzelhandel rund 240 Milliarden Euro Umsatz (Stand 2024) und konzentrieren zunehmend die

Einkaufsmacht, während die landwirtschaftliche Primärproduktion mit 9,1 Millionen Betrieben (2020) stark fragmentiert bleibt. Diese Allianzen bestimmen nicht nur Preise, sondern auch Produktspezifikationen, Zertifizierungen, Logistik und Lieferantenlisten. 88,5% der in Frankreich verkauften Konsumgüter werden beispielsweise über solche Allianzen verhandelt. Die Auswirkungen auf Landwirte und Fischer sind sowohl direkt bei Frischwaren als auch indirekt über Verarbeitungsstufen spürbar. Aufgrund grenzüberschreitender Allianzaktivitäten bestehen Herausforderungen bei der nationalen Kontrolle und Durchsetzung von fairen Handelspraktiken.

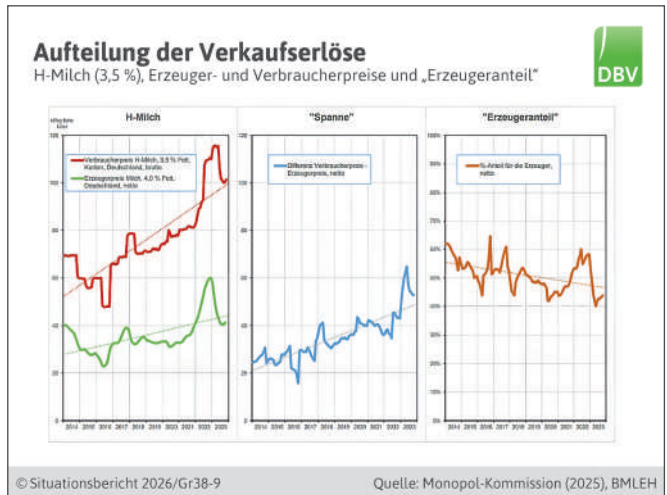
Einseitige Verhandlungsmacht

Die EU-Landwirtschaft ist im Vergleich zum Handel von eher kleinen Betrieben geprägt (siehe Kapitel 3.6). Diese Kleinstruktur schwächt ihre Verhandlungsposition

an der Absatzschwelle erheblich. In Kombination mit der Konzentration der Käufermacht - einzelne Allianzen steuern bis zu 58 Prozent des Marktes in ihren Kernländern - entsteht eine deutliche Machtasymmetrie. Kleinere und mittelgroße Betriebe stehen vor hohen Anforderungen, Ausschlussrisiken und starkem Preisdruck. Einkaufsallianzen fungieren als Gatekeeper mit standardisierten Einkaufsprozessen, die vor allem größere Produzenten begünstigen und die Vielfalt sowie regionale Verankerung kleinerer Betriebe einschränken.

EU-Regeln zur Stärkung des Wettbewerbs

Die EU hat mit der UTP-Richtlinie 2019 wesentliche Regeln zur Stärkung des Wettbewerbs in der Lebensmittellieferkette eingeführt. Sie verbietet Praktiken wie kurzfristige Preisänderungen, Zahlungsverzögerungen über 30 Tage für verderbliche Waren und



einseitige Vertragsänderungen, um Machtmissbrauch großer Käufer gegenüber Lieferanten zu verhindern. Ergänzt wird dies durch die Kartellverordnung und nationale Wettbewerbsgesetze, die Zusammenschlüsse prüfen und faire Preisbildung fördern.

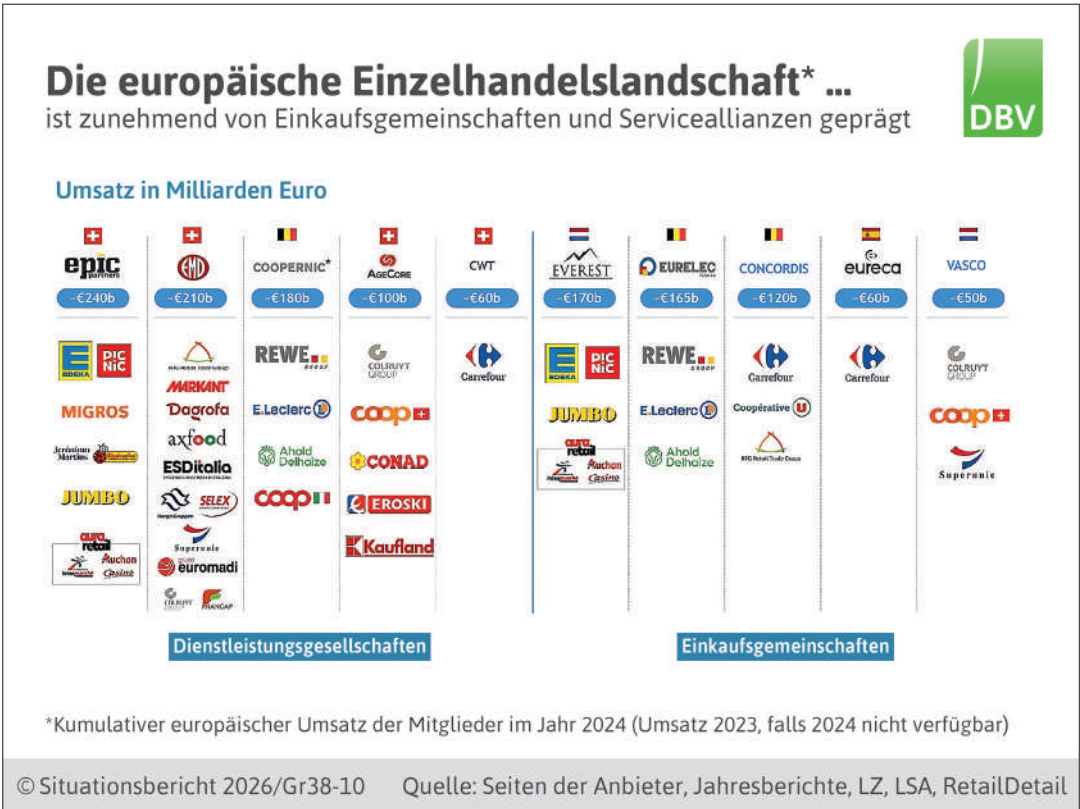
Stärkung der Rolle der Landwirte durch die Gemeinsame Marktordnung

Daneben zielt die Gemeinsame Marktordnung (GMO) als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik darauf ab, die Rolle der Landwirte durch Erzeugerorganisationen (EO), Branchenorganisationen und Kriseninstrumente zu

stärken. Sie ermöglicht kollektive Verhandlungen, um Verhandlungsmacht gegenüber Verarbeitern und Einzelhandel zu bündeln. Produzentenkooperativen wie die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh u. Fleisch (VZEG) im Fleischsektor nutzen dies erfolgreich für Preisempfehlungen. Ziel ist eine Stabilisierung von Erzeugerpreisen und Risikoabsicherung, was die Position am Anfang der Wertschöpfungskette festigt. Gleichwohl wird intensiv diskutiert, ob das bestehende Regelwerk hinreichend zu einem fairen Wettbewerb in der Wertschöpfungskette beiträgt.

Sondergutachten der Monopol-Kommission

Die Monopol-Kommission als unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung, das die Anwendung des Kartellrechts analysiert und Empfehlungen für wettbewerbspolitische Maßnahmen gibt, hat in diesem Zusammenhang den Wettbewerb in der Lebensmittellieferkette in Deutschland genauer unter die Lupe genommen. Demnach veränderten sich die Preisaufschläge in der Landwirtschaft zwischen 2006 und 2023 nur geringfügig, dennoch verschiebt sich die Gewinnmarge von der Landwirtschaft hin zu Herstellern und Einzelhandel.



Empfehlungen der Monopol-Kommission

Strukturwandel unterstützen: Förderung kosteneffizienter Produktion, u. a. durch Precision Farming, Bürokratielasten systematisch reduzieren

Zusammenschlusskontrolle verschärfen: Marktübergreifende Effekte (lokale Absatz-/Beschaffungsmärkte) stärker berücksichtigen; vertikale Beziehungen und Integration (Beschaffung Einzelhandel, Nachfragemacht Hersteller) prüfen und kritisch hinterfragen.

Missbrauch von Nachfragemacht verhindern: UTP-Regeln vereinfachen (Anwendungsbereich erweitern); effektive Durchsetzung durch klare Zuständigkeiten, Schutz vor Repressalien und Fallauswahl hoher volkswirtschaftlicher Relevanz.

Lebensmitteleinzelhandel analysieren: neue Analyseansätze (z. B. empirische Preisaufschläge) nutzen; kartellrechtliche Evaluation stärken und breite empirische Studien offenhalten.

Erweiterung der Marktzugangsmöglichkeiten für Landwirte: durch verbesserte Transparenz und Marktanalysen, um Machtungleichgewichte auszugleichen.

Quelle: Monopol-Kommission (2025)

Die Branche weist demnach eine zunehmende Marktkonzentration, steigenden Endverbraucherpreise bei gleichzeitig stagnierenden oder rückläufigen Erzeugerpreisen auf.

Konzentration und Gewinnmargen in der Lebensmittelherstellung

Zwischen 2009 und 2023 wuchs die Zahl der Lebensmittelhersteller von 5.220 auf 5.559 bei gleichzeitigem Beschäftigtenanstieg von rund 475.000 auf über 585.000. Der Umsatz stieg nominal auf über 205 Milliarden Euro (2023). Trotz wachsender Unternehmensanzahl nehmen Marktkonzentration und Preisaufschläge auf Herstellerstufen zu, was die Wettbewerbssituation beeinflusst.

Zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2025/26 viele Erzeugerpreise unter Druck

Die vier großen Lebensmittel-einzelhändler dominieren den Markt mit steigender Konzentration und eigenen Produktionsstätten, wodurch sie ihre Verhandlungsmacht entlang der Lieferkette verstärken (Kapitel 1.5). Diese vertikale Integration kann Effizienzgewinne bringen, birgt aber ein Risiko der Machtverschiebung zugunsten des Einzelhandels und zulasten der Landwirtschaft.

Herausforderungen durch Marktkräfte und vertikale Zusammenschlüsse

Unternehmenszusammenschlüsse auf Hersteller- und Einzelhandelsebene verschärfen Konzentrationsrisiken. Trotz Kontrollmechanismen gibt es ein

Risiko, dass die Verhandlungsmacht des Einzelhandels Marktanteile auf Herstellerebene vergrößert und die Gewinnmargen zulasten der landwirtschaftlichen Erzeuger verschoben werden. Eine systematische Prüfung dieser vertikalen Beziehungen wird empfohlen.

Wettbewerbsprobleme und Unfaire Handelspraktiken (UTP)

Marktkonzentration begünstigt missbräuchliche Praktiken des Einzelhandels gegenüber Lieferanten, wie Lieferbeendigungen, kurzfristige Stornierungen, unverhältnismäßige Boniforderungen und verspätete Zahlungen. Die Durchsetzung gegen solche Praktiken wird durch Angst von Lieferanten vor Repressalien erschwert, was eine verstärkte Aufsicht und bessere Rechtsdurchsetzung erfordert.

Handlungsempfehlungen zur Sicherung des Wettbewerbs

Die Monopolkommission empfiehlt eine strengere Zusammenschlusskontrolle entlang der gesamten Lieferkette, einschließlich vertikaler Integration. Zudem fordert sie eine verbesserte Missbrauchsaufsicht mit Fokus auf Fälle hoher volkswirtschaftlicher Relevanz und eine vereinfachte Anwendung der UTP-Regeln zugunsten landwirtschaftlicher Betriebe. Weitere Analysen sollen die Wettbewerbsverhältnisse transparenter machen.



4

Agrarpolitik und Agrarförderung

4.1 EU-Agrarhaushalt / Mehrjähriger Finanzrahmen	143
4.2 GAP-Förderung und Umweltleistungen	150
4.3 Förderung ländlicher Räume	157
4.4 Nationale Agrarpolitik	161

4.1 EU-Agrarhaushalt / Mehrjähriger Finanzrahmen

EU-Haushalt 2026:
190 Milliarden Euro

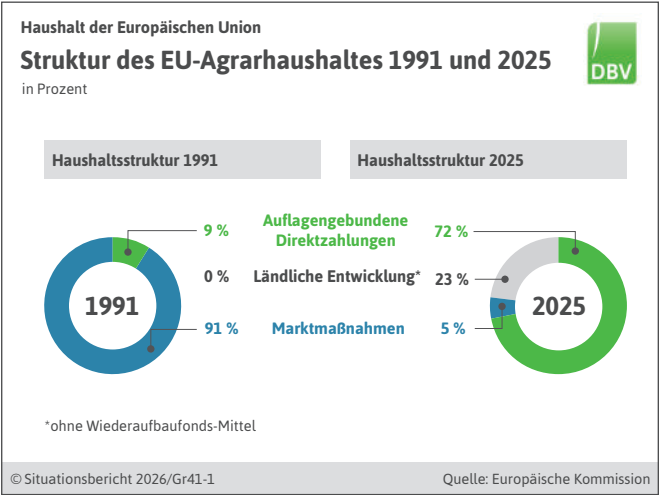
Der EU-Haushalt des Jahres 2026 umfasst 190,1 Milliarden Euro an Zahlungsermächtigungen. Zahlungsermächtigungen sind Mittel, die im Haushaltsjahr tatsächlich für Ausgaben zur Verfügung stehen. Die in EU-Haushaltsplänen ebenfalls veranschlagten Mittel für Verpflichtungen (Verpflichtungsermächtigungen) geben an, bis zu welcher Höhe die EU im jeweiligen Jahr Ausgaben beschließen kann. Sie sind für das Haushaltsjahr 2026 mit 192,8 Milliarden Euro veranschlagt. Im laufenden Haushalt 2025 entfallen auf die Haushaltsrubrik „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ 52,1 Mrd. Euro bei den Zahlungsermächtigungen, darunter unter anderem 37 Milliarden Euro auf Direktzahlungen und knapp 3 Milliarden Euro auf Agrarmarktmaßnahmen.

Extra: Wiederaufbaufonds
NextGenerationEU

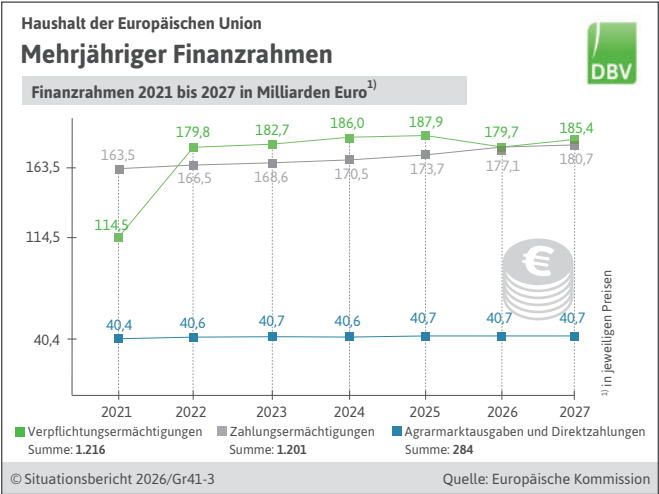
Zum EU-Haushalt dazu kommen Mittel aus dem Corona-Krisenbedingten neuen Aufbauinstrument, „NextGenerationEU“ (NGEU). Dieser Fonds hat für den Zeitraum von 2021 bis 2023 ein Gesamtvolumen an Verpflichtungsermächtigungen von 750 Milliarden Euro in Preisen von 2018, davon 390 Milliarden Euro als Zuschüsse und 360 Milliarden Euro als Darlehen. In laufenden Preisen macht der NGEU rund 807 Milliarden Euro aus, die noch bis Ende 2026

EU-Haushalt 2024, Einnahmen, Mittel für Zahlungen, in Milliarden Euro			
Gliederung	2024	2025	Veränd. in Prozent
Beiträge der Mitgliedsstaaten ¹⁾	90,4	98,6	9,0
Zölle und Zuckergaben	20,1	21,1	4,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	23,5	24,4	4,0
Abgabe auf nicht recyclebare Kunststoffmüll	7,1	7,1	-0,3
Sonstige Einnahmen	8,6	4,0	-52,8
Summe	149,7	155,2	3,7
1) entsprechend ihrem Bruttonationaleinkommen (BNE)			
© Situationsbericht 2026/T41-1		Quellen: EU-Kommission	

EU-Haushalt 2024, Ausgaben, Mittel für Zahlungen, in Milliarden Euro			
Gliederung	2024	2025	Veränd. 2024/23
Binnenmarkt	20,8	20,5	-1,8
Zusammenhalt, Resilienz, Werte	36,6	44,4	21,3
Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt	27,1	33,3	22,9
Resilienz und Werte	9,6	11,2	16,7
Natürliche Ressourcen und Umwelt	54,1	52,1	-3,8
Marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	40,5	40,0	-1,2
Migration und Grenzmanagement	3,2	3,2	-1,4
Sicherheit und Verteidigung	2,0	2,1	5,2
Nachbarschaft und die Welt	15,3	14,4	-5,8
Europäische öffentliche Verwaltung	12,1	12,8	6,
Mittel insgesamt	149,7	155,2	3,6
Mittel in % des Bruttonationaleinkommen (BNE)	0,84	0,84	0,0
Cluster 8 - Landwirtschaft und Meerespolitik ¹⁾	53,4	51,4	-3,9
Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)	40,51	40,03	-1,2
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)	12,0	10,5	-12,5
Europäischer Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF)	0,8	0,7	-15,4
1) in Rubrik 3 "Natürliche Ressourcen Umwelt"			
© Situationsbericht 2026/T41-2		Quellen: EU-Kommission	



der Zwischenzeit gestiegene Zinsen steigen die Haushaltsbelastungen. Erstmals in der Geschichte der EU werden mit Wiederaufbaufonds Mittel durch gemeinsame Schulden finanziert, die von 2028 bis 2058 in gleichbleibenden Beträgen von jährlich 14 bis 15 Milliarden Euro (laufende Preise) Tilgungszahlungen erforderlich machen und im ersten Rückzahlungsjahr 2028 Zinsen in etwa gleicher Höhe anfallen lassen. im künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen sind hierfür ab 2028 24 Milliarden Euro jährlich eingestellt.



Auflagegebundene Direktzahlungen dominieren Agrarhaushalt

Die EU-Agrarausgaben, finanziert aus dem Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), machen 2025 rund 51,4 Milliarden Euro aus, davon entfallen 40 Milliarden Euro auf die auftraggebundenen Direktzahlungen (EGFL), und 10,5 Milliarden Euro kommen der Förderung der Ländlichen Entwicklung (ELER) zugute. 1991 wurden noch 91 Prozent der EU-Agrarausgaben für die Marktstützung (Exporterstattungen, Lagerhaltung) verwendet. Kehrseite dieser Entwicklung ist, dass die Landwirtschaft in relativ hohem Maße von den Direktzahlungen abhängig geworden ist. Unter den EU-Agrarausgaben für die Marktstützung spielen die Exporterstattungen seit 2013 keine Rolle mehr. Im Jahr 1993 betrugen die Exporterstattungen noch über 10 Milliarden Euro.

von den Mitgliedstaaten verausgabt werden dürfen. Größtes und bedeutendstes Instrument ist die Recovery and Resilience Facility (RRF). Von den 807 Milliarden Euro NGEU-Mittel entfallen darauf rund 723 Milliarden Euro (darunter Deutschland 28 Mrd. €), davon 338 Milliarden Euro als Zuschuss und 385 Milliarden Euro als Darlehen. Die übrigen 83 Milliarden Euro NGEU-Mittel werden verwendet, um mehrere bestehende EU-Programme wie den Just Transition

Fund, Horizon Europe, InvestEU, RescEU und ReactEU zu verstärken. Bis Oktober 2025 waren von den 723 Milliarden Euro RRF-Mittel mit 268 Milliarden Euro knapp zwei Fünftel ausgegeben, davon 174 Milliarden Euro als Zuschüsse und 95 Milliarden Euro als Kredite. Der Grund für den Wiederaufbaufonds war die Corona-Krise. Mit dem Krieg in der Ukraine, der Energiekrise und einer hohen Inflation sind weitere Krisen dazugekommen. Durch in

Anteil des Agrarbudgets geht weiter zurück

Während die Gesamtausgaben der EU ansteigen, geht das darin enthaltene Budget für die auftragengebundenen Direktzahlungen und Agrarmarkmaßnahmen (EGFL) zurück. Dessen Anteil am EU-Gesamtbudget (Verpflichtungsermächtigungen) ist von 31 Prozent in der Förderperiode 2007-2013 auf rund 28 Prozent in der Förderperiode 2014-2020 zurückgegangen. Nach dem MFR 2021-2027 geht der EGFL-Anteil weiter auf rund 23 Prozent zurück. Rund 7 Prozent entfallen in diesem Zeitraum auf die Förderung der Ländlichen Entwicklung über den ELER.

Die scheinbare Agrarlastigkeit des EU-Haushaltes hat ihre Gründe. Bis heute ist die Gemeinsame Agrarpolitik der einzige voll gemeinschaftlich finanzierte Politikbereich. Dies erklärt den relativ hohen Anteil des Agrarbereichs am EU-Haushalt. Im Durchschnitt zahlt jeder EU-Bürger in der Förderperiode 2021-2027 22 Cent am Tag für die EU-Agrarpolitik mit ihren Direktzahlungen, Marktmaßnahmen und der Förderung der Ländlichen Entwicklung als Beitrag für gesunde, heimische Nahrungsmittel, eine vielfältige Kulturlandschaft und intakte ländliche Räume.

Deutschland größter Nettozahler

Ohne Berücksichtigung der Finanzierung der EU-Verwaltungsausgaben hat Deutschland 2024 nach Kommis-sionsangaben 13,1 Milliarden Euro weniger aus dem EU-Haushalt bekommen, als es darin eingezahlt hat. Das sind 0,3 Prozent des deutschen

Bruttonationaleinkommens (BNE). Der deutsche Beitragsanteil am EU-Haushalt betrug 2024 rund 23 Prozent. Dieser ist nach dem „Brexit“ um fast 4 Prozentpunkte angestiegen. Demgegenüber fällt der Anteil der EU-Rückflüsse mit knapp 10 Prozent relativ bescheiden aus. Mit anderen Worten: Von jedem Euro, den Deutschland in die Brüsseler Kasse gibt, erhält es nur 44 Cent zurück. Etwas günstiger sieht es bei den Ausgaben zur „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP, einschließlich „Ländliche Entwicklung“) aus. Den deutschen Leistungen zur GAP in Höhe von etwa 13,1 Milliarden Euro standen 2023 Rückflüsse von 6,3 Milliarden Euro gegenüber.

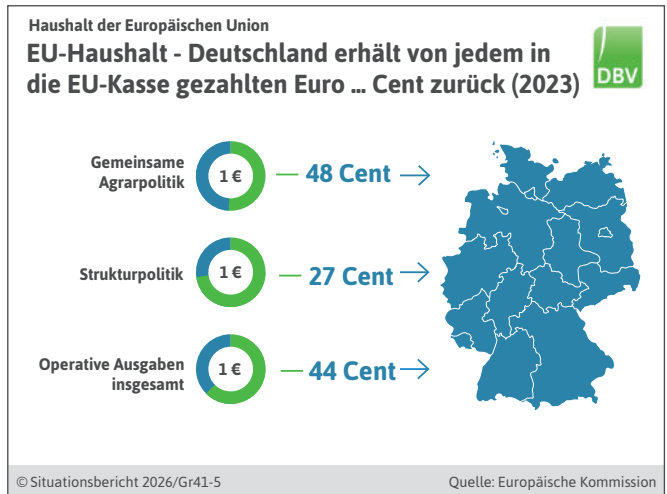
Griechenland größter Nettoempfänger

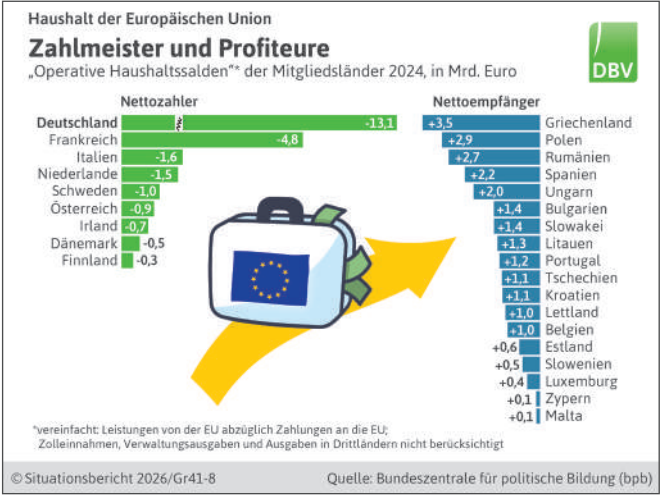
Zu den großen Nettoempfängern zählen die mittel- und osteuropäischen Länder sowie Griechenland, Portugal und Spanien. Griechenland verbuchte 2024 in absoluten Zahlen mit 3,5 Milliarden Euro den

größten Überschuss, das entspricht etwa 1,46 Prozent des griechischen Bruttonationaleinkommens (BNE). Die Differenz zwischen Ein- und Auszahlungen lässt allerdings nicht unmittelbar darauf schließen, welches Land letztlich von der Politik der Union am meisten profitiert. Die Vorteile etwa des Binnenmarktes schlagen sich in den nationalen Steuereinnahmen oder auch in den Exportmöglichkeiten der Wirtschaft nieder.

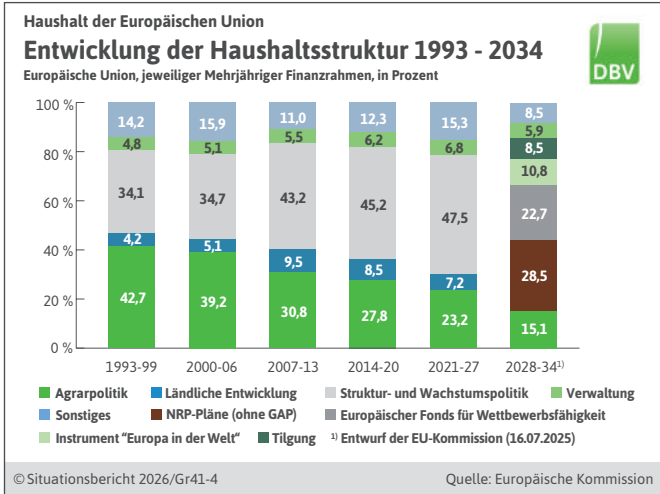
EU-Mitgliedschaft erhöht Wohlstand

Ein internationales Forscherteam unter der Leitung des Institutes für Weltwirtschaft (IfW) hat berechnet, dass die gegenseitige Anerkennung von Standards und die Angleichung der Regeln im Binnenmarkt den Mitgliedstaaten der EU insgesamt jedes Jahr zusätzlichen Wohlstand von etwa 640 Milliarden Euro bescheren. Davon entfallen rund 130 Milliarden Euro oder 21 Prozent auf Deutschland. Werden





Staats- und Regierungschefs der EU am 1. Februar 2024 einen überarbeiteten MFR. Die „Überarbeitung“ wird durch eine Kombination aus neuen Ressourcen und Umschichtungen innerhalb des EU-Haushalts finanziert. Mit dem Verfahren zur Festlegung des MFR soll vermieden werden, dass es jedes Jahr zu heftigem Streit über die Finanzen kommt. 80 Prozent der EU-Mittel werden von nationalen oder regionalen Regierungen verausgabt. Der aktuelle MFR umfasst für den Zeitraum 2021-2027 in laufenden Preisen 1.221,0 Milliarden Euro Verpflichtungsermächtigungen, darunter 283,9 Milliarden Euro für Direktzahlungen und Agrarmarktausgaben (EGFL) und 87,4 Milliarden Euro für die Ländliche Entwicklung (ELER).



neben dem Binnenmarkt auch die Zollfreiheit, der Schengen-Raum, Handelsabkommen und der Euro berücksichtigt, erhöht sich der Wohlstandsgewinn in der EU auf jährlich 940 Milliarden Euro. Davon entfallen auf Deutschland rund 170 Milliarden Euro (18 %).

Begrenzung der EU-Ausgaben durch den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) gibt den Rahmen für die jährlichen EU-Haushalte vor, die zwischen Kommission, Rat und Parlament ausgehandelt werden. Wegen der Folgen von Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, Migrationsfragen, beschleunigter Inflation sowie externen Herausforderungen wie dem Nahostkonflikt billigten die

Neuer Mechanismus bei der „Agrarkrisenreserve“

2023 hat die neue Agrarreserve die bisherige Agrarkrisenreserve abgelöst. Die Agrarreserve beträgt jährlich 450 Millionen Euro und kann im Bedarfsfall aufgestockt werden. Mit Einführung der Agrarreserve greift eine neue Finanzierungsregel, bei der die Haushaltsdisziplin und damit die Kürzung der Direktzahlungen nur angewandt werden, nachdem andere Finanzierungsmöglichkeiten, vor allem die Nutzung der Marge zur finanziellen Obergrenze für die 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), ausgeschöpft sind.

450 Millionen Euro jährliche Agrarreservemittel

Im Jahr 2024 wurden auf Grund

Funktionsweise der „Finanziellen Disziplin“

Die Gewährung der Direktzahlungen (Betriebsprämien) gegen Jahresende erfolgt aus dem EU-Haushalt des Folgejahres. Die Haushaltsjahre beginnen jeweils am 16. Oktober. Die sogenannte „Finanzielle Disziplin“ kommt dann zur Anwendung, wenn die Prognosen für die Finanzierung der Direktzahlungen und der marktbezogenen Ausgaben erkennen lassen, dass die entsprechende finanzielle Obergrenze des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) überschritten wird. Sie führt automatisch zu einer Kürzung der Direktzahlungen an die Landwirte. Die Regelung musste bisher nicht angewendet werden.

außergewöhnlicher widriger Witterungsverhältnisse im Frühjahr und Sommer in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten Sondermaßnahmen im Rahmen der Agrarreserve in Höhe von 295 Millionen Euro beschlossen (darunter 46,5 Mio. € für deutsche Obst- und Weinerzeuger), von denen 175 Millionen Euro noch im Jahr 2024 ausbezahlt werden können, während 120 Millionen Euro auf das Jahr 2025 übertragen werden. Damit stehen im Jahr 2025 570 Millionen Euro in Summe und 450 Millionen Euro für neue Maßnahmen zur Verfügung. Die Finanzierung der Agrarreserve wird Kommissionsangaben zur Folge vor allem durch hohe zweckgebundene Einnahmen sichergestellt. 2025 hat Deutschland 4,8 Millionen Euro erhalten, um die Folgen des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche

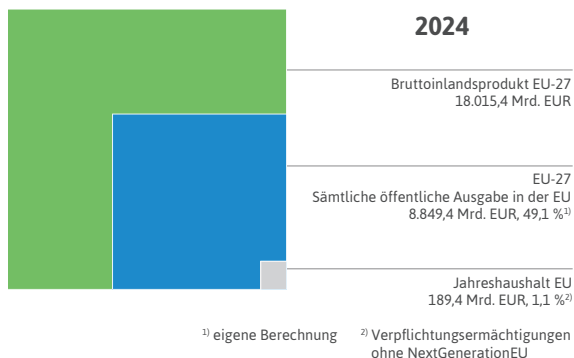
(MKS) im Januar abzufedern. Gemäß der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) werden 40 Prozent der Hilfen für die landwirtschaftlichen Betriebe durch das Land Brandenburg nationalen Ko-Finanziert, sodass 8 Millionen Euro zur Verfügung standen.

Vorschlag für den EU-Haushalt ab 2028

Ab 2028 startet die EU in eine neue Finanzperiode mit einem reformierten Mehrjährigen Finanzrahmen

Haushalt der Europäischen Union

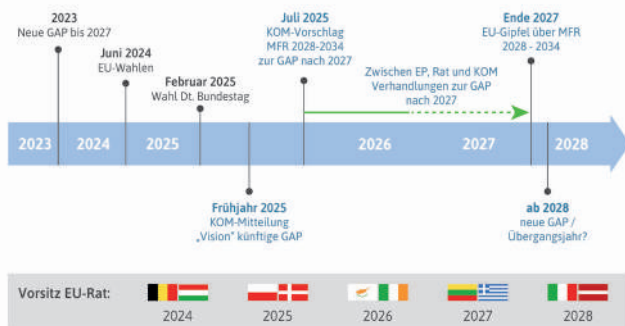
Umfang von 1 Prozent der Wirtschaftsleistung



© Situationsbericht 2026/Gr41-9

Quelle: EU-Kommission

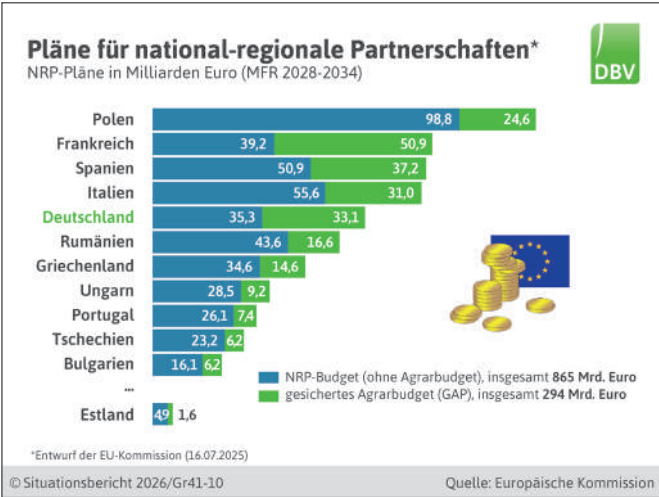
Zeitplan zum MFR und zur GAP nach 2027



© Situationsbericht 2026/Gr41-11

Quelle: Deutscher Bauernverband

(MFR). Der Kommissionsvorschlag für 2028-2034 sieht ein Volumen von knapp 2 Billionen Euro vor und soll die Union krisenfester, wettbewerbsfähiger und sicherer machen. Neben klassischen Politikfeldern wie Landwirtschaft Kohäsion und Forschung rücken weitere Themen wie Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung stärker in den Fokus. Der neue MFR soll zudem flexibler auf Krisen reagieren und stärker auf Ergebnisse ausgerichtet sein.



NRP-Pläne

Statt vieler Fonds und Programme, will die EU-Kommission die Programme straffen. Neu ist die Einführung von nationalen und regionalen Partnerschafts-Plänen (NRP-Plan) mit einem NRP-Plan für jeden einzelnen Mitgliedstaat, der künftig alle EU-Mittel strategisch bündeln soll. In einem einzigen Partnerschaftsplan werden Kohäsionsfonds, Investitionsprogramme und Teile der Agrarpolitik zusammengeführt. Ziel ist, Überschneidungen zu vermeiden, Verwaltungsaufwand zu senken und die Wirkung der EU-Förderung vor Ort zu erhöhen. Für die NRP-Pläne ist ein Finanzrahmen von rund 865 Milliarden Euro vorgesehen, über den Reformen und Investitionen koordiniert gesteuert werden.

GAP nicht ausfinanziert

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bleibt auch nach 2027 ein zentrales Ausgabenkapitel, soll aber gemäß der Vorschläge in die NRP-Pläne integriert werden. Hierfür sind innerhalb des NRP-Budgets für die GAP 293,7 Milliarden Euro abgesichert. Auf Deutschland sollen 33,1 Milliarden Euro entfallen, das entspräche einer nominellen Kürzung von rund 22 Prozent gegenüber der laufenden MFR-Periode. Die EU-Kommission schlägt zugleich vor, das weitere Mittel für die Landwirtschaft aus anderen Fonds mobilisiert werden können. Dies soll jedoch in der Entscheidung der einzeln Mitgliedsstaaten liegen. Neben dem unmittelbaren GAP-Budget soll ferner die

EU-Haushalt 2028-2034, Ausgaben*		
	In Mio. Euro	In %
Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Landwirtschaft, ländlicher Raum und Meere, Wohlstand und Sicherheit	1.062.220	53,5
davon: Nationale und regionale Partnerschaftspläne	865.075	43,6
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) Einkommensstützung und Fischerei	293.701	14,8
Agrarreserve (aus EU-Fazilität - Maßnahmen der Union; Einheitliches Sicherheitsnetz/Agrarreserve)	6.300	0,3
Wirtschaftlicher, territorialer und sozialer Zusammenhalt einschließlich Fischerei sowie ländliche Gemeinschaften und Tourismus	452.965	22,8
davon: Rückzahlung von NGEU	168.000	8,5
Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Sicherheit	589.594	29,7
davon: Europäischer Fonds für Wettbewerbsfähigkeit	450.508	22,7
Gesundheit, Biotechnologie, Landwirtschaft und Bioökonomie	22.593	1,1
Europa in der Welt	215.203	10,8
davon: Instrument "Europa in der Welt"	200.309	10,1
Verwaltung	117.877	5,9
Gesamt	1.984.894	100,0
in % des Bruttonationaleinkommen (BNE) der EU-27	1,26	
* Vorschlag der EU-Kommission 16.07.2025, nominal, zu jeweiligen Preisen		
© Situationsbericht 2026/T41-3		Quellen: EU-Kommission

bisherige Agrarreserve von bisher 450 Millionen Euro auf künftig 900 Millionen aufgestockt werden. Zur bisherigen GAP siehe Kapitel 4.2.

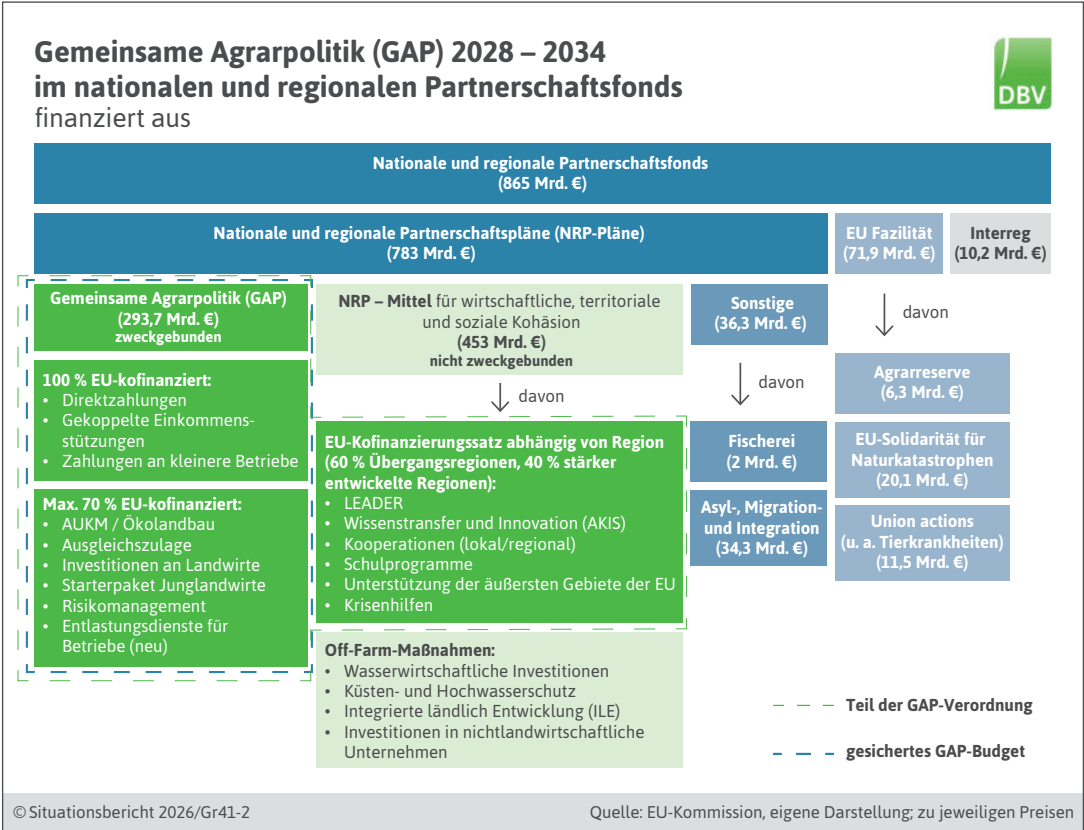
Ländliche Räume – Finanzierung unklar

Die bisherige Entwicklung des ländlichen Raums wird über den ELER als zweite Säule der GAP finanziert und ergänzt nationale Programme von Bund und Ländern. Mit dem neuen Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 ist jedoch offen, wie diese „ELER-Logik“ in den künftigen Regelungen und Budgets fortgeführt wird. Klar ist nur, dass die Kommission höhere nationale Kofinanzierungsätze anvisiert – also mehr Eigenanteil

der Mitgliedstaaten und Regionen bei gleichzeitiger Unsicherheit über das EU-Mittelvolumen. Obwohl die Förderbedarfe in den ländlichen Räumen eher steigen, könnte damit die langfristige Planungssicherheit für Investitionen, Daseinsvorsorge und Agrarumweltmaßnahmen eher abnehmen. Hinzu kommt, dass in Deutschland traditionell die Regionen, also die Bundesländer maßgeblich für die Ausgestaltung und Umsetzung der 2. Säule Programme zuständig sind. Wie eine effiziente Bund-Länder-Arbeit in einem NRP-Plan gelingen soll, ist derzeit noch offen. Zur bisherigen Förderung der ländlichen Räume siehe Kapitel 4.3.

Langer Weg bis zum nächsten MFR

Das Verfahren für den MFR ab 2028 folgt den bekannten EU-Haushaltsregeln: Die Kommission legt 2025 ihren Legislativvorschlag vor. Anschließend verhandeln Rat und Europäisches Parlament über Höhe, Struktur und Rechtsgrundlagen. Für die Annahme ist im Rat Einstimmigkeit erforderlich, das Parlament muss zustimmen. Parallel werden die NRP-Verordnungen und Fachprogramme beschlossen, damit der neue Finanzrahmen zum 1. Januar 2028 in Kraft treten kann. Bei der letzten parallel stattfindenden GAP-Reform waren gleichwohl Übergangsjahre notwendig.



4.2 GAP-Förderung und Umweltleistungen



Preisstützung und Regulierung der Agrarmärkte durch Marktordnungen Schritt für Schritt aufgegeben. Im Gegenzug bekommen die Landwirte seitdem an Auflagen gebundene Direktzahlungen, die seit 2005 grundsätzlich von der Produktion entkoppelt sind und flächenbezogen gewährt werden. Ergänzend werden Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in der „2. Säule“ der GAP angeboten (siehe Kapitel 4.3).

Ziele der aktuellen GAP-Förderung

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum 2023 bis 2027 richtet sich an zehn Hauptzielen mit sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Themen aus. Diese reichen von der Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen und der Stärkung der Position der Landwirte in der Lebensmittel-Wertschöpfungskette bis hin zu Klimaschutz und Erhalt der biologischen Artenvielfalt. Im Fokus stehen auch die ländliche Entwicklung und junge Landwirte. Die zehn Hauptziele sind die Grundlage für die von den Mitgliedstaaten zu erarbeitenden GAP-Strategiepläne. Die im sogenannten Green Deal und in der Farm-to-Fork-Strategie vorgesehene stärkere Orientierung auf Umwelt- und Klimaziele sollen in den GAP-Strategieplänen der Mitgliedstaaten ebenfalls Berücksichtigung finden.

EU-Direktzahlungen 2025 in Deutschland – Antragsdaten August 2025					
Förderbereiche der 1. Säule	Antragsteller ¹⁾	Fläche/ Tiere	Prämienhöhe je ha in Euro		EU-Zahlungen insgesamt ²⁾ in Mio. Euro
	in 1.000	in 1.000	Plan	Ist	
Basisprämie	295	16.584	152,4	152,4	2.528,1
Umwert.prämie (erste 40 ha)	295	6.209	68,1	68,1	422,5
Umwert.prämie (weitere 20 ha)	98	1.616	40,8	40,8	66,0
Junglandwirteprämie	26	1.310	120,6	120,6	158,0
Mutterkuhprämie	27	488	36,1	89,4	43,6
Schaf-/Ziegenprämie	13	1.194	89,4	36,1	43,2
Zwischensumme					3.261,4
Ökoregelungen	.	.	.	.	1.096,6
EU-Direktzahlungen insgesamt					4.358,8
1) Zahl der Antragsteller für 2025 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Zahlen aus Vorjahren.					
2) Eigene Berechnung auf Basis vorläufiger Werte.					
© Situationsbericht 2026/ T42-1			Quelle: EU-Kommission		

EU-Agrarpolitik seit 1992 – Abkehr von der Markt- und Preisstützung
Seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 verfolgt die „Gemeinsame Agrarpolitik“ (GAP) das Ziel, die Versorgung mit

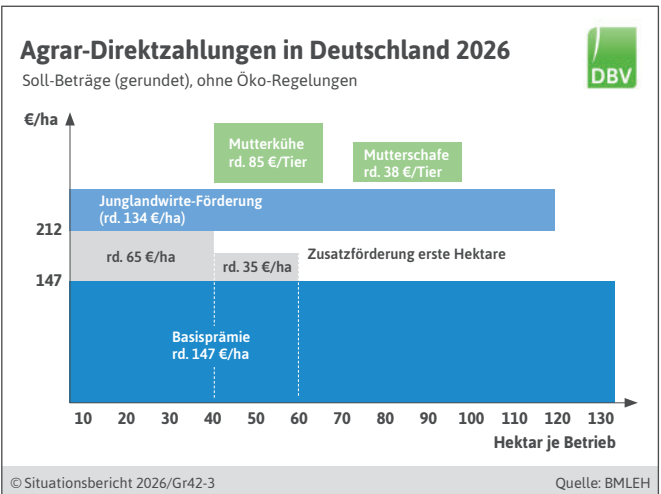
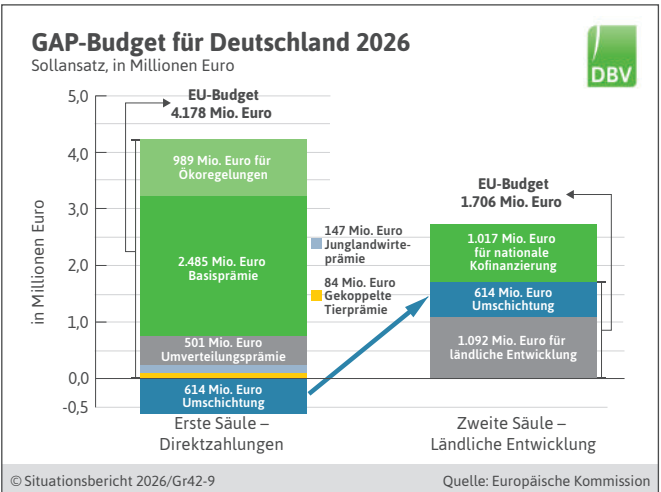
Nahrungsmitteln zu gewährleisten und die Einkommen der Landwirte zu sichern. Seit der Uruguay-Runde 1992 der Welthandelsorganisation (WTO) sind auch EU-Agrarprodukte den internationalen Regeln des Warenhandels unterworfen. Deshalb wurden

Ergebnisorientiertere Förderung – Mehr nationale Verantwortung

Die EU will die Ergebnisse ihrer Förderpolitik in der Periode 2023-2027 systematischer erfassen und gibt die Verantwortung für die Umsetzung europäischer Ziele stärker in die Hand der Mitgliedstaaten. Dazu führen die Mitgliedstaaten ein Indikatoren-System zur kontinuierlichen Nachweisführung von jährlichen Umsetzungsergebnissen und zur Überprüfung langfristiger Wirkung ein. Auch legen die Mitgliedstaaten quantitative Ziele zur Inanspruchnahme der einzelnen Fördermaßnahmen fest. Anhand dieser „Output“-Kennziffern sollen der Erfolg der GAP-Förderung gemessen und Maßnahmen gegebenenfalls nachjustiert werden. Für die Landwirte sind damit zusätzliche Nachweis- und Dokumentationsanforderungen verbunden.

Ein nationaler GAP-Strategieplan je Mitgliedstaat

Die EU-Mitgliedstaaten hatten sich bis Ende 2022/Anfang 2023 für die GAP-Förderung im Zeitraum 2023-2027 nationale „GAP-Strategiepläne“ von der Europäischen Kommission genehmigen lassen. Diese umfassen beide Säulen der GAP – die 1. Säule mit dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und 100 Prozent EU-Finanzierung und die 2. Säule mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und nationaler Kofinanzierung. Ausgangspunkt der einzelnen nationalen Strategiepläne ist eine SWOT-Analyse (Stärken-Schwächen-Chancen-Ri-



Jährliche GAP-Mittel im GAP-Strategieplan für Deutschland, in Millionen Euro						
	2023	2024	2025	2026	2027	Summe
Obergrenze für Direktzahlungen¹⁾	4.916	4.916	4.916	4.916	4.916	24.579
Umschichtungsvolumen	492	541	614	737	737	3.122
Nettoobergrenze	4.424	4.375	4.301	4.178	4.178	21.457
dar. Ökoregelungen (23%)	1.018	1.006	989	961	961	4.935
dar. Umverteilungen erste Hektare (12%)	531	525	516	501	501	2.575
dar. Junglandwirte (3% vor Umschichtung)	147	147	147	147	147	735
dar. gekoppelte Zahlungen (2%)	88	87	86	84	84	429
ELER-Summe	1.485	1.584	1.633	1.707	1.830	8.239
dar. ELER originär	1.092	1.092	1.092	1.092	1.092	5.462
dar. Umschichtungsmittel ²⁾	393	492	541	614	737	2.777
Interventionen in bestimmten Sektoren ³⁾	5	42	80	83	90	300
Gesamtsumme	5.914	6.001	6.014	5.968	6.098	29.995
1) Alle Angaben zu den DZ beziehen sich auf das jeweilige Antragsjahr (die Finanzierung erfolgt aus dem jeweils folgenden EU-Haushaltsjahr).						
2) Mittel aus Umschichtung vom Direktzahlungsvolumen des Vorjahres,						
3) Die Interventionen für Wein greifen erst ab 2024 und die für den Sektor Obst und Gemüse erst ab 2025 auf Grundlage des GAP-Strategieplans.						
© Situationsbericht 2026/T42-2				Quelle: BMLEH		

siken-Analyse), um sektor- bzw. gebietsbezogene Handlungsbedarf und Strategien aufzuzeigen. Daran knüpfen die jeweiligen „Interventionen“ (Fördermaßnahmen) an. Für Deutschland war eine enge Abstimmung zwischen Bund und Ländern notwendig, da die Fördermaßnahmen der 2. Säule in der Verantwortung der Länder liegen. Den ersten deutschen GAP-Strategieplan hatte die EU-Kommission am 21. November 2022 genehmigt. Die jüngste Version 6.1 des GAP-Strategieplans hat die EU-Kommission am 24. Juli 2025 gebilligt.

Nationale Beschlüsse zur GAP-Umsetzung

Auf Basis des nationalen Strategieplans für Deutschland sind zum Jahreswechsel 2022/2023 das

GAP-Direktzahlungsgesetz und das GAP-Konditionalitätengesetz für den Zeitraum 2023-2027 in Kraft getreten. Mit diesen Rechtsgrundlagen sind die neuen Öko-Regelungen und die „erweiterte Konditionalität“ ebenso geregelt wie die erhöhte Umschichtung der „Direktzahlungen“ in die 2. Säule. Die Basisprämie sinkt dadurch von 168 Euro in 2022 und geplanten 152 Euro in 2025 sukzessive bis 2027 auf rund 147 Euro je Hektar – bei gleichzeitig weiterhin sehr anspruchsvollen Auflagen („erweiterte Konditionalität“).

„Grüne Architektur“ mit erweiterter Konditionalität, Öko-Regelungen und Agrarumweltmaßnahmen

Die EU-Agrarzahlungen sind mit dem Antragsjahr 2023 an eine „erweiterte

Konditionalität“ gebunden und damit in hohem Maße an Ziele des Umwelt- und Klimaschutzes geknüpft. Mit der „erweiterten Konditionalität“ werden die Anforderungen aus dem bisherigen Cross Compliance angehoben und um die bisherigen „Greening“-Bedingungen erweitert. Die Einhaltung dieser sogenannten „Baseline“ ist Voraussetzung zur Gewährung der „Basisprämie“. Sie ist auch Maßgabe für die Gewährung von Zahlungen aus der 2. Säule wie den Agrarumwelt- und klimamaßnahmen (AUKM) einschließlich der Zahlungen für den Ökolandbau, der Ausgleichszulage für von der Natur benachteiligte Gebiete sowie der Zahlungen für gebietspezifische Benachteiligungen aus Anforderungen von Natura 2000 oder der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Für die Landwirte führen diese zusätzlichen Auflagen zu einer verringerten wirtschaftlichen Attraktivität der immer mehr am Gemeinwohl orientierten Direktzahlungen.

Elemente der „erweiterten Konditionalität“

Neu gegenüber bislang sind bei der „erweiterten Konditionalität“ Vorgaben zum Schutz von Feuchtgebieten und Mooren und zur Mindestbodenbedeckung von Ackerflächen in sensiblen Zeiträumen. Bei den europäischen und nationalen Regelungen zum Erhalt von Dauergrünland sind die Vorgaben trotz Einführung einer Stichtagsregelung komplexer geworden. Die EU fordert weiterhin die Berücksichtigung der Fünfjahresfrist für die Entstehung von Dauergrünland. Die „soziale Konditionalität“ wird in Deutschland ab 2025 umgesetzt. Die

Anforderungen an den „Guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ (GLÖZ)

- GLÖZ 1: Erhalt Verhältnis Dauergrünlandfläche zur Landwirtschaftsfläche
- GLÖZ 2: Mindestschutz von Feuchtgebieten und Mooren
- GLÖZ 3: Verbot des Abbrennens von Ackerstopplern
- GLÖZ 4: Pufferstreifen entlang von Wasserläufen (3 Meter)
- GLÖZ 5: Mindestpraktiken der Bodenbearbeitung zur Begrenzung des Risikos der Bodenschädigung/-erosion; unter Berücksichtigung der Hangneigung
- GLÖZ 6: Mindestanforderungen an die Bodenbedeckung
- GLÖZ 7: Fruchtwechsel auf Ackerland (jährlicher Wechsel der Hauptfrucht auf mindestens 33 Prozent der Ackerflächen; auf allen Ackerflächen mindestens zwei Hauptkulturen in 3 Jahren)
- GLÖZ 8: Erhalt von Landschaftselementen und Schutzmaßnahmen während der Brut- und Nistzeit von Vögeln
- GLÖZ 9: Verbot der Umwandlung oder des Pflügens von als umweltsensibel eingestuften Dauergrünlandflächen in Natura2000-Gebieten (Narbenerneuerung nach Anzeige möglich)

Quellen: BMEL, EU-Kommission

bis 2022 gültige Regelung aus dem Greening zur Fruchtartendiversifizierung ist durch eine Fruchtwechselregelung abgelöst worden. Die bisherigen Cross-Compliance-Verpflichtungen zur Tierkennzeichnung und -registrierung sind dagegen entfallen.

2024: Erste Vereinfachung

Im Frühjahr 2024 hatte der EU-Gesetzgeber Vereinfachungen in der laufenden GAP-Periode beschlossen. So wurde unter anderem die einzelbetriebliche Verpflichtung zur Stilllegung von 4 Prozent Ackerfläche EU-weit zurückgenommen. Von manchen EU-rechtlichen Änderungen machen nicht alle Mitgliedstaaten vollständig Gebrauch. Die Regelungen der Konditionalität gehen von

einem gesamtbetrieblichen Ansatz aus. Dies bedeutet, dass die grundlegenden Anforderungen in allen Produktionsbereichen (zum Beispiel Ackerbau, Viehhaltung, Gewächshäuser, Sonderkulturen) und allen Betriebsstätten einzuhalten sind, auch wenn diese in unterschiedlichen Bundesländern liegen.

2025: Zweite Vereinfachung

Die neue EU-Kommission hat sich einer umfassenden Vereinfachung im EU-Recht verschrieben. In diesem Kontext hat EU-Kommissar Christophe Hansen im Frühjahr ein GAP-Vereinfachungspaket („Omnibus III“) vorgelegt, dass Entlastungen in Höhe von jährlich 1,58 Milliarden Euro für europäische Landwirte beinhalten soll, auf EU-Ebene wurde

im November eine Einigung im sogenannten Trilog zwischen Parlament, Rat und Kommission erzielt. Konkret sollen künftig unter anderem höhere Pauschalzahlungen, Erleichterungen bei Kontrollen und Berichterstattung sowie mehr Spielräume der Mitgliedstaaten bei der Ausgestaltung ihrer Strategiepläne möglich sein. Bio-Betriebe werden stärker als „green by design“ anerkannt und dürfen auf weniger Kontrollen hoffen. Im Grünland wurde ein Beschluss zu der Stichtagsregelung zur Sicherung des Ackerstatus gefasst. Ab dem 1. Januar 2026 sollen Flächen, die zu diesem Zeitpunkt als Ackerland gelten, ihren Status dauerhaft behalten – auch bei mehrjähriger Grünlandnutzung. Zudem wurden Änderungen bei einzelnen Konditionalitätsverpflichtungen wie beim Fruchtwechsel (GLÖZ 7) oder beim Erosionsschutz (GLÖZ 5) beschlossen.

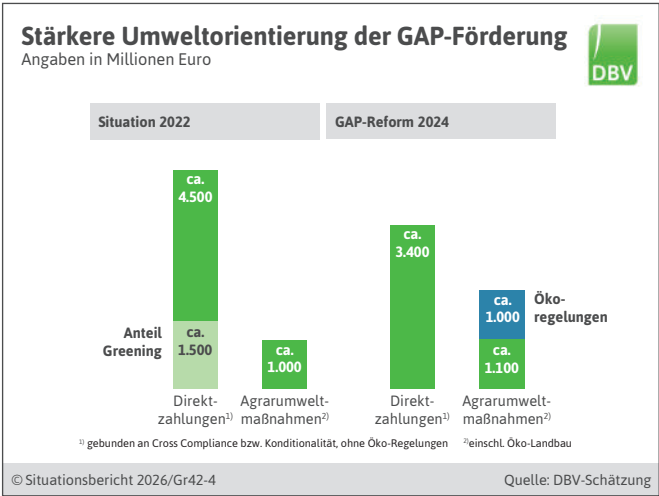
Im weiteren Verfahren liegt es an Bund und Ländern, die neu geschaffenen EU-Optionen für Vereinfachungen und Entlastungen im Rahmen der laufenden GAP-Periode umzusetzen. Dass dies noch umfassend im Anbaujahr 2026 zur Anwendung kommt, ist zumindest ambitioniert.

Einführung von Öko-Regelungen

Zur neuen „Grünen Architektur“ im Förderzeitraum 2023-2027 gehören die sogenannten „Öko-Regelungen“ (Eco-Schemes) in der 1. Säule der GAP. Hierbei handelt es sich um freiwillige, einjährige, flächenbezogene Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM), die in Deutschland bundeseinheitlich angeboten werden.

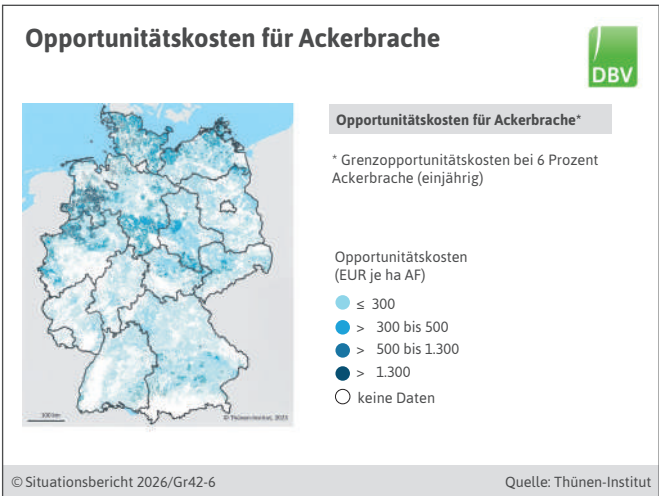
Einsatz von GAP-Mitteln in Deutschland für Ziele des Umwelt-, Klima- und Tierschutzes, in Millionen Euro						
	2023	2024	2025	2026	2027	Summe
Obergrenze für Direktzahlungen (nach Umschichtung)	4.424	4.375	4.301	4.178	4.178	21.457
dar. Ökoregelungen (23%)	1.018	1.006	989	961	961	4.935
dar. Konditionalität (40%) ¹⁾	1.268	1.254	1.232	1.195	1.195	6.143
ELER-Mittel (gesamt)	1.485	1.584	1.633	1.707	1.830	8.239
dar. ELER-Mittel „Umwelt“ ²⁾	842	842	842	842	842	4.212
Summe „Umweltmittel“	3.128	3.102	3.063	2.998	2.998	15.290
1) Anrechnung von 40 Prozent der Basis- und Umverteilungsprämie auf Grundlage der erweiterten Konditionalität auf Umwelt und Klimaziele gem. Berechnungsschema Artikel 100 der GAP-SP-Verordnung						
2) Mitteleinsatz der flächenbezogenen Interventionen für Umwelt- und Klimaschutzziele, für Tierschutz und unter Anrechnung von 50% der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete						
© Situationsbericht 2026/T42-4				Quelle: BMLEH		

Daneben werden in der 2. Säule der GAP von den Bundesländern AUKM angeboten, die mehrjährig sind. In beiden Säulen der GAP müssen die gestellten Anforderungen über die erweiterte „Konditionalität“ hinausgehen. Die flächenbezogene Prämie bei den Ökoregelungen soll Management- und Opportunitätskosten ausgleichen. Zu den Managementkosten gehören zum Beispiel die Pflege der Flächen oder die Bewirtschaftungskosten eines Blühstreifens.



Über die Hälfte der GAP-Mittel für Umwelt-, Klima- und Tierschutz

Im Zeitraum von 2023 bis 2027 betragen die GAP-Mittel für Deutschland 30,0 Milliarden Euro, davon 21,4 Milliarden Euro mit den „Direktzahlungen“ in der 1. Säule und 8,2 Milliarden Euro in der 2. Säule. Nach der EU-Strategieplan-Verordnung für Deutschland dienen von den sogenannten Direktzahlungsmitteln der 1. Säule über die Öko-Regelungen und die „erweiterte Konditionalität“ 11,1 Milliarden Euro oder 52 Prozent Umwelt- und Klimazielen. Bei den Mitteln der 2. Säule (ELER-Mittel) sind es entsprechend 4,2 Milliarden Euro oder 51 Prozent. Die übrigen ELER-Mittel dienen weitüberwiegend der Förderung der Entwicklung ländlicher Räume.



Basisprämie schrumpft – 2,1 Milliarden Euro für Agrarumweltmaßnahmen

Vor allem durch die höhere Umschichtung von Mitteln in die 2. Säule und die Einführung der Öko-Regelungen schrumpft das Budget für die

Basisprämie bis 2027 sukzessive auf unter 2,5 Milliarden Euro pro Jahr. Das Budget für Basisprämie und Greening-Prämie hatte 2022 noch 4,5 Milliarden Euro betragen. Im Gegenzug wachsen die Agrarumweltmaßnahmen in den beiden Säulen der GAP durch die Öko-Regelungen auf etwa 2,1 Milliarden Euro pro Jahr an.

Sieben Ökoregelungen in Deutschland

In Deutschland wurden bislang sieben Ökoregelungen angeboten. Die Maßnahmen reichen von zusätzlicher Ackerbrache, Blüh- und Altgrasstreifen über vielfältige Ackerkulturen und Grünlandextensivierung bis hin zum Ausgleich für Natura 2000-Flächen. Der bundeseinheitliche Förderkatalog enthält relativ viele Übernahmen aus etablierten und deutlich höher dotierten Fördermaßnahmen der Länder in der 2. Säule. Für Grünland-, Bio- und Dauerkulturbetriebe sind die Möglichkeiten zur Teilnahme an den Ökoregelungen eingeschränkter als für Ackerbaubetriebe. Die geplante Einführung von zwei zusätzlichen Öko-Regelungen ab 2026 wird um ein Jahr verschoben. Sie betreffen Milchviehbetriebe mit Weidehaltung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität. Liegen die Management- und Opportunitätskosten bei Fördermaßnahmen aus den Ökoregelungen oder bei AUKM der 2. Säule über den angebotenen Prämiensätzen, nehmen Landwirte als Unternehmer diese Förderangebote in der Regel nicht in Anspruch.

Ökoregelungen in Deutschland				
	Prämienhöhe je ha in Euro 2025		Antragsfläche in 1.000 Hektar	
	2025 (Ist)	2026 & 2027 (Soll)	2025 (Ist)*	2026 (Soll)
1 - Flächen zur Verbesserung der Biodiversität				
Nichtproduktive Flächen	1.300 / 500 / 300	1.300 / 500 / 300	316,1	304,4
Blühstr./-flächen (Ackerland)	200	200	7,9	114,6
Blühstr./flächen (Dauerkultur)	200	200	0,02	6,0
Altgrasstreifen	900 / 400 / 200	1.000 / 450 / 200 ²⁾	11,3	205,2
2 - Anbau vielfältiger Kulturen, mind. 5 Fruchtarten, mind. 10 % Leguminosen				
	60	60	2.642,5	2.597,0
3 - Beibehaltung von Agroforst				
	200	600 ²⁾	0,1	11,5
4 - Extensivierung des gesamten Dauergrünlands				
	100	100	1.465,4	1.978,1
5 - Extensivierung von Dauergrünland, mind. 4 regionale Kennarten				
	225	210	2.115,5	640,6
6 - Acker-/Dauerkulturflächen unter Verzicht von chem.-synthetischen PSM				
Acker/Dauerkultur	150	150	118,9	488,2
Ackerfutterflächen	50	50	298,2	397,1
7 - Landwirtschaftliche Flächen im Natura 2000-Gebiet				
	40	40	1.427,0	1.312,0
GAP-Strategieplan v6.1; *vorläufige Zahlen, Stand August 2025				
2) Anhebung gemäß 5. Änderung der GAP-Direktzahlungen-Verordnung				
Planbudget der Ökoregelungen für 2026: 989 Millionen Euro				
Planbudget der Ökoregelungen für 2027: 961 Millionen Euro				
© Situationsbericht 2026/T42-3			Quelle: GAP-Strategieplan, Deutscher Bauernverband	

8,5 Prozent Zuschlag für Ökoregelungen wegen Unterbeantragung in 2024

Landwirte konnten die Ökoregelungen 2025 zum dritten Mal beantragen. Sie konnten eine oder mehrere Maßnahmen auswählen. Im Antragsjahr 2025 wurden die Ökoregelungen erneut sehr unterschiedlich stark nachgefragt. Da einige Ökoregelungen sich in der Praxis bewährt haben und stärker nachgefragt werden als im Plan-Ansatz vorgesehen, wurde allerdings erstmalig 1.096,6 Milliarden Euro mehr Budget beantragt als vorgesehen (110,8 %).

Damit musste 2025 erstmalig nicht von der seitens der EU ermöglichten 130 Prozent-Regelung Gebrauch gemacht werden. Demnach hätten die Prämien für beantragte Maßnahmen nachträglich um bis zu 30 Prozent angehoben werden können, um das Budget attraktiv zu nutzen. Im Gegenzug kommt nun aber nicht zu einer Mittelkürz bei beantragten Ökoregelungen. Wird das Budget für die Öko-Regelungen insgesamt überbeantragt, so erfolgt ein Rückgriff auf das Budget der Basisprämie und der anderen Direktzahlungen. Die tatsächlichen Einheitswerte für das Jahr

2025 wurden Anfang Dezember im Bundesanzeiger veröffentlicht. Auch für das Antragsjahr 2026 wurden eine Reihe von Änderungen an den Öko-Regelungen beschlossen, unter anderem Anhebungen der Prämien-sätze für Altgrasstreifen (ÖR 1d) und Agroforst (ÖR 3).

Automatisiertes Flächenüberwachungssystem (AMS)

Wie bisher liegt die Umsetzung der Maßnahmen der 1. und 2. Säule weitestgehend in den Händen der Länder. Deswegen hat Deutschland weiterhin 13 unterschiedliche „Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsysteme“ (InVeKoS). Diese Systeme unterscheiden sich in der Antragsabwicklung sowie im Hinblick auf technische Unterstützung und Automatisierungsgrad. Mit einer digitalen und Geodaten basierten Beantragung von flächenbezogenen Prämien können zum Beispiel Vor-Ort-Kontrollen reduziert werden. Dies bedeutet aber eine flächendeckende Fernüberwachung aller Antragsflächen. Nach den EU-Vorgaben mussten die Mitgliedstaaten 2023 ein Automatisiertes Flächenüberwachungssystem (AMS) einführen. Das AMS erstreckt sich auf die flächenbezogenen Maßnahmen der 1. und 2. Säule und dient auch dem Ziel der EU einer „ergebnisorientierten“ Berichterstattung.

Wie geht es mit der GAP nach 2027 weiter?

Die Finanzierung der GAP hängt vom Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab. Die EU-Kommission hat im Juli 2025 einen umfassenden Vorschlag für MFR und GAP vorgelegt, siehe

Kapitel 4.1. Die Verhandlungen darüber dürften bis Ende 2027 anhalten. Eine seriöse Folgenabschätzung ist derzeit kaum möglich, da die Mitgliedsstaaten deutlich mehr Freiräume erhalten soll. Das gefährdet besonders die Gemeinsamkeit der GAP und könnte zu einer Renationalisierung der Agrarpolitik führen.

Kappung und Degression erneut in der Diskussion

Der Vorschlag einer degressiven, flächenbezogene Einkommensstützung liegt erneut auf dem Tisch. Ab 20.000 Euro/Betrieb sollen die jährlichen Zahlungen in drei Stufen um 25/50/75 Prozent gekürzt, ab 100.000 Euro/Betrieb vollständig gekappt werden. Ab 2032 soll zudem die Förderung für Landwirte im Rentenbezug entfallen. Hinzu kommt eine Kleinerzeugerregelung bis 3.000 Euro sowie eine stärkere Ausrichtung auf bestimmte Gruppen wie Junglandwirte, Frauen oder Kleinbetriebe. In den zurückliegenden GAP-Verhandlungen hat eine verpflichtende Degression und Kappung nie eine Mehrheit gefunden.

„Farm Stewardship“ statt Grüne Architektur

Mit „Farm Stewardship“ schlägt die EU-Kommission einen neuen Begriff für eine inhaltlich kaum veränderte Baseline für alle förderfähigen Zahlungen vor – als Nachfolger der bisherigen „erweiterten Konditionalität“. Sie besteht aus den drei Bausteinen der elf gesetzlichen Anforderungen zu Umwelt, Tier und Pflanze, drei sozialen Standards zu Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie von den

Mitgliedstaaten festzulegenden Schutzmaßnahmen (Nachfolge der GLÖZ). Letztere zielen u. a. auf den Erhalt kohlenstoffreicher Böden und Landschaftselemente sowie auf den Bodenschutz und Gewässerschutz. Verknüpft werden soll das System mit dem „Do-No-Significant-Harm“-Prinzip.

Vereinfachung der GAP bleibt offen

Zahlreiche Mitteilungs-, Dokumentations- und Nachweisverpflichtungen der „Grünen Architektur“ führten bei Landwirten und Behörden 2023 zu einem deutlichen Mehr an Bürokratie. Der Wegfall des Systems der Zahlungsansprüche (ZA) und der Kopplung der Direktzahlungen an Tierkennzeichnungs- und -registrierungspflichten brachten keine durchgreifende Vereinfachung. Die in 2024 und 2025 vorgenommenen Vereinfachungen entfalten derweil auf den landwirtschaftlichen Betrieben noch kaum Wirkung. Einerseits setzen die Änderungsvorschläge nicht an den großen bürokratischen Belastungen an. Andererseits erzeugt die jährliche Änderung der Regeln zusätzlichen Aufwand für Verwaltung und landwirtschaftliche Betriebe. Ob die nun Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2028 für echte Vereinfachungen und Entlastungen auf den landwirtschaftlichen Betrieben sorgen kann, bleibt offen.

4.3 Förderung ländlicher Räume

Die „zweite Säule“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union ist auf die Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume ausgerichtet. Aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) werden die EU-Direktzahlungen und EU-Marktmaßnahmen in der „ersten Säule“ der GAP finanziert, siehe Kapitel 4.2. Aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) wird die „zweite Säule“ der GAP finanziert. Die 2. Säule fördert u. a. Investitionen in der Landwirtschaft, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und den Strukturwandel abzufedern. Mit Agrarumweltmaßnahmen und der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete soll eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen sichergestellt werden. Viele weitere Maßnahmen haben die Förderung ländlicher Infrastrukturen im Fokus.

GAP-Strategieplan zur nationalen Umsetzung

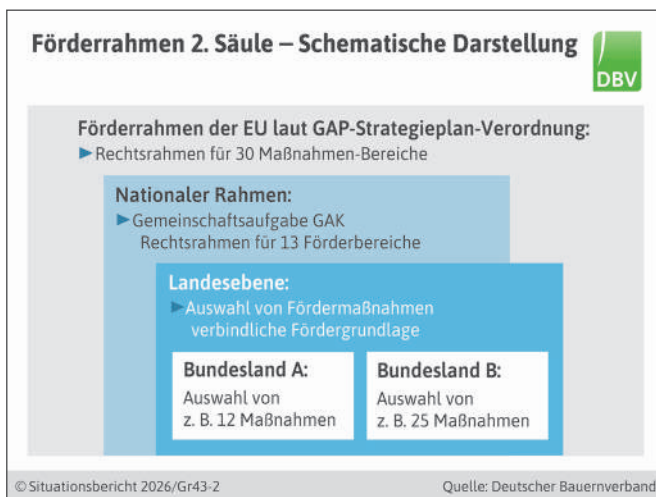
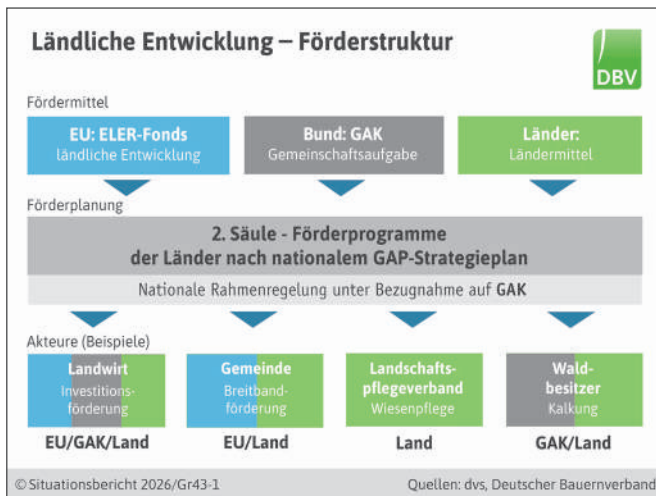
Die Details zur Förderung der ländlichen Räume in Deutschland über den ELER werden im Nationalen GAP-Strategieplan für den Förderzeitraum 2023-2027 festgehalten. Er bündelt Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, zur nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und zur Verbesserung der

Lebensbedingungen in ländlichen Regionen. Ziel ist eine ausgewogene, zukunftsfähige Entwicklung der ländlichen Wirtschaft und Gesellschaft. So werden über das Ziel 8 "Schaffung attraktive ländlicher Räume" weitere Förderinstrumente umgesetzt, wie die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) sowie die Förderung von

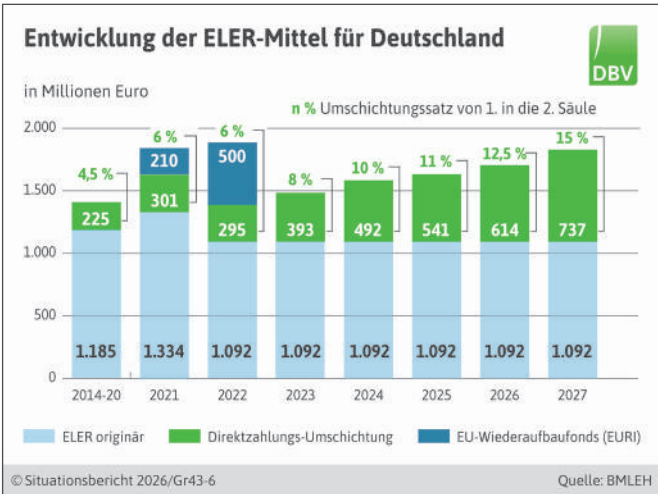
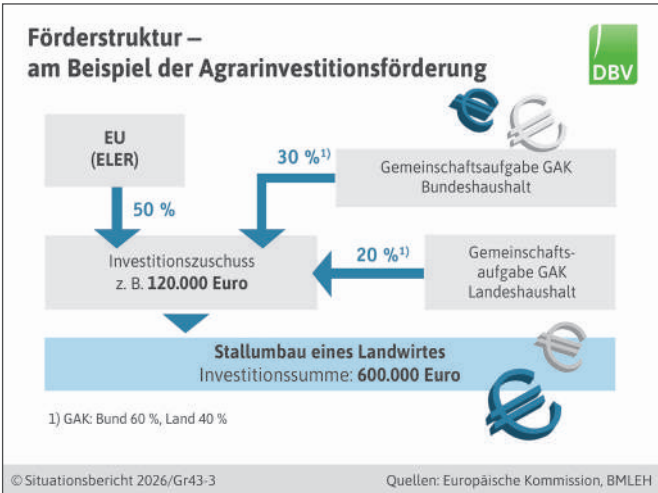
ländlichen Infrastrukturen und LEADER. Diese fördern den ländlichen Räumen in Gänze.

Bundesländer gestalten Förderschwerpunkte

Im Vergleich zur 1. Säule, wo die EU die Finanzierung zu 100 Prozent trägt, müssen die EU-Mittel der 2.



Mittel für die 2. Säule in den Jahren 2023-2027, in Millionen Euro						
	2023	2024	2025	2026	2027	Summe
ELER originär	1.092	1.092	1.092	1.092	1.092	5.462
Umschichtung ¹⁾	393	492	541	614	737	2.777
Zwischensumme EU-Mittel	1.485	1.584	1.633	1.707	1.830	8.239
Nationale Kofinanzierung ²⁾	743	743	743	743	743	3.714
Zusätzliche nationale Mittel gemäß GAP-Strategieplan ²⁾	470	470	470	470	470	2.347
Summe	2.698	2.797	2.846	2.920	3.044	14.300
1) Mittel aus Umschichtung vom Direktzahlungsvolumen des jeweiligen Vorjahres						
2) Da die ELER-Mittel mehrjährig zur Verfügung stehen (n+2), wurde der geplante Gesamtmiteinsatz kalkulatorisch gleichmäßig auf die Jahre verteilt.						
© Situationsbericht 2026/T43-1		Stand: November 2025			Quelle: BMLEH	



Säule grundsätzlich mit nationalen öffentlichen Mitteln ergänzt werden. Die Ausgestaltung und Umsetzung der Förderung der Ländlichen Entwicklung (2. Säule) liegt in Deutschland in der Verantwortung der Bundesländer. Die Förderschwerpunkte der einzelnen Bundesländer sind unterschiedlich, müssen aber auf die Ziele des GAP-Strategieplans einzahlen. Eingang in die Länderprogramme finden auch Maßnahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), siehe Kapitel 4.4. Unabhängig von der Maßnahmenfinanzierung durch EU, Bund und/oder Land sind für den einzelnen Fördernehmer vor Ort ausschließlich die Förderbestimmungen seines Bundeslandes maßgebend.

2023-2027: jährlich rund 2,7 Milliarden Euro

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden zur Schaffung attraktiver ländlicher Räume in der aktuellen Förderperiode 2023 bis 2027 8,2 Milliarden Euro angeboten. Zusammen mit den Mitteln von Bund und Ländern stehen im Förderzeitraum 2023-2027 13,3 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln (EU, Bund, Länder einschließlich Länder-„Top ups“) zur Verfügung. Das sind durchschnittlich knapp 2,7 Milliarden Euro pro Jahr. Einige Länder setzen über die ELER-Programme hinaus zusätzliche Mittel („Top ups“) ein. Über den Gesamtzeitraum 2023-2027 sind das zusammen 1,5 Milliarden Euro „Top up-Mittel“ (Stand November 2025). Bestandteil der Gesamtfördersumme sind knapp 2,8 Milliarden Euro

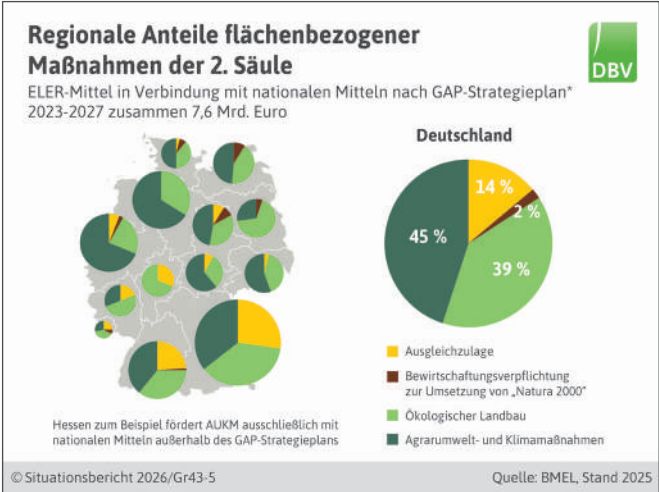
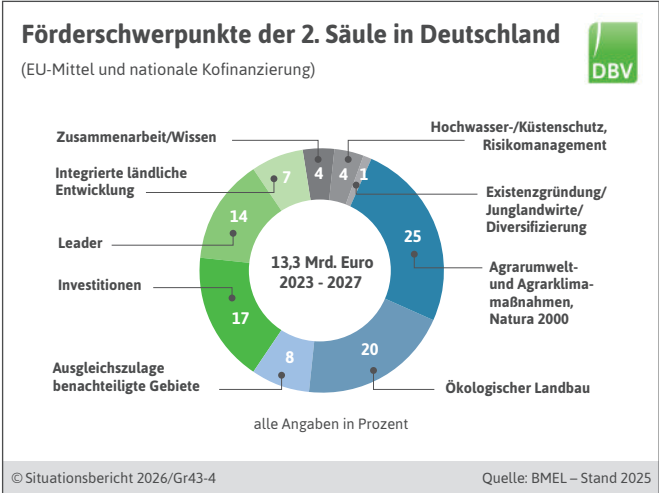
ELER-Förderung als Kofinanzierung

Der maximale EU-Kofinanzierungssatz an den öffentlichen Ausgaben einer ELER-Maßnahme betrug bislang 53 Prozent (Basissatz) und ist nach zwei Übergangsjahren in der neuen Förderperiode ab 2023 auf 43 Prozent zurückgegangen. Für Agrarumwelt- und -klimaschutzmaßnahmen einschließlich der Ökolandbauförderung galt bisher ein maximaler EU-Kofinanzierungssatz von 75 Prozent, seit 2023 von 80 Prozent. Als „Übergangsregionen“ haben die meisten Gebiete in den neuen Bundesländern sowie die Regierungsbezirke Lüneburg und neu Trier einen besonderen Förderstatus: Sie können ihre EU-Kofinanzierungssätze seit 2023 auf bis zu 60 Prozent anheben. Für umgeschichtete EU-Mittel aus der 1. Säule sowie Mittel aus dem EU-Wiederaufbaufonds gilt die Ausnahme, dass deren Einsatz nicht mit nationalen Mitteln kofinanziert werden muss.

EU-Mittel aus der Umschichtung der Direktzahlungen aus der 1. Säule in die 2. Säule, also Mittel aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL). Die Umschichtungsmittel sind nach einem Beschluss der Länder-Agrarminister vom 26. März 2021 zweckgebunden für eine nachhaltige Landwirtschaft einzusetzen, insbesondere für Agrarumwelt- und -klimamaßnahmen, die Stärkung besonders tiergerechter Haltung und des Tierwohls, für Maßnahmen zum Schutz der Ressource Wasser sowie für den ökologischen Landbau und die Ausgleichszulage für naturbedingt benachteiligte Gebiete.

Geplanter Mitteleinsatz der Länder für die ELER-Förderung 2023-2027, in Mio. €				
Bundesländer	ELER-Mittel ¹⁾	Nationale Kofinanzierung	Zusätzl. nationale Mittel ²⁾	Summe
Baden-Württemberg	707	591	203	1.500
Bayern	1.487	1.136	560	3.184
Brandenburg/Berlin	717	167	0	884
Hessen	357	151	106	615
Mecklenburg-Vorpommern	653	199	88	940
Niedersachsen/Bremen/Hamburg	1.195	363	90	1.648
Nordrhein-Westfalen	674	309	16	999
Rheinland-Pfalz	337	174	108	619
Saarland	56	27	10	93
Sachsen	571	141	0	712
Sachsen-Anhalt	594	125	32	751
Schleswig-Holstein	437	110	238	784
Thüringen	453	143	0	596
Summe	8.239	3.635	1.450	13.324
1) Einschließlich Umschichtungsmittel aus der 1. Säule und Verwendung als technische Hilfe				
2) Soweit im Rahmen des GAP-Strategieplans ausgewiesen				
© Situationsbericht 2026/T43-2		Stand: November 2025		Quelle: BMLEH

ELER-Mittelverteilung nach Bundesländern im Förderperiodenvergleich						
	ELER-originär in Mio. Euro			ELER-insgesamt* in Mio. Euro		
	2014-2020	2021-2027	%-Veränd.	2014-2020	2021-2027	%-Veränd.
Baden-Württemberg	618	640	4	710	994	40
Bayern	1.292	1.309	1	1.516	2.100	39
Brandenburg	966	786	-19	1.051	1.108	5
Hamburg	0	23		0	25	
Hessen	268	304	13	319	493	54
Mecklenburg-Vorpom.	847	691	-18	937	1.009	8
Niedersachsen	939	1.021	9	1.120	1.637	46
Nordrhein-Westfalen	512	572	12	618	935	51
Rheinland-Pfalz	259	299	16	300	464	55
Saarland	29	52	82	34	71	110
Sachsen	817	653	-20	879	887	1
Sachsen-Anhalt	778	639	-18	860	917	7
Schleswig-Holstein	348	377	8	419	614	46
Thüringen	626	506	-19	680	702	3
Deutschland	8.298	7.872	-5	9.442	11.955	27
*einschließlich Wiederaufbaufondsmittel für 2021 und 2022, einschließlich Umschichtungsmittel aus 1. Säule						
© Situationsbericht 2025/T43-3		Stand: November 2025		Quelle: BLE		



Neuer Verteilungsschlüssel der ELER-Mittel

Im Förderzeitraum 2021-2027 greift nach ersten Anpassungen in den Jahren 2021 und 2022 seit 2023 ein neuer Verteilungsschlüssel der ELER-Mittel auf die Bundesländer. Im neuen Verteilungsschlüssel spielen der Umfang der landwirtschaftlichen Fläche und die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe eine wesentliche Rolle. Es finden aber auch eine Reihe von Kriterien Berücksichtigung, die

auf Bevölkerung, Wirtschaftskraft im ländlichen Raum und Ländlichkeit abzielen. Die Anpassung des Schlüssels war die Folge der Umstellung auf ein gesamtdeutsches Fördersystem. Die ostdeutschen Bundesländer haben dadurch ihren seit der deutschen Wiedervereinigung bestehenden Förder-Sonderstatus verloren. Mit der Umstellung des ELER-Verteilungsschlüssels bekommen westdeutsche Bundesländer deutlich mehr ELER-Mittel.

Stärkung der ländlichen Räume insgesamt

Für die Verbesserung der Lebensverhältnisse sowie einer Stärkung von Wirtschaftsstruktur und Infrastruktur werden über den ELER rund 3,3 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln in Deutschland bereitgestellt. Einen Schwerpunkt bildet das EU-Förderprogramm LEADER, über das knapp 1,7 Milliarden Euro (EU-Mittel und nationale Kofinanzierung) in Deutschland in der aktuellen Förderperiode für die 373 LEADER-Regionen in ländlichen Gebieten bereitstehen.

Die Förderung über die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) wird in neun Bundesländern umgesetzt und umschließt ein breites Maßnahmenbündel, von der Dorfentwicklung bis zur Infrastrukturförderung. Die Fördermaßnahmen werden über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) umgesetzt (siehe Kapitel 4.4).

GRW als zweite nationale Gemeinschaftsaufgabe

Neben der GAK ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ein zweites zentrales Förderinstrument in Deutschland zur Stärkung strukturschwacher Regionen, einschließlich ländlicher Räume. Sie unterstützt Investitionen in Unternehmen sowie die wirtschaftsnahe Infrastruktur, um Beschäftigung zu fördern, Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die regionale Entwicklung nachhaltig zu sichern. Zu den GRW-Fördergebieten siehe Gleichwertigkeitsbericht in Kapitel 1.1.

4.4 Nationale Agrarpolitik

Agrarhaushalt des Bundes (Einzelplan 10) – Haushaltssoll, in Millionen Euro			
Gliederung	2025	2026 ¹⁾	%-Veränd.
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	4.085,6	4.169,9	2,1%
Alterssicherung	2.390,0	2.420,0	1,3%
Unfallversicherung	120,0	120,0	0,0%
Krankenversicherung	1.540,0	1.587,5	3,1%
Gesundheitlicher Verbraucherschutz	295,2	293,0	-0,7%
Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur u. Küstenschutz (GAK)	907,0	907,0	0,0%
Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation	378,6	335,2	-11,5%
Marktordnung, Notfallvorsorge	263,8	247,9	-6,0%
Modell- und Demonstrationsvorhaben	3,4	3,0	-12,9%
Bundesprogramm Ökolandbau	15,8	10,0	-36,7%
Nachwachsende Rohstoffe	80,5	70,9	-11,9%
Innovationsförderung	45,7	43,0	-5,8%
Zukunftsfähige, umwelt-, ressourcenschonende Landwirtschaft und ökologischer Landbau ²⁾	67,0	66,9	-0,1%
Bundesprogramm Nutztierhaltung	15,8	10,0	-36,7%
Digitalisierung Landwirtschaft	19,0	14,0	-26,3%
Digitalisierung Ländliche Räume	27,5	14,1	-48,8%
Internationale Maßnahmen	67,9	67,4	-0,8%
Sonstige Bewilligungen	110,6	179,2	62,0%
Bundesprogramm Umbau Tierhaltung (BUT)	200,0	253,0	26,5%
Fischerei	27,2	22,1	-18,8%
Globale Minderausgabe	-151,1	-154,7	2,4%
Zentral veranschlagt	159,5	163,1	2,3%
Konferenzen, Tagungen, Messen, Ausstellungen	14,8	17,0	14,9%
Bundesministerium	151,3	153,9	1,7%
Bundesinstitute im BMEL-Geschäftsbereich	458,2	482,3	5,3%
Agrarhaushalt (Einzelplan 10) insgesamt	6.877,7	6.993,1	1,7%
% Anteil Agrarhaushalt am Bundeshaushalt	1,37	1,33	.
Klima- und Transformationsfonds (KTF)	201,0	237,5	18,2%
Maßnahmen zum Natürlichen Klimaschutz (ANK) ²⁾	90,0	100,0	11,1%
Waldklimafond (inkl. BMU-Anteil 50%)	20,1	11,0	-45,3%
Förderung von Maßnahmen zum Klimaschutz in der Landwirtschaft und Landnutzung	58,1	80,7	38,9%
Investitionsförderung Klimaschutz in der Landwirtschaft und Landnutzung	32,5	36,0	10,8%
Sondervermögen Infrastruktur & Klimaneutralität	37,2	58,9	58,3%
Summe (EP 10, KTF, SVIK)	7.115,9	7.289,5	2,4%
¹⁾ Stand 28.11.2025 ²⁾ ehemalige Titel Eiweißpflanzenstrategie, Bundesprogramm Ökolandbau, Ackerbaustrategie ³⁾ fließen der GAK zu. Ohne ANK-Maßnahme „Waldumbau und Wiederbewaldung“, die in der Zuständigkeit des Bundesumweltministeriums liegt (167,7 Mio. €).			
© Situationsbericht 2026/T44-1		Quelle: BMLEH	

Haushaltsberatungen zurück im Zeitplan

Erstmals seit 2022 konnte mit dem Bundeshaushalt 2026 wieder ein Haushalt im vergleichsweise regulären Fahrplan beraten und verabschiedet werden. Die Haushalte 2024 und 2025 standen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 unter starkem Konsolidierungsdruck. Hinzu kommt die Schuldenbremse, um die Staatsverschuldung zu begrenzen, sofern keine außergewöhnliche Notsituation vorliegt. Dies hatte bereits zum vorzeitigen Ende der SPD-geführten Ampelregierung Ende 2024 und vorgezogenen Bundestagswahlen am 22. Februar 2025 geführt.

Bereichsausnahme und Sondervermögen für mehr finanzielle Spielräume

Um sich künftige finanzielle Handlungsspielräume zu erhalten, haben Bundestag und Bundesrat im März 2025 das Grundgesetz geändert, um eine Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse zu schaffen. Damit werden Ausgaben für Verteidigung und Zivil- und Bevölkerungsschutz über 1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Zusätzlich ermöglicht das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) bis zu 500 Milliarden Euro für

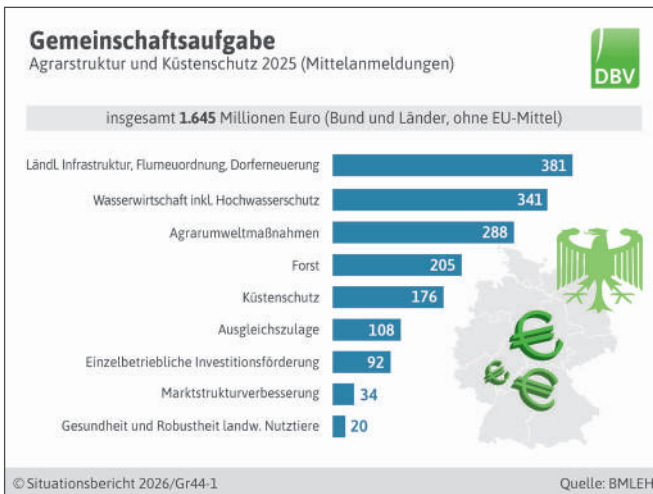
Gemeinschaftsaufgabe GAK im Bundeshaushalt 2025 und 2026¹⁾ (Soll), in Mio. Euro			
Bundesmittel	2025	2026	%-Veränd. zu Vorjahr
Reguläre Gemeinschaftsaufgabe	660,1	660,1	0,0
Sonderrahmenplan Hochwasserschutz	127,0	127,0	0,0
Sonderrahmenplan Küstenschutz	120,0	120,0	0,0
GAK-Bundesmittel BMEL im Einzelplan 10	907,1	907,1	0,0
dar. Waldumbau und Wiederbewaldung	90,0	100	+11,1
dar. Agroforst, Hecken und Knicks	10,0	10,0	0,0
GAK-Bundesmittel im ANK²⁾	100,0	110	+10,0
GAK-Bundesmittel insgesamt	1.007,1	1.017,1	+1,0

1) Stand 28.11.2025
2) Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) im Klima- & Transformationsfonds (KFT)

© Situationsbericht 2026/T44-2 Quellen: BMLEH, Deutscher Bauernverband

Nachhaltigkeit, Forschung und Innovationen aus. Die Mittelansätze für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) bleibt auch 2026 stabil bei 907 Millionen Euro. Sowohl 2025 als auch 2026 wurde der Bundeszuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) um 20 auf 120 Millionen Euro aufgestockt, im finanzielle Mehrbelastungen der Landwirte abzufedern.

In die Zuständigkeit des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMLEH) bzw. zum Teil in gemeinsamer Zuständigkeit von BMEL und Bundesumweltministerium (BMUKN) fallen auch Mittel aus dem Klima- und Transaktionsfonds (KTF). Davon werden 2026 237,5 Millionen Euro maßgeblich vom BMLEH bewirtschaftet. (+ 18,2 %). Der gesamte KTF soll in 2026 ein Volumen von 33 Milliarden Euro umfassen. Finanziert wird der KTF hauptsächlich aus Erlösen der CO₂-Bepreisung.



Infrastruktur und Klimaneutralität
bis 2045, 100 Milliarden Euro davon
wird den Bundesländern zur Verfü-
gung gestellt.

Bundesagrarhaushalt 2026 mit leichter Mittelerhöhung

Durch den Nachtragshaushalt für das laufende Haushaltsjahr wurden 2025 zwei Bundeshaushalte abschließend beraten, dies gilt somit auch für den Bundesagrarhaushalt (Einzelplan 10). Der Kernhaushalt 2026 sieht Ausgaben von fast 525 Milliarden Euro vor,

in Kernhaushalt und Sondertöpfen zusammen sind Kredite von rund 180 Milliarden Euro geplant. Von den Ausgaben entfallen 2026 6,993 Milliarden Euro (+ 1,7 %) auf den Bundesagrarhaushalt. Für das Folgejahr 2027 ist im Hinblick auf die Konsolidierung des Bundeshaushalts mit einem Rückgang von 2,6 Prozent zu rechnen. Da der Einzelplan 10 nur in geringem Umfang über flexibel einsetzbare Mittel verfügt, wirken sich die Sparzwänge insbesondere auf die Förderprogramme im Bereich

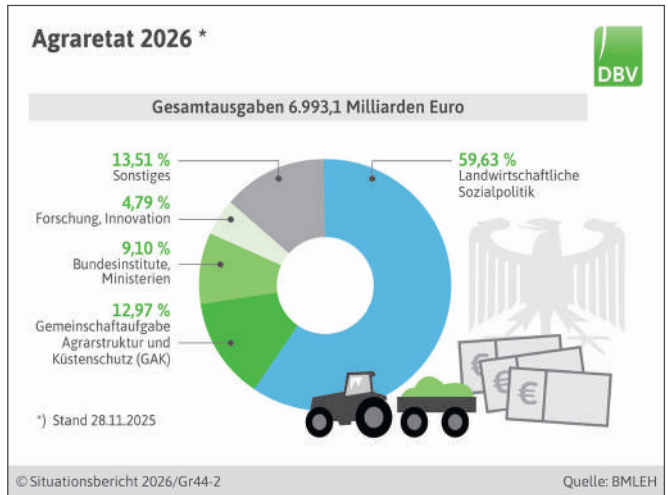
GAK: 2025 nur 1,6 Milliarden Euro Bundes- und Ländermittel

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist das nationale Förderinstrument für die Land- und Forstwirtschaft, den Küstenschutz und die ländlichen Räume. In Folge der Kürzung von Haushaltsmitteln fallen die Mittelansätze von Bund und Ländern für die GAK in 2024 mit 1,645 Milliarden Euro weiterhin relativ niedrig aus. Der Bund stellt neben den Mitteln aus dem Einzelplan

10 erneut Mittel aus dem KTF zur Verfügung, in 2026 sind dies 110 Millionen Euro, davon entfallen 100 Mio. Euro auf die Maßnahme "Waldumbau" sowie 10 Millionen Euro auf "Agroforst" und "Hecken und Knicks". Bund und Länder teilen sich die GAK-Ausgaben im Verhältnis 60 zu 40 (Küstenschutz 70 zu 30). Aus Sicht der Landwirtschaft haben die einzelbetrieblichen Maßnahmen einen besonders hohen Stellenwert, darunter die Agrarinvestitionsförderung, die Agrarumweltmaßnahmen und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete.

Mehr Planungsfreiheit der Länder

Die GAK-Mittel des Bundes stehen den Ländern für die im GAK-Rahmenplan definierten Maßnahmen und Maßnahmenbereiche zur Verfügung. Die Länder haben grundsätzlich die Wahl, die ihnen zur Verfügung stehenden GAK-Bundesmittel auf bestimmte Maßnahmen zu konzentrieren und damit Förderschwerpunkte festzulegen. Mit der 2024 erfolgten Integration der Maßnahmen einer Reihe von Sonderrahmenplänen in den allgemeinen GAK-Rahmenplan hat sich die Mittelbewirtschaftung für die Länder vereinfacht. Damit verbunden ist mehr Transparenz, eine Flexibilisierung der GAK-Mittel und eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes. So sind auch bei sich abzeichnenden Über- und Unteraussschöpfungen vom Deutschen Bundestag geforderte Umschichtungen zwischen den Ländern leichter möglich.

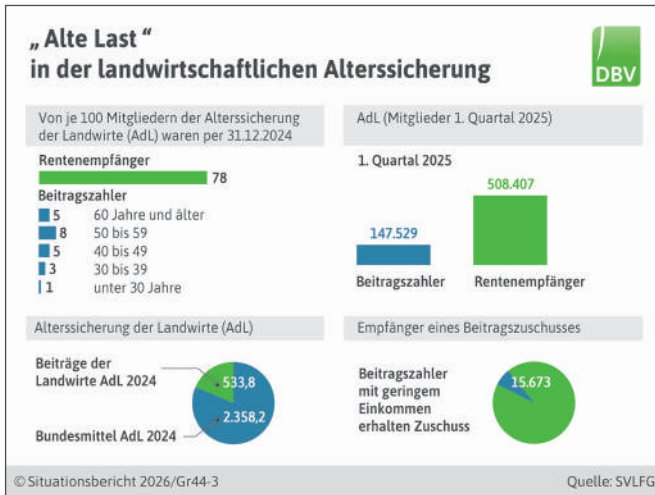


Bundesprogramm Umbau Tierhaltung vor dem Aus

Über ein Bundesprogramm zum Umbau der Schweinehaltung für mehr Tierwohl können seit dem Frühjahr 2024 zum einen tiergerechtere Stallneubauten und Stalumbauten bezuschusst, zum anderen laufende Mehrkosten, die eine besonders tiergerechte Haltung mit sich bringt, gefördert werden. Die Förderung für die Schweinehaltung im Bundesprogramm betrifft Frischluftställe, Auslaufställe/Freiland und Bio und umfasst Sauen, Aufzuchtferkel und Mastschweine. Die GAK-Fördermöglichkeiten für Stallbaumaßnahmen in der Schweinehaltung wurden bis Ende 2027 ausgesetzt.

Über einen Förderzeitraum von 10 Jahren sollten über das Bundesprogramm ursprünglich insgesamt eine Milliarde Euro Bundesmittel bereitgestellt werden. In 2024 waren davon 150 Millionen Euro vorgesehen, für die Folgejahre 2025 und 2026 sind 200 bzw. 253 Millionen

Euro eingestellt. Nach Stand 17. November 2025 sind bisher 308 Anträge auf Investitionsförderung mit einem Zuschussvolumen von rund 216 Mio. Euro (Förderquote 49,5%) bei der Bewilligungsstelle der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) eingegangen. Davon sind bereits 191 Anträge mit einem Zuschussvolumen von 124 Millionen Euro bewilligt worden. Bei der Förderung der laufenden Mehrkosten wurden in 2025 für das Halbjahr 2024 413 Anträge gestellt. 411 der 413 Anträge wurden bisher beschieden. Aufgrund des langsamen Mittelabflusses soll die Investitionsförderung für Schweineställe ab 2027 wieder in die GAK überführt werden. Anträge für die investive Förderung können noch bis Ende August 2026 gestellt werden.



Millionen Euro in 2024 verausgabt. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 8.273 Anträge bewilligt. Projektträgerin ist die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR). Ebenfalls seit 2024 werden aus ANK-Mitteln die GAK-Maßnahmen „Waldumbau“ und „Wiederbewaldung“ gefördert. Sie dienen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald. Der Mittelsatz dafür wurde 2025 auf 100 Millionen Euro gegenüber Vorjahr (+ 10 Mio. €) angehoben, 2024 waren es noch 125 Millionen Euro.

Investitionsförderung von Maschinen und Geräten über das ANK

Aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) in Verantwortung des Bundesumweltministeriums (BMUV) können seit Juli 2024 Investitionen von Maschinen und Geräten zur „Stärkung der natürlichen Bodenfunktionen in Agrarlandschaften“ gefördert werden. Das Programm wird ebenfalls über die Landwirtschaftliche Rentenbank abgewickelt und dient vor allem zur Förderung der Anschaffung von bodenschonenden und humusfördernden Maschinen (z. B. für Direktsaatverfahren). Es umfasst auch die Förderung von Maschinen und Geräten zur Verringerung des Bodendrucks, zur mechanischen Unkrautbekämpfung sowie zur extensiven Grünlandbewirtschaftung. Das hierfür für die Jahre 2024 bis 2026 vorgesehene Fördervolumen beträgt 100 Millionen Euro. Das von den Landwirte bekundete Interesse zur Teilnahme an diesem Programm ist groß.

Förderung der Forstwirtschaft

Das Förderprogramm Klimaangepasstes Waldmanagement wird seit 2024 aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) vom Bundesumweltministerium (BMUV) finanziert. Die fachliche Federführung des mit Mitteln des Klima- und Transformationsfonds (KTF) gespeisten Aktionsprogramms wird von BMEL und BMUV gemeinsam wahrgenommen. Gegenstand der Förderung ist die nachgewiesene Einhaltung von übergesetzlichen und über die Standards der Zertifizierungssysteme PEFC und FSC hinausgehenden Kriterien für Ökosystemleistungen des Waldes und ein klimaangepasstes Waldmanagement. Gefördert werden private und kommunale Waldbesitzende, die sich über 10 bzw. 20 Jahre verpflichten, 11 bzw. 12 Kriterien des klimaangepassten Waldmanagements einzuhalten. Das Fördervolumen für den Zeitraum 2024bis 2028 beträgt 690 Millionen Euro, davon wurden 138

60 Prozent des Bundesagrarhaushaltes sind Agrarsozialausgaben

Nach bisherigem Beratungsstand zum Bundesagrarhaushalt 2026 entfallen 60 Prozent auf Sozialausgaben (4,2 Mrd. Euro), um insbesondere die strukturwandelbedingten Defizite in der Alterssicherung und Krankenversicherung der Landwirte auszugleichen. In der Krankenversicherung der Landwirte erfolgen 2026 gesetzlich vorgegebene Aufstockungen des Bundeszuschusses von 48 Millionen Euro, in der Alterssicherung der Landwirte steigt der Bundeszuschuss um rund 30 Millionen Euro. Der Bundeszuschuss zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) bleibt mit 120 Millionen Euro gegenüber 2025 unverändert, nachdem dieser 2025 um 20 Millionen Euro angehoben wurde. 2021 betrug der LUV-Bundeszuschuss noch 177 Millionen Euro. In der Alterssicherung der

Landwirte betrug die Zahl der Beitragszahler im 1. Quartal 2024 154.000. Ein Jahr zuvor waren es 160.300. Von der Personenzahl her doppelt so stark zurück ging die Zahl der Rentenempfänger, und zwar von 532.200 auf 520.500. Die Beiträge der Landwirte betrugen 2024 531 Millionen Euro. Mit 2,320 Milliarden Euro waren die Bundesmittel mehr als viermal so hoch wie die Beitragszahlungen.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft führt dazu, dass die Zahl der Beitragszahler auch in der Krankenversicherung der Landwirte weiter sinkt, von 2024 auf 2025 um rund 3.800 auf 172.400. Zugleich sinkt die Zahl der Altenteiler um 8.500 Personen. Um ein ähnliches Beitragsniveau wie in der allgemeinen gesetzlichen Sozialversicherung sicherzustellen, wird auch weiterhin der Einsatz von Bundesmitteln für erforderlich gehalten.

Alterssicherung der Landwirte

Der Einheitsbeitrag in der Alterssicherung der Landwirte wurde seit 1999 schrittweise erhöht, in den alten Ländern von monatlich 167 Euro (1999) auf monatlich 325 Euro im Jahr 2026 (13 € ggü. Vorjahr). Im Rahmen der Beitragsangleichung gilt dieser Monatsbetrag mittlerweile auch in den neuen Bundesländern. Bei der Höhe der monatlichen Beträge ist zu berücksichtigen, dass das System der landwirtschaftlichen Altershilfe nur eine Teilabsicherung darstellt. Als Folge des starken Strukturwandels standen 100 Beitragszahlern im 1.

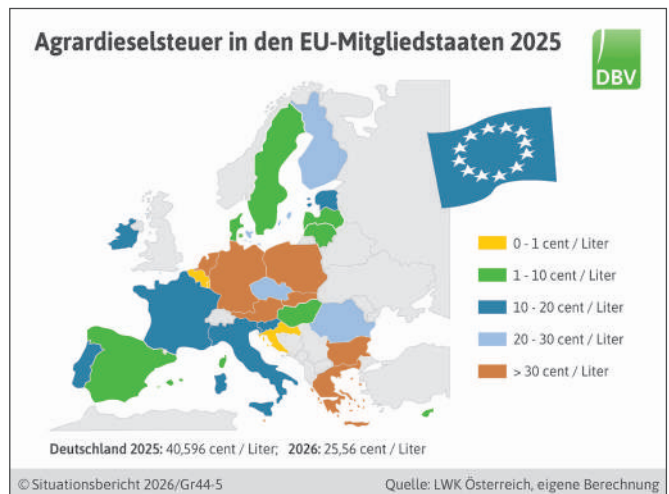
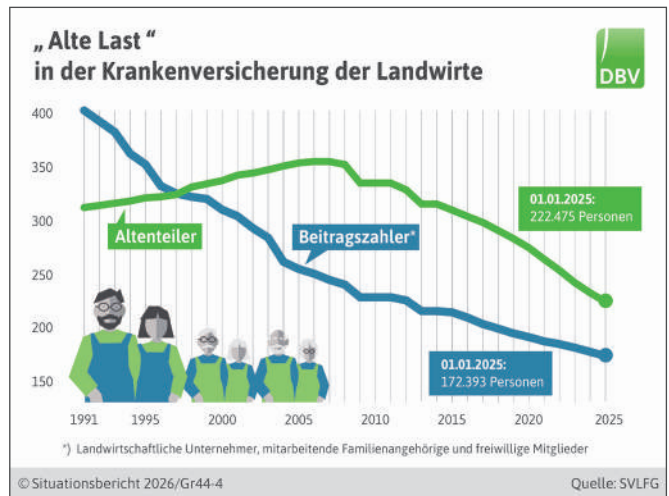
Quartal 2025 etwa 345 Altenteiler gegenüber (+ 7 Altenteiler je 100 Beitragszahler ggü. Vorjahr). Damit bleibt die landwirtschaftliche Alterssicherung auf eine Übernahme der strukturellen Defizite durch den Staat angewiesen.

Im Jahr 2025 haben Landwirte durchschnittlich im Alter von 66,2 Jahren erstmalig Rentenleistungen aus der Alterssicherung der Landwirte (AdL) bezogen. Vor Wegfall der Hofabgabeverpflichtung im

Jahr 2018 lag das entsprechende Alter mit 66,6 Jahren nur wenig höher. Im Vergleich dazu lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) 2025 bei 64,7 Jahren.

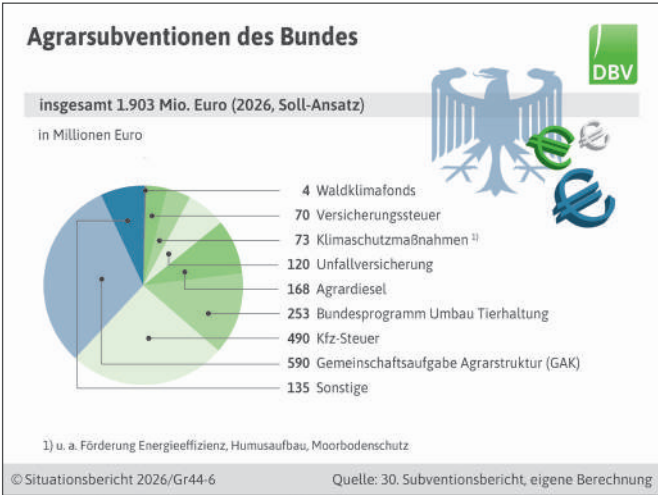
Wiedereinführung beim Agrardiesel

Die steuerlichen Rückvergütungen beim Agrardiesel machten zuletzt jährlich 453 Millionen Euro aus. Um



Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes, in Millionen Euro				
Nach Wirtschaftsbereichen	2023	2024	2025*	2026**
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	2.135	1.879	1.951	1.908
Gewerbliche Wirtschaft	16.617	35.126	42.962	45.357
Wohnungswesen	13.582	17.158	19.164	16.583
Verkehr	5.487	5.804	7.875	8.216
Sparförderung und Vermögensbildung	676,5	727	683	683
Sonstige Finanzhilfen und Steuervergünstigungen	6.472	5.127	4.958	5.054
Summe der Subventionen	44.970	65.821	77.593	77.800
Anteil Agrarsubventionen in Prozent	4,7	2,9	2,5	2,5
*Soll **Schätzung				
© Situationsbericht 2026/T44-5		Quelle: 30. Subventionsbericht		

Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes nach Zielsetzung, in Mio. Euro				
	2023	2024	2025*	2026*
Betriebe oder Wirtschaftszweige	13.236	32.514	41.728	46.315
Erhaltungshilfen	720	511	963	980
Anpassungshilfen	6.503	4.941	6.033	6.602
Produktivitäts-(Wachstums-)hilfen	2.484	3.879	8.445	11.881
Sonstige	3.529	23.183	26.288	26.853
Private Haushalte	12.072	15.119	16.477	13.134
Summe der Subventionen	25.308	47.633	58.205	59.449
* Soll				
© Situationsbericht 2026/T44-6		Quelle: 30. Subventionsbericht		



diesen Betrag wurde die deutsche Land- und Forstwirtschaft bisher entlastet, um ihre Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten zu erhalten. Die Besteuerung von Diesel in der Landwirtschaft ist in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU unterschiedlich geregelt. Ein Landwirt in Deutschland zahlte nach Rückvergütung mit rund 25,56 Cent pro Liter bereits bisher deutlich mehr Steuern für Diesel als Landwirte in den meisten anderen EU-Staaten. Bis zum 29. Februar 2024 lag die Rückvergütung bei 21,48 Cent pro Liter. Als eine Konsequenz aus der prekären Haushaltssituation hat die letzte Bundesregierung die Rückvergütung für den Zeitraum vom 1. März 2024 bis zum 31. Dezember 2024 auf 12,89 Cent pro Liter und für das Jahr 2025 auf 6,45 Cent pro Liter abgesenkt. Für ab 2026 eingesetzten Kraftstoff wie die Streichung geplant. Die neue Bundesregierung hat die Rückvergütung auf altem Niveau zum 1. Januar 2026 wieder eingeführt. Für die Landwirte bedeutet, dies in 2025 und 2026 eine reduzierte Rückerstattung auf die Verbräuche aus dem Vorjahr, erstmalig in 2027 fließt dann die Rückerstattung in alter Höhe.

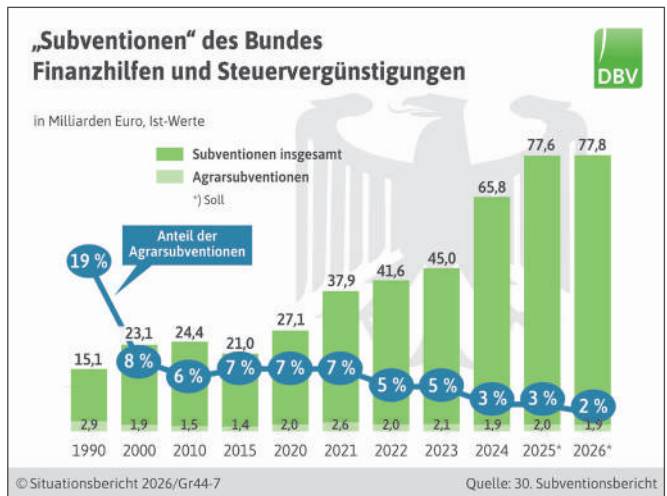
Steuerliche Maßnahmen

Die steuerliche Entlastungswirkung der im Sommer 2024 wieder eingeführten Steuervergünstigung zur Tarifglättung bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft über einen Betrachtungszeitraum von drei Jahren („Gewinnglättung“)

wird auf 50 Millionen Euro jährlich geschätzt. Im Sommer 2025 hat die Bundesregierung ferner die bestehende Absenkung der Stromsteuer für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft auf den EU-Mindeststeuersatz von 0,50 Euro pro Megawattstunde dauerhaft verstetigt. Schätzungen zufolge dürfte dies eine Entlastung für die Landwirtschaft von rund 100 Millionen Euro bedeuten.

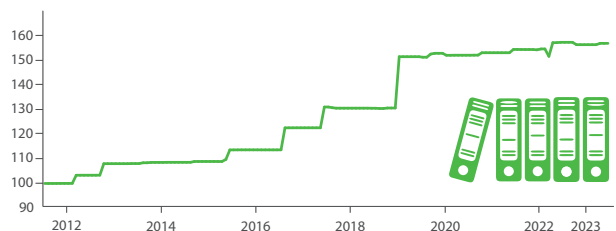
„Agrarsubventionen“ sinken auf 2 Prozent aller Subventionen des Bundes

Nach dem Subventionsbericht der Bundesregierung bestehen Subventionen aus Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, die vorrangig auf die Unterstützung wirtschaftlicher Tätigkeiten ausgerichtet sind. Nach dem aktuellen Subventionsbericht von August 2025 steigen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes im Zeitraum bis 2026 weiter kräftig an. Das Subventionsvolumen wächst von 45 Milliarden Euro im Jahr 2023 auf 77,8 Milliarden Euro im Jahr 2026 an. Die Erhöhung um rund 73 Prozent beruht dabei ausschließlich auf dem Anstieg der Finanzhilfen. Die drei größten Subventionsempfänger sind die gewerbliche Wirtschaft, der Verkehrssektor sowie das Wohnungswesen. Von den für 2026 geschätzten 67,1 Milliarden Euro Subventionen des Bundes und unter der Beachtung aktueller Entwicklungen entfallen auf den Agrarbereich 1,9 Milliarden Euro oder 2,5 Prozent. 1990 machten die



Bürokratiekostenindex durch bundesrechtliche Informationspflichten, Januar 2012=100

Land-, Forstwirtschaft, Fischerei



„Agrarsubventionen“ des Bundes mit 2,9 Milliarden Euro noch 20 Prozent an den Gesamtsubventionen aus.

Subventionscharakter verschiedener Maßnahmen umstritten

Die Maßnahmen im Landwirtschaftsbereich dienen insbesondere dazu, die Existenz der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu sichern und den Strukturwandel sozial zu flankieren. Von den für

2026 ausgewiesenen 1,903 Milliarden Euro „Agrarsubventionen“ entfallen 590 Millionen Euro auf die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), 490 Millionen Euro auf die Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Zugmaschinen sowie hinter diesen mitgeführte Anhänger und 168 Millionen Euro auf die steuerlichen Rückvergütungen beim Agrardiesel. Auch der Wald sowie das

So funktioniert die Regelbesteuerung

Tatsächlicher Vorsteuerabzug

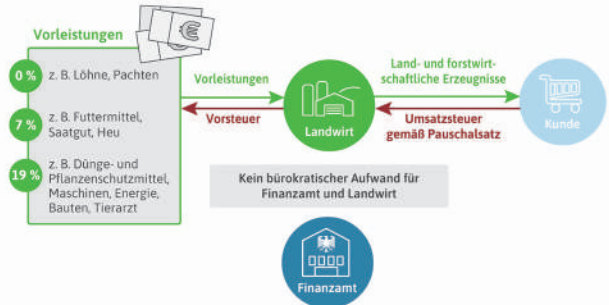


© Situationsbericht 2026/Gr44-9

Quelle: Deutscher Bauernverband

So funktioniert die Umsatzsteuerpauschalierung

Pauschaler Vorsteuerabzug



Ziel der Umsatzsteuerpauschalierung: Vereinfachung bei gleichem Steueraufkommen
Pauschale Vorsteuerbelastung = tatsächliche Vorsteuerbelastung

© Situationsbericht 2026/Gr44-10

Quelle: Deutscher Bauernverband

Bürokratieaufwand im Trend steigend

Der Bürokratieaufwand im Wirtschaftszweig Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ist durch bundesrechtliche Informationspflichten in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich der Büroriekostenindex in diesem Wirtschaftszweig von Januar 2012 (Indexwert 100) bis Dezember 2023 um mehr als die Hälfte (Indexwert 156) erhöht. In den zehn Jahren 2014 bis 2023 wurden 208 bundesrechtliche Vorgaben neu geschaffen bzw. abgeändert, 22 Vorgaben abgeschafft sowie 35 Vorgaben vereinfacht. Die Büroriekosten aus bundesrechtlichen Informationspflichten auf Basis von nationalen Gesetzen und national umgesetzten EU-Richtlinien betragen mit Stand Sommer 2024 für die Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei nach Angaben des Statistischen Bundesamtes jährlich rund 418 Millionen Euro.

Stockender, erster Bürokratieabbau

Bund und Länder haben sich bei der Agrarministerkonferenz (AMK) im Frühjahr 2024 auf einen Bürokratieabbau verständigt. Die Länder hatten im Vorfeld 194 Vorschläge zum Bürokratieabbau unterbreitet. Die konkrete Umsetzung stockt jedoch. So sollte die Digitalisierung des Rinderpasses bis Ende 2025 erfolgen, dies wäre mit einer Entlastung der Betriebe von rund 20 Millionen Euro verbunden. In der Modernisierungsagenda

vorgesehene Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung (253 Mio. Euro), die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen außerhalb des Waldklimaschutzes (73 Mio. Euro) sowie die ermäßigte Versicherungssteuer bei Hagel- und Mehrgefahrenversicherungen (70 Mio. Euro) werden aufgeführt. Der Subventionscharakter verschiedener Maßnahmen aber ist umstritten. Die Hilfen des Bundes für die Landwirtschaftliche

Unfallversicherung (2026 120 Mio. Euro) könnten eher sozialpolitischen Zwecken zugeordnet werden. Auch bei den landschafts- und klimarelevanten Maßnahmen ist der Subventionscharakter umstritten. So werden bei diesen Maßnahmen in erster Linie Mehraufwand bzw. Minderertrag aus freiwilligen Bewirtschaftungseinschränkungen ausgeglichen.

der amtierenden Bundesregierung anderthalb Jahre Später (Oktober 2025) findet sich eine Maßnahme aus dem Zuständigkeitsbereich Landwirtschaft, die intensive Prüfung der Optionen für einen digitalen Rinderpass. Laut Normenkontrollrat (NKR) konnte das Bundeslandwirtschaftsministerium im letzten Jahr gleichwohl Fortschritte erzielen und den jährlichen Bürokratieaufwand um 64 Millionen Euro senken, der einmalige Erfüllungsaufwand stieg um 3 Millionen Euro. Im Sinne der "One in, one out"-Bilanz kam es zu einer Verbesserung von 49 Millionen Euro. Die Entlastung ist ganz wesentlich auf die Änderung der Verordnung über tierärztliche Hausapotheken (rund 45 Mio. €) zurückzuführen. Fortschritte wurden ferner erzielt mit der Abschaffung der Stoffstrombilanz (18 Mio. €) sowie der vollständigen Umstellung der Bodennutzungshaupterhebung auf Verwaltungsdaten (1 Mio. €). Das Tierhaltungskennzeichengesetz wurde von August 2025 auf März 2026 verschoben.

Lange ToDo-Liste

Wie der NKR feststellt, hat sich die aktuelle Bundesregierung im Koalitionsvertrag ambitionierte Ziele beim Bürokratieabbau gesetzt, hierzu zählen Vereinfachungen auf europäischer Ebene (Bürokratiearme Lösungen bei Entwaldungsverordnung (EUDR) mit „Null-Risiko-Variante“, EU-Bodengesetz, Taxonomie, Lieferketten, Nachhaltigkeitsbericht-erstellung) ebenso wie nationale

Änderungen (Tiergesundheitsrecht, Pflanzenschutzmittel-Zulassung, Umwelt-Informationsgesetz, Agraranträge, Dokumentationspflichten, Agrarstatistik).

Steuerliche Pauschalregelung

Nach EU-Recht können Mitgliedstaaten landwirtschaftliche Erzeuger bei der Mehrwertsteuerregelung von bürokratischem Aufwand durch eine Pauschalierung des Vorsteuersatzes entlasten. Mit dem Pauschalsatz (Durchschnittssteuersatz) auf die Verkaufserlöse landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Landwirte werden so zugleich die gezahlten Vorsteuern pauschal ausgeglichen (Vorsteuerabzug). Dies erfolgt ohne Beteiligung des Finanzamtes. Die Summe der Umsatzsteuererinnahmen des Staates bleiben davon unberührt. In den letzten Jahren ist dieses Verfahren im Umsatzsteuerrecht zunehmend eingeschränkt worden. Es dürfen nur noch land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit einem Umsatz von bis zu 600.000

Euro vom vereinfachten Verfahren Gebrauch machen. Ferner wurde der Pauschalsteuersatz mehrfach abgesenkt und beträgt 2025 nur noch 7,8 Prozent. Da damit die tatsächliche Vorsteuerbelastung der Pauschalbetriebe nicht mehr vollständig abgebildet wird, ist diese höher als das, was die Landwirte über den Pauschalsatz auf land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse vereinnahmen. Nach der derzeitigen Berechnungsformel drängt der Bundesrechnungshof auf eine erneute Absenkung des Durchschnittsatzes auf 6,1 Prozent für das Jahr 2026. Dies würde die Situation weiter verschärfen. Immer mehr Landwirte zahlen damit bei der Pauschalierung mehr Umsatzsteuer als in der Regelbesteuerung. Dies gilt im Besonderen für Landwirte, die größere Investitionen tätigen. Diese werden so in das bürokratischere Verfahren des tatsächlichen Vorsteuerabzugs mit dem Finanzamt gedrängt.

Steuerliche Mehrbelastung Pauschalierung ¹⁾ , 2023, Betriebe LuF mit Pauschalierung		
	Pauschalsteuersatz ³⁾	Steuerliche Mehrbelastung ²⁾
	in Prozent	Mrd. Euro
Durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb	6,1	6.953
Durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb	7,8	4.441
Durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb	9,0	2.668
Durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb	10,0	1.190
Durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb	10,5	609
Durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb	11,0	-287
¹⁾ Stichprobenumfang 12.000 Betriebe (Betriebe Land- und Forst mit Pauschalierung und Umsatz bis 600.000 €)		
²⁾ Betrieb LuF mit Pauschalierung gegenüber Regelbesteuerung		
³⁾ Durchschnittssatz-Betrachtung gemäß § 28 UStG		
© Situationsbericht 2026/T44-7		Quelle: Land-Data, eigene Berechnung



5

Fakten zur wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft

5.1 Konjunkturentwicklung	171
5.2 Buchführungsergebnisse	175
5.3 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung	188

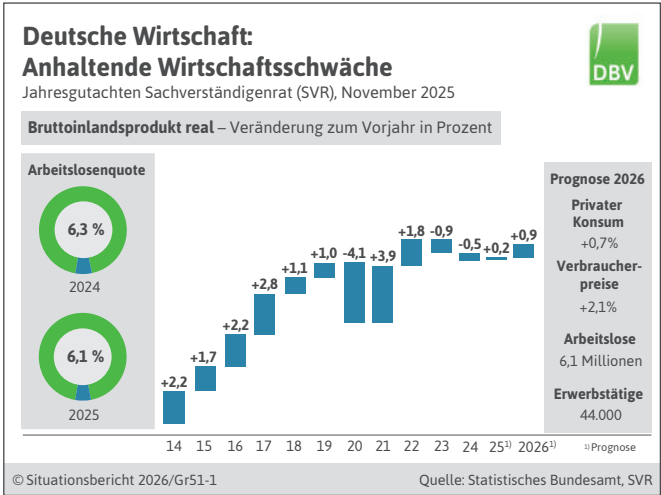
5.1 Konjunkturentwicklung

Anhaltende Wirtschaftsschwäche

Nach Einschätzung des Sachverständigenrates der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 12. November 2025 befindet sich die deutsche Volkswirtschaft weiterhin in der Stagnation. Die anhaltende Wachstumsschwäche lege nahe, dass die deutsche Wirtschaft von konjunkturellen wie auch von strukturellen Problemen ausgebremst wird. Nach zwei Jahren mit negativen Wachstumsraten wird im Jahr 2025 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozent prognostiziert. Für das Jahr 2026 wird ein Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent erwartet. Die Inflationsrate dürfte mit 2,1 Prozent etwas niedriger ausfallen als 2025. Der Rat mahnt eine Reform der Unternehmensbesteuerung sowie Nachbesserungen beim Sondervermögen an, damit dieses zusätzliche Investitionen generiert.

Agrarkonjunktur und gesamtwirtschaftliche Entwicklung stehen im Zusammenhang

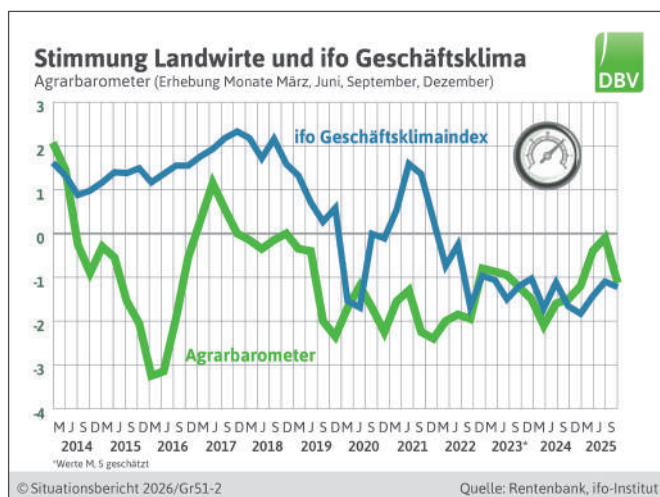
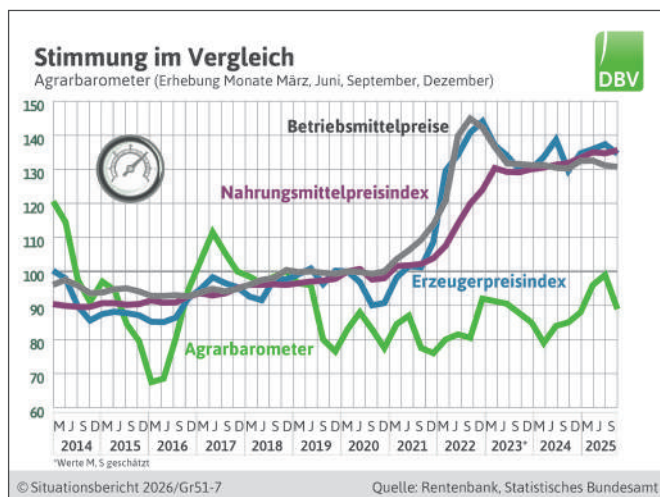
Abgesehen von den Jahren 2015 und 2016 (Milchkrise) und der Zeit während der Coronakrise zeigt sich ein weitgehender Gleichlauf der konjunkturellen Trends in der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft. Dies ergibt ein Vergleich des ifo Geschäftsklimaindex mit dem Konjunkturbarometer Agrar,



Eckdaten der Konjunkturentwicklung in Deutschland					
	Einheit	2023	2024	2025 ¹⁾	2026 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt (real)	%-Veränd.	-0,3	-0,1	0,4	0,9
Private Konsumausgaben	%-Veränd.	-0,4	0,4	0,5	1,1
Lohnzuwachs ²⁾	%-Veränd.	6,0	5,3	3,6	2,7
Konsumausgaben des Staates	%-Veränd.	-0,2	2,6	2,0	2,0
Ausrüstungsinvestitionen	%-Veränd.	-0,5	-5,4	-2,4	2,8
Bauinvestitionen	%-Veränd.	-5,9	-3,4	-1,7	1,7
Exporte	%-Veränd.	-1,4	-2,1	-0,02	0,5
Importe	%-Veränd.	-1,4	-0,6	3,5	2,2
Erwerbstätige	Tausend	45.935	45.987	45.997	46.041
Registrierte Arbeitslose	Tausend	2.609	2.787	2.947	2.888
Arbeitslosenquote	%	5,7	6,0	6,3	6,1
Verbraucherpreise	%-Veränd.	5,9	2,2	2,2	2,1

1) Prognose 2) Nominallöhne

© Situationsbericht 2026/T51-1 November 2025 Quelle: Sachverständigenrat der BR



das 2024 vom Agrarbarometer der Rentenbank abgelöst wurde.

Arbeitsplätze in der Landwirtschaft leicht rückläufig

Nach Schätzung des Sachverständigenrates der Bundesregierung nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland 2026 gegenüber dem Vorjahr leicht um 44.000 auf 46 Millionen zu. Für 2025 wird eine nahezu unveränderte Zahl der Erwerbstätigen erwartet.

Einen leichten Rückgang der Erwerbstätigen sehen wir weiterhin in der Land- und Forstwirtschaft. Ihre Zahl dürfte 2025 gegenüber dem Vorjahr um 4.000 auf 561.000 zurückgegangen sein.

Energiepreise dämpfen Inflation

Die Inflationsrate in Deutschland, gemessen am Verbraucherpreisindex, dürfte im Jahresdurchschnitt 2025 erneut 2,2 Prozent liegen. Dabei waren die Energiepreise

eher Inflationsbremse, auch Nahrungsmittel haben deutlich weniger zur Inflation beigetragen als in den Vorjahren. Die Inflationsrate wird derzeit von der Preisdynamik bei Dienstleistungen in Folge kräftiger Nominallohnzuwächse getragen. Auch für 2026 wird mit einem Anstieg der Verbraucherpreise gerechnet, der leicht über 2 Prozent liegt.

Niedrigeres Zinsniveau setzt kaum Impulse

Die starken Leitzinsanhebungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) zur Bekämpfung der Inflation in den Jahren 2022 bis 2023 zeigten nicht nur beim Kampf gegen die Inflation Wirkung, sondern auch bei den Investitionen, die hierdurch abgebremst wurden. Zwischen Juni 2024 und Juni 2025 fand wiederum eine Reihe von Zinssenkungsschritten statt. Diese sollten die Binnennachfrage und das Investitionsklima ankurbeln. Im Euro-Raum insgesamt gelingt dies mit einem erwarteten Wachstum vom 1,4 % in 2025, in Deutschland überwiegen aber andere Hemmnisse. Experten sehen bei weiter rückläufigen Inflationszahlen eine Zinssenkung in den kommenden Monaten im Bereich des Möglichen, was vor allem im Jahr 2025 Wachstumsimpulse liefern könnte.

Agrarbarometer steigt – und fällt

Nach den Ergebnissen des Agrarbarometers gab es zwischen Herbst 2024 und Sommer 2025 eine positive Entwicklung im Hinblick

Rentenbank-Agrarbarometer – Repräsentative Befragung zur wirtschaftlichen Lage und Investitionsbereitschaft

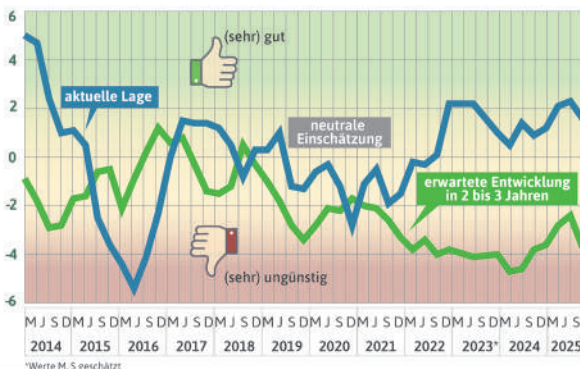
Das Investitions- und Konjunkturbarometer Agrar bis Ende 2023 und seit 2024 das Agrarbarometer der Rentenbank untersuchen, wie Landwirte ihre wirtschaftliche Situation und die Rahmenbedingungen einschätzen und welche Investitionen sie planen. Dazu werden vierteljährlich mindestens 1.000 Landwirte befragt.

In das Rentenbank-Agrarbarometer fließen die Antworten auf zwei Fragen ein: „Wie beurteilen Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation Ihres Betriebes?“ und „Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Situation Ihres Betriebes für die nächsten 2 bis 3 Jahre gegenüber der aktuellen Situation?“
Quelle: Deutscher Bauernverband, Landwirtschaftliche Rentenbank

auf die erwartete sowie auf die künftige Lage. Diese positive Entwicklung ist mit der Befragung im September jedoch weitgehend neutralisiert worden. Insbesondere die erwartete zukünftigen Lage drückt deutlich aufs Klima. Im Vergleich zum September 2025 ist das Geschäftsklima der deutschen Landwirtschaft damit nahezu unverändert, lediglich die aktuelle Lage wird noch etwas besser als vor einem Jahr bewertet.

Aktuelle und erwartete wirtschaftliche Lage

Agrarbarometer (Erhebung Monate März, Juni, September, Dezember)



© Situationsbericht 2026/Gr51-5

Quelle: Rentenbank

Entwicklung der aktuellen Stimmungslage

Agrarbarometer (Erhebung Monate März, Juni, September, Dezember)



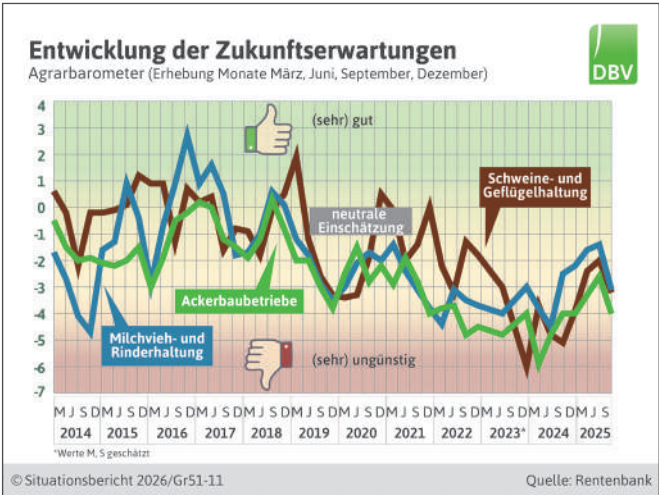
© Situationsbericht 2026/Gr51-9

Quelle: Rentenbank

Hohe Verunsicherung über die Zukunft

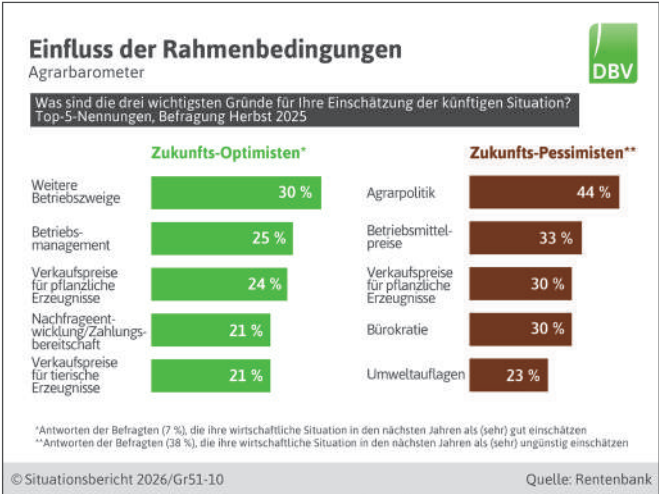
Auf der Skala von - 10 bis + 10 wird die aktuelle wirtschaftliche Situation im Durchschnitt der Betriebe im September 2024 mit plus 1,6 deutlich günstiger beurteilt als die Zukunftsaussichten mit einem Wert von minus 3,7. Im Jahresvergleich schätzen auf Milch- und Rindviehhaltung spezialisierte Betriebe ihre aktuelle wirtschaftliche Situation besser ein,

Ackerbau- und Veredlungsbetriebe dagegen erneut schlechter. Die Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Lage fällt in allen Betriebsformen weiterhin deutlich negativ aus. Verantwortlich dafür ist neben volatiler gewordenen Märkten vor allem die Verunsicherung angesichts unklarer künftiger Rahmenbedingungen. Die 38 Prozent der Landwirte, die ihre wirtschaftliche Situation in den nächsten 2 bis 3 Jahren gegenüber

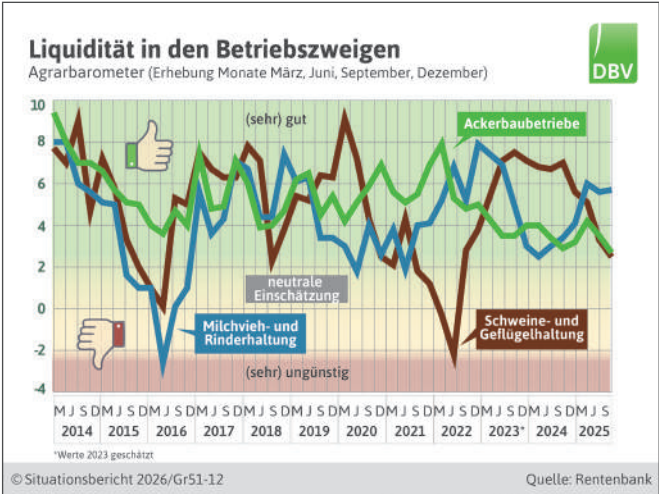


der aktuellen Situation als ungünstiger bewerten, machen hierfür vor allem die Agrarpolitik (44 %), Betriebsmittelpreise (33 %) sowie Verkaufspreise für pflanzliche Erzeugnisse (30 %) und den Bürokratieaufwand (30 %) verantwortlich.

Investitionsbereitschaft sinkt
Laut aktuellem Agrarbarometer haben zwar in den vergangenen 12 Monaten noch 75 Prozent der Befragten investiert (vorher 77 Prozent). Die Investitionsbereitschaft für das kommende Jahr ist indes spürbar gesunken - 40 Prozent der befragten Landwirtinnen und Landwirte planen erst einmal keine Investitionen (35 Prozent im Vorjahr).



Landwirte bei Banken gern gesehene Kunden
Anders als in der übrigen Wirtschaft, wo jedes dritte mittelständische Unternehmen (33,9 Prozent) die aktuellen Kreditgespräche mit Banken als restriktiv bewertet (KfW-ifo-Kredithürde, Q3 2025), sind Banken weiterhin sehr offen für die Vergabe von Krediten an Landwirte. Und so berichten lediglich 13 Prozent der Landwirte, die zuletzt ein Kreditgespräch geführt haben, von einem restriktiven Kreditgespräch. 47 Prozent haben das Gespräch dagegen als entgegenkommend wahrgenommen.



5.2 Buchführungsergebnisse

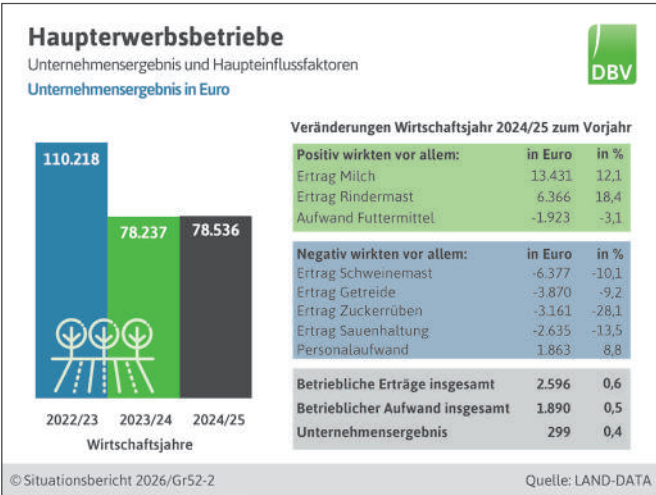
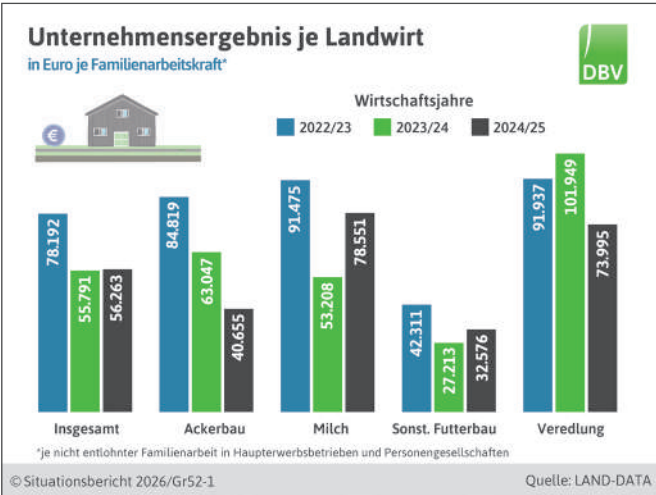
Haupterwerbsbetriebe

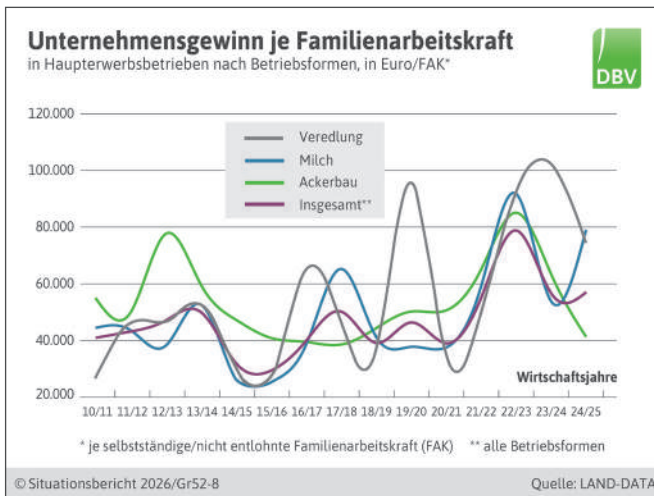
Wirtschaftsanalyse auf der Basis von 6.700 Buchführungsabschlüssen

Der Analyse zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft liegen 6.721 Jahresabschlüsse von landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben zu Grunde, und zwar für das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2024/25 (1. Juli 2024 bis 30. Juni 2025) und die beiden vorangegangenen Wirtschaftsjahre (identische Betriebe). Es handelt sich dabei um Buchführungsabschlüsse der LAND-DATA, des landwirtschaftlichen Buchführungsverbandes Kiel und anderer regionaler Buchstellen. Die Ergebnisse sind auf Basis der Verteilung der Betriebe nach der Landwirtschaftszählung 2020 repräsentativ hochgerechnet. Bei den Ergebnissen zu den Agrargenossenschaften konnte auf die Unterstützung des Fachprüfungsverbandes (FPV) sowie des Genossenschaftsverbandes zurückgegriffen werden.

Stagnierende Unternehmensgewinne

Nach dem Allzeithoch im Wirtschaftsjahr 2022/23 sind die Wirtschaftsergebnisse der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 2023/24 erwartungsgemäß eingebrochen. Im jüngsten Wirtschaftsjahr 2025/26 gab es bei den Unternehmensergebnissen im Durchschnitt der





Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Kennzahlen im Überblick					
Kennzahlen	Einheit	Wirtschaftsjahr			% -Veränd. 2024/25 zu Vorjahr
		2022/23	2023/24	2024/25	
Standard-Output	Euro	294.735	292.799	288.877	-1,3
Landw. genutzte Fläche	ha LF	94,5	95,0	95,2	0,2
Viehbestand	GV	71,9	71,1	69,1	-2,8
Viehbesatz	GV/100 ha LF	76,1	74,8	72,5	-3,0
Arbeitskräfte	AK	1,92	1,93	1,95	0,5
Arbeitskräftebesatz	AK/100 ha LF	2,03	2,04	2,04	0,4
Pflanzliche Erträge	Euro	134.995	119.934	109.298	-8,9
Tierische Erträge	Euro	272.666	250.072	261.983	4,8
Betriebliche Erträge	Euro	481.274	440.494	443.090	0,6
Betriebliche Aufwendungen	Euro	365.838	356.706	358.596	0,5
Unternehmensergeb. (UE)	Euro	110.218	78.237	78.536	0,4
UE je nFAK¹⁾	Euro	78.192	55.791	56.263	0,9
UE plus Personalaufw./AK	Euro	67.764	51.377	52.211	1,6
Bruttoinvestitionen	Euro	77.871	79.163	74.207	-6,3
- dar. Maschinen	Euro	42.851	43.780	41.803	-4,5
Investitionsquote ²⁾	Prozent	22,1	21,7	20,0	.
Nettoinvestitionen	Euro	21.872	20.606	14.973	-27,3
Eigenkapital	Euro	870.726	882.317	893.445	1,3
Eigenkapitalveränderung	Euro	39.119	11.591	11.128	.
Fremdkapital	Euro	233.817	238.109	239.663	0,7
Fremdkapitalveränderung	Euro	-3.640	4.292	1.554	.
Eigenkapitalrentabilität ³⁾	Prozent	6,3	2,4	2,1	.
Relative Faktorentlohnung ⁴⁾	Prozent	114,4	86,2	83,3	.
1) Nicht entlohnte Familienarbeitskräfte					
2) Verhältnis von Investitionen zu Gesamtausgaben					
3) Verhältnis von „Unternehmensergebnis minus Lohnansatz“ zu Eigenkapital					
4) Verhältnis von Betriebseinkommen zu den gesamten Faktorkosten					
© Situationsbericht 2026/T52-1				Quelle: LAND-DATA	

Haupterwerbsbetriebe gegenüber dem Vorjahr eine Seitwärtsbewegung auf 78.500 Euro (+ 0,4 %), die unter dem Niveau der allgemeinen Preissteigerung liegt. Von diesem Geld zur Entlohnung der (nicht entlohnenden) Familienarbeitskräfte und des eingesetzten Eigenkapitals ist ein guter Teil für die Finanzierung von Existenz sichernden Neuinvestitionen zu tragen. Gegenüber dem Vorjahresstand sind die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Wirtschaftsjahr 2024/25 um gut 1 Prozent gestiegen. Rückläufig waren die Preise für pflanzliche Erzeugnisse (- 7,8 %) und hier besonders die Kartoffel. Die Preise für tierische Erzeugnisse zeigten sich um 7,3 Prozent fester, besonders gilt dies für Rinder (+23,8 %) und Milch (+19,4 %). Dagegen verzeichneten auch Mastschweine (-11,9 %) und Ferkel (-18,7 %) einen Preisrückgang. Die landwirtschaftlichen Betriebsmittelpreise haben im Durchschnitt das Vorjahresniveau gehalten. Im Preis gestiegen sind unter anderem Mischfuttermittel für Kälber (+5,4 %), Instandhaltungen von Bauten (+ 3,8 %), Zugmaschinen (+ 3,7 %) und Pflanzenschutzmittel (+1,8 %). Im Preis nachgelassen haben Futtermittel (- 2 %) und Düngemittel (-3,2 %) sowie Heizstoffe (-3,8 %) und Strom (-4,5 %). Während Milch- und sonstige Futterbaubetriebe unter dieser Preis-/Kosten-Entwicklung ein Plus einfahren konnten, musste dem Grunde nach alle anderen Betriebsformen mehr oder minder starke Gewinneinbußen hinnehmen.

Unsicherheiten über verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen führten zu einer anhaltend schwachen Investitionstätigkeit bei Ställen und Wirtschaftsgebäuden.

Ausblick auf das Wirtschaftsjahr 2025/26

Das laufende Wirtschaftsjahr 2025/26 ist im pflanzlichen Bereich von regional sehr unterschiedlichen im Durchschnitt aber stabilen oder besseren Ernteerträgen geprägt. Geringere Erträge je Hektar gibt es bei Zuckerrüben, Kartoffeln, Sommerweizen sowie der Ackerbohne. Die Erntemengen erreichen jedoch einen Markt, der preislich stark unter Druck steht, besonders im Bereich Getreide, Kartoffeln, Weinbau sowie Futter- und Energiepflanzen. Daher ist trotz guter Ernten mit eher starken als mäßigen Rückgängen der Erlöse aus pflanzlichen Erzeugnissen zu rechnen.

Das gilt auch für Mastschweine und Ferkel, die im Herbst deutlich im Preis nachgelassen haben und für die bis Ostern 2026 keine festeren Preise erwartet werden. Hierbei erhöhen die jüngst bekannt gewordene Fälle der Afrikanischen Schweinepest (ASP) eher den Preisdruck, da dies kurzfristig Auswirkungen auf den Außenhandel haben dürfte. Nach sehr festen Preisen für Milch zeichnet sich seit November ein Rückgang der Erzeugerpreise ab, für Rinder wird zumindest noch für den Winter mit festen Preisen gerechnet. Die Auswirkungen der Blauzungenkrankheit scheinen weitgehend

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Unternehmensergebnis nach Betriebsformen und Bundesländern, Angaben in Euro					
Betriebsformen/ Bundesländer	Wirtschaftsjahr			Veränderung 2024/25 zu Vorjahr	
	2022/23	2023/24	2024/25	in Euro	in Prozent
Alle Betriebe	110.218	78.237	78.536	299	0,4
a) Betriebsformen					
Ackerbau	106.696	79.077	50.794	-28.283	-35,8
Futterbau Milch	136.255	78.870	115.301	36.431	46,2
Futterbau sonstige	56.938	36.321	43.529	7.208	19,9
Veredlung	124.765	136.949	98.469	-38.480	-28,1
Dauerkultur Weinbau	111.631	71.405	59.962	-11.443	-16,0
Verbund	87.451	61.327	46.482	-14.845	-24,2
Ökobetriebe ¹⁾	107.175	92.649	95.985	3.336	3,6
b) Bundesländer					
Schleswig-Holstein	161.120	40.269	95.903	55.634	138,2
Niedersachsen	152.259	114.261	120.315	6.054	5,3
Nordrhein-Westfalen	106.445	76.866	62.005	-14.861	-19,3
Rheinland-Pfalz/Saar	124.087	88.238	76.780	-11.458	-13,0
Hessen	106.348	73.449	69.862	-3.587	-4,9
Baden-Württemberg	72.471	61.718	61.689	-29	-0,1
Bayern	83.446	68.640	69.695	1.055	1,5
Neue Bundesländer	154.673	88.070	69.691	-18.379	-20,9
1) Alle Betriebsformen (nicht hochgerechnet)					
© Situationsbericht 2026/T52-2				Quelle: LAND-DATA	

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Unternehmensergebnisse nach Betriebsgrößen - Wirtschaftsjahr 2024/25								
Betriebs- formen	Kleinere Betriebe ¹⁾		Mittlere Betriebe ²⁾		Größere Betriebe ³⁾		Insgesamt	
	in Euro	%-Änd. zu Vorj.	in Euro	%-Änd. zu Vorj.	in Euro	%-Änd. zu Vorj.	in Euro	%-Änd. zu Vorj.
Alle Betriebe	24.098	-15,9	51.529	-4,0	142.479	4,5	78.536	0,4
Ackerbau	17.190	-39,4	33.650	-37,6	116.479	-34,3	50.794	-35,8
Futterbau Milch	41.035	10,9	71.170	23,3	194.733	62,8	115.301	46,2
sonstiger Futterbau	17.131	-15,6	40.544	11,6	125.306	52,7	43.529	19,9
Veredlung	-	-	29.348	-46,2	116.450	-26,5	98.469	-28,1
Dauerkultur Weinbau	35.603	-20,8	65.774	-4,8	93.132	-28,2	59.962	-16,0
1) Betriebe mit 50.000 bis unter 100.000 Euro Standardoutput 2) Betriebe mit 100.000 bis unter 250.000 Euro Standardoutput 3) Betriebe mit über 250.000 Euro Standardoutput								
© Situationsbericht 2026/T52-4							Quelle: LAND-DATA	

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Unternehmensergebnis je nicht entlohnter Familienarbeitskraft nach Betriebsformen und Bundesländern, Angaben in Euro					
Betriebsformen/ Bundesländer	Wirtschaftsjahr			Veränderung	
	2022/23	2023/24	2024/25	2024/25 zu Vorjahr in Euro in Prozent	
Alle Betriebe	78.192	55.791	56.263	472	0,9
a) Betriebsformen					
Ackerbau	84.819	63.047	40.655	-22.392	-35,5
Futterbau Milch	91.475	53.208	78.551	25.343	47,6
Futterbau sonstige	42.311	27.213	32.576	5.363	19,7
Veredlung	91.937	101.949	73.995	-27.954	-27,4
Dauerkultur Weinbau	57.946	36.786	31.219	-5.567	-15,1
Verbund	63.750	44.996	34.265	-10.731	-23,9
Ökobetriebe ¹⁾	71.409	62.081	64.568	2.487	4,0
b) Bundesländer					
Schleswig-Holstein	122.567	30.566	74.232	43.666	142,9
Niedersachsen	114.942	87.038	90.873	3.835	4,4
Nordrhein-Westfalen	83.613	60.619	49.120	-11.499	-19,0
Rheinland-Pfalz/Saar	68.573	48.789	42.494	-6.295	-12,9
Hessen	77.624	54.042	52.226	-1.816	-3,4
Baden-Württemberg	47.919	41.238	41.610	372	0,9
Bayern	58.042	47.923	48.904	981	2,1
Neue Bundesländer	117.989	67.448	54.049	-13.399	-19,9
1) Alle Betriebsformen (nicht hochgerechnet)					
© Situationsbericht 2026/T52-3			Quelle: LAND-DATA		

Buchführung - Notwendige Faktorentlohnung in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben im Wirtschaftsjahr 2024/25	
• Lohnansatz für 1,40 Familien-Arbeitskräfte einschließlich Betriebsleiterzuschlag	59.788 Euro
• Zinsansatz von 3,5 Prozent* auf das betriebliche Eigenkapital (ohne Boden)	10.782 Euro
• Pachtansatz für 32,2 Hektar Eigentumsflächen	10.681 Euro
Summe aller kalkulatorischen Faktoransätze	81.251 Euro
*Verzinsungssatz orientiert sich am langjährigen Durchschnitt von Aktienrenditen.	
© Situationsbericht 2026/T52-5	
Quelle: LAND-DATA	

bewältigt, seit August sehen wir einen saisonal untypischen Anstieg der Milchmenge. Bei den Betriebsmitteln muss mit Blick auf das aktuelle Preisniveau ein Anstieg der Einkaufspreise für Energie-, Futter- und Düngemittel erwartet werden. Im Bereich der Dienstleistungen und Bauten ist bis auf Weiteres mit deutlichen Verteuerungen in Folge von Lohnabschlüssen, Arbeitskräftemangeln und anspruchsender Bauwirtschaft zu rechnen. Vorbehaltlich möglicher krisenbedingter Marktverwerfungen müssen unter dem Strich Ackerbau- und Veredlungsbetriebe im laufenden Wirtschaftsjahr 2025/26 mit einem deutlichen Rückgang ihrer Unternehmensergebnisse rechnen.

Faktorentlohnung nicht erreicht

Unter der Annahme eines Lohnansatzes, wie er für fremde Arbeitskräfte einschließlich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung gezahlt wird, für durchschnittlich 1,4 Familienarbeitskräfte, eines Zinsansatzes von 3,5 Prozent für das eingesetzte Eigenkapital und eines Pachtansatzes für die Eigentumsflächen hätte das durchschnittliche Unternehmensergebnis bei 81.251 Euro gelegen. Das ausgewiesene Unternehmensergebnis im Wirtschaftsjahr 2024/25 fiel mit 78.536 Euro um 2.715 Euro niedriger aus. Damit hat der durchschnittliche Haupterwerbsbetrieb im zurückliegenden Wirtschaftsjahr seine notwendige Faktorentlohnung nicht erzielen können.

Direktzahlungen: 30 Prozent vom Unternehmensgewinn

Im Wirtschaftsjahr 2024/25 erzielten die Haupterwerbsbetriebe im Schnitt 23.700 Euro Einnahmen aus an die Einhaltung von Umweltbedingungen geknüpften EU-Direktzahlungen. Diese entsprachen damit 30 Prozent des Unternehmensgewinnes im entsprechenden Wirtschaftsjahr. Mit Blick auf vergleichbare Wirtschaftsbereiche außerhalb der Landwirtschaft wie das Fleischer-, Bäcker- oder Konditorhandwerk lassen aktuelle Auswertungen des ifo-Institutes den Schluss zu, dass die durchschnittlich im Wirtschaftsjahr 2024/25 erzielten landwirtschaftlichen Unternehmensergebnisse nicht übermäßig hoch sind, zumal aus diesen Ergebnissen ein nicht unerheblicher Teil für existenzsichernde Neuinvestitionen aufzuwenden ist.

Stabile Erträge – deutlicher Rückgang in der pflanzlichen Produktion

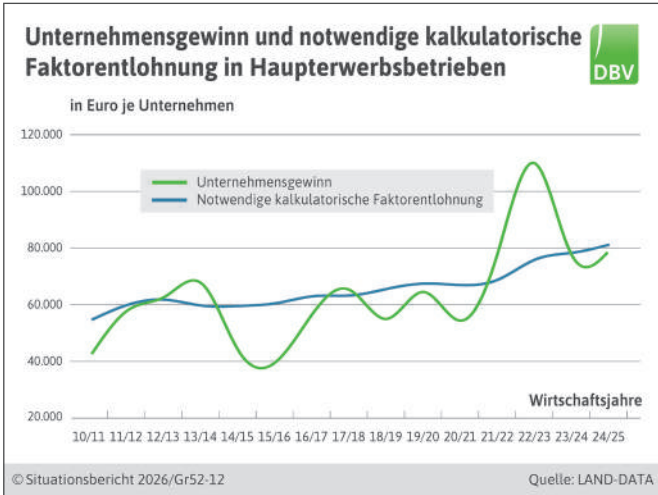
Die betrieblichen Erträge sind im Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2024/25 gegenüber dem Vorjahr stabil (+ 0,6 %). Die sehr starken Erlösrückgänge in der pflanzlichen Produktion (-8,9 Prozent) werden nahezu aufgefangen durch steigende Erlöse in der tierischen Produktion (+ 4,8 %), nur dass die Zahlungsströme auf die jeweiligen Betriebsformen sehr unterschiedlich wirken. Die stärksten Umsatzrückgänge wurde bei Zuckerrüben (-28,1 %) und in der Sauenhaltung (-13,5 %) verzeichnet. Bei Getreide

und in der Schweinemast lag der Ertragsrückgang jeweils bei rund 10 Prozent. Deutliche Erlössteigerungen gab es indes nur in der Rindermast (+ 18,4 %) sowie bei der Milch (+12,1 %). Nachdem 2023 das obligatorische Greening entfallen ist und die für die Landwirte freiwilligen Ökoregelungen zum zweiten Mal in einem Wirtschaftsjahr zahlungswirksam wurden, ist hier eine gewisse Stabilisierung der Zahlungsströme erkennbar. Gegenüber dem

Wirtschaftsjahr 2022/23, dem letzten Wirtschaftsjahr in der vorherigen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), bleibt aber unter dem Strich ein Rückgang der an Auflagen gebundenen Direktzahlungen von 2.200 Euro je Betrieb (- 8,5 %).

Leicht steigende Aufwendungen

Die Aufwendungen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe blieb im Wirtschaftsjahr 2024/25 gegenüber dem Vorjahr stabil.



Buchführung - Landwirtschaftliche Erzeugerpreise Deutschland (ohne MwSt.)					
Erzeugnisse	Einheit	Wirtschaftsjahr			% - Veränd. 2024/25 zu Vorjahr
		2022/23	2023/24	2024/25	
Brotweizen	Euro/100 kg	27,20	19,55	19,66	0,6
Futtergerste	Euro/100 kg	23,77	16,47	17,29	5,0
Raps	Euro/100 kg	52,75	40,97	47,47	15,9
Kartoffeln	Euro/100 kg	27,85	37,50	23,88	-36,3
Rinder (Jungbullen R3)	Euro/kg SG	4,96	4,74	5,87	23,8
Schweine (E)	Euro/kg SG	2,16	2,27	2,00	-11,9
Ferkel (28 kg)	Euro/Stück	68,98	86,07	69,99	-18,7
Milch (4,0 % Fett, 3,4 % Fett)	Euro/100 kg	53,05	43,09	51,44	19,4

© Situationsbericht 2026/T52-6

Quelle: AMI

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Ertragskennzahlen pflanzliche Produktion, tierische Produktion und Zulagen/Zuschüsse					
Kennzahlen	Einheit	Wirtschaftsjahr			% -Veränd. 2024/25 zu Vorjahr
		2022/23	2023/24	2024/25	
Betriebliche Erträge	Euro	481.274	440.494	443.090	0,6
	Euro/ha	5.095	4.636	4653	0,4
	Euro/AK	250.533	227.763	227.810	.
dar. pflanzliche Produktion	Euro	134.995	119.934	109.298	-8,9
	Euro/ha	1.429	1.262	1.148	-9,1
Getreide	Euro	58.065	42.078	38.208	-9,2
Winterweizen	dt/ha	73,3	73,1	69,2	-5,3
Wintergerste	dt/ha	75,5	71,0	65,5	-7,8
Roggen*	dt/ha	63,5	60,5	57,5	-5,0
Öl- und Hülsenfrüchte	Euro	17.359	13.012	12.042	-7,5
Winterraps	dt/ha	40,7	35,9	33,5	-6,5
Zuckerrüben	Euro	8.235	11.243	8.082	-28,1
Zuckerrüben	dt/ha	711,4	772,8	793,5	2,7
Kartoffeln	Euro	10.580	13.058	12.518	-4,1
Futter-/Energiepflanzen	Euro	8.219	8.600	9.142	6,3
dar. tierische Produktion	Euro	272.666	250.072	261.983	4,8
	Euro/GV	3.794	3.519	3.793	7,8
Milch	Euro	136.224	110.964	124.395	12,1
Milchleistung	kg/Kuh	8.315	8.508	8.431	-0,9
Rindermast	Euro	36.133	34.632	40.998	18,4
Schweinemast	Euro	60.907	63.352	56.975	-10,1
Sauenhaltung	Euro	16.361	19.582	16.947	-13,5
Aufgezogene Ferkel	Stück/Sau	28,6	28,9	29,1	0,7
dar. sonstige betriebliche Erträge	Euro	55.453	52.257	53.889	3,1
davon Zulagen und Zuschüsse	Euro	42.162	37.406	37.646	0,6
EU-Betriebsprämie	Euro	17.952	18.192	17.624	-3,1
Greening/Öko-Regelungen ²⁾	Euro	6.373	2.075	3.242	56,2
Umverteilungsprämie	Euro	1.448	2.387	2.359	-1,2
Junglandwirtprämie	Euro	161	522	511	-2,1
Ausgleichszulage	Euro	1.368	1.340	1.701	27,0
Agrarumweltmaßn.	Euro	5.933	6.106	6.020	-1,4
Sonstige ¹⁾	Euro	8.927	6.784	6.189	-8,8
GV = Großvieheinheit *LAND-DATA-Branchenanalyse					
1) u. a. Coronahilfen					
2) bis 2022 pauschale Greeningprämie, ab 2023 freiwillige Ökoregelungen					
© Situationsbericht 2026/T52-7				Quelle: LAND-DATA	

Nachdem der Personalaufwand bereits im Vorjahr um 6,0 Prozent anstieg folgte nun eine weitere deutliche Steigerung um 8,8 %. Ebenfalls höher ausgefallen sind die Aufwendungen für Zinsen (+9,6 %) und Abschreibung (+3,4 %). Die Futtermittel entsprechen im Wirtschaftsjahr rund 17 Prozent der Gesamtaufwendungen, daher viel der Rückgang im Aufwand von 3,1 Prozent spürbar ins Gewicht. Die Veränderungen aller anderen Aufwandspositionen hatten dagegen kaum Auswirkungen auf die Gewinnentwicklung.

Ackerbaubetriebe mit erneut starkem Gewinneinbruch

Haupterwerbsbetriebe mit Produktionsschwerpunkt Ackerbau erlitten im Wirtschaftsjahr 2024/25 bei ihren Unternehmensergebnissen einen erneut starken Gewinnrückgang, in diesem Jahr von durchschnittlich 28.300 Euro. Das sind 36 Prozent weniger als im Vorjahr. Einsparungen bei Energie und Kraftstoffen wurden bei weiten durch deutliche Ertragsrückgänge und steigendem Personalaufwand überkompensiert. Unter dem Strich lag das Unternehmensergebnis der spezialisierten Ackerbaubetriebe im Wirtschaftsjahr 2024/25 bei durchschnittlich 50.794 Euro. Je nicht entlohnter Familienarbeitskraft errechnen sich daraus 40.700 Euro. Der durchschnittliche Jahresarbeitslohn (Medianlohn, Ledige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Kinder (Steuerklasse I), gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) lag demgegenüber im Mittel der Jahre 2024 und 2025 bei 45.900 Euro.

Milchviehbetriebe mit Gewinnsteigerungen

Die wirtschaftliche Entwicklung fiel bei auf Milchviehhaltung spezialisierten Futterbaubetrieben im Wirtschaftsjahr 2024/25 deutlich positiver aus und war stark vom Milchpreis getrieben. Trotz Mehraufwand für Personal und Düngemittel stieg das Unternehmensergebnis auf durchschnittlich 115.301 Euro. Das sind gegenüber dem Vorjahr 36.400 Euro oder 46,2 Prozent weniger. Je nicht entlohnter Familienarbeitskraft errechnet sich daraus ein Ergebnis von 78.600 Euro. Das Ergebnis aus dem Wirtschaftsjahr 2022/23 wurde jedoch deutlich deutlich verfehlt. Ursächlich hierfür dürfte unter anderem eine geringere Milchanliefermenge in Folge der Blauzungenerkrankung auf zahlreichen Betrieben sein.

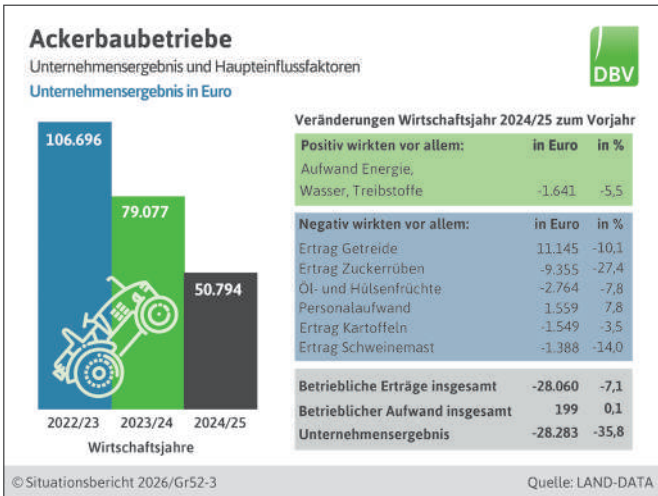
Sonstiger Futterbau erholt sich leicht

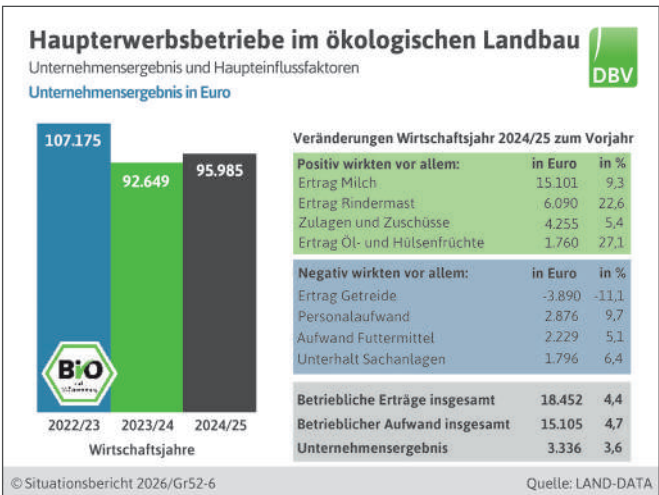
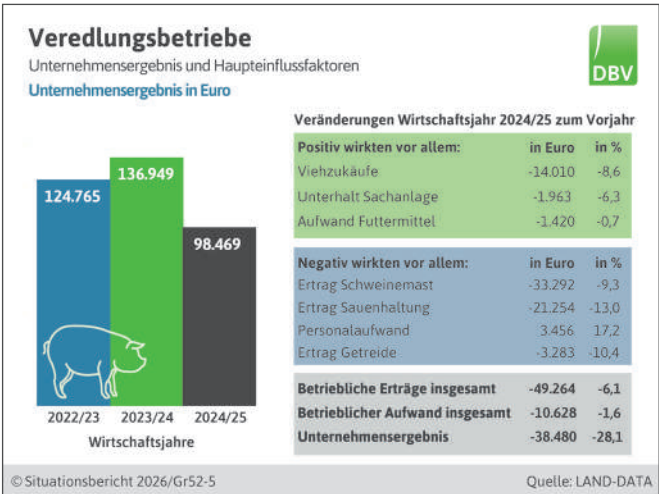
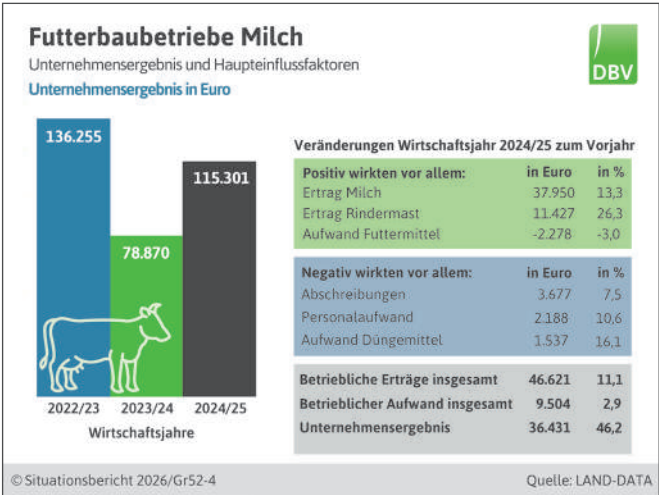
Die stärker auf Rindermast und Mutterkuhhaltung spezialisierten „sonstigen Futterbaubetriebe“ erzielten im Wirtschaftsjahr 2024/25 mit mit 43.500 Euro erneut das mit Abstand niedrigste Unternehmensergebnis unter den Betriebsformen. Gegenüber dem Vorjahr konnten diese sich aber um knapp 20 Prozent steigern. Auch hier wirkten sich die höheren Preise für Rindfleisch und Milch positiv aus, aber deutlich weniger spürbar als bei auf Milchviehhaltung spezialisierten Futterbaubetrieben. Der Gewinn je nicht entlohnter Familien-AK beträgt 32.600 Euro.

Buchführung - Haupterwerbsbetriebe - Aufwandskennzahlen					
Kennzahlen	Einheit	Wirtschaftsjahr			% -Veränd. 2024/25 zu Vorjahr
		2022/23	2023/24	2024/25	
Betriebliche Aufwendungen	Euro	365.838	356.706	358.596	0,5
	Euro/ha	3.873	3.754	3.766	0,3
	Euro/AK	190.441	184.440	184.368	.
Materialaufwand	Euro	223.256	211.787	208.927	-1,4
Saat-/Pflanzgut	Euro	10.396	11.449	11.144	-2,7
Düngemittel	Euro	23.498	15.644	16.367	4,6
Pflanzenschutz	Euro	11.664	11.949	11.648	-2,5
Futtermittel	Euro	72.415	62.642	60.719	-3,1
Viehzukäufe	Euro	32.311	35.709	35.100	-1,7
Energie, Treibstoffe, Wasser	Euro	29.768	29.387	28.557	-2,8
Personalaufwand	Euro	19.957	21.146	23.009	8,8
Abschreibungen	Euro	44.323	45.006	46.520	3,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	Euro	77.916	78.371	79.724	1,7
Unterhalt Sachanlagen	Euro	26.149	26.508	27.242	2,8
Pachten (Flächen)	Euro	22.461	22.903	23.149	1,1
	Euro/ha	358	365	367	0,5
Zinsaufwand	Euro	4.260	4.979	5.456	9,6

© Situationsbericht 2026/TS2-9

Quelle: LAND-DATA





Wirtschaftliche Erholung der Veredlungsbetriebe stockt

Nachdem die Schweineerzeuger nach einer knapp einer Dekade währenden Durststrecke im Wirtschaftsjahr 2023/24 eine weitere deutliche Erholung der Wirtschaftsergebnisse verzeichnen konnten, gingen diese im Wirtschaftsjahr 2024/25 wieder deutlich zurück. Grund dafür waren in erster Linie sinkende Erzeugerpreise für Ferkel und Mastschweine, aber auch ein gestiegener Personalaufwand. Positiv fiel der sinkende Aufwand für Viehzukäufe ins Gewicht, bei Mästern für Ferkel und bei Sauenhalter für Jungsauen. Leichte Entlastung brachten die stabilen bis leicht sinkenden Futtermittelkosten aufwendungen. Unterm Strich ging das Unternehmensergebnis im Wirtschaftsjahr 2024/25 um 38.500 Euro oder 28,1 Prozent auf 98.500 Euro zurück. Je nicht entlohnter Familien-Arbeitskraft ein Unternehmensgewinn von 74.000 Euro. Die Geflügelhalter insgesamt mussten nur einen leichten Rückgang im Unternehmensergebnis verbuchen, die Geflügelmäster konnten Ihr Unternehmensergebnis leicht steigern.

Weinbaubetriebe mit erneutem Minus, Obstbaubetriebe mit hohem Plus

Nach einem starken Rückgang im Unternehmensergebnis im Wirtschaftsjahr 2023/24 müssen die auf Weinbau ausgerichteten Dauerkulturbetriebe im Wirtschaftsjahr 2024/25 einen preis- und ertragsbedingten Rückgang

des Unternehmensergebnisses verkraften, das um durchschnittlich 11.400 Euro oder 16 Prozent hinter dem Vorjahresstand zurückfällt. Bei großen regionalen Unterschieden liegt das durchschnittliche Unternehmensergebnis dieser Betriebsgruppe im Wirtschaftsjahr 2024/25 bei 60.000 Euro. Das sind je nicht entlohnter Familienarbeitskraft 31.200 Euro. Die auf Obstanbau ausgerichteten Dauerkulturbetriebe dagegen konnten ihre Wirtschaftsergebnisse im Wirtschaftsjahr 2024/25 deutlich verbessern. Grund dafür waren bei besserer Ernte höhere Erzeugerpreise. Mit 94.600 Euro je Unternehmen (nicht hochgerechnet) erreichten sie ein um 41 Prozent verbessertes Ergebnis. Das Unternehmensergebnis je nicht entlohnter Familienarbeitskraft siedelt sich mit 63.000 Euro im Mittelfeld der Ergebnisse je Betriebsform ein.

Bio-Betriebe mit leichtem Plus
Unter den Haupterwerbsbetrieben konnten auch 400 Betriebe des ökologischen Landbaus ausgewertet werden. Davon sind 62 Prozent spezialisierte Milchviehbetriebe. Positiv wirkten sich somit die Preise für Milch und in der Rindermast aus, aber auch steigende Zulagen und Zuschüsse sowie die Erträge aus Öl- und Hülsenfrüchten. zentrale negative Faktoren waren die Erträge durch den Getreideanbau sowie der Personalaufwand. Das durchschnittliche Unternehmensergebnis der ausgewerteten Bio-Betriebe hat sich im Wirtschaftsjahr 2024/25 um 3.300 Euro oder 3,6

Haupterwerbsbetriebe – Nachhaltige Nettoinvestitionen je Unternehmen - Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 2022/23 bis 2024/25					
Kennzahlen	Schichtung nach Nettoinvestitionen in Euro				
	unter -15.000 Euro	-15.000 bis - 5.000 Euro	-5.000 bis 5.000 Euro	5.000 bis 20.000 Euro	über 20.000 Euro
Anteil der Betriebe in Prozent	20,5	15,7	19,2	14,6	29,9
Standard-Output	290.365	200.822	192.341	262.229	420.027
Hektar LF	96,2	64,4	67,7	83,7	132,9
Viehbestand (GVE)	65,8	55,8	49,1	64,7	98,6
Unternehmensergebnis	77.732	60.770	56.307	79.173	137.349
Eigenkapitalveränderung	-4.590	1.523	6.141	17.817	58.597
Fremdkapitalveränderung	-25.582	-9.951	-5.220	-6.008	31.535
Eigenkapital	885.241	621.091	725.631	792.020	1.190.488
Fremdkapital	281.302	117.944	112.829	175.967	384.923
Bruttoinvestitionen	36.856	25.071	29.906	57.165	172.042
Nettoinvestitionen	-34.480	-9.635	-517	11.849	87.278
© Situationsbericht 2026/ T52-13				Quelle: LAND-DATA	

Haupterwerbsbetriebe - Nachhaltiger Gewinn je Unternehmen - Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 2022/23 bis 2024/25					
Kennzahlen	Schichtung nach Unternehmensgewinn in Euro				
	bis 10.000 Euro	10.000 bis 30.000 Euro	30.000 bis 50.000 Euro	50.000 bis 70.000 Euro	über 70.000 Euro
Anteil der Betriebe in Prozent	11,3	15,2	14,1	14,2	45,2
Standard-Output	175.428	138.645	164.200	199.391	441.744
Hektar LF	72,4	65,0	66,6	77,5	124,8
Viehbestand (GVE)	39,0	36,8	40,3	50,9	105,6
Unternehmensergebnis	-9.247	21.119	40.184	59.320	160.757
Eigenkapitalveränderung	-6.891	3.221	3.974	12.700	40.965
Fremdkapitalveränderung	8.429	104	224	-1.100	-228
Eigenkapital	731.363	503.796	654.973	843.648	1.148.511
Fremdkapital	240.348	135.474	127.642	153.648	334.670
Bruttoinvestitionen	50.443	35.097	41.553	53.657	116.243
Nettoinvestitionen	3.060	3.437	6.960	11.120	34.752
© Situationsbericht 2026/ T52-11				Quelle: LAND-DATA	

Haupterwerbsbetriebe - Nachhaltige Eigenkapitalveränderung je Unternehmen Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 2022/23 bis 2024/25					
Kennzahlen	Schichtung nach Eigenkapitalveränderung in Euro				
	unter -15.000 Euro	-15.000 bis -5.000 Euro	-5.000 bis 5.000 Euro	5.000 bis 20.000 Euro	über 20.000 Euro
Anteil der Betriebe in Prozent	16,9	10,3	16,4	18,9	37,6
Standard-Output	248.057	185.290	197.753	215.410	420.764
Hektar LF	88,6	66,6	74,5	74,8	124,4
Viehbestand (GVE)	54,9	47,0	45,5	60,0	100,5
Unternehmensergebnis	61.003	50.816	49.069	67.169	140.353
Eigenkapitalveränderung	-42.261	-9.672	422	12.066	70.215
Fremdkapitalveränderung	14.525	7.682	-1682	-1.524	-5.172
Eigenkapital	997.035	642.071	561.260	712.241	1.143.987
Fremdkapital	220.588	132.555	157.082	144.017	359.328
Bruttoinvestitionen	54.115	34.521	33.824	48.523	132.201
Nettoinvestitionen	-7.419	-1.703	-502	7.721	51.080
© Situationsbericht 2026/T52-12			Quelle: LAND-DATA		

Prozent auf 96.000 Euro (nicht hochgerechnet) verbessert. Je nicht entlohnter Familien-Arbeitskraft sind das 64.600 Euro. Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen einschließlich Prämien für den ökologischen Landbau machten in diesen Betrieben im Wirtschaftsjahr 2024/25 durchschnittlich 24.200 Euro aus. Im Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe betrugen die Zahlungen für derartige Maßnahmen 4.900 Euro.

Deutlich höherer Zinsaufwand

Der durchschnittliche Fremdkapitalbestand je Haupterwerbsbetrieb betrug im Wirtschaftsjahr 2024/25 239.700 Euro. Das ist gegenüber dem Stand des Vorjahres kaum mehr. Je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche beträgt der Fremdkapitaleinsatz rund 2.500 Euro. Vom gesamten betrieblichen Fremdkapital entfallen durchschnittlich 58.000 Euro (24 Prozent) auf kurzfristige Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von unter einem Jahr. Die Zinsaufwendungen stiegen im Wirtschaftsjahr 2024/25 infolge höherer Zinsen um 9,6 Prozent auf 5.500 Euro je Unternehmen.

Geringere Eigenkapitalbildung

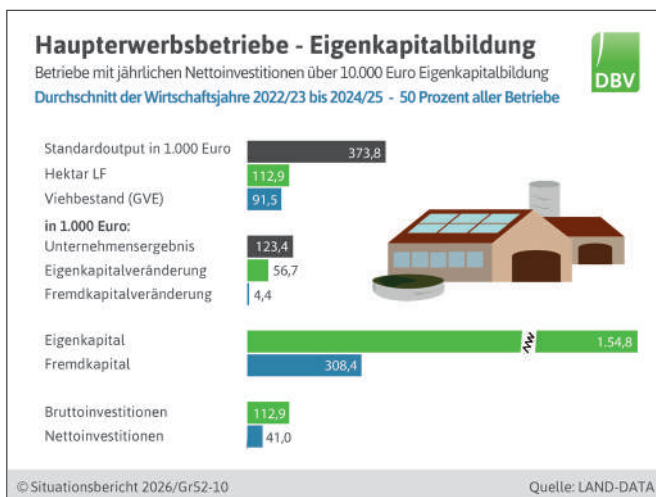
Die stagnierende wirtschaftliche Situation führte im Wirtschaftsjahr 2024/25 zu einer geringeren Eigenkapitalbildung von durchschnittlich 11.100 Euro. Sie wäre etwas höher ausgefallen, wenn nicht die Entnahmen ins Privatvermögen stärker gestiegen wären (+ 5.600 €) als die Einlagen aus dem Privatvermögen

Haupterwerbsbetriebe - Nachhaltige Fremdkapitalveränderung je Unternehmen - Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 2022/23 bis 2024/25					
Kennzahlen	Schichtung nach Fremdkapitalveränderung in Euro				
	unter -10.000 Euro	-10.000 bis 0 Euro	0 bis 10.000 Euro	10.000 bis 30.000 Euro	über 30.000 Euro
Anteil der Betriebe in Prozent	32,6	28,4	18,4	8,8	11,8
Standard-Output	378.567	175.338	208.556	317.191	446.748
Hektar LF	112,3	65,3	72,4	101,8	148,3
Viehbestand (GVE)	88,3	45,6	58,2	85,2	91,1
Unternehmensergebnis	113.265	61.243	71.658	96.670	110.192
Eigenkapitalveränderung	38.282	6.015	10.193	17.617	25.449
Fremdkapitalveränderung	-39.231	-3.665	2.914	18.002	105.688
Eigenkapital	1.051.352	671.106	736.438	935.162	1.184.050
Fremdkapital	328.868	77.428	102.421	271.475	568.171
Bruttoinvestitionen	75.457	35.152	49.051	92.224	215.267
Nettoinvestitionen	-352	1.388	11.286	30.004	120.179
© Situationsbericht 2026/T52-14			Quelle: LAND-DATA		

(+ 4.600 €). Zur Sicherung der Existenz eines Haupterwerbsbetriebes wird jährlich eine Eigenkapitalbildung von pauschal mindestens 15.000 bis 25.000 Euro für erforderlich gehalten, Tendenz steigend.

Anhaltend schwache Investitionstätigkeit

Die Bruttoinvestitionen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe sind im Wirtschaftsjahr 2024/25 im Durchschnitt der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe um gut 6 Prozent auf 74.200 Euro, die Nettoinvestitionen um sogar um 37 Prozent auf 15.000 Euro zurückgegangen. Erstmals seit Jahren sind auch die Investitionen in Maschinen gegenüber dem Vorjahr stärker rückläufig (- 4,5 %), die Investitionen in Ställe und Wirtschaftsgebäude sind um 8 Prozent rückläufig. Ergebnisse der Statistik über Baugenehmigungen landwirtschaftlicher Betriebsgebäude bestätigen diesen stark rückläufigen Trend, siehe Kapitel 3.1. Die Investitionszurückhaltung zeigt sich auch in dem weiteren deutlichen Rückgang der durchschnittlich gehaltenen Tierbestände. Der Grund für diese Entwicklung liegt in der Verunsicherung über verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen vor allem bei der Errichtung von neuen Ställen.



Nachhaltige Wirtschaftlichkeit ein wichtiges Kriterium

Wegen der relativ starken Schwankungen der Gewinne in der Landwirtschaft muss die wirtschaftliche Lage in den Betrieben zusätzlich auch anhand mehrjähriger Durchschnitte beurteilt werden. Im Durchschnitt der drei Wirtschaftsjahre 2022/23 bis 2024/25 erzielten die Haupterwerbsbetriebe ein durchschnittliches Unternehmensergebnis von 89.000 Euro. In 60 Prozent der Betriebe lag das Unternehmensergebnis im Schnitt der drei Wirtschaftsjahre bei mehr als 50.000 Euro. Das durchschnittliche Unternehmensergebnis dieser Gruppe betrug 136.500 Euro. Auch Brutto- und Nettoinvestitionen lagen mit 101.300 Euro bzw. 29.100 Euro erheblich über dem Durchschnitt aller Haupterwerbsbetriebe. Ganz anders stellen sich die Verhältnisse in den Betrieben mit unter 30.000 Euro nachhaltigem Unternehmensgewinn dar. In diesen 27 Prozent aller Betriebe

fanden im Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre mit rund 3.300 Euro wenig Nettoinvestitionen statt. Gleichzeitig war die Eigenkapitalbildung negativ (- 1.100 Euro).

42 Prozent der Betriebe mit einer Eigenkapitalbildung über 20.000 Euro

Die nachhaltige Eigenkapitalbildung der drei Wirtschaftsjahre 2022/23 bis 2024/25 betrug im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe 20.600 Euro. Als pauschale Messgröße zur Sicherung der Existenz eines Haupterwerbsbetriebes gilt eine jährliche Eigenkapitalbildung von mindestens 15.000 bis 25.000 Euro. Von der Gesamtheit der Haupterwerbsbetriebe erwirtschafteten im Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre 37,6 Prozent eine Eigenkapitalbildung von mindestens 20.000 Euro. Die durchschnittliche Eigenkapitalbildung dieser Betriebe betrug 70.200 Euro. Die Bruttoinvestitionen dieser Betriebe lagen bei jährlich 132.200

Buchführung - Nebenerwerbsbetriebe - Kennzahlen im Überblick					
Kennzahlen	Einheit	Wirtschaftsjahr			% -Veränd. 2024/25 zu Vorjahr
		2022/23	2023/24	2024/25	
Standard-Output	Euro	46.830	41.170	37.839	-8,1
Landw. genutzte Fläche	ha LF	33,8	32,3	31,4	-2,6
Viehbestand	GV	7,3	5,6	4,5	-19,4
Viehbesatz	GV/100 ha	21,6	17,2	14,2	-17,3
Arbeitskräfte	AK	1,0	1,0	1,0	-2,2
Arbeitskräftebesatz	AK/100 ha	3,0	3,2	3,2	0,4
Betriebliche Erträge	Euro	105.711	88.845	82.473	-7,2
Betriebliche Aufwendungen	Euro	81.384	75.839	73.684	-2,8
Unternehmensergebnis (UE)	Euro	23.002	11.667	7.627	-34,6
UE je nFAK ¹⁾	Euro	24.678	12.614	8.355	-33,8
Bruttoinvestitionen	Euro	19.553	16.245	15.853	-2,4
Nettoinvestitionen	Euro	929	-2.567	-2.130	17,0
Eigenkapital	Euro	439.938	434.283	432.297	-0,5
Eigenkapitalveränderung	Euro	4.877	-5.655	-1.986	.
Fremdkapital	Euro	44.481	43.088	43.258	0,4
Fremdkapitalveränderung	Euro	-2.034	-1.393	170	.
Eigenkapitalrentabilität	Prozent	-5,1	-8,4	-9,8	.

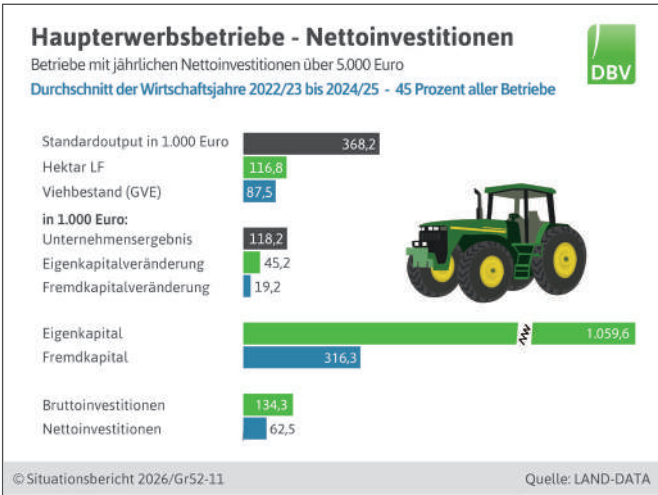
1) nFAK = nicht entlohnte Familien-Arbeitskraft

© Situationsbericht 2026/T52-15 Quelle: LAND-DATA

Euro, die Nettoinvestitionen bei entsprechend 51.100 Euro. In den 27 Prozent der Haupterwerbsbetriebe mit nachhaltigen Eigenkapitalverlusten von jährlich mehr als 5.000 Euro wurde dagegen besonders viel zusätzliches Fremdkapital aufgenommen und nicht über die Abschreibungen hinaus investiert.

Viele Betriebe auf dem Rückzug aus der Landwirtschaft

Etwa 44 Prozent der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe investierten in den zurückliegenden drei Wirtschaftsjahren netto mehr als 20.000 Euro im Jahr, im Durchschnitt jährlich 62.300 Euro. Ihr Unternehmensergebnis war mit jährlich 118.300 Euro ebenso überdurchschnittlich wie die Eigenkapitalbildung mit 45.200 Euro und die Fremdkapitalzunahme mit 40.100 Euro. Anders bei den Betrieben, in denen Vermögen abgebaut wurde. Etwa 36 Prozent der Betriebe hatten in den letzten drei Wirtschaftsjahren negative Nettoinvestitionen von jährlich mehr als 5.000 Euro. Neben einem relativ schwachen Unternehmensergebnis ist kaum Eigenkapitalbildung sowie ein deutlicher Abbau des Fremdkapitals kennzeichnend für die Situation dieser Betriebe.



Fremdkapital ist in vielen Betrieben ein wichtiges Finanzierungsinstrument

Etwa 21 Prozent der Betriebe nahmen im Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre jährlich mehr als 10.000 Euro Fremdkapital auf, im Durchschnitt

dieser Betriebe waren es 68.300 Euro pro Jahr. Kennzeichen dieser Betriebe ist vor allem eine hohe Investitionstätigkeit.

Nebenerwerbsbetriebe

Starkes Minus bei den Nebenerwerbsbetrieben

Das durchschnittliche Unternehmensergebnis der ausgewerteten Nebenerwerbsbetriebe lag im Wirtschaftsjahr 2024/25 bei 7.600 Euro. Dies sind rund 4.000 Euro oder 35 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Ergebnisse beruhen auf rund 680 ausgewerteten Nebenerwerbsbetrieben. Zwei drittel davon sind auf Ackerbau ausgerichtet. Schweinehaltung spielt in den ausgewerteten Nebenerwerbsbetrieben nahezu keine Rolle. Die durchschnittliche Größe der ausgewerteten Nebenerwerbsbetriebe beträgt 31 Hektar LF. Gegenüber dem Vorjahr sind die Viehbestände stark abgebaut worden (- 19 %). Der Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche verminderte sich leicht (- 3 %). Auch die Entwicklung bei einer Reihe von Ertrags- und Aufwandspositionen deutet darauf hin, dass sich die ausgewerteten Nebenerwerbsbetriebe einerseits stärker auf die Bodenbewirtschaftung, andererseits immer mehr auf außerlandwirtschaftliche Erwerbs- und Einkommensquellen konzentrieren.

Buchführung - Agrargenossenschaften - Kennzahlen im Überblick					
Kennzahlen	Einheit	Kalenderjahr // Wirtschaftsjahr			% -Veränd. 2024 // 2024/25 zu Vorj.
		2022 // 2022/23	2023 // 2023/24	2024// 2024/25	
Landw. gen. Fläche	ha LF	1.726	1.659	1.670	0,7
Ackerfläche	ha	1.460	1.389	1.402	0,9
Pachtfläche	ha	1.129	1.042	1.038	-0,3
Mitglieder	Anzahl	37	45	44	-2,1
Arbeitskräfte	AK	27,6	27,8	27,4	-1,2
	AK/100 ha LF	1,6	1,6	1,6	0,9
Umsatzerlöse	1.000 Euro	4.536	4.182	4.314	3,2
Pflanzenproduktion	1.000 Euro	1.847	1.622	1.470	-9,4
Tierproduktion	1.000 Euro	2.376	2.141	2.431	13,6
Sonstige Umsätze	1.000 Euro	312	419	413	-1,4
Materialaufwand	1.000 Euro	2.275	2.286	2.377	4,0
Personalaufwand	1.000 Euro	996	1.053	1.112	5,6
sonst. betr. Aufwand	1.000 Euro	901	878	897	2,2
Jahresüberschuss	1.000 Euro	572	137	87	-36,4
Jahresüberschuss + Personalaufwand	1.000 EUR/AK	57,4	43,9	44,5	1,2
Eigenkapital	1.000 Euro	7.134	6.683	6.411	-4,1
Eigenkapitalveränderung	1.000 Euro	.	-451	-272	.
Fremdkapital	1.000 Euro	4.072	4.011	3.937	-1,9
Fremdkapitalveränderung	1.000 Euro	.	-61	-74	.
Eigenkapitalrentabilität	Prozent	7,9	1,3	1,3	.
© Situationsbericht 2026/T52-16 Quellen: Genossenschaftsverband, Fachprüfungsverband					

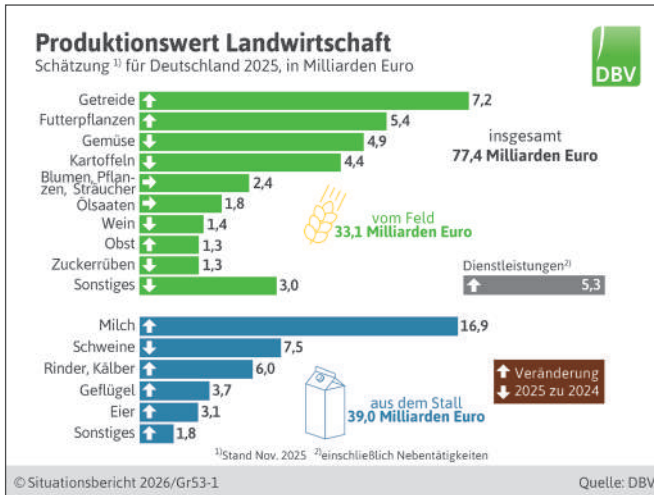
Agrargenossenschaften

Jahresüberschuss bei den Agrargenossenschaften stark zurückgegangen

Den ausgewerteten knapp 300 Agrargenossenschaften aus Ostdeutschland liegen Buchführungsabschlüsse zugrunde, die überwiegend nach Kalenderjahren und zum kleineren Teil nach Wirtschaftsjahren abgeschlossen haben. Für den Durchschnitt der Agrargenossenschaften brachte das

aktuelle Buchführungsjahr 2023 bzw. 2023/24 einen Jahresüberschuss von 87.000 Euro. Im Vorjahr betrug der Jahresüberschuss noch 137.000 Euro. Gemessen an der Kennzahl „Unternehmensergebnis plus Personalaufwand“, die einen Vergleich zwischen den Betrieben verschiedener Rechtsformen ermöglicht, wurden je Arbeitskraft 44.500 Euro erzielt. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 1,2 Prozent.

5.3 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung



Unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Erzeugungsbereichen

Der Rückgang des Produktionswertes bei den pflanzlichen Erzeugnissen in 2025 (- 3 %) ist vor allem auf Preisrückgänge bei vielen pflanzlichen Produkten und zum Teil auch auf geringere Ernten zurückzuführen. Der deutliche Anstieg des Produktionswertes bei den tierischen Erzeugnissen (+ 8 %) ist vor allem den preisbedingten Wertzuwächsen bei Rindfleisch, Milch und Rindern geschuldet, die die Einbußen bei Schweinen mehr als wettmachen können.

Rückgang der Kosten

Nach dem starken Preisanstieg im Jahr 2022 für Futtermittel, Energie und Düngemittel sinken die Kosten für Vorleistungen seitdem langsam. Mehrbelastungen aufgrund deutlich höherer Preise gibt es dagegen weiterhin bei der Unterhaltung und Anschaffung von Maschinen und Gebäuden sowie bei den Dienstleistungen. Die Abschreibungen befinden sich in einer Seitwärtsbewegung. Die Ausgleichszahlungen fallen auf den niedrigsten Wert seit über 10 Jahren, verantwortlich hierfür ist unter anderem die Kürzung bei der Agrardieselmrückstattung sowie die Konsolidierung bei der Förderung auf Grund der angespannten Haushaltslage.

Produktionswert 2025 steigt auf 77 Milliarden Euro

Der Produktionswert der deutschen Landwirtschaft wird in der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) für 2025 auf gut 77 Milliarden Euro geschätzt. Das sind gegenüber dem Vorjahr knapp 2 Milliarden Euro oder 2,5 Prozent mehr. Dieser Anstieg wird dabei getragen von den tierischen Erzeugnissen, der Produktionswert pflanzlicher Erzeugnisse geht zurück.

Vorleistungen sinken auf 44 Milliarden Euro

Die Vorleistungen unterschreiten mit geschätzten knapp 44 Milliarden Euro das Vorjahresniveau knapp. Bei den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln stehen den weiter rückläufigen Preisen bei Energie, Dünge- und Futtermitteln relativ hohe Preissteigerungen gegenüber. Die Landwirtschaftliche Gesamtrechnung betrachtet das Kalenderjahr und ist mit den Buchführungsergebnissen, die sich jeweils auf das Wirtschaftsjahr (01.07. bis 30.06.) beziehen, nur bedingt vergleichbar.

2025 mit insgesamt positivem Ergebnis

Die landwirtschaftliche Nettowertschöpfung – vergleichbar mit dem Betriebseinkommen – steigt im Kalenderjahr 2025 nach der vorliegenden Schätzung gegenüber dem Vorjahr deutlich um gut 9 Prozent auf gut 26 Milliarden Euro an. Im Zeitvergleich ist dies ein relativ hoher Wert. Je Arbeitskraft–Einheit (AK) errechnet sich daraus eine Nettowertschöpfung von gut 58.700 Euro. Im Vorjahr waren es noch 53.300 Euro. Da hier die Wertschöpfung in Relation zu den Arbeitskräften, gerechnet in Vollzeitäquivalent, gesetzt wird, führt eine in Summe stabile Nettowertschöpfung bei einem sinkenden Arbeitskräfteeinsatz zu einem Anstieg dieses Indikators. Siehe hierzu auch die Entwicklung der Erwerbstätigen sowie der Produktivität in Kapitel 1.1.

Prognose für 2026 sieht deutliches Minus

Unter der Annahme durchschnittlicher Ernten und keiner neuen oder verschärften Krisen dürften die sich im November 2025 abzeichnenden Entwicklungen auf den internationalen und nationalen Märkten im Jahr 2026 zu einer insgesamt deutlich verschlechterten Ertragslage der deutschen Landwirtschaft führen. Es ist noch unklar, ob und, falls ja, wie sich ein mögliches MERCOSUR-Abkommen sowie die US-Zölle auf den Produktionswert auswirken würden. Bei den Vorleistungen zeichnen sich nennenswerte Mehrbelastungen ab,

die auch durch neue gesetzliche Regelungen getrieben werden. So ist mit einem Anstieg beim CO2-Preis zu rechnen. Ergänzend ist bei Düngemitteln mit einem leichten Preisaufschlag durch den CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM, Carbon Border Adjustment Mechanism) zu rechnen. Die Position der Ausgleichszahlungen dürfte auch in 2026 rückläufig sein. Beim vorerst auslaufenden Programm zum Umbau der Tierhaltung werden nur noch begrenzte Auszahlungen im zweistelligen Millionenbereich erwartet, hinzu kommt die weitere Kürzung der Agrardieselrückvergütung im Erstattungsjahr 2026. Die Nettowertschöpfung, die der Entlohnung von Arbeit, Boden und Kapital dient, dürfte 2026 nach der mit vielen Unwägbarkeiten behafteten Prognose deutlich rückläufig sein und noch rund 23 Milliarden Euro betragen. Bei der

Nettowertschöpfung je Arbeitskraft ergibt sich ein Minus von 10 Prozent.

Erzeugerpreise bereiten Sorgen

Nach dem spürbaren Anstieg der Erzeugerpreise in den vergangenen Jahren um rund 32 Prozent (5-Jahresmittel 2020/21 – 2024/25 gegenüber 2015/16 – 2019/20) stehen die Erzeugerpreise zuletzt wieder deutlich unter Druck. Dies gilt für die pflanzlichen Erzeugerpreise noch etwas stärker als für die Tierischen. Da die Vorleistungen eher wieder ansteigen dürften (siehe Kapitel 6.3), dürfte sich dies stark auf die Bruttowertschöpfung in den kommenden Monaten auswirken.

Wertschöpfung und Sektoreinkommen								
	Kalenderjahre in Milliarden Euro					% -Veränd. zu Vorjahr		
	2022	2023	2024	2025 ¹⁾	2026 ²⁾	2025	2026	
Pflanzliche Erzeugung	36,3	35,3	34,2	33,1	33,5	-3,2	1,2	
Tierische Erzeugung	36,7	35,9	36,2	39	37,3	7,7	-4,4	
Lw. Dienstleistungen	5,0	4,9	5,1	5,3	5,4	3,9	1,9	
= Produktionswert	77,9	76,2	75,5	77,4	76,2	2,5	-1,6	
./. Vorleistungen	46,1	45,6	44,3	43,8	45,3	-1,1	3,4	
= Bruttowertschöpfung	31,8	30,6	31,1	33,6	30,9	8,0	-8,0	
./. Abschreibungen	12,6	13,6	13,8	13,7	13,8	-0,7	0,7	
./. Abgaben	0,2	0,3	0,0	0,1	0,1	-	0,0	
+ Ausgleichszahlungen	9,0	7,9	6,8	6,6	6,4	-2,9	-3,0	
= Nettowertschöpfung	28,0	24,7	24,1	26,4	23,4	9,5	-11,4	
Nettowertschöpfung je AK in 1.000 Euro	60,4	53,2	53,3	58,7	52,6	10,1	-10,4	
1) 2025 geschätzt 2) 2026 Prognose								
© Situationsbericht 2026/T53-1						Quelle: Deutscher Bauernverband		



6

Erzeugung und Märkte

6.1 Pflanzliche Erzeugung	191
6.2 Tierische Erzeugung	210
6.3 Betriebsmittel / Futtermittel	234

6.1 Pflanzliche Erzeugung

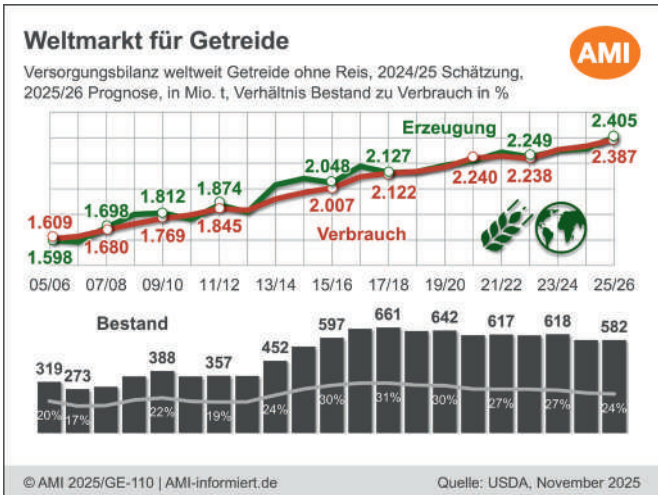
Trend sinkender Welt-Getreide-vorräte setzt sich fort

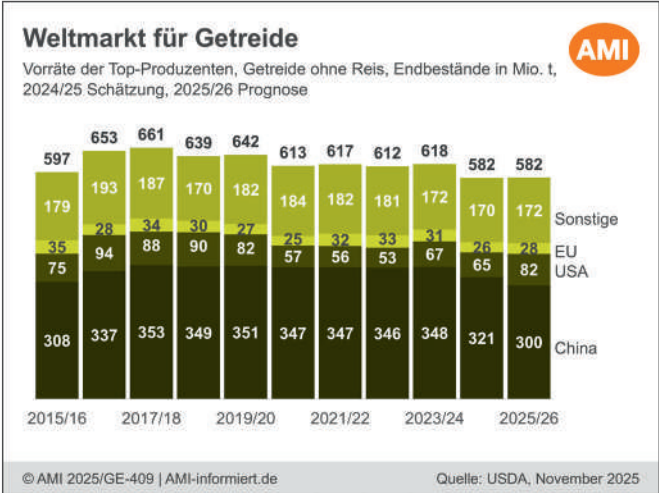
Mit 2,946 Milliarden Tonnen liegt die globale Getreideernte einschließlich Reis in 2025 um 93 Millionen Tonnen über dem Vorjahresergebnis (+ 3,2 %). Auch der internationale Getreidehandel steigt im laufenden Wirtschaftsjahr 2025/26 gegenüber dem Vorjahr nach Einschätzungen des Landwirtschaftsministeriums der USA (USDA) voraussichtlich um 5 Prozent auf 522 Millionen Tonnen. Der Verbrauch nimmt ebenfalls gegenüber dem Vorjahr um 94 Millionen Tonnen zu (+ 2,3 %). Bis Ende des Wirtschaftsjahres 2025/26 dürften dementsprechend die Weltgetreidebestände um rund 9 Millionen Tonnen (- 1,1 %) kleiner ausfallen. Damit setzt sich der Trend rückläufiger Welt-Getreidebestände fort.

Weiteres Wachstum der globalen Getreideerzeugung in Sicht

Nach Einschätzung der Welternährungsorganisation FAO und der internationalen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD steigt die Weltgetreideerzeugung bis 2034 auf 3,3 Milliarden Tonnen (plus 12 %). Etwa vier Fünftel des Mengenwachses wird höheren Hektarerträgen zugeschrieben. Das Wachstum der Getreideerzeugung in der Dekade bis 2034 fällt damit genauso hoch aus wie in der Dekade zuvor. Der größte Teil des Anstiegs

Weltagarmärkte – Weltversorgungsbilanz für Getreide in Millionen Tonnen						
	2021/22	2022/23	2023/24	2024/25 ¹⁾	2025/26 ²⁾	%-Veränd. 2025/26 zu 2024/25
Produktion insgesamt	2.800,8	2.765,7	2.824,0	2.853,2	2.945,9	3,2
Weizen	780,8	790,5	792,3	800,8	828,9	3,5
Grobgetreide	1505,8	1458,3	1508,3	1511,5	1576,1	4,3
Reis	514,2	516,9	523,4	540,9	540,9	0,0
Handel insgesamt	500,0	493,4	526,9	496,0	521,6	5,2
Weizen	206,1	217,9	225,2	204,4	217,7	6,5
Grobgetreide	236,7	221,3	241,8	231,8	241,4	4,1
Reis	57,2	54,2	59,9	59,8	62,5	4,5
Verbrauch insgesamt	2.801,5	2.774,6	2.819,5	2.880,4	2.947,2	2,3
Weizen	790,8	791,1	796,3	810,1	818,9	1,1
Grobgetreide	1.491,80	1.462,80	1.498,50	1.538,20	1.585,90	3,1
Reis	518,9	520,7	524,7	532,1	542,4	1,9
Endbestände insgesamt	801,7	792,8	797,3	770,2	761,6	-1,1
Weizen	275,3	274,7	270,7	261,4	264,1	1,0
Grobgetreide	342	337,5	347,2	320,6	310,8	-3,1
Reis	184,4	180,6	179,4	188,2	186,7	-0,8
1) Schätzung 2) Prognose						
© Situationsbericht 2026/T61-1 Quelle: USDA; Stand: November 2025						



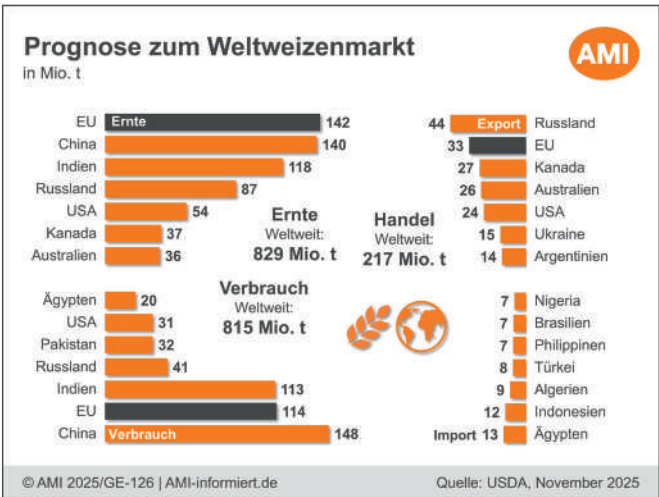
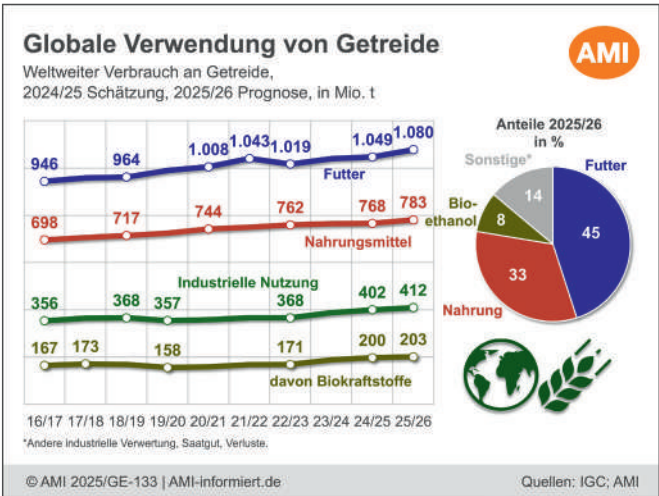


der Getreidenachfrage wird dem weiteren Bevölkerungswachstum zugeschrieben.

Russland weiter Spitzenreiter beim Export von Weizen

Bei Grobgetreide (alle Getreidearten außer Weizen und Reis) dominieren 2025/26 die USA und Brasilien mit geschätzten 84,0 bzw. 43,1 Millionen Tonnen den Welthandel, vor Argentinien mit 41,9 Millionen Tonnen, Australien mit 11,4 Millionen Tonnen, Russland mit 6,8 Millionen Tonnen und der EU-27 mit 9,4 Millionen Tonnen. Damit stellen USA und Brasilien gemeinsam rund die Hälfte der weltweit exportierten Futtergetreidemenge von 247 Millionen Tonnen.

Am Weltweizenmarkt liegen 2025/26 die Exporte Russlands mit 44,0 Millionen Tonnen weiterhin an der Spitze, gefolgt von den „Übrigen Ländern“ mit 73,2 Millionen Tonnen zusammen, der EU-27 mit 33,0 Millionen Tonnen, Australien mit 26,0 Millionen Tonnen, den USA mit 24,5 Millionen Tonnen, Argentinien mit 14,0 Millionen Tonnen und Brasilien mit 2,5 Millionen Tonnen.



Weltweite Weizenvorräte können den Bedarf von knapp vier Monaten abdecken

Das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) schätzt die weltweite Weizenenernte im Wirtschaftsjahr 2025/26 auf rund 828,9 Millionen Tonnen, nach 800,8 Millionen Tonnen im Vorjahr. Gleichzeitig steigt der weltweite Weizenverbrauch auf etwa 818,9 Millionen Tonnen, gut 8 Millionen Tonnen mehr als

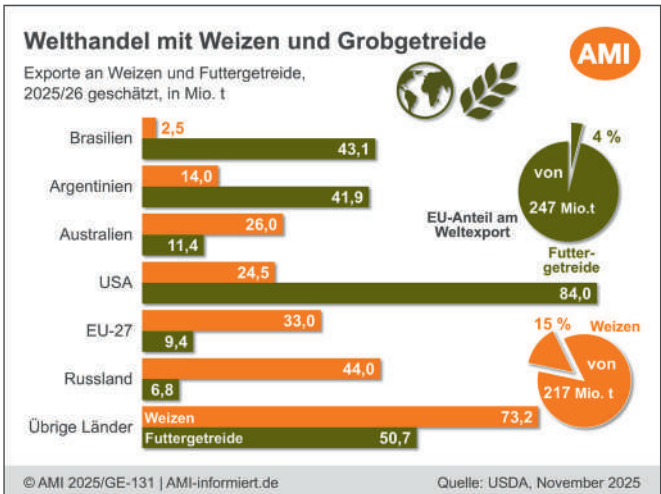
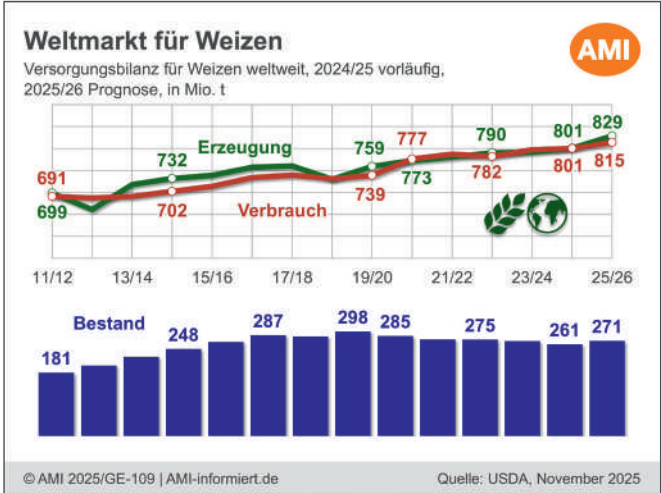
2024/25. Die globalen Weizenendbestände dürften bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 2025/26 auf 264,1 Millionen Tonnen sinken und damit leicht unter dem Vorjahresniveau von 261,4 Millionen Tonnen liegen. Rechnerisch decken diese Weizenvorräte – gemessen am Weltverbrauch – den Bedarf von knapp vier Monaten.

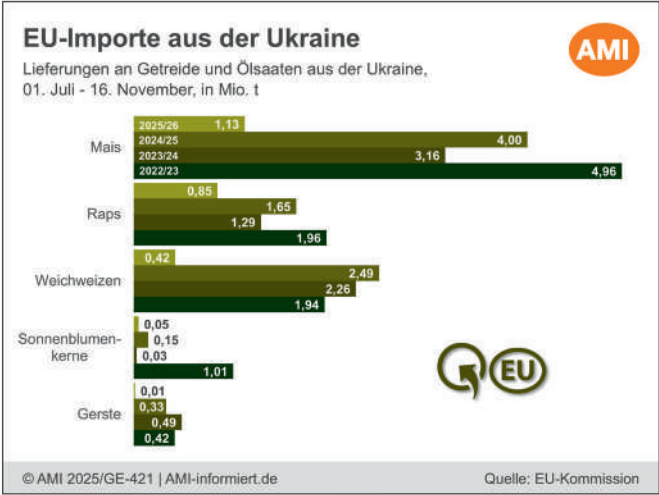
Auch bei Futtergetreide Rückgang der Bestände

Auch auf dem Weltmarkt für Grobgetreide (alle Getreidearten außer Weizen und Reis) ist in 2025/26 mit einem Bestandsabbau zu rechnen. Nach Schätzungen des US-Landwirtschaftsministeriums steht der Futtergetreideerzeugung von 1.576 Millionen Tonnen voraussichtlich ein Verbrauch von 1.585 Millionen Tonnen gegenüber. 80 Prozent des Grobgetreideverbrauchs werden mit Mais abgedeckt. Gegen Ende des Wirtschaftsjahres 2025/26 werden Grobgetreidebestände von weltweit 310 Millionen Tonnen erwartet. Das wären im Jahresvergleich rund 10 Millionen Tonnen weniger.

EU-Getreideernte 2025 deutlich besser als 2024

Die EU-Getreideernte 2025 beträgt nach der Schätzung der Europäischen Kommission von Ende Oktober 2025 286 Millionen Tonnen. Das sind auf Grund niedriger Hektarerträge (- 2 %) und größerer Anbauflächen (+ 1,8 %) gegenüber dem Vorjahr 32 Millionen Tonnen oder 12,7 Prozent mehr. Bei einem leicht steigendem Inlandsverbrauch, verringerten Importen und vor allem





stark rückläufigen Exporten dürften die EU-Getreidebestände nach Schätzung der EU-Kommission bis Ende des Wirtschaftsjahres 2024/25 mit 38 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr um 7 Millionen Tonnen höher ausfallen.

Deutsche Getreideernte ebenfalls besser als im Vorjahr

Die deutsche Getreideernte 2025 wird nach vorläufigen Angaben der amtlichen Statistik auf 45,1 Millionen Tonnen geschätzt. Damit liegt die Ernte 2025 um 6,1 Millionen Tonnen oder 16 Prozent über dem Vorjahr und um 6,3 Prozent unter dem Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2024 von 42,3 Millionen Tonnen. Ursache für das deutliche Erntemengenplus in 2025 waren deutlich höhere Hektarerträge (+ 13,6%) und eine größere Anbaufläche (+ 4,5 %)

EU-27 – Entwicklung des Getreidemarktes, in Millionen Tonnen

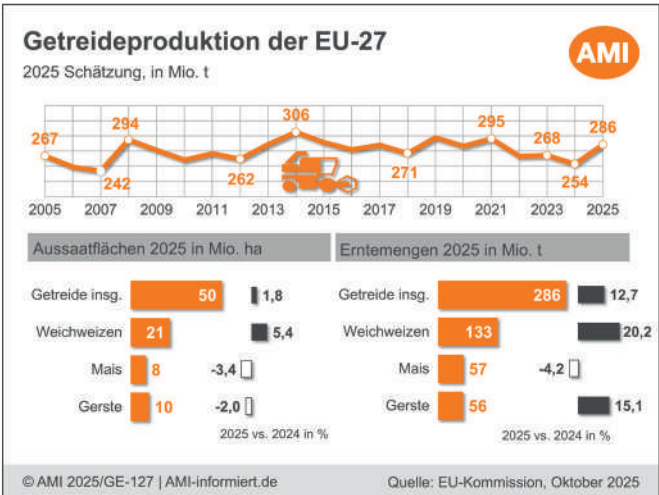
	2021/22	2022/23	2023/24	2024/25 ¹⁾	2025/26 ²⁾
Anfangsbestände	408	47,2	50,8	43,3	31,1
Ernte	295,3	269,1	270,1	259,1	298,4
Verwendbare Erzeug.	292,8	266,7	267,8	253,9	286,9
Importe	22,2	40,1	33,5	31,6	26,5
Verfügbares Getreide	355,8	354	352,2	329	344,5
Inlandsverbrauch EU	260,7	255	257,2	258,9	260,0
Exporte	47,9	47,9	51,5	38,9	45,4
Gesamtverbrauch	308,6	303,4	308,9	297,8	305,4
Endbestände	47,2	50,8	43,3	31,1	38,1
%-Selbstversorgungsgrad	112,3	104,6	104,1	98,1	110,3

1) Schätzung 2) Prognose

© Situationsbericht 2026/T61-2 Quelle: EU-Kommission, Stand: 28. Nov. 2025

Deutliche Abnahme des deutschen Getreidehandels in 2024/25

9,08 Millionen Tonnen Getreide exportierte Deutschland im Wirtschaftsjahr 2024/25. Das waren 2,8 Millionen Tonnen mehr als im Vorjahr. Auch der Bedarf an Auslandsgetreide sank um 3,3 auf 8,8 Millionen Tonnen. Das Außenhandelsjahr 2024/25 war sowohl geprägt von stark gesunkenen Weizenexporten als auch von gesunkenen Weizenimporten, davon fast alles aus den anderen EU-Ländern.



Weltmarktpreise für Getreide sinken

Sorgen über die globale Versorgungslage führten im Mai 2022 zu einem Allzeithoch der globalen Getreidepreise. Der danach einsetzende Preisrückgang hatte zum Ergebnis, dass die globalen Getreidepreise im Durchschnitt des Jahres 2023 zwar um 15 Prozent unter den Vorjahresstand fielen, aber weiterhin deutlich über dem langjährigen Mittel vor dem Ukraine-Krieg lagen. Nachdem 2024 noch von einem kurzen Zwischenhoch geprägt war, aber ansonsten eher rückläufig war, sanken die Preise bis Oktober 2025 konstant weiter. Grund dafür war unter anderem die gute Versorgungslage mit Getreide, die durch die hohen Erträge erzielt werden konnten.

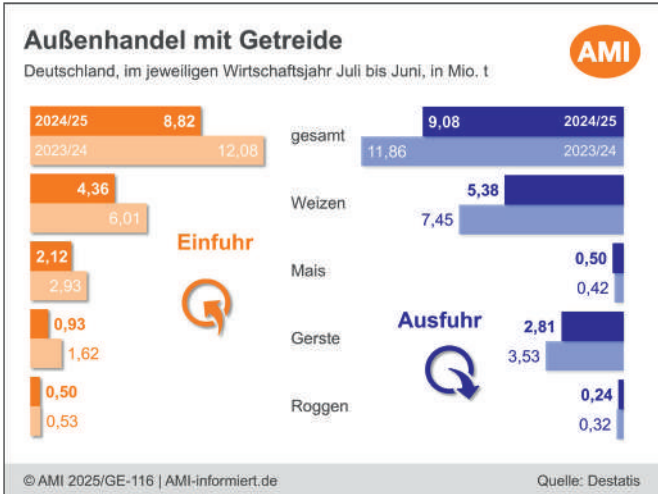
Der FAO-Getreidepreisindex lag im Oktober 2025 bei 104 Punkten und damit 9 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Seit Februar (113 Punkte) ist dieser im Jahr 2025 konstant rückläufig. Auch die weltweiten Weizenpreise sind 2025 deutlich gesunken. Der FAO-Getreidepreisindex wird gebildet auf Basis der Exportpreise für Weizen, Mais und Reis an den wichtigsten globalen Handelsplätzen.

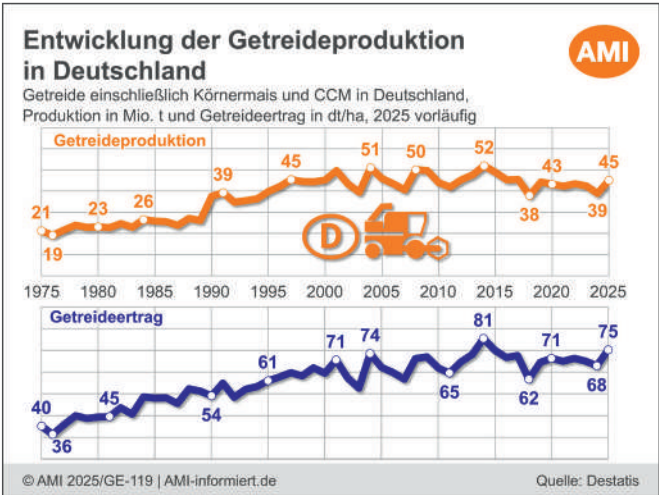
Mittelfristige Preisentwicklungen von zahlreichen Unwägbarkeiten geprägt

FAO und OECD rechnen für alle Getreidearten für den Zeitraum bis 2034 konstant leicht steigenden Preisen. Es werden weiterhin große Preisausschläge (Volatilitäten) erwartet. Da sich makroökonomische

Pflanzliche Erzeugung in Deutschland ¹⁾ – Feldfrüchte						
Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag		Erntemenge	
	2024	2025	2024	2025	2024	2025
	1.000 Hektar		Dezitonnen		1.000 Tonnen	
Weizen	2.615	2.959	70,8	78,9	18.527	23.331
Winterweizen	2.482	2.859	71,7	79,6	17.785	22.750
Sommerweizen	85	47	53,9	51,1	456	241
Hartweizen	49	53	58,9	64,8	286	341
Roggen/Wintermenggetr.	536	541	48,3	56,5	2.584	3.053
Gerste	1.660	1.525	63,9	74,6	10.610	11.377
Wintergerste	1.299	1.210	67,2	78,8	8.736	9.541
Sommergerste	361	314	51,9	58,4	1.874	1.837
Hafer	156	187	44,6	50,2	697	938
Sommermenggetreide	9	8	42,1	32,4	36	24
Triticale	266	288	56,9	63,5	1.511	1.830
Körnermais und CCM	498	489	100,5	94,0	5.011	4.596
Getreide insgesamt	5.740	5.996	67,9	75,3	38.975	45.149
Erbsen	129	138	29,1	32,1	376	441
Ackerbohnen	62	67	39,6	34,4	244	228
Süßlupinen	26	28	21,9	18,0	57	51
Sojabohnen	41	43	32,6	30,2	132	131
Kartoffeln	282	301	450,2	444,4	12.703	13.379
Zuckerrüben	437	387	839,0	808,0 ³⁾	36.682	31.277 ⁴⁾
Raps und Rübsen	1.088	1.096	33,4	36,4	3.632	3.988
Winterraps	1.086	1.093	33,4	36,4	3.627	3.982
Sonnenblumen	51	62	26,1	23,1	134	143
Silomais/Grünmais	2.049	1.963	443,8	445,5	90.926	87.468
Getreide Ganzpflanzenernte	123	85	280,2	303,3	2.705	2.591

1) Ergebnisse 2024 endgültig, 2025 vorläufig; 3) Schätzung (WVZ) 4) Schätzung
© Situationsbericht 2026/T61-3 Quelle: Statistisches Bundesamt

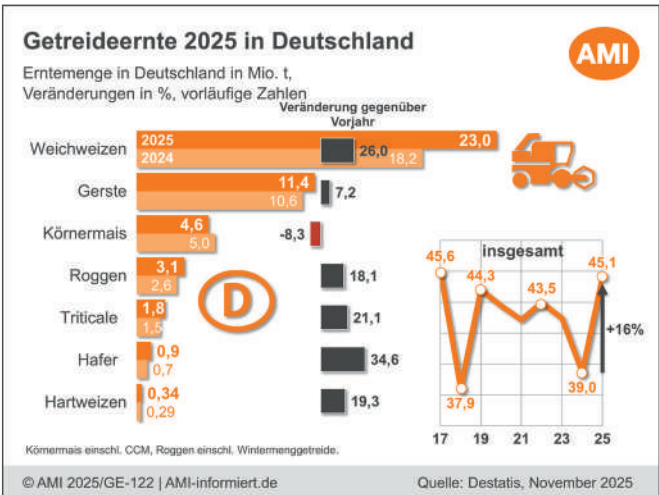
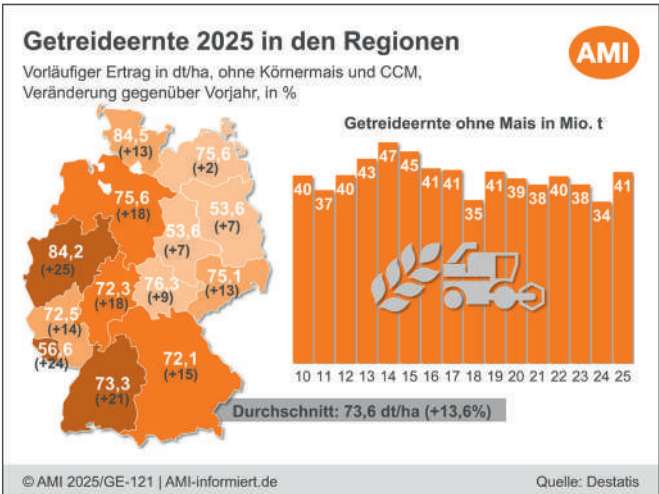




Rahmenbedingungen wie die Entwicklung des Ölpreises ändern, die Auswirkungen kriegerischer Auseinandersetzungen unberechenbar und globale Extremwetterereignisse und Handelskonflikte kaum abschätzbar sind, stellen die Agrarmarkt-Projektionen von FAO und OECD eher eine grobe Orientierung dar.

Heimische Getreidepreise fallen weiter, keine Erholung in Sicht

Im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 2024/25 erlösten deutsche Landwirte für ihr Getreide im Jahresvergleich erheblich niedrigere Preise. Der mittlere Erzeugerpreis für Brotweizen lag mit 195 Euro je Tonne rund 28 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert, Futtergerste mit 165 Euro je Tonne rund 31 Prozent. Im Oktober 2025 lag das Preisniveau für Brotweizen mit 165 Euro je Tonne 21,4 Prozent unter dem Wert am Jahresanfang und 16,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Für Futtergerste lagen die Erzeugerpreise im Oktober 2025 bei 153 Euro je Tonne. Dies sind 9,5 Prozent weniger als noch im Vorjahr. Die gute Versorgungslage am Weltmarkt und die zusätzlich hohen Erträge spiegeln sich somit auch in der Preisentwicklung wider.



Die Getreidepreise haben kaum Auswirkungen auf den Brotpreis

Während die Entwicklung der Erzeugerpreise für Brotweizen im Zeitverlauf durch ein starkes Auf und Ab gekennzeichnet ist, sind die Verbraucherpreise für Brot und Gebäck relativ stabil geblieben. Dies

hängt vor allem damit zusammen, dass der Rohstoffanteil an den Verbraucherpreisen für Brot und Backwaren nur bei etwa sechs bis neun Prozent liegt. Wie Berechnungen der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) zeigen, bleiben die Verbraucherpreise für Brot von der extremen Entwicklung der Erzeugerpreise für Weizen scheinbar nicht ganz unbeeindruckt. Größeres Gewicht haben jedoch steigende Preise für Energie und Transport sowie Lohnsteigerungen.

Globale Ölsaatenproduktion sieht leicht an

Die weltweite Produktion der sieben wichtigsten Ölsaaten dürfte im Wirtschaftsjahr 2025/26 mit geschätzten 688 Millionen Tonnen weiter deutlich ansteigen. Gegenüber dem Vorjahr wären das rund 6 Millionen Tonnen oder knapp 0,9 Prozent mehr. Die mit Abstand wichtigste Ölsaat bleibt 2025/26 die Sojabohne mit 425 Millionen Tonnen, gefolgt von Raps mit 91 Millionen Tonnen, Sonnenblumen und Erdnüssen mit 55 Millionen Tonnen bzw. 52 Millionen Tonnen und Baumwollsaat mit 41 Millionen Tonnen. Die globalen Ölsaatenbestände dürften bis Ende des Wirtschaftsjahres 2025/26 bei 142 Millionen Tonnen stagnieren.

Sojaanbau stagniert

Sojabohnen werden hauptsächlich in Form von Schrot zu Tierfutter verarbeitet. Sie zeichnen sich durch einen hohen Eiweißgehalt von 35 bis 38 Prozent und einem Ölgehalt von 18 bis 20 Prozent aus. Beim

Globaler Preisindex für Getreide

Auf Grundlage der internationalen Preise für Weizen, Mais und Reis im Monatsmittel, nominal, 100 = Preisindex 2014-2016

AMI



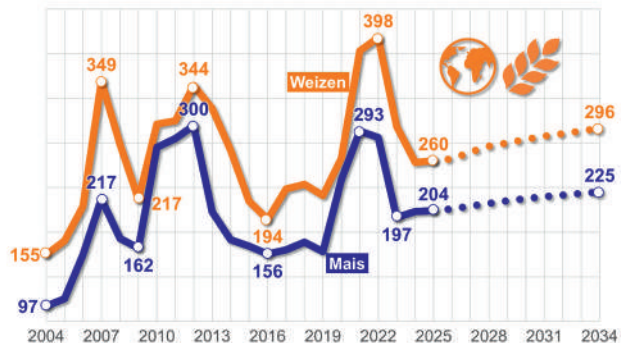
© AMI 2025/GE-123 | AMI-informiert.de

Quelle: FAO Food Price Index

Weltmarktpreise: Weizen und Grobgetreide

Preisprognose für Weizen und Mais in US-\$/t

AMI



© AMI 2025/GE-125 | AMI-informiert.de

Quelle: OECD

Weltagarmärkte: Weizenpreise

Notierungen der Terminbörse Kansas und deutscher Produktenbörsen, vorderer Termin, in EUR/t

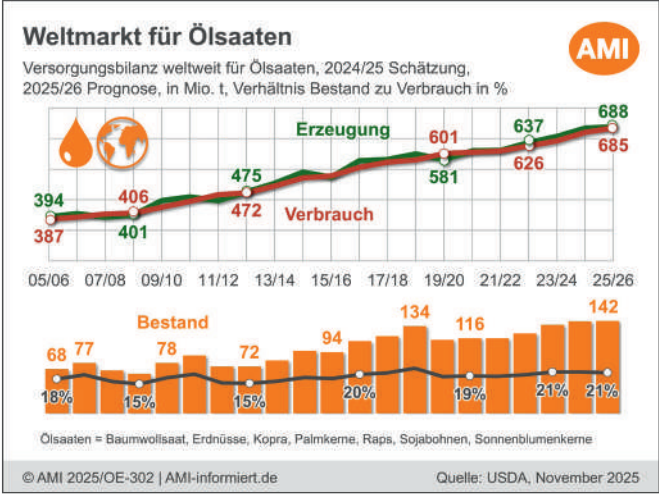
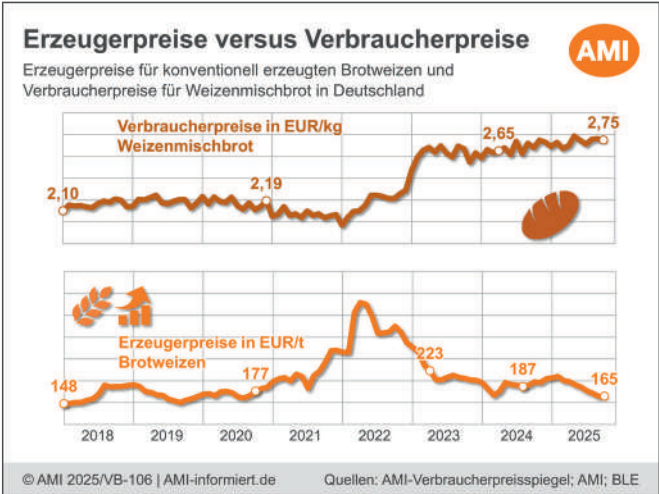
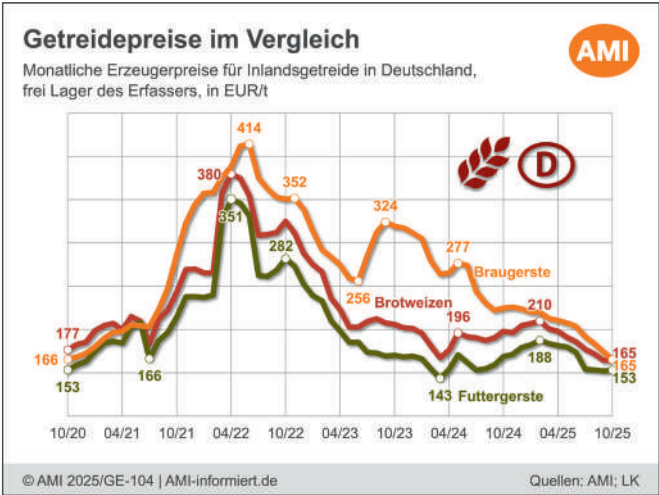
AMI



Kansas City Hard Red Winter Weizen, mind. 11 % Rohprotein, Deutschland Brotweizen franko.

© AMI 2025/GE-129 | AMI-informiert.de

Quellen: AMI; CME



Raps verhält es sich fast umgekehrt, der Eiweißgehalt liegt hier bei 19 bis 20 Prozent, der Ölgehalt dagegen zwischen 42 und 44 Prozent. Der weltgrößte Erzeuger von Sojabohnen im Wirtschaftsjahr 2025/26 ist Brasilien mit geschätzten 175 Millionen Tonnen, gefolgt von den USA mit 116 Millionen Tonnen und Argentinien mit 49 Millionen Tonnen. Hauptimporteur von Sojabohnen ist China Millionen Tonnen, mit weitem Abstand gefolgt von der EU Millionen Tonnen. Die für das Wirtschaftsjahr 2025/26 geschätzte Welt-Sojabohnenernte liegt bei 422 Millionen Tonnen. Das sind gegenüber dem Vorjahr etwa 5 Millionen Tonnen oder 0,7 Prozent weniger.

Palmöl bleibt wichtigstes Pflanzenöl am Markt

Der weltweite Pflanzenölmarkt wird vom Palmöl geprägt. Im Wirtschaftsjahr 2025/26 macht die Palmölerzeugung mit etwa 80,8 Millionen Tonnen rund ein Drittel der globalen Pflanzenölerzeugung aus. Die Palmfrucht liefert im Schnitt einen Pflanzenölertrag von 3,3 Tonnen je Hektar im Plantagenanbau. Bei Raps und Sonnenblumen, in Deutschland angebaut, sind es 1,4 bzw. 0,9 Tonnen je Hektar. Die größten Palmölproduzenten der Welt sind Indonesien und Malaysia mit zusammen rund 83 Prozent Marktanteil. Sojaöl nimmt mit einer Weltproduktion von 66 Millionen Tonnen und einem Anteil von knapp 30 Prozent an der Gesamtproduktion den zweiten Platz bei den pflanzlichen Ölen ein. Es folgen Raps- und Sonnenblumenöl mit 35 Millionen Tonnen (15 %) und 19,9 Millionen Tonnen (9 %).

Pflanzenölangebot über Vorjahreslinie

Die Erzeugung der weltweit neun wichtigsten pflanzlichen Öle (aus Sojabohnen, Raps, Sonnenblumen, Baumwoll- und Erdnussaat sowie aus Palm und Palmkernen, Kokos und Oliven) dürfte im Wirtschaftsjahr 2025/26 auf 227,0 Millionen Tonnen steigen. Dies sind 4,3 Millionen Tonnen oder knapp 2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die globale Nachfrage dürfte mit einem Plus von 5,9 Millionen Tonnen deutlich stärker steigen als das Angebot. Angebot und Nachfrage zeigen bereits seit Jahren eine starke dynamische Entwicklung. Pflanzenöl wird global zu 66 Prozent im Nahrungsmittelbereich eingesetzt. Etwa 19 Prozent gehen als Inhaltsstoffe in Kosmetika und Körperpflegeprodukte, als Hilfsstoffe auf Lipidbasis in pharmazeutische Produkte oder in Futtermittelzusätze für Haustiere. Weitere 15 Prozent werden zur Herstellung von Biodiesel verwendet.

Erzeugerpreisentwicklung für Getreide und Raps in Deutschland ¹⁾ zur Ernte (jeweils Ende August), in Euro je Dezitonne												
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
Brotweizen	15,24	14,25	14,48	18,65	15,26	16,15	21,97	30,67	21,08	18,13	17,2	
Brotroggen	12,87	11,98	13,88	17,91	13,79	13,57	18,43	25,9	18,46	15,34	14,8	
Futterweizen	14,94	13,41	14,07	18,47	15,07	15,93	20,93	28,92	18,58	17,32	16,3	
Futtergerste	13,97	12,33	13,09	18,4	14,11	14,31	19,34	26,28	17,04	15,14	15,4	
Raps	33,66	35,33	34,74	35,83	36,3	36,23	54,09	59,68	42,75	42,35	44,4	
1) Einkaufspreise des Handels, der Genossenschaften und der Verarbeitungsbetriebe für Inlandsgetreide vom Erzeuger frei Lager des Erfassers, ohne Mehrwertsteuer												
© Situationsbericht 2026/T61-4											Quelle: AMI	

Weltagrarmärkte – Welterzeugung Ölsaaten, in Millionen Tonnen					
	2021/22	2022/23	2023/24	2024/25 ¹⁾	2025/26 ²⁾
Ölsaaten insgesamt	610,7	636,9	657,5	682,1	691,6
USA	131,3	125,8	122,2	128,4	126,8
Brasilien	135,2	166,9	160,3	176,1	182,5
Argentinien	49,9	31,5	54,2	58,4	54,8
China	61,2	66,9	66,9	67,8	68,8
EU-27	30,2	31,4	32,4	28,2	31,7
Sojabohnen	369,3	360,4	378,6	394,7	425,4
USA	121,5	116,2	113,3	118,8	117,0
Brasilien	130,5	162	154,5	169	175
Argentinien	43,9	25	48,2	50,9	48,5
China	16,4	20,3	20,8	20,7	21
EU-27	2,6	2,4	2,8	3	2,9
Raps	75,8	88,9	89,9	85,7	91
EU-27	17,1	19,6	19,8	16,8	20,2
China	14,7	15,5	15,8	15,8	15,9
Kanada	14,2	18,9	19,5	19,2	20
Sonnenblumen	56,9	52,8	56	52,4	55,3
Ukraine	17,5	12,2	15,5	13	12,7
Russland	15,6	16,3	17,1	16,9	19
EU-27	10,4	9,3	9,8	8,3	8,5
Erdnüsse	52,1	49,8	49,9	52,2	51,7
Baumwollsaat	39,6	40,3	39,5	41,1	40,8
Palmölkerne	18,9	19,8	19,6	20,7	21,1
1) Schätzung 2) Prognose					
© Situationsbericht 2026/T61-5				Quellen: USDA, EU-KOM; Stand: November 2025	

EU-27 – Importe von Ölsaaten, Ölsaatenschroten und pflanzlichen Ölen in Millionen Tonnen					
	2021/22	2022/23	2023/24	2024/25 ¹⁾	2025/26 ²⁾
Ölsaaten insgesamt	21,3	22,2	19,5	23,1	20,3
Raps	5,4	6,8	5,4	8	5,5
Sojabohnen	14,7	13,3	13,2	14,5	14
Sonnenblumen	1,1	2,1	0,8	0,6	0,8
Ölschrote insgesamt	19,5	19,6	19,8	23,2	20,3
Raps	0,6	0,8	0,8	0,4	0,6
Sojabohnen	16,5	16	15,7	20,1	17
Sonnenblumen	2,4	2,8	3,3	2,7	2,7
Pflanzliche Öle	8,6	8,2	8,3	6,9	5,6
Raps	0,5	0,4	0,5	0,3	0,3
Sojabohnen	0,5	0,5	0,7	0,7	0,5
Sonnenblumen	2	2	3	2,5	2,3
Palm	5,5	5,2	4,2	3,4	2,5
1) Schätzung 2) Prognose					
© Situationsbericht 2026/T61-6 Quelle: EU-Kommission; Stand: 27. November 2025					

Gestiegene EU-Rapsernte

Die EU-Ölsaaten­erzeugung im Ernte­jahr 2025 fällt mit 31,7 Millionen Tonnen um 3,5 Millionen Tonnen höher aus im Vorjahr. Grund dafür war vor allem eine um 3,6 Millionen Tonnen höhere Rapserzeugung. In der EU-Ölsaaten­erzeugung spielen neben dem Raps auch die Sonnenblumen mit 8,5 Millionen Tonnen (gegenüber Vorjahr + 0,2 Mio. t) und die Sojabohnen mit einer nahezu stabilen Erzeugung von 2,9 Millionen Tonnen eine bedeutende Rolle.

Auch bessere Rapsernte in Deutschland

Nach Ergebnissen der amtlichen Statistik sind in Deutschland 2025 knapp 4 Millionen Tonnen Raps geerntet worden, ein plus von rund 10 Prozent oder knapp 0,4 Millionen Tonnen. Ursächlich war eine leicht erhöhte Anbaufläche und mit +9 Prozent deutlich bessere

Hektarerträge. Die deutsche Soja­ernte erreichte bei bei höherer Anbaufläche aber niedrigeren Erträgen ein neues Rekordniveau. Die Erntemenge von Sonnenblumen stieg um 9.000 Tonnen.

Bei Ölsaaten und -schroten weiter hohe Nettoimporte

Deutschland ist ein bedeutender Importeur von Ölsaaten wie Sojabohnen, Rapssaat und Sonnenblumenkernen, die hauptsächlich zur Gewinnung von Pflanzenölen und Ölschroten verarbeitet werden, wobei der Großteil der Einfuhren aus Ländern wie USA, Ukraine, Brasilien und Australien stammt. Die Ölschrot-Produktion dient primär als hochwertiges Futtermittel in der Tierernährung, und Deutschland exportiert einen erheblichen Teil davon, insbesondere Rapsschrot und Sojaschrot, nach EU-Ländern und Drittländern.

Der Selbstversorgungsgrad liegt bei etwa einem Drittel, während Exporte von Ölen und Schrot die Verarbeitungskapazitäten ausgleichen. An Ölsaaten und -schroten führte Deutschland im Wirtschaftsjahr 2024/25 rund 12,4 Millionen Tonnen ein und knapp 3,8 Millionen Tonnen aus. Importiert wurden vor allem Raps mit 6,2 Millionen Tonnen, Sojabohnen mit 3,3 Millionen Tonnen und Sojaschrot mit 2,2 Millionen Tonnen. In beachtlichen Mengen exportiert wurden Soja- und Rapschrot in einem Umfang von jeweils 1,8 Millionen Tonnen.

Anziehende Preise auf den globalen Märkten für pflanzliche Öle

Der FAO-Preisindex für pflanzliche Öle ist seit seinem höchsten Stand im März 2022 stark gefallen. Im Durchschnitt des Jahres 2023 lagen die Preise für pflanzliche Öle um ein Drittel unter dem Vorjahresmittel. Nach Erreichen der Talsohle im Juni 2023 haben sich die Preise erst langsam, seit 2024 aber kräftiger gefestigt. Im Jahr 2025 waren zwar leichte Schwankungen zu verzeichnen, im Mittel stieg der Preis aber weiter leicht an. Im Oktober 2025 lag der von der FAO ermittelte Pflanzenölpreisindex somit um 10,5 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert. Der anhaltende Anstieg ist auf höhere Notierungen für Palm-, Soja-, Sonnenblumen- und Rapsöl zurückzuführen.

Mit Abstand größter Sojabohnen-Importeur ist China

Chinas ist der mit großem Abstand weltgrößte Importeur von Ölsaaten. Im Wirtschaftsjahr 2023/24 waren es 119 Millionen Tonnen, davon 112 Millionen Tonnen Sojabohnen. Auch im Wirtschaftsjahr 2024/25 werden Importe in fast gleicher Größenordnung erwartet. Die jährliche Ölsaaterzeugung Chinas bleibt trotz staatlicher Anbauanreize mit geschätzten rund 68 Millionen Tonnen (2024/25), darunter 21 Millionen Tonnen Sojabohnen, nahezu unverändert.

Rapspreise sinken

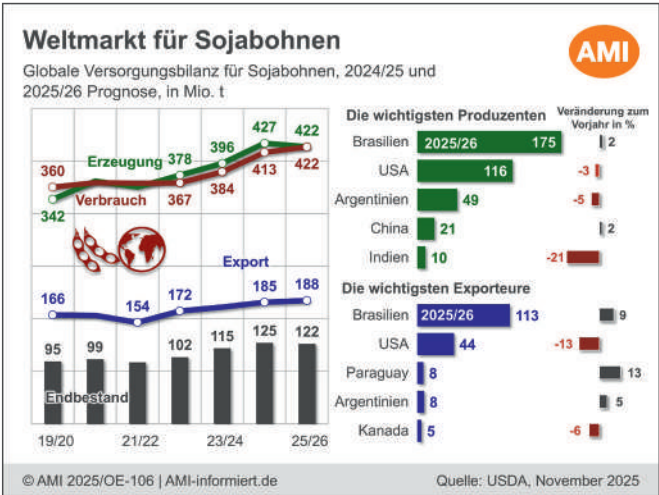
Die Erzeugerpreise für Raps in Deutschland lagen Mitte November 2025 bei 456 Euro je Tonne. Das sind gegenüber dem Vorjahr 8,6 Prozent weniger. Im internationalen Handel orientiert sich die Preisfindung in erster Linie an den Sojakursen. Der europäische und deutsche Markt für Rapssaaten richtet sich an den Notierungen der Euronext Paris aus.

Globale Zuckerbestände schrumpfen

Für das Zuckerwirtschaftsjahr 2025/26 wird die Weltzuckererzeugung vom USDA auf 189,3 Millionen Tonnen geschätzt. Das sind gegenüber dem Vorjahresergebnis 2,7 Millionen Tonnen oder 1,5 Prozent mehr. Der Verbrauch dürfte um 2,0 auf 178,6 Millionen Tonnen sinken (- 0,6 %). Ende des Zuckerwirtschaftsjahres 2025/26 dürften die Weltzuckerbestände um gut 10 Millionen Tonnen höher

EU-27 – Entwicklung der Märkte für Ölsaaten, Ölsaatenschrote und Pflanzenöle in Millionen Tonnen					
	2021/22	2022/23	2023/24 ¹⁾	2024/25 ²⁾	2025/26 ³⁾
Ölsaaten					
Produktion insgesamt	28,3	30,1	31,3	32,4	28,1
Raps	16,7	17,1	19,6	19,8	17,1
Sojabohnen	2,6	2,6	2,4	2,8	2,8
Sonnenblumen	9,0	10,4	9,3	9,8	8,1
Verbrauch	50,6	50,1	52,2	50,2	47,3
Raps	23,3	22,2	25,9	24,3	22,5
Sojabohnen	17,9	17,8	15,5	15,7	16,6
Sonnenblumen	9,4	10,9	10,8	10,1	9,3
Ölsaatenschrote					
Produktion insgesamt	30,0	29,6	30,5	29,4	28,1
Raps	12,9	12,3	14,4	13,5	12,5
Sojabohnen	12,6	11,9	10,8	11,0	11,6
Sonnenblumen	4,5	5,3	5,3	4,9	4,0
Verbrauch	47,6	46,6	47,7	46,8	45,1
Raps	12,6	12,2	14,4	13,4	12,3
Sojabohnen	28,4	27,7	26,3	26,1	26,9
Sonnenblumen	6,6	6,7	7,0	7,2	5,9
Pflanzenöle					
Produktion insgesamt	15,9	15,9	17,1	16,2	15,0
Raps	9,3	8,9	10,3	9,7	9,0
Sojabohnen	3,2	3,0	2,7	2,8	2,9
Sonnenblumen	3,4	4,0	4,0	3,8	3,1
Palm	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbrauch	22,1	22,3	22,1	21,7	18,6
Raps	8,9	9,1	10,1	9,4	8,9
Sojabohnen	2,7	2,5	2,3	2,7	2,7
Sonnenblumen	4,4	5,3	4,8	5,7	4,2
Palm	6,2	5,3	4,9	3,9	2,8
1) Schätzung 2) Prognose					
© Situationsbericht 2026/T61-8			Quelle: EU-Kommission; Stand: 27. Nov. 2025		

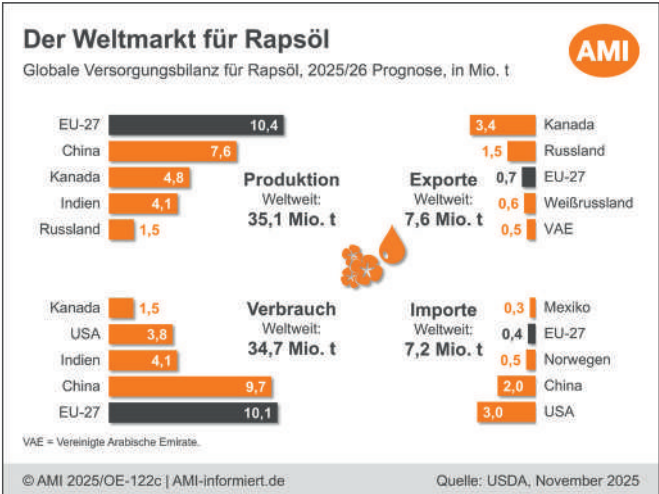
Sojabohnenanbau in Deutschland und der Welt (in 1.000 Hektar)							
	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Deutschland	29	34	34	52	45	41	41
Italien	302	290	320	394	356	377	349
EU-27	908	943	940	1.095	985	1.119	1.043
USA	30.318	33.428	34.921	34.873	33.294	34.823	32.502
Argentinien	19.700	16.470	15.900	14.400	16.370	17.300	16.500
Brasilien	37.200	39.800	41.800	44.600	46.150	47.400	48.800
Welt	123.970	130.230	131.580	137.360	140.660	146.810	144.670
© Situationsbericht 2026/T61-10				Quellen: USDA, Eurostat			



ausfallen als im Vorjahr. Der Anteil des Rübenzuckers an der weltweiten Erzeugung liegt bei rund einem Fünftel. Die übrigen vier Fünftel sind Rohrzucker.

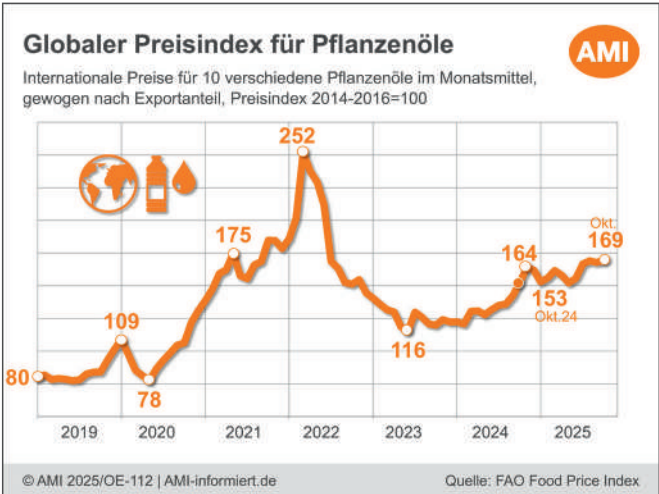
Steigende Zuckerpreise

Der FAO-Zuckerpreisindex lag im Oktober 2025 bei 94,1 Punkten (- 5 % unter unter dem Vormonat) und damit auf dem niedrigsten Stand seit Dezember 2020. Ausschlaggebend für den niedrigen Stand sind die Erwartungen an hohe weltweite Zuckervorräte. Als Hauptursache hierfür nennen die FAO-Experten ein starkes Produktionswachstum in Brasilien sowie die Erwartung von hohen Ernteerträgen in Thailand und Indien. Darüber hinaus übten auch die niedrigeren internationalen Rohölpreise vermehrt Druck auf die Weltmarktpreise aus.



Stabile der EU-Zuckererzeugung

Der EU-Zuckerrübenanbau ist 2025 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Die EU-Zuckererzeugung wird derweil auf rund 15,7 Millionen Tonnen Weißzucker geschätzt – und damit auf ein vergleichbares Niveau wie im Vorjahr. Die Europäische Union ist der weltweit größte Produzent von Rübenzucker und Hauptimporteur von Rohrzucker für die Raffination. In der EU werden ungefähr 50 Prozent der Welt-Rübenzuckerproduktion erzeugt.



Raps füllt Teller, Trog und Tank

Aus den 2024 aus heimischer Ernte erzeugten 3,6 Millionen Tonnen Raps können rein rechnerisch etwa 1,5 Millionen Tonnen Rapsöl und rund 2,2 Millionen Tonnen Rapskuchen und -extraktionsschrote gewonnen werden. Jährlich gehen etwa 400.000 Tonnen des Öls in die menschliche Ernährung. Das ernährungsphysiologisch besonders wertvolle Rapsspeiseöl ist seit Jahren das meistverwendete Pflanzenöl in den Haushalten. Mit den übrigen 1,1 Millionen Tonnen Rapsöl bzw. Rapsölmethylester (Biodiesel) können ca. 1,2 Millionen Pkw ein Jahr lang betrieben werden. Das bei dieser Biodieselmenge in der Verarbeitungskette anfallende Rapsschrot ersetzt gleichzeitig den Import von 1,4 Millionen Tonnen Import-Sojaschrot aus Übersee. Das entspricht etwa 0,5 Millionen Hektar Sojabohnenanbaufläche, die nicht „importiert“ werden. Rapsschrot ist gentechnikfrei und bedarf auch keines Nachweises der Erzeugung aus „entwaldungsfreiem“ Anbau.

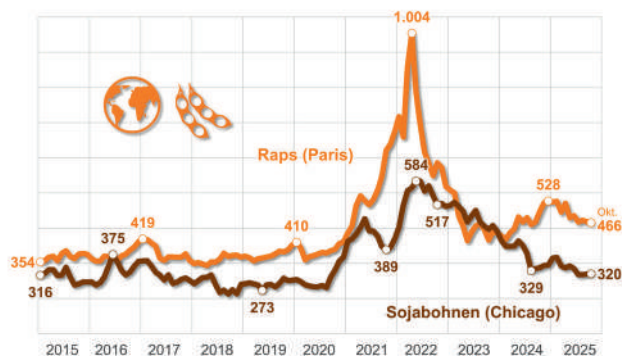
Quelle: UFOP, siehe auch
UFOP-Sachstandsbericht

Weltagrarmärkte – Versorgungsbilanz für Ölsaaten, Ölkuchen und Pflanzenöle¹⁾
in Millionen Tonnen

	2021/22	2022/23	2032/24	2024/25 ²⁾	2025/26 ³⁾	%-Veränd. zu Vorjahr
Produktion						
Ölsaaten	611,0	636,9	657,5	682,1	691,6	1,4
Ölkuchen	349,5	357,3	371,4	388,7	400,0	2,9
Pflanzliche Öle	208,3	218,1	222,2	228,9	234,7	2,5
Handel						
Ölsaaten	179,2	201,8	205,4	212,4	214,2	0,8
Ölkuchen	96,6	97,6	105,7	112,3	114,2	1,7
Pflanzliche Öle	79,7	88,6	86,1	86,6	86,7	0,1
Verbrauch						
Ölsaaten	609,3	625,7	643,3	669,2	687	2,7
Ölkuchen	346,8	354,9	366,2	380,5	395,3	3,9
Pflanzliche Öle	202,2	210,6	217,9	222,5	229,3	3,1
Endbestände						
Ölsaaten	115,6	123,1	136,4	143,1	145	1,3
Ölkuchen	20,4	18,2	19,4	22,3	22,7	1,8
Pflanzliche Öle	30,4	32,4	30,7	30,1	29,9	-0,7
1) Bezogen auf die sieben weltweit wichtigsten Ölpflanzen und -produkte						
2) Schätzung 3) Prognose						
© Situationsbericht 2026/T61-7				Quelle: USDA; Stand: September 2025		

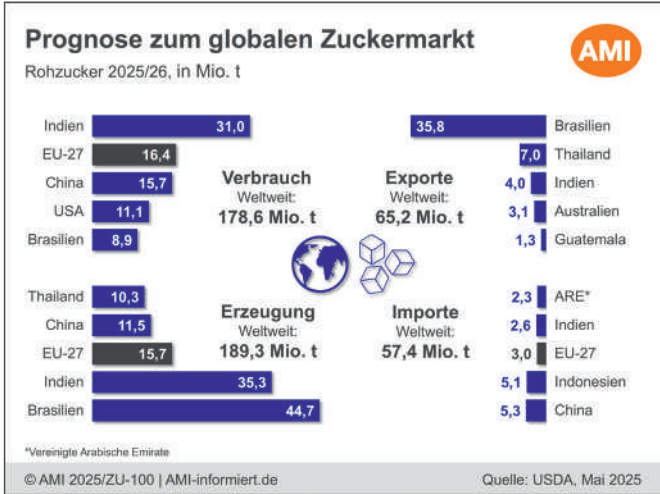
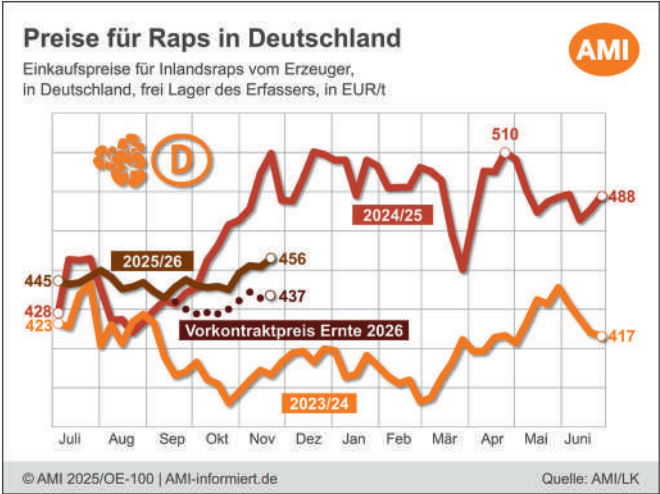
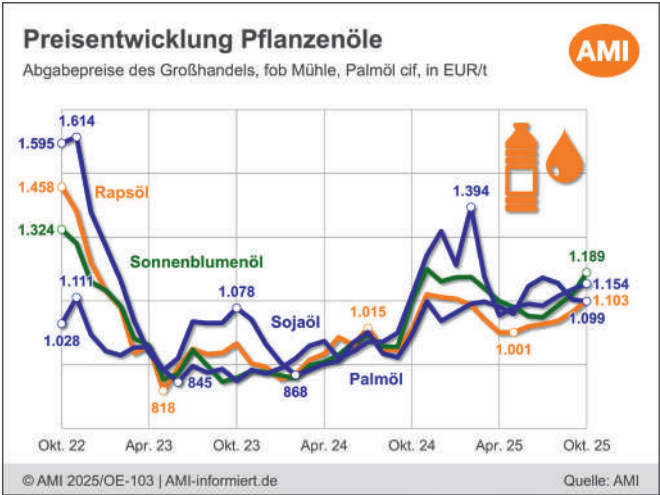
Soja- und Rapskurse am Weltmarkt

Monatsdurchschnitte, in EUR/t



© AMI 2025/OE-119 | AMI-informiert.de

Quellen: AMI; CME; Euronext



Zuckerrübenanbaufläche hierzulande gesunken

Die deutsche Zuckererzeugung aus Rüben fällt in der Zuckerrübenkampagne 2025/26 nach der 3. Ernte- und Erzeugungsschätzung der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker (WVZ) mit 4,4 Millionen Tonnen um 4 Prozent geringer aus als in der Kampagne 2024/25. Die Anbaufläche sank ebenfalls um rund 38.000 Hektar oder knapp 10 Prozent auf 349.000 Hektar. Ertragsmindernd hat sich auch 2025 die Ausbreitung der Schilfflasflügelzikade ausgewirkt. Die von diesem Insekt übertragenen Krankheiten haben zu Blattverlust und Gummirüben geführt. Laut Statistischem Bundesamt wurden 2024 auf 437.000 Hektar Zuckerrüben angebaut. Rund 10 Prozent dienen weit überwiegend der Bioethanolerzeugung. Etwa 7 Prozent der Bioethanolerzeugung in Deutschland stammen aus Zuckerrüben.

Zucker mit ausgedehnten Importkontingenten

Zum 1. Oktober 2017 ist die EU-Zuckermarktordnung ausgelaufen. Aussaat und Anbau erfolgen seitdem auch in der EU unter den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs, ohne Quoten und ohne Mindestpreise. In der Konsequenz kann jeder so viel Zucker produzieren und erstmals auch exportieren, wie er will. Der Import wurde gelockert. So wurde die Einfuhrquote für Drittländer in die EU seit 2014 durch bilaterale Handelsabkommen auf mehr als 700.000 Tonnen fast verdreifacht. Zugleich ist der Import zu einem ermäßigten Zollsatz unter der sogenannten CXL-Quote auf annähernd 800.000 Tonnen gestiegen.

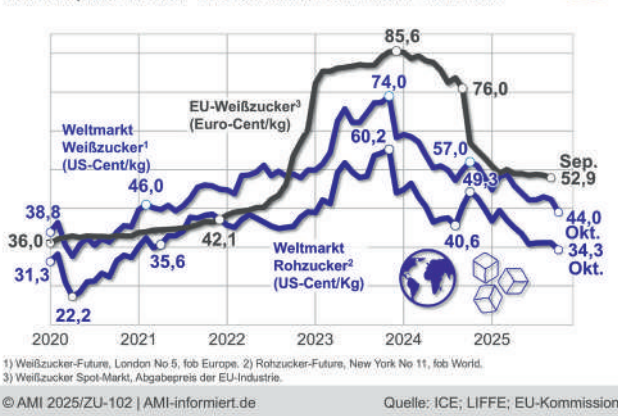
Überdurchschnittliche Kartoffelernte

Nach dem vorläufigen Ergebnis der amtlichen Statistik liegt die deutsche Kartoffelernte des Jahres 2025 bei 13,4 Millionen Tonnen. Das sind rund 0,7 Millionen Tonnen oder 5,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Sowohl die gestiegene Anbaufläche von 301.000 Hektar (12.000 ha mehr als im Vorjahr) als auch der weiterhin hohe Hektarertrag von 444 Dezitonnen je Hektar sorgten für eine überdurchschnittliche Ernte. Bei einer um gut 4 Prozent größeren Anbaufläche und in etwa gleichen hohen Hektarerträgen wie im Vorjahr wird die EU-Kartoffelerzeugung auf 51,2 Millionen Tonnen geschätzt. Das sind gegenüber dem Vorjahr gut 5 Prozent mehr. Im Wirtschaftsjahr 2023/24 lagen die

Welttagarmärkte – Weltversorgungsbilanz für Zucker in Millionen Tonnen

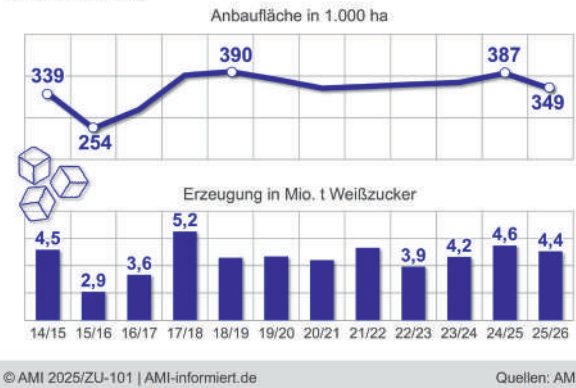
	2020/21	2021/22	2022/23	2023/24 ¹⁾	2024/25 ²⁾	%-Veränd. zu Vorjahr
Produktion	180,3	180,7	179,1	183,8	186,6	1,5
Verbrauch	171,1	174,0	176,4	177,6	179,6	1,1
Handel	64,1	64,8	62,1	63,3	66,7	5,3
Endbestände	50,3	47,7	46,2	48,4	45,4	-6,1
1) Schätzung 2) Prognose						
© Situationsbericht 2026/T61-9						Quelle: USDA; Stand: Mai 2025

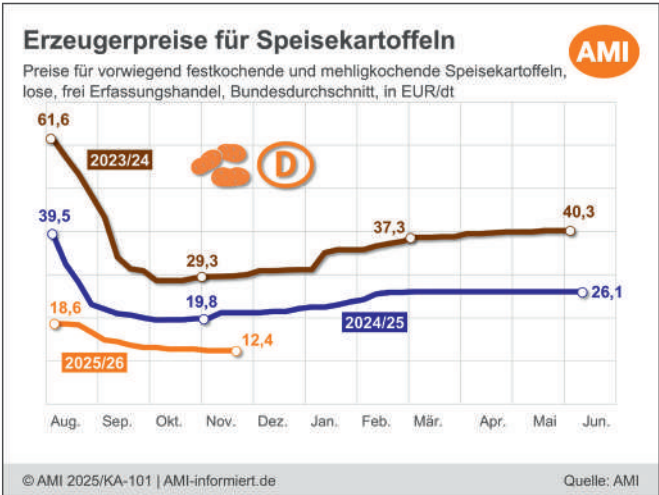
Zuckerpreise am Weltmarkt und in Europa
Weltmarktpreise für Weiß- und Rohzucker, EU-Preise für Weißzucker



Der deutsche Zuckermarkt

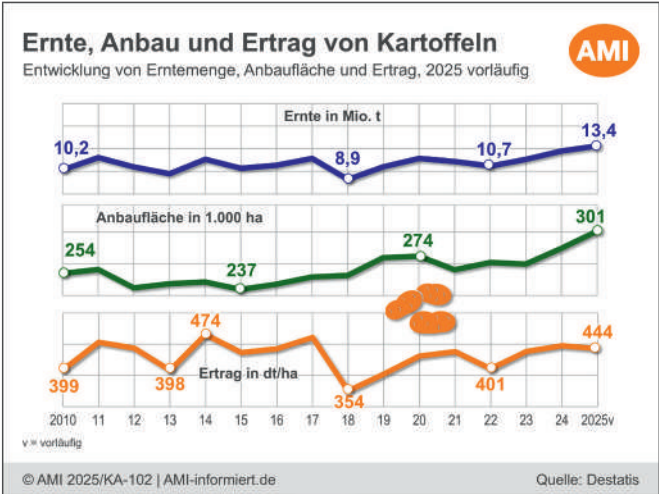
Rübenanbaufläche und Weißzuckererzeugung, 2025/26 Schätzung



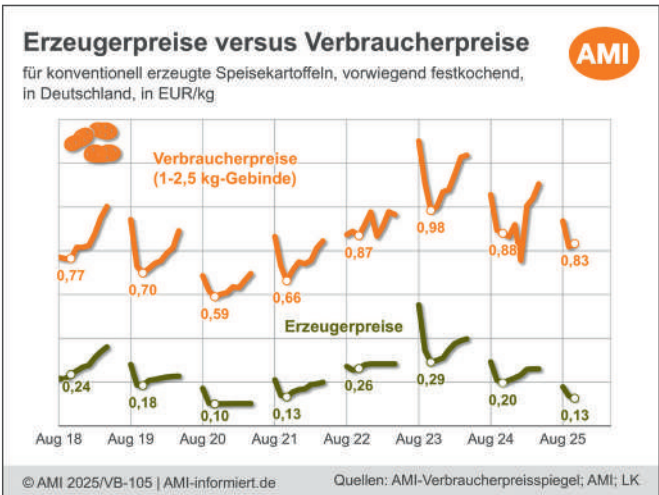


Erzeugerpreise für Speisekartoffeln im Bundesdurchschnitt mit rund 37 Euro je Dezitonne um ein Drittel (+ 33 %) über dem Vorjahresstand. Im November 2026 kamen diese nur noch auf circa 12 Euro je Dezitonne.

Vermarktungsspanne ist tendenziell größer geworden
Der Zusammenhang zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist bei Speisekartoffeln relativ eng. Sinkende bzw. steigende Erzeugerpreise gehen mit sinkenden bzw. steigenden Verbraucherpreisen einher, allerdings nicht in gleichem Ausmaß.



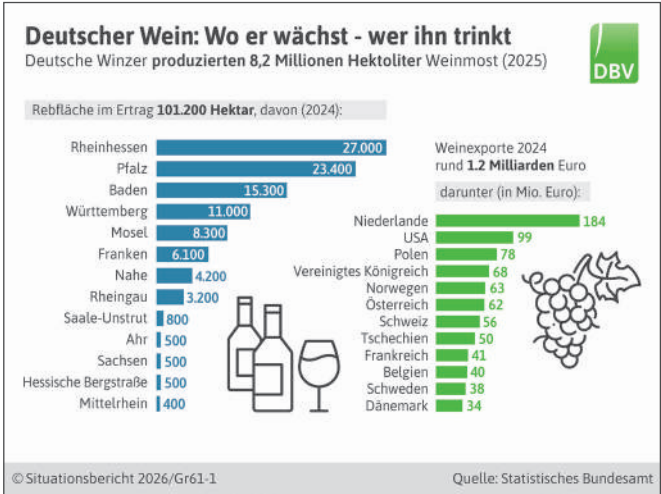
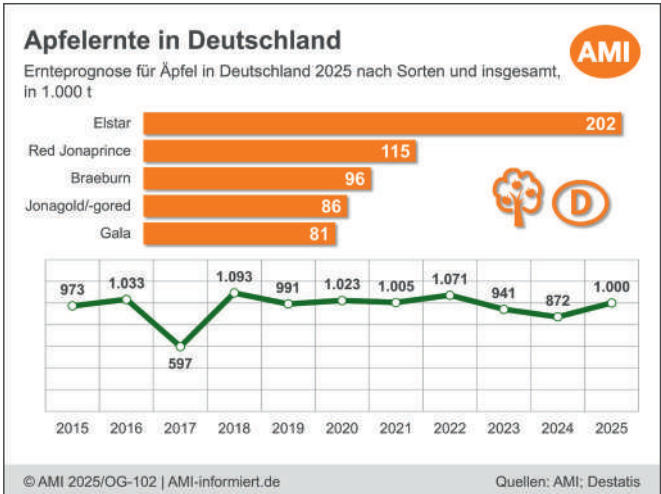
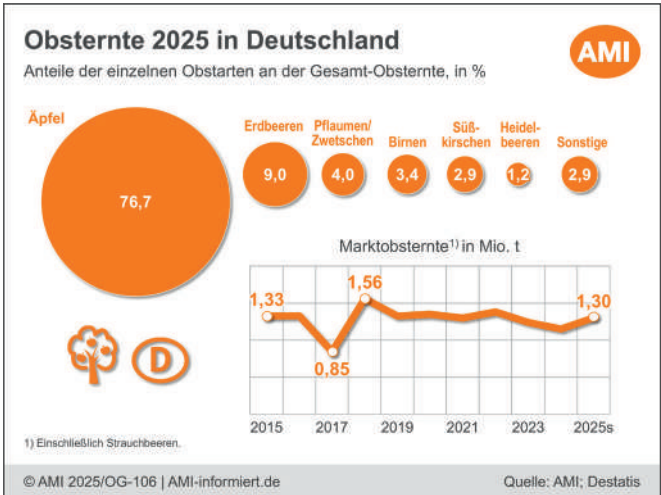
Obsternte gestiegen
Die Obsternte in Deutschland liegt 2025 nach Schätzungen der AMI mit rund 1,3 Millionen Tonnen um 23 Prozent über dem Vorjahresstand (1,05 Mio. t). Die Obsternte in Deutschland wird damit voraussichtlich überdurchschnittlich ausfallen. Dies liegt unter anderem an der milden Witterung während der Blütezeit sowie dem Ausbleiben von Frost und Hagel in den wichtigsten Anbaugebieten. Auch andere Obstsorten wie Pflaumen, Zwetschgen, Kirschen und Birnen profitieren von guten Wachstumsbedingungen, sodass für viele dieser Früchte eine Steigerung der Ernte gegenüber



dem Vorjahr erwartet wird. Allerdings ist die Streuobsternte weiterhin durch klimatische Herausforderungen und Überalterung der Bestände belastet, dennoch liegen die Mengen besser als zunächst erwartet.

Deutlich mehr Äpfel

Äpfel bleiben das mit Abstand am meisten geerntete Baumobst in Deutschland und werden bundesweit auf einer Fläche von 33.000 Hektar geerntet. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes beläuft sich die deutsche Apfelernte im Jahr 2025 auf 1.000.000 Tonnen. Das sind gegenüber dem Vorjahr 128.000 Tonnen mehr. Die Kirschernte stieg 2025 um 33 Prozent auf 47.100 Tonnen, mit 79 Prozent Sübkirschen (37.300 Tonnen) und dem Rest Sauerkirschen, wobei Sübkirschen besonders gut ausfielen, Sauerkirschen jedoch unter dem Zehnjahresdurchschnitt lagen aufgrund rückläufiger Anbauflächen. Für Birnen prognostiziert man 40.200 Tonnen, eine Steigerung um drei Prozent zum Vorjahr und sechs Prozent zum Zehnjahresdurchschnitt.



Deutschland - Ölsaaten Anbaufläche und Ertrag						
	Anbaufläche			Ertrag je Hektar		
	Soja-bohnen	Winter-raps	Sonnen-blumen	Soja-bohnen	Winter-raps	Sonnen-blumen
Baden-Württemberg	7.400	53.000	1.600	31,8	41,2	33,5
Bayern	22.800	115.500	6.200	33	36,7	22,9
Brandenburg	2.400	92.500	21.300	23,2	27,6	20,2
Hessen	900	53.100	600	21,4	38,1	
Mecklenburg-Vorpommern	800	187.700	2.600		35,9	8,1
Niedersachsen	2.400	97.700	1.300	23,5	40,5	23,3
Nordrhein-Westfalen		57.400	300	23,1	41,3	29,7
Rheinland-Pfalz		43.700			42,4	
Saarland		2.700	200		34,5	
Sachsen	1.900	104.900	3.900	25,7	35,8	24,2
Sachsen-Anhalt	3.300	123.600	16.900	27,3	34,4	24,3
Schleswig-Holstein		62.700			38,1	
Thüringen	600	97.500	6.600	25	34,8	31,3
Deutschland	43.300	1.092.700	61.900	30,2	36,4	23,1
1) Schätzung 2) Prognose						
© Situationsbericht 2026/T61-11				Quelle: Statistisches Bundesamt		

Anbaufläche und Struktur

Die Baumobstfläche 2025 betrug vorläufig 46.690 Hektar, mit Rückgängen bei Äpfeln (32.690 Hektar) und Süßkirschen (5.660 Hektar); andere Sorten wie Pflaumen, Zwetschen, Birnen und Sauerkirschen nahmen kleinere Anteile ein. Der Betriebsrückgang auf 6.510 setzt sich fort, doch die Fläche wuchs langfristig um acht Prozent, mit durchschnittlich 7,6 Hektar pro Betrieb.

Anbau von Freilandgemüse

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind 2024 auf einer Fläche von 134.100 Hektar Gemüse und Erdbeeren im Freiland angebaut worden. Gegenüber den Anbauzahlen für 2023 sind das 5.000 Hektar mehr. Zu den flächenmäßig wichtigsten Kulturen gehören Spargel, Möhren und Zwiebeln. Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sind nach wie vor die Bundesländer mit der größten Freilandgemüsefläche.

Erdbeerernte variiert regional

Erdbeeren wurden 2025 auf rund 8.100 Hektar angebaut. Die Erdbeerernte im Freiland variiert regional stark in Deutschland, mit Nordrhein-Westfalen als Spitzenreiter bei geschätzten 18.600 Tonnen, gefolgt von Niedersachsen mit 17.800 Tonnen und Baden-Württemberg mit 11.800 Tonnen, was zusammen über 60 Prozent der bundesweiten Schätzung von 75.500 Tonnen ausmacht.

Zierpflanzenfläche rückläufig

Die Zierpflanzenproduktion in Deutschland verzeichnete 2025 gegenüber 2021 einen Rückgang von etwa 10 Prozent bei der Zahl der Betriebe und einen Flächenverlust von rund 8 Prozent. Diese Entwicklung spiegelt den anhaltenden Strukturwandel in der Branche wider, der durch steigende Kosten und veränderte Marktbedingungen geprägt ist. Trotz der Schrumpfung bleibt die gärtnerische Produktion ein wichtiger Wirtschaftszweig mit starken regionalen Schwerpunkten.

Spargelanbau sinkt

Die ertragsfähige Anbaufläche für Spargel in Deutschland ist 2025 um rund sechs Prozent auf 18.600 Hektar geschrumpft, bedingt durch steigende Produktionskosten, rückläufige Nachfrage und unzureichende Niederschläge im Frühjahr. Die geschätzte Erntemenge von 98.900 Tonnen liegt neun Prozent unter dem Vorjahr und markiert den niedrigsten Wert seit 2010.

Deutschland unter den TOP 10-Weinländern

In der Europäischen Union zeichnet sich für 2025 witterungsbedingt eine höhere Produktion von Wein ab. Mit geschätzten 145,5 Millionen Hektoliter stellt dies einen leichten Anstieg von 1 Prozent gegenüber 2024 dar, liegt jedoch unter dem Fünfjahresdurchschnitt. Italien bleibt mit 47 Millionen Hektolitern der größte Produzent, gefolgt von Frankreich und Spanien, wobei Witterungsprobleme wie Hitze und Dürre sowie sinkende Nachfrage den Sektor belasten. Italien, Frankreich und Spanien sind zugleich die drei größten Weinerzeugerländer der Welt. Auf sie entfielen nach zuletzt für 2023 vorliegenden Angaben 48 Prozent der gesamten Welt-Weinerzeugung. Auf Platz 4 der Weltrangliste folgen die USA mit 24,3 Millionen Hektolitern. Deutschland liegt 2023 auf Platz 9 der Weltrangliste.

Ernte 2025: Höhere Erträge schwierige Preise

Das Statistische Bundesamt schätzt die Weinernte 2025 zunächst auf 8,2 Millionen Hektoliter Weinmost, was einem Plus von 5 Prozent gegenüber dem schwachen Vorjahr (7,8 Millionen Hektoliter) entspricht. Diese Erholung resultiert aus besseren Witterungsbedingungen nach Spätfrost und Starkregen 2024, wobei Rheinhessen (2,2 Mio. Hektoliter) und Pfalz (2,0 Mio. Hektoliter) die größten Anteile liefern. Dennoch liegt die Menge 3 Prozent unter dem Sechsjahresdurchschnitt von 8,5 Millionen Hektolitern. Das Deutsche Weininstitut (DWI) rechnet indes in einer späteren Ertragsschätzung mit nur 7,3 Millionen Hektoliter, die schlechteste Ernte seit 15 Jahren und 16 Prozent unter dem Zehnjahresdurchschnitt. Ursachen sind kleinere Beeren, geringere Mostausbeuten sowie intensive Selektionen nach September-Niederschlägen, besonders in Pfalz (- 18 %), Baden (- 15 %) und Württemberg (- 22 %). Die Qualität sei aber positiv.

Wein und Weinbau in Deutschland

Deutschland beheimatet die nördlichsten zusammenhängenden Weinbaugebiete der Welt. Die gesamte Rebfläche lag 2025 bei 101.400 Hektar. Rund zwei Drittel davon befinden sich in Rheinland-Pfalz. Die meisten der etwa 14.300 Winzer – 6.300 davon im Nebenerwerb – sind in 140 Winzergenossenschaften zusammengeschlossen. Die USA sind unverändert das wichtigste Exportland für deutschen Wein.

Überdurchschnittliche Hopfenernte

Die Anbaufläche für Hopfen war zuletzt rückläufig auf rund 18.900 Hektar. Gut 80 Prozent davon liegen in der bayerischen Hallertau, die zugleich das weltweit größte zusammenhängende Anbaug Gebiet darstellt. Gut Prozent der weltweiten Hopfenanbaufläche von gut 60.000 Hektar entfallen auf Deutschland. Die Erzeugnisse der verbleibenden rund 965 Hopfenbetriebe in sechs Bundesländern in Deutschland werden in über 150 Länder exportiert. Für das Jahr 2025 wird in Deutschland einer leicht unterdurchschnittliche Hopfenernte gerechnet. Die offizielle Schätzung geht von etwa 41.000 Tonnen Hopfen aus, was rund 11 Prozent weniger als im Vorjahr 2025 bedeutet. Diese Menge liegt zudem knapp unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

6.2 Tierische Erzeugung



Überdurchschnittliches globales Wachstum bei tierischen Produkten

Die Welternährungsorganisation FAO und die internationale Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit OECD gehen in ihrer Prognose von Mitte 2025 für die Zeit bis 2034 von einem Wachstum der landwirtschaftlichen Erzeugung von 14 Prozent aus, die Produktionssteigerung von Fleisch, Milchprodukten und Eier um 17 Prozent. Dieses Wachstum liegt über dem der prognostizierten Weltbevölkerung von jährlich 0,8 Prozent und unter dem realen Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens von jährlich 1,6 Prozent. Damit wächst die tierische Erzeugung schneller als die landwirtschaftliche Produktion insgesamt. Die weltweiten Tierbestände sollen demnach um 7 Prozent ansteigen.

Welt-Fleischwachstum wird vor allem von Geflügelfleisch getragen

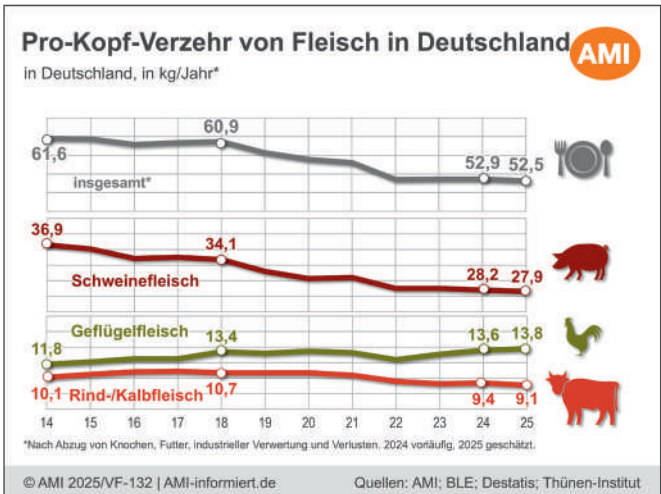
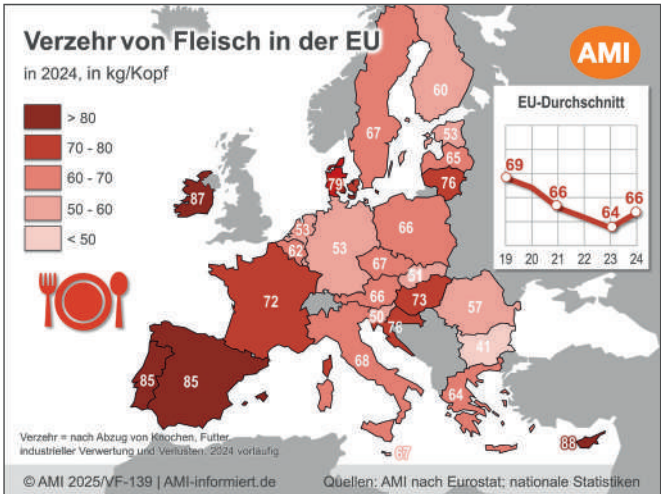
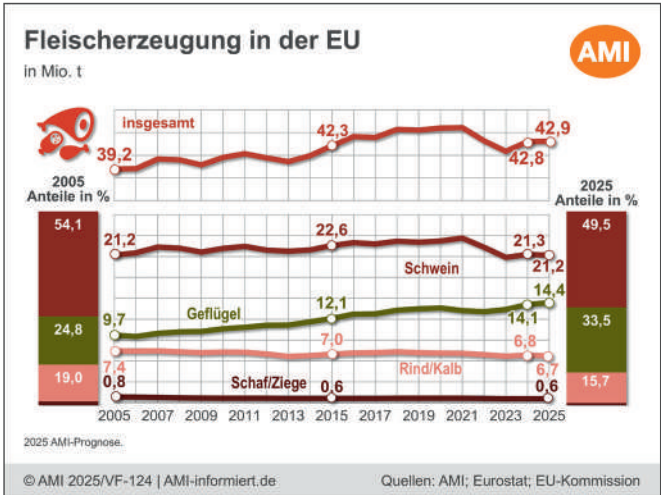
FAO und OECD schätzen für Geflügelfleisch ein überdurchschnittliches Wachstum von 14,5, und zwar im Vergleich 2034 zum Dreijahresdurchschnitt 2021-2023. Die Rindfleischerzeugung soll im Betrachtungszeitraum um 10,6 Prozent, die von Schweinefleisch um 3,6 Prozent wachsen. Damit baut Geflügel seine Rolle als Spitzenreiter mit einem Marktanteil

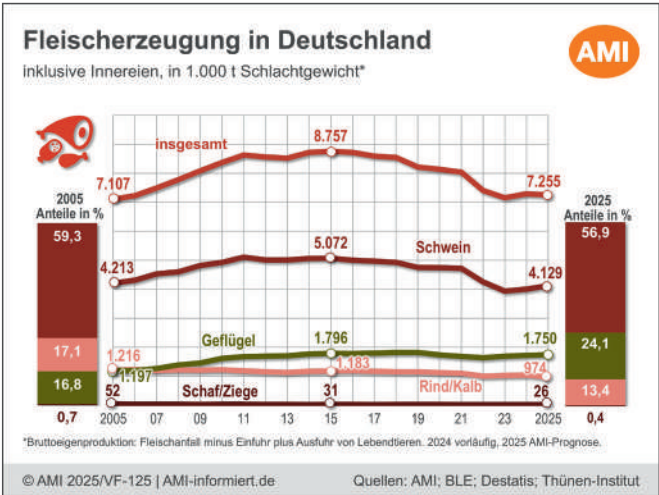
Weltagrarmärkte – Fleisch, in Millionen Tonnen Schlachtgewicht				
	2023	2024 ²⁾	2025 ³⁾	%-Veränd. 2024 zu 2023
Weltweite Erzeugung	372,2	378,1	383,5	1,4
Rindfleisch	76,4	78,3	78	-0,4
Geflügelfleisch	146,3	150	154,4	2,9
Schweinefleisch	124,7	125,1	126,3	1
Schaffleisch	19	18,9	18,9	0,2
Grenzüberschreitender Handel	40,3	42,2	43	1,7
Rindfleisch	11,9	13	13,4	3,7
Geflügelfleisch	16,1	16,5	16,7	1,1
Schweinefleisch	9,7	10	10,2	1,5
Schaffleisch	1,2	1,3	1,3	-1,9
Welt-Pro-Kopf-Verbrauch Fleisch ¹⁾	45,8	46,2	46,4	0,6
FAO Fleischpreisindex	114	117	123	5,1
(2014-2016=100)			(Jan.-Okt.)	(Jan.-Okt.)
1) einschließlich Knochen, Futter, industrieller Verwertung und Verlusten 2) geschätzt 3) Prognose				
© Situationsbericht 2026/T62-1				
Quelle: FAO; Stand November 2025				

von dann 41 Prozent an der globalen Fleischerzeugung aus, gefolgt von Schweinefleisch mit 33 Prozent. Auf Rind- und Schaffleisch werden dieser Prognose zufolge rund 21 bzw. 5 Prozent der Weltfleischerzeugung entfallen.

Globale Fleischnachfrage wächst weiter, auch bei Rind- und Schweinefleisch

Die Nachfrage nach Getreide und anderen traditionellen Grundnahrungsmitteln wird sich weiter hin zu tierischen Nahrungsmitteln wie Fleisch, Fisch, Eiern und Milchprodukten verschieben. OECD und FAO gehen bei ihren Prognosen von einem weiter steigenden Fleisch-Pro-Kopf-Verbrauch aus, bis 2034 um 0,5 auf knapp 29 Kilogramm (ohne Knochen) je Kopf der Weltbevölkerung. Damit fällt das Wachstum des Pro-Kopf-Verbrauchs halb so hoch aus wie in der vorangegangenen Dekade. Besonders stark wächst der Fleischkonsum allerdings in den Entwicklungsländern, vor allem über den Konsum von Geflügelfleisch. Geflügel hat gegenüber anderen Fleischsorten Vorteile in Bezug auf den Produktionszyklus, eine höhere Futterverwertung bei geringeren Kosten und die Nähe zu schnell wachsenden städtischen Märkten. Der weltweite Schweinefleischkonsum wird den Projektionen zufolge in allen Regionen der Welt weiter zunehmen, mit Ausnahme von Europa, wo der Pro-Kopf-Verbrauch bereits hoch ist und gesundheitliche, ökologische und gesellschaftliche

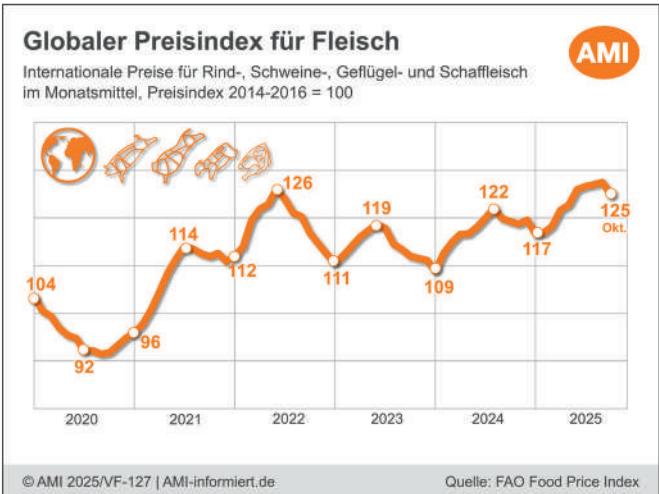




Belange die Wahl der Verbraucher erheblich beeinflussen. Weiter deutlich zunehmen wird im Rahmen des Bevölkerungswachstums bei stabilem Pro-Kopf-Verbrauch der weltweite Konsum von Rindfleisch.

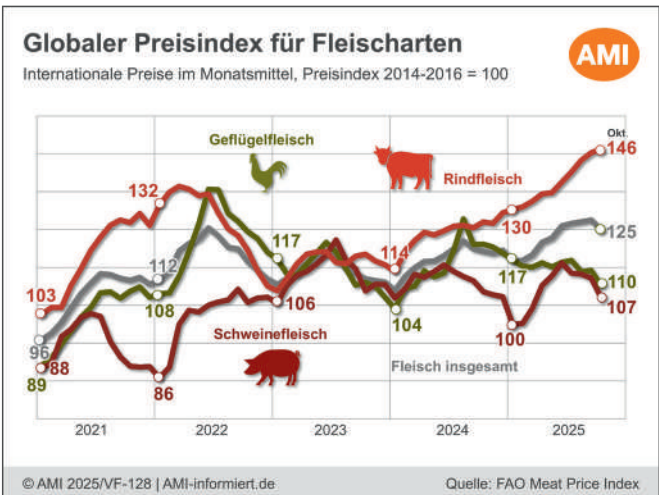
Anstieg der Weltfleischerzeugung in 2025 um gut 1 Prozent

Nach Schätzungen der FAO steigt die weltweite Fleischproduktion 2025 gegenüber Vorjahr mit plus 1,4 Prozent weiter an. Danach dürfte sich die Erzeugung von Rinder-, Schaf-, Geflügel- und Schweinefleisch in 2025 auf insgesamt 383,5 Millionen Tonnen Schlachtgewicht (SG) belaufen. Am stärksten fällt der Anstieg der Geflügel- und Schweinefleischerzeugung aus (+ 2,9 bzw. + 1 %). Bei Schweinefleisch dagegen wird ein leichter Produktionsrückgang (- 0,4 %) erwartet.



Europäische Union: Weltweit drittgrößter Fleischerzeuger

Die EU-27 ist mit rund 42,9 Millionen Tonnen in 2024 nach China und den USA der weltweit drittgrößte Fleischerzeuger (11,2 %). Differenziert nach Fleischarten entfallen von der Welt-Erzeugung des Jahres 2025 auf die EU-27 bei Schweinefleisch 17 Prozent, bei Geflügelfleisch 9 Prozent, bei Rindfleisch 8 Prozent sowie bei Schaf- und Ziegenfleisch 3 Prozent.

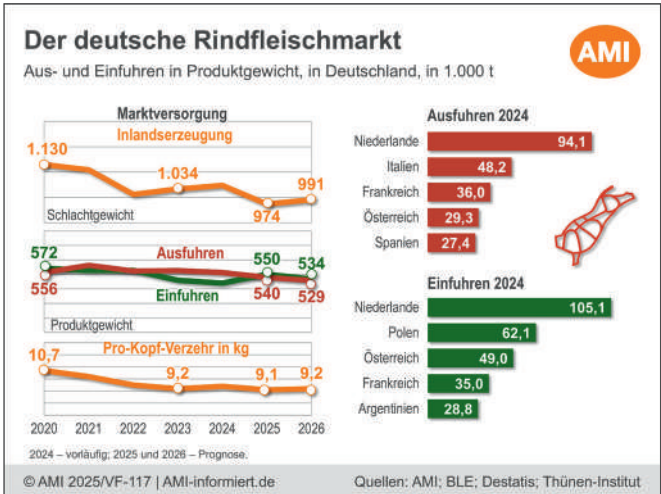
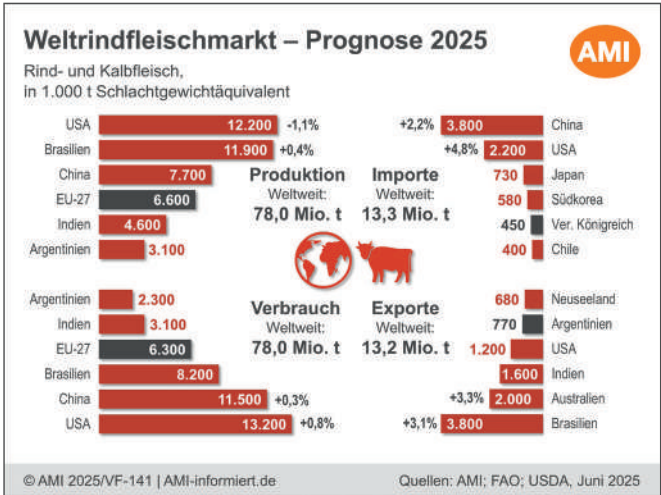


EU-Fleischversorgung stabilisiert sich

Die Eigenversorgung der EU mit Fleisch hat sich im letzten Jahr stabilisiert Für 2025 wird zwar mit einem leichtem Erzeugungsanstieg gerechnet. Der Pro Kopf Verbrauch ist 2024 erstmals seit Jahren angestiegen, auf nun 66 Kilogramm je EU-Bürger. Damit sinkt der EU-Selbstversorgungsgrad bei Fleisch 2024 leicht auf 111 Prozent. Die Selbstversorgungsgrade lagen Jahr 2024 bei Rindfleisch bei 107 Prozent, Schweinefleisch bei 116 Prozent, Geflügelfleisch bei 108 Prozent und bei Schaf-/Ziegenfleisch bei 88 Prozent. Für 2026 prognostiziert die EU-Kommission kaum Veränderung bei der EU-Erzeugung und dem EU-Verbrauch von Fleisch.

EU-Fleischkonsum steigt etwas an

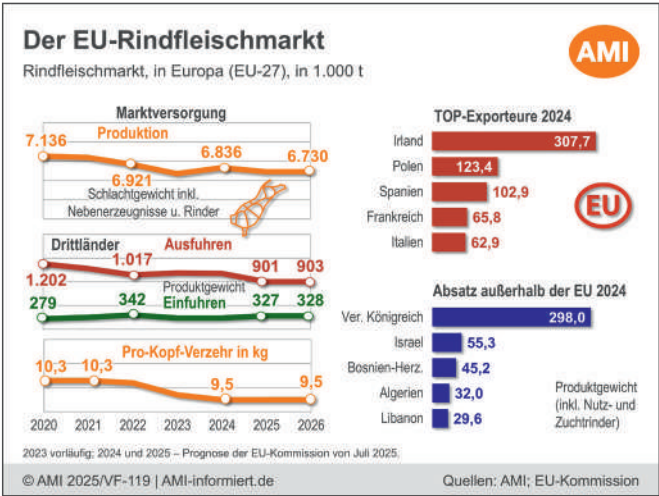
Den Pro-Kopf-Verzehr von Fleisch schätzt die Europäische Kommission in 2025 für die EU auf rund 65 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung. Während der Pro-Kopf-Verzehr bei Rind-, Schaf- und Schweinefleisch leicht zurückgeht, steigt er bei Geflügelfleisch an. Für 2025 rechnet die Europäische Kommission mit einer Trendfortschreibung Im Durchschnitt der EU wird ein relativ stabiler Pro-Kopf-Verzehr von Fleisch erwartet.



Weltagrarmärkte – Prognose für Fleisch und Milch, in Millionen Tonnen					
	2025 ¹⁾	2026 ²⁾	2030 ²⁾	2034 ²⁾	%-Veränd. 2034 zu 2025
Weltproduktion					
Rindfleisch	75,6	76,4	80,5	83,7	10,6
Schweinefleisch	125,0	125,7	127,6	129,6	3,6
Geflügel	151,4	154,0	163,9	173,4	14,5
Eier	98,6	99,9	104,6	108,7	10,2
Milch	945,1	963,6	1.034,5	1.109,4	17,4
Europa (Produktion)					
Rindfleisch	10,1	10,1	10,0	9,9	-2,5
Schweinefleisch	28,6	28,7	28,8	28,7	0,2
Geflügel	23,8	24,0	24,4	24,9	4,2
Eier	11,4	11,4	11,6	11,7	3,2
Milch	226,4	227,1	227,7	227,6	0,5
Europa (Export)					
Rindfleisch	1,2	1,2	1,2	1,2	2,7
Schweinefleisch	3,3	3,3	3,4	3,4	2,0
Geflügel	3,2	3,3	3,4	3,5	11,0
Eier	0,4	0,4	0,4	0,5	12,9
Europa (Import)					
Rindfleisch	1,1	1,1	1,1	1,1	1,3
Schweinefleisch	1,0	1,0	1,0	1,0	-0,9
Geflügel	2,2	2,2	2,2	2,3	4,1
Eier	0,2	0,2	0,2	0,2	4,0
1) Schätzung 2) Prognose					
© Situationsbericht 2026/T62-1d			Quelle: FAO; Stand: August 2025		

Deutschland erzeugt immer weniger Fleisch

Seit 2015 geht die in Deutschland produzierte Fleischmenge zurück. Zwischen 2015 und 2025 ist die Bruttoeigenerzeugung um 17 Prozent zurückgegangen. Grund sind rückläufige Mengen an erzeugtem Schweine- und Rindfleisch (- 19 bzw. - 18 %), die erzeugte Menge Geflügelfleisch sank ebenfalls (- 3 %). Die Marktanteile der einzelnen Fleischarten haben sich im Zeitvergleich stark verschoben. So hat der Anteil des erzeugten Geflügelfleischs von 2005 bis 2025 um über 7 Prozentpunkte auf 24 Prozent Marktanteil zugelegt. Rindfleisch dagegen hat im gleichen Zeitraum verloren und nimmt nur noch einen Anteil von gut 13 Prozent an der gesamten Fleischerzeugung ein. Die wichtigste Fleischart bleibt Schweinefleisch mit einem Anteil von 57 Prozent an der Bruttoeigenproduktion (2005: 59 %). Nach Schätzungen für 2025 steigt die deutsche Fleischerzeugung wieder leicht.



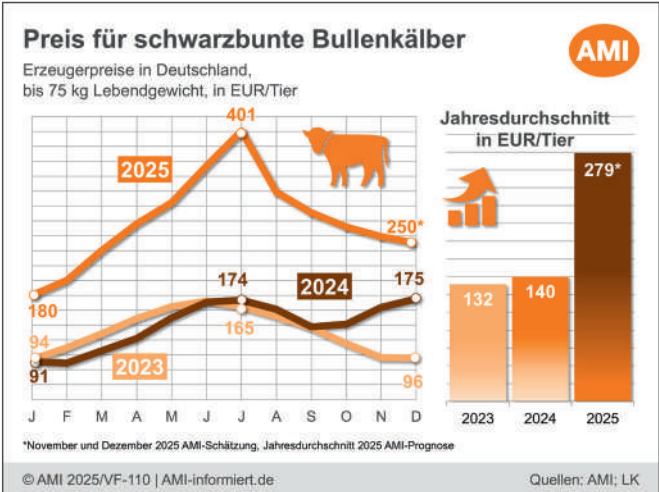
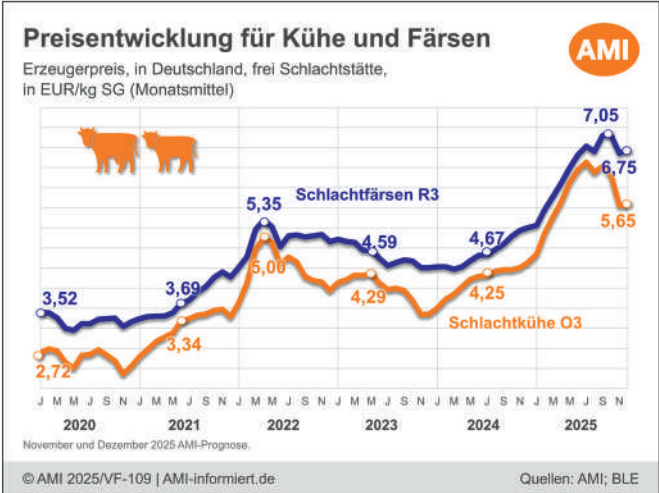
Globale Fleischpreise stabilisieren sich

Die globalen Fleischpreise, gemessen am FAO-Fleischpreisindex, sind im ersten Halbjahr 2025 saisonal spürbar angestiegen, in der zweiten Jahreshälfte wird eine Abwärtsbewegung erwartet. Insgesamt stehen die Preise aber deutlich fester als im Vorjahr. Mit Beginn der zweiten Jahreshälfte überschritten die Fleischpreise die Vorjahreslinie immer mehr. Im Oktober lag der FAO-Fleischpreisindex um rund 10 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Globale Rindfleischerzeugung steigt

Die globale Rindfleischerzeugung wird von FAO und des USDA für 2026 auf 76,4 Millionen Tonnen geschätzt. Das ist gut 1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Auch in den Folgejahren ist mit einem Anstieg der Produktion zu rechnen, stagnierend bis rückläufig ist indes die Produktion in der EU. Produktionssteigerungen werden vor allem in Indien, Argentinien und Australien erwartet.

Weltagrarmärkte – Fleisch nach Ländern, in 1.000 Tonnen Schlachtgewicht						
	Erzeugung		Importe		Exporte	
	2024 ¹⁾	2025 ²⁾	2024 ¹⁾	2025 ²⁾	2024 ¹⁾	2025 ²⁾
Welt	378.145	383.531	40.805	41.515	42.236	42.953
China	99.396	101.598	7.384	7.241	1.315	1.605
Indien	13.262	13.647	1	1	1.476	1.557
Indonesien	4.675	5.120	245	299	5	4
Iran	2.571	2.577	343	280	67	72
Japan	4.223	4.229	3.627	3.512	22	22
Malaysia	1.840	1.872	622	649	61	61
Pakistan	5.643	5.900	1	1	121	116
Philippinen	3.054	3.151	1.311	1.463	8	8
Südkorea	2.826	2.779	1.630	1.604	81	84
Saudi-Arabien	1.592	1.658	948	968	98	109
Thailand	3.003	3.032	66	63	1.627	1.713
Türkei	4.673	4.862	136	108	543	563
Vietnam	6.633	6.860	843	845	44	50
Ägypten	3.136	3.163	400	376	1	1
Südafrika	3.605	3.654	449	393	163	157
Mexiko	8.258	8.438	3.029	3.190	553	543
Argentinien	6.386	6.453	39	118	1.189	1.071
Brasilien	32.458	32.904	66	58	10.401	10.949
Kolumbien	3.185	3.252	275	291	33	44
Uruguay	701	719	127	137	475	506
Kanada	5.196	5.265	793	810	2.173	2.175
USA	49.199	48.930	3.044	3.338	7.919	7.601
EU-27	42.664	42.838	1.511	1.594	6.063	5.894
Ver. Königr.	4.189	4.208	2.613	2.648	673	686
Russland	12.808	13.000	303	297	515	594
Ukraine	2.355	2.294	63	83	505	511
Australien	5.542	5.753	253	250	2.929	2.829
1) Geschätzt 2) Prognose						
© Situationsbericht 2026/T62-1c				Quelle: FAO; Stand November 2025		



Globaler Handel mit Rindfleisch

Der weltweite Handel mit Rindfleisch dürfte FAO-Schätzungen zufolge 2025 auf 13, Millionen Tonnen ansteigen. Hauptgrund dafür sind stark gestiegene Importe von China und den USA vor allem infolge verringerter Eigenerzeugung. Weltweit führender Importeur von Rindfleisch bleibt China mit einem Anteil von einem Drittel an den globalen Rindfleischimporten. Unter den Exporteuren bleibt Brasilien Marktführer (29 % Exportmarktanteil). Die größte Steigerung der Liefermengen weist erneut Australien auf.

Haupterzeuger von Rindfleisch sind Nord- und Südamerika

Die größten Produzenten für Rindfleisch sind auch weiterhin Nord- und Südamerika. Die USA sind mit einem Anteil von 15 Prozent an der weltweit erzeugten Rindfleischmenge Marktführer, dicht gefolgt von Brasilien. Zu den größten vier in der Rindfleischerzeugung gehört neben den USA Brasilien und China auch die EU. Diese TOP 4 zusammen erzeugen knapp 50 Prozent des Rindfleischs der Welt. Anfang 2024 kennt der Rindfleischpreis nur eine Richtung und ist seitdem um 28 Prozent angezogen.

Rückläufige

EU-Rindfleischerzeugung

Die Europäische Kommission geht für die EU in 2025 und auch in 2026 bei Rindfleisch sowohl auf der Erzeugungsseite als auch auf der Verbrauchsseite von leicht rückläufigen Mengen aus. In der Prognose für 2025 stagniert der Pro-Kopf-Verzehr im EU-Durchschnitt bei 9,5 Kilogramm Rindfleisch.

Deutsche Rindfleischerzeugung relativ stabil

Für 2025 erwarten Marktexperten der AMI ein deutlich Minus der in Deutschland erzeugten Rindfleischmenge, für 2026 wieder ein leichtes Plus. Im Außenhandel werden bei den Einfuhren zuerst 2025 erhöhte dann aber 2026 wieder eher rückläufige Aktivitäten prognostiziert. Die Ausfuhren dürften sich eher leicht rückläufig entwickeln. Der Verbrauch von Rindfleisch dürfte 2025 unverändert bei 9,1 Kilogramm pro Kopf liegen, mit einem leichten Plus 2026 auf 9,2 Kilogramm pro Kopf.

Rückgang der Ausfuhren

Die aktuelle Lage am heimischen Rindermarkt erschwert auch das Außenhandelsgeschäft, hierzu zählen neben knapper Bestände auch die Blauzungenerkrankung sowie der einmalige Ausbruch der Maul- und Klauenseuchen (MKS) in 2025. So sinken die Ausfuhren auf 529.000 Tonnen und liegen im zweiten Jahr in Folge unter den Niveau der Einfuhren. Das Hauptabnahmeland bleiben die Niederlande, gefolgt von Italien.

Rückgang der EU-Schaf- und -Ziegenfleischerzeugung

Die Europäische Kommission prognostiziert für 2025 eine Schaf- und Ziegenfleischerzeugung in der EU-27 von rund 566.000 Tonnen. Das sind gegenüber dem Vorjahr fast 10.000 Tonnen weniger. Für 2026 wird eine weiter leicht verminderte Erzeugungsmenge angenommen. Der Verbrauch von Lamm- und Ziegenfleisch ist indes mit 1,3 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung weitgehend stabil. Der EU-Selbstversorgungsgrad liegt 2024 voraussichtlich bei 88 Prozent.

Schaffleisch-Selbstversorgungsgrad in Deutschland nur bei 45 Prozent

Für 2025 schätzt die AMI die heimische Bruttoeigenerzeugung auf 21.000 Tonnen. Vor allem auf Grund der anhaltenden Verbreitung der Blauzungenerkrankung sind das gegenüber dem Vorjahr noch einmal rund 5.000 Tonnen oder 8 Prozent weniger. Der

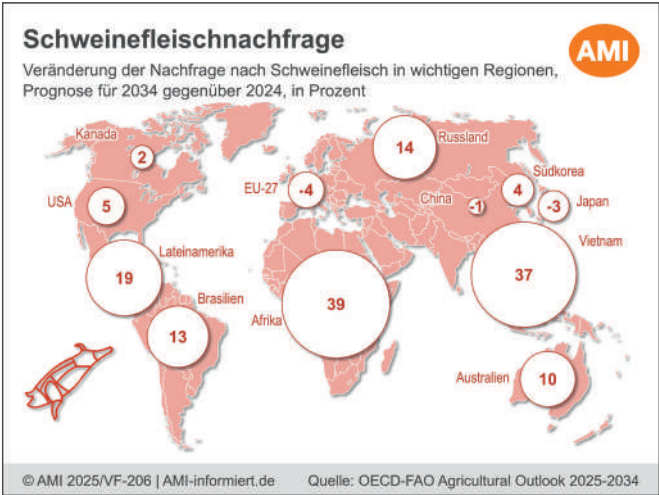
Selbstversorgungsgrad an Schaf- und Ziegenfleisch in Deutschland wird für 2025 auf 39 Prozent geschätzt (- 6 Prozentpunkte). Entsprechend werden für das Jahr 2025 Importe von rund 47.000 Tonnen Schaf- und Ziegenfleisch erwartet. Die Einfuhren kommen zu großen Teilen aus Neuseeland, aber auch aus dem Vereinigten Königreich und Irland.

Blauzungenerkrankung wirkt nach

Die Rekordpreise vom Sommer 2024 wurden im Sommer 2025 erneut erreicht und zuletzt notierten die Schlachtlämmer bei knapp 10 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht (Vorjahr 8,55 €/kg SG). Hier wirkt die Ausbreitung der Blauzungenerkrankung nach. Gleichwohl steht der Preis seit dem Frühjahr unter Druck und sank seitdem um knapp einen Euro. Auch die näher rückenden Feiertage liefern bisher keine Marktimpulse, zudem steht das heimische Lamm im starken Wettbewerb mit kostengünstigerer Importware.

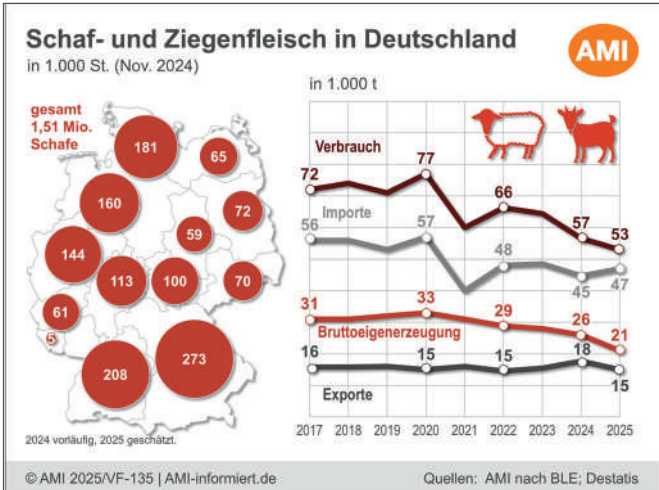
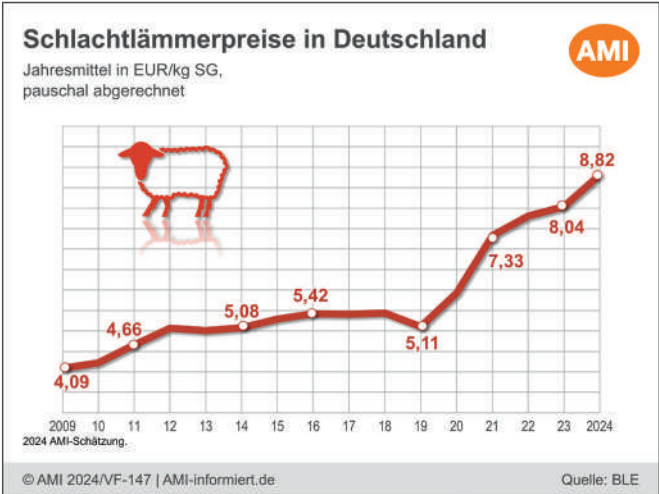
Leichter Rückgang der globalen Schweineerzeugung

Für 2025 wird gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der der globalen Schweinefleischproduktion erwartet (+ 2 %). Auch der Verbrauch steigt, voraussichtlich um 1,6 Millionen Tonnen.



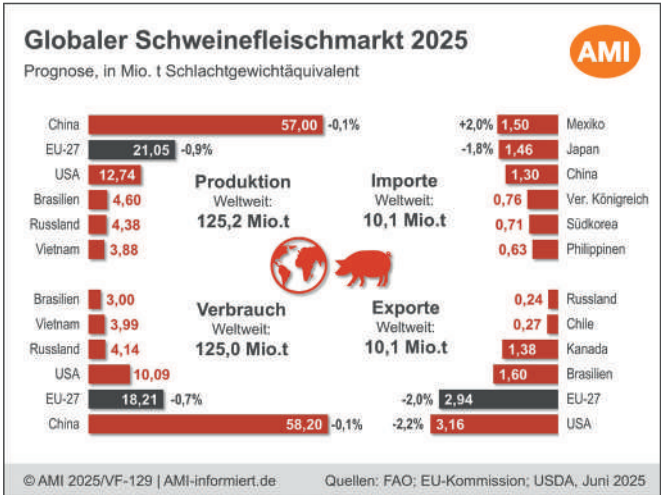
Importbedarf Chinas an Schweinefleisch stabil

Mit der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) war die Erzeugung von Schweinefleisch in China und anderen asiatischen Ländern wie Vietnam stark zurückgegangen. Der Tiefstand der Erzeugung von Schweinefleisch in China wurde 2020 mit einer Erzeugung von 36,3 Millionen Tonnen erreicht. Nach einem Anstieg bis der chinesischen Produktion wird derzeit keine spürbare Produktionsausweitung erwartet, der inländische Konsum sowie die Einfuhren sind jüngst relativ stabil. Wie in Märkten zu erwarten, weichen dabei die Prognosen leicht voneinander ab, insgesamt bleibt China aber der weltweit wichtigste Schweinefleischproduzent und -konsument. Der Importbedarf dürfte sich bei rund 1,4 bis 1,7 Millionen Tonnen einpendeln. Zum Vergleich: 2023 waren es noch 1,9 Millionen Tonnen, 2020 sogar 5,3 Millionen Tonnen. Unter den Lieferländern nehmen Spanien, Brasilien, Dänemark und die USA weiterhin die Spitzenposition ein. Nach dem Auftreten der Afrikanischen Schweinepest im September 2020 ist Deutschland wegen des damit verbundenen Exportstopps für China unverändert kein Lieferland mehr. Welche Auswirkungen der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Spanien Ende November auch das Exportgeschäft hat, bleibt abzuwarten. Nur wenige Wochen vorher haben Spanien und China ein Regionalisierungsabkommen vereinbart.



Rückgang der EU-Exporte

Die Exporte aus der Europäischen Union sinken derweil leicht ab auf unter 3,0 Millionen Tonnen. Die weltweiten Schweinefleischexporte bleiben auch 2025 ein bedeutender Faktor im internationalen Agrarhandel. Die führenden Exportregionen sind weiterhin die USA, die Europäische Union und Brasilien. Während die Gesamtmenge der Exporte laut aktueller Prognosen bei rund 10,4 Millionen Tonnen liegt, ist eine leichte Verschiebung der Marktanteile zu beobachten, etwa zugunsten Brasiliens, das seine Ausfuhren weiter steigern kann. Innerhalb der EU dominiert Spanien den Exportmarkt, gefolgt von den Niederlanden und Dänemark, wobei Deutschland zuletzt an Exportbedeutung verlor. Die wichtigsten Abnehmerländer für Schweinefleisch sind China, Großbritannien, die Philippinen und Japan. In China ist die Nachfrage nach internationalen Importen von Schweinefleisch weiterhin hoch, was den Einfluss globaler Handelsströme auf heimische Märkte unterstreicht. Die Exportentwicklungen werden von Markttrends, Handelsabkommen und veterinärrechtlichen Vorgaben beeinflusst. Exportbeschränkungen durch Seuchenausbrüche oder politische Maßnahmen können zu deutlichen Mengenänderungen führen, wie zuletzt bei deutschen Exporten sichtbar wurde.



Weltagrarmärkte - Rindfleisch, in 1.000 Tonnen Schlachtgewicht						
	Erzeugung		Importe		Exporte	
	2024 ¹⁾	2025 ²⁾	2024 ¹⁾	2025 ²⁾	2024 ¹⁾	2025 ²⁾
Welt	78.326	78.036	12.902	13.298	13.037	13.440
China	7.805	7.864	3.915	3.899	14	18
Indien	4.565	4.643	.	.	1.457	1.637
Indonesien	532	541	230	284	.	.
Iran	225	230	242	195	1	1
Japan	506	500	699	631	14	14
Malaysia	40	41	270	269	12	13
Pakistan	2.457	2.535	1	1	104	100
Ägypten	701	707	347	309	1	1
Südafrika	1.102	1.087	4	3	54	51
Mexiko	2.252	2.296	267	320	306	321
Argentinien	3.178	3.205	3	21	981	886
Brasilien	11.850	11.730	53	45	3.437	3.728
Kolumbien	766	785	9	11	32	42
Uruguay	594	615	51	58	453	487
EU-27	6.657	6.570	368	385	631	605
Ver. Königr.	927	882	366	382	144	135
Russland	1.671	1.635	164	167	37	38
Ukraine	245	224	4	3	23	20
Australien	2.582	2.807	15	15	1.821	2.050
1) Geschätzt 2) Prognose						
© Situationsbericht 2026/T62-2c				Quelle: FAO; Stand November 2025		

Weltagrarmärkte - Schweinefleisch, in 1.000 Tonnen Schlachtgewicht						
	Erzeugung		Importe		Exporte	
	2024 ¹⁾	2025 ²⁾	2024 ¹⁾	2025 ²⁾	2024 ¹⁾	2025 ²⁾
Welt	125.066	126.342	9.793	9.944	10.005	10.152
China	57.977	58.826	1.649	1.642	95	109
Indien	373	372	1	1	.	.
Indonesien	131	129	10	11		
Japan	1.288	1.276	1.471	1.445	2	2
Philippinen	1.215	1.170	508	602	2	2
Südkorea	1.455	1.431	738	705	12	13
Thailand	907	891	.	.	8	8
Vietnam	3.785	3.896	140	164	7	6
Nigeria	364	365	.	.	.	.
Südafrika	352	352	27	22	17	17
Mexiko	1.812	1.846	1.510	1.570	231	205
Argentinien	785	792	27	67	5	3
Brasilien	5.330	5.532	3	3	1.530	1.764
Kanada	2.275	2.332	242	218	1.432	1.441
USA	12.611	12.510	618	595	2.945	2.882
EU-27	21.242	21.330	99	100	3.005	2.915
Ver. Königr.	953	978	749	734	180	190
Russland	4.885	4.977	5	4	146	196
Ukraine	672	605	5	30	4	5
Australien	471	475	225	222	48	50

1) Geschätzt

2) Prognose

© Situationsbericht 2026/T62-3c

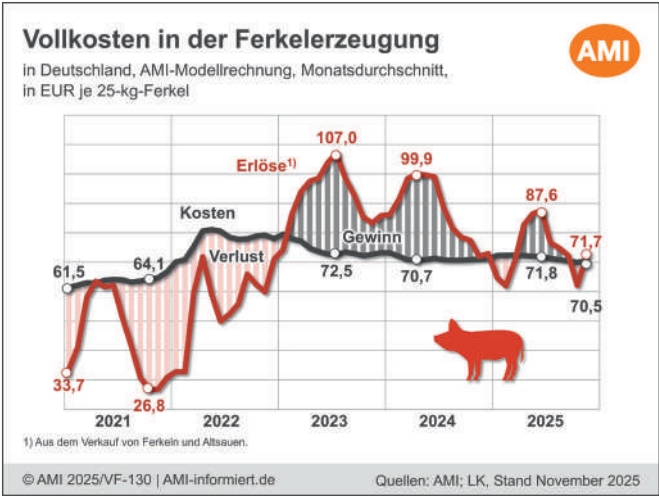
Quelle: FAO; Stand November 2025

Stabile EU-Schweinefleischerzeugung

Die Schweinefleischerzeugung der EU-27 für 2026 wird auf dem Vorjahresniveau von 20,7 Millionen Tonnen geschätzt. In 2025 weisen fast osteuropäischen Länder tendenziell gestiegene Schlachtzahlen auf. Insgesamt sehen wir auch beim Verbrauch sowie bei den bei den Aus- und Einfuhren eine Seitwärtsbewegung. Deutschland, Spanien, Polen und die Niederlande sind die führenden Erzeugerländer, wobei Spanien seine Produktion in den letzten Jahren deutlich gesteigert hat und aktuell der größte Produzent in der EU ist.

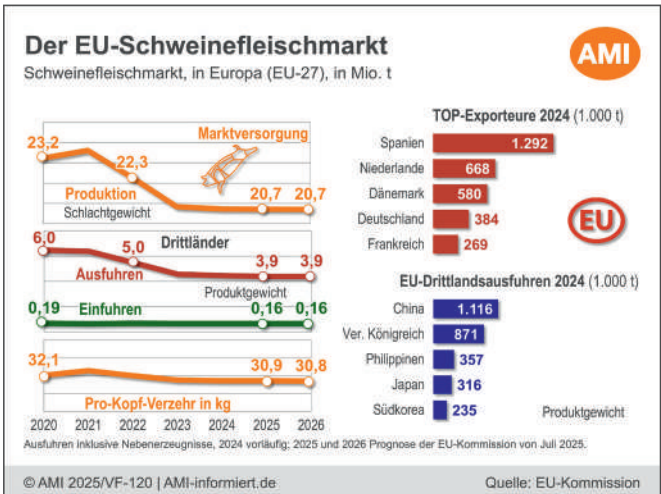
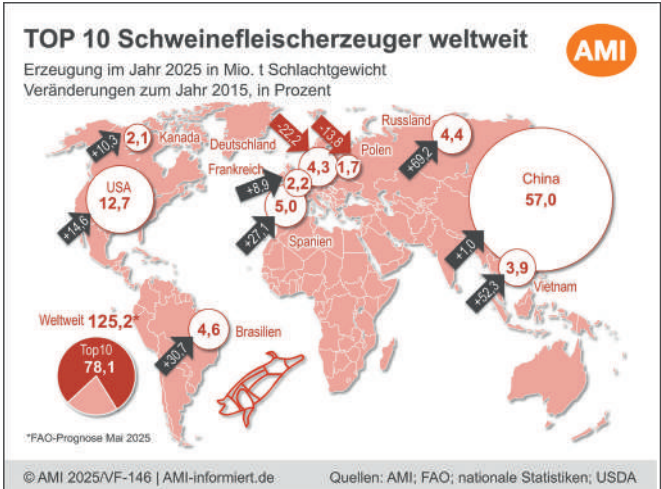
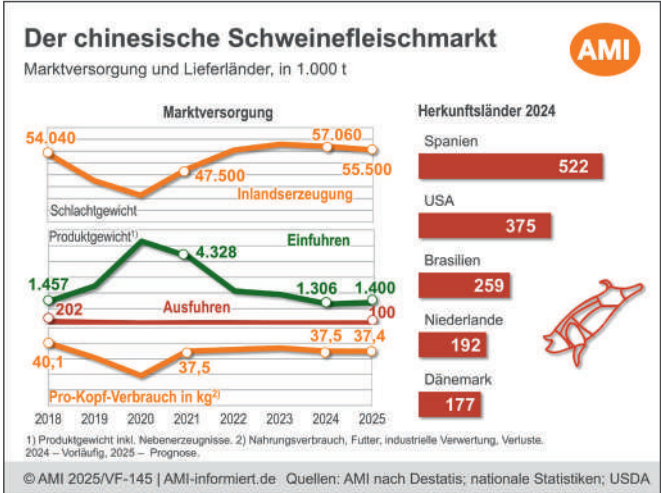
Deutsche Schweinefleischerzeugung stabilisiert sich auf niedrigerem Niveau

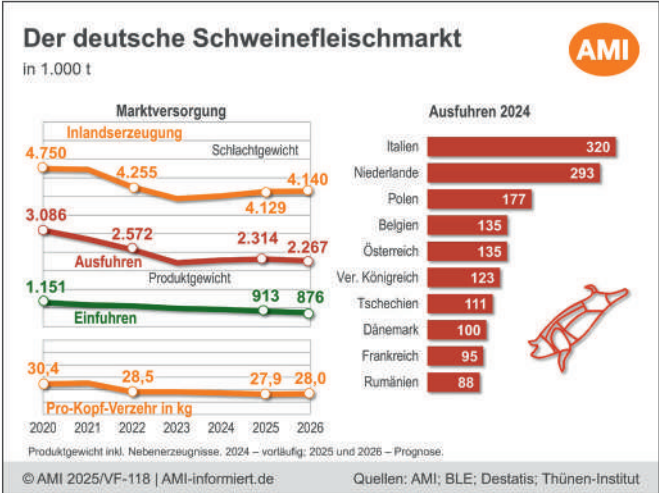
Die Bruttoeigenerzeugung von Schweinefleisch in Deutschland dürfte auf Grund eines etwas größeren Bestands an Schweinen in 2025 zu mehr Schlachtungen von Schweinen aus deutscher Herkunft geführt haben. Nachdem die Erzeugung von Schweinefleisch in Deutschland in den vergangenen Jahren massiv eingebrochen war, steigt die Schweineerzeugung 2025 wieder leicht an. Wegen der wirtschaftlich besseren Situation vieler Schweinehalter konnte der Bestandsabbau vorerst unterbrochen werden. Für 2025 gehen Experten der AMI von einem stabilen Markt aus. Der starke Preisrückgang der letzten Wochen dürfte aber in den kommenden Monaten Folgen beim Angebot zeigen.



Export von EU-Schweinefleisch stabil

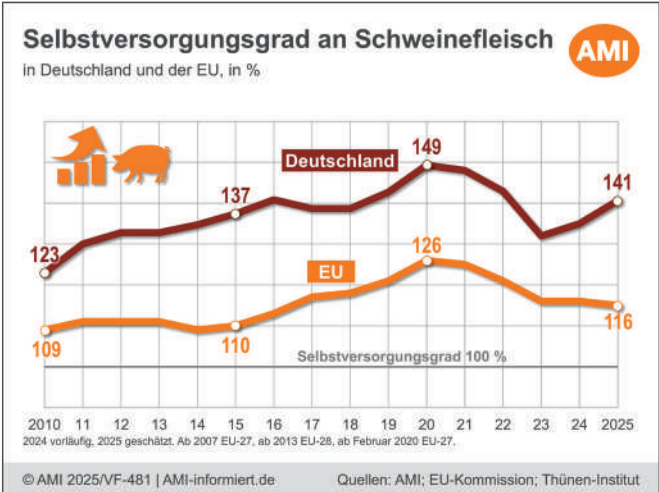
Nach vorliegenden Zahlen für Januar bis September 2025 liegen die EU-Ausfuhren im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum auf stabilem Niveau. Die Hauptursache liegt in einer insgesamt etwas umfangreicheren Produktion. Dabei bleibt China das mit Abstand größte Abnehmerland für Schweinefleisch aus der EU. Mit Blick auf 2025 sind mögliche Auswirkungen des aktuellen Handelsstreits zwischen der EU und China nicht absehbar. Die Ausfuhren von deutschem Schweinefleisch in Drittländern stehen seit den Handelsrestriktionen wegen des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest 2020 unter Druck. In 2024 fand eine leichte Erholung statt. Diese wurde durch die Restriktionen in Folge der Maul- und Klauenseuche unterbrochen. Im Deutschen. Jedoch macht der Export in Drittländer nur rund 15 Prozent des deutschen Gesamtexportes an Schweinefleisch aus.





Niedrigere Erzeugerpreise für Schlachtschweine

Der Jahresbeginn 2025 war bedingt durch den Fall der Maul- und Klauenseuche von einem saisonal eher untypischen Preiserückgang geprägt, im Sommer hatten sich die Preise erholt. Seitdem sehen wir einen starken Preiserückgang für Schlachtschweine auf rund 1,60 bis 1,70 je nach Handelsklasse. Das ist das niedrigste Niveau seit Anfang 2022. Damit liegen die Erzeugerpreise für Schlachtschweine deutlich unter der Vorjahreslinie. Für das Ende des vierten Quartals 2025 gehen die Markt-Experten von von stabilen Erzeugerpreisen aus.



Anstieg der globalen Geflügelfleischerzeugung setzt sich fort

Die globale Produktion von Geflügelfleisch steigt nach Einschätzung der FAO 2025 spürbar an auf 154 Millionen Tonnen. China ist mit einer Geflügelfleischerzeugung von knapp 29 Millionen Tonnen der größte Geflügelfleischproduzent, dicht gefolgt von den USA mit 24,3 Millionen Tonnen. Es folgen Brasilien mit 15,5 Millionen Tonnen und die EU-27 mit 143 Millionen Tonnen. Knapp 90 Prozent der Welterzeugung an Geflügelfleisch sind Hähnchen. Der Trend der zunehmenden Beliebtheit von Hähnchenfleisch aufgrund von veränderten Verzehrsgewohnheiten und des relativ günstigen Preises hält weltweit an. Für 2026 rechnet das USDA mit einem weiteren Wachstum der globalen Hähnchenfleischerzeugung von



etwa knapp 2 Prozent. Eine ähnlich starke Steigerung wird für den globalen Verbrauch geschätzt.

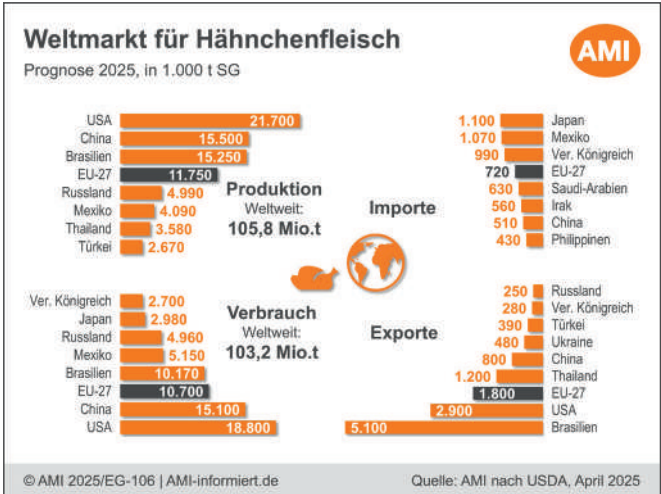
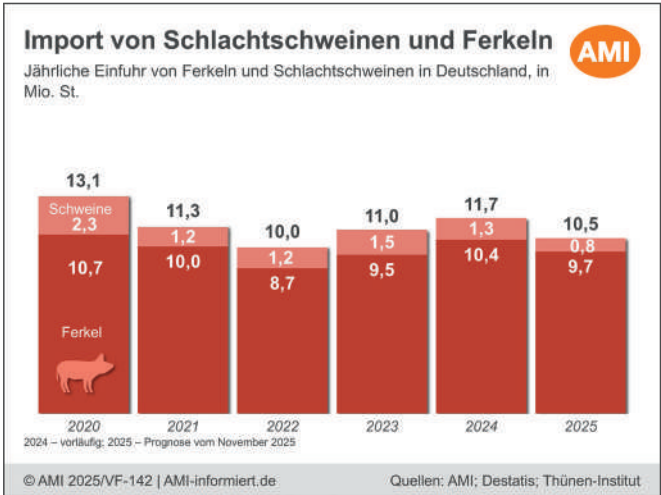
Ansteigende EU-Erzeugung

Die Geflügelfleischerzeugung der EU-27 in 2025 wird von der Europäischen Kommission auf 14,0 Millionen Tonnen geschätzt und übertrifft damit das Vorjahresniveau. Mit einem Anteil von 83 Prozent dominiert die Erzeugung von Hähnchenfleisch, gefolgt von der Erzeugung von Putenfleisch mit 12 Prozent und von Gänse-/Entenfleisch mit rund 3 Prozent. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission steigt die EU-Geflügelfleischerzeugung in 2026 nur minimal an. Die Geflügelfleischerzeugung in Europa bleibt insgesamt von stabiler Nachfrage und moderatem Wachstum geprägt, wobei Hühnerfleisch die dominante Rolle einnimmt, während Putenproduktion in wichtigen Ländern rückläufig ist. Herausforderungen wie Vogelgrippeausbrüche und strengere Umweltauflagen bremsen jedoch das Wachstum, insbesondere bei der Umstellung auf weniger intensive Systeme..

Deutsche Geflügelerzeugung steigt leicht an

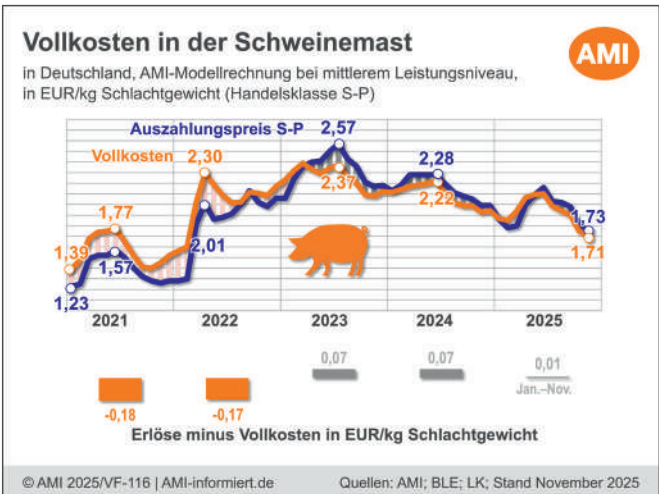
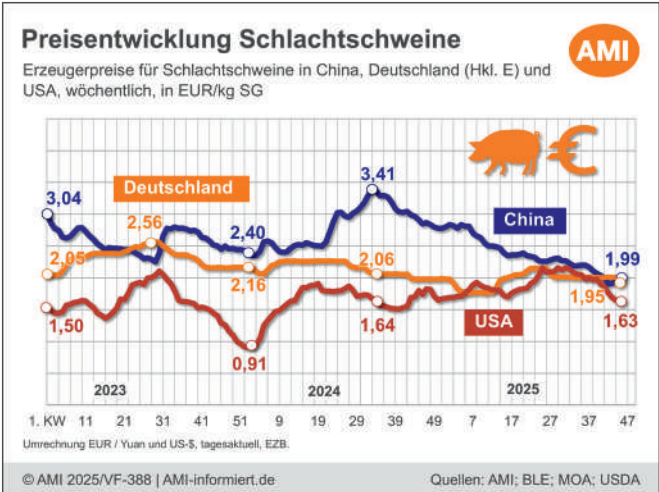
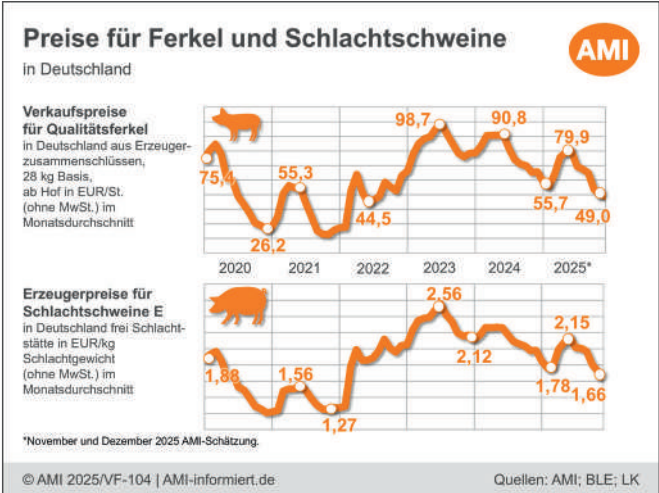
Die deutsche Bruttoeigenerzeugung an Geflügelfleisch wird für 2025 auf 1,745 Millionen Tonnen Schlachtgewicht geschätzt. Das sind gegenüber dem Vorjahr 18.000 Tonnen oder 1,0 Prozent mehr. Bezogen auf die Schlachtmenge entfällt mit etwa 70

Prozent der mit Abstand größte Teil auf Hähnchenfleisch, gefolgt von Putenfleisch mit 27 Prozent. Die restlichen knapp 4 Prozent sind Gänse-/Entenfleisch und Suppenhennen. Für 2025 wird für Deutschland mit einer ähnlich leichten Steigerung der Geflügelerzeugung wie in 2024 gerechnet. Der Selbstversorgungsgrad liegt bei rund 100 Prozent.



Erzeugerpreise für Hähnchen weiterhin relativ hoch

Derzeit liegt der Erzeugerpreis für Masthähnchen für Masthähnchen (1.500 g) bei rund 1,30 Euro je Kilogramm. 2024 lag er im Jahresmittel bei rund 1,16 Euro je Kilogramm. Der Blick auf den Hähnchen- und Putenfleischmarkt in 2026 ist von vielen Unwägbarkeiten geprägt. Die Entwicklung der Futtermittelpreise hat großen Einfluss auf die Erzeugerpreise.



Trend zur Erzeugung von Geflügelfleisch

Der weltweite Trend zur Erzeugung von Geflügelfleisch hängt mit der im Vergleich zur Erzeugung anderer Fleischarten relativ günstigen Futtermittelverwertung des Federviehs zusammen. Steigen die Futterkosten, ist der Trend zur Geflügelfleischerzeugung besonders stark ausgeprägt, vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Zudem unterliegt Geflügelfleisch keinerlei religiösen Beschränkungen, während der Verzehr von Schweinefleisch (Muslime) und Rindfleisch (Hindus) von bedeutenden Weltreligionen untersagt ist. Zugleich gilt Geflügel als gesunde, praktische und kostengünstige Proteinquelle. Trotz allgemeiner Debatten um Fleischreduktion gewinnt Geflügel an Bedeutung im Gesamtfleischkonsum, unterstützt durch steigende Nachfrage in Gastronomie und Verarbeitung.

Welt-Eierproduktion wächst weiter

Die Welt-Eierproduktion wächst jährlich um gut 1 Prozent. Nach Einschätzung von Experten wird die Hennenhaltung zur Versorgung der Weltbevölkerung mit hochwertigem tierischen Eiweiß mittel- und langfristig eine hohe Bedeutung behalten. 37 Prozent aller Eier weltweit werden in China erzeugt (EU 7 %). Nach Angaben von OECD-FAO wird die Welt-Eiererzeugung für 2025 auf rund 100 Milliarden Eier geschätzt.

Erholung der Eiererzeugung in Deutschland

Die EU-Bruttoeigenerzeugung an Konsumeiern wird für 2025 auf 15 Milliarden Eier geschätzt, ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Frankreich ist der größte Konsumeierproduzent in der EU, dicht gefolgt von Deutschland, dahinter rangieren Spanien, Italien und die Niederlande.

Die meisten Eier in Deutschland kommen aus der Bodenhaltung

Mit deutlichem Abstand ist in Deutschland die Bodenhaltung die wichtigste Haltungsform für Legehennen. Nach Angaben für 2025 werden 58 Prozent der Legehennen in Bodenhaltung gehalten, auf EU-Ebene sind es entsprechend 39 Prozent. Weitere 24 Prozent der Hennen (EU 15 %) entfallen auf die Freilandhaltung. Auf 14 Prozent (EU 7 %) ist der Anteil der Legehennen in Bio-Haltung gestiegen. Bei der Kleingruppenhaltung in ausgestalteten Käfigen ist ein weiterer Abbau zu beobachten. Diese Haltungsform macht nur noch 4 Prozent der Gesamtproduktion (EU 39 %) aus und läuft 2025 in Deutschland aus. In der EU gibt es noch kein Datum für den Ausstieg aus der Kleingruppenhaltung.

Weltagrarmärkte - Geflügelfleisch, in 1.000 Tonnen Schlachtgewicht

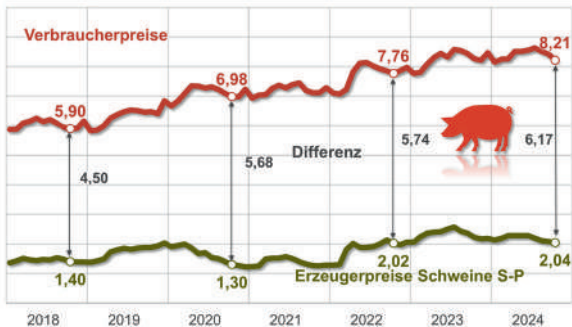
	Erzeugung		Importe		Exporte	
	2024 ¹⁾	2025 ²⁾	2024 ¹⁾	2025 ²⁾	2024 ¹⁾	2025 ²⁾
Welt	150.000	154.413	15.624	15.798	16.508	16.686
China	28.412	28.883	1.375	1.262	1.106	1.359
Indien	5.229	5.371	.	.	8	8
Indonesien	42.018	4.359	.	.	3	2
Iran	2.074	2.070	49	50	62	67
Japan	2.423	2.448	1.391	1.371	6	6
Malaysia	1.650	1.685	218	241	45	44
Thailand	1.939	1.985	6	4	1.487	1.568
Türkei	2.565	2.760	48	29	492	518
Südafrika	1.925	1.987	413	366	65	60
Mexiko	4.009	4.111	1.197	1.242	9	11
Argentinien	2.304	2.340	9	30	183	163
Brasilien	15.104	15.466	5	5	5.132	5.146
Kanada	1.588	1.637	230	246	179	179
USA	23.954	24.315	199	191	3.539	3.418
EU-27	14.093	14.276	694	755	2.100	2.056
Ver. Königr.	2.030	2.062	1.225	1.258	261	263
Russland	5.469	5.606	121	119	322	349
Ukraine	1.411	1.436	51	47	476	484
Australien	1.478	1.525	8	8	49	50

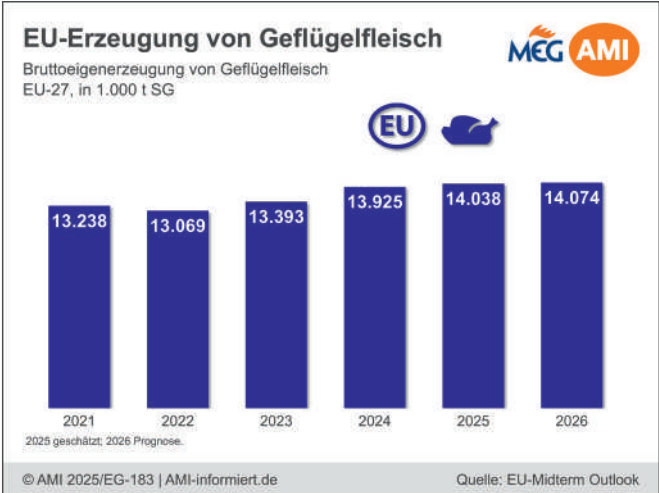
1) Geschätzt 2) Prognose

© Situationsbericht 2026/T62-4 Quelle: FAO; Stand November 2025

Erzeuger- versus Verbraucherpreise: Schweinefleisch

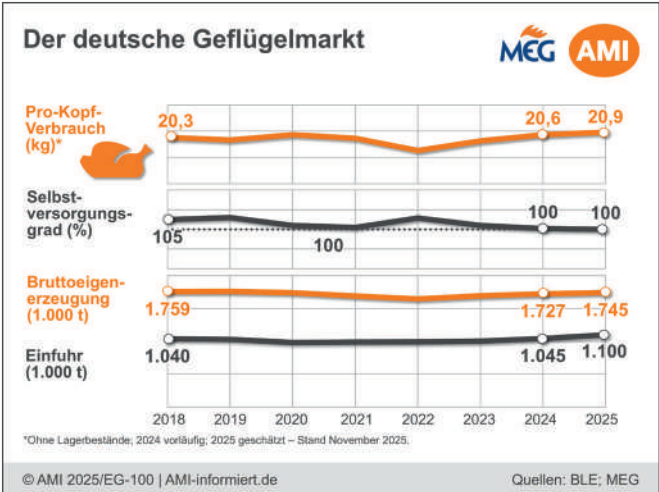
für konventionell erzeugtes Schweinefleisch in Deutschland, Monatsmittel in EUR/kg, ohne MwSt.





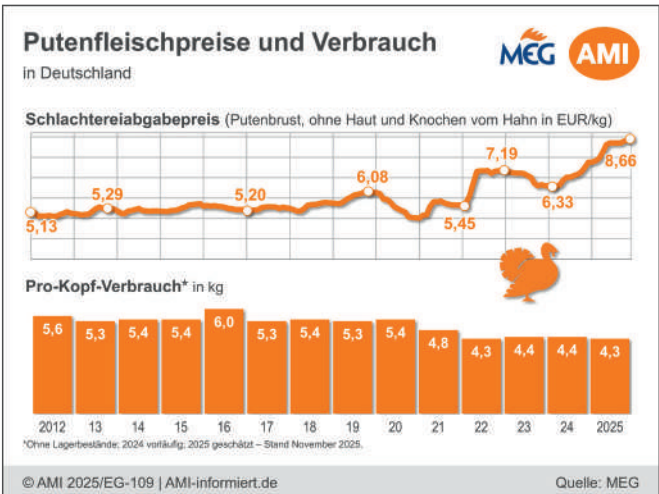
Eierpreise deutlich unter Vorjahr

Die Packstellenabgabepreise für weiße Bodenhaltungseier der Klasse M am Spotmarkt lagen für den Durchschnitt des Jahres 2024 bei 13,75 Euro je 100 Stück veranschlagt. Das sind gegenüber dem Vorjahr 0,65 Euro oder rund 5 Prozent weniger. In 2025 dürfte sehen wir deutlich anziehende Eierpreise , die im Schnitt bei über 16. Euro liegen dürften. Der frühe und breitflächige Ausbruch der Geflügelpest im Herbst 2025 trägt hierzu bei.



Welt-Milcherzeugung wächst weiter

Der Weltmilchmarkt wächst weiter. Die Weltmilchmenge wird von der FAO für 2026 auf knapp 1 Milliarde Tonnen geschätzt. Das entspricht einer Wachstumsrate von 1,4 Prozent, die damit ähnlich hoch ausfällt wie im Vorjahr. Ein Großteil des Anstiegs findet in Indien und China statt. Indien bleibt vor der EU-27 und den USA der weltweit größte Milchproduzent.



EU mit leichtem Mengenplus

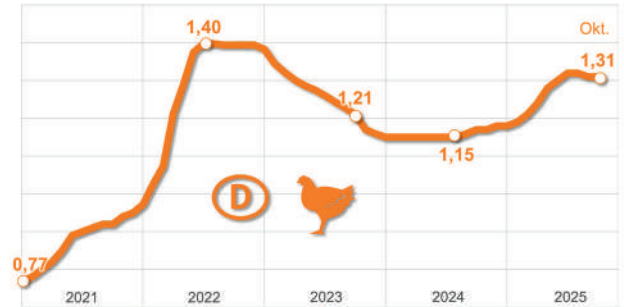
Die EU 27-Milcherzeugung wird 2025 auf 162 Millionen Tonnen geschätzt. Das ist ein leichtes Plus gegenüber dem Vorjahr von 0,5 Prozent. Die EU-27 hat einen Anteil an der Welterzeugung von gut 16 Prozent. Für das Jahr 2026 wird eine stabile bis leicht wachsende EU-Milcherzeugung prognostiziert. Die Milchproduktion in Europa zeigt insgesamt eine stabile, saisonal geprägte Entwicklung, mit moderaten Schwankungen zwischen den Mitgliedstaaten der EU. Führende Produzenten wie Deutschland, Frankreich, Polen und die Niederlande beeinflussen das Gesamtbild, wobei Länder wie Polen durch anhaltende Zuwächse an Bedeutung gewinnen.

Welthandel mit Milchprodukten

Der Welthandel mit Milchzeugnissen wird von der FAO für 2025 auf 86,7 Millionen Tonnen (in Milchäquivalenten) geschätzt, was gegenüber dem Vorjahr einem leichten Rückgang (- 1,3 %) entspricht. Grund für diesen Rückgang ist eine Verschiebung der Warenströme. Hauptimporteure von Milchprodukten sind die Länder Asiens. Auf sie entfallen über 56 Prozent der globalen Milchimporte. Auf der Exportseite ist die EU-27 rund 28 % der globalen Exporte weiter der weltweit größte Exporteur von Milch und Milchprodukten, hierbei verhält sich der Anteil am Welthandel je nach Milchzeugnis aber sehr unterschiedlich. Die EU ist vor allem im Bereich Käse und – hier

Erzeugerpreise für Masthähnchen

in Deutschland, 1.500 g,
in EUR/kg Lebendgewicht



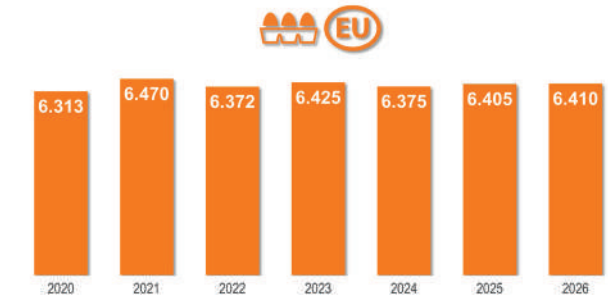
ab 2024 teils inkl. Boni.

© AMI 2025/EG-102 | AMI-informiert.de

Quelle: MEG

Konsumeier-Erzeugung in der EU-27

in 1.000 t

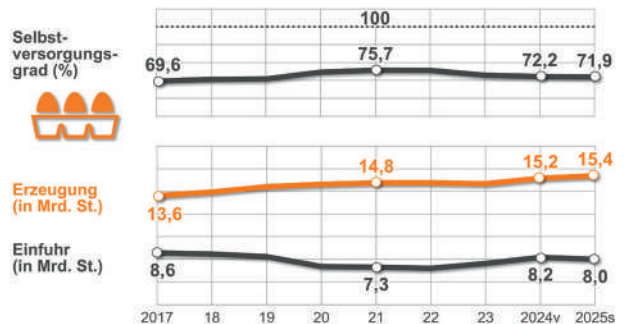


2025 geschätzt; 2026 Prognose

© AMI 2025/EG-182 | AMI-informiert.de

Quellen: EU-Midterm Outlook

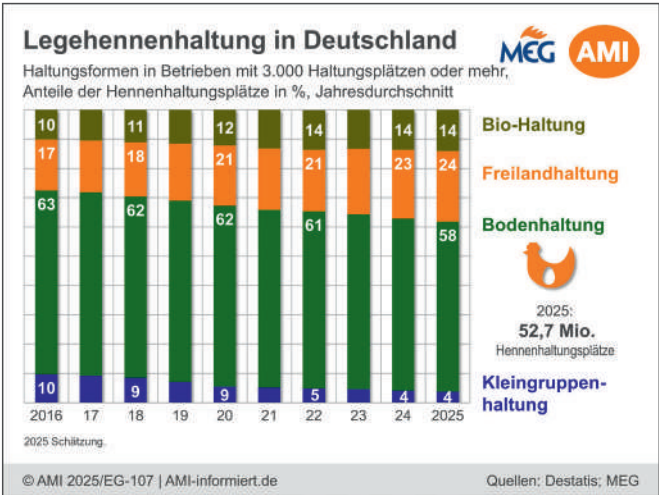
Der deutsche Konsumeiermarkt



2024 vorläufig; 2025 geschätzt – Stand November 2025.

© AMI 2025/EG-101 | AMI-informiert.de

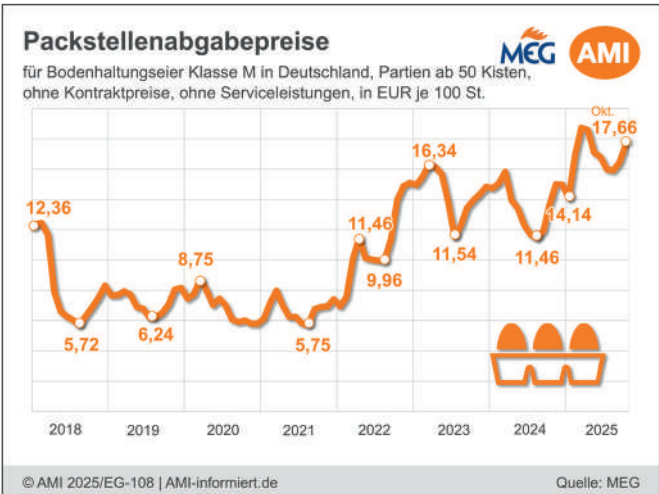
Quellen: BLE; MEG



mit spürbar rückläufiger Tendenz – und bei Magermilchpunkte entscheidend.

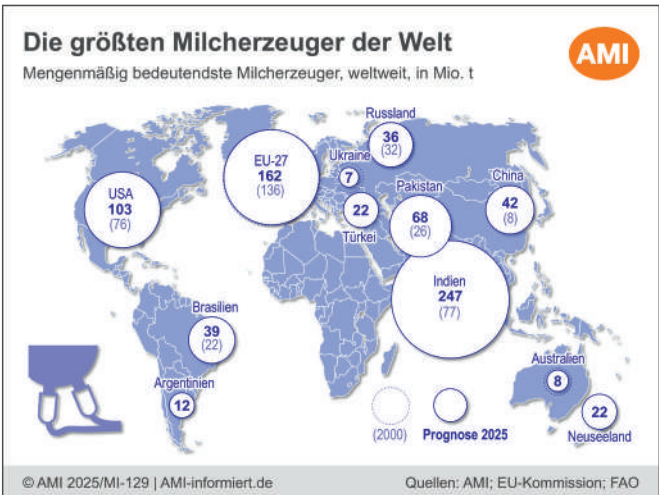
Importe Chinas rückläufig

Von Januar bis September 2025 haben sich die Exporte von Milchprodukten aus der EU-27 uneinheitlich entwickelt. Zuwächsen gab es bei Magermilchpulver, demgegenüber standen starke Rückgänge vor allem bei Vollmilchpulver. Die Ausfuhren des wichtigsten Exportproduktes Käse lagen annähernd auf dem Niveau des Vorjahres. In Produktgewicht wurde über alle betrachteten Produkte insgesamt weniger Ware ausgeführt. Die Bedeutung Chinas als Abnehmer von Molkereiprodukten ist seit 2022 stark rückläufig. Diese Tendenz setzte sich auch in den ersten neun Monaten von 2025 fort, aber auf eher stabilem Niveau.



Heterogene Situation bei der Milchanlieferung

Der Blick auf die EU-Milchanlieferung zeigt ein sehr heterogenes Bild. Länder wie Polen und Schweden liefern mehr Milch an, Spanien, Griechenland oder auch Portugal verzeichnen Rückgänge. Insgesamt gibt es in den ersten 9 Monaten des Jahres 2025 einen Anstieg um 0,8 Prozent auf 111,9 Millionen Tonnen.



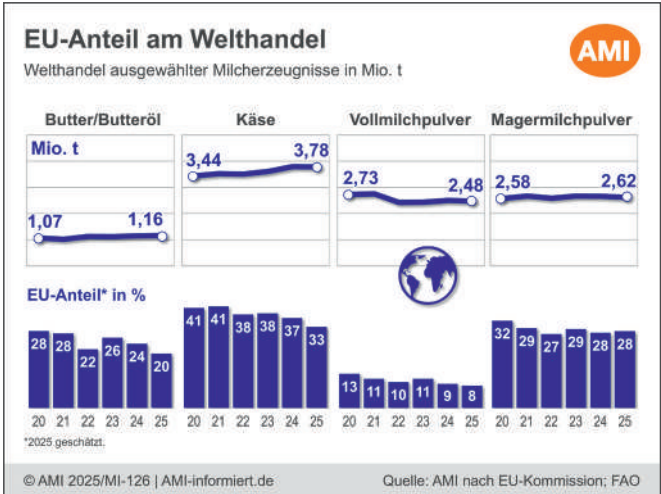
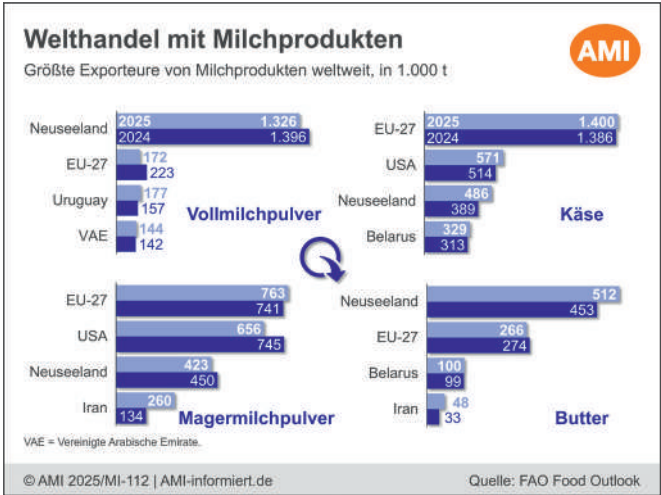
Etwa die Hälfte der Milch wird zu Käse verarbeitet

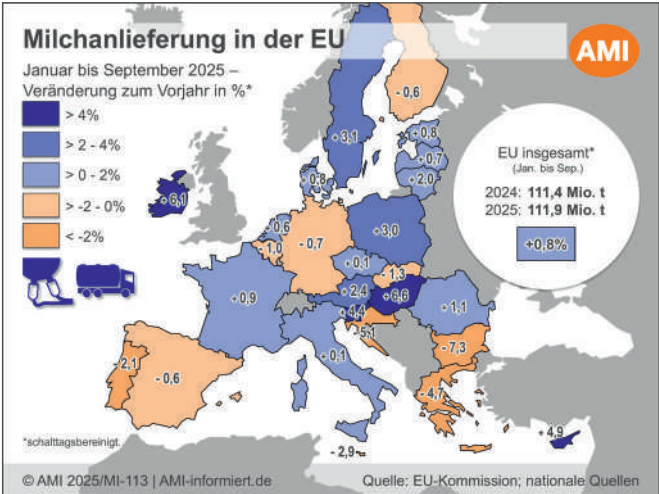
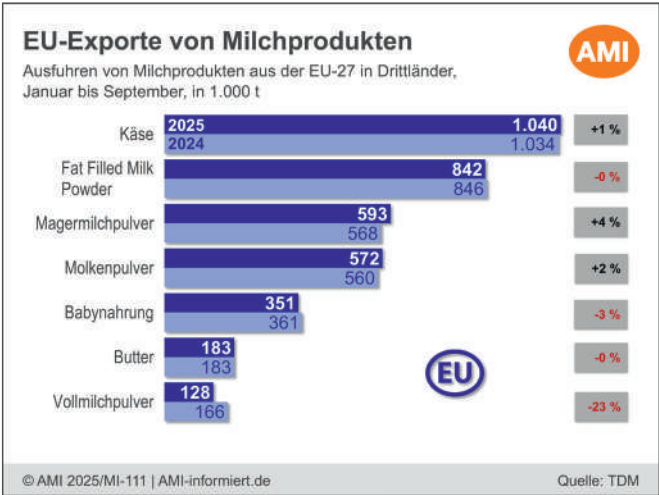
Der größte Teil der deutschen Milcherzeugung fließt in die Käseverarbeitung. Im Jahr 2024 wurden 49 Prozent der angelieferten Milch in die Käsereien gelenkt. Die Vermarktung von Käse hat daher einen hohen Einfluss auf die Milcherlöse. Auch die Verwertung der Milch in Form von Konsummilch/Frischmilchprodukten oder von Butter hat mit Anteilen von jeweils um die 24 Prozent einen maßgeblichen Einfluss auf die Milchverwertung.

Uneinheitliche Entwicklung beim Außenhandel

Die deutschen Exporte von Milchprodukten haben sich in 2024 halten können und lagen bei 154.000 Tonnen. In den ersten neun Monaten des Jahres 2025 litten die Exporte unter einer geringen Milchanliefermenge sowie den Restriktionen durch den MKS-Fall im Januar, was kurzzeitig insbesondere das Geschäft mit dem Vereinigten Königreich als wichtiges Drittland stoppte. Käse konnte seine Spitzenposition im Export weiter ausbauen, hier sind Italien, die Niederlande, Frankreich sowie Spanien und Belgien wichtige Zielländer. Bei der Butter richtet sich der Export insbesondere in Richtung Niederlande, Frankreich und Österreich.

Welttagarmärkte – Weltversorgung mit Milch			
in Millionen Tonnen Milchäquivalente			
	2023	2024 ¹⁾	%-Veränd. 2025 zu 2024
Weltweite Erzeugung	968,2	979	992,3 1,4
Grenzüberschreitender Handel	86,3	87,8	86,7 -1,3
Pro-Kopf-Verzehr von Milchprodukten in kg/Jahr	119,2	119,6	120,2 0,5
FAO Milchpreisindex	124	130	150 17,3
		(Jan.-Okt.)	(Jan.-Okt.)
1) geschätzt 2) Prognose			
© Situationsbericht 2026/T62-5		Quelle: FAO; Stand: November 2025	





Weltmarkt für Milchprodukte mit Aufwärtstendenzen

Seit seinem Allzeithoch im Juni 2022 war der FAO-Milchpreisindex kontinuierlich gefallen und erreichte im September 2023 seinen Tiefpunkt. Nach einem erneuten Anstieg erreichte der FAO-Milchpreisindex im Sommer 2025 erneut fast sein Allzeithoch. Seitdem fallen die Preise erneut – in fast noch höherer Geschwindigkeit. Im Oktober 2025 lag der Index um 9 Prozent über dem entsprechenden höchster im Sommer. Gegenüber dem Vorjahr liegt der Preis auf vergleichbarem Niveau jedoch mit einem umgekehrten Trend in der Preisentwicklung. Die FAO führt diesen Anstieg vor allem auf sinkende Preise für Käse und Butter zurück.

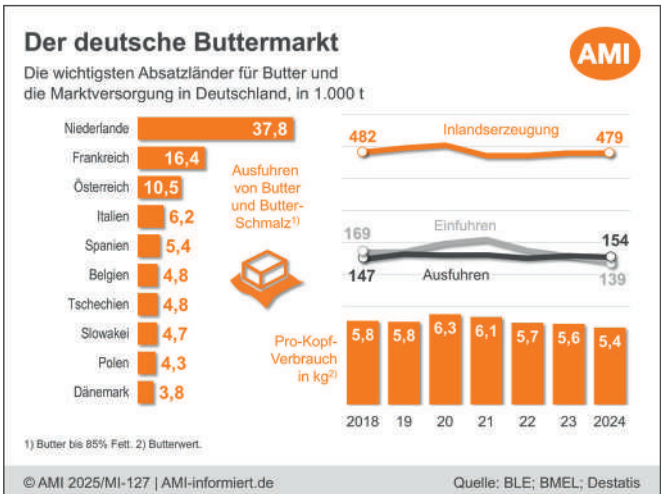
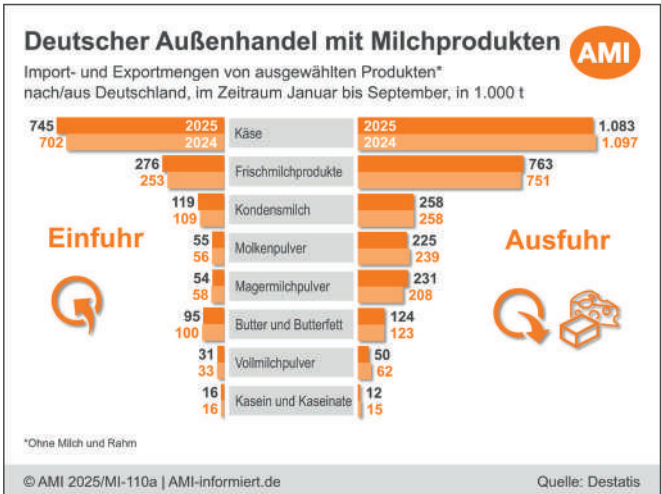
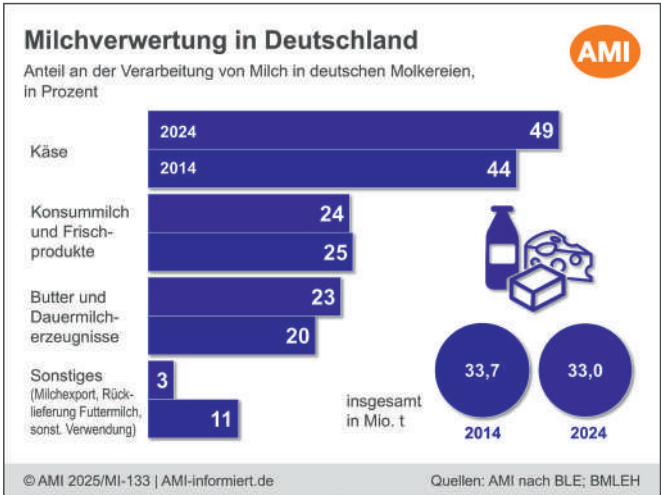
Sinkende Erzeugerpreise im Winter

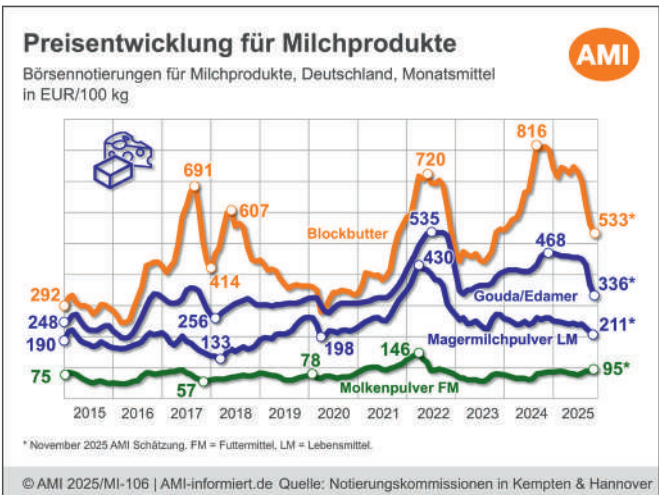
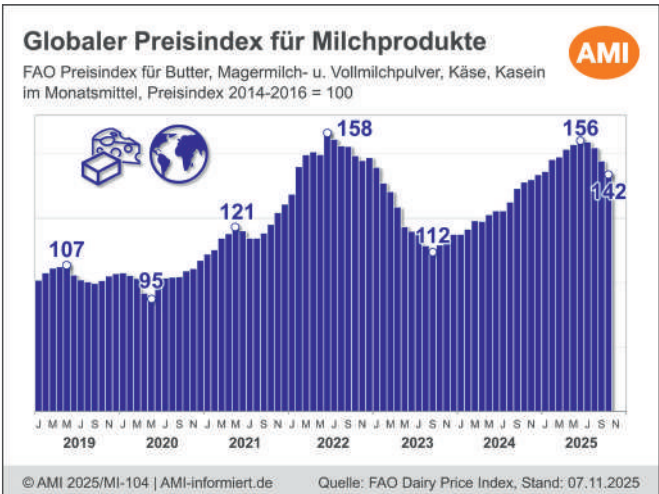
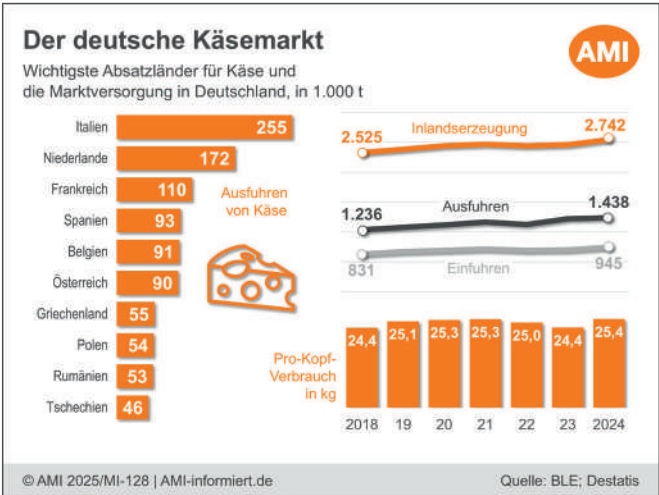
Eine abnehmende Verfügbarkeit des Rohstoffes Milch hatte weltweit und damit auch in der EU und darunter Deutschland bei Milch und allen Milchprodukten zu einer deutlich höheren Verwertung geführt. Die Milcherzeugerpreise folgten den steigenden Tendenzen an den Produktmärkten. Der Preisauftrieb setzte sich bis Mitte des Jahres fort, stoppte dann jedoch. Seit November befindet sich der Preis - regional unterschiedlich stark - auf dem Rückzug. Die

Rohstoffmärkte waren über den Monatswechsel zum Dezember weiterhin von schwächeren Preistendenzen geprägt. Grund dafür war neben der anhaltend eher ruhigen Nachfrage auch die hohe Verfügbarkeit. Nach der Prognose der AMI für den Monat November 2025 erreichen die Erzeugerpreise für konventionell erzeugte Milch mit 4,0 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß im Bundesdurchschnitt von 46,3 Cent je Liter (Vorjahr: 52,3 c/l). Für das gesamte Jahr 2024 dürfte der Milcherzeugerpreis aber bei deutlich über 50 Cent je Kilogramm liegen. Trotz umfangreichem Angebot zeichnen sich bis Jahresende stabile Tendenzen bei den Bio-Erzeugerpreisen ab, diese lagen zuletzt bei knapp 67 Cent je Liter.

Regionale Milchpreisunterschiede

In Abhängigkeit von Molkerei und Region sind Unterschiede in der Ausprägung der Preisentwicklungen zu verzeichnen. Im September 2025 lagen die Milcherzeugerpreise in Deutschland im bundesweiten Mittel nach Feststellungen der AMI bei 52,6 Cent je Kilogramm Milch mit 4,0 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß. Mit 50,7 Cent je Kilogramm Milch waren die Milchpreise in Schleswig-Holstein am niedrigsten und mit 54,4 Cent je Kilogramm in Bayern am höchsten. In der zweiten Novemberhälfte hat sich die Milchanlieferung auf dem zuvor erreichten, außergewöhnlich hohen Niveau stabilisiert. Das Niveau des Vorjahres wurde um 7 Prozent übertroffen.





Erzeugerpreise versus Verbraucherpreise

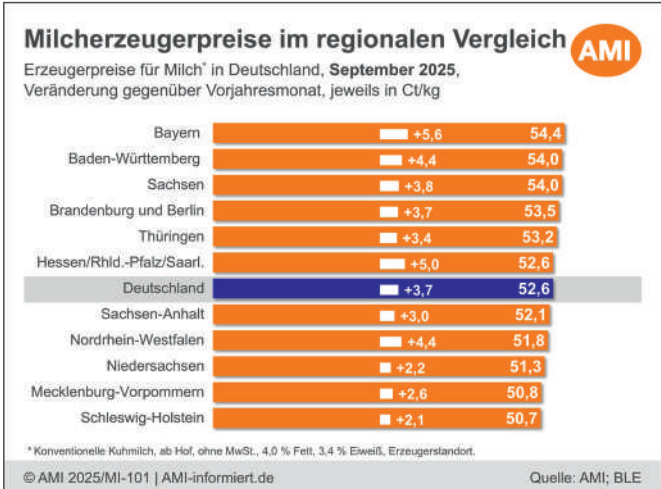
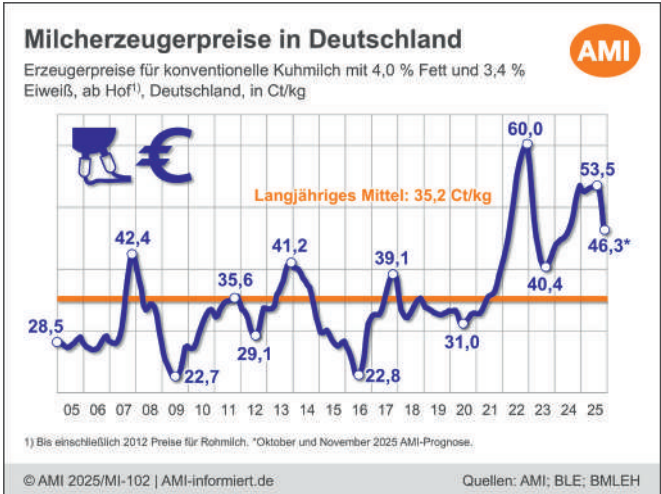
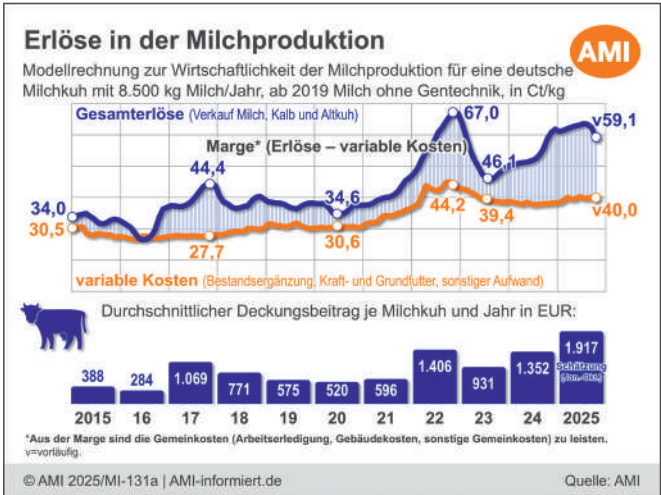
Ein Vergleich der Entwicklungen von Erzeuger- und Verbraucherpreisen zeigt, dass der Lebensmittelhandel Preisanpassungen im Einkauf tendenziell, allerdings nicht im vollen Umfang an die Verbraucher weitergibt. Die Preisanpassungen erfolgen nach Vorgabe der Kontraktlaufzeiten, die in der Regel für Milchfrischprodukte sechs Monate umfassen. Somit folgen die Verbraucherpreise für Milch und Milchprodukte den Entwicklungen auf der Verarbeitungsstufe zumeist zeitverzögert. Siehe hierzu den Sonderbericht der Monopol-Kommission in Kapitel 3.8.

Regionale Milchpreisunterschiede

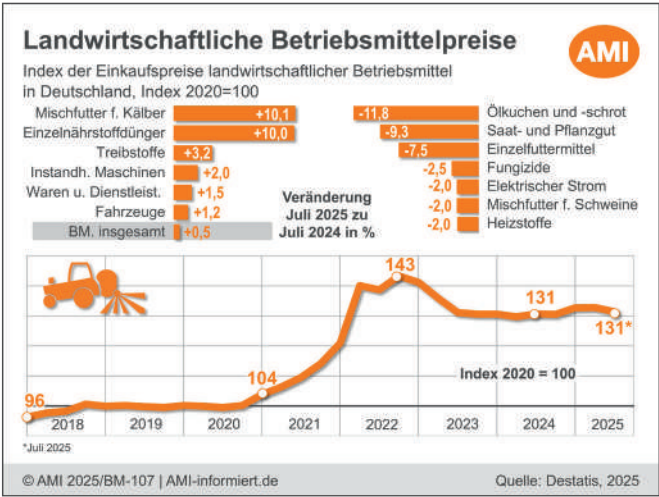
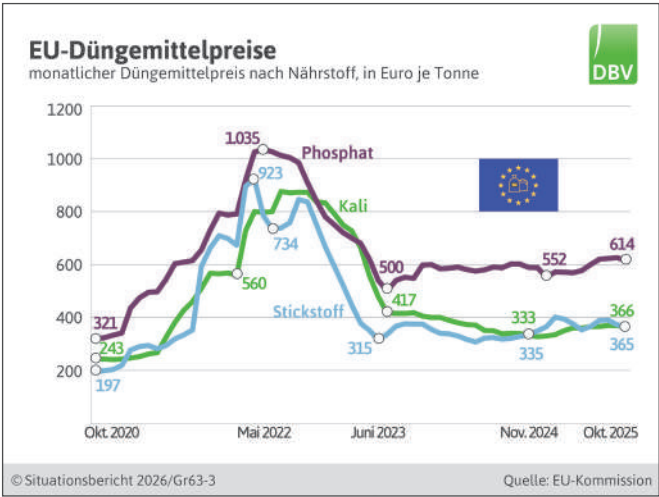
In Abhängigkeit von Molkerei und Region sind Unterschiede in der Ausprägung der Preisentwicklungen zu verzeichnen. Im September 2024 lagen die Milcherzeugerpreise in Deutschland im bundesweiten Mittel nach Feststellungen der AMI bei 48,7 Cent je Kilogramm Milch mit 4,0 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß. Mit 45,6 Cent je Kilogramm Milch waren die Milchpreise in Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland am niedrigsten und mit 50,1 Cent je Kilogramm in Sachsen am höchsten.

Erzeugerpreise versus Verbraucherpreise

Ein Vergleich der Entwicklungen von Erzeuger- und Verbraucherpreisen zeigt, dass der Lebensmittelhandel Preisanpassungen im Einkauf tendenziell, allerdings nicht im vollen Umfang an die Verbraucher weitergibt. Die Preisanpassungen erfolgen nach Vorgabe der Kontraktlaufzeiten, die in der Regel für Milchfrischeprodukte sechs Monate umfassen. Somit folgen die Verbraucherpreise für Milch und Milchprodukte den Entwicklungen auf der Verarbeitungstufe zumeist zeitverzögert.



6.3 Betriebsmittel / Futtermittel



Stabile Betriebsmittelpreise

Die Landwirte in Deutschland haben für Betriebsmittel und Dienstleistungen im Juli 2025 0,5 Prozent mehr gezahlt als noch im Jahr zuvor. Vor allem Mischfutter für Kälber (+ 10,1 %) und Einzelnährstoffdünger (+ 10,0 %) waren deutlich teurer. Aber auch die Kosten für Treibstoffe (+ 3,2 %) und die Instandhaltung der Maschinen (+ 2,0 %) stiegen. Ölkuchen und Ölschrot (-11,8 %), Saat- und Pflanzgut (-9,3 %) sowie Einzelfuttermittel (-7,5 %) waren dagegen deutlich billiger. Auch Preise für Fungizide (- 2,5 %), für Strom (- 2,0 %) und für Heizstoffe (- 2,0 %) sanken gegenüber Juli 2024.

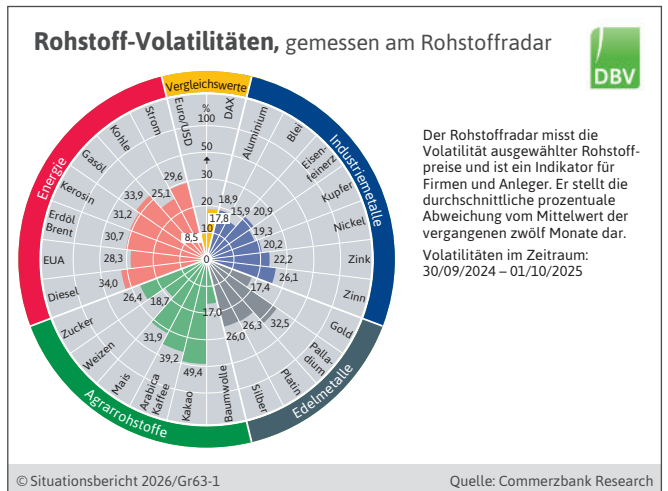
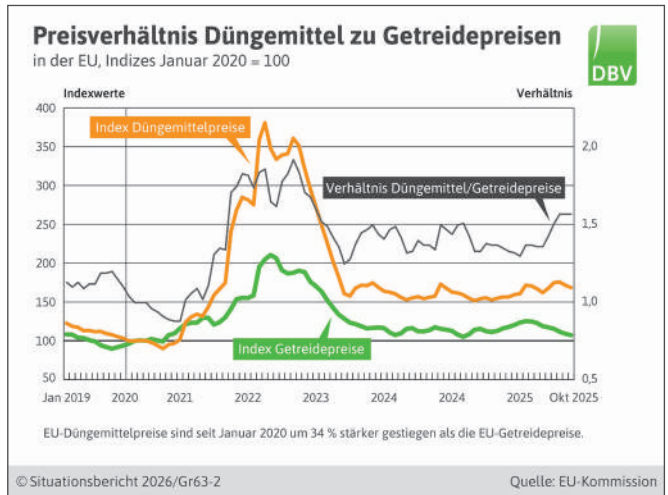
Energiepreisabhängigkeit der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft setzt neben Strom, Treib- und Schmierstoffen weitere energieintensive Betriebsmittel wie zum Beispiel Düngemittel ein. Die Entwicklung der Energiepreise ist für die Landwirtschaft daher von großer Bedeutung. Die energiepreisabhängigen Ausgaben machen etwa ein Viertel der Vorleistungen der deutschen Landwirtschaft aus. Nach dem Hochschnellen der Erdöl- und Gaspreise in 2021 und besonders in 2022 infolge der Sorge um die Auswirkungen des Ukrainekrieges und globale Versorgungsgengpässe fanden die

Energiepreise in 2023 und 2024 wieder zu einem deutlich niedrigeren Niveau zurück, das aber immer noch erheblich über dem Stand vor der Energiekrise liegt. Im Durchschnitt des Jahres 2024 wird mit einem Durchschnittspreis von knapp 82 US-Dollar je Barrel (159 Liter) der Sorte Brent gerechnet. Das ist vergleichbar viel wie im Vorjahr. Zum weiteren Vergleich: Im Jahresdurchschnitt 2022 lagen die Notierungen bei 100 US-Dollar je Barrel, 2021 bei 42 US-Dollar je Barrel. Die Durchschnittspreise bilden jedoch die beträchtlichen Schwankungen der Energiepreise während eines Jahres nicht ab. So schwankten die Erdölpreise der Sorte Brent von Januar bis November 2023 zwischen 70 und 94 US-Dollar je Barrel. Ähnliches gilt für die Gaspreise. Ursachen für diese Schwankungen sind die sich ändernden Erwartungen über die weltweite Verfügbarkeit der Energierohstoffe.

Düngemittelpreise stabil, auf hohem Niveau

Getrieben von der enormen Verteuerung von Erdgas und Sorgen über eine hinreichende globale Verfügbarkeit waren die Preise für Düngemittel im Laufe des Jahres 2022 regelrecht explodiert. Nach dem starken Anstieg der Preise sind diese dann wieder gefallen und erreichten im Juli 2023 ihre vorläufige Talsohle, aus der sie sich seitdem nur ein Stückweit herausentwickelten. Im Vergleich zum Preisniveau vor dem Preishoch in 2022 und in Relation



zu den Getreidepreisen verbleiben die Düngemittelpreise jedoch auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Preise für Stickstoff-Düngemittel deutlich über Vorjahr

Die Harnstoffpreise in Deutschland lagen im November 2025 mit rund 533 Euro je Tonne frei Hof für Standardware knapp 100 Euro höher als noch ein Jahr zuvor. Ammoniumnitrat-Harnstoff-Lösung

(AHL) liegt mit 340 Euro je Tonne je Tonne frei Hof rund 22 Prozent über Vorjahresniveau. Kalkammonsalpeter (KAS) stieg um gut 20 Prozent auf 369 Euro je Tonne.

Einkaufspreise Landwirtschaftlicher Betriebsmittel							
	2010/11	2019/20	2020/21	2021/22	2022/23	2023/24	2024/25
Waren und Dienstleistungen des laufenden landwirtschaftlichen Verbrauchs							
Saat- und Pflanzgut	90,7	99,7	100,9	112,8	127,2	123	121,9
Energie- u. Schmierstoffe	100,5	107,6	102,6	133,2	161,5	150,6	142,5
Heizstoffe	94,8	101,6	100,8	116,7	182,3	194	186,7
Treibstoffe	118,2	112,7	104,1	148,4	174,1	153	143,5
Elektrischer Strom	75,3	97,6	100,3	108,5	130,4	132	126,1
Schmierstoffe	86,6	101,5	101,1	106,4	116,7	121,8	122
Düngemittel	94,4	103,6	100,1	164,3	240,5	152,9	152,2
Einzelnährstoffdünger	.	.	98,6	166,3	254	153,8	154,1
Mehrnährstoffdünger	.	.	106	156,6	187,3	149,5	144,7
Pflanzenschutzmittel	94,4	99,4	100,8	104,1	115,8	122,2	121,4
Fungizide	99,8	98,1	100,8	103,3	113,8	122,3	121,2
Insektizide	99,9	99,1	100,6	104,6	115,3	124,6	126,9
Herbizide	89,9	100,4	100,8	104,6	117,2	122	121,2
Futtermittel	96,6	97,7	106,1	140,1	157,7	127,7	125,2
Einzelfuttermittel	98,7	94	106,3	140,4	152,6	119,2	116,2
Getreide u. Mühlen-nachprodukte	105	96,9	109	153,2	162,5	114,3	114,8
Ölkuchen und -schrot	93,6	91,9	104,2	131	145,2	122,9	117,3
Mischfuttermittel	96,2	98,3	106,1	140	158,7	129,2	126,9
Veterinärleistungen	83,7	100	100	100	132,1	164,3	164,4
Instandhaltung							
Maschinen u. Material	75,6	97,9	101,8	107	120,1	125,9	129
Bauten	74,9	97,4	101,6	112	130	140,4	145,8
Sonstige Waren u. Dienstleistungen	92,7	99,6	101,4	107,1	112,2	115,4	116,7
Zusammen	92,1	100	103	125,1	144,8	130,7	129,5
Waren und Dienstleistungen landwirtschaftlicher Investitionen							
Maschinen und Geräte	83,8	98,9	100,9	107,5	120,8	126,2	126,4
Maschinen u. sonstige Ausrüstungsgüter	84,1	98,8	100,9	107,5	121	126,3	126,1
Maschinen u. Geräte f.							
Kulturen	82,3	99,2	100,6	107	124	129,5	130,2
Erntebergung	85,4	98,5	100,9	105,8	116,4	123,4	123,3
Lw. Masch. u. Anl.	.	.	101	111,7	128,3	129,4	128,1
Fahrzeuge	83,5	99,5	101,1	107,8	119,3	125,6	129,3
Bauten	77,3	97,8	101,4	112,8	132,5	139	143,1
Zusammen	82,1	98,6	101	109	124,1	129,8	131
Insgesamt	89,3	99,7	102,5	121,2	139,8	130,5	129,9
1) Einkaufspreise des Handels, der Genossenschaften und der Verarbeitungsbetriebe für Inlandsgetreide vom Erzeuger frei Lager des Erfassers, ohne Mehrwertsteuer							
© Situationsbericht 2026/T63-1				Quelle: BMLEH			

Phosphatdüngerpreise relativ teuer

Während die Herstellung von Stickstoffdüngemitteln von Erdgas- und damit von Energiepreisen abhängt (Haber-Bosch-Verfahren), werden Kali und Phosphat aus Lagerstätten gewonnen. Diese Lagerstätten liegen bei Phosphat ausschließlich außerhalb Europas. Der allgemeine Preisrückgang bei Düngemitteln erfasste 2023 und 2024 auch die Kalidünger. Die Preise für Phosphat-Dünger dagegen zeigen seit zwei Jahren wieder nach oben. Diammonphosphat (DAP) frei Hof zum Beispiel wurde im Oktober 2024 mit 758 Euro je Tonne und damit rund 90 Euro über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats gehandelt.

Düngemiteleinsatz steigt wieder

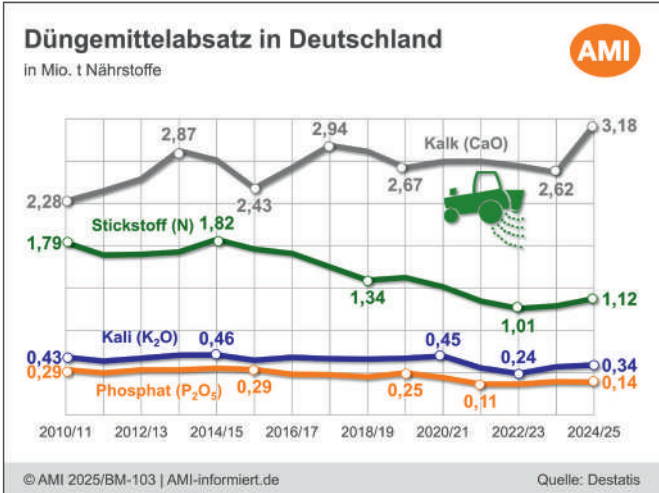
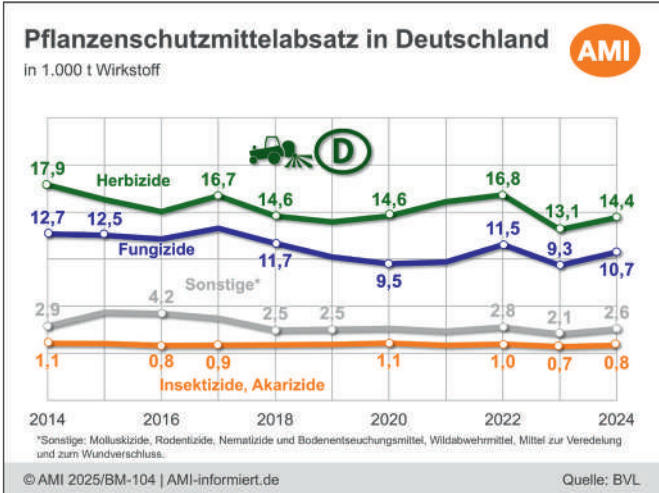
Der Düngemittelabsatz in Deutschland ist im Trend deutlich rückläufig, siehe Kapitel 2.2. Im Wirtschaftsjahr 2024/25 ist der Absatz von Düngemitteln jedoch wieder gestiegen. Grund für den Aufschwung ist vor allem ein starkes Plus bei den Kalkdüngern (+ 28,2 %). Auch der Absatz von Stickstoffdüngern stieg (+ 8,9 %). 60 Prozent des Stickstoffbedarfs der deutschen Pflanzenproduktion werden durch Mineraldünger gedeckt, 40 Prozent durch Wirtschaftsdünger. Bei der Phosphatversorgung beträgt das Verhältnis rund 6 zu 4.

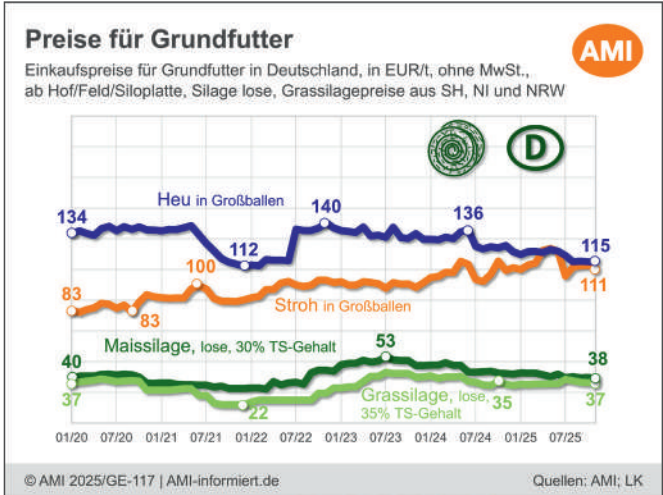
Witterungsbedingter Anstieg beim Pflanzenschutzmittelabsatz

Auch der Pflanzenschutzmittelabsatz in Deutschland geht langfristig zurück, siehe Kapitel 2.2. Nach einem sehr geringen Mittelabsatz stiegen die abgesetzten Mengen 2024 wieder leicht an. Der Absatz der Insektizide nahm um 26 Prozent zu, der der Fungizide um 18 Prozent. Bei der vom Umfang größte Wirkstoffgruppe, der Herbizide, nahm der Absatz um 10 Prozent zu. Der Anstieg war auf Grund relativ nasser und feuchter Witterungsbedingungen erwartet worden. In 2025 dürfte die Menge Witterungsbedingt wieder leicht rückläufig sein. Im Oktober 2023 waren in Deutschland insgesamt 278 Pflanzenschutzmittelwirkstoffe in Deutschland zugelassen; das waren drei weniger als im Vorjahr. Das relativ stabile Niveau überdeckt allerdings die fehlende oder unzureichende Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln für einzelne Kulturen.

Mischfuttermittel deutlich günstiger

Die Aufwendungen für Futtermittel sind in Vieh haltenden Betrieben die mit Abstand wichtigste Kostenposition. Der Futtermittelmarkt wird zu einem erheblichen Teil von den Preisentwicklungen der Eiweißkomponenten geprägt. Im Herbst 2025 machten sich vor allem die niedrigeren Preise für Soja- und Rapsschrot in den

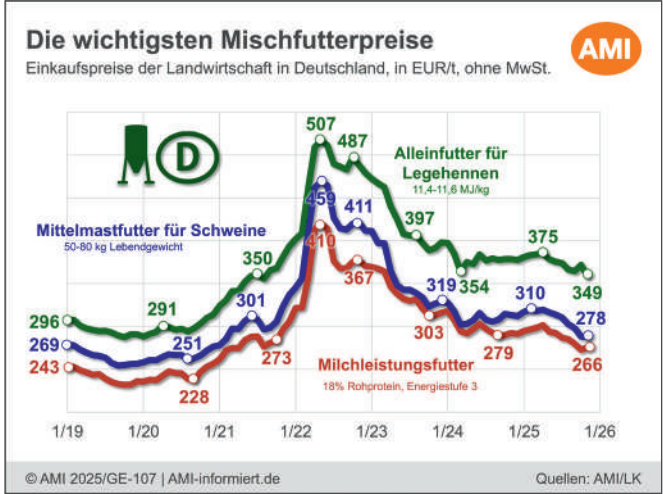




Einkaufspreisen der Landwirte für Mischfuttermittel bemerkbar. Im Oktober 2024 konnten alle Mischfuttermittel tendenziell günstiger beschafft werden als noch vor einem Jahr.

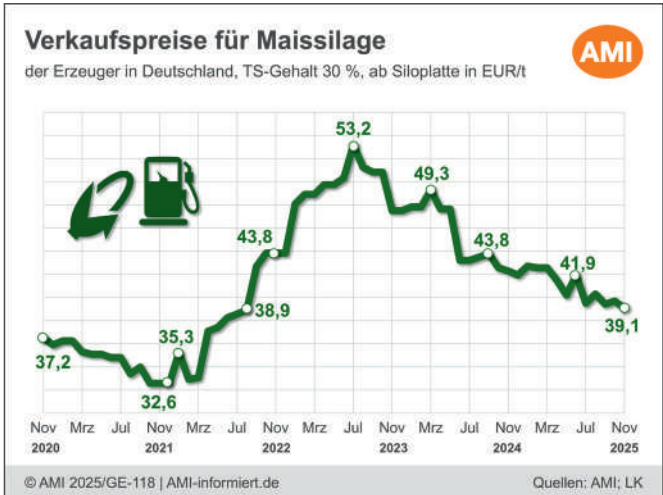
Einkaufspreise für Stroh und Heu

Insgesamt günstige Wachstumsbedingungen haben das Aufkommen an Raufutter und damit auch an Heu in 2025 reichlich ausfallen lassen, verbunden mit im Trend weiterhin sinkenden Preisen. Dabei waren die regionalen Qualitäten und Preisbildungen unterschiedlich. Stroh bewegt sich im Jahresvergleich mit zeitlichen und regionalen Schwankungen auf Vorjahresniveau.



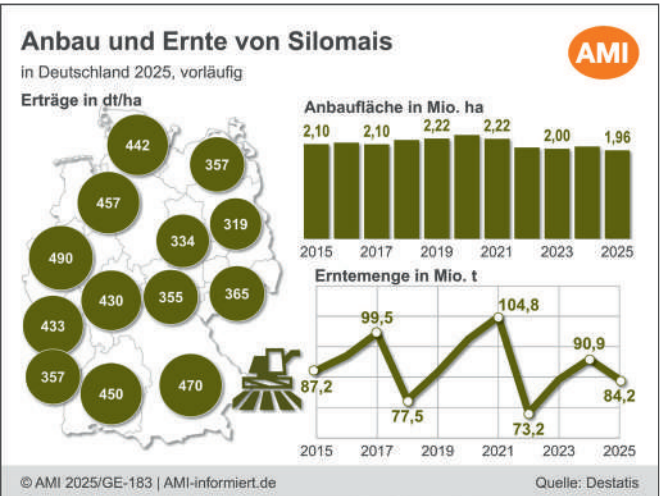
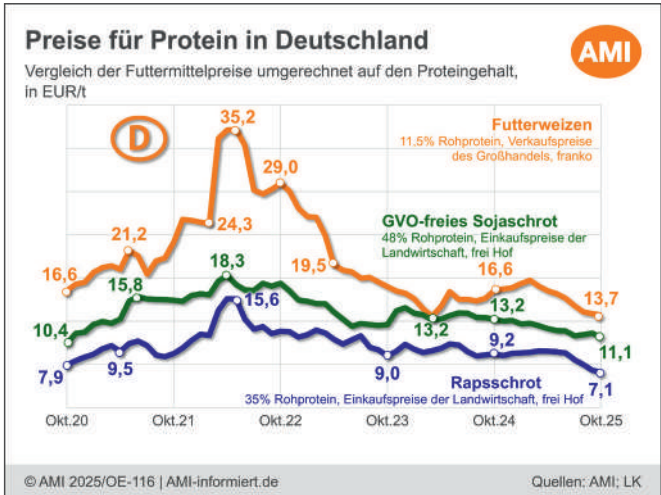
Silomaiserte und Preise unter Vorjahr

Die Silomaiserte 2025 wird auf 84,2 Millionen Tonnen geschätzt. Das sind zwar gegenüber dem Vorjahr gut 7 Prozent mehr, aber kaum mehr als im langjährigen Mittel. Die Preise für Silomais ab Siloplatte lagen mit 391 Euro je Doppelzentner im November 2025 auf dem niedrigsten Wert seit Frühjahr 2022.



9,9 Millionen Hektar Fläche dienen der Futtererzeugung

Von der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland (16,6 Mio. ha) dienen nach komplexen Auswertungen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) etwa 9,9 Millionen Hektar der Futtererzeugung. Unter Berücksichtigung aller Futtermittelkomponenten stieg das Gesamtfuttermittelaufkommen im Wirtschaftsjahr 2023/24 um 8,3 auf 111,5 Millionen Tonnen. Trotz Anstieg liegt das Gesamtfuttermittelaufkommen damit aber unter dem fünfjährigen Mittel von 120 Millionen Tonnen. Raufutter bildete mit rund 68 Prozent (75,7 Millionen Tonnen) den größten Anteil. Der entsprechende Proteinbedarf wurde zu rund 88 Prozent gedeckt. Das Gesamtfuttermittelaufkommen für Rohprotein lag bei 16,1 Millionen Tonnen und liegt damit in etwa auf der Höhe des fünfjährigen Mittels (16,98 Mio. t). 2,6 Millionen Tonnen Hülsenfrüchte (ohne Sojabohnen) und Futterleguminosen kamen aus heimischer Produktion.





7

Internationale Agrarentwicklung

7.1 Agrarpreise und Agrarrohstoffmärkte	241
7.2 Agraraußenhandel	253

7.1 Agrarpreise und Agrarrohstoffmärkte

(Noch) stabile Erzeuger- und Betriebsmittelpreise

Gegenüber dem hohen Stand im Wirtschaftsjahr 2022/23 (Juli 2022 bis Juni 2023) waren die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in Deutschland bereits im Wirtschaftsjahr 2023/24 um 9,5 Prozent gefallen. Im Wirtschaftsjahr 2024/25 haben sich die Preise stabilisiert (+1,2). Besonders stark rückläufig waren im abgelaufenen Wirtschaftsjahr die Erzeugerpreise für Zuckerrüben, Speisekartoffeln und Schweine. Ein Plus verzeichneten vor allem Rinder, Milch und Obst. Auf der Betriebsmittelseite war der Preise stabil, gleichwohl steigen die Baukosten scheinbar unaufhaltsam an.

Zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2025/26 weiterer Preisrückgang

Im dritten Quartal 2025 (Juli, August, September) und damit im ersten Quartal des Wirtschaftsjahres 2025/26 waren die Erzeuger- (+1,4 %) und die Betriebsmittelpreise (+0,5 %) im Schnitt relativ stabil. Zwischen den Positionen gab es jedoch erhebliche Verschiebungen, die Preise für pflanzliche Erzeugnisse sank deutlich (- 13,7%), während die tierischen Erzeugnisse noch gute Marktpreise erlösten (+11,3 %). Besonders starke Preisrückgänge sind bei Zuckerrüben, Speisekartoffeln und Getreide zu

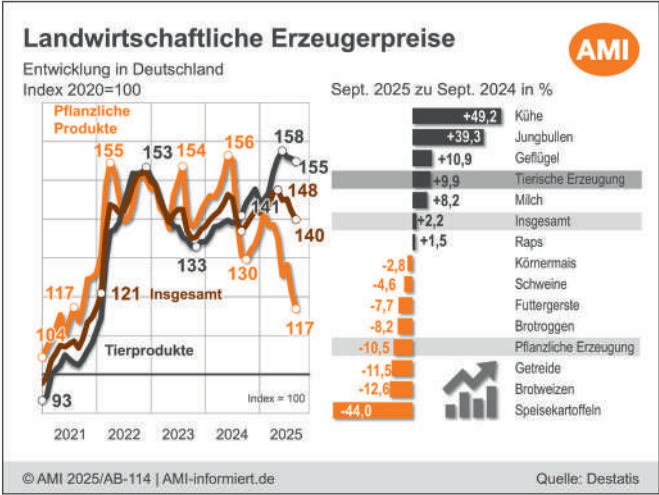
Erzeuger- und Betriebsmittelpreisentwicklung im Vergleich – Preisindizes ¹⁾						
	Wirtschaftsjahre				%Veränderung	
	2022/23	23/24	24/25	3. Quartal 2025 ²⁾	2024/25 zu 2023/24	3. Quartal 2025 zu 3. Quartal 2024 ²⁾
	2020 = 100					
Lw. Erzeugerpreise	147,5	139,8	141,5	142,4	1,2	1,4
Pflanzliche Erzeugung	147,3	145,5	134,2	122,2	-7,8	-13,7
Getreide	173,3	121,4	115,6	105,0	-4,8	-7,0
Raps	163,3	116,4	122,1	121,7	4,9	2,2
Speisekartoffeln	157,7	189,9	148,3	141,7	-21,9	-26,8
Zuckerrüben	186	265,1	181,6	120,8	-31,5	-51,1
Gemüse	126,5	134,8	130,7	120,9	-3,0	-7,0
Obst	86,3	107,5	124,7	130,0	16,0	7,3
Wein	108	111,4	112,5	114,1	1,0	2,0
Tierische Erzeugung	147,5	136,2	146,2	155,5	7,3	11,3
Rinder	144,8	136,1	168,6	208,4	23,9	43,0
Jungbullen	138,7	132,6	163,4	196,4	23,2	40,8
Schweine	131,6	136,9	120	121,0	-12,3	-5,3
Hähnchen	165,6	155,3	164,4	172,2	5,9	7,6
Milch	161,8	132,3	157,3	163,0	18,9	12,2
Eier	139,7	163,1	166,4	174,2	2,0	9,6
Lw. Betriebsmittelpreise	141,2	131,7	131,7	131,4	0,0	0,5
Saat- und Pflanzgut	127,2	123	121,9	115,6	-0,9	-9,3
Energie- u. Schmierstoffe	175,8	162,8	161,6	163,6	-0,7	1,4
Düngemittel	240,5	152,9	152,2	155,3	-0,5	9,4
Pflanzenschutzmittel	115,8	122,2	121,4	120,4	-0,7	-1,4
Futtermittel	157,7	127,7	125,2	121,2	-2,0	-1,8
Tierarzt	132,1	164,3	164,4	164,4	0,1	0,0
Maschinen	120,8	126,2	126,4	126,9	0,2	0,6
Bauten	132,5	139	143,1	146,3	2,9	3,4

1) ohne Umsatzsteuer

2) Betriebsmittelpreisindizes jeweils Stichmonat Juli

© Situationsbericht 2026/T71-1

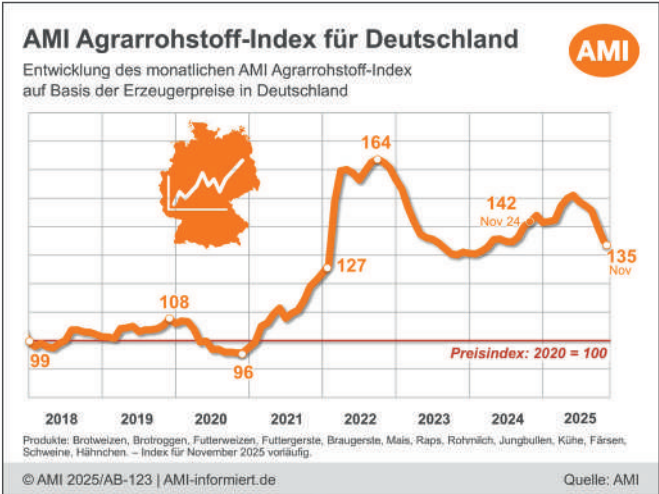
Quelle: Statistisches Bundesamt



verzeichnen. Die derzeit stattfindenden Preisrückgänge im Bereich Schwein und Milch setzen im Kern erst im 4. Quartal ein und schlagen sich daher noch nicht in der Statistik nieder. Bei den Betriebsmitteln gaben vor allem die Preise für Saat und Pflanzgut weiter nach (- 9,3 %). Die Preise für Düngemittel stiegen derweil mit 9,4 Prozent deutlich an.

AMI-Agrarrohstoff-Index sinkt sich auf relativ hohem Niveau

Der Agrarrohstoff-Index der Agrarmarkt Informations-GmbH (AMI) für die 13 wichtigsten in Deutschland erzeugten Agrarprodukte, zeigte nach der Hochpreisphase in 2022 eine Abwärtstendenz, die sich insbesondere im zweiten Halbjahr 2025 nach einer anderthalbjährigen leichten Erholungsphase wieder deutlich verschärfte. Der Agrarrohstoff-Index liegt damit auf dem Niveau von Anfang 2022.



Immer noch relativ hohes Weltmarkt-Preisniveau

Der FAO-Preisindexwert für die wichtigsten weltweit gehandelten Agrarrohstoffe sank im Oktober gegenüber erneut ab und liegt damit leicht unter dem Vorjahresniveau (- 1 Indexpunkt). Die Preisentwicklungen für die im Index enthaltenen Rohstoffe, sind heterogen. Während die Werte für Öle und Fette zuletzt anstiegen, stagnieren die Preise für Fleisch und die für Milch, Getreide und Zucker sinken zum Teil deutlich.



Weiter real leicht rückläufige Agrarpreise

Nach Einschätzung von FAO und OECD werden die globalen Agrarrohstoffpreise nach ihrer zu Ende gegangenen Hochpreisphase wieder ihren langjährigen Trend real (d. h. inflationsbereinigt) leicht rückläufiger Preise fortsetzen. Ob sich dieser Trend allerdings in den lokalen Einzelhandelspreisen für Lebensmittel niederschlägt, wird – unter anderem angesichts steigender Kosten in den weiteren Stufen der Wertschöpfungskette – von den FAO-OECD-Experten bezweifelt.

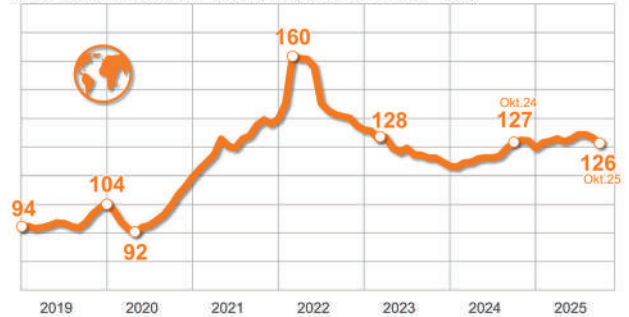
Starker Euro erschwert EU-Agrarexporte

Der globale Handel mit Agrarprodukten wird nicht nur durch Angebot und Nachfrage beeinflusst. Erhebliche Bedeutung haben auch die Wechselkurse. Der internationale Agrarrohstoffhandel wird überwiegend auf US-Dollar-Basis abgewickelt. Ein relativ starker Euro gegenüber dem US-Dollar wirkt sich auf das deutsche Exportgeschäfte negativ aus, da die Unternehmen teurer auf dem Weltmarkt anbieten. Die Importe von Rohstoffen und Gütern verbilligen sich dagegen, was sich positiv insbesondere im Bereich der Energie- und Düngemittelkosten auswirken kann. Derzeit ist der Wechselkurs nur eingeschränkt von Fundamentaldaten bestimmt. In Folge des erwarteten Wahlsieges von US-Präsident Donald Trump hat der Dollar zwischen Sommer 2024 und Januar 2025 stark aufgewertet

Globale Preisentwicklung Agrarrohstoffe

Monatsmittel für Nahrungsmittelrohstoffe aus den Bereichen Fleisch, Milch, Getreide, Ölsaaten, Zucker (Preisindex 2014-2016 = 100)

AMI

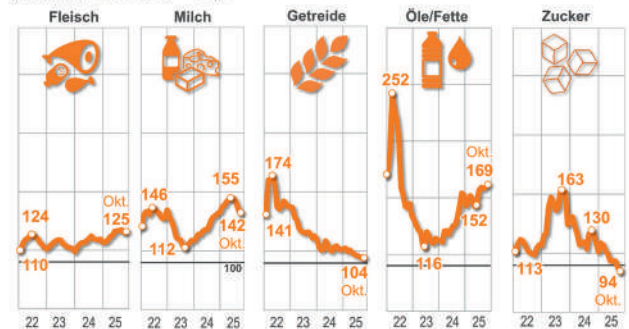


© AMI 2025/AB-112 | AMI-informiert.de Quelle: FAO Food Price Index, Stand vom 07.11.2025

Globale Preise für Agrarrohstoffe im Vergleich

Internationale Preise für Nahrungsmittelrohstoffe im Monatsmittel (Preisindex 2014-2016 = 100)

AMI



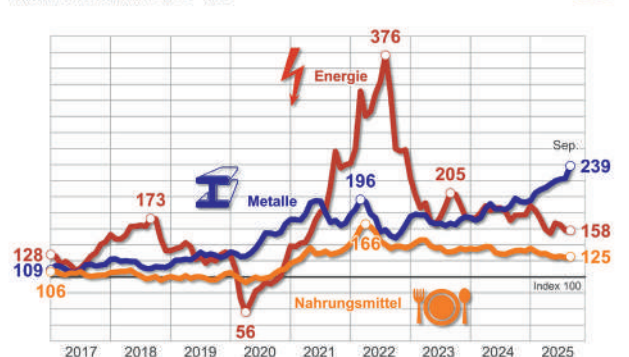
© AMI 2025/AB-113 | AMI-informiert.de

Quelle: FAO Food Price Index, Stand 07.11.2025

Entwicklung der globalen Rohstoffpreise

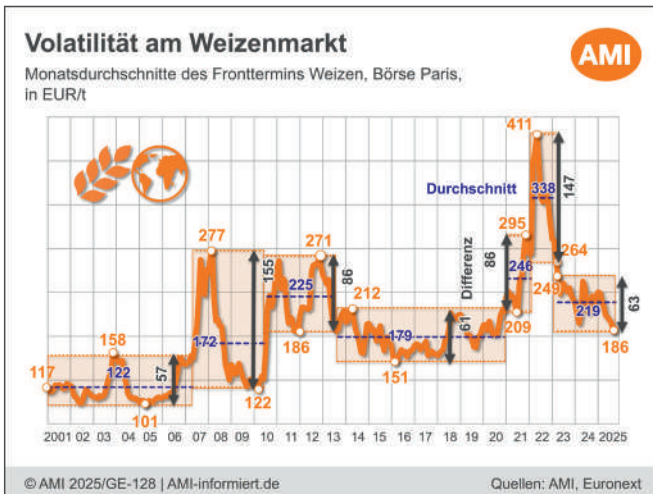
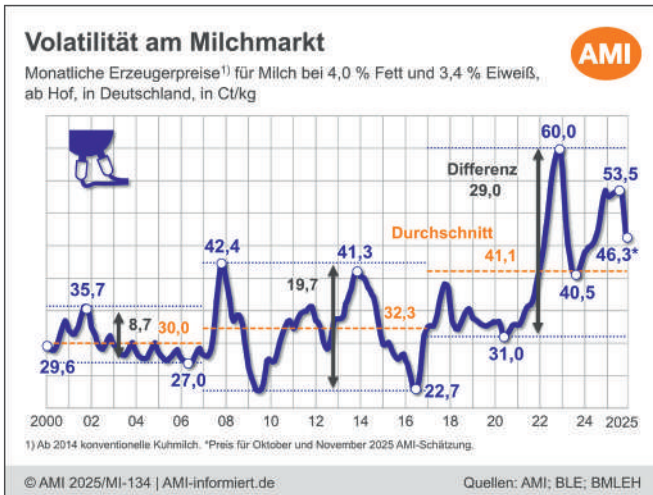
Index: Durchschnitt 2016=100

AMI



© AMI 2025/AB-111 | AMI-informiert.de

Quelle: IMF



zen keine vollständige Markttransparenz gegeben ist. Bisher konnten derartige Marktverzerrungen an den Agrarterminmärkten nicht nachgewiesen werden.

Zusammenhang zwischen Energie- und Nahrungsmittelpreisen

Zwischen den globalen Energie- und Nahrungsmittelpreisen besteht ein Zusammenhang. Die Entwicklung der Getreide-, Ölsaaten- und Zuckerpreise steht in einer Wechselbeziehung zu der kaufkräftigen Nachfrage nach Nahrungsmitteln und der Nachfrage nach Bioenergie, die wiederum vor allem vom Rohölpreis abhängt. Hohe Energiepreise stützen die Weltagrarpreise, besonders bei Getreide, anderen pflanzlichen Rohstoffen und auch bei Holz. Niedrige Energiepreise führen tendenziell zu einem Druck auf die Agrarpreise. Der Ausbau der Bioenergie bzw. der nachwachsenden Rohstoffe bietet den Landwirten Chancen für eine alternative Vermarktung ihrer Erzeugnisse. Die Preise am Energiemarkt bilden grundsätzlich die Preisuntergrenze für landwirtschaftliche Produkte.

Durch die Koppelproduktion, z. B. bei Raps für Biodiesel und für Rapsschrot-Futtermittel, wird die Anfälligkeit der Verarbeitungskette gegenüber Preisschwankungen gemindert.

Gründe für Hunger in der Welt

Analysten sehen die fundamentalen Nachfrage- und Angebotstrends bei Agrarrohstoffen als entscheidend an. Hunger und Armut sind häufig Folge von schlechter

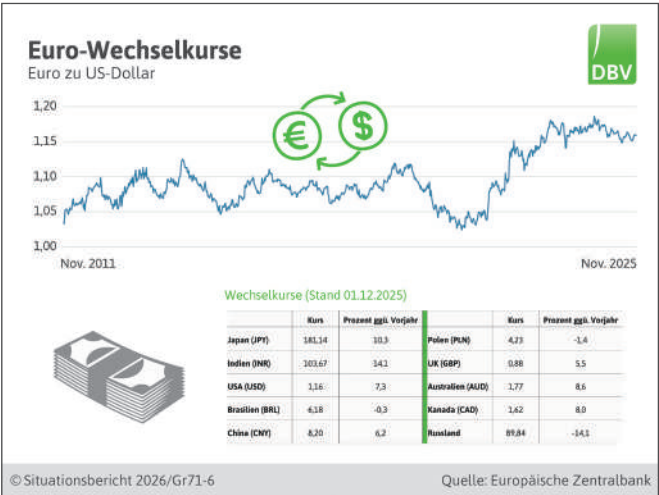
und stand kurz vor der Euro/Dollar-Parität (1,02 Euro/USD). Infolge der US-Wirtschaftspolitik, der Zollankündigungen und steigender Unsicherheiten in den USA hat der Euro bis Juli 2025 stark aufgewertet und befindet sich seitdem in einer Seitwärtsbewegung mit leicht sinkendem Trend.

Einfluss der Finanzmärkte auf die Agrarmärkte

Kapitalanleger suchen auch auf den Rohstoffmärkten nach rentierlichen Anlagemöglichkeiten. Terminmärkte sind dabei ein wichtiges Instrument. Wie zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen, können spekulative „Blasen“ an den Terminmärkten („Preisübertreibungen“) in der Regel nur dann entstehen, wenn in den von Angebot und Nachfrage bestimmten Börsenplätzen

Preisabsicherung durch Vorkontrakte

Bei der Vermarktung von Getreide und Raps nutzen immer mehr Landwirte Vorkontrakte zur Preisabsicherung. Nach Ergebnissen des Konjunkturbarometers Agrar geben rund die Hälfte der Verkaufsgetreide anbauenden Landwirte an, Vorkontrakte mit Abnehmern wie Handel und Mühlen über ihre anstehende Ernte oder Teile davon abzuschließen oder zu planen. Bei Raps sind dies entsprechend drei von vier Landwirten.



Regierungsführung, Korruption, Bürgerkriegen, Wetterextremen, Klimawandelfolgen, Marktab-schottung und unzureichenden Eigentums- und Nutzungsrechten. Verstärkt wird der Hunger durch die Folgen des Klimawandels. Die Agrarmärkte in den ärmeren Län- dern sind oft wenig funktionsfähig. Dazu gehören vor allem schlechte Infrastrukturen und Abschottung der Märkte. So sind zum Beispiel in Afrika nur 15 Prozent des Handels innerafrikanisch. Zum Vergleich: In Europa werden 70 Prozent der Waren innerhalb der EU gehandelt.

Zahl der Hungernden weiterhin hoch

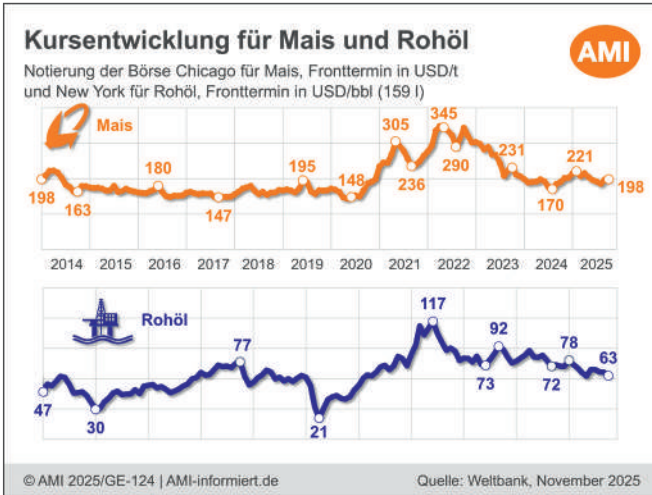
Die FAO definiert Unterernährung als die Aufnahme von zu wenig Kalorien, die jeder Mensch für ein gesundes und produktives Le- ben benötigt. Im Jahr 2024 litten zwischen 720 und 639 Millionen Menschen unter chronischem Hunger – einer von 11 Menschen

auf der Welt und einer von fünf in Afrika. Nachdem die Zahl der hun- gernden Menschen während der Corona-Pandemie erst wieder an- gestiegen war (Höchststand 2021: 697,5 Millionen gegenüber 2019: 584,1 Millionen), scheint sich die Lage seit den letzten Jahren wieder leicht zu erholen. 2024 hungerten weltweit mit 637 Millionen Men- schen etwa 15 Millionen weniger als noch 2023. Ungeachtet dessen prognostiziert die FAO, dass im Jahr 2030 immer noch 511,7 Millionen Menschen von Hunger betroffen sein werden. Nach Schätzungen der FAO hatten 2024 gut 2,3 Milliarden Menschen (28 % der Weltbevölke- rung) keinen regelmäßigen Zugang zu angemessener Nahrung.

2,9 Milliarden Menschen leiden dagegen an Übergewicht

Nach Schätzungen der Weltgesund- heitsorganisation (WHO) für das Jahr 2022 stehen den hungernden Menschen 2,5 Milliarden Menschen

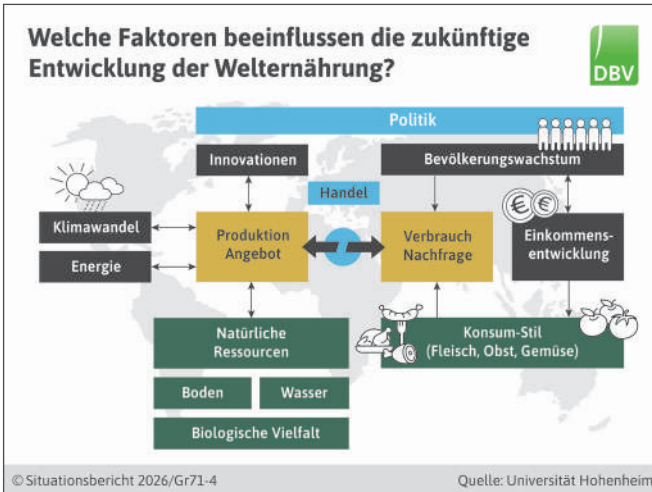
über 18 Jahre gegenüber, die als übergewichtig gelten, davon 890 Millionen als fettleibig. Damit waren 43 Prozent der Erwachsenen im Alter von 18 Jahren und älter übergewichtig und 16 Prozent lebten mit Fettleibigkeit. Im Jahr 1990 lagen die entsprechenden Anteile noch bei 25 bzw. 7 Prozent. Dazu kommen noch 427 Millionen Kinder mit Übergewicht oder sogar Fettleibigkeit, davon 2024 allein 35 Millionen mit unter 5 Jahren. Über- gewicht und Fettleibigkeit gelten als das Ergebnis eines Ungleichge- wichts zwischen Energieaufnahme (Ernährung) und Energieverbrauch (körperliche Aktivität).



politisch und wirtschaftlich unabhängig zu organisieren.

Aufstrebende Volkswirtschaften konsumieren mehr Fleisch, Obst und Gemüse

Mit steigenden Einkommen in den aufstrebenden Volkswirtschaften geht ein starker Nachfragezuwachs von Fleisch und Fisch, aber auch von Obst, Gemüse und Zucker einher. FAO und OECD gehen in ihrer Landwirtschaftsprognose bis zum Jahr 2034 davon aus, dass die Nachfrage nach Nahrungsmitteln weiter vom Bevölkerungswachstum und von zunehmenden Pro-Kopf-Einkommen getrieben wird. Die Rolle Chinas als Motor des weltweiten Verbrauchs an Agrarrohstoffen nimmt ab, während Indien und die südostasiatischen Länder ihren Anteil am weltweiten Verbrauch aufgrund der wachsenden städtischen Bevölkerung und des zunehmenden Wohlstands deutlich ausbauen werden.



Hungerbekämpfung durch höhere Produktivität der Landwirtschaft

Zur Verbesserung der Welternährungssituation hält die FAO eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft und einen wachsenden Handel mit Agrarprodukten für notwendig. Um mehr Nahrungsmittel bei geringerem Ressourcenverbrauch zu produzieren, wird eine weitere Modernisierung und Professionalisierung der Landwirt-

schaft in den Entwicklungsländern gefordert. Gleichzeitig geht es darum, die massiven Nachernteverluste zu reduzieren und dabei in eine bessere Lagerhaltung zu investieren. Nicht zuletzt setzt eine erfolgreiche Landwirtschaft Bodeneigentum, Zugang zu Ausbildung, Märkten, Kapital und Betriebsmitteln ebenso voraus wie unternehmerische Freiräume und die Möglichkeit der Landwirte, sich

Globale Nachfrage weiter auf Wachstumskurs

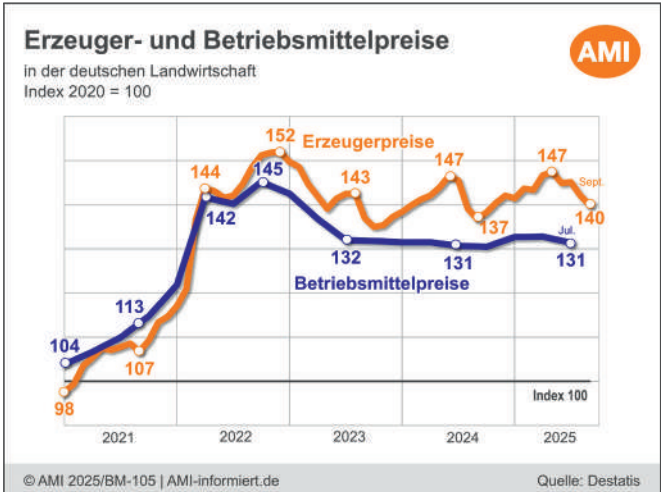
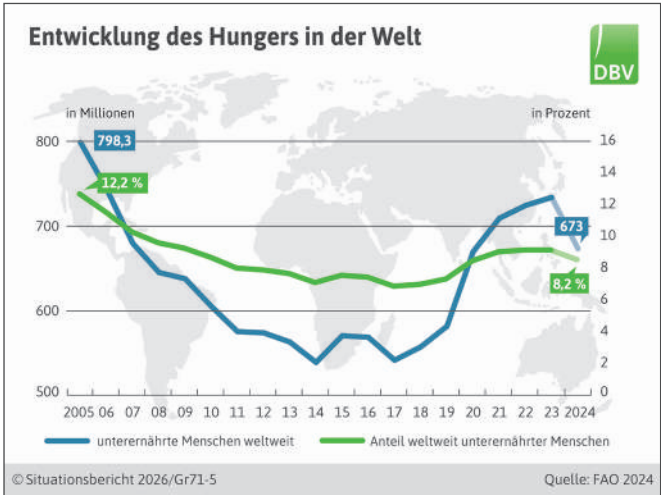
Für das kommende Jahrzehnt bis 2034 erwarten OECD und FAO ein deutlich verlangsamtes Wachstum der Weltbevölkerung auf dann 8,8 Milliarden Menschen, ein Anstieg um + 0,8 Prozent jährlich. Damit wächst auch die Nachfrage nach Lebensmitteln langsamer. Gleichwohl wird ein jährlicher Anstieg des Gesamtverbrauchs an Agrarrohstoffen erwartet, der neben der Weltbevölkerung vom steigenden Wohlstand getrieben wird. Rund 94 Prozent des zusätzlichen Ver-

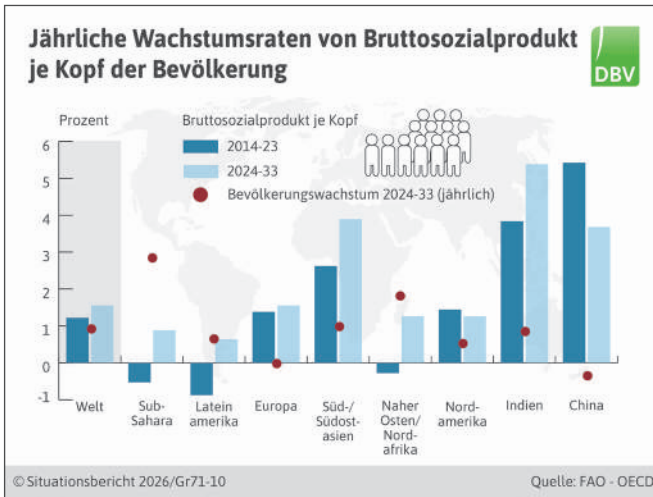
brauchs werden voraussichtlich in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen stattfinden. Knapp die Hälfte des zusätzlichen Verbrauchs entfällt im Prognosezeitraum auf die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, was vor allem auf die wachsende Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara, Südostasien und Indien zurückzuführen ist. Die Verwendung von Futtermitteln wird etwa ein Drittel des zusätzlichen Verbrauchs ausmachen und hängt mit dem erwarteten Anstieg der Tierhaltung zusammen.

Mehr Handel und tierische Kalorien

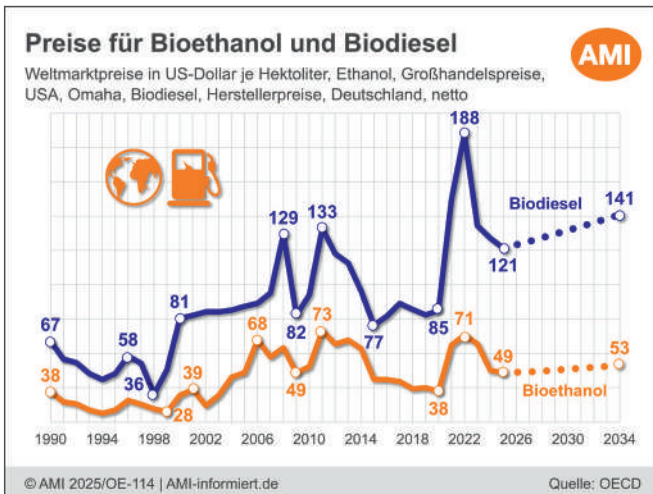
Der Anteil der nachgefragten tierischen Kalorien wird sich demnach bis 2034 um 6 Prozent steigern. In Ländern mit niedrigem Einkommen wird die tägliche Aufnahme dieser nährstoffreichen Lebensmittel bis 2034 jedoch mit nur 143 Kalorien niedrig bleiben und damit deutlich unter den 300 Kalorien liegen, die im Warenkorb der FAO empfohlen werden.

Auch der Handel mit Lebensmitteln wird den Prognosen zufolge wachsen, sodass 2034 22 Prozent aller konsumierten Lebensmittel über Grenzen hinweg gehandelt wurden.





nagements und der Futtereffizienz zurückzuführen sein, wenngleich auch die Vergrößerung der Tierbestände zum globalen Wachstum der tierischen Erzeugung beiträgt. FAO-OECD gehen weiter davon aus, dass die Wachstumsrate der Erzeugung von Agrarrohstoffen nicht das Niveau des zurückliegenden Jahrzehnts erreichen wird. Als Gründe dafür werden geringere Wachstumsanreize bei schwächerem Nachfragewachstum und geringere Fortschritte bei der Verbesserung der Produktionseffizienz angeführt.



Schwächeres Wachstum bei Biokraftstoffen

In der FAO-OECD-Prognose für den Zeitraum bis 2033 wird mit einem verlangsamten globalen Wachstum des Biokraftstoffverbrauchs und der Biokraftstoffproduktion gerechnet. Produktion und Verbrauch sollen jeweils mit 1,5 Prozent pro Jahr steigen. Dies ist weniger als die Hälfte des im zurückliegenden Jahrzehnt beobachteten Tempos, was in erster Linie auf die Verringerung der Fördermaßnahmen in den Industrieländern für konventionelle Biokraftstoffe und die zunehmende Verbreitung von Elektrofahrzeugen zurückzuführen ist. Da fast zwei Drittel des erwarteten Wachstums der Biokraftstoffnachfrage in den Schwellenländern, vor allem in Indien, Brasilien und Indonesien, stattfinden werden, sind Verschiebungen der Marktanteile zu erwarten.

Auch das globale Angebot wächst weiter

Im Zeitraum bis 2034 wird der Wert der weltweiten landwirtschaftlichen Produktion nach Prognosen von FAO-OECD gegenüber dem Durchschnitt des Dreijahreszeitraums 2021-2023 um jährlich 1,1 Prozent steigen (gemessen in konstanten Preisen). Die Tierhaltung wird dieses Wachstum mit 1,3 Prozent jährlich anführen. Die Fischproduktion wird voraussichtlich

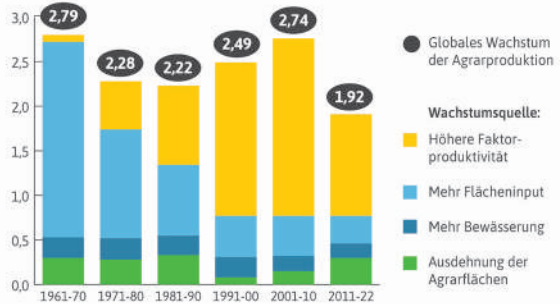
um jährlich 1,1 Prozent zunehmen, während für die pflanzliche Produktion eine jährliche Wachstumsrate von 1,0 Prozent prognostiziert wird. In der pflanzlichen Erzeugung werden 85 Prozent des Wachstums auf Produktivitätssteigerungen zurückgeführt, nur 15 Prozent auf die Zunahme von Ackerflächen. Auch in der tierischen Erzeugung wird ein erheblicher Teil des Wachstums auf Produktivitätssteigerungen wie Verbesserung des Herdenma-

Biokraftstoffherzeugung ist auch Futtererzeugung

Die weltweite Ethanol- und Biodieselproduktion wird bis 2034 voraussichtlich um 0,9 Prozent jährlich steigen. Im Jahr 2023 bestand der Rohstoff für Ethanol durchschnittlich aus 59 Prozent Mais, 24 Prozent Zuckerrohr, 6 Prozent Melasse und 2 Prozent Weizen, die restlichen 9 Prozent sind eine Mischung aus verschiedenen Getreidesorten, Maniok und Zuckerrüben. Biodiesel bestand zu 65 Prozent aus Pflanzenölen (30 % Palmöl, 20 % Sojabohnenöl, 11 % Rapsöl) und zu 27 Prozent aus Altspeisefetten, die restlichen 8 Prozent aus Nicht-Speiseölen und tierischen Fetten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der Biokraftstoffherzeugung zu einem hohen Anteil pflanzliche Nebenprodukte (Getreide: circa 40 % Schlempe; Raps: circa 60 % Schrot) anfallen, die als Futtermittel Verwendung finden und damit die Netto-Inanspruchnahme von Flächen für Energiezwecke erheblich kleiner ausfallen lässt.

Im Wirtschaftsjahr 2025/26 wurde rund 8 Prozent der Weltgetreideernte (ohne Reis) für die Erzeugung von Ethanol genutzt. Weitere 9 Prozent gehen in eine andere industrielle Nutzung wie die Gewinnung von Stärke. 45 Prozent der Weltgetreideernte werden zu Futterzwecken eingesetzt. 33 Prozent der Weltgetreideernte (ohne Reis) dienen direkten Ernährungszwecken. Schließlich entfallen die restlichen 5 Prozent auf Saatgut und Verluste.

Quellen der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion - Durchschnittliches Wachstum in Prozent

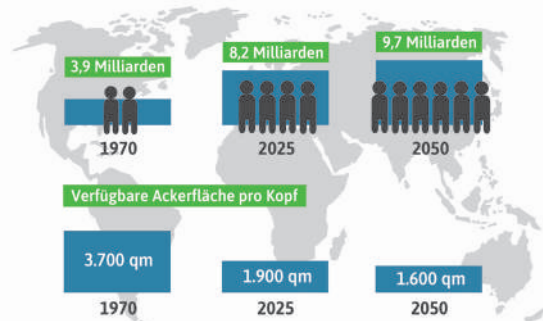


© Situationsbericht 2026/Gr71-7

Quelle: USDA, Oktober 2024

Welternährung

Weltweit schrumpft die Ackerfläche pro Kopf

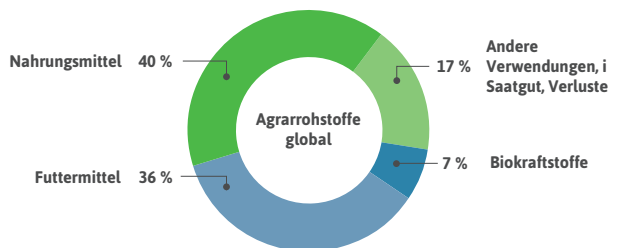


© Situationsbericht 2026/Gr71-3

Quellen: FAO, DBV-Berechnungen

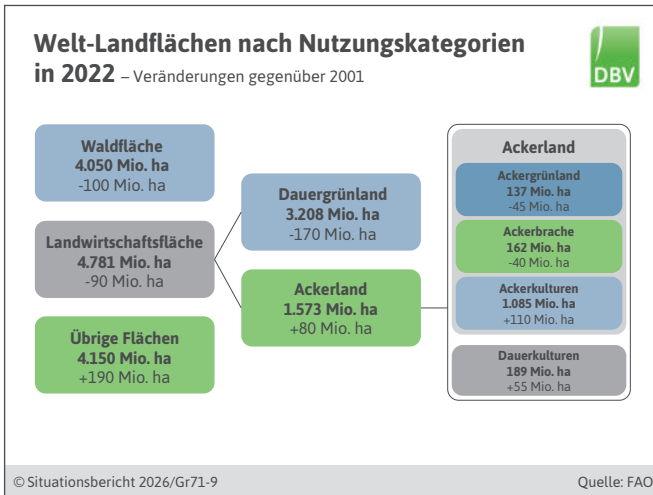
Globale Verwendung der Agrarrohstoffe

Zeitraum 2021-2023



© Situationsbericht 2026/Gr71-11

Quelle: FAO-OECD



Agrarerzeugung mit immer weniger Treibhausgasen

Die globale Zunahme der Treibhausgasemissionen bei der Erzeugung von Agrarrohstoffen wird nach FAO-OECD-Einschätzung im Zeitraum bis 2034 geringer ausfallen als im vorangegangenen Jahrzehnt. Gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2022-2024 fällt die Zunahme dieser Treibhausgasemissionen mit plus 5 Prozent weniger als halb so hoch aus wie das prognostizierte Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion. Grund dafür sind Effizienzsteigerungen und damit ein weiterer Rückgang der Kohlenstoffintensität der landwirtschaftlichen Produktion.

Europa bleibt ein global wichtiger Versorger mit Agrarrohstoffen

Der Anteil der Entwicklungs- und Schwellenländer an der Weltagrarerzeugung und am Weltagrarhandel wird nach FAO-OECD-Ein-

schätzung weiter wachsen. Für die Industrieländer wie die Länder der EU wird ebenso eine weitere, wenn auch weiter verlangsamte Steigerung der Agrarerzeugung erwartet. Mit ihrer hohen Produktivität und Effizienz werden sie nach Prognosen von FAO-OECD weiter bedeutende Akteure im Weltagrarhandel bleiben. - Nach aktuellen wissenschaftlichen Berechnungen würden zur Deckung des inländischen Verbrauchs in Deutschland im Ausland dreimal so viel Acker- und Grünlandfläche benötigt, wie hierzulande bewirtschaftet werden. Das zeigt die Bedeutung des Standortortes Deutschland und den Vorteil internationaler „Arbeitsteilung“.

Klimaforscher warnen vor Problemen im „globalen Süden“

Eine internationale Forschergruppe kommt unter Verwendung neuester Klima- und Agrarmodelle zu der Erkenntnis, dass zunehmende Kohlendioxid-Konzentrationen zwar

das Pflanzenwachstum im „Norden“ befördern. Weit höher aber sind die Mindererträge im „Süden“ infolge Wassermangels, Hitzeperioden, Extremwetter und Schädlingen. Mehr noch: In weiten Teilen der Welt werden Missernten bereits innerhalb der nächsten 20 Jahre deutlich spürbar sein. Am meisten überrascht hat die Wissenschaftler die Reaktion der Maispflanzen. Sie reagieren offenbar besonders empfindlich auf den Klimawandel und dürften schon bald geringere Ernten einbringen. Aber auch Sojabohnen und Reis reagieren negativ auf den Klimastress. Weniger eindeutig wird die Entwicklung bei Weizen diagnostiziert.

„Wasserstress“ nimmt zu

Nach dem UN-Weltwasserbericht 2025 steigt der Wasserverbrauch jährlich um 0,7 Prozent an. Gleichwohl haben bereits 2022 rund 2,2 Milliarden Menschen (27 % der Weltbevölkerung) keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die meisten von ihnen leben in ländlichen Gebieten. Noch prekärer ist die Situation bei der Sanitärversorgung: 3,5 Milliarden Menschen (43 % der Weltbevölkerung) müssen ohne eine entsprechende Grundversorgung auskommen. Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung leidet saisonal unter akutem Wassermangel. Wasserknappheit wird nach dem UN-Bericht in Zukunft auch dort auftreten, wo die Ressource heute scheinbar im Überfluss vorhanden ist. Bevölkerungswachstum, sozioökonomische Entwicklungen und veränderte Konsumgewohn-

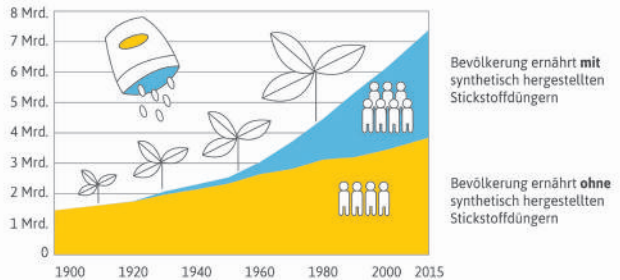
Deutschland bei „virtuellem Wasser“ mit Standortvorteil

Der Handel mit Agrarprodukten ist indirekt auch ein Handel mit virtuellem Wasser. Das ist jenes Wasser, das während der Produktion eingesetzt wird. Der Wasserbedarf landwirtschaftlicher Produkte variiert von Region zu Region teilweise sehr stark. Um ein Kilo Getreide in Marokko anzubauen, müssen etwa 2.700 Liter Wasser aufgewendet werden. Die gleiche Menge kann in Deutschland mit nur 520 Litern Wasser erzeugt werden, wie Wissenschaftler des Potsdam-Institutes für Klimaforschung (PIK) vorrechnen. Es zeigt sich, dass nicht die Menge des verbrauchten Wassers, sondern dessen Herkunft entscheidend ist. In Indien oder im Mittleren Osten lässt sich durch den Import von Agrarprodukten Wasserknappheit verringern. In Ländern Südeuropas hingegen verstärkt der Export bei einer Reihe von Produkten den Mangel an dieser Ressource.

heiten lassen den Wasserverbrauch jährlich um ein Prozent steigen. Zwar verbraucht die Landwirtschaft weltweit mehr als zwei Drittel des Wassers, aber vor allem Industrie und Haushalte sind nach dem UN-Bericht für den steigenden Bedarf verantwortlich. In Deutschland ist die Lage anders, hier steht die Landwirtschaft nur für rund 4 Prozent der Wassernutzung.

Einfluss von synthetisch hergestellten Stickstoffdüngern auf die Welternährung

Schätzungen zur Abhängigkeit der Weltbevölkerung von synthetischen Stickstoffdüngern, die nach dem Haber-Bosch-Verfahren hergestellt werden.



© Situationsbericht 2026/Gr71-8

Quelle: Our World in Data

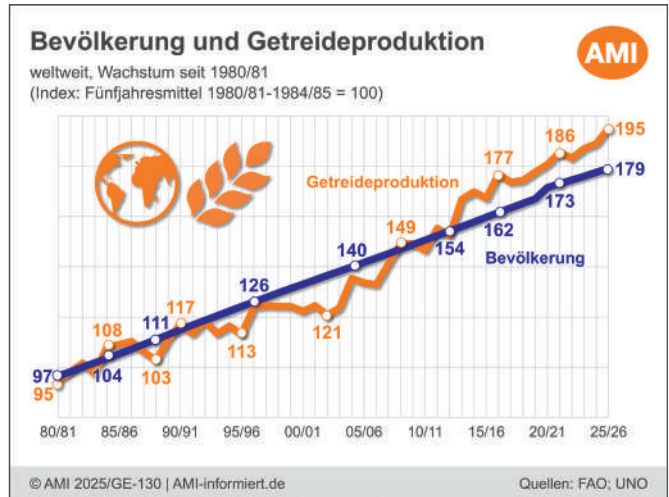
Ernährung der Weltbevölkerung bleibt eine große Herausforderung

Inwieweit die Versorgung mit der globalen Nachfrage Schritt halten kann, hängt insbesondere mit dem globalen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zusammen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen (UN) erreichte die Weltbevölkerung Mitte 2025 die Zahl von 8,2 Milliarden Menschen. Damit hat sich die Zahl der Menschen seit Mitte der siebziger Jahre verdoppelt. Damals lebten rund vier Milliarden Menschen auf der Erde. 1950 waren es noch 2,5 Milliarden Menschen. Mehr als die Hälfte (59 %) aller Menschen lebt in Asien, weniger als jeder Zehnte (9 %) in Europa. Allein auf China und Indien entfällt mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung. Hier hat laut UN-Berechnung ein Wechsel stattgefunden: 2023 hat Indien mit mehr als 1,4 Milliarden Menschen China als bevölkerungsreichstes Land der Erde abgelöst haben. Nach

UN-Projektionen wird sich das jährliche Bevölkerungswachstum verlangsamen, so dass erst im Jahr 2037 die Neun-Milliarden-Marke erreicht wird. Bislang wuchs die Weltbevölkerung jährlich um gut 80 Millionen Menschen, was in etwa der Bevölkerung Deutschlands (2024 84,4 Mio.) entspricht. Die globale Nachfrage nach Nahrungsmitteln wird nicht nur durch die wachsende Weltbevölkerung, sondern auch durch eine höhere Kaufkraft und geänderte Ernährungsgewohnheiten geprägt. In den Schwellenländern ist mit einem weiter steigenden Konsum von höherwertigen Lebensmitteln wie Fleisch- und Milchprodukten sowie Obst und Gemüse zu rechnen. Hinzu kommt die derzeit eher stagnierende Verwendung von Agrarrohstoffen für energetische und stoffliche Zwecke.

Weltackerfläche bei knapp 1,6 Milliarden Euro

Landwirtschaftlich genutzte Flächen bedecken auf der Erde im Jahr 2022 insgesamt rund 4,8 Milliarden Hektar. Davon sind knapp 1,6 Milliarden Hektar landwirtschaftliche Anbaufläche, auf der zum Beispiel Getreide oder Tierfutter kultiviert wird. 3,2 Milliarden Hektar werden als Weide- und Wiesenfläche genutzt. Seit dem Jahr 2001 ist die der Landwirtschaft zur Verfügung stehende Gesamtfläche weltweit um 90 Millionen Hektar zurückgegangen. Das entspricht dem Fünffachen der Landwirtschaftsfläche Deutschlands (18,0 Mio. ha). Auf Kosten der Weide- und Wiesenfläche nahm die Ackerfläche etwas zu. Das Grasland, das zwei Drittel der Weltagrarflächen ausmacht, führt über die Tierhaltung zu hochwertigen Lebensmitteln, weil nichts anderes dort wächst. Auch die Getreidenebenprodukte können nur über die Tierhaltung Verwendung finden. FAO und OECD gehen für den Zeitraum bis 2034 von keiner Ausweitung der Weltagrarfläche aus. Für möglich gehaltene Zunahmen der Ackerflächen werden durch Abnahmen beim Grünland ausgeglichen.



Bislang hielt die Getreideproduktion mit dem Bevölkerungswachstum Schritt

Die Weltgetreideproduktion (ohne Reis) ist in den letzten Jahrzehnten in etwa so stark gewachsen wie die Weltbevölkerung. Allerdings schwanken die Ernten von Jahr zu Jahr. Während sich die globale Anbaufläche für Getreide zwischen 1994 und 2024 insgesamt nur wenig verändert hat (+ 4 %), sind die Hektarerträge um mehr als die Hälfte (+ 59 %) gestiegen. Pflanzenschutzmittel helfen dabei, hohe Erntemengen und -qualitäten sicherzustellen. Nach Angaben der FAO gehen jedes Jahr bis zu 40 Prozent der Nahrungsmittelpflanzen durch Pflanzenschädlinge und -krankheiten verloren. Genauso wichtig ist die Versorgung der Pflanzen mit ausreichend Nährstoffen. Synthetische Stickstoffdünger zum Beispiel stellen fast die Hälfte der Welternährung sicher.

7.2 Agraraußenhandel

EU-Außenhandel

Die EU ist nach China der zweitgrößte Exporteur der Welt

Die Europäische Union (EU-27) ist mit 449 Millionen Menschen auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs (69 Mio. Menschen) nicht nur der größte Binnenmarkt, sondern auch die zweitgrößte Handelsmacht der Welt; der Anteil der EU-27 am Welthandel (bezogen auf den Export und ohne Berücksichtigung des EU-Binnenhandels) betrug nach Angaben der WTO 2024 14,2 Prozent. Der Anteil Chinas am Welthandel lag bei 17,6 Prozent und der Anteil der USA bei entsprechend 10,4 Prozent. Die EU-Importe hatten 2024 einen Anteil am Welthandel von 14 Prozent (USA 16 %, China 13 %).

EU-Außenhandelsbilanz 2024 mit Exportüberschuss

Die Wareneinfuhren der EU gingen 2024 gegenüber Vorjahr um 3 Prozent zurück. Grund dafür war vor allem ein Rückgang des Wertes für Energie infolge niedrigerer Energiepreise sowie die stark angepasste Handelspolitik mit China. Die Warenausfuhren stieg dagegen leicht an (+ 1 %). Durch den Rückgang der Einfuhren schloss die Warenhandelsbilanz 2024 mit einem deutlich positiven Saldo ab: Um 146 Milliarden Euro überstiegen die Exporte die Importe.

USA und China wichtigste Handelspartner der EU

Im Jahr 2024 blieben die Vereinigten Staaten und China mit Blick auf das Handelsvolumen (Exporte und Importe) die wichtigsten Handelspartner der EU. Mit China hatte die EU 2024 ein Handelsdefizit, das mit 112 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr stark reduziert wurde, um 160 Milliarden Euro. Der traditionelle EU-Handelsbilanzüberschuss mit den USA nahm 2024 gegenüber Vorjahr deutlich auf 199 Milliarden Euro zu, ein Plus von rund 44 Milliarden Euro oder 28 Prozent. Der dritt wichtigste Handelspartner der EU ist das Vereinigte Königreich mit einem Handelsvolumen in 2024 von 506 Milliarden Euro.

Deutschland im Weltagrarhandel die Nummer vier

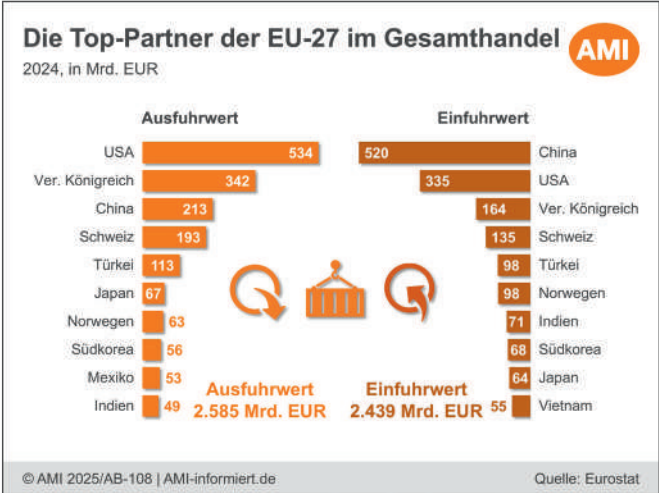
Bei den weltweiten Agrarexporten nimmt Deutschland Rang 4 und damit eine Spitzenposition ein. Von den im Jahr 2024 weltweit exportierten Agrargütern stammten gut 4 Prozent aus Deutschland. Mehr Agrarprodukte außerhalb ihrer Grenzen vermarkteten 2024 nur die USA, Brasilien und die Niederlande. Bei den weltweiten Agrarimporten nimmt Deutschland hinter den USA und China Rang 3 ein.

Brasilien mit weltweit größtem Exportüberschuss

Werden Exporte und Importe miteinander verrechnet, ergibt sich für Deutschland ein Agrarhandelsdefizit von 24 Milliarden US-Dollar (2024). Damit steht Deutschland auf Platz 7 der größten Nettoimporteure von Agrarprodukten. China, Japan, die USA und das Vereinigte Königreich haben weitaus größere Nettoimporte. Der bei weitem größte Nettoexporteur ist Brasilien. Dieses Land exportierte 2024 für rund 120 Milliarden US-Dollar mehr Agrargüter, als es importierte. Mit großem Abstand folgen in der Rangliste der weltgrößten Agrar-Nettoexporteure die Niederlande und Argentinien.

EU-Agrarhandelsbilanz 2024 mit größerem Plus

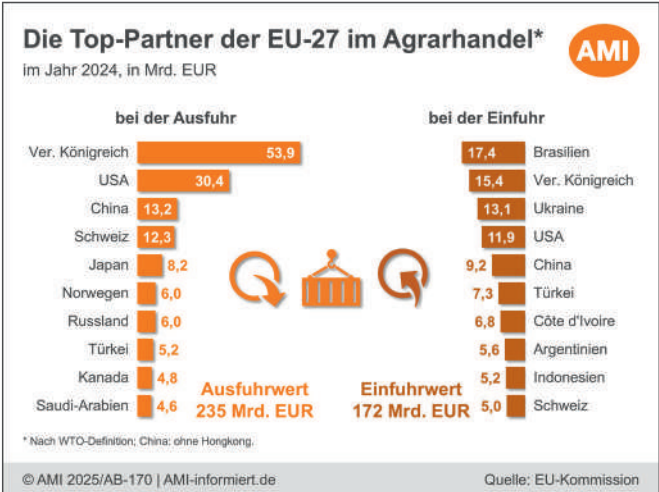
Auf Basis der WTO-Definition von Agrareinfuhren und -ausfuhren, die Fisch und Fischwaren nicht berücksichtigt, hat die Europäische Union auch im Jahr 2024 einen Außenhandelsbilanzüberschuss bei Agrar- und Ernährungsgütern erzielt. Die EU-Agrarimporte beruhen vor allem auf beträchtlichen Einfuhren an Gemüse, Obst (jeweils einschließlich Verarbeitungserzeugnissen) sowie an Futtermitteln, Ölsaaten und Ölsaatenprodukten. Hinzu kommen umfangreiche Importe an Kaffee, Tee, Fleischwaren, Tabak und Kakao. Die EU ist bedeutender Exporteur vor allem bei Getreide, Milch, Fleisch (jeweils



einschließlich Verarbeitungserzeugnissen), aber auch von Bier, Wein und Spirituosen. Nach der traditionellen nationalen Warenklassifikation, bei der insbesondere auch der Handel mit Fisch und Fischwaren Berücksichtigung findet, weist die EU-27 im Handel mit Agrarprodukten einen deutlich geringeren positiven Saldo auf.

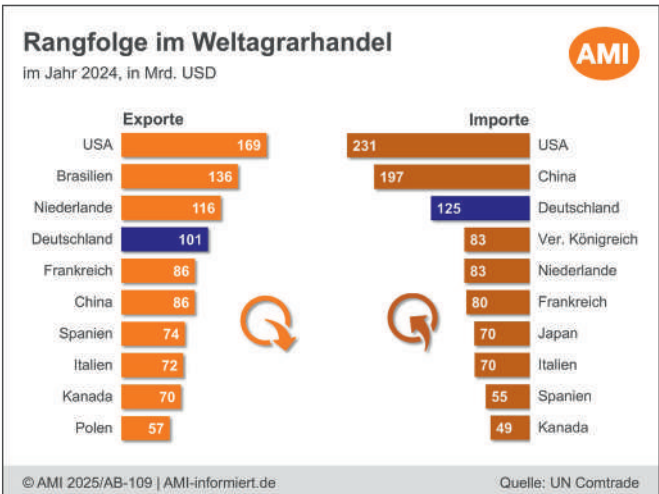
EU für Entwicklungsländer ein offener Absatzmarkt

Für die Entwicklungs- und Schwellenländer ist die EU im internationalen Vergleich ein offener Absatzmarkt. Die Ausfuhren in die EU überwiegen. Ein großer Teil der Einfuhren entfällt auf Erzeugnisse, die nicht oder kaum mit EU-Produkten konkurrieren. Dazu gehören vor allem südländisches Obst und Gemüse sowie Kaffee, Kakao und Tee.



Handel 2025: Zölle belasten

Der internationale Handel im Jahr 2025 stark durch verschiedene protektionistische Maßnahmen wie Zölle geprägt, die den Warenverkehr beeinflussen. Insbesondere in Schlüsselbranchen wie der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft wirken sich Importzölle und handelspolitische Maßnahmen aus, die teilweise zu Verzögerungen und Kostensteigerungen in Lieferketten führen. Trotz dieser Herausforderungen konnten weltweit Handelsströme stabil gehalten werden, wobei Faktoren wie technologische Entwicklungen, geopolitische Spannungen und Nachhaltigkeitsanforderungen ebenfalls eine



Detaillierte Zahlen digital

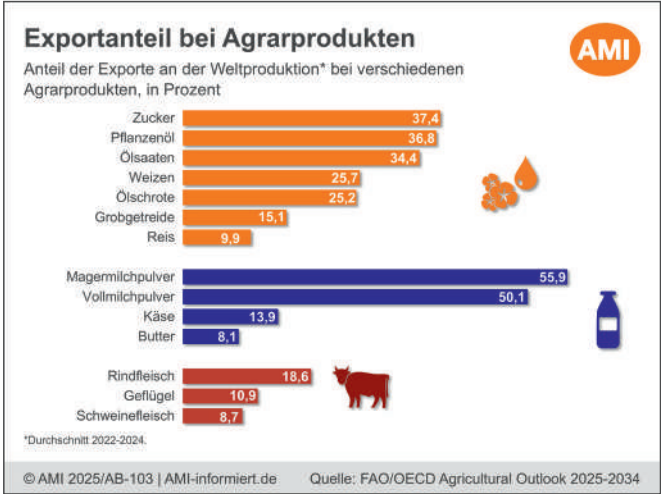
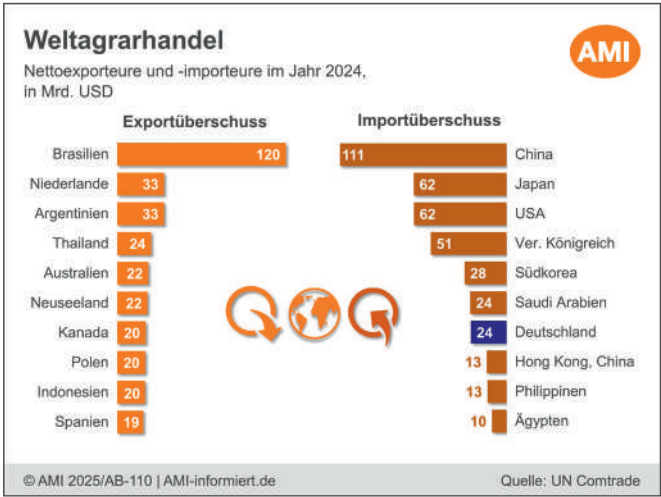
Die Entwicklungen im Außenhandel sind derzeit zeitkritischer zu betrachten als in manchen Vorjahren. In unregelmäßigen Abständen werden daher in den kommenden Monaten zentrale Außenhandelszahlen im digitalen Situationsbericht aktualisiert sowie auf Quellen für die eigene Datenrecherche verwiesen. Dort werden zu einem späteren Zeitpunkt auch aktualisierte Informationen über Handelsabkommen, wie dem Mercosur-Abkommen zu finden sein.

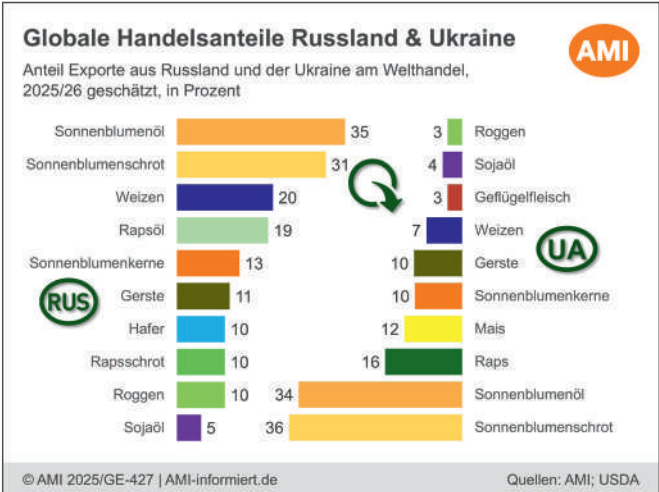
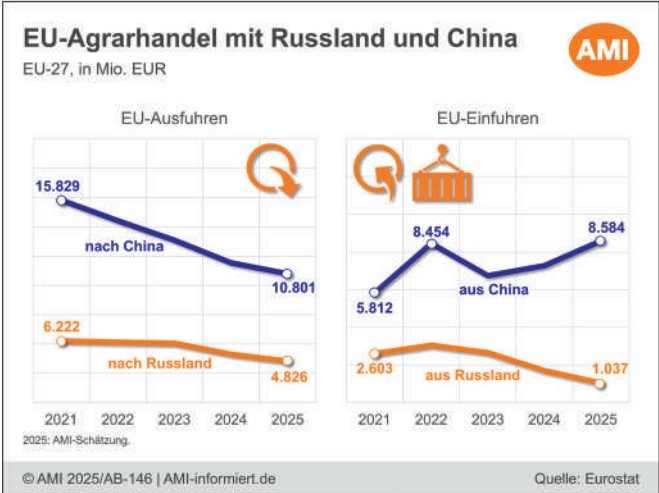
Quelle: www.situationsbericht.de
-> Kapitel 6.2

wachsende Rolle spielen. Diese komplexen Rahmenbedingungen erfordern von Unternehmen und Staaten eine erhöhte Anpassungsfähigkeit. Die Europäische Union hat im Jahr 2025 gleichwohl eine grundsätzlich positive Entwicklung im Außenhandel verzeichnet, insbesondere im Agrarsektor.

Ukraine und Russland wichtige Player im Agrarhandel

Die Ukraine und Russland sind wichtige Produzenten und Exporteure von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Unbestellte Felder in der Ukraine, Sanktionen gegen Russland, unterbrochene Transportwege – die Auswirkungen des Krieges beeinflussen auch die weltweite Versorgung. Bei wichtigen Grundnahrungsmitteln wie Sonnenblumenöl und Weizen gehören die Ukraine und die Russische Föderation zu den größten Exportländern der Welt.





Außenhandel Deutschland

Deutscher Außenhandel stagniert

Mit einem wertmäßigen Umfang von 1.55 Milliarden Euro verfehlten die Ausfuhren Deutschlands im Jahr 2024 erneut knapp das Vorjahresergebnis (- 2 %). Vor allem auf Grund niedrigerer Energiepreise gingen der Wert der Importe zurück, insgesamt aber auch die Warenmenge. Der positive Handelsbilanzsaldo nahm gegenüber dem Vorjahr auf 242 Milliarden Euro zu. Im Zeitraum Januar bis September 2025 lagen die Ausfuhren um 0,3 Prozent über Vorjahresstand und die Einfuhren um 4 Prozent über Vorjahresstand. Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg fußt zu einem großen Teil auf dem Export. Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank betrug der Anteil der deutschen Warenausfuhr am Bruttoinlandsprodukt 2024 gut ein Drittel. Wird die Ausfuhr von Dienstleistungen noch dazugerechnet, ist es knapp die Hälfte .

Agrarhandel 2024 mit mäßig positiver Entwicklung

Der deutsche Außenhandel mit Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft wies 2024 sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren eine mäßig positive Entwicklung auf. Im Ergebnis schloss die Agrarhandelsbilanz mit einem Defizit ab, dass 2025 auf 35 Milliarden Euro ansteigen könnte. Gemessen am deutschen Außenhandel insgesamt hatten

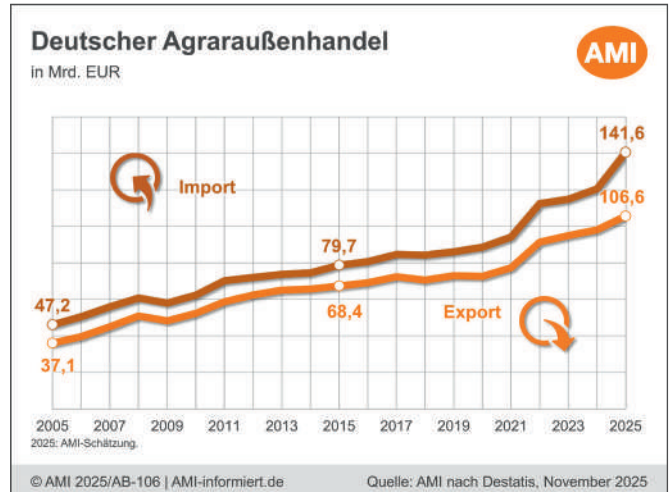
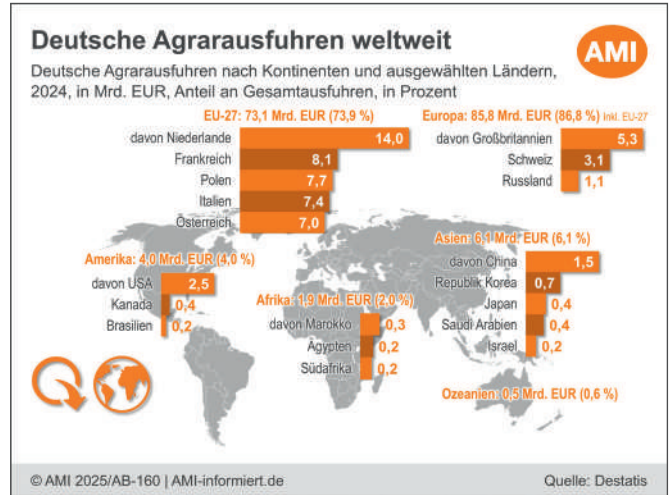
Wachsendes Agrarhandelsdefizit

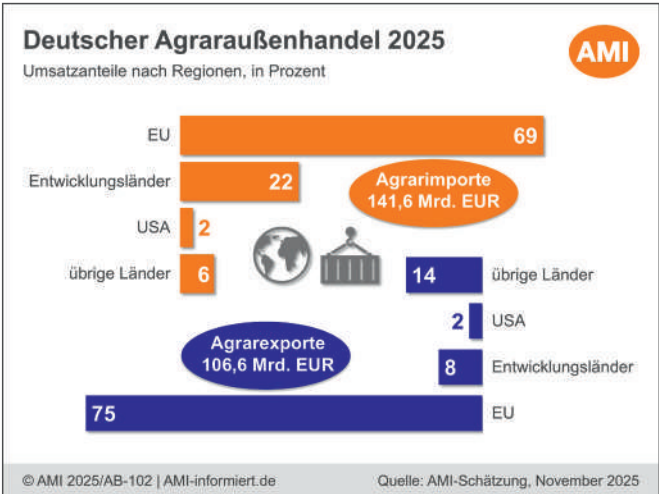
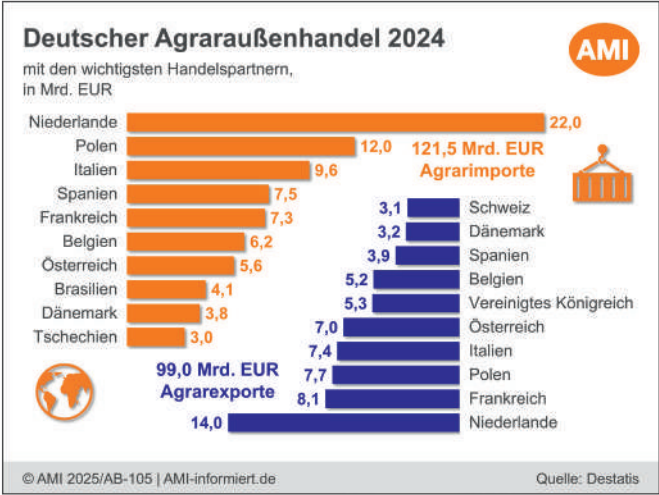
Die deutschen Agrarexporte haben sich zwischen 2015 und 2025 weniger dynamisch entwickelt als die deutschen Agrarimporte. Während die Agrarexporte um rund 56 Prozent gestiegen sind, haben sich die Agrarimporte um 78 Prozent erhöht. Das deutsche Agrarhandelsdefizit dürfte in der Folge von 11 Milliarden Euro (2015) auf 35 Milliarden Euro (2025) angewachsen sein.

die Agrarausfuhren 2024 einen Anteil von 6,8 Prozent und die Agrareinfuhren einen Anteil von 10,8 Prozent.

Wachstum auch in 2025

Der deutsche Außenhandel mit Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft wird auch 2025 sowohl beim Export als auch beim Import neue Rekordmarken setzen. Unter der Annahme, dass sich der Agrarhandel im vierten Quartal wertmäßig genauso entwickelt wie in den drei vorangegangenen Quartalen, erreichen die deutschen Agrarexporte 2025 einen Jahreswert von 106,6 Milliarden Euro, die Agrarimporte einen Wert von 141,6 Milliarden Euro.





Deutscher Agrarexport steht für Ausfuhr von Qualitätsprodukten

Charakteristisch für den deutschen Agrarexport ist die Ausfuhr von hochwertigen Veredelungszeugnissen. So sind Milch und Milcherzeugnisse, darunter vor allem Käse, sowie Fleisch und Fleischwaren die herausragenden Produkte des deutschen Agrarexportes. Qualität und Sicherheit sind wichtige Faktoren im Export.

Agrarhandel überwiegend mit EU-Partnerstaaten

Im internationalen Handel sind die EU-Staaten für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft mit großem Abstand die bedeutendsten Handelspartner. Auch 2025 dürften nach einer Schätzung der AMI rund 69 Prozent der Agrareinfuhren aus dem Binnenhandel stammen. Bei den Exporten entfallen demnach rund 75 Prozent der Auslandsumsätze auf die 26 EU-Partnerstaaten.

Handel mit Entwicklungsländern: Viel Import, wenig Export

73 Prozent der deutschen Agrarimporte aus Drittländern stammen aus den Entwicklungs- und Schwellenländern, insgesamt 31,2 Milliarden Euro. Importiert werden in erster Linie Kaffee, Ölsaaten sowie Obst und Südfrüchte. Viele dieser Produkte verzeichneten in den vergangenen Monaten spürbare Preisanstiege. Die Agrarexporte in die Entwicklungs- und Schwellenländer beliefen sich 2024 wie im Vorjahr auf nur 8,5 Milliarden Euro. Der traditionelle Einfuhrüberschuss mit den Entwicklungs- und

Schwellenländern stieg damit wieder deutlich auf 22,6 Milliarden Euro an.

Agrareinfuhren mit USA, Brasilien und China

Im Drittlandhandel sind die USA zusammen mit Brasilien die bedeutendsten Lieferanten von Agrar- und Ernährungsgütern. Nach China sind die Agrarexporte auf 1,7 Milliarden Euro angestiegen, zugleich aber auch die Agrarimporte auf 2,3 Milliarden Euro.

Agrarhandel mit dem Vereinigten Königreich

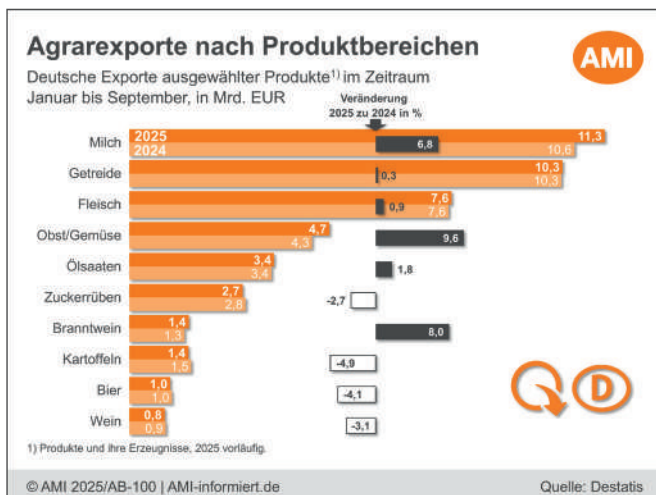
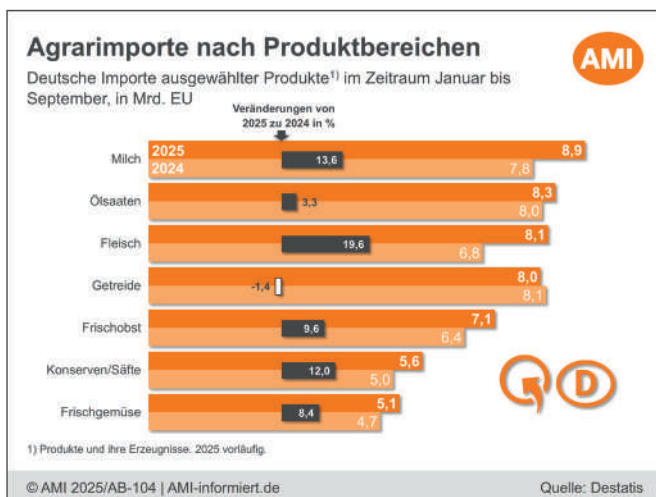
Der Agrarhandel mit dem Vereinigten Königreich war vor allem auf Grund des Brexits und der damit verbundenen erschwerten Handelsabläufe zunächst stark zurückgegangen. Mittlerweile hat sich der Agrarhandel wieder ein Stück weit erholt. Die Handelsrestriktionen mit Drittstaaten in Folge des ersten Falls von Maul- und Klauenseuche (MKS) im Januar 2025, die besonders den Milch- und Fleischsektor getroffen haben, zeigt die Bedeutung des EU-Binnenmarktes für die europäischen Handelsströme.

EU mit dem größten Handelsnetz der Welt

Die EU verfügt über das größte Handelsnetz der Welt mit 75 abgeschlossenen Einzelabkommen. Der Kern der Freihandelsabkommen besteht in der Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen, wobei sich Abkommen der neuen Generation nicht nur mit einem Abbau von Zöllen auseinandersetzen,

sondern auch beispielsweise Regelungen zum Investitionsschutz, zum Urheberrecht, zur Integration von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) auf dem Markt oder zur Harmonisierung von Standards enthalten. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Vietnam ist seit dem 1. August 2020 in Kraft. Die Freihandelsabkommen mit Japan und Singapur sind bereits 2019 in Kraft getreten. Seit September 2017 werden die in die

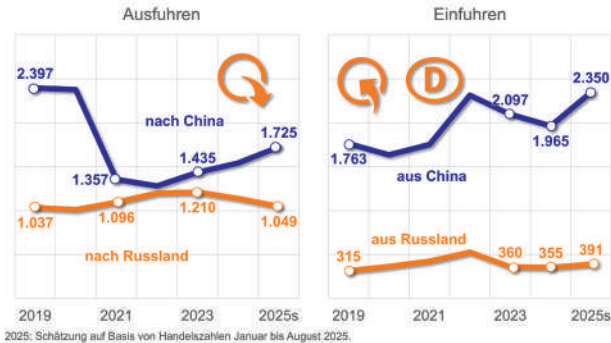
Zuständigkeit der EU fallenden Teile des Abkommens mit Kanada (CETA) vorläufig angewendet. Dies betrifft insbesondere die Erleichterungen im Bereich der Zölle. Bereiche, die mitgliedstaatliche Kompetenzen berühren, sind ausgenommen. Damit CETA vollständig in Kraft treten kann, muss es von den Parlamenten aller 27 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Deutschland hat das Abkommen im August 2023 ratifiziert.



Agrarhandel mit Russland und China

Ein- und Ausfuhren Deutschlands, in Mio. EUR

AMI



© AMI 2025/AB-147 | AMI-informiert.de

Quellen: AMI-Schätzung; Destatis

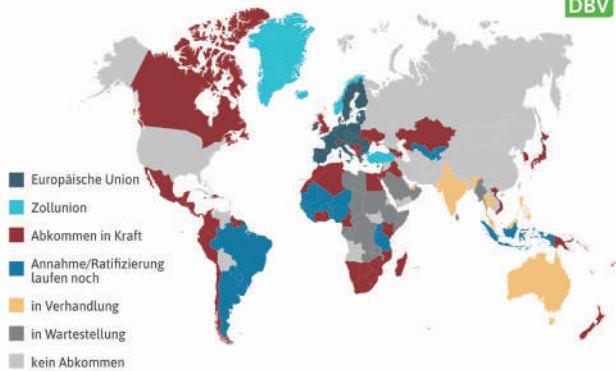
Partnerschaften, um Wachstum und Resilienz der EU-Wirtschaft zu fördern. Die Nachverhandlungen mit Australien sind bislang nicht zum Abschluss gekommen, die mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) derweil schon. Hier stehen in den kommenden Monaten die Abstimmungen im Europäischen Rat und im EU-Parlament an.

Welthandel und komparative Vorteile

Der Welthandel basiert auf dem Prinzip komparativer Vorteile, wonach Länder sich auf die Produktion von Gütern spezialisieren, bei denen sie relative Kostenvorteile haben. Dies ermöglicht eine effizientere globale Ressourcennutzung, da jedes Land stärker in Bereichen produziert, in denen es effizienter ist als andere. Dadurch entsteht ein gegenseitiger Austausch, der die Gesamtproduktion steigert und Ressourcen optimal verteilt. Im Agrarhandel deutet das positive EU-Handelssaldo auf komparative Vorteile bei verschiedenen Agrargütern hin, dies gilt etwa für den Bereich Milch und Käse. Dabei spielen nicht nur natürliche Produktionsbedingungen eine entscheidende Rolle, sondern auch politische Rahmenbedingungen, die sich einerseits positiv auswirken können (Rechtsstaatlichkeit), andererseits durch höhere Auflagen und Standards die Produktion verteuern können.

EU-Handelsabkommen 2025

DBV



© Situationsbericht 2026/Gr72-1

Quelle: Europäische Kommission

Handelspolitische Entwicklungen in 2025

Das laufende Jahr 2025 war einerseits handelspolitisch ein Krisenjahr, zugleich hat die EU bedeutende Fortschritte bei diversen Handelsabkommen erzielt. So wurde ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien abgeschlossen, das den europäischen Landwirten durch Zollsenkungen bei Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen

Vorteile bringen könnte und zugleich wichtige Industriezweige schützt. Zudem laufen aktive Verhandlungen mit wichtigen Handelspartnern wie Indien, den Philippinen, Thailand und Malaysia, um weitere Abkommen zu schließen und bestehende Handelsbeziehungen auszubauen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf schnellerem Abschluss weniger komplexer Abkommen sowie der schrittweisen Vertiefung bestehender

Agrarbarometer	171 ff.
Agrargenossenschaften	29-31, 189
Agrarhandel, siehe Außenhandel	
Agrarpreise/-entwicklungen	21-26, 170, 175 ff, 190 ff, 240ff
Agrarstrukturen	
- Deutschland, EU	90-141
- Förderung	142-169
Agrarumweltmaßnahmen	65, 73-75, 150-160
Agribusiness	7-9, 171
Arbeitskräfte	9, 120 ff., 130 f., 189
Ausbildung	114-119
Außenhandel/Agrarhandel	253-261

Berufsbildung	114 ff.
Betriebe	98-121, 130-131
Betriebsmittel/-preise	8-9, 175, 188, 234-239
Bewässerung	69 f.
Biodiversität	74
Bioenergie	50 ff., 134, 244, 248
Bio-Lebensmittel	22, 36, 48-53
Boden	61 ff., 66 ff., 93 ff., 120 ff., 249 f.
Brauereien, Hopfen	33, 209
Buchführungsergebnisse	175 ff.
Bundeshaushalt	161 ff.

CO2-Emissionen, siehe Klimaschutz/-wandel

Digitalisierung	11, 40, 137 f., 168
Direktsaat	67
Direktzahlungen, siehe Europäische Union	
Düngung/Düngemittel	69 ff., 175 ff., 234 ff.

Eier	24, 39 ff., 113, 210 f., 224 ff.
Eigenkapital	175 ff.
Einkaufsgemeinschaften	140, 30, 34
ELER-Mittel	151, 154, 157 ff.
El Niño und La Niña	87
Ernährungswirtschaft	27 ff., 140 ff.
Erneuerbare Energien	50 ff.
Ernteversicherung	88 f.
Erwerbstätige	9-10, 114 ff., 130 f., 171

Europäische Union	
- Agrarausgaben	142-169
- Außenhandel	253-261
- 1. Säule, Direktzahlungen	143-156
- Erweiterung	124-127
- Haushalt	143-149
- Ländliche Entwicklung	157-160
- GAP-Reform	148 f., 156
- 2. Säule	157-1560

Flächennutzung	61-65, 249
Flächenverlust	61-65, 249
Fleischerzeugung	29-30, 53, 210-226
Forstwirtschaft	56-59
F.R.A.N.Z.	74
Frauen in der Landwirtschaft	114 ff., 121, 126 f.
Fremdkapital	92, 175 ff.
Futtermittel	50, 175 ff., 200, 234 ff., 249, 253 f.,

Geflügel	40, 210 ff., 222 ff.
Gemeinschaftsaufgabe GAK	160. 162 f.
Getreide	24, 48, 51, 191 ff., 241 ff.
Grünland	45, 61, 66 ff., 177, 93 ff., 151, 249

Handel, siehe Außenhandel

Haushalt, siehe Europäische Union sowie

Bundeshaushalt	
- Agrarhaushalt Deutschland	161 ff.
- EU-Haushalt	143 ff.
Hofnachfolge	114 ff., 130 ff.

Image heimischer Lebensmittel	28
Investitionen	7 ff., 89, 91 f., 101, 143 ff., 171 ff., 175 ff., 188 f. 234 f.
Kapitalintensität	91 f.
Kartoffeln	26, 32, 47, 51, 205 ff.
Kennzeichnung	39 ff., 43 f.
Klimaschutz/-wandel/-folgen	50 ff., 76-89, 245, 250

Landw. Gesamtrechnung	188-189
Landtechnik	10-11, 93 f., 130 f., 188 f.
Langfristvergleiche	17-20, 108 ff., 128 ff.

Ländlicher Raum	12-16, 148 f., 157 ff., 161 ff.
Lebensmittelhandel	34-44, 140 ff.

Marktanteile	
	28, 30-33, 35, 42, 44, 46-48, 140 ff., 190 ff., 240 ff.
Mehrgefahrenversicherung	88
Milch und Milcherzeugnisse	
	31, 42, 47, 49, 108 ff., 128 ff, 140 ff.
	175ff., 226 ff., 241 ff., 253
Monopol-Kommission	139
Mühlen	32

Nachwachsende Rohstoffe	50 ff., 56, 245,
Nahrungsmittel	
- ausgaben, -preise	21-26, 47, 141 ff
- Pro-Kopf-Verbrauch	26, 210 ff.
Nebenerwerbsbetriebe	105 f., 187
Neue Züchtungsmethoden	163
Nitrat, Stickstoff	69 ff., 235 ff.

Obst u. Gemüse	47, 180, 206 f.
Ökologischer Landbau	
	43 ff., 149, 150 ff., 157 ff., 183, 225
Ökoregelungen	150 ff.
Ölsaaten	197 ff.

Pachten	92, 93 ff., 123
Pflanzliche Erzeugung	191-209
Pflanzenschutzmittel	72, 175 ff., 234 ff.
Precision Farming	66, 138, 141.
Produktionswert	9-11, 188 f.
Produktivität	10, 177, 189,

Raps	197-203
Rinder	30, 114 ff., 175 ff., 188, 210 ff.

Schafe	44, 118, 150, 217-218
Schutzgebiete	63 f.
Schweine	24 f., 29 f., 45, 104-105, 212, 221-224
Selbstversorgungsgrad	129 ff.
Share Deals	95

Tierhaltung	19, 43-44, 68 ff., 108, 124 ff., 128 ff., 150, 163, 173, 175 ff., 188, 210 ff., 234 ff., 241 ff., 253 ff.
Tierwohl	37 ff., 137 ff., 227,

Unternehmensergebnisse	175-187
Unfaire Handelspraktiken	141
Urlaub auf dem Bauernhof	13, 106 f.

Vegetarisch/Vegan	36-39
Verbraucherpreise	17 f., 22-27, 35, 45
Verbrauchertrends	34-44, 48 f., 139, 210, 214
Vorleistungen	8-9, 175 ff., 188 f., 234 ff., 234

Wachstumsschwelle	101
Wein	177, 182, 188, 209
Weltagarmärkte	134, 190 ff., 240 ff.
Welternährung	245 ff.
Wertschöpfung	7-9, 175 ff. 188 f.
Wettbewerb	27 ff., 34 ff., 139 ff.
Wetterextreme	83 ff., 88 f.

Zucker	26, 32-33, 201 ff., 235, 249
Zuerwerb	106 f., 187
Zwischenfrüchte	67

Bildnachweis

Leonhard Simon / DBV	Seite 3
DBV/T. Kärtner	Seite 6
AdobeStock_Sonja	Seite 60
AdobeStock_photolink	Seite 90
pixabay_MarcusFriedrich	Seite 142
DBV	Seite 170
pixabay_Couleur	Seite 190
pixabay_wolfgangvogt_lb	Seite 240

Deutscher Bauernverband

Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin

Telefon: 030-31904-0

E-Mail

situationsbericht@bauernverband.net

www.bauernverband.de
www.situationsbericht.de



facebook.com/DieDeutschenBauern



[@DieDeutschenBauern](https://www.instagram.com/DieDeutschenBauern)



linkedin.com/company/deutscher-bauernverband-e.v./

Mit Unterstützung von

 **LAND-DATA** GmbH

Wedekindstraße 9-11
27374 Visselhövede

Telefon: 04262-304-0

www.landdata.de